

Protokoll

24. Bundes- parteitag

Hannover 24.-26.5.1976





**Herausgeber: Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus**

Verlag: Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelander Straße

**24. Bundesparteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands**

Niederschrift

Hannover, 24.–26. Mai 1976

Inhalt

	Seite
1. Eröffnung	7
2. Wahl des Tagungspräsidiums	16
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung	19
4. Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission	19
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission	19
6. Wahl der Stimmzählkommission	19
7. Grußworte	
- Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht	20
- Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg	22
- Dr. Franz Josef Strauß, Vorsitzender der CSU	74
- Freitas do Amaral, Vorsitzender des CDS, Portugal	23
- Erling Norvik, Vorsitzender der Høyres, Norwegen	25
- Dr. Rafael Caldera, Vorsitzender der Weltunion der Christlichen Demokraten, Venezuela	112
- Amintore Fanfani, Präsident der DC, Italien	127
- Leo Tindemans, Premierminister, Belgien	130
- Jean Lecanuet, Justizminister, Frankreich	136
- Dr. Josef Taus, Vorsitzender der ÖVP, Österreich	140
- Margaret Thatcher, Vorsitzende der Konservativen Partei Großbritanniens	145
- Sir Christopher Soames, Vizepräsident der EG-Kommission, Großbritannien	165
- Maria-José Gil-Robles, Vorsitzender der spanischen CD-Parteien, Spanien	180
8. Bericht des Parteivorsitzenden Dr. Helmut Kohl	25
9. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Professor Dr. Karl Carstens	49
10. Bericht des Generalsekretärs Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf	61
11. Bericht der Mandatsprüfungskommission	111
12. Wahl des Bundesparteigerichts	111
13. "Europäisches Manifest der CDU" Antrag des Bundesvorstandes	158
14. Sonstige Anträge	182
15. Vorstellung und Verabschiedung des Wahlprogramms	183
16. Schlußrede des Parteivorsitzenden Dr. Helmut Kohl	221

Anhang

	Seite
A Forum I "Europäischer Bundesstaat - eine freiheitliche Ordnung für die Bürger Europas"	3
B Forum II "Europäische Sicherheit - Frieden und Freiheit für die Völker Euro- pas"	30
C Forum III "Europäische Gesellschaft- wirtschaft- liche und soziale Sicherheit für die Menschen in Europa"	56
D Podiumsdiskussion (Abendveranstaltung) "Was erwartet Europa von der Bundesre- publik Deutschland?" - Gedanken zur Einheit Europas -	81
E Das Wahlprogramm der CDU und CSU 1976	115
F Beschlußprotokoll	135

Erster Verhandlungstag
Montag, 24. Mai 1976
1. Plenarsitzung
Beginn: 9.37 Uhr

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU Deutschlands: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Gäste aus dem Ausland und aus dem Inland! Liebe Freunde aus der Christlich Demokratischen Union! Verehrte Delegierte aus allen Landesverbänden der CDU Deutschlands! Hiermit eröffne ich den 24. Bundesparteitag der CDU in Hannover und begrüße Sie alle, die Sie als unsere Gäste oder Delegierte hierher nach Hannover gekommen sind, mit besonderer Herzlichkeit.

Meine Damen und Herren und liebe Freunde, viele Millionen unserer Mitbürger in der Bundesrepublik Deutschland, viele der Zuschauer und Betrachter der politischen Szenerie der Bundesrepublik - auch aus dem Ausland - blicken auf diesen Parteitag in Hannover mit besonderen Erwartungen. Es sind Erwartungen, die sich ganz natürlich aus der Tatsache ergeben, daß, von heute an gerechnet, in 130 Tagen der neue Deutsche Bundestag gewählt wird und damit die Weichen gestellt werden für die Politik in Deutschland in den Jahren 1976 bis 1980. Es sind große Erwartungen, die an diesen Parteitag geknüpft werden. Es sind die Erwartungen unserer Mitglieder und Anhänger. Wir haben jetzt in diesen Tagen 610 000 Mitglieder der CDU Deutschlands.

(Beifall)

Da sind weiterhin unsere Freunde in der CSU mit über 150 000 Mitgliedern.

(Beifall)

Da sind die über hunderttausend Mitglieder der Jungen Union, die noch nicht Mitglieder der Partei sind, die das aber sicherlich in den nächsten Jahren werden.

(Beifall)

Und da sind die über 40 000 Mitglieder der Schüler-Union in vielen Gymnasien, Berufsschulen und Realschulen.

Dies ist eine Entwicklung, meine Damen und Herren, die dazu führt, daß wir jetzt schon sagen können, daß wir spätestens im frühen Herbst dieses Jahres vor der Bundestagswahl die Zahl der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erreicht haben. Ich bin sicher, daß wir mehr Mitglieder haben werden als die SPD.

(Beifall)

Das heißt für uns in diesen Tagen in Hannover, daß wir uns auf die große Auseinandersetzung im Herbst rüsten, daß wir jeden Tag nutzen und von hier aus in das Land, in die Städte, Dörfer und Gemeinden, in alle Landschaften der Bundesrepublik den Ruf ergehen lassen, daß es jetzt Zeit ist zu einem Wandel und Wech-

sel zu einer besseren Politik für Deutschland und daß dieser 3. Oktober die große Chance für uns alle ist.

(Beifall)

Das Regierungslager von SPD und FDP ist zutiefst verunsichert. Die amtliche Propaganda verbreitet falsche Zahlen aus dem Bereich der Demoskopie. Nun, meine Damen und Herren, wir haben nicht nur eine gute Demoskopie, sondern wir haben auch gute Erfahrungen und Gespräche mit unseren Mitbürgern in diesen Wochen und Tagen. Jeder im In- und Ausland weiß: Die Chance ist völlig offen. Es kommt jetzt auf jeden von uns an, daß wir diese unsere Chance wahrnehmen, daß wir um jede Stimme kämpfen. Dieser Parteitag ist unser erster wichtiger Beitrag dazu.

(Beifall)

Wir fordern die Sozialdemokraten heraus um die geistige, politische Führerschaft der Bundesrepublik. Wir fordern sie heraus aus unserer freiheitlichen Grundposition, aus jener programmatischen Position, die auf den Glauben an die Idee der personalen Freiheit baut und die mit keiner Form sozialistischer Indoktrination irgendetwas zu tun haben will.

(Beifall)

In diesem Sinne lassen Sie uns kämpfen und miteinander sprechen und diskutieren über unseren Beitrag zum besten Weg der deutschen Politik.

Ich bin sehr glücklich, meine Freunde, daß dieser Parteitag von den guten Wünschen vieler Freunde aus dem Ausland begleitet wird und daß wir heute hier auf unserem Parteitag und vor allem auch morgen aus Anlaß des Europatages dieses Parteitages eine große Zahl namhafter Persönlichkeiten als unsere Gäste begrüßen dürfen. Ihre ungewöhnlich große Zahl und ihr Rang und ihre Zusammensetzung, wie wir das noch nie auf einem Bundesparteitag der CDU verzeichnen konnten, unterstreichen, daß viele, nicht nur hier in der Bundesrepublik, sondern in Europa und außerhalb Europas in unseren Bruder- und Schwesterparteien auf den Sieg der Union am 3. Oktober setzen. Hierbei wird deutlich, daß jenes Europa, das wir wünschen, nicht eine Funktion des Büros der Sozialistischen Internationale ist, sondern jenes Europa, das Alcide de Gaspari, Robert Schuman, Konrad Adenauer und viele andere in den fünfziger Jahren zu bauen begonnen haben und das wir kraftvoll in die Zukunft tragen wollen.

(Beifall)

Wir begrüßen sehr, sehr herzlich unsere ausländischen Freunde. An diesem Ort nenne ich zunächst und an erster Stelle unseren Freund Amintore Fanfani, den Präsidenten der DC in Italien.

(Langanhaltender Beifall - Die Delegierten erheben sich)

Lieber Freund Fanfani, dieser Empfang zeigt mehr, als es Worte können, die Gesinnung Ihrer Freunde in Deutschland.

In wenigen Wochen, am 20. Juni 1976, findet in Italien eine für Italien, für Europa, aber auch für uns im freien Teil unseres

Vaterlandes schicksalhafte Wahl statt. Wir wollen Ihnen nicht nur gute Wünsche zurufen; Sie sollen wissen, daß Ihre Freunde in Deutschland in jener selbstverständlichen Freundschaft und Kameradschaft, die immer zwischen uns war, zu Ihnen halten, was auch immer kommen mag.

(Beifall)

Sie sollen auch wissen, daß die ungewöhnlich törichten und unqualifizierten Äußerungen des gegenwärtigen Bundeskanzlers Helmut Schmidt nicht die Meinung der Mehrheit der Deutschen darstellen.

(Beifall und Bravo-Rufe)

Die Christlich Demokratische Partei Italiens hat seit den Tagen Alcide de Gasperis einen großen Beitrag zur Demokratie des neuen Europa geleistet. Sie hat in diesen Jahren für Italien Bedeutendes leisten dürfen. Sie hat in über 30 Jahren Regierungsausübung schwere Pflicht und Verantwortung auf sich genommen. Sie verdient dafür unseren Dank und unsere Anerkennung. Gerade auch die Männer von heute in der Führung der DC verdienen es, daß wir genauso wie zu de Gasperis Zeiten ganz selbstverständlich sagen: Wir sind Freunde und Weggenossen, und das wird auch morgen und übermorgen so bleiben.

(Beifall)

Mit herzlichster Freude begrüße ich den Präsidenten der Christlichen Volkspartei Belgiens, unseren Freund Wilfried Martens, und den Vorsitzenden der PSC Belgiens, unseren Freund Charles Notomb.

(Beifall)

Meine Freunde, wir erwarten morgen zu einer wichtigen Rede unseren Freund Ministerpräsident Leo Tindemanns, der mehr als andere der europäischen Politik neue Anstöße und neue Impulse gegeben hat.

(Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich den Vorsitzenden der Katholischen Volkspartei der Niederlande, Herrn Vergeer, und den Fraktionsvorsitzenden der Christlich Historischen Union, Herrn Kruizinga.

(Beifall)

Mit besonderer Herzlichkeit begrüße ich erstmals in unserer Mitte den Generalsekretär der Unabhängigen Republikaner Frankreichs, Herrn Jacques Dominati.

(Beifall)

Wir haben morgen die Freude, unseren alten Freund, Herrn Justizminister Jean Lecanuet, zu begrüßen, der dann zu uns sprechen wird, und den wir herzlich beglückwünschen zur Wahl des Vorsitzenden des neu gegründeten Demokratischen Sozialen Zentrums Frankreichs.

(Beifall)

Ein besonders herzlicher Gruß gilt dem Vorsitzenden unserer österreichischen Schwesterpartei, dem Bundesparteiobmann der ÖVP, unserem Freund Josef Taus, der mit einer großen Delegation zu uns gekommen ist.

(Beifall)

Ich begrüße sehr, sehr herzlich den Vorsitzenden unserer befreundeten Bruderpartei in Norwegen, unseren Freund Erling Norvik.

(Beifall)

Ich begrüße herzlich den stellvertretenden Vorsitzenden der Neuen Demokratie in Griechenland, Herrn Gerogostopoulos.

(Beifall)

Ich begrüße mit ganz besonderer Freude die Vorsitzenden der spanischen Christdemokraten, die Herrn Maria-José, Gil-Robles, Anton Canellas-Balcells und Alvarez de Miranda.

(Beifall)

Ein ganz besonders herzlicher Gruß gerade in diesen Wochen geht an den Vorsitzenden unserer portugiesischen Schwesterpartei, Herrn Professor Freitas do Amaral.

(Beifall)

Wir werden morgen die große Freude haben, auch als Rednerin die Vorsitzende der Konservativen Partei Großbritanniens, Miss Margaret Thatcher hier begrüßen zu können.

(Beifall)

Mit ganz besonderer Freude darf ich die Freunde aus Südamerika begrüßen, die den weiten Weg hierher nach Hannover genommen haben. Ich begrüße an ihrer Spitze den ehemaligen Präsidenten Venezuelas, Herrn Dr. Rafael Caldera,

(Beifall)

den Vorsitzenden der Christlichen Demokraten in Lateinamerika, Herrn Napoleón Duarte,

(Beifall)

und den Vorsitzenden der Christlichen Demokraten Chiles, Herrn Patricio Aylwin.

(Beifall)

Lieber Freund Aylwin, lassen Sie mich Ihnen ein besonderes Wort zurufen, ein Wort des Dankes, daß Sie hierhergekommen sind, und ein Wort der Sympathie für Ihre aufrechte Haltung und Ihren Kampf. Sie sind hier bei Freunden, die nie auf einem Auge blind waren. Wir kämpfen gegen den Kommunismus und den Faschismus überall in der Welt, wo er sich zeigt.

(Beifall)

Allen unseren ausländischen Freunden und Gästen ein sehr, sehr herzliches Willkommen. Wer da sagt und schreibt, die Christlichen Demokraten in der Bundesrepublik seien isoliert, der mag an dieser Namensliste ablesen, daß weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus die Hoffnung auf eine Politik der Mitte, die Hoffnung auf die Idee der Christlich Demokratischen Union und auf die christlichsoziale Idee überall vorankommt. Wir werden gemeinsam kämpfen, daß dies auch in Zukunft so bleibt.

(Beifall)

Besonders herzlich darf ich Sie, Exzellenzen, die Herren Botschafter, die Herren Gesandten und die Damen und Herren Mitglieder der diplomatischen Missionen und der konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland, die in so großer Zahl heute unsere Gäste sind, willkommen heißen.

(Beifall)

Ich grüße besonders herzlich - und verbinde damit ein Wort des Dankes für die gastliche Aufnahme - den Herrn Oberbürgermeister der Stadt Hannover, Herrn Herbert Schmalstieg.

(Beifall)

Ich begrüße mit Respekt und großer Herzlichkeit Herrn Landesbischof Prof. Dr. Eduard Lohse für die Evangelische Kirche Deutschlands.

(Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich für die Katholische Kirche den Apostolischen Visitator Prof. Dr. Franz Wothe und Herrn Generalvikar Sendker.

(Beifall)

Ganz besonders herzlich in unserer Mitte darf ich begrüßen den Vorsitzenden des Direktoriums des Zentralrates der Juden in Deutschland, Herrn Werner Nachmann.

(Beifall)

Ich grüße den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, unseren Freund Josef Stingl.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, es ist eine große Zahl von Repräsentanten des sozialen, des wirtschaftlichen, des kulturellen und des wissenschaftlichen Lebens zu uns gekommen; ich darf Sie alle sehr, sehr herzlich begrüßen. Ich darf dies tun, indem ich für den Deutschen Gewerkschaftsbund besonders herzlich Frau Maria Weber grüße.

(Beifall)

Für die Deutsche Angestelltengewerkschaft begrüße ich den Vorsitzenden des Gewerkschaftsrates, Herrn Johannes Terhaardt.

(Beifall)

Ich begrüße den Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Herrn Alfred Krause.

(Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich den Vorsitzenden des Christlichen Gewerkschaftsbundes, Herrn Günter Volmer.

(Beifall)

Ich begrüße den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Herrn Helmut Schirrmacher.

(Beifall)

Ich darf den Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, Herrn Clemens Christians, begrüßen.

(Beifall)

Ich begrüße in unserer Mitte den Vizepräsidenten der Union der Leitenden Angestellten, Herrn Walter Schwarz.

(Beifall)

Ganz besonders herzlich heiße ich willkommen den Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Herrn Paul Schnitker.

(Beifall)

Für den Deutschen Bauernverband darf ich dessen Vizepräsidenten, Herrn Karl Dobler, begrüßen.

(Beifall)

Mein herzlicher Gruß gilt dem Präsidenten des Zentralverbandes Deutscher Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, Herrn Dr. Theodor Paul

(Beifall)

und dem Präsidenten des Deutschen Mieterbundes, Herrn Dr. Paul Nevermann.

(Beifall)

Ich begrüße den Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Herrn Helmut Geiger.

(Beifall)

Ich begrüße sehr, sehr herzlich den Vizepräsidenten des Deutschen Sportbundes, Herrn Hans Hansen.

(Beifall)

Mein ganz besonders herzlicher Gruß gilt dem Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, unserem Freund Dr. Herbert Czaja.

(Beifall)

Nach der Tradition unserer Parteitage gilt ein ganz besonders herzlicher Gruß den Repräsentanten der Bundeswehr, des Deutschen Bundeswehrverbandes und des Verbandes der Reservisten der Bundeswehr; ich darf hier für alle Herrn Generalmajor Günter Vollmer nennen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, herzlich willkommen heißen darf ich die wichtigen Weggenossen dieses Parteitages: die Repräsentanten und Vertreter von Rundfunk, Presse und Fernsehen. Ich darf die anwesenden Herren Intendanten von ARD und ZDF sehr, sehr herzlich begrüßen.

(Beifall)

Sozusagen in der Familie gilt mein ganz besonders herzlicher Gruß heute früh - heute nachmittag kommt Franz Josef Strauß - jetzt und in dieser Stunde dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU, unserem Freunde Werner Dollinger.

(Beifall)

Ich darf sehr sehr herzlich meine Vorgänger im Amt begrüßen, zunächst Professor Ludwig Erhard; wir sind froh, daß er von seiner Krankheit wieder genesen ist.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Lieber Freund Erhard, gerade in den letzten Monaten und Jahren, als wir als Bürger unserer Bundesrepublik so sehr Stabilität und wirtschaftliches Wachstum vermißt haben, sind die Gedanken so vieler unserer Mitbürger zu Ihnen gegangen, zu jenem Mann, der die Soziale Marktwirtschaft in unserem Lande eingeführt hat und der mit kämpferischer Gesinnung, aber mit einem hohen Maß an Klugheit und Weitsicht uns diese Wirtschaftsordnung gebaut hat. Dafür danken wir Ihnen heute ganz besonders.

(Lebhafter Beifall)

Mein sehr herzlicher Gruß gilt Kurt-Georg Kiesinger,

(Lebhafter Beifall)

der in einer schwierigen Zeit als Kanzler der Bundesrepublik Deutschland unserem Land Sicherheit gab und Maßstäbe setzte. Lieber Freund Kiesinger, auch das kann man sagen, gerade jetzt, wenn Bilanz gemacht wird über sieben Jahre Politik der SPD/FDP: Sie haben Ihrem Nachfolger 1969 ein blühendes Gemeinwesen über-

tragen, und was ist davon übriggeblieben in den sieben mageren Jahren der Regierungszeit von SPD/FDP?

Ich begrüße sehr, sehr herzlich unseren Freund Rainer Barzel

(Lebhafter Beifall)

und bedanke mich ausdrücklich für seine kameradschaftliche Hilfe, Mitarbeit und Unterstützung in den letzten Jahren. Gerade in diesen Wochen der kämpferischen Auseinandersetzung aus Anlaß der Lesung des Haushalts im Deutschen Bundestag ist jedermann wieder klargeworden, daß Rainer Barzel alles tut, was er tun kann, um mit uns gemeinsam das große Ziel des Wahlsiegs am 3. Oktober zu erreichen.

(Beifall)

Ich freue mich sehr, daß ich auf unserem Parteitag so viele aus dem Kreise jener begrüßen kann, die in den Jahren der Gründung der Union und danach in wichtigen Partei- und Regierungsfunktionen Verantwortung getragen haben. Für sie alle, auch für diejenigen, die heute nicht bei uns sein können, darf ich nennen und herzlich begrüßen: Frau Anne Brauksiepe,

(Beifall)

Frau Dr. Elisabeth Schwarzhaupt,

(Beifall)

Peter Altmeier,

(Beifall)

Heinrich Hellwege,

(Beifall)

Paul Lücke,

(Beifall)

Ludger Westrick,

(Beifall)

Theodor Sonnemann,

(Beifall)

und Alfred Müller-Armack.

(Beifall)

Ich grüße Sie alle in herzlicher Verbundenheit und danke Ihnen für den Dienst, den Sie unserem Vaterland erwiesen haben.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich begrüße mit sehr großer Herzlichkeit die Repräsentanten der Union, die in Bund,

Ländern und Gemeinden für uns arbeiten und durch unser Vertrauen in eine besondere Verantwortung gestellt wurden: die Herren Ministerpräsidenten der Bundesländer, in denen die Union regiert, die Herren Landtagspräsidenten, die Landesminister und Fraktionsvorsitzenden, die Mitglieder des Bundestages, der Landtage und der kommunalen Parlamente. Wenn ich hier für alle Parlamentarier besonders unseren Freund Karl Carstens nenne,

(Lebhafter Beifall)

so verbinde ich damit ein herzliches Wort des Dankes für die kameradschaftliche, freundschaftliche Unterstützung, die er mir und der Sache unserer Partei in diesem ganz gewiß nicht leichten letzten Jahr immer wieder erwiesen hat.

Ich begrüße ganz besonders herzlich die vielen Freunde der Union, die hauptamtlich den Dienst in unserer Partei übernommen haben und ohne deren Mitarbeit diese Union nicht möglich wäre.

(Beifall)

Ich darf zwei für alle nennen und mich bei allen sehr herzlich bedanken, aber ganz besonders bei unserem Generalsekretär Kurt Biedenkopf und unserem Bundesgeschäftsführer Karl-Heinz Bilke.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Bevor wir die Arbeit dieses Parteitags beginnen, wollen wir unserer heimgegangenen Freunde gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Wir gedenken all jener, die seit dem letzten Parteitag in Mannheim verstorben sind. Stellvertretend für alle darf ich nennen: Professor Dr. Hans Furler aus Oberkirch in Baden, durch viele Jahre Abgeordneter des Deutschen Bundestages, Mitglied und Ehrenpräsident des Europäischen Parlaments, der sein Bestes für die europäische Einigung gab. Ich erinnere an Peter Lepszy aus Oberschlesien, Geschäftsführer der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zuletzt als Sozialattaché an der Deutschen Botschaft in Den Haag tätig. Ich nenne Anton Storch aus Fulda, den ersten Arbeitsminister der Bundesrepublik Deutschland, der in seiner achtjährigen Amtszeit wichtige Marksteine für unser heutiges System sozialer Sicherung gesetzt hat. Ich nenne Johannes Fasel aus Mainz, Mitbegründer der CDU in der sowjetischen Besatzungszone, Mitglied des Landesvorstands der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz, ein Mann, der sechs Jahre seines Lebens für seine politische Überzeugung in kommunistischen Zuchthäusern verbringen mußte. Ich nenne Dr. Walter Strauß, Mitglied des Parlamentarischen Rates, Staatssekretar im Bundesministerium der Justiz, Richter am Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft in Luxemburg, der wesentliche und entscheidende Anstöße für unsere Verfassungs- und Rechtsordnung gab. Ich erinnere an Paul Scholz aus Bottrop, stellvertretender Bundesvorsitzender und westfälischer Landesvorsitzender der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Ich nenne Walter Enk aus Peine, der acht Jahre lang Mitglied des Deutschen Bundestages war. Ich

nenne Hermann Matthes aus Mainz, über viele Jahre stellvertretender Vorsitzender der CDU in Rheinland-Pfalz, Fraktionsvorsitzender im Landtag von Rheinland-Pfalz und Staatssekretär im Sozialministerium in Mainz. Ich nenne Hermann Böhrnsen aus Rendsburg, der 15 Jahre als Wirtschaftsminister in Schleswig-Holstein gewirkt hat. Ich nenne für die uns besonders eng verbundenen ausländischen Freunde unseren Freund und guten Kameraden Karl Schleinzer, den Bundesparteiobmann unserer österreichischen Schwesterpartei, der im letzten Jahr während des österreichischen Wahlkampfes auf tragische Weise ums Leben kam.

Wir wollen unseren verstorbenen Freunden ein stilles Gebet widmen. - Sie haben sich zu Ehren unserer heimgegangenen Freunde erhoben; ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung liegt Ihnen auf der Ihnen zugegangenen Unterlage vor. Werden zu dieser Tagesordnung Anträge gestellt? - Ich stelle fest, das ist nicht der Fall.

Dann treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Wahl des Tagungspräsidiums

Der Bundesvorstand schlägt dem Parteitag vor, folgendes Tagungspräsidium zu wählen:

- Herrn Wilfried Hasselmann, (Beifall)
- Herrn Dr. Ernst Albrecht, (Beifall)
- Frau Ursula Benedix, (Beifall)
- Herrn Siegfried Dübel, (Beifall)
- Herrn Jürgen Echternach, (Beifall)
- Herrn Kai Uwe von Hassel (Beifall)
- Herrn Hannsheinz Hauser, (Beifall)
- Herrn Dr. Gerd Langguth, (Beifall)
- Herrn Peter Lorenz, (Beifall)
- Herrn Gottfried Milde, (Beifall)
- Herrn Hermann Josef Russe, (Beifall)
- Herrn Werner Scherer, (Beifall)

Frau Roswitha Verhülsdonk,

(Beifall)

Herrn Dr. Horst Waffenschmidt.

(Beifall)

Ich darf fragen, ob weitere Vorschläge gemacht werden. - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich zur Abstimmung kommen. Wer entsprechend dem Vorschlag des Bundesvorstandes nach der Vorlage des Tagungspräsidiums zu wählen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Damit ist das Tagungspräsidium bestimmt. Ich darf die Damen und Herren bitten, ihres Amtes zu walten. Während sich das Präsidium zur Übernahme seiner Amtsgeschäfte bereitfindet, darf ich ein besonders herzliches Wort noch zu unseren niedersächsischen Freunden sagen, zu unserem Landesvorsitzenden Wilfried Hasselmann, der meine Damen und Herren, vor wenigen Monaten ein Beispiel gab, wie es ist, wenn ein Mann seine Sache eindeutig und ohne jedes Zögern hinter die Sache der Partei stellt und sich seiner Partei unterordnet.

(Lebhafter Beifall)

Ich darf ein herzliches Wort - er ist zum erstenmal in dieser Funktion bei uns - unserem Freund Ernst Albrecht zuzurufen!

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, es ist mehr als eine gute Fügung und ein guter Zufall, daß wir diesen Parteitag zum Auftakt für die Bundestagswahl hier in Hannover abhalten. Es ist eine sehr gute Fügung, daß wir zu einem Zeitpunkt nach Hannover kommen, wo es zum erstenmal in der Geschichte Niedersachsens nach vielen, vielen Jahren einen klaren Durchbruch der Union in die Regierungsverantwortung gab und gibt. Wir rufen unseren Freunden und vor allem Ernst Albrecht ein herzliches Glückauf auf diesem Wege zu: für Niedersachsen und für Deutschland!

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Lieber Helmut Kohl! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Tagungspräsidium ist gewählt; wir gehen an die Arbeit. Ich möchte Sie herzlich begrüßen. Ich tue das im Namen von mehr als 85 000 Mitgliedern der Union in Niedersachsen.

(Beifall)

Meine Freunde, als wir uns vor einem Jahr in Mannheim verabschiedeten, ahnte noch niemand, daß wir Sie heute in Hannover nach zwölf Jahren zum erstenmal wieder als Regierungspartei begrüßen würden. Wir tun das gern, uns macht das Freude.

(Erneuter Beifall)

Sie können gewiß sein, daß Ernst Albrecht eine gute Politik in diesem Lande, für unser Land und damit auch für Deutschland machen wird. Wir haben am 6. Februar durch die Wahl unseres und meines Freundes Ernst Albrecht zum Ministerpräsidenten neue

Zeichen gesetzt. Die Ereignisse von Hannover haben die politische Landschaft, wenn Sie so wollen, in Bewegung gebracht, eine Bewegung, die den politischen Gegner verunsicherte - daran besteht kein Zweifel - und unseren Freunden neuen Mut gemacht hat. Wir stehen also sozusagen jetzt in einer anderen Phase vor dem Wahlkampf, der auf uns zukommt. Zehntausende von Männern und Frauen haben diesen Tag herbeigesehnt und dafür jahrelang intensiv gearbeitet. Dies erfüllt uns mit Freude und erfüllt uns auch mit Dankbarkeit.

Zweimal hatten wir in Niedersachsen unser Ziel nur um Zentimeter verfehlt. Das hat uns nicht entmutigt. Die Zeit, meine Freunde, hat uns recht gegeben. Es ist einfach nicht möglich, jedenfalls nicht auf Dauer, gegen die stärkste politische Kraft in einem Lande regieren zu wollen.

(Beifall)

Die Union ist die stärkste politische Kraft nicht nur in Niedersachsen.

In unserem Lande sind durch den Regierungswechsel Wünsche und Hoffnungen geweckt worden. Wir alle wissen, daß die Menschen in der Bundesrepublik wünschen und hoffen, daß es am 3. Oktober auch in Bonn zum Regierungswechsel kommt. Ich wünsche mir, daß mit diesem Parteitag die Mobilisierung der über 600 000 CDU-Mitglieder für die bessere politische Alternative in der Bundesrepublik Deutschland beginnt. Wir wollen alle gemeinsam für eine bessere Politik in Deutschland und in Europa kämpfen. Dazu sind wir aufgerufen.

Diese Wahlen werden zu den entscheidendsten der Nachkriegsgeschichte gehören. Dabei wird es um mehr gehen als nur um die Fragen der praktischen Politik, so wichtig sie im einzelnen auch sein mögen. Am 3. Oktober geht es um die geistige Auseinandersetzung in unserem Lande. Wir werden diese Auseinandersetzung aufnehmen, und sie wird offensiv, sie wird sachlich, sie wird fair sein.

(Beifall)

Hannover, meine Damen und Herren, hat gezeigt, daß ein politischer Erfolg nur möglich ist, wenn eine Partei Geschlossenheit und Solidarität zeigt. Das ist mit, so meine ich, das Geheimnis unseres Erfolges vom 6. Februar gewesen. Deshalb muß und wird die gesamte Union mit Helmut Kohl, mit unserem Chef und Vorsitzenden, für die Ablösung der SPD/FDP-Koalition kämpfen. Ich brauche, weil mein Freund Ernst Albrecht selber zu Ihnen sprechen wird, nicht auf Einzelheiten einzugehen. Ich wünsche mir, daß Hannover nicht nur ein Ort des Parteitages ist, von dem aus wir in den Wahlkampf ziehen, sondern ich wünsche mir auch, daß hier die Solidarität und die Geschlossenheit der Union in besonderer Weise deutlich unterstrichen wird. Hannover hat gezeigt, welche Chancen wir haben, wenn wir gemeinsam unsere Pflichten erfüllen. In diesem Sinne wünsche ich unserem Parteitag, daß er den Brückenkopf nutzt, der hier gebildet worden ist. Wir müssen ihn erweitern: für unsere Wähler, für unsere Bürger, für den Bundestagswahlkampf. Deutschland braucht eine andere und vor allem eine bessere Regierung, und diese wird Helmut Kohl nach dem 3. Oktober der Bevölkerung vorstellen. Dann wird es in Deutschland wieder einen anderen Weg aufwärts geben. Darüber

freuen wir uns. Helmut Kohl, auf die Niedersachsen können Sie sich verlassen, und ich glaube, auf alle anderen auch.

(Beifall)

Ich rufe jetzt Punkt 3 der Tagesordnung auf:

Beschlußfassung über die Tagesordnung

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, damit einverstanden zu sein, daß wir die Tagesordnung um einen Punkt 4 a - Wahl der Mandatsprüfungskommission - ergänzen. Sind Sie damit einverstanden? Dann bitte ich um Ihr Handzeichen. - Danke herzlichst! Gegenprobe! - In Ordnung.

Dann rufe ich den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission

Der Bundesvorstand hat in seiner Sitzung am 26. April 1976 nach § 10 Abs. 3 der Geschäftsordnung der CDU folgende Antragskommission bestellt:

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf,
Dr. Norbert Blüm,
Eberhard Diepgen,
Dr. Egon Klepsch,
Dr. Burkhardt Ritz,
Dr. Christian Schwarz-Schilling,
Friedrich Vogel,
Rita Waschbüsch,
Dr. Jürgen Westphal.

Wenn Sie damit einverstanden sind und die Antragskommission bestätigen wollen, dann bitte ich um Ihr Handzeichen.- Ich danke Ihnen. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Auch in Ordnung.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, dann rufe ich Punkt 4 a der Tagesordnung auf:

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Da der Bundesausschuß am 8. März 1976 zuletzt getagt hat, konnte er nicht nach § 10 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Mandatsprüfungskommission wählen. Der Bundesvorstand schlägt daher dem Bundesparteitag vor, folgende Mandatsprüfungskommission einzusetzen:

Wicke, Bernhard, Generalsekretär der CDU Niedersachsen
 als Vorsitzender,
Mayer, Horst, Landesgeschäftsführer Oldenburg,
Meyer, Günter, Bundesgeschäftsstelle.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - In Ordnung.

Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf:

Wahl der Stimmzählkommission

Der Bundesvorstand schlägt dem Bundesparteitag vor, folgende Stimmzählkommission zu wählen:

Vorsitz:	Nathan, Andreas,	Bundesgeschäftsstelle
Abel,	Günter,	Nienburg
Brandes,	Horst,	Hannover
Budde,	Heinz,	Cloppenburg
Dietrich,	Gerd,	Vechta
Döscher,	Martin,	Stade
Drossel,	Gerhard,	Helmstedt
Fischer,	Heinz,	Wolfsburg
Fleischer,	Ferdinand,	Osnabrück
Giesecke,	Günter,	Göttingen
Homann,	Heiner,	Braunschweig
Kreuzkamp,	Heinz,	Wittmund
Lais,	Gerhard,	Emden
Mietsch,	Gerhard,	Osterode
Otte,	Werner,	Wolfenbüttel
Pahlen,	Alfred,	Hildesheim
Platz,	Karl-Heinz,	Cuxhaven
Quast,	Gerhard,	Goslar
Rummler,	Gerold,	Bundesgeschäftsstelle
Sülterfuß,	Horst,	Gifhorn
Schichan,	Werner,	Stadthagen
Schlademann,	Klaus-Dieter,	Uelzen
Schnackenberg,	Herbert,	Osterholz-Scharmbeck
Stichterath,	Peter,	Hannover

Sind Sie einverstanden? Dann bitte ich um das Zeichen. - Die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Es braucht nicht immer einstimmig zu sein. 1 Enthaltung wird registriert.

Meine Damen und Herren, damit haben wir die Regularien beendet. Ich freue mich, daß ich zu einem Grußwort unseren Ministerpräsidenten und Freund Dr. Ernst Albrecht ankündigen darf.

(Beifall)

Dr. Ernst Albrecht, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Sie werden mir abnehmen, daß es für mich eine besondere Freude ist, ja, für alle Niedersachsen in diesem Raume eine ganz besondere Freude ist, daß wir Sie heute in unserem Land willkommen heißen können. Ich stehe hier zunächst als der Ministerpräsident des Landes, und als dieser darf ich Ihnen sagen, daß es nicht nur die Anhänger der Christlich Demokratischen Union sind, sondern daß es alle Niedersachsen sind, die Sie hier herzlich willkommen heißen.

(Beifall)

Wir haben eine gute Tradition in unserem Land, daß wir uns freuen, wenn die großen demokratischen Parteien ihre Parteitage bei uns abhalten. Wir Christlichen Demokraten freuen uns, wenn die Sozialdemokraten und auch die Freien Demokraten hierherkommen. Der Oberbürgermeister von Hannover, der SPD-Politiker Schmalstieg, wird Sie hier sicherlich gleich ebenso herzlich willkommen heißen, wenn Sie als Christliche Demokraten hier sind.

(Beifall)

Wir hoffen, daß Sie sich wohlfühlen, wir hoffen, daß Sie auch ein bißchen Zeit haben, abends in die umliegenden Dörfer hinauszu-
fahren. Sie werden feststellen, daß der niedersächsische Burg-

dorfer Spargel genauso gut ist wie der Schwätzinger Spargel und daß zum Spargel auch Bier und nicht nur Wein schmeckt. Meine Damen und Herren, ich stehe hier aber auch als CDU-Politiker. Wir Niedersachsen hüten uns davor, die Ereignisse in Niedersachsen überzubewerten. Wir glauben keineswegs, daß das, was in Niedersachsen geglitten hat, überall in deutschen Landen in gleicher Weise gelten muß. Ich glaube aber doch, daß es sich lohnt, gewisse allgemeine Schlußfolgerungen aus unseren Erfahrungen zu ziehen, und das möchte ich in der gebotenen Kürze tun. Ich tue es thesenartig:

1. Der Regierungswechsel in Niedersachsen wäre nicht möglich gewesen, wenn die CDU nicht wie ein Mann gestanden hätte. Alle 77 standen hinter ihrem Spitzenkandidaten. Unsere Geschlossenheit ist die Voraussetzung unseres Erfolges.

(Beifall)

2. Der Regierungswechsel in Niedersachsen wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht all unsere Spitzenpolitiker die Sache vor die Person gestellt hätten. Wilfried Hasselmann steht hierfür stellvertretend.

(Beifall)

3. Wir könnten uns als Minderheitsregierung in Niedersachsen gar nicht behaupten, wenn wir nicht wüßten, daß wir der Zustimmung der großen Mehrheit unserer Bevölkerung gewiß sein können. Meine Damen und Herren, nach den Ereignissen des Januar und Februar ist so etwas wie eine Welle der Hoffnung über dieses Land hinweggespült. Wir spüren das alle, und wir meinen, daß das nicht nur mit dem Überdruß an 20 Jahren sozialdemokratischer Regierung und auch sozialdemokratischer Verfilzung zwischen Staat und Partei zusammenhängt, nein, wir meinen, das hängt auch damit zusammen, daß die CDU in Niedersachsen jünger, dynamischer, realitätsnäher, kurz in der Oppositionszeit regierungsfähiger geworden ist und daß die Bevölkerung dies verstanden hat.

(Beifall)

Der letzte Punkt ist für mich besonders wichtig. Absolute Mehrheiten erringt man nach unserer Erfahrung nicht, weil man die Schwächen des Gegners bloßzulegen weiß - das muß man selbstverständlich auch tun -, sondern absolute Mehrheiten erringt man, wenn die Bevölkerung überzeugt ist, daß wir besser regieren können als die anderen Parteien. Das heißt, nur wenn sich die Hoffnung mit unserem Namen verbindet, werden wir siegen. Deshalb wünsche ich uns, daß von Hannover mit diesem Parteitag zum zweiten Mal ein Signal ausgehen möge, wie es im Januar/Februar ausgegangen ist, ein Signal, das der Bevölkerung deutlich macht, daß diese Union nicht mehr aufzuhalten ist, ein Signal aber auch, das zeigt, daß wir in der Lage sind, weil wir die besseren Männer, die klareren Vorstellungen haben, zum Wohle unseres Vaterlandes zu regieren.

Deshalb noch einmal: Herzlich willkommen! Ich wünsche Ihnen in diesem Sinne einen vollen Erfolg für Ihren Parteitag.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident.

Ich darf jetzt den Oberbürgermeister unserer Landeshauptstadt, Herrn Schmalstieg, bitten, zu sprechen.

Herbert Schmalstieg, Oberbürgermeister der Stadt Hannover (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Ich freue mich sehr, daß Sie mir die Gelegenheit geben, den Delegierten und den Gästen Ihres Parteitages die Grüße des Rates und der Verwaltung der niedersächsischen Landeshauptstadt zu überbringen. Ich stimme Ihnen, Herr Ministerpräsident zu: Natürlich begrüßen wir die Delegierten und die Gäste, begrüße ich die Delegierten und die Gäste dieses Parteitages genauso herzlich, wie Sie es getan haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es ist für unsere Stadt eine Genugtuung, daß nach dem SPD-Parteitag vor zwei Jahren nun auch wieder der Bundesparteitag der CDU in unserer Stadt durchgeführt wird. Ich bin sicher, daß Sie hier in der Stadthalle, die wir in den letzten Jahren zu einem innenstadtnahen und modernen Kongreßzentrum ausbauen konnten, alle räumlichen und organisatorischen Voraussetzungen finden, um eine solch große politische Arbeitstagung reibungslos durchführen zu können. Als Oberbürgermeister dieser Stadt hoffe ich natürlich auch, daß Sie neben der großen Arbeitsbelastung, die ein Parteitag mit sich bringt, auch freie Zeit finden, um sich in Hannover umzusehen. Sie werden feststellen, daß die Wiederaufbauphase in unserer Stadt inzwischen nicht nur abgeschlossen ist, sondern daß wir auch neue Akzente gesetzt haben, die sich sehen lassen können und die sich von anderen Städten, so meinen wir, oft wohltuend unterscheiden. Lassen Sie mich dazu einige wenige Beispiele nennen:

Dank einer großzügigen Grünflächenplanung ist heute von nahezu jedem Punkte der Stadt ein größeres Grüngelände in höchstens 10 bis 15 Minuten zu erreichen. Besonders für diejenigen Bürger, deren Mobilität aus finanziellen, aus körperlichen oder aus Altersgründen eingeschränkt ist, werden in der Stadt und am Stadtrand weitere Erholungsgebiete geschaffen. Nehmen wir die städtische Verkehrsplanung, die mit ihrem gut ausgebauten Ring- und Zubringersystem als vorbildlich gilt, oder lassen Sie mich darauf hinweisen, daß wir seit wenigen Wochen in Hannover eine Stadtbahn, eine U-Bahn, haben und unsere Innenstadt attraktiv umgestalten konnten.

Meine Damen und Herren, als Kommunalpolitiker vergleiche ich natürlich sehr aufmerksam, was die politischen Parteien in ihren kommunalpolitischen Grundsatzprogrammen darlegen. Ich meine - ich kann das heute hier feststellen -, daß die Mehrzahl der im kommunalpolitischen Grundsatzprogramm Ihrer Partei, aber auch in dem bereits ein Jahr früher verabschiedeten kommunalpolitischen Grundsatzprogramm der SPD aufgestellten Forderungen in Hannover bereits erfolgreich in Angriff genommen worden ist. Diese Leistungsbilanz erfüllt die Verantwortlichen in dieser Stadt mit einem besonderen Stolz.

Meine Damen und Herren, wenn wir die kommunalpolitischen Leistungen, ob im Schulwesen, im kulturellen, im sozialen Bereich, im Wohnungsbau oder in der Altenhilfe - und hier haben wir ein besonderes Problem, denn etwa 100 000 Bürger unserer Stadt sind älter als 65 Jahre und haben im vergangenen Jahr in direkter Wahl erstmals einen Seniorenbeirat gewählt -, sehen, darf ich Ihnen sagen und versichern, daß die Verantwortlichen dieser

Stadt das fortführen werden. Dies ist nicht nur ein Ziel unserer Stadtentwicklungsplanung, sondern dieses Ziel ist auch in unserer mittelfristigen Finanzplanung abgesichert.

Wir haben bereits, wie Sie aus den wenigen Beispielen, die ich Ihnen hier nannte, sicherlich entnehmen können, durch planvolle konkrete Maßnahmen in unserer Stadt die Lebensbedingungen der Bevölkerung in allen Lebensbereichen verbessert und mehr Lebensqualität, mehr Solidarität und in den vergangenen drei Jahrzehnten auch ein wachsendes Maß an Freiheit erreicht. Denn, meine Damen und Herren, lassen Sie mich das auf diesem Parteitag sagen, wer will nicht in unserer Stadt, in einer Stadt, in einer Kommune, in einem Land oder im Bund aus Liebe zu der Verantwortung für diese Gemeinwesen ein wachsendes Maß an innerer Freiheit erreichen! Das wollen wir auch in Zukunft sichern und ausbauen, denn eine erfolgreiche Politik kann nur durch Leistungen getragen werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihrem Parteitag einen harmonischen Verlauf und Ihnen, meine Damen und Herren, einen angenehmen Aufenthalt in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Oberbürgermeister! Ich bin sicher, daß wir uns Hannover ansehen werden, jedenfalls in den späteren Abendstunden, wenn es nicht anders zu machen ist.

Unser Parteivorsitzender, Herr Dr. Kohl, hat mich beauftragt, sehr herzlich zu begrüßen - das ist jetzt etwas untergegangen -; den Präsidenten des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge, Professor Dr. Willi Thiele aus Braunschweig, Herrn Dr. Bruno Weinberger, Präsidialmitglied des Deutschen Städtetages, Herrn Dr. Berkenhoff, Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, und Herrn Direktor Leidinger, Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages.

(Beifall)

Jetzt spricht zu uns Herr Professor Freitas do Amaral, Präsident der Christlich Demokratischen Union Portugals.

(Beifall)

Die Rede wird für Sie alle übersetzt.

Freitas do Amaral, Vorsitzender des CDS (mit Beifall begrüßt) (Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Für mich ist es ein großes Vergnügen und eine große Ehre, daß ich zu Ihrem Parteitag eingeladen worden bin und heute hier dabei sein darf.

Ich komme, wie Sie wissen, aus Protugal. Dieses Land hat in den letzten zwei Jahren eine politische, eine militärische und eine soziale Krise durchgemacht. Wir haben eine Revolution durchgemacht. Uns ist die Demokratie versprochen worden. Es ist so gewesen, daß versucht worden ist, die Revolution in die extrem linke Richtung zu lenken und eine kommunistische Revolution

daraus zu machen. Aber die Linke ist gescheitert. Zu unserer großen Freude ist sie geschlagen worden.

(Beifall)

Warum? Einfach deshalb, weil sich unser gesamtes Volk, weil sich der anonyme Bürger dem widersetzt hat. Er hat für die Freiheit gekämpft und wollte, daß wir den Sieg davontragen. Ich glaube, das ist eine sehr große Tatsache von historischer Bedeutung. Ich glaube, es ist das erstmal in der Geschichte, daß eine kommunistische Regierung so geschlagen worden ist, und zwar ohne Bürgerkrieg und ohne daß es zu einer Diktatur der Rechten gekommen ist.

(Beifall)

Wenn dies in Portugal möglich gewesen ist, dann dadurch, daß die Christlich Demokratischen Parteien dabei mitgeholfen und die Zentrumsparteien ihre Hilfe an Portugal geleistet haben.

Für diese Hilfe danken wir hier.

Ich möchte meinen Dank insbesondere an den Herrn Präsidenten von Hassel richten, den Präsidenten der EUCD, die uns ihre besondere Unterstützung technischer und moralischer Art gewährt hat.

(Beifall)

Sehr herzlich danke ich ebenfalls der CDU für die Hilfe, die Freundschaft und die Solidarität, die sie uns gegenüber bewiesen hat.

Herr Vorsitzender, unser Problem Nummer eins, das sich in der nahen Zukunft stellen wird, ist nicht mehr ein wirtschaftliches und nationales Problem, sondern, wie Sie wissen, das Problem, unsere Freiheit weiter zu verteidigen. Dies ist notwendig und dringend. Dazu brauchen wir die Unterstützung und die enge Zusammenarbeit der Christlich Demokratischen Parteien innerhalb Europas, um für diese Demokratie und für diese Freiheit zu kämpfen. Denn es ist notwendig, daß wir sie gewinnen, und dafür müssen wir geeint sein.

(Beifall)

Meine Partei, die CDS, wird alles Notwendige tun, um mit ihrer Unterstützung diese Einheit herbeizuführen und dazu werden wir unseren Kampf für Freiheit und Demokratie fortführen.

Herr Präsident, liebe Freunde, im Namen der CDS möchten wir Ihnen sowohl zum Wohle Ihres Landes als auch zum Wohle Europas und zum Wohle der gesamten freien Welt wünschen, daß die CDU bei den nächsten Wahlen den Wahlsieg davonträgt. Wir sagen Ihnen Glück auf!

(Anhaltender Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Herr Professor Amaral, wir danken Ihnen für Ihre Ausführungen, und wir danken auch Ihrer charmanten Dolmetscherin.

(Beifall)

Ich erteile jetzt Herrn Erling Norvik das Wort, der als Vorsitzender der uns befreundeten Partei aus Norwegen zu uns spricht.

(Beifall)

Erling Norvik (Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, den Delegierten dieses Parteitages im Namen der konservativen Parteien Großbritanniens, Norwegens und Schwedens die besten Grüße zu übermitteln.

(Beifall)

In den letzten Jahren haben sich die Beziehungen zwischen unseren Parteien hinsichtlich ihres Umfangs, ihrer Intensität und ihrer Tiefe verbessert. Wir wissen, daß es nicht möglich ist, ein vereinigtes Europa zu bauen, daß wir die europäische Sache nicht fördern können ohne eine immer engere Kooperation zwischen unseren Parteien und zwischen den großen politischen Kräften der Mitte und der rechten Mitte.

(Zustimmung)

Es ist mein fester Glaube, daß Schritte in dieser Hinsicht unsere Parteien bereichern werden und daß sie unsere Möglichkeiten verbessern werden, zusammen für unsere Ideale Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Demokratie in ganz Europa zu arbeiten.

(Beifall)

Es ist selbstverständlich, daß wir in diesem Jahr den Ereignissen in Ihrem Land und den Ereignissen in Ihrer Partei mit besonderem Interesse folgen. Der Wahlkampf, den Sie führen, wird ein Wahlkampf für die Freiheit sein, ein Wahlkampf, der nicht nur für Ihre Partei und für Ihr Land, sondern auch für unsere Länder, für unsere Parteien, für unsere Nationen und für Europa als Ganzes wichtig ist.

(Beifall)

Wir wünschen der CDU sehr viel Erfolg für diesen Wahlkampf, und wir freuen uns darauf, die CDU wieder als Regierungspartei zu sehen.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Herr Norvik, haben Sie herzlichen Dank für Ihre Worte. Da wir hier oben in Norddeutschland Plattdeutsch sprechen, konnten wie sie natürlich verstehen. Diese Sprachen sind sich ja verwandt. Herzlichen Dank Ihnen und auch Ihrer Dolmetscherin!

(Beifall)

Jetzt wird unser Parteivorsitzender, Herr Dr. Kohl, zu uns sprechen. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU Deutschlands (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Dele-

gierte! Liebe Freunde! Wir alle stehen kurz vor dem großen Ziel: Die Union, unsere politische Heimat, die Partei Konrad Adenauers, hat die Chance, mit dem Willen und Wollen der Mehrheit unserer Mitbürger am 3. Oktober wieder die volle Verantwortung für unser Land zu übernehmen.

Viele Etappensiege liegen hinter uns. Wichtige Voraussetzungen für den Wahlsieg sind geschaffen. Wir alle sind entschlossen, dieses unser Land zu führen - mit klaren Zielen, mit neuem Mut, mit Energie - damit unser Vaterland sicher, sozial und frei bleibt.

(Beifall)

Meine Freunde, es ist ein glücklicher Augenblick unserer Geschichte, daß sich dies alles im Jahr des Gedenkens an Konrad Adenauer vollzieht. Für uns ist das mehr als ein bloß zufälliges zeitliches Zusammentreffen. Denn für uns ist Konrad Adenauer eben mehr als nur das Symbol einer großen, aber vergangenen Zeit.

Konrad Adenauer heißt und bedeutet für uns auch Orientierung, Herausforderung und Gegenwart und Zukunft.

(Beifall)

Er war es, meine Freunde, der in entscheidendem Maße die Grundlagen geschaffen hat, denen unsere Partei nach wie vor ihre Vitalität, ihre ungebrochene Willenskraft und ihre Lebendigkeit verdankt.

Unser Volk, die Bürger der Bundesrepublik Deutschland, brauchen das, was Konrad Adenauer ausgezeichnet hat: Nüchternheit, Wirklichkeitssinn, Stetigkeit und Geduld und vor allem Grundsatztreue und ideenreiche Politik.

(Beifall)

Wir, die Union, bekennen uns zur Geschichte unseres Volkes, und wir bekennen uns auch mit Stolz zum historischen Beitrag unserer Partei zur deutschen Geschichte. Wir wissen, in welchem Maße Geschichtsbewußtsein und Zukunftsperspektive voneinander abhängen.

Bekanntnis zur Geschichte und Kampf für eine bessere Zukunft - das, meine Freunde, unterscheidet uns von Sozialisten jeglicher Schattierung, die immer wieder die Geschichte umschreiben müssen, die ständig ein neues Feindbild brauchen, weil sie nur so ihre ideologischen Vorurteile retten können.

(Beifall)

Seit Konrad Adenauer ist der Name der CDU untrennbar verbunden mit dem Aufstieg unseres Volkes aus der Stunde Null, mit dem Abbau von Haß und Neid, von Mißtrauen und Not, mit dem Bündnis und der Freundschaft der freien Völker.

Dies wird so bleiben, vor allem dann, wenn wir nach dem 3. Oktober wieder die Regierung dieser Bundesrepublik übernehmen.

(Beifall)

Dies ist die Stunde der Wahrheit für SPD und FDP, die auftrachen, ein neues Deutschland zu schaffen, die Stabilität und Fortschritt versprochen, die aber über leere Versprechungen nicht hinaus kamen, die von Anfang an über ihre und damit auch über unsere Verhältnisse gelebt haben, so daß viele noch fragten, was sie vom Staat bekommen können - um jetzt zu merken, daß der am demokratischen Sozialismus orientierte Staat eben immer mehr nimmt, als er geben kann.

(Beifall)

Die Erfahrungen seit 1969 zeigen, daß die SPD und FDP die Leistungsfähigkeit von Staat und Gesellschaft überschätzt und die Dynamik einer freien Gesellschaft unterschätzt haben.

(Beifall)

Die Probleme, Mißstände und Sorgen dieser Tage, meine Freunde, sind nicht zufällig. Sie sind das notwendige Ergebnis der falschen politischen Philosophie der SPD.

Der demokratische Sozialismus war nie etwas anderes als eine politische Ökonomie. Er hat immer - und gerade jetzt und zuletzt im Orientierungsrahmen '85 - das Primat der Ökonomie betont. Er verweigert die Antwort auf die nichtmateriellen, auf die geistigen Fragen und Bedürfnisse der Menschen. Dies war im 19. Jahrhundert so, und dies hat sich im 20. Jahrhundert nicht geändert.

(Beifall)

Der Sozialismus hat im 19. Jahrhundert durchaus die richtigen Fragen gestellt, aber er hat schon damals die falsche Antwort gegeben. Auch heute kommen von dort keine Lösungsvorschläge für die Zukunft. Das ist der Grund, warum die Sozialdemokraten beinahe ständig und zwanghaft nur ihre eigenen Probleme diskutieren. Der demokratische Sozialismus hat in diesen Jahren seine Chance gehabt; er hat sie vertan!

(Beifall)

In diesem Zeichen können die Bürger der Bundesrepublik nicht zu einem Modell von Freiheit und Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit kommen. Denn worin liegt denn die Perspektive des demokratischen Sozialismus? In seinen verschwommenen Konturen? Etwa im Zwist der sich bekämpfenden Gruppen und Fraktionen? In der Zuflucht zu immer mehr staatlicher Lenkung von Wirtschaft, in der Aufblähung der Bürokratie, in der Pflege des Freund-Feind-Denkens auf der Grundlage eines antiquierten Klassenkampfdenkens? In der Anmaßung eines sozialistischen Alleinverwirklichungsanspruchs? Etwa in jenem schlimmen Satz: Demokratie findet ihre Verwirklichung im Sozialismus? Oder in der Schaffung eines sozialistischen Bewußtseins durch Indoktrination?

Wir und mit uns die große Mehrheit der Bürger dieser Bundesrepublik wollen keinen Sozialismus, auch keinen demokratischen Sozialismus!

(Beifall)

Und wenn, meine Freunde, die Sozialdemokraten auf diese unsere klare Frage so heftig reagieren, dann will ich doch eine Gegenfrage nachschieben: Warum eigentlich haben sie seit den fünfziger Jahren dieses wichtige und verpflichtende Wort vom "freiheitlichen" Sozialismus stillschweigend fallengelassen? Auch diese Frage gilt.

(Beifall)

Es gibt genügend Beweise, Zahlen und Beispiele, die zeigen, daß diese sozialistischen Tendenzen zunehmen. Die SPD will doch - und das sollte man vor der Wahl nicht vergessen - Banken verstaatlichen, Investitionslenkung einführen, Berufe wie etwa den Maklerberuf verbieten, zentrale Vermögensbildungsfonds in die Hand weniger Funktionäre legen, privates Bodeneigentum über die Aufspaltung in ein Verfügungs- und Nutzungseigentum aushöhlen, die steuerliche Belastbarkeit der Wirtschaft testen. Die Sozialdemokraten sind doch verantwortlich in deutschen Bundesländern für die Rahmenrichtlinien zum Schulunterricht, für die Parolen von Klassenkampf und Konfliktpädagogik. Und sie sind - auch wenn sie sich darum drücken - verantwortlich für die Dutzende von Volksfrontbündnissen von SPD-Studenten mit Kommunisten jeglicher Art an deutschen Universitäten.

(Beifall)

Es sind die Sozialdemokraten, die über steuerliche Mehrbelastungen, Erhöhung von Sozialabgaben und öffentlichen Gebühren das Ziel verfolgen, dem Staat, der öffentlichen Hand, immer mehr Macht zu geben, mehr Verfügungsgewalt über den einzelnen und damit auch über die Gesellschaft zu gewinnen.

Meine Damen und Herren und liebe Freunde, 1975 floß bereits jede zweite Mark durch die öffentlichen Kassen. Genau waren es 47,6% des Bruttosozialprodukts. Das sind jetzt schon 2,6 Prozentpunkte mehr, als die SPD in ihrem ersten Langzeitprogramm für 1985 angestrebt hat.

Der verantwortliche Autor dieses Papiers heißt Helmut Schmidt. Daran geht kein Weg vorbei.

(Beifall)

Nur sechs Jahre seit 1969 haben ausgereicht, um den Staatsanteil von 37% auf 47% zu steigern. Wenn sich Helmut Schmidt heute zwar verbal von den linken Spinndern, wie er sie zu nennen pflegt, in seiner eigenen Partei absetzt, so kann man doch sagen: Mit seiner Politik hat er doch die Theorie der Linken in der Praxis bereits übertroffen. Meine Freunde, dieser Art des Sozialismus, einer schleichenden Verstaatlichung und einer galoppierenden Bürokratisierung wollen wir, die Union, CDU und CSU, unsere freiheitliche und soziale Alternative entgegensetzen. Wir wollen verhindern, daß der Staat, daß die öffentliche Hand, immer mehr Aufgaben an sich zieht und damit die Freiheit und die Initiative des einzelnen aushöhlt.

(Beifall)

Wir wollen keinen Sozialismus und keine sozialistische Mißwirtschaft, wir wollen nicht mehr Bürokratie und keine sozialisti-

sche Gleichmacherei. Wir wollen im besten Sinne des Wortes mehr Freiheit statt mehr Sozialismus in der Bundesrepublik.

(Beifall)

Wir wollen Freiheit, Vielfalt und Eigeninitiative des Bürgers. Wir wollen Toleranz, vor allem gegenüber dem, der politisch anders denkt. Wir wollen kein böses Freund-Feind-Denken, das den Pluralismus, die Vielschichtigkeit des Denkens, des Strebens nach dem besten Weg der Politik in unserer Republik auflöst. Aus unserem Sprachschatz stammen nicht jene Begriffe, die die Atmosphäre der letzten Monate in so bitterer Weise vergiftet haben. Wir gebrauchen nicht jenes böse Wort vom Sicherheitsrisiko aus dem Munde Willy Brandts.

(Beifall)

Wir stehen für eine freiheitliche und soziale Politik, als Garant eines freien Staates, einer freien und gerechten Gesellschaft, in der Fairness und Toleranz nicht zu bloßen Leerformeln werden.

(Beifall)

Unserem Volk wurden in den letzten Jahren zu viele Spielarten sozialdemokratischer Politik zugemutet. Da gab es, meine Freunde, Willy Brandt, den Mann mit dem großen Pathos, der die politischen Tagespflichten treiben ließ, der sich selbst in der moralisierenden Gebärde gefiel und erschöpfte. Und da gibt es Helmut Schmidt, der es nicht mehr wagt, seine politischen Ziele vor allem Volk eindeutig zu definieren. Helmut Schmidts Politik - das ist in der Tat der späte Versuch, in Brandts Luftschlösser Installationen einzubauen.

(Beifall)

Wer im Rückblick auf diese Jahre seit 1969 die deutsche Politik betrachtet, die Politik dieser Regierung, die Kluft zwischen Versprechungen und Ergebnissen, zwischen Anspruch und Wirklichkeit, der spürt, daß an die Stelle von Perspektiven eben eine Politik ohne Perspektiven getreten ist. Auf Brandts Langatmigkeit ist Helmut Schmidts Atemlosigkeit gefolgt. Das ist der einzige wirkliche Unterschied.

(Beifall)

Niemals in der Geschichte der Bundesrepublik gab es eine so peinliche Verlegenheit als Antwort auf die Frage: Für welche Politik steht der gegenwärtige deutsche Bundeskanzler eigentlich wirklich? Helmut Schmidt als verantwortlicher Autor des sozialistischen Orientierungsrahmens? Oder Helmut Schmidt als ein bürgerlicher Politiker, der die Bürger über die sozialistischen Ziele seiner Partei mit dem Hinweis auf seine pragmatische Alltagspolitik beschichtigt? Oder Helmut Schmidt, der bewußt Gräben aufreißt, nach innen wie nach außen, der Polarisierung will und sie erzeugt statt Integration, der schulmeisterlich belehrt, statt internationale Solidarität zu übern?

(Beifall)

Seine nur zweijährige Kanzlerschaft ist bereits heute geprägt:
von falschen Prognosen und Ankündigungen über das Eintreten des
Aufschwungs, die Entwicklung der Arbeitslosigkeit bis hin zur
Frage von Steuererhöhungen;

sie ist geprägt von einem flotten Umgang mit der Wahrheit und
vom Mißbrauch vertraulicher Gespräche;

von der Verweigerung des Dialogs etwa mit dem Bundesrat, mit der
Opposition bis hin zum Abkanzeln jedes Kritikers; egal aus welchen
Reihen er kommt.

Es entspricht seiner bekannten Bescheidenheit, daß er sich selbst
ohne Alternative sieht und fasziniert vor seiner eigenen Größe
steht.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, was ist das für eine Partei, die in je-
dem Wahlkampf führende Genossen aus dem Verkehr zieht, weil man
sie dem ständig zitierten mündigen Bürger nicht mehr zumuten
kann: von Herbert Wehner angefangen über Jochen Steffen bis hin
zu den Jusos?

(Beifall)

Was ist das für eine Regierung, deren Mitglieder so häufig ge-
wechselt haben, daß wir heute weitgehend ein Kabinett der Namen-
losen haben? Wer kennt die Namen der Minister und Staatssekre-
täre, die in diesen sieben Jahren ihren Hut nahmen oder nehmen
mußten? Wer kennt ihre Zahl? Der Wähler sollte sie kennen! Es
waren 34 Minister und Staatssekretäre. Das ist in der Tat ein
Rekord in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Da wird der ganz normale demokratische Vorgang eines Regierungs-
wechsels gleichgesetzt - und das wird angekündigt - mit dem Aus-
bruch sozialer Krisen und internationaler Isolierung, als ob
das deutsche Volk, meine Freunde, als ob die Gruppen und Ver-
bände, allen voran die Gewerkschaften, nicht immer wieder be-
wiesen hätten, daß sie demokratische Entscheidungen ganz selbst-
verständlich respektieren. Der Wähler allein ist der oberste
Souverän unseres Landes. Er entscheidet über den Wechsel einer
Regierung, und das ist ein ganz und gar normaler Vorgang. Ein
Regierungswechsel ist kein Machtwechsel. Dieser Begriff stammt
nicht aus dem Wortlaut eines Demokraten. Das ist die Vorstellung
totalitärer Systeme.

(Beifall)

Wenn sich heute - das ist unübersehbar - unsere Partner in Ost
und West auf eine neue, von der Union geführte Bundesregierung
einzustellen beginnen, dann spricht das für deren Realitätssinn,
meine Damen und Herren. Unsere Nachbarstaaten gründen ihre Be-
ziehungen zur Bundesrepublik Deutschland nicht auf eine Partei
und schon gar nicht auf den Kanzler Helmut Schmidt.

Wer wie Helmut Schmidt und auch Willy Brandt Krisen in der Hoffnung androht, einen Regierungswechsel zu verhindern, wer wie Schmidt und Brandt demokratische Alternativen von Politik und Personen ausschließt, wer wie Schmidt und Brandt sich selbst und die eigene Partei mit dem Staate identifiziert, wer wie Schmidt und Brandt Demokratie mit Sozialismus gleichsetzt, der, meine Damen und Herren, setzt des Eigeninteresse vor das Interesse unseres Vaterlandes!

(Beifall)

SPD und FDP sind in der Prognose für den Wahlausgang vorsichtiger geworden. Sie rechnen bereits mit Stimmenverlusten. Das scheint mir auch ein guter pädagogischer Weg zu sein, um die Sozialdemokraten wieder an die realen Interessen unseres Landes heranzuführen.

Noch vertrauen sie darauf, daß eine sichere Wahlniederlage der SPD mit Hilfe der FDP von einer Koalition der Verlierer aufgefangen wird. Sie vertrauen darauf, mit der FDP als Steigbügelhalter an der Macht zu bleiben, wie sie dies in Hessen, in Berlin und in Nordrhein-Westfalen getan haben, wo man versucht, rundherum zum Abriß reife Regierungen im Amt zu halten, nur und ausschließlich, um selbst an der Macht zu bleiben.

Meine Damen und Herren, seit sieben Jahren - und daran führt kein Weg vorbei - dienen nun die Freien Demokraten der SPD als liberales Feigenblatt für sozialistische Blößen.

(Beifall)

Inzwischen hat sich in manchen Teilen der FDP der Wandel durch Annäherung an den Sozialismus bereits soweit vollzogen, daß sie selbst dort auf ihre doch wohlverstandene Eigenständigkeit verzichten, wo sie für die stabile Mehrheit einer wirklich liberal gesonnenen Regierung sorgen könnten.

(Beifall)

Das Beispiel hier in Hannover und das Beispiel in Saarbrücken sprechen für sich.

Wer wie die FDP all die Jahre ausgezogen ist und im Wahlkampf mit der These operiert: "Wir bekämpfen absolute Mehrheiten", der muß sich dann fragen lassen, wie das ist, wenn man absolute Mehrheiten bekämpft und gleichzeitig die Regierungsverantwortung dort verweigert, wo es Pflicht wäre, sie mit zu übernehmen.

(Beifall)

Wenn die Sozialdemokraten ihre Ziele, die Ziele ihres Orientierungsrahmens, ihres Langzeitprogramms nicht durchsetzen konnten, dann liegt dies ganz gewiß nicht an der Bremserfunktion der FDP.

Nicht die Freien Demokraten, wir, meine Freunde, in CDU und CSU haben die Sozialdemokraten an der uneingeschränkten Verwirklichung ihrer Ziele gehindert. Nur wir konnten verhindern, daß sozialistische Experimente in diesem Lande in größerer Zahl Wirklichkeit wurden.

Wer in dieser Stunde eine Bilanz der Politik von SPD und FDP zieht, der muß seinen Blick auf die folgenschweren Ergebnisse

sozialdemokratischer Politik richten. Das schwerwiegendste Ergebnis ist eben der Verlust an Vertrauen. Wie sollen auch Politiker Vertrauen gewinnen können, die fortdauernd durchblicken lassen, daß sie eigentlich etwas ganz anderes möchten, wenn sie nur endlich könnten!

Die Folgen zeichnen sich ab: das Vertrauen unserer Bürger zur Politik, zum Staat und das Vertrauen untereinander, die Solidarität, drohen verlorenzugehen; das Mißtrauen wächst, Neid - nicht nur in der Steuerpolitik, aber vor allem auch dort - wird zu einem Mittel der Politik gemacht; es machen sich Enttäuschung und Ernüchterung - vor allem auch schon in den Bereichen der jungen Generation - und Resignation breit. Das alles ist das Ergebnis einer wachsenden Orientierungslosigkeit, die diese Politik vermittelt.

Meine Freunde, vor allen Sachfragen der Politik gilt: eine Gemeinschaft, ein Volk, kann nur dann zusammenleben, wenn Vertrauen besteht, wenn Verlaß ist auf den anderen. Nur auf dieser Basis ist eine Orientierung in der Gesellschaft überhaupt möglich.

(Beifall)

Unsere Mitbürger interessieren keine ideologischen Luftschlösser, interessieren keine sozialistischen Heilslehren. Dieser Bürger stellt zu Recht ganz andere Fragen. Er will von der Politik wissen, ob es sinnvoll ist, zu sparen, welche Zukunftschancen seine Kinder haben werden, ob seine Rente gesichert ist, wie wir den Radikalen - seien es die Kommunisten oder die Faschisten - gegenüber treten. Das sind sehr konkrete, sehr handfeste Fragen, und sie verdienen eine konkrete Antwort, die den Realitäten nicht ausweicht und die utopische Verheißungen unterläßt.

Wir, die Union, meine Freunde, können den Wählern in diesen Wochen die positive Bilanz einer sachlich erfolgreichen Oppositionspolitik vorweisen, weil wir uns an den wirklichen Interessen unserer Bürger orientiert haben. Wir verweisen dabei nicht auf irgendein ideologisches Konzept. Wir stellen auch keinen Blankoscheck auf die Zukunft aus. Wenn wir in diesen Tagen in jenem Wahlprogramm, das hier dem Parteitag zur Beschlußfassung vorliegt, sagen: wir brauchen nüchterne, sachliche, solide Politik, wenn wir sagen: wir legen keinen Warenhauskatalog von Versprechungen vor, sondern wenn wir sagen: wir wollen nach der Regierungsübernahme Kassensturz machen und neue Prioritäten setzen, dann ist das genau das, was wir mit "solider" Politik umschreiben.

(Beifall)

Wir haben als Opposition im Bundestag bewiesen, daß wir bereit sind, unsere Gesamtverantwortung immer wieder zu sehen, daß wir konstruktive Lösungen suchen und unseren Beitrag leisten, ob das bei der Entscheidung über die Mitbestimmung war, ob es um die Ehrengeldreform ging, ob es um die Neuformulierung des Hochschulrahmengesetzes ging oder um jene dramatische Auseinandersetzung um die Polen-Verträge.

Meine Damen und Herren, die Polen-Verträge sind sozusagen das Paradebeispiel für Indoktrinationspolitik. Helmut Schmidt hat

zu keinem Zeitpunkt ernsthaft gewollt, daß diese Verträge eine breite Mehrheit finden, weder im Bundestag noch im Bundesrat.

(Beifall)

Millionen unserer Mitbürger konnten am Fernsehschirm an seinem Gesichtsausdruck verfolgen, wie zuwider es ihm war, daß man in letzter Minute unter dramatischen Umständen unter vollem Einsatz bis an das physisch Mögliche von allen Seiten, aber vor allem von unserer Seite aus versucht hat, diese Verträge zu verbessern. Wir verstehen eben Politik für den Menschen auch so, daß dabei das Interesse der eigenen Partei dem Gesamtinteresse untergeordnet wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wenn es noch eines Erfolgshinweises für das Wirken der Opposition bedürfte, so findet der sich am besten im Wahlprogramm der SPD. Noch nie hat es ein Wahlprogramm gegeben, in dem der politische Gegner dermaßen - ich will es vorsichtig ausdrücken - kopiert wurde, wie dies Helmut Schmidt diesmal tut.

Daß diese konstruktive Politik, daß unser Beitrag von unseren Mitbürgern verstanden wurde, das zeigt die beispiellose Serie von Wahlerfolgen in den Ländern, in den Städten und in den Gemeinden. Denken wir nur an Hessen und Berlin, an München, Stuttgart und Frankfurt. Überall sind wir die stärkste Partei geworden. Wir sind die Partei der Bürger in den kleinen Gemeinden, wir sind die Partei der Bürger in den Mittelstädten, und wir sind die Partei in den großen Ballungsräumen, die in der Lage ist, dort endlich zukunftsbezogene Perspektiven aufzubauen.

(Beifall)

Nur wenn unsere Mitbürger sehen, daß mit Vernunft regiert wird, sind sie zu den notwendigen Leistungen und auch zu notwendigen Opfern bereit.

Wir brauchen wieder eine Regierung für die Bundesrepublik, die den Bürgern den Glauben zurückgibt, daß persönliche Anstrengungen für das Ganze und gemeinsame Opfer auch für den einzelnen einen Sinn haben. Wie selten zuvor kann der Wähler diesmal seine Wahlentscheidung auf einen Vergleich zwischen konkreten Leistungen aller Parteien stützen. Er kann Versprechungen und Taten gegenüberstellen.

Aber, meine Freunde, im kritischen Vergleich der Leistungsbilanzen geht es nicht nur um die Vergangenheit. Es geht vor allem um die Zukunft. Am 3. Oktober entscheiden die Bürger nicht nur darüber, wer in der Vergangenheit recht gehabt hat - das ist auch wichtig -; vor allem entscheiden sie darüber, wer die künftigen Probleme der deutschen Politik besser bewältigen kann. Das ist das Wichtigste, was wir unseren Mitbürgern in den nächsten Wochen sagen müssen.

(Beifall)

Meine Freunde, diese Herausforderung kann nicht mit bloßer Routine bewältigt werden. Was wir brauchen, ist Vertrauen der Bürger in die Zukunft unseres Landes. Vertrauen zu sich selbst, in die eigene Leistungsfähigkeit und ein neues Vertrauen und Solidarität untereinander. Wir brauchen das Vertrauen unserer Mitbürger in die Handlungsfähigkeit unseres Staates und in die Vertrauenswürdigkeit der verantwortlichen Politiker. Wir brauchen wieder Vertrauen der Bürger in die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und in unsere soziale Ordnung. Wir brauchen Vertrauen bei unseren Nachbarn wie bei allen unseren Partnern in der Welt und wir brauchen einen Staat, der dieses Vertrauen rechtfertigt und täglich ihm gemäß handelt.

Diese Koalition von SPD und FDP hat sich an der Zukunft unserer jungen Mitbürger am meisten versündigt. Immer mehr junge Menschen stoßen an der Schwelle des Berufslebens auf eine geschlossene Gesellschaft, in der die Plätze vergeben und die Chancen versperrt sind. Sie sind Opfer einer unverantwortlichen Schul- und Bildungspolitik, die unerfüllbare Erwartungen erweckt und Enttäuschungen gebracht hat.

(Beifall)

Meine Freunde, wir alle - gleich, ob wir in den Ländern an der Regierung sind oder in der Opposition stehen - müssen den Mut haben, diese Entwicklung zu beenden, eine Entwicklung, die im Bildungsbericht der Bundesregierung von 1970 mit der Forderung eingeleitet wurde, daß 50 % eines Geburtsjahrgangs das Abitur erreichen sollten. Damit wurden Berufs- und Lebenserwartungen künstlich gezüchtet, die gänzlich wirklichkeitsfremd sind.

(Beifall)

Welche Verantwortung haben jene "Bildungsexperten" auf sich geladen, wenn gerade Arbeiterfamilien heute feststellen müssen, daß ihre Kinder nun das Abitur erreicht haben, aber keine Chance haben zu studieren.

Die Versprechungen der Sozialdemokraten in der Vergangenheit wirken angesichts der wirklichen Lage an Hochschulen und Schulen wie blanker Hohn. Doch das alles hindert Helmut Schmidt überhaupt nicht daran, diese Versprechungen erneut abzugeben, das Versprechen etwa, die völlige Aufhebung des Numerus clausus zu machen, obwohl diese Versprechungen heute so wenig einlösbar sind wie die Ankündigung im Bildungsbericht von 1970. Schon damals wurde gesagt, der Numerus Clausus wird bis 1975 verschwinden.

Dies alles zeigt die Kurzatmigkeit dieser Politik, weil eben wieder einmal die Antwort ausbleibt, wie morgen die Akademikerarbeitslosigkeit in Ordnung gebracht werden soll, wenn man heute - wie Schmidt dies tut - die unbegrenzte Öffnung der Hochschulen verspricht.

Die Sozialdemokraten haben einen bildungspolitischen Scherbenhaufen angerichtet. Das hat zu der paradoxen Situation geführt, daß die Jungen einem oft widersinnigen Leistungsdruck ausgesetzt sind, ohne daß ihnen am Ende dieses Weges entsprechende offene Zukunftschancen eröffnet werden. Leistung - und wir bejahen Leistung - erhält nur dann Rechtfertigung und Sinn, wenn auch die entsprechenden Chancen gegeben sind. Es darf nicht geschehen, daß eine in ihren

Hoffnungen enttäuschte Generation in bloße Anpassung und Mutlosigkeit verfällt.

(Beifall)

Wir wollen und wir müssen diese Resignation beseitigen, und zwar nicht mit dem Mittel von Versprechen und Patentrezepten, sondern mit einer Umstellung der Prioritäten gerade auch im Bereich der Bildungspolitik. Wir müssen wieder ein Klima schaffen, in dem die junge Generation ihrem Leben ohne Angst entgegensehen kann. Hier nützt nicht falsche Dramatisierung. Hier nützt nur sachliche Information und das Durchsetzen von sachlichen, wenn auch zugegebenermaßen schwierigen Lösungen. Wir müssen heraus aus dieser Sackgasse, und dies sage ich ohne jede Einschränkung: Auch wir in der CDU und CSU müssen dort zu Korrekturen bereit sein, wo wir vielleicht selbst an Fehlentwicklungen beteiligt waren.

(Beifall)

Ich bekenne mich ausdrücklich zum Leistungsprinzip. Aber unsere Kinder müssen die Anforderungen der Schulen eben auch ohne ständige Hilfe der Eltern erfüllen können.

(Beifall)

Die Eltern sind nicht die Hilfslehrer der Nation.

(Beifall)

Und wir müssen endlich mit jenem Unsinn aufräumen, daß man uns aufschwätzen will, daß Bildung und akademisches Studium identisch sind. Das führt zu der Gleichung: wer Universitätsausbildung hat, ist gebildet, wer in seinem Beruf etwa als Schreinermeister Vortüglisches leistet, ist ungebildet. Das ist doch zu unsinnig, als daß wir es weiter hinnehmen könnten.

(Lebhafter Beifall)

Eine der zentralen Fragen dieser Tage ist die Jugendarbeitslosigkeit. Sie ist ein Skandal. Es ist ein Skandal für unsere Gesellschaft, daß es zehntausende junger Mitbürger gibt, die den ersten Schritt aus der Welt des Kindes und der Schule in die Welt der Erwachsenen als Arbeitslose erleben. Es ist der wichtigste Auftrag einer von CDU und CSU geführten Bundesregierung, diesen Skandal schnellstens zu beseitigen.

(Beifall)

Es geht für uns darum, die über eine Million Arbeitslosen von heute mit all dem, was das für sie und ihre Familien bedeutet, wieder in Arbeit und Brot zu bringen. Aber wir müssen auch die über eine Million junge Mitbürger im Visier haben, die in der Zeit von 1975 bis 1985 aus der Schule kommen, in Ausbildungsplätze, in das Erwerbsleben gehen und die zur Stunde noch keine Chance haben, diese Plätze zu finden. Deshalb ist für uns die allgemeine und die berufliche Bildung von gleichem Wert. Die Verbesserung der beruflichen Bildung ist deshalb für uns eine vorrangige Aufgabe. Wenn in diesen Tagen im Bundestag und im Bundesrat in dieser Frage

so heiß gerungen wird, dann aus unserer Sicht vor allem deswegen, weil wir hier nicht eine Indoktrination der beruflichen Bildung haben wollen, sondern eine schnelle Hilfe und Chancen auf möglichst viele Ausbildungsplätze für möglichst viele junge Leute in unserem Lande.

(Beifall)

Unsere Hilfe für die junge Generation wird entscheidend sein für deren inneres Engagement für unseren Staat. Das gilt für die Jungen, das gilt für alle Bürger. Die Bürger müssen deshalb wieder wissen und ganz persönlich erfahren, daß dieser Staat, für den sie sich nicht nur materiell, sondern auch geistig und ideell engagieren sollen, handlungsfähig ist. Dieser Staat muß sich auf jene Aufgaben beschränken, die unverwechselbar nur er erfüllen kann. Nur dann wird er seine volle demokratische Handlungsfähigkeit bewahren und sich entschlossen - wenn es nützt - auch gegen Widerstände durchsetzen. Wir wollen das Glück der Menschen und nicht die Zwangsbeglückung durch den Staat.

(Beifall)

Ein Staat, der allen alles andient, dient in Wirklichkeit längst niemanden mehr. Wir wollen keinen Staat der roten Funktionäre und der Bürokraten, wir wollen die lebendige Republik des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Wir wollen diese Republik und keine andere.

Der freiheitliche Rechtsstaat der Bundesrepublik, der in langen, schweren historischen Prozessen seine heutige Gestalt gewonnen hat und der im Zentrum weltweiter ideologischer Auseinandersetzungen steht, dieser unser Staat fordert unsere Kraft und unsere Wachsamkeit.

Er ist es wert - denn es ist unser Staat -, daß wir ihn nach innen und außen gegen seine Verächter und Feinde verteidigen.

Wir wollen die Werte dieser freiheitlichen Ordnung nicht der Gleichgültigkeit ausliefern. Diese freiheitliche Ordnung ist auf die innere Zustimmung unserer Bürger, von uns allen, angewiesen. Wir müssen sie ständig verteidigen und fortentwickeln, wenn wir sie nicht den Gegnern des freiheitlichen Rechtsstaats überlassen wollen.

Das gilt auch und nicht zuletzt, meine Freunde, für den zentralen Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Sorglosigkeit des Kanzlers, die sich in seiner Bemerkung, Stabilität sei ein Modewort, ausdrückt, haben die Bürger, haben wir alle, bitter bezahlen müssen. Kurt Georg Kiesinger - ich sagte es bei der Begrüßung - hat 1969 der Koalition von heute eine blühende Wirtschaft, geordnete Finanzen, stabile Preise und ein hohes Maß sozialer Sicherheit hinterlassen. SPD und FDP sind drauf und dran, dieses unser gemeinsames Kapital zu verspielen.

(Beifall)

Auch ohne Ölkrise und Exportrückgang hätten wir heute mit Arbeitslosigkeit, Inflation und Schulden zu kämpfen.

Wir haben die internationalen Zusammenhänge nie geleugnet. Aber Helmut Schmidt hat bereits zu einem Zeitpunkt das Ausland für die

Krisen verantwortlich gemacht, als wir im Export noch Rekorde erzielten und Tausende von Arbeitsplätzen, deren Erhalt jetzt schwierig geworden ist, noch gesichert waren. Diese Koalition hat die Arbeitnehmer, hat die Unternehmer, hat die Verbraucher, hat die Bürger allesamt, durch eine unseriöse Politik verunsichert. Sie hat uns Lasten auferlegt, die wirtschaftliches Wachstum und Investitionen verhindern und damit Arbeitsplätze gefährdet haben. Es ist nicht unser Urteil, es ist das Urteil des langjährigen Vorsitzenden des Sachverständigenrates, Professor Kloten, der im Blick auf die Krise sagte: "Besonders die Finanzpolitik machte bis Mitte 1973 eine schlechte Figur." Der damalige Finanzminister hieß Helmut Schmidt, meine Damen und Herren!

(Beifall)

In diesem Jahr - dies wünschen wir alle - geht es hoffentlich wirtschaftlich wieder bergauf. Es gibt niemanden unter uns, der nicht aus vollem Herzen einen solchen Wirtschaftsaufschwung begrüßen würde. Niemand ist glücklicher als wir, wenn der schwerste wirtschaftliche Niedergang seit Bestehen der Bundesrepublik endlich überwunden wird.

Wenn nun der Aufschwung endlich einsetzt, so ist das nicht das Verdienst der Koalition. Dieser sich jetzt abzeichnende Wiederaufschwung ist das Ergebnis des Fleißes unserer Bürger und ist ihrer Bereitschaft zum Verzicht zu verdanken. Er ist der Vernunft des größten Teils der Tarifpartner zu verdanken. Er ist jenen Selbstheilungskräften in unserer marktwirtschaftlichen Ordnung zu verdanken, die selbst viele Jahre einer so schlechten Wirtschafts- und Finanzpolitik verkräftet hat.

Nicht die Soziale Marktwirtschaft, meine Freunde, hat in den vergangenen Jahren versagt: Diese Koalition hat versagt und trägt die Verantwortung für die Entwicklung.

(Beifall)

Immer mehr Arbeitnehmer spüren die Daumenschrauben der Steuerprogression. Nach jeder Lohnrunde wird die Steuerschraube fester gezogen, weil sich eben der Staat, die öffentliche Hand, einen immer größeren Prozentsatz vom Lohn holt, ohne daß überhaupt Steuergesetze geändert werden müssen. Das Tempo der Inflation bestimmt die Steuerlast und nicht die wirtschaftliche Einsicht. Die inflationsbedingte Steuerprogression ist ungerecht - das kann jeder von uns jeden Tag beobachten -, weil eben nicht höhere Leistung, sondern der Geldwertschwund besteuert wird, und das ist eine zutiefst unsoziale Doppelbelastung für den einzelnen.

(Beifall)

Das, meine Freunde, ist eine Politik der Gleichmacherei, die sich insbesondere gegen Facharbeiter, gegen Angestellte und Beamte, gegen alle beruflichen Aufsteiger, aber auch gegen den Mittelstand im weitesten Sinne des Wortes richtet.

Wir sagten: Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist unsere vorrangige Aufgabe. Darum bedarf es großer Anstrengungen, denn es gibt keine bloße Automatik. Das zeigt dieser Aufschwung. Trotz dieses Aufschwungs haben wir so viele Arbeitslose wie vor einem Jahr, und damals steckten wir noch mitten in der Rezession. Der

Kanzler meint, wir könnten stolz auf unsere Lage sein. Meine Damen und Herren, ohne jede Dramatisierung: Wir können nicht stolz darauf sein, daß 1 Million Menschen in diesem Land arbeitslos sind.

(Beifall)

Arbeitslosigkeit ist kein unentrinnbares Schicksal. Das hat uns die Nachkriegsgeschichte gelehrt. Unserem Freund Ludwig Erhard ist es mit der Sozialen Marktwirtschaft gelungen, zerstörte Arbeitsplätze aufzubauen und neue Arbeitsplätze für Millionen von Vertriebenen und Flüchtlingen zu schaffen. Was damals möglich war, muß auch heute einer klugen, mutigen Politik möglich sein.

(Beifall)

Unsere Antwort heißt:

Wir brauchen wieder das Vertrauen der Wirtschaft, damit von der Wirtschaft investiert wird.

Wir brauchen Investitionen, um die Produktivität zu steigern.

Wir brauchen Produktivität, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern.

Wir brauchen eine hohe Beschäftigung, um die staatlichen Leistungen, um unser Netz sozialer Sicherungen finanzieren zu können.

Nur wenn Geld in der Kasse ist, sind die notwendigen Reformen finanzierbar. Auch das gehört zu diesem Bild.

(Beifall)

Es kommt also auf eine Verbesserung des Investitionsklimas an. Wenn nun einige Politiker, vor allem innerhalb der SPD, eine Kontrolle der Investitionen fordern, wenn vom Investitionsverbot gesprochen wird, dann kann ich nur sagen: Wir brauchen nicht weniger, sondern wir brauchen mehr Investitionen. Mit linken Ideologien lassen sich eben Arbeitsplätze nicht sichern oder neu beschaffen.

(Beifall)

Der entscheidende Ansatz für den Kampf gegen die strukturelle Arbeitslosigkeit ist:

erstens: die Begrenzung der privaten Investoren zu sichern.

Zweitens: Der Staat und die Gesellschaft müssen ohne jede Einschränkung ein klares Ja zu den Erträgen und zu den Gewinnen der Unternehmungen und der Wirtschaft sagen. Der Staat muß sie zu Innovation und Wagnis im wirtschaftlichen Bereich ermuntern.

Drittens: Die Unternehmen müssen mit mehr risikobereitem Kapital ausgestattet werden.

Deshalb sagen wir ein klares Ja zur Körperschaftssteuerreform und ein Ja zu einer breiten Streuung des Eigentums am Produktivvermögen. Je mehr Eigentum in diesem Lande möglich ist, um so größer ist die demokratische und soziale Stabilität.

(Beifall)

Das sind Maßnahmen und Wege, mit denen die Finanzierung der Investitionen erleichtert wird. Das sind langfristige Maßnahmen. Das sind Maßnahmen, die das Vertrauensklima verbessern, die die Chance für mehr Investitionen erhöhen.

Die meisten Gewerkschaften - dafür sind wir dankbar - haben dies verstanden. Mit ihren maßvollen Lohnabschlüssen verbesserten sie das Investitionsklima. Sie leisteten damit einen Beitrag zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Wir hoffen, daß damit mehr Arbeitslose auf schnellere Wiederbeschäftigung hoffen können.

Ich will an dieser Stelle, meine Freunde, ein klares Wort zum Thema Gewerkschaften sagen: Für uns erfüllen die Gewerkschaften in unserem Staat und in unserer pluralistischen Gesellschaft eine wichtige, ganz und gar unverzichtbare Aufgabe. Wir gehen seit den Tagen der Gründung der Union ohne jede Voreingenommenheit in das Gespräch mit allen Gewerkschaften.

Aber weil dies so ist und weil wir diese wichtige Grundvoraussetzung pluralistischer Demokratie so verstehen, auch im Blick auf Verbände und Gewerkschaften, gerade deshalb sind wir nicht bereit, widerspruchslos Klassenkampffarolen hinzunehmen, wie sie auch in diesem Jahr auf einigen Kundgebungen zum 1. Mai zu hören waren.

(Beifall)

Wir wollen das offene, wir wollen das kritische Gespräch mit allen Gewerkschaftlern, und wir wollen vor allem freie Gewerkschaften. Wir werden nicht schweigend hinnehmen, wenn einige etwa im DGB den Versuch unternehmen würden, jetzt vor dieser Bundestagswahl diese große Gewerkschaftsbewegung einseitig zum Erhalt der Macht der gescheiterten Sozialdemokratie einzusetzen.

(Beifall)

Wir erwarten nicht mehr und nicht weniger, als daß die Leistungen aller demokratischen Parteien mit dem gleichen Maßstab gemessen werden.

Meine Freunde, wir wollen den wirtschaftlichen Aufschwung dauerhaft sichern, weil ohne eine stabile und wachsende Wirtschaft die soziale Sicherheit auf Dauer nicht gewährleistet ist. Dabei verlieren wir nicht aus dem Auge, daß der soziale Friede eine entscheidende Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum ist.

Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik sind für uns eine Einheit. Dieses Sachgesetz haben die Sozialdemokraten nie beachtet. Mit der Gefährdung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit haben sie auch die Leistungsfähigkeit unseres Systems sozialer Sicherheit gefährdet. Das soziale Sicherungsnetz, in jenen 20 Jahren von 1949 bis 1969 unter Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger vor allem geknüpft, hat bislang, t r ö t z der Politik dieser Regierung und nicht w e g e n ihr gehalten.

(Beifall)

Geldwertstabilität und hoher Beschäftigungsgrad sind tragende Pfeiler des Netzes sozialer Sicherheit. Wie eng dieses Netz ist, zeigen folgende Zahlen: 250 000 Arbeitslose bedeuten ein Minus von einer Milliarde DM allein für die Rentenversicherung. In der

Rentenversicherung brauchen wir vor allem Klarheit über die Finanzierung. Als 1972 die flexible Altersgrenze zusammen mit der vorgezogenen Rentenanpassung eingeführt wurde, lagen die Vorausschätzungen der Bundesregierung über 500% höher als 1970.

Wer so, wie diese Bundesregierung, mit der Rentenfinanzierung manipuliert, untergräbt bei den Rentnern und bei den Beitragszahlern das Vertrauen in ihre Rentenversicherung und damit in ihre gesicherte Zukunft.

Wir in der Union werden es nicht zulassen, daß die von der Bundesregierung verschuldeten Finanzierungsprobleme auf dem Rücken der Rentner ausgetragen werden.

(Beifall)

Die Millionen unserer älteren Mitbürger sollen wissen, daß wir, die Union, ihre Interessen wahrnehmen. Wir haben nicht vergessen, gerade wir, die Jüngeren, daß wir auf den Schultern dieser älteren Generation überhaupt die Möglichkeit bekommen haben, in dieser Bundesrepublik in Freiheit leben zu können.

Wir haben damals die Rentenformel geschaffen, wir werden in diesem Geiste auch in Zukunft gerade die guten Rechte und gerade die Pflichten gegenüber unseren älteren Mitbürgern wahrnehmen.

(Beifall)

Meine Freunde, mit den Mitteln der Sozialpolitik des 19. Jahrhunderts - und deswegen müssen Sozialdemokraten eben scheitern - können wir in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts keine gerechte und menschliche Lösung der sozialen Fragen mehr erzielen. Eine Sozialpolitik wie die der SPD, die sich weitgehend am Klassenkampf und nahezu ausschließlich am Konflikt zwischen Arbeit und Kapital orientiert, ist viel zu grob und viel zu unempfindlich für die wirklich vorhandenen Probleme in unserem Lande und die dort stattfindenden sozialen Konflikte. Heute sind doch die Probleme der Frau zwischen Beruf und Familie mit der oft unerträglichen Doppelbelastung, die Schwierigkeiten der Kinder in der Welt der Erwachsenen, die Probleme der Erziehungsfähigkeit unserer Familien, das Verlassen sein alter Menschen und die soziale Isolierung alleinstehender Mütter, die Schwierigkeiten der Behinderten - viel, viel schwerer zu bewältigen als etwa die Probleme eines durchschnittlichen Industriearbeitnehmers.

(Beifall)

Dies alles wollen die Sozialdemokraten nicht zur Kenntnis nehmen. Sie verstärken durch ihre Einsichtslosigkeit den inhumanen Trend in unserer Gesellschaft, Konflikte zwischen Stärkeren und Schwächeren, Alten und Arbeitsfähigen, Organisierten und Nichtorganisierten oder Erwachsenen und Kindern zugunsten der Stärkeren und damit zu Lasten der Schwächeren zu entscheiden. Meine Damen und Herren, das ist doch der Kernpunkt der Neuen Sozialen Frage, um die wir auf dem Mannheimer Parteitag, unserem letzten Parteitag, so leidenschaftlich gerungen haben. Die Politik dieser Bundesregierung, die sich gerne selbst das Zusatzwort "sozialliberal" attestiert, beruht doch geradezu auf einem Bündnis der Stärkeren gegen die Schwächeren.

(Beifall)

Diese Bundesregierung hat ihre Sozialpolitik an den Interessen machtvoller großer Organisationen ausgerichtet. Sie ist nicht bereit, die wirklichen Bedürfnisse unserer Bürger nach einer sozial gerechten Ordnung zu befriedigen. Diese Versäumnisse haben zu Spannungen geführt, die auch heute den sozialen Frieden gefährden. Manch einer in der Führung einer Gewerkschaft, der heute diese Unruhe an der Basis spürt, soll einmal in Arbeiterfamilien mit vielen Kindern hineingehen. Er wird feststellen, daß diese Familien mit ihrem Nettoeinkommen im Durchschnitt bereits unter dem Sozialhilfeniveau liegen. Das Ergebnis einer solchen zutiefst unsozialen Politik heißt doch: Kinderreichtum führt für den durchschnittlichen Einkommensbezieher immer mehr zum sozialen Abstieg, und das in einem Lande, das wegen seines Überalterungsprozesses dankbar sein sollte für jedes Kind, das geboren wird.

(Beifall)

Meine Freunde, es ist doch unerträglich, wenn bestimmte linke Gruppierungen heute "die partielle Erziehungsunfähigkeit der modernen Familie" beklagen und daraus gleichzeitig die Forderung abgeleitet wird, den sogenannten Dualismus von privater und öffentlicher Erziehung zu beseitigen, d. h. mit anderen Worten, die Familienerziehung durch eine kollektive Erziehung in gesellschaftlichen Einrichtungen zu ersetzen. Angesichts solcher Tendenzen muß man doch zumindest die Frage aufwerfen, ob die soziale Not kinderreicher Familien solchen Leuten gar in ihr ideologisches Konzept paßt.

(Beifall)

Wir werden nicht zulassen - und wir werden in den nächsten Wochen überall in der Bundesrepublik darüber reden -, daß die Sozialdemokraten die zutiefst unsozialen Folgen ihrer Politik ideologisch vernebeln. Wir wollen eine gerechte Sozialpolitik. Wir werden die Vorarbeiten für eine Neuregelung des Rentenrechts entsprechend dem verfassungsgerichtlichen Auftrag der Gleichbehandlung der Geschlechter im Rentenrecht unverzüglich nach dem Oktober aufnehmen. Dazu ist die Partnerrente eine hervorragende Möglichkeit.

(Beifall)

Wenn ich von diesen neuen Fragen spreche, dann geht es in unserem Land, in dem die Bürger 1975 bereits 300 Milliarden DM für soziale Aufgaben aufwenden, nicht darum - das muß man klar und deutlich aussprechen -, den Anteil des Staates am Sozialprodukt zu erhöhen. Viel wichtiger ist jetzt vielmehr die Aufgabe, die soziale Wirksamkeit der Mittel zu verbessern, den ausreichenden Spielraum zu schaffen, um auch die neu entstandenen Fragen lösen zu können. Wir, CDU und CSU, haben mit all unseren Mitbürgern den Wiederaufbau geschafft. Wir, die Union, werden fähig sein, den Wiederaufbau langfristig zu sichern und die notwendigen sozialen Entscheidungen zu treffen.

Stabilität im Innern, meine Freunde, ist die Grundlage für eine handlungsfähige Außenpolitik. Wer heute in die Welt schaut, stellt fest: Das Klima ist kälter geworden. Wenn heute im Westen ganz allgemein und bei uns in der Bundesrepublik im speziellen eine Ernüchterung über die sowjetische Politik Platz greift, dann

zeigt das nur, daß sich jahrelang viel zu viele von Entspannungsillusionen haben berauschen lassen.

Wenn jetzt etwa der Bundeskanzler erklärt, der Entspannungsbegriff sei für die Bundesregierung immer ein schillernder Begriff gewesen, dann muß ich daran erinnern, daß es doch die Sozialdemokraten waren, die diesen Begriff seit 1969 wie einen Markenartikel mit einfacher Gebrauchsanweisung verkauft haben. Einer solchen Politik, meine Freunde, mußte doch nach der tatsächlichen Entwicklung die Ernüchterung auf dem Fuß folgen.

Mehr denn je - das beklagen wir - vermittelt der Westen, die Gemeinschaft der freien Länder, ein Bild der Schwäche. Dagegen ist die sowjetische Politik unübersehbar vom Bewußtsein ihres stetig wachsenden Übergewichts im weltweiten Kräfteverhältnis geprägt. Selbstsicherheit und starkes offensives Selbstvertrauen sind die Folgen. Wenn die Sicherheit der Europäer wieder stärker bedroht ist, dann angesichts der Gefahr, daß die neuen Schwächen des Westens für die Sowjetunion ebenso viele Versuchungen darstellen, ihre politische Offensive zu verstärken.

Deshalb, meine Freunde, ist der Frieden eben nicht sicherer geworden. Erneut ist das entscheidende Gleichgewicht der Kräfte zwischen Ost und West bedroht. Das Gleichgewicht zwischen Ost und West bleibt Voraussetzung dafür, daß Friedenspolitik überhaupt möglich ist.

(Beifall)

Entspannungspolitik kann die Interessenkonflikte nicht auflösen. Entspannungspolitik - so wie wir sie verstehen - ist rationaler Ausgleich der Interessen, ein Mittel, den Ost-West-Konflikt in seinem Ausmaß zu beschränken, eine Methode, denkbare Konflikte rational zu steuern.

Entspannung, meine Damen und Herren und liebe Freunde, ist das gemeinsame Interesse der Menschheit, trotz unvermeidbarer Konflikte zu überleben. Deswegen kann für uns Entspannung niemals heißen, Interessen einseitig oder gar willkürlich durchzusetzen. Wirkliche Entspannung setzt Partner voraus, die gleichberechtigt sind und bei denen nicht der eine dem anderen unterlegen ist.

Wir nutzen niemandem, wenn wir auf die gegenwärtige weltweite kommunistische Herausforderung nur mit moralischer Entrüstung oder mit Beschimpfungen an die Adresse Moskaus reagieren. Die Sowjetunion, meine Freunde, hat aus ihren Zielen und Absichten nie ein Hehl gemacht. Sie hat ihre Interessen als kommunistische Weltmacht vertreten und durchgesetzt, wo immer dies die Schwäche des Westens zuließ. In dieser Lage gibt es keinen Anlaß zur Verharmlosung oder zur Beschönigung. Genau das aber tun Willy Brandt und Helmut Schmidt.

(Beifall)

Sie verbreiten die vermeintlich nützliche parteipolitische Legende, daß die Kommunisten nur dort eine Chance hätten und stark seien, wo sogenannte Konservative an der Regierung säßen. Sie unterscheiden zwischen rotem und weißem, zwischen gefährlichem und ungefährlichem Kommunismus.

Meine Damen und Herren, wir alle haben die Geschichte Europas in den letzten 30 Jahren doch miterlebt. Ich will es in einem Zitat darstellen, das besser ausdrückt, als es jeder von uns sagen kann, was ich meine:

"1945 glaubten zahlreiche europäische Sozialisten, ein solches Zusammengehen - mit den Kommunisten - entspreche erstens den "realpolitischen" Gegebenheiten und sei zweitens erforderlich, um den feudalistischen und halbfaschistischen Elementen ihrer Länder den Boden zu entziehen. ...

Kurz vor Jahresende verschwand auch die einstmalige starke Sozialistische Partei Polens von der legalen Oberfläche. ...

Wer es noch nicht wußte, hat im Laufe dieser Geschehnisse erfahren müssen, daß die Kommunisten keine Bundesgenossen sind, sondern Exploiteure von Scheinbündnissen zum Zwecke ihrer brutalen Parteiherrschaft."

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Ihr Beifall gilt Willy Brandt, der diese Sätze im Januar 1949 niedergeschrieben hat. Ich frage mich: Warum hat er, warum hat Helmut Schmidt, warum haben die deutschen Sozialdemokraten diese wichtigen historischen Erfahrungen über Bord gehen lassen?

(Beifall)

Wir, die Union, werden heute wie in Zukunft und in der Vergangenheit jede totalitäre Bewegung in Europa, komme sie von rechts oder von links, mit äußerster Entschlossenheit bekämpfen. Wir vertreten eine Politik der Mitte für Deutschland und Europa. Wir sind gegen Faschismus und gegen Kommunismus, weil wir gegen jeden menschenfeindlichen Totalitarismus sind.

(Beifall)

Das heißt im Klartext: Wir sind heute und in Zukunft gegen jede Volksfront in Europa.

(Erneuter Beifall)

Faschismus und Kommunismus haben in der Geschichte immer nur Demokratien und demokratische Bewegungen vernichtet, Gewaltherrschaft aufgebaut und Menschlichkeit durch Terror zerstört. Wir erleben mitten in Deutschland, was das heißt: Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl! Dies alles ist sehr viel einprägsamer als pseudodemokratische Bekenntnisse italienischer oder französischer Kommunisten. Wir haben die Lektion der Republik von Weimar gelernt: Mit den Feinden der Demokratie gibt es kein Paktieren.

(Beifall)

Wir bekennen uns als eine der großen deutschen Volksparteien zu solidarischem Handeln der Bundesrepublik auch mit unserer Nachbarschaft. Wir beklagen, daß der Bundeskanzler überall dort, wo solidarisches Handeln notwendig wäre, öffentliche Belehrungen und Kritik erteilt. Laut Helmut Schmidt, meine Freunde, sind wir jetzt ein Modell für den Rest der Welt. Aber die Welt will auch heute nicht am deutschen Wesen genesen. Das schafft uns keine Freunde. Und die Prahlerei mit einer wirtschaftlichen Spitzenstellung macht uns nicht beliebter.

Wir denken bei diesen ungewöhnlich törichten Äußerungen an die Klugheit, an die Zähigkeit und an den Takt, mit denen Konrad Adenauer die Bundesrepublik Deutschland als gleichberechtigten Partner in das westliche Bündnis, in die Gemeinschaft der freien Völker, zurückgeführt hat.

(Beifall)

Konrad Adenauer und Ludwig Erhard haben durch ihre Aufbaupolitik bei unseren Bürgern Bewunderung und weltweiten Respekt für die Bundesrepublik erworben. Meine Damen und Herren, das hat aber damals nicht dazu geführt, daß die Bundesrepublik als Prahlhans die internationale Presse beschäftigte.

Unser Stolz - auch unser nationaler Stolz - über das Erreichte ist voll berechtigt. Dieser Stolz ist für uns aber auch ganz selbstverständlich verbunden mit der Bescheidenheit und der Bereitschaft zur internationalen Verantwortung gegenüber den Nachbarn in Europa, aber auch gegenüber den Nachbarn in anderen Kontinenten, vor allem in der Dritten und Vierten Welt, die gerade unsere Hilfe und unsere Unterstützung aus dem Prinzip eines moralischen Gesetzes freiheitlicher Demokratie heraus brauchen.

(Beifall)

Wir werden der deutschen Außenpolitik wieder klare Prioritäten geben. Sie lauten wie folgt:

Erstens: Wir werden mit aller Leidenschaft die politische Einigung Europas anstreben. Wenn wir die Bundesregierung im Herbst übernehmen, werden wir alles tun - selbst wenn es nur einige Gleichgesinnte in anderen europäischen Ländern geben wird -, um in der Bundesrepublik im Jahre 1978 freie und direkte Wahlen zum Europäischen Parlament vornehmen zu können.

(Beifall)

Zweitens: Wir wollen und wir werden die westliche Allianz festigen und weiter ausbauen, auch dort, wo uns dies Opfer kostet.

Drittens: Wir werden unsere internationale Mitverantwortung gegenüber der Dritten Welt wahrnehmen und zu einem menschlich gerechten und sachlich vernünftigen Interessenausgleich zwischen Nord und Süd beitragen.

Viertens: Wir wollen und wir werden eine Politik des rationalen Interessenausgleichs mit den Völkern in Mittel- und Osteuropa fortsetzen und dabei in stärkerem Maße auch die einzelnen Staaten und, in besonderer Weise, die Volksrepublik China einbeziehen.

Der erste Schritt muß sein, das Gleichgewicht zwischen Ost und West wiederherzustellen - nicht um Entspannungspolitik zu ersetzen, sondern um den Frieden zu sichern. Das heißt für uns:

Wir - die freie Welt - müssen verteidigungsfähig bleiben. Die freiheitliche Entwicklung des Westens muß weiter vorangetrieben werden. Die Verteidigung sichern heißt, daß wir unserer Bundeswehr die Chance und die Unterstützung geben, die diese Bundeswehr zur

Erfüllung ihres Auftrags, unsere Freiheit zu sichern, selbstverständlich braucht.

(Beifall)

Die politische Integration des freien Europa und die Stärkung der westlichen Allianz sind Voraussetzungen dafür, daß das deutsche Volk im freien Teil unseres Vaterlandes, in der Bundesrepublik Deutschland, in Freiheit, in Sicherheit und in Wohlstand leben kann. Gleichzeitig sind sie Voraussetzungen und Grundlage einer Politik des Friedens.

Wir werden uns morgen einen ganzen Tag lang mit den Grundthemen der Europapolitik beschäftigen. Damit wollen wir den zentralen Stellenwert dokumentieren, den diese Politik für uns hat.

Wir wollen eine Politik der Verständigung und des Interessenausgleichs mit den Völkern in Mittel- und Osteuropa und mit ihren Regierungen. Unsere Adressaten werden Moskau und die osteuropäischen Staaten sein. Dabei wird sich die Bundesrepublik unter unserer Führung nicht noch einmal unter Zeitdruck setzen lassen, noch sich selbst bei Verhandlungen unter Zeitdruck setzen.

(Beifall)

Wir werden nur solche Verträge und Abkommen schließen, die die Interessen beider Seiten berücksichtigen und die in Leistung und Gegenleistung ausgewogen sind.

(Zustimmung)

Meine Freunde, wir werden uns - weil dies ein Grundanliegen wirklich vernünftiger demokratischer Politik ist - darum bemühen, für eine solche Außenpolitik eine möglichst breite Zustimmung bei allen demokratischen Parteien und Kräften in unserem Lande zu erreichen. Wir wollen es nicht auf einseitige Kraftakte ankommen lassen, denn dies würde der Sache genauso schaden wie der Demokratie. Wir wollen auch in der Außenpolitik nicht, daß eine Gruppe, wie wir das jetzt jahrelang bei der Diffamierung der Arbeit der Vertriebenenverbände erlebt haben, durch die regierungsamtliche Politik in das offizielle Abseits gestellt wird.

(Beifall)

Ostpolitik, die erfolgreich sein will, muß sich demonstrativer und spektakulärer Akte enthalten, auch wenn dies innenpolitisch nicht immer populär ist. Bei meiner Reise nach Moskau hatte ich den Eindruck, daß sich auch unsere Gesprächspartner in der Sowjetunion auf eine solche Politik durchaus einstellen können, denn es liegt doch auch im Interesse Moskaus, langfristig solide Ergebnisse mit dieser Politik zu erzielen.

Dies schließt nicht aus, daß es unser zentrales Ziel bleibt, überall in der Welt die Verwirklichung der Menschenrechte als ein wichtiges Grundanliegen freiheitlich gesonnener Demokraten zu betrachten. Wir werden dieses Ziel auf allen uns geeignet erscheinenden Wegen der internationalen Politik weiter verfolgen, selbstverständlich unter Beachtung der Souveränität jedes Staates für sein Hoheitsgebiet und im Rahmen der KSZE-Schlußakte von

Helsinki. Wir fordern aber gerade weil dies in Helsinki niedergeschrieben wurde, unsere westlichen Verbündeten auf, gemeinsame Schritte zu unternehmen, damit diese Schlußakte in allen ihren Teilen inhaltlich wirklich erfüllt wird, und zwar in allen Unterzeichnerstaaten, in Ost wie in West.

(Beifall)

Meine Freunde, dies ist vor allem ein Auftrag an die Union: Wir müssen gegenüber dem Weltkommunismus wiederum in die geistige und politische Offensive gehen. Wir dürfen nicht länger zulassen, daß die Bereitschaft zur geistigen und politischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und seinem Herrschaftssystem nachläßt. Wir dürfen uns von anderer Seite auch nicht die Spielregeln diktieren lassen. Ich denke jetzt z.B. daran, daß man in Moskau seinen Kampf als ideologischen Klassenkampf rechtfertigt, der über alle nationalen Grenzen reicht, uns aber dann, wenn wir reagieren, der Einmischung in die inneren Angelegenheiten bezichtigt, nur weil wir unsere eigenen Interessen und die Interessen der Freiheit wahrnehmen.

(Beifall)

Wenn Radio Moskau vor wenigen Tagen in einem Angriff auf mich erklärte:

"Wir machen kein Hehl daraus, daß wir in der Entspannung einen Weg zur Schaffung günstigerer Bedingungen für den friedlichen sozialistischen und kommunistischen Aufbau sehen.",

dann will ich darauf ganz unmißverständlich antworten: Für uns, die CDU und CSU, für uns in der Union in Deutschland bleibt Sicherheit mit Freiheit untrennbar verbunden.

(Beifall)

Freie Selbstbestimmung der Völker, freie Meinungsäußerung der Menschen, freier Austausch von Ideen und Menschen sind die Grundlage für den Übergang von einer zerbrechlichen Koexistenz zu einem tragfähigen Frieden.

Frieden, meine Freunde, muß sich an der Menschenwürde orientieren. Was die Menschenwürde verletzt oder mit Füßen tritt, dient nicht dem Frieden.

(Beifall)

Gradmesser der sowjetischen Entspannungsbereitschaft bleibt für uns vor allem das Verhalten der Sowjetunion gegenüber Berlin. Das Viermächteabkommen über Berlin darf von niemandem unterminiert werden. Es muß nicht nur strikt eingehalten, sondern auch voll angewendet werden.

Gradmesser der Entspannungsbereitschaft bleiben für uns auch die Bereitschaft der DDR zum Abbau ihrer auf Konfrontation abgestellten Politik und ihrer Bereitschaft zu einem geregelten Zusammenleben, das diesen Namen verdient.

Das gilt aber nicht nur für mehr Freizügigkeit von Menschen, Ideen und Informationen, sondern das gilt auch für die Diskussion um die Einheit der deutschen Nation.

(Beifall)

Wenn Herr Honecker in diesen Tagen glaubt, mit einem Federstrich den Hinweis auf die eine deutsche Nation aus dem Programm der SED und damit später auch aus der Verfassung der DDR streichen zu können, dann können wir ihm nur antworten: Diktatoren kommen und gehen, aber die Völker bleiben. Die deutsche Nation bleibt, auch wenn es ihm nicht gefällt.

(Lang anhaltender, lebhafter Beifall)

Meine Freunde, ich weiß, dazu braucht es vor der Geschichte einen langen Atem. Aber ich frage jeden von uns: Wer soll eigentlich diesen langen Atem vor der Geschichte haben, wenn nicht wir, die Deutschen in der Bundesrepublik, die nach dem Kriege - und zwar sind es die meisten von uns - nicht durch eigenes Verdienst das Glück hatten, auf der Sonnenseite der Erbmasse des Deutschen Reiches aufzuwachsen und leben zu können?

(Beifall)

Eine Änderung der sowjetischen Position wird nur durch das zu erreichen sein, was Präsident Ford "eine westliche Politik des Friedens aus der Stärke heraus" nannte. Das ist etwas ganz anderes als eine Politik der Kraftmeierei, der Aggressivität oder des kalten Krieges.

Durch eine Politik des Friedens und des Interessenausgleichs, die Begegnungen und Verhandlungen möglich macht; durch eine Politik, die in den Grundsätzen unnachgiebig, in der Methode flexibel ist und ohne Zeitdruck und ohne selbstgewählten Erfolgszwang gehandhabt wird.

Dazu, meine Freunde, sind wir entschlossen, und so werden wir in der Regierungsverantwortung handeln.

Liebe Freunde, wenn wir unsere Aufgaben schaffen wollen, dann brauchen wir in unserem Volke wieder einen neuen Sinn für das Gemeinsame. Alle unsere Mitbürger müssen wieder die Gewißheit haben können, in welcher Haltung, in welchem Geist, nach welchem Leitbild wir unsere gemeinsame Aufgabe, die Bewältigung der Zukunft unseres Volkes, unseres Landes, anpacken werden.

Deswegen geht es vor allem und in besonderer Weise um die geistig-politische Verfassung unseres Gemeinwesens. Unser Staat muß mehr sein als ein bloßer Adressat von Begehrlichkeiten. Wir müssen ihn wieder verstärkt sehen als die gemeinsame Institution aller Bürger füreinander und zur Lösung der gemeinsamen Aufgaben greifen und für den einzelnen erfahrbar machen.

An einer bloßen Wirtschaftsgesellschaft nimmt der einzelne allenfalls aus Nützlichkeitsbetrachtungen und zu eigenem Vorteil teil. Ein solches Bild des Staates weckt kein Engagement, mobilisiert keine Loyalität, geschweige denn die notwendige Bereitschaft, auch einmal Opfer zu bringen. Diese auf gemeinsame Freiheit gerichtete Loyalität des Bürgers zum Staat kann nur in gemeinsamen Werten gründen. Diese gemeinsamen Werte müssen wir gemeinsam erneut begründen.

Eine Politik ohne Werte ist wertlos; ohne geistige Perspektive verliert sie Realität, Richtung und Sinn. Unsere Zeit - das ver-

spüren wir alle und nicht nur bei den Jungen in unserem Lande - braucht andere Vorbilder. Sie ruft nach Menschen mit mehr Nächstenliebe, mehr Einsatzbereitschaft für den anderen, mehr Zivilcourage. Solche Menschen, solche Bürger werden sich nur schlecht zu Untertanen eignen, dafür aber viel mehr zu mündigen Bürgern in einer freien und sozial gerechten Demokratie.

Eine Politik ohne Werte, ohne Sinn und ohne Perspektive erschüttert notwendig die Grundlagen der Stabilität von Staat und Gesellschaft, sie verrückt die Richtpunkte für die gesellschaftliche Orientierung der Menschen, weil der einzelne ohne Antwort auf die Frage nach seiner ganz persönlichen und auch seiner gesellschaftlichen Existenz bleibt.

Die Bundesrepublik, meine Freunde, hat sich nicht im Zeichen des Sozialismus und unter der Führung der SPD, sondern im Zeichen der Freiheit und der sozialen Partnerschaft und unter der Führung der Union zu jenem blühenden Gemeinwesen entwickelt, auf das wir alle stolz sind.

(Beifall)

Für unsere Zukunft stehen wir jetzt vor der Wahl: Entweder unser gemeinsames Werk neu zu begründen und nach vorne offen weiterzuführen, oder das bisher Erreichte durch sozialistische Experimente und bürokratische Gängelung zu gefährden.

Wir begründen unsere Politik aus unserer Idee vom freien Bürger, aus unserer christlichen Glaubensheimat und aus jenem Bild des Menschen, das wir als katholische oder evangelische Christen mit auf unseren Weg bekommen haben, aus einer Idee vom Bürger, der sich in einer geordneten Gemeinschaft eigenständig entfalten und verwirklichen kann, der sich etwas zutraut, der nicht alles vom Staat erwartet, dessen Leistung aber auch vom Staat und der Gesellschaft ermöglicht und belohnt wird.

Nur eine Gesellschaft, die mehr Freiheit und Gerechtigkeit schafft, verdient und erhält den Einsatz des einzelnen. Jeder von uns hat doch die Erfahrung gemacht: Nur in einem geordneten Gemeinwesen kann sich der einzelne frei entfalten. Wir arbeiten für eine freie Republik freier Bürger für unsere Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Auf dem Fundament von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität garantiert die Union den sicheren Weg in eine freiheitliche und soziale Zukunft. So ist diese unsere Union die freiheitliche Alternative in Deutschland.

Wir versprechen nicht allen alles. Aber wir werden das, was wir versprechen, halten. Wir fordern, was nötig und möglich ist, und wir täuschen auch niemanden vor dieser wichtigen Wahl über die Notwendigkeit gemeinsamer Anstrengungen und Opfer hinweg!

Unser Volk hat in schwierigen Zeiten wichtigere und größere Aufgaben gemeistert. Der Fleiß und der Leistungswille unserer Bürger, ihre Kenntnisse, ihre Tugenden machen den Reichtum unseres Volkes aus. Ihre politischen Tugenden, die Tugenden freier Bürger, oft genug von Sozialisten als "bürgerliche" Tugenden diffamiert, begründen unsere Hoffnung auf eine gute Zukunft.

Die Bürger unseres Landes, meine Freunde, haben eine bessere Politik, haben eine bessere Regierung verdient.

(Beifall)

Jetzt ist es Zeit für einen Aufbruch in der deutschen Politik. Laßt uns gemeinsam einen neuen Anfang machen!

Wir brauchen diesen neuen Anfang, einen neuen Anfang, neues Vertrauen, wir brauchen eine bessere Politik. Wir haben sie mit der CDU, mit der Union, mit einem neuen Konzept, das bewährte Grundsätze auf neue Herausforderungen anwendet, mit der neuen Tatkraft einer Partei, die vom breiten Vertrauen unserer Bürger getragen wird, in den großen Städten genauso wie auf dem Lande, bei den jungen wie bei den alten Mitbürgern.

Diese unsere Union steht für die Freiheit, die wir lieben, für die Sicherheit, die wir brauchen, für die Zukunft, die wir wollen.

Wir sind bereit zur Verantwortung, zu Leistungen, zu Kampf; dann werden wir gemeinsam Erfolg haben für unser deutsches Vaterland aus Liebe zu Deutschland.

(Lebhafter langanhaltender Beifall - Die Delegierten erheben sich)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Lieber Helmut Kohl, jeder im Saal hat bei Ihrer großartigen Rede gespürt, daß wir an Ihrer Seite mit Zuversicht und mit Mut in den Wahlkampf gehen können. Ihre grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner hat uns gezeigt, daß es in der Tat höchste Zeit wird, die Regierung von Helmut Schmidt abzulösen. Helmut Kohl, wir danken Ihnen ganz herzlich für diese großartige, inhaltsreiche Rede.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir fahren in unseren Beratungen fort und kommen zum Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Das Wort hat unser Freund Karl Carstens.

Prof. Dr. Karl Carstens, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Helmut Kohl hat in seiner großartigen und umfassenden Rede die Themen abgehandelt, die der Gegenstand unserer Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner jetzt und in den kommenden Monaten sein werden. Mir bleibt in meinem Bericht, den ich jetzt für die Fraktion erstatten möchte, nichts anderes übrig, als aus unserer Sicht einige Variationen zu den Themen beizutragen, die in diesem großen Bericht unseres Parteivor-sitzenden und Kanzlerkandidaten ausgeführt wurden.

Meine Damen und Herren, die SPD empfiehlt sich in ihrem Wahlprogramm 1976 dem Wähler als Partei der Vollbeschäftigung. Ich kann dazu nur sagen: Das muß für die Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland wie eine Verhöhnung klingen.

(Beifall)

Der Wahrheit käme es näher, wenn sich die SPD als Partei der Arbeitslosigkeit, der Konkurse und der Staatsverschuldung bezeichnen würde.

(Beifall)

Die Ausrede, daß die weltweite Rezession für diese Krise verantwortlich sei, ist unvollständig und deswegen falsch. Ein Teil der Ursachen dieser Krise sind hausgemacht, und für sie tragen niemand anders die Verantwortung als SPD und FDP und die Bundesregierung in Bonn.

(Beifall)

In den Jahren 1969 bis 1973 betrieb die Bundesregierung eine bewußte Inflationspolitik nach dem Motto: 5 % Inflation sind mir lieber als 5 % Arbeitslosigkeit. Es wurde eine Reformpolitik eingeleitet ohne jede Rücksicht auf die Kosten, die damit verbunden waren. Eine Gesetzesflut ohnegleichen strömte auf den Bürger herab, und als Folge davon wurde der Staatsapparat von Jahr zu Jahr weiter vergrößert. Die Zeche zahlt der Bürger, zahlen die Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen, meine Freunde.

Von den Lohnerhöhungen der letzten Monate werden den Arbeitnehmern durchschnittlich 60 % in Form von Steuern und Abgaben weggenommen. Vor ein paar Wochen trat ein Baufacharbeiter im Fernsehen auf und legte seine Lohntüte vor. Ihm wurden von 95 DM Lohnerhöhung über 70 DM weggenommen.

Die Rentner sind heute vielfach nicht mehr in der Lage, einen Platz im Altersheim zu bezahlen, nachdem sie ein Leben lang gearbeitet haben, um für ihr Alter vorzusorgen. Und in der Wirtschaft zahlen die mittelständischen Betriebe, aber auch die anderen Betriebe, die höchsten ertragsunabhängigen Steuern von allen Ländern in Westeuropa. Ich sage es noch einmal: Die Zeche dieser verfehlten Politik zahlt der Bürger, zahlt der Wähler. Wir brauchen nichts weiter zu tun, als den Bürgern und Wählern diese Tatsachen zum Bewußtsein zu bringen; dann haben wir eine außerordentliche Chance, uns mit dieser Regierung in Bonn erfolgreich auseinanderzusetzen.

(Beifall)

Das alles ist Teil der sozialistischen Politik gewesen, die diese Herren sieben Jahre lang in Bonn nach dem Motto betrieben haben: immer mehr Aufgaben auf den Staat wälzen und dann immer höhere Steuern fordern, um den immer größer werdenden Staatsapparat finanzieren zu können.

Die Bundesregierung beruft sich demgegenüber auf das Netz der sozialen Sicherheit, das den Bürger vor den Folgen der Rezession schützt. Dabei unterläßt es die Bundesregierung, zwei Dinge zu sagen, nämlich erstens, daß durch die von ihr mitverschuldete Krise die finanziellen Grundlagen dieses Systems der sozialen Sicherheit zum erstenmal seit 1949 in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Sie unterläßt es zweitens zu sagen, daß dieses Netz der sozialen Sicherheit zum allergrößten Teil von Regierungen der Union geschaffen worden ist, von den Arbeitsministern Anton Storch, Theodor Blank und Hans Katzer.

(Beifall)

Ihre Namen sind mit der Kriegsopferversorgung, mit dem Lastenausgleich, mit der Verbesserung der Arbeitslosenversicherung, mit der dynamischen Rente, mit dem Bundessozialgesetz für alle Zeiten verbunden.

Jetzt, in dieser Lage, in der wir uns befinden, kommt es darauf an - Helmut Kohl hat es bereits gesagt -, vor allem die wirtschaftliche Tätigkeit wieder zu beleben, die Investitionsbereitschaft zu aktivieren. Nur dadurch wird es möglich sein, die Arbeitslosigkeit langfristig zu überwinden.

Die beste Gewähr für eine Wiederbelebung der Investitionstätigkeit, meine Freunde, ist ein Wahlsieg der Union im Oktober dieses Jahres, weil erst dann das Vertrauen wiederhergestellt sein wird, an dem es jetzt fehlt.

(Beifall)

Ich möchte auch ein paar Worte zur Bildungspolitik sagen, mit der sich die Fraktion im Bundestag oft auseinander gesetzt hat. Die Zielvorstellungen der SPD und der FDP aus dem Jahre 1970 haben sich als falsch erwiesen. 50 % Abiturienten und 25 % Studierende von jedem Geburtsjahrgang, das ist einfach mehr als wir - auch finanziell - verkraften können. Aber es ist auch eine unvernünftige Zielvorstellung, die da entwickelt worden ist. Ihr liegt die Vorstellung zugrunde, daß nur der Akademiker, daß nur der Abiturient dazu befähigt sei, leitende Stellungen in Staat und Gesellschaft zu bekleiden. Man muß sich doch wirklich fragen, wie es möglich ist, daß eine Partei, die sich als Arbeiter- und Arbeitnehmerpartei bezeichnet, zu so absurden Zielvorstellungen hat kommen können. Da bedurfte es in der Tat der ganzen sozialistischen Verböhrtheit der Herren von Oertzen, von Friedeburg und von Dohnanyi, um eine Partei auf dieses Geleis zu bringen.

(Beifall)

Jetzt fordert die SPD in ihrem Wahlprogramm die Abschaffung des Numerus clausus. Ja, meine Damen und Herren, das hat sie 1970 schon einmal getan, und zwar für das Jahr 1975, und 1975 war der Numerus clausus schärfer, umfaßte er mehr Fächer als jemals zuvor. Die Partei, die sich jetzt hinstellt und erneut die Abschaffung des Numerus clausus fordert, hat doch jede Glaubwürdigkeit für diese Forderung eingebüßt.

(Beifall)

Vernachlässigt wurde in dieser Zeit der wichtige Zweig der beruflichen Bildung, durch den dreiviertel unserer jungen Leute gehen. Jahrelang stritten sich SPD und FDP in der Bundesregierung um einen gemeinsamen Entwurf. Als schließlich der gemeinsame Entwurf kam, zeichnete er sich wieder aus durch übermäßige Verwaltungsapparate, durch eine Verbürokratisierung der beruflichen Bildung, durch ein falsches Finanzierungssystem. Man mußte also befürchten, daß dieses Gesetz zur beruflichen Bildung das Gegenteil von dem erreicht, was notwendig ist: nämlich daß es, anstatt mehr Ausbildungsplätze zu schaffen, die vorhandenen Ausbildungsplätze gefährden wird.

(Beifall)

Wir haben uns mit aller Entschiedenheit und aller Energie gegen diesen Irrweg, gegen diesen falschen Weg im Bereich der beruflichen Bildung gewandt.

Mit diesen falschen Zielvorstellungen in der Bildungspolitik ging die fortdauernde Berieselung der Schulen mit marxistischem Gedanken- gut einher. Ich entnehme aus einer Rede, die Professor Schoeck vor kurzem in München gehalten hat, daß es moderne Schulfächer gibt, in denen praktisch nur marxistisch orientierte Schulbücher zur Verfügung stehen. Da haben die Marxisten mittlerweile eine Art Monopol, das auf schnellste durchbrochen und beseitigt werden muß.

Meine Damen und Herren, in dieser Auseinandersetzung um die geistige Orientierung an den Schulen haben unsere jungen Freunde - Junge Union, Schülerunion, RCDS - einen großartigen Kampf für mehr Freiheit an den Schulen geführt.

(Beifall)

Ich möchte ihnen dafür herzlich danken und auch meine persönlichen Hochachtung aussprechen. Die Generation ihrer Großväter - vielleicht waren es zum Teil auch noch ihre Väter - hat es an diesem ent- schiedenen Eintreten für die Grundsätze der Freiheit vor 40 Jahren fehlen lassen; und ich rechne mich selber sehr wohl dazu.

Wenn jetzt Heinrich Böll sagt, er befürchte, daß eine Generation von Anpassern und Duckmäusern heranwache, dann muß ich Heinrich Böll entgegenhalten: er hat keine Ahnung von den Verhältnissen an manchen deutschen Schulen, die zu kommunistischen Kaderschulen zu werden drohten und in denen der tapfere Widerstand der jungen Freunde von Junger Union und Schülerunion endlich Wandel schafft; das sind Vorkämpfer für die Freiheit!

(Beifall)

Wir haben uns in den Arbeiten und Sitzungen des Bundestages ausführlich mit der Familienpolitik befaßt. Die Familie ist ja zu einem Hauptziel sozialistischer Angriffe geworden. Die sogenannte Konfliktstrategie - eine der sozialistischen Leitvorstellungen - zielt in erster Linie auf die Familie. "Wenn Deine Eltern um die Ecke glotzen, sollst Du ihnen in die Presse rotzen" hieß es in Schulbüchern, die noch vor kurzem in Nordrhein-Westfalen und in Hessen weite Vorbereitung gefunden haben.

Aber jetzt wird auch das Prinzip der Chancengleichheit dazu miß- braucht, um gegen die Familie einen Schlag zu führen. Es wird nämlich gesagt, wenn Eltern ihre Kinder großziehen, werde das Prinzip der Chancengleichheit verletzt, weil Eltern, die Platt- deutsch oder einen mundartlichen Dialekt sprechen, ihren Kindern eine weniger gute Lebenschance geben als Eltern, die die hoch- deutsche Sprache beherrschen. Mit dieser Begründung wird gesagt, die Familie sei gar nicht länger in der Lage, die Sozialisations- funktion- so heißt das - für das Kind zu übernehmen; das müßten andere Institutionen tun, in denen die Chancengleichheit gewahrt werde.

Meine Damen und Herren, ich möchte wieder sagen: Auf so absurde Vorstellungen können nur Sozialisten verfallen.

(Beifall)

Es sind übrigens die gleichen Sozialisten, die in hessischen Schulen das Hochdeutsche als Unterrichtssprache abschaffen wollten, weil auch damit das Prinzip der Gleichheit verletzt würde, wenn der Unterricht in hochdeutscher Sprache erteilt würde.

Wir haben uns demgegenüber für die Notwendigkeit der Stärkung und Erhaltung der Familie und ihrer Funktion als der Stelle, wo die Kinder aufgezogen werden, ausgesprochen.

(Beifall)

Wir sehen es als ein Glück für ein Kind an, wenn es in seiner Familie aufwachsen kann, ganz egal, ob dort Plattdeutsch oder Hochdeutsch gesprochen wird - oder Kölsch.

(Beifall)

Wir haben uns auch mit dem Scheidungsrecht auseinandergesetzt. Die meisten Bürger wissen gar nicht mehr, was für ein Scheidungsgesetz uns diese Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzler Helmut Schmidt vorgelegt hat. Da wurde die Ehe zu einer Gemeinschaft mit täglicher Kündigung degradiert. Mit Mühe haben wir durchgesetzt, daß in Zukunft eine Ehe frühestens nach Ablauf eines Jahres geschieden werden kann. Es bedurfte eines erbitterten Kampfes gegen die sogenannte sozialliberale Koalition, um sie davon abzubringen, daß man Ehen schon am Tage nach der Eheschließung wieder scheiden konnte.

Und dann stellt sich dieser selbe Bundeskanzler hin und greift die Kirchen an. Er sagt, die Kirchen sollten gefälligst mehr dafür tun, daß ihre Gläubigen sich für die christlichen Wertvorstellungen einsetzen. Ich stelle hier fest, daß die Bundesregierung mit dem Gesetz zur Ehescheidung einen Verstoß gegen die Ehe und gegen die Familie unternommen hat, wie er allenfalls von einer verschwindenden Minderheit in unserer Bevölkerung gutgeheißen wird. Die überwältigende Mehrheit unserer Mitbürger will doch an der Ehe und Familie als der Grundlage unserer Gemeinschaft festhalten.

(Beifall)

Wir haben zur Mitbestimmung - Helmut Kohl hat es schon gesagt - dem Modell der Koalition schließlich zugestimmt, weil es sich in entscheidenden Punkten unserem Hamburger Modell von 1973 so weit angenähert hatte, daß wir glaubten, das verantworten zu können, obwohl weiterhin manches Kritische über dieses Modell zu sagen bleibt.

Wir haben als einzige Fraktion des Deutschen Bundestages eine Initiative in der Frage der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ergriffen. Unsere Initiative hat den Zweck, die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen auf freiwilliger Grundlage zu erleichtern, indem gewisse steuerliche und sonstige Hemmnisse, die dem bisher entgegenstanden, abgebaut werden.

Ein Wort zur Außen- und zur Deutschlandpolitik - Helmut Kohl hat es gesagt - : Die Außen- und Deutschlandpolitik der Regierungen Brandt und Schmidt war weitgehend auf Illusionen aufgebaut. Diese Illusionen sind inzwischen zerronnen. Es ist deutlich geworden, daß die Sowjetunion trotz siebenjähriger Entspannungspolitik ständig weiter aufrüstet, und zwar nach dem Urteil der militärischen Sachverständigen der NATO über das für Verteidigungszwecke erforderliche Maß hinaus. Die sowjetische Verstöße gegen die Bundespräsenz in Berlin gingen weiter.

Vorgestern hat die sowjetische Regierung eine Erklärung über die Beziehungen zur Bundesrepublik abgegeben, die wir natürlich aufmerksam gelesen haben. Ich möchte dazu zweierlei sagen: Erstens versucht die Sowjetunion wieder einmal, zwischen gutwilligen und nicht gutwilligen Kräften in der Bundesrepublik Deutschland zu unterscheiden. Man kann wohl annehmen, daß unsere Bürger nach den Erfahrungen, die sie in den letzten Jahren gemacht haben, dieses Manöver durchschauen werden. Zweitens bietet die Sowjetunion Gespräche über eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland an. Wir sind immer für Gespräche gewesen; Konrad-Adenauer ist der erste gewesen, der - vor 21 Jahren - die Gespräche mit der Sowjetunion aufgenommen hat, damals im Jahre 1955. - Wenn ich einen Augenblick dabei verweilen darf: Konrad Adenauer flog nach Moskau und erbot sich, diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion aufzunehmen - unter einer Bedingung, nämlich daß die Kriegsgefangenen nach Hause zurückkehren durften. Als die sowjetische Seite dies ablehnte, erklärte Konrad-Adenauer: Wenn Sie diese meine Bedingung nicht akzeptieren wollen, dann fliege ich morgen nach Bonn zurück. Darauf lenkten die Sowjets ein, und die Kriegsgefangenen sind zurückgekommen; der letzte Kriegsgefangene ist zurückgekommen, bevor 1956 die diplomatischen Beziehungen tatsächlich aufgenommen wurden. -

(Beifall)

Meine Damen und Herren, hätten die Herren Brandt und Schmidt doch einmal in ihren Verhandlungen mit den östlichen Partnern gesagt: Wir stellen nur diese Bedingung, und wenn Sie sie nicht erfüllen wollen, dann kehren wir morgen nach Bonn zurück! - Es sähe anders aus um unser Land und seine außenpolitischen Interessen!

(Beifall)

Ich sage es noch einmal: Wir sind zu Gesprächen mit der Sowjetunion bereit. Aber wenn die Sowjetunion an einer Verbesserung der Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland liegt, dann gibt es einen ganz schnellen und einfachen Weg, um diese Verbesserung nachhaltig zu erreichen: Die Sowjetunion braucht sich nur bereit zu erklären, im Einklang mit dem Viermächteabkommen Berlin in die deutsch-sowjetischen Verträge einzubeziehen, die seit Jahren unterschriftsreif vorliegen.

(Beifall)

Wir fordern für die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, daß sie ausgewogen ist. Wir fordern, daß Berlin in diese Ostpolitik voll einbezogen wird, nicht nur mit Worten, sondern tatsächlich.

(Beifall)

Wir fordern, daß das Ziel der deutschen Einheit weiterhin klar und unverrückbar als das Ziel der deutschen Politik bezeichnet wird, ebenso die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts an die Deutschen auch in der DDR.

(Beifall)

Wir fordern, daß über dieser Politik die Menschen und die Menschenrechte nicht vergessen werden. Wir sind ja ganz einverstanden, wenn dagegen protestiert wird, daß in Chile oder Südafrika oder in anderen Ländern die Menschenrechte verletzt werden. Aber Menschenrechte sind ein universales Prinzip, und wer sich für die Wahrung der Menschenrechte in dieser unserer Welt einsetzt, der muß dann auch gegen die Verletzung der Menschenrechte in Kambodscha und Laos, aber auch in der DDR protestieren.

(Beifall)

Wir fordern, daß gegenüber der Ostpolitik der Vorrang der europäischen Einigung erhalten bleibt. Bundeskanzler Schmidt hat in einem - wie ich es nennen möchte - außenpolitischen Kahlschlag vor kurzem Salazar, Franco, die Democrazia Cristiana und den Gaullismus in einen Topf geworfen und hat sie für die - wie er es nannte - rückständigen Verhältnisse in diesen Ländern und das Anwachsen der kommunistischen Parteien dort verantwortlich gemacht. Das war erstens historisch weitgehend falsch, und zweitens hat er damit die Gefühle unserer Freunde in Frankreich und in Italien tief verletzt. Die SPD empfiehlt sich in dem schon mehrfach erwähnten neuen Wahlprogramm als eine Partei der Völkerverständigung. Ich kann nur sagen: Wenn sie dieses Ziel wahr machen will, dann wird es allerhöchste Zeit, daß Bundeskanzler Schmidt von der Stelle abgelöst wird, wo er zur Zeit steht.

(Beifall)

Sie SPD hat eine schlechte Politik in der Wirtschafts-, in der Finanz- und in der Wohnungsbaupolitik gemacht. Die Sozialmieten sind in dieser Zeit unverhältnismäßig stark angestiegen, zum Teil stärker als die Mieten auf dem frei finanzierten Wohnungsmarkt. Das sind alles Tatsachen, die man den Arbeitnehmern, den Bürgern unseres Landes nur vor Augen halten muß, damit sie erkennen, wohin diese Regierung sie geführt hat.

Die Regional- und Verkehrspolitik zeichnete sich durch eine Planlosigkeit ohnegleichen aus. Die linke Hand wußte meistens nicht, was die rechte tat.

In der Gesundheitspolitik sah die Bundesregierung untätig zu. Seit zehn Jahren stellt die SPD den Gesundheitsminister, und jetzt ist Frau Focke auf die Idee gekommen, daß etwas geschehen muß, um die Kostenlawine in der Gesundheitspolitik einzudämmen. Ein stärkeres Zeichen von Unfähigkeit als dieses kann man sich kaum vorstellen.

(Beifall)

Die Informationspolitik der Bundesregierung diene weitgehend der Irreführung der Bürger. Und dazu muß der Bürger dann auch noch in Gestalt seiner Steuergroschen einen finanziellen Beitrag leisten! Das ist wirklich etwas, was schnellstens abgestellt werden muß. Wir werden das abstellen und wir können das abstellen, wenn wir - wie wir hoffen - im Herbst die Wahlen gewinnen.

Aber schwerer wiegt in dieser Auseinandersetzung, daß ein Teil der SPD Ziele verfolgt, die mit unserer Vorstellung von Freiheit unvereinbar sind. Ich sage ausdrücklich "ein Teil der SPD", und ich will den Mitgliedern der SPD nicht zu nahe treten, die wie wir auf dem Boden freiheitlicher Grundsätze stehen. Aber ich muß

sie darauf hinweisen, daß sie sich in Gesellschaft von Parteifreunden befinden, die eine andere Republik als die, die wir haben, anstreben,

(Beifall)

eine Politik, die die Soziale Marktwirtschaft beseitigen will, eine Politik, in der Terror gegen Andersdenkende zu den Methoden des politischen Kampfes gehört. Lesen wir doch einmal die Protokolle der Fritz-Erler-Gesellschaft durch, wo es heißt:

"Es gibt in unserer Partei Gruppen und Verbände, wo diejenigen, die eine andere Meinung als die linken Gruppen haben, von ihnen niedergeschrien werden und zum Teil in ihrer Existenz bedroht werden."

Ein Teil der SPD - das muß man auch ganz klar erkennen - will mit den Kommunisten zusammengehen oder tut es bereits. Es nützt doch gar nichts, daß die SPD auf ihre Parteitage- und Vorstandsbeschlüsse verweist, die ein derartiges Zusammengehen verbieten. Tatsächlich besteht eine Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten an vielen Hochschulen, im Verband der Deutschen Studentenschaften, in vielen Vereinigungen, bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Berlin. Vorgestern hat eine Demonstration des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit in Bonn stattgefunden, und wieder marschierten Kommunisten und Mitglieder der SPD Arm in Arm zusammen. Im internationalen Bereich steuern doch Brandt und andere ganz klar auf die Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu. Brandt und Mitterand versichern sich gegenseitig, daß sie in allen Fragen voll miteinander übereinstimmen. Mitterand hat gerade das Volksfrontbündnis in Frankreich mit den Kommunisten geschlossen. Meine Damen und Herren, wer das alles vor Augen hat, der kann sich doch der Schlußfolgerung nicht entziehen, daß es in dieser Auseinandersetzung des Jahres 1976 um Freiheit statt Sozialismus geht.

(Beifall)

Nun wird uns gesagt: Die linken Gruppen in der SPD werden immer schwächer, sie sind ganz zurückgedrängt. Wer Wehner in der letzten Woche im Bundestag hören konnte, der kam aus dem Staunen nicht heraus: Die SPD war für Privateigentum, die SPD war für die Stärkung der Familie, die SPD war für die Vergrößerung des Freiheitsraumes. Es fehlte nur noch, daß Wehner gesagt hätte: Die SPD wird mit ihrem Herzblut die Soziale Marktwirtschaft verteidigen. Das hat er nicht gesagt; aber ungefähr auf dieser Linie bewegte sich seine Argumentation. Schmidt, der Bundeskanzler, sagt: "Alles das, was die linken Gruppen fordern, will die SPD nicht." Aber, meine Damen und Herren, das war von jeher Teil der sozialistischen Strategie. Täuschung des Wählers ist Teil der sozialistischen Strategie.

(Beifall)

Ich rufe dafür Herrn Wehner als Zeugen, als Kronzeugen, wenn Sie so wollen, an, der vor einigen Wochen in Harburg in einer Diskussion mit linken Freunden in der SPD gesagt hat: "Erst müssen wir die Wahlen gewinnen, dann können wir tiefer pflügen." Der schon mehrfach erwähnte Herr Steffen aus Schleswig-Holstein hat gesagt: "Der politische Führer mußte schwachsinnig sein, der

seine wahren Absichten offenlegt, bevor er sicher sein kann, daß die Mehrheit der Wähler ihm folgt."

Meine Damen und Herren, wenn wir wissen wollen, was für Zielvorstellungen in der SPD verfolgt werden, dann lassen Sie uns noch einmal auf das Jahr 1973 zurückblättern, auf den Parteitag der SPD hier in Hannover. Damals, im Rausch des Wahlsieges, nahmen die Genossen kein Blatt vor den Mund. Damals hieß es: "Nur dadurch, daß wir Sozialdemokraten an Aktionen teilnehmen, an denen auch Kommunisten beteiligt sind, können wir uns politisch mit ihnen auseinandersetzen" (Unterbezirk Köln); "Wir fordern, daß das Berufsbeamtentum abgeschafft wird"; "Ziel muß die Vergesellschaftung der ärztlichen Versorgung sein" (Ortsverein Hannover und sieben weitere Ortsvereine); "Die Ausübung des Gewerbes zur Vermittlung von Grundstücken ist gesetzlich zu unterbinden" (Hessen-Süd und viele andere); "Das Volleigentum an Grund und Boden ist langfristig generell abzuschaffen" (Unterbezirk Bremen, München und viele andere). Dieser Geist ist noch heute lebendig. In derselben Woche, in der Helmut Schmidt, der Bundeskanzler, sagt: "Das wollen wir alles nicht", fordert der SPD-Verband Ostwestfalen die Verstaatlichung der pharmazeutischen Industrie und die Unterstellung der Ärzteschaft unter staatliche Kontrolle. Der SPD-Vorsitzende Jansen (Schleswig-Holstein) verlangt die Verstaatlichung der Zeitungen. Wir müssen dem Wähler klarmachen, daß, wenn er der SPD seine Stimme gibt, er diese linken Gruppen in der SPD unterstützt, und nicht die Fritz-Erlers-Gesellschaft, die am Rande steht.

(Beifall)

Schmidt, Brandt und Wehner weichen dieser Diskussion aus. Schmidt, der unerreichte Meister in der Verdrehungskunst, sagt: "Freiheit und soziale Sicherheit gehören zusammen." Ja, meine Damen und Herren, das hat nie jemand bestritten. Wir, die Union, vertreten seit 26 Jahren die These, daß Freiheit ohne soziale Sicherheit und ohne soziale Gerechtigkeit nicht verwirklicht werden kann. Soziale Marktwirtschaft ist seitdem unser Leitmotiv.

(Beifall)

Der Bundeskanzler verwechselt soziale Sicherheit mit Sozialismus. Aber in Wirklichkeit verwechselt er das gar nicht. Noch vor drei Jahren wurde er in New York von einem amerikanischen Journalisten gefragt, ob er Sozialist sei. Damals hat er das mit Entrüstung zurückgewiesen und gesagt, er sei kein Sozialist, er sei Sozialdemokrat. Damals kannte er den Unterschied noch. Inzwischen hat er ihn unter dem Druck der Linken in seiner Partei fallen lassen.

Soziale Sicherheit ist in der Tat untrennbar mit der Freiheit verbunden. Aber Sozialismus, d. h. Verstaatlichung eines immer größeren Teiles des wirtschaftlichen und des gesellschaftlichen Lebens, führt in die Unfreiheit, und deswegen ist es richtig, wenn wir sagen: Freiheit statt Sozialismus.

(Beifall)

Ein Wort zur FDP. Die Herren Minister von der FDP halten manch gute Reden und stellen manche vernünftigen Forderungen auf, denen wir zugestimmt haben. Aber man muß doch danach fragen, was denn

aus diesen Forderungen geworden ist. Herrn Friderichs muß man fragen, was aus seinen Programmen für die Belebung der Investitionstätigkeit, was aus seinem Vorschlag zur Finanzierung der beruflichen Bildung geworden ist. Diese Vorschläge sind doch alle in den Papierkorb gewandert, weil sich die FDP gegenüber der SPD nicht durchsetzen konnte.

(Beifall)

Aber mehr als das, meine Damen und Herren: Nach meiner Auffassung läßt die FDP eine historische Verantwortung auf sich, indem sie durch ihr Bündnis mit der SPD das Vordringen der linken sozialistischen Gruppen in unserem Lande überhaupt erst ermöglicht.

(Beifall)

Nur in Bremen hat die SPD die absolute Mehrheit. Überall dort, wo sie sonst regiert, in Nordrhein-Westfalen, in Hessen, in Hamburg, in Berlin und in Bonn, regiert sie, weil die FDP ihr Koalitionspartner ist, und das muß man dem Wähler deutlich machen.

(Beifall)

Bei der niedersächsischen Wahl vor zwei Jahren wußten 25 % der Wähler nicht, daß die FDP eine Koalition mit der SPD eingehen wollte. Diese Informationslücke im Wissensstand der deutschen Wähler darf sich nicht wiederholen. Das ist unsere Aufgabe, die Aufgabe der CDU/CSU.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, viele unserer Debatten sind um Deutschland gekreist, und in vielen dieser Debatten ist die Fraktion für ein freiheitlich-demokratisches Nationalbewußtsein in unserem Volk eingetreten. Wir dürfen nicht zulassen, wie es in manchen Schulbüchern geschieht, daß die deutsche Geschichte auf Marx und Hitler eingengt wird,

(Beifall)

wobei dann Marx als der große Befreier und Hitler als der große Zerstörer hingestellt werden. Sicherlich hat Hitler das Deutsche Reich zerstört. Aber wenn von Marx gesprochen wird, kann doch nicht unerwähnt bleiben, daß im Namen der von ihm verkündeten Ideologie Hunderten von Millionen von Europäern, darunter 17 Millionen Deutschen, die elementaren Freiheitsrechte weggenommen worden sind.

(Beifall)

Wir haben deutlich gemacht, daß wir, die Union, an die große freiheitliche Überlieferung in unserer Geschichte anknüpfen: an 1848, das Jahr der Paulskirche, an 1919, das Jahr der Schaffung der Weimarer Republik, an 1949, das Jahr, in dem die Bundesrepublik Deutschland geschaffen wurde, und auch an 1953, wo am 17. Juni Zehntausende von Deutschen in der DDR aufstanden und für Freiheit, Einheit und Recht demonstrierten. Wir haben uns gegen die Verfälschung des deutschen Geschichtsbildes ge-

wandt, die daraus hinausläuft, alle Schuld an dem, was in den letzten 40 Jahren anderen in Unrecht-zugefügt worden ist, uns Deutschen in die Schuhe zu schieben. Wehner und Brandt tun sich auf diesem Gebiet besonders hervor. Nach ihrer Darstellung hat Deutschland allein die Schuld an all dem, was sich im Kriege in Polen an Schrecklichem ereignet hat.

Ich will den deutschen Anteil hier nicht wegdiskutieren, aber es gehört doch zum Gebot historischer Wahrhaftigkeit, auch zu sagen, daß ein anderes großes osteuropäisches Land damals mit Hitler zusammen in Polen einmarschiert ist und an den polnischen Leiden einen erheblichen Anteil gehabt hat.

(Beifall)

Wenn wir dies sagen, rufen sie uns "Hugenberg" und "Papen" zu. Meine Freunde, ich kann nur sagen, ich fühle mich hier - ich sage es noch einmal - in der großen liberalen deutschen Tradition stehend, anknüpfend an Männer wie Friedrich Ebert, den ersten Reichspräsidenten, oder Gustav Stresemann, die für Frieden eintraten, für ein einiges Europa eintraten, aber dabei doch ihr freiheitlich-demokratisches deutsches Nationalbewußtsein nicht verleugnet haben.

(Beifall)

Heute wird Ebert von den Linken in der sozialdemokratischen Partei angegriffen, ja beschimpft, weil er verhindert habe, daß 1919 die Räterepublik in Deutschland erfolgreich gegründet werden konnte. Das werfen die Linken in der SPD ihrem großen sozialdemokratischen Führer von 1919 vor. Da kann man nur sagen: SPD, wohin bist du gesunken?

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte schließen mit einem herzlichen Dank für die Zusammenarbeit und den Zusammenhalt in der Fraktion. Die Fraktion steht fest und geschlossen zusammen im Kampf für die Verwirklichung der gemeinsamen Ideale der Union. Ich danke den Stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion, insbesondere Richard Stücklen, ich danke den Parlamentarischen Geschäftsführern, ich danke unseren beiden Parteivorsitzenden, Helmut Kohl, unserem Kanzlerkandidaten, und Franz Josef Strauß. Beide haben in die großen Debatten eingegriffen und die Diskussion im Bundestag maßgebend mitgestaltet.

In diesen letzten noch vor uns liegenden Monaten vor der Wahl werden wir uns alle mit voller Kraft dem Wahlkampf widmen. Dabei kommt es darauf an, daß wir untereinander volle Solidarität wahren, und es kommt darauf an, daß wir rückhaltlos mit dem Mann zusammen kämpfen, den wir in voller Übereinstimmung beider Parteien, der CDU und der CSU, und ihrer gemeinsamen Fraktion, an unsere Spitze gestellt haben, unserem Freund Helmut Kohl.

(Beifall)

Er hat sich in den Augen unserer Mitbürger als der Mann erwiesen, als den wir ihn schon immer kannten, als einen Mann von großer Zuverlässigkeit, als einen Mann, dem die Fähigkeit zur

Integration, die Fähigkeit zur menschlichen Wärme und auch zur menschlichen Behutsamkeit eigen ist. Als Persönlichkeit steht Helmut Kohl hoch über dem Bundeskanzler.

(Beifall)

In Helmut Kohl hat die Union den Mann gefunden, der nicht nur die Partei in den bevorstehenden Wahlkampf führen kann, sondern der außerdem befähigt ist, als Bundeskanzler die Regierungsgeschäfte in unserem Lande nach innen und außen wahrzunehmen, und zwar mit dem Sinn für das politisch Mögliche, der Menschen zusammenführt, statt sie zu trennen. In diesem Sinne sage ich, CDU und CSU haben eine gute Chance, die Wahl im Oktober zu gewinnen, wegen der besseren Politik, die wir vertreten und wegen des besseren Kanzlerkandidaten der Union, Helmut Kohl.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herr Professor Carstens, wir danken Ihnen sehr herzlich für diese kämpferische Rede für unsere Sache. Herzlichen Dank aber auch für den ständigen nimmermüden Einsatz an der Spitze der Bundestagsfraktion. Ich möchte Ihnen, lieber Professor Carstens, auch namens des Parteitages einmal ein herzliches Wort des Dankes für die vielen mutigen und offenen Reden im deutschen Parlament für die Sache der Union sagen. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zum Ende der ersten Plenarsitzung unseres Parteitages. Ich habe noch folgendes bekanntzugeben: Wir werden den Parteitag mit der 2. Plenarsitzung um 14.30 Uhr fortsetzen. Es wird dann zunächst der Generalsekretär Professor Biedenkopf zu uns sprechen. Wir haben dann die Aussprache zu den drei Reden, die heute morgen und dann am Nachmittag gehalten worden sind. Im Anschluß an Professor Biedenkopf und an die Diskussion wird der Vorsitzende der CSU, unser Freund Franz Josef Strauß, zu uns sprechen.

Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal sagen, entgegen der ursprünglichen Angabe treffen wir uns hier um 14.30 Uhr wieder.

Ich darf noch die Mandatsprüfungskommission darauf aufmerksam machen; daß sie in zehn Minuten im Organisationsbüro zusammentreten soll.

Damit schließe ich die 1. Plenarsitzung des Parteitages.

(Schluß: 13.08 Uhr)

Montag, 24. Mai 1976

2. Plenarsitzung

Beginn: 14.30 Uhr

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Ich eröffne die 2. Plenarsitzung des Bundesparteitags und habe die große Freude, unter uns den Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei, Herrn Dr. Taus, herzlich begrüßen zu können.

(Beifall)

Außerdem begrüße ich voll Freude in unserer Mitte unseren Freund Franz Josef Strauß, der hier nicht nur als Gast, sondern als Freund und Mitstreiter zu uns gekommen ist.

(Lebhafter Beifall)

Ich begrüße den Präsidenten des Bundes der Mitteldeutschen, Herrn Staatssekretär Joachim Dorenburg

(Beifall)

und als weitere Vertreter unserer Schwesterparteien Herrn Wolter aus Luxemburg und Herrn Reinhard aus der Schweiz.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich erteile das Wort nunmehr unserem Generalsekretär Professor Dr. Kurt Biedenkopf zu seinem Bericht an den Parteitag.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Noch 130 Tage trennen uns von der Bundestagswahl 1976. Noch gut vier Monate der politischen Arbeit, der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner liegen vor uns; Monate der Abrechnung mit einer verfehlten Politik von SPD und FDP zum Schaden unseres Landes; Monate der Darstellung unserer politischen Ziele und Absichten für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland; Monate des gemeinsamen Einsatzes der entschlossenen und solidarischen Anstrengungen für das große Ziel, das wir uns gesetzt haben: das Vertrauen der Wähler für unsere Politik und für die Frauen und Männer, die sie vertreten, zu gewinnen und so die politische Wende herbeizuführen, die Wende zur freiheitlichen Alternative der Unionsparteien.

Mein Rechenschaftsbericht an diesen 24. Bundesparteitag der CDU steht ganz im Zeichen dieser Auseinandersetzung. Sie war für die Arbeit aller hauptamtlichen Mitarbeiter der Partei bestimmend. So möchte ich an dieser Stelle zunächst meinen Dank an diese Mitarbeiter abstaten, allen voran an meine Kollegen Karl-Heinz Bilke und Dorothee Wilms,

(Beifall)

an Günter Meyer, Meinhard Miegel und Peter Radunski, den Mitgliedern unserer Geschäftsleitung und an alle ihre Mitarbeiter.

(Beifall)

Ihre Loyalität und Einsatzbereitschaft, ihr Einfallsreichtum und ihre unermüdliche Hingabe an die gemeinsame Sache haben entscheidend dazu beigetragen, meine Freunde, daß wir heute über eine Parteiorganisation verfügen, deren schönste Bestätigung darin besteht, daß unser politischer Gegner sie fürchtet.

(Beifall)

Wir können ohne Übertreibung sagen: Wir sind auf den Wahlkampf organisatorisch vorbereitet. Im Namen aller hauptamtlichen Mitarbeiter können wir der Partei versprechen: Wir werden alles tun, was in unseren Kräften steht, um diese Auseinandersetzung zu gewinnen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, mit diesem Parteitag leiten wir die letzte Etappe der Auseinandersetzung ein, deren Ausgang über die politische Zukunft der Bundesrepublik Deutschland für die kommenden vier Jahre und darüber hinaus entscheiden wird. Die Fronten bei dieser Auseinandersetzung sind eindeutig. Die Unionsparteien stehen dem Koalitionsblock von SPD und FDP gegenüber. Die FDP wird diese Koalition auch über die Bundestagswahl hinaus fortsetzen. Sie ist entschlossen, nach dem 3. Oktober der Politik des demokratischen Sozialismus erneut zur Mehrheit zu verhelfen. Alle Versuche, die ihre führenden Politiker in den kommenden Wochen unternehmen werden, politische Eigenständigkeit zu demonstrieren, sich als Liberale darzustellen, können nicht darüber hinwegtäuschen: Die Liberalität dieser Partei endet, wo es um den Zugang zur Macht geht.

(Beifall)

Selten in der Geschichte liberaler Politik war politisches Versprechen so weit von der Wirklichkeit entfernt wie bei diesem Koalitionsbündnis, mußten liberale Bekenntnisse so eindeutig als Umschreibung eines machtpolitischen Opportunismus herhalten wie in diesem Wahlkampf. Nimmt man Politiker der FDP wie Hans Friedrichs beim Wort - diese Koalition hätte keinen Tag länger zu leben, ihre Substanz wäre verbraucht. Daß sie dennoch fort dauert, beweist: Nicht der Wille zur liberalen Politik, sondern die Teilhabe derer, die sie zu vertreten vorgeben, an den Pfründen der Macht ist es, was diese Koalition zusammenhält.

(Beifall)

Der große Gedanke liberaler Politik - die rechtsstaatlich geschützte Freiheit - hat in dieser Koalition keinen zuverlässigen Anwalt.

(Zustimmung)

Anwalt der Freiheit in dieser Auseinandersetzung ist die Union. Als Anwalt der Freiheit wird sie sich um das Mandat der Wähler bewerben. Als Anwalt der Freiheit wollen wir diese Wahl gewinnen. Auf diesen Auftrag, Anwalt der Freiheit zu sein, haben wir uns vorbereitet. Er war oberstes Ziel unserer Arbeit in den vergangenen Jahren. Er war Maßstab unseres politischen Handelns als Opposition im Bundestag. An ihm hat sich die Tätigkeit der von uns regierten Länder im Bundesrat ausgerichtet. Er ist uns Verpflichtung für die Zukunft, Verpflichtung der Unionsparteien, der freiheitlichen Alternative zum Sozialismus.

Die Union sieht nicht erst seit gestern ihre Aufgabe darin, eine freiheitliche Alternative zum Sozialismus zu bieten. Meine Freunde, mit diesem Ziel ist sie angetreten, seitdem sie auf den Trümmern des Zusammenbruchs als große christliche Volkspartei entstand.

Freiheitliche Alternative zum Sozialismus - dies war auch das tragende Thema und die Zielvorstellung unserer Politik, der Politik der Unionsparteien seit der Schaffung des Grundgesetzes. "Freiheitliche Alternative zum Sozialismus" war - schon deshalb verstehe ich die Aufregung von heute nicht - das Thema eines Referats, welches ich im Dezember 1973 in der Katholischen Akademie in München gehalten habe, und in dem ich damals bereits begründet habe, welches die tragenden Unterschiede zwischen einer freiheitlichen Politik der Unionsparteien - dargestellt an unseren Grundbegriffen "Solidarität", "Gerechtigkeit" und "Freiheit" - und sozialistischer Politik sind.

Der Anspruch, Anwalt der Freiheit zu sein, ist ein hoher Anspruch. Wir sind deshalb - neben allen Aufgaben, die der Opposition im Verhältnis zur Regierung zufallen - auch verpflichtet, diesen Anspruch zu begründen.

Meine Damen und Herren, ich möchte meinen Rechenschaftsbericht zum Anlaß nehmen, um einige Gesichtspunkte dieser Begründung in die Diskussion einzuführen. In den letzten Jahren ist unsere Freiheit sowohl durch die innere Entwicklung der Gesellschaft als auch durch äußere Faktoren im Rahmen der deutschen Entwicklung, im Rahmen der europäischen Entwicklung und im Verhältnis zu den Staaten des Ostblocks zunehmend bedroht worden. Diese Entwicklung - dies ist das Charakteristische für die heutige Form der Auseinandersetzung zwischen freier und unfreier Gesellschaftsordnung - war keine augenscheinliche, keine offensichtliche Entwicklung, sondern ein schleicher Prozeß, den viele zunächst gar nicht oder nur durch einige Randerscheinungen zu spüren bekommen haben und dessen ganzes Ausmaß erst deutlich und erkennbar wird, wenn man sich die Mühe macht, viele einzelne Elemente und Teile dieses Prozesses zusammenzufügen.

Dieser unmerkliche Fortschritt des Prozesses, diese Erosion der Freiheit, diese Unterspülung ihrer Fundamente sind oft gefährlicher als eine offene, abrupte Auseinandersetzung.

Es ist durchaus der Vergleich mit der Entstehung einer Sucht gestattet. Ebenso, wie die Inflation eine Gesellschaft süchtig machen kann nach dem Gift immer neuer Wechsel auf die Zukunft, kann die Schritt für Schritt vorgenommene Einschränkung der persönlichen Freiheit für die scheinbare Gegenleistung größerer Sicherheit dazu führen, daß eine freiheitliche Gesellschaft eines Tages die Fähigkeit und die Kraft verloren hat, sich aus diesem Prozeß herauszureißen und sich auf das zurückzubesinnen, wofür sie wirklich steht.

(Beifall)

Es ist unsere Aufgabe als politische Partei, als Anwalt der Freiheit diesem Prozeß entgegenzutreten, und zwar auch dann, meine Freunde, wenn bei einzelnen Schritten und einzelnen Maßnahmen gegen die Unterspülung der freiheitlichen Fundamente auch Besitzstände in unseren eigenen Reihen betroffen oder ge-

fährdet werden. Die Glaubwürdigkeit unserer Rolle als Anwalt der Freiheit ist nur dann aufrechtzuerhalten, wenn wir diesen Prozessen entgegentreten, gleichgültig, wo sie auftreten und wo wir sie entdecken.

(Beifall)

Die Freiheitsbedrohung im Innern erwächst in erster Linie aus der Auseinandersetzung in der Bundesrepublik zwischen zwei großen politischen Gruppierungen, die miteinander um die richtige Antwort auf die Probleme der modernen Industriegesellschaft streiten. Diese Gruppierungen sind die Unionsparteien mit der von ihnen entwickelten Konzeption einer freiheitlichen, sozialverpflichteten Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung auf der einen Seite und das Konzept des demokratischen Sozialismus auf der anderen Seite.

Es ist uns vorgeworfen worden - speziell von Herrn Wehner und anderen -, die Alternative "Freiheit oder Sozialismus" sei eine Lügenalternative. Ganz abgesehen davon, daß ich Herbert Wehner in aller Form das Recht abspreche, unser Bemühen um die freiheitliche Ordnung in dieser Form zu diffamieren,

(Beifall)

ist die Aussage auch sachlich falsch. Ich glaube, daß es niemanden in der Bundesrepublik gibt, der berufener ist, und zwar auf Grund eigener Erfahrung, zu wissen, daß das falsch ist. Denn gestritten wird - ich werde dazu gleich noch einige Bemerkungen machen - bereits über die Frage, worum es bei der Freiheit selbst geht. Natürlich muß für denjenigen "Freiheit statt Sozialismus" oder "Freiheit oder Sozialismus" eine Lügenalternative sein, der zunächst den Begriff Freiheit so uminterpretiert, daß er mit einer sozialistischen Gesellschaftsordnung vereinbar ist, vereinbar im Sinne der Einbringung eines neuen Bewußtseins in diesen Begriff, eines Bewußtseins, das festgelegt ist auf eine bestimmte Philosophie, auf eine bestimmte Weltanschauung, die für sich das Prädikat der objektiven Richtigkeit in Anspruch nimmt und deshalb jede andersartige Meinung nicht als Äußerung von Freiheit, sondern als geistige Verirrung abtut.

(Beifall)

Eine freiheitliche Gesellschaft, meine Freunde, ist kein Naturzustand. Es tut auch uns gut, sich daran zu erinnern. Geschichtlich gesehen ist eine freiheitliche Gesellschaft ein historischer Ausnahmestatbestand. Freiheitliche Gesellschaften von Dauer hat es in der menschlichen Geschichte selten gegeben. Die Aufrechterhaltung einer freiheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ist deshalb das Ergebnis einer einmaligen kulturellen und politischen Leistung einer staatlich verfaßten Gesellschaft, eine Leistung, die nicht nur einmal erbracht werden muß, um dann fortzudauern, sondern die ständig neu erbracht werden muß, um zu dauern.

(Beifall)

Wer sich zum Anwalt der Freiheit macht, muß wissen, daß er damit eine Aufgabe übernommen hat, die nie zu Ende geht, die täglich Aufmerksamkeit, täglich Anstrengung, täglich Neubesinnung erfordert, wenn sie erfolgreich erfüllt werden soll. Und selbst dann ist das Risiko des Fehlschlages noch nicht ausgeschlossen.

Wir haben in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg gelernt, welche Bedeutung Freiheit hat. Das deutsche Volk hatte trotz allen Elends des Zusammenbruchs, der Vernichtung, der Vertreibung und des Zurückgeworfenwerdens auf nur einen Teil Deutschlands - historisch gesehen - im freien Teil Deutschlands das Glück, aus dieser Zerstörung eine neue Ordnung aufbauen zu können, eine Ordnung, die von Frauen und Männern gestaltet wurde, die aus der Verantwortung und aus der Erfahrung der Vergangenheit gelernt hatten, eine Ordnung, die deshalb fest verankert war in dem Bewußtsein von der Kostbarkeit der Freiheit.

Dieses Bewußtsein von der Kostbarkeit der Freiheit finden Sie, wenn Sie sich die Mühe machen, in den ersten Äußerungen, Leitsätzen und Programmen unserer Partei wieder. Wenn jemand von uns in diesem kommenden Wahlkampf einmal an der Schwierigkeit der Aufgabe irre werden sollte, so kann ich ihm nur empfehlen, Dokumente aus der Zeit von 1945 bis 1947 aus unseren Parteigründungen zu lesen und nachzuvollziehen, wie die Frauen und Männer mit wenigen schlichten, aber dramatischen Worten unter viel schwierigeren, hoffnungsloseren und aussichtsloseren Bedingungen sich entschlossen, für die Freiheit zu kämpfen.

(Beifall)

Wir, die Unionspartei, haben begriffen, daß zur Erhaltung der Freiheit nicht nur eine freiheitliche Verfassungsordnung, die Gewährung der politischen Freiheitsrechte gehört, sondern auch eine freiheitliche Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Und wir haben eines begriffen - das haben wir den anderen voraus - : Wir haben begriffen, daß diese Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nur gestaltet werden kann, wenn man den Zusammenhang ihrer Einzelteile nie aus den Augen verliert. Die Stärke unserer Politik sind der ordnungspolitische Ansatz, auch die ordnungspolitische Methode, die uns zwingen - manchmal sehr zu unserem eigenen Leidwesen -, bei der Veränderung von Einzelteilen in dieser freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung stets auch die Frage zu beantworten, welche Auswirkungen diese Veränderungen auf andere Teile dieser freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung haben.

Die Bündelung von Eigentumsrecht, Berufsfreiheit, Tarifautonomie, Wettbewerb von Privatrechtsordnung und Staat in einer großen Ordnung erlauben es, dem Ganzen einen Halt zu geben, der stärker ist als jeder Angriff auf einzelne Teile. Deshalb meine Freunde, liegt es in der Strategie sozialistischer Politik, diesen Zusammenhang aufzulösen. Eines der Hauptziele sozialistischer Politik ist es - und das zieht sich wie ein roter Faden durch die Diskussion der letzten 25 Jahre -, einzelne Teile unserer Gesamtordnung aus dem Zusammenhang zu lösen, um auf diese Weise die Möglichkeit zu erhalten, einzelne Teile widerstandslos zu ändern.

Die Herauslösung des Eigentums aus dem Zusammenhang des privatrechtlichen Ordnungsgefüges, die Herauslösung der Autonomie der Verbände aus dem Zusammenhang mit dem Allgemeinwohl, die Herauslösung der Tarifautonomie aus dem Zusammenhang mit der staatlichen und gesellschaftlichen Wirtschaftspolitik - alles dies sind Schritte, um für die Einzelteile der Gesellschaft eine an Willkür grenzende Gestaltungsfreiheit zu erhalten, die dann unter dem Etikett

der Reform benutzt wird, um das Einzelteil so zu verändern, daß es nicht mehr in die freiheitliche Gesamtordnung paßt.

(Beifall)

Die Konsequenz dieser Strategie ist es, die Einzelteile in so unterschiedlicher Weise zu verändern, daß die Zusammenfügung der Einzelteile der Ordnung später kein geschlossenes, sondern ein verwirrendes Bild gibt, ein Bild, welches dann den Systemkritiker berechtigt zu sagen, daß das System nicht leisten könne, was es versprochen habe.

Der Ansatz ist auch hier Auflösung des ordnungspolitischen Zusammenhangs und damit des eigentlichen Rahmens - des Skeletts gewissermaßen -, ohne das eine freiheitliche Ordnung zu einer amorphen Masse wird.

Wir haben über das Verständnis von Freiheit zu streiten. Ich habe vorhin gesagt, daß bereits über den Begriff der Freiheit unterschiedliche Auffassungen bestehen. Wir sind der Meinung, Freiheit ist Ausdruck der Würde des einzelnen, seiner Unverwandelbarkeit als Person, als Persönlichkeit, als Mensch. Sozialistische Freiheitsvorstellungen folgen einer anderen Konzeption. Nach Auffassung der sozialistischen Theoretiker - wie wir sie erst kürzlich in der "Neuen Gesellschaft", der theoretischen Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei nachlesen konnten - ist Freiheit des einzelnen stets eine gesamtgesellschaftliche Leistung in dem Sinne, daß eben die Gesamtheit oder die Gesellschaft letztlich darüber befindet, ob der einzelne diese gesamtgesellschaftliche Leistung richtig oder unrichtig erbringt.

Für uns besteht die Freiheit aber auch darin, meine Freunde, sich aus dem staatlichen Bereich zurückziehen zu können. Für uns besteht Freiheit auch in dem Anspruch, vom Staatlichen frei zu sein.

(Beifall)

Für uns besteht Freiheit auch in der Selbstverständlichkeit der Privatsphäre, in die kein gesellschaftliches Interesse hineinreichen und bestimmen kann, wie die sogenannten gesellschaftsrelevanten Sachverhalte geordnet werden müssen. Der demokratische Sozialismus, der auf den Begriff der Freiheit als gesamtgesellschaftliche Leistung aufbaut, muß daraus eine notwendige Schlußfolgerung ziehen, die Schlußfolgerung nämlich, daß jede Freiheitsäußerung des Menschen nicht in den privaten Bereich gehört, sondern in den gesellschaftlichen, und daß angesichts der Bedeutung des Gesellschaftlichen alle gesellschaftlichen Bereiche demokratisiert werden müssen. Deshalb ist die logische Schlußfolgerung sozialistischer Politik die Forderung nach der Demokratisierung aller Lebenssachverhalte.

Diese Forderung nach der Demokratisierung aller Lebenssachverhalte strebt eine qualitative Änderung unserer Gesellschaft an. Sie liegt der sozialistischen Vorstellung zugrunde, daß das Privatrecht und die Privatrechtsordnung ungeeignet sind, öffentliches Wohl zu verwirklichen. Auf diesem Gebiet, auf dem Gebiet der rechtlichen Gestaltung der Zusammenarbeit der Bürger untereinander, wird der Kampf um die Freiheit im eigentlichen Sinne ausgetragen,

(Beifall)

auf diesem Gebiet, wo es zu entscheiden gilt, ob man Lebenssachverhalte der Regelung der Bürger selbst überläßt oder sie angeblich als öffentlich relevant staatlicher oder gesellschaftlicher Regelung unterwirft, wird darüber entschieden, ob wir eine freiheitliche Gesellschaft bleiben oder nicht. Das zu verstehen ist von entscheidender Bedeutung für die gesamte Auseinandersetzung mit der sozialistischen Politik.

Sozialistische Politik wird immer einen Lebenssachverhalt im Zweifel nicht privatrechtlich sondern öffentlich regeln. Sozialistische Politik wird immer im Zweifel annehmen, daß der Staat der bessere Verwalter des Allgemeinwohls ist. Obwohl auch Sozialisten Bürokratie-Vorbehalte machen, sind sie nicht bereit, ihren eigenen Erkenntnissen in die Problematik der Kontrolle von Bürokratien zu folgen. Sie gehen eben - und das ist die ideologische Wurzel, die sie mit dem Marxismus gemeinsam haben - davon aus, daß eine privatwirtschaftliche und eine privatrechtliche Ordnung unserer Gesellschaft immer die Vermutung der Gemeinwohlunverträglichkeit, des Machtmißbrauchs und der Ausbeutung gegen sich hat.

Wer in dieser Weise an die Regelung gesellschaftlicher Sachverhalte in einer sich wandelnden wirtschaftlichen und rechtlichen Ordnung herangeht, kann gar nicht anders, meine Damen und Herren, als in einem langen Prozeß der Reformen die Freiheit des einzelnen immer stärker auf das Recht zu beschränken, Repräsentanten auszuwählen, die für ihn befinden.

(Beifall)

So ist auch die logische Folge des Prozesses der Demokratisierung, daß die Freiheitsrechte des Bürgers letztlich wahrgenommen werden von organisierten Gruppen, die Freiheit des einzelnen verkümmert auf die Möglichkeit, in periodischen Abständen Repräsentanten zu wählen, die seine Freiheitsrechte für ihn wahrnehmen.

Dies ist nicht unsere Vorstellung von Freiheit, und deshalb ist die Alternative Freiheit oder Sozialismus keine Scheinalternative, sondern politische Realität von größter Bedeutung.

(Beifall)

Diejenigen, die sich über die sogenannte Scheinalternative empören - wie Herr Brandt, Herr Schmidt, Herr von Oertzen, Herr Wehner und andere -, sind im übrigen genau dieselben, die von Wahlprogramm zu Wahlprogramm, in wissenschaftlichen und theoretischen Aussagen zu ihrer Politik, bis hin zum Orientierungsrahmen die Auffassung vertreten, daß wir in diesem Land eine neue Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die wie es im Orientierungsrahmen heißt, ihrem Ziel und Weg nach durch den Sozialismus bestimmt ist, über deren Inhalt uns keine Auskunft gegeben wird. Diejenigen, die diese neue Ordnung fordern, meinen, das Ergebnis könne nur das Produkt eines gesellschaftspolitischen Experimentes sein.

Für uns, meine Freunde, ist die Freiheit zu kostbar, als daß wir sie für ein gesellschaftspolitisches Experiment zur Verfügung stellen wollen, dessen Ausgang im besten Falle offen sein,

höchstwahrscheinlich aber zum Nachteil der Freiheit ausgehen würde.

(Beifall)

An dieser Strategie hat sich in den letzten Jahren nichts geändert! Insbesondere ist es völlig abwegig, anzunehmen, daß der Regierungswechsel von Brandt zu Schmidt irgendeinen inhaltlichen oder sachlichen Einfluß auf diese Auseinandersetzung gehabt hätte. Der einzige Einfluß, den dieser Regierungswechsel hatte, war ein taktischer. Helmut Schmidt ist es besser als Willy Brandt gelungen, die in der Sozialdemokratie im Frühjahr 1974 erneut aufgebrochene Grundsatzdiskussion über den wahren Inhalt des Godesberger Programms mit dem Hinweis auf die Bundestagswahl 1976 zu unterdrücken.

(Beifall)

Diese Diskussion ist bis heute nicht abgeschlossen worden; es sei denn, man betrachtet die jüngsten politischen Äußerungen - einschließlich des Orientierungsrahmens - als ein Zwischenergebnis. Sollte es sich hierbei um ein Zwischenergebnis handeln, so läßt sich feststellen - ohne dies hier näher begründen zu können -, daß der Prozeß zu einer weiteren Demokratisierung der Gesellschaft im Sinne des demokratischen Sozialismus in vollem Gange ist. Drei Strategien werden hierbei angewandt:

- Die erste Strategie ist die des Einzeleingriffs in bestimmte gesellschaftliche Sachverhalte. Bei diesen Eingriffen wird gelehnet, daß sie irgendwelche Bedeutung für andere gesellschaftliche Bereiche hätten. Dies ist die bevorzugte Methode von Helmut Schmidt. Er lehnt jede ordnungspolitische Verantwortung für staatliche Interventionen ab, indem er den ordnungspolitischen Zusammenhang bestreitet. Er weiß sich dabei in guter Gesellschaft. Sozialdemokraten haben in den letzten Jahren immer wieder erneut vehemente Attacken gegen die ordnungspolitische Denkweise geritten. Sie wissen, daß die ordnungspolitische Betrachtungsweise nicht nur für die Folgen des unmittelbaren Eingriffs, sondern auch für die Wirkungen bewußtpflichtiger Macht, die über diesen Eingriff hinaus im gesamten System auftreten. Eine solche Beweisspflicht aber ist das beste Mittel dagegen, daß die gesellschaftlichen Zusammenhänge in Einzelteile aufgelöst und jeder Teil für sich verändert wird.

- Die zweite Strategie ist die der bewußten Systemüberlastung. Die Sozialdemokraten haben in den letzten sieben Jahren mit Billigung der Freien Demokraten in vielen Bereichen unserer Gesellschaft die Leistungsfähigkeit der Privatrechtsordnung bewußt überlastet, um auf diese Weise den Beweis führen zu können, daß sie zu nichts taugt.

(Beifall)

Die Sozialdemokraten haben das nicht nur mit der Wirtschaft getan - besonders deutlich geworden in der Forderung des SPD-Parteitag von Hannover - man müsse die Grenzen der Belastbarkeit der Wirtschaft ausloten: eine in sich unsinnige politische Zielsetzung, es sei denn, man beabsichtigt die Systemüberlastung. Darüber hinaus haben sie es auch indirekt getan. Ein klassisches Beispiel hierfür ist die berufliche Bildung!

Die berufliche Bildung, deren betriebliche Ausbildung eine privatwirtschaftliche Veranstaltung ist, wurde von den Sozialdemokraten mit dem Ziel der Verstaatlichung der betrieblichen Ausbildung in den ersten zwei Jahren ihrer Regierungszeit zunächst politisch diffamiert. In richtiger Erkenntnis freierheitlicher Zusammenhänge hat man das zu zerstören versucht, was für jede freiheitliche Ordnung lebensnotwendig ist, nämlich die Bereitschaft der Bürger, mitzuarbeiten. Durch die Diffamierung der Ausbilder hat man ein Klima geschaffen, in dem eine große Zahl von Handwerksmeistern wenn aus keinem anderen, dann aus dem Grunde der argumentativen Unterlegenheit gegenüber ideologischer Argumentation den Mut verlor, eine Aufgabe weiter durchzuführen, die für die Gesellschaft unverzichtbar war.

(Beifall)

Zugleich hat man in einer Art Zangenbewegung die Anforderungen an die Ausbilder in den Betrieben mit der Begründung erhöht, die Qualifikation der Ausbilder sei zu niedrig, die Lehrlinge würden deshalb für die falschen Berufe ausgebildet, nur hochqualifizierte betriebliche Ausbilder seien in der Lage, die Verantwortung für die neue Ausbildung zu übernehmen. Die meisten derjenigen, die diese neuen Ausbildungsvorschriften verfaßt haben, waren nie in einer betrieblichen Ausbildung, haben nie einen Betrieb auch nur von innen gesehen.

(Lebhafter Beifall)

Ihr Ziel war auch nicht die Verbesserung der beruflichen Ausbildung im Betrieb, sondern die Entmutigung derjenigen, die diese Ausbildungsleistung privatwirtschaftlich erbrachten, mit dem weiteren Ziel, den Nachweis führen zu können, daß nur der Staat diese Ausbildungsleistung wirklich erbringen kann.

(Beifall)

Als dann die Wirkungen dieser Maßnahmen eintraten, hat die Bundesregierung öffentlich erklärt, der Rückgang der Lehrstellen sei auf einen organisierten Boykott der Wirtschaft zurückzuführen, die beabsichtige, die Bundesregierung in Schwierigkeiten zu bringen. Man hat auf diese Weise versucht, eine allgemeine öffentliche Ablehnung der Fortführung der privatwirtschaftlichen Problemlösung durchzusetzen. Nur an dem Widerstand der organisierten Gruppen in der Gesellschaft und an der Opposition der CDU/CSU ist die Absicht der absoluten Verstaatlichung der beruflichen Bildung gescheitert. Aufgegeben ist das Ziel aber keineswegs! Jetzt versucht man, es auf andere Weise zu erreichen: durch eine Überziehung der pro forma aufrechterhaltenen dualen Ausbildung mit einem so dichten Netz von Bürokratien, daß auch der letzte Handwerksmeister verzweifeln muß.

(Beifall)

Die dritte Form der Strategie zur Veränderung unserer Gesellschaft besteht darin, die Reformfolgeschäden sozialistischer Politik als Rechtfertigung für weitere staatliche Interventionen zu benutzen. In zunehmendem Maße - und das ist eines der schwierigsten Probleme, denen wir uns gegenübersehen werden, wenn wir die Verantwortung übernehmen - macht sich jetzt bemerkbar, was bei punktueller Intervention in die Ordnung unserer Gesellschaft

auftreten muß und sich nur durch ordnungspolitisches Denken vermeiden läßt: das Auftreten von nicht vorhersehbaren Folgewirkungen von Interventionen.

Es gibt ernsthafte Beobachter unserer Entwicklung, die der Auffassung sind, daß die Regierung heute bereits mehr als 50% ihrer Regierungstätigkeit darauf verwendet, nicht vorhergesehene Folgeschäden früherer Reformen wieder auszugleichen.

(Beifall)

Ein hervorragendes Beispiel für diese Entwicklung ist das rapide Anwachsen der Gesetzgebungstätigkeit des Bundestages.

Deutlich wird dies an dem Umfang des Bundesgesetzblattes, das bis 1968 jedes Jahr einen durchschnittlichen Umfang von 1.000 Seiten hatte. In den letzten Jahren ist der Umfang auf weit über 3.000 Seiten angestiegen.

Die Produktion von Gesetzen und Verordnungen ist ein Indikator für die wachsende Notwendigkeit der Korrektur von Wirkungen, die man ursprünglich nicht vorhergesehen hat.

Wir haben klassische Beispiele, wie z.B. die zunächst vorgenommenen Steuererhöhungen und die kurz darauf gewährten Investitionsprämien für Unternehmen,

(Beifall)

die zeigen, wohin der Verzicht auf langfristige ordnungspolitische Gesetzesarbeit führt.

Von sozialistischer Politik werden diese Folgen nicht nur in Kauf genommen, sondern sogar als weiterer Beweis für die Funktionsunfähigkeit einer privatwirtschaftlichen Ordnung von Lebenssachverhalten begrüßt. Es ist deshalb ein großer Irrtum anzunehmen, daß die Klagen, die Helmut Schmidt und andere über die wachsenden Staatsausgaben, Gesetzestätigkeit und Verbürokratisierung führen, wirklich ernst zu nehmen sind. Erstens sind die Sozialdemokraten angesichts ihrer Parteibuchpolitik die einzigen wirklichen Profiteure des Ausbaus von Bürokratien.

(Beifall)

Zweitens liefert die Notwendigkeit, unvorhergesehene Folgewirkungen früherer Reformen auszugleichen, eine gewissermaßen politisch neutrale Begründung für die weitere Ausdehnung des Staatshaushalts.

Diese Methode gilt es im wahrsten Sinne des Wortes zu entlarven. Was sich hier vollzieht - und das sage ich mit allem Nachdruck und Ernst -, ist eine langsame, sukzessive quantitative Veränderung unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die an einem Punkt, den wir nicht genau bestimmen können, umschlagen wird in eine qualitative Veränderung: eine qualitative Veränderung, die dadurch definiert werden kann, daß eine Rückkehr zu privatwirtschaftlichen Problemlösungen nicht mehr möglich ist. Wenn dieser Punkt eingetreten ist, dann kann nur noch eine Systemänderung im Sinne der freiheitlichen Ordnung das wiederherstellen,

was wir als erstrebenswerte Ordnung ansehen. Aber wir sollten uns keinen Illusionen darüber hingeben, welche eine Herkulesarbeit eine solche Veränderung wäre. Denn sie trifft auf ein ganzes Gebirge von Besitzständen. Menschen, die erzogen worden sind, ihre Ansprüche und Erwartungen losgelöst aus dem Gesamtzusammenhang zu sehen, weigern sich, wenn sie mit dem Hinweis darauf, daß es im Interesse des Gesamten notwendig sei, in Anspruch genommen werden sollen.

(Zustimmung)

Die Wiederherstellung dieses Gesamtzusammenhangs ist also auch eine unerläßliche Voraussetzung dafür, daß wir die in der Mannheimer Erklärung bereits anvisierten Ziele verwirklichen können, nämlich eine strukturelle Veränderung und Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des sozialen und wirtschaftlichen Systems.

Diese Auseinandersetzung um die Freiheit im Innern wird von uns unter besonderen historischen Bedingungen geführt und hat deshalb eine für die westliche Welt einmalige Qualität. Diese besondere historische Bedingung ist die Teilung unseres Landes. Die Teilung unseres Landes macht es notwendig, in unserem Lande Freiheit mit größerer Entschiedenheit, größerem Ernst und größerer Aufmerksamkeit für das Risiko von Experimenten zu verteidigen. Wir haben, wie Helmut Kohl das schon oft gesagt hat, aus dem Wiedervereinigungsauftrag auch den historischen Auftrag mitbekommen, die Freiheit, die wir in diesem Teil des geteilten Landes entfalten konnten, treuhänderisch zu wahren und zu schützen für den unfreien Teil Deutschlands, damit wir, wenn jemals die Wiedervereinigung sich verwirklicht, in der Lage sind, dieses Treugut reich und vermehrt zurückzugeben.

(Beifall)

Vor diesem Hintergrund muß in der Bundesrepublik die Diskussion über Radikale im öffentlichen Dienst geführt werden. Die Vergleiche mit Frankreich - mit denen wir jetzt konfrontiert werden - oder mit Italien sind falsch. Denn weder Frankreich noch Italien sind ein geteiltes Land, und französische Kommunisten sind bei allem, was man gegen ihre Politik sagen muß und sagen wird, auch Franzosen.

(Zustimmung)

DKP-Mitglieder in der Bundesrepublik verstehen sich aber ausdrücklich als Exekutoren der unfreien Ordnung jenseits von Mauer und Stacheldraht. (Lebhafter Beifall)

Sie, wie die Bundesregierung jetzt befunden hat, trotz ihrer Mitgliedschaft in einer solchen Organisation auf ihre persönliche Bereitschaft zu befragen, ob sie die Grundrechte und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verteidigen wollen, zeugt von einer unüberbietbaren Naivität,

(Zustimmung)

die offenbar außerstande ist, auch nur die Grundregeln kommunistischer Strategie zu verstehen.

(Lebhafter Beifall)

Die Auseinandersetzung in der Bundesrepublik wird aber - und das möchte ich zum Abschluß meiner Ausführungen kurz mit einbeziehen - auch geführt vor dem Hintergrund der europäischen Auseinandersetzung und der Bedrohung aus dem Osten. Es war schon verschiedentlich, an diesem Ort und an anderen Orten, die Rede von der Bedeutung der Volksfrontbewegungen in Europa. Es besteht überhaupt kein Zweifel und läßt sich aus den Materialien der Sozialdemokratischen Partei ausreichend belegen, daß es nicht nur ein Hirngespinnst konservativ-reaktionärer Kräfte ist, anzunehmen, die Sozialdemokratische Partei und die sozialistischen Parteien Europas befänden sich auch bezüglich der taktischen Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit von Volksfrontbündnissen in Übereinstimmung. Willy Brandt hat - auf eine entsprechende Frage -, keinen Zweifel daran gelassen, daß die Heimat der Marxisten in der Bundesrepublik natürlich in der SPD sein müsse. Er hat keinen Zweifel daran gelassen, daß er auf das engste mit den französischen Sozialisten zusammenarbeitet; Karl Carstens hat darauf bereits hingewiesen.

Wir müssen in unserer politischen Auseinandersetzung mit dem Sozialismus davon ausgehen, daß diese Auseinandersetzung nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in ganz Europa geführt wird, und sie muß dort geführt werden.

(Beifall)

Europa ist - und das wird in der Diskussion über die politische Vereinigung Europas immer wieder vergessen - in vieler Hinsicht bereits eine Einheit. Es ist eine Einheit der wirtschaftlichen Sachzusammenhänge, und es ist auch eine kulturelle und politische Einheit mit grenzüberschreitenden Wirkungen ihrer politischen Diskussion in den einzelnen Ländern. Keine Souveränität und kein Schlagbaum kann daran etwas ändern.

(Zustimmung)

Die Folge ist, daß wir unsere freiheitliche Ordnung in der Bundesrepublik nur dann auf Dauer verteidigen und sichern können, wenn die ordnungspolitische Antwort auf die Herausforderung der modernen Industriegesellschaft, die die Unionsparteien in den letzten 30 Jahren gegeben haben, nicht nur in der Bundesrepublik, sondern dem Grunde nach auch in den anderen europäischen Ländern als eine freiheitliche Antwort auf die Herausforderung der Industriegesellschaft akzeptiert wird.

(Beifall)

Daraus erwächst unsere Verpflichtung - wie wir sie in der Gründung einer europäischen Volkspartei realisiert haben -, mit den Freunden in Italien Seite an Seite den Kampf zu führen, den sie kämpfen. Daraus erwächst aber auch unsere Verpflichtung, aus der Position unserer Stärke - der Stärke der Union in der Bundesrepublik - die Offensive gegen den Sozialismus überall dorthin zu tragen, wo unsere Argumente hinreichen.

(Beifall)

Dies ist um so notwendiger - und dies ist ein dritter und letzter Aspekt der Szenerie, die ich hier ausdeuten wollte -, da sich Europa in einer krisenhaften Auseinandersetzung mit einer ideologisch legitimierten imperialen Macht, der Sowjetunion, befindet. Es besteht für mich kein Zweifel, daß das strategische Ziel der Sowjetunion darin besteht, Europa von den Vereinigten Staaten zu isolieren - durch eine militärische Einkreisung zu Lande, zu Wasser und in der Luft, ohne direkte militärische Aggression - und eine Situation der Ängstlichkeit und eine Haltung der Regierungen herbeizuführen, die in ihrer eigenen Politik bereits sowjetische Interessen berücksichtigt.

(Zustimmung)

Weil die Sowjetunion im eigenen Land aus Gründen der ideologischen Legitimation ihres imperialen Anspruchs das kommunistische System und die kommunistische Gesellschaftsstruktur beibehalten und eine zentralistische Regierungsform aufrechterhalten muß, keine Meinungsfreiheit gewähren kann und Pluralismus unterdrücken muß, ist sie offensichtlich daran gehindert, die modernen Möglichkeiten der technologischen und wirtschaftlichen Produktion auszuschöpfen. Sie ist, weil ein enger Sachzusammenhang zwischen Freiheit, Pluralität und Kreativität einer Wirtschaft besteht, aufgrund selbst auferlegter Bedingungen ihrer imperialen Position daran gehindert, die Reserven und Möglichkeiten ihres Landes zum Nutzen ihrer Bevölkerung und ihrer Entwicklung auszuschöpfen. Sie kann gleichwohl ihren imperialen Anspruch militärisch und politisch nur durchsetzen, wenn sie eine Art geistigen Kolonialismus über Gebiete begründet, deren wirtschaftliche und technologische Produktivität um vieles höher ist als die in der Sowjetunion und die deshalb für die Sowjetunion zur Verfügung stehen müssen. Das sowjetische Ziel gegenüber Westeuropa ist, hier eine Situation herbeizuführen, in der gerade noch so viel Freiheit herrscht, daß eine hohe Produktivität in der Wirtschaft und technologische Kreativität gesichert sind, aber nicht die Freiheit, die kulturelle, geistige und politische Weiterentwicklung fördert.

Dieses Ziel stimmt in seinen Wirkungen, nicht in seinen Absichten, mit den Folgen einer Sozialisierung Europas überein. Deshalb ist die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus in Europa eine Aufgabe von historischer Bedeutung.

(Beifall)

Die Europäer, meine Freunde, haben zum Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit der Aufklärung der Menschheit ein großes Versprechen gegeben, das Versprechen, daß eine Gesellschaft in Freiheit möglich sei. Dieses Versprechen hat zu einer ungeheueren Entwicklung, zur Industrialisierung, zu neuen, tiefen Konflikten und Problemen geführt. Im 19. Jahrhundert haben sich zwei Antworten auf diese Probleme entwickelt: der Sozialismus und der klassische Liberalismus. Die eine Antwort übersteigerte die Gleichheit und das Kollektiv, die andere Antwort, das Individuum und seine Freiheit. Unsere Aufgabe besteht darin, ein Gleichgewicht zwischen den Grundrechten zu finden, das erlaubt, die moderne Industriegesellschaft zu erhalten und gleichwohl in Freiheit zu leben. Diese Antwort, die eine Einlösung des Versprechens der Aufklärung wäre, muß in Europa gefunden werden. Der Beitrag, den wir dazu leisten können, ist unverzichtbar.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Lieber Kurt Biedenkopf, ich danke Ihnen im Namen des Bundesparteitages und des Präsidiums sehr herzlich für diesen Bericht. Er war - das haben wir alle gemerkt - mehr als die sachliche Bilanzierung von Leistungen Ihres Verantwortungsbereiches. Dieser Bericht, liebe Parteifreunde, war zugleich eine programmatische Aussage für die Arbeit der CDU. Er war eine Begründung für den Aufruf an die deutschen Wähler, Freiheit statt Sozialismus zu wählen.

(Beifall)

Liebe Freunde, lassen Sie mich noch ein weiteres sagen. Wir wissen alle, welche physische und psychische Kraft es kostet, politische Verantwortung aus der Theorie in die Praxis umzusetzen. Ihnen, Kurt Biedenkopf, gebührt unser aller Dank und Hochachtung dafür, daß Ihre Leistungen als Generalsekretär der Partei neue inhaltliche Impulse geben.

(Beifall)

Wenn wir gut gerüstet in den Wahlkampf gehen, dann ist das nicht zuletzt das Verdienst unseres Generalsekretärs Kurt Biedenkopf, und dafür danken wir ihm herzlich.

(Beifall)

Ich habe jetzt die Freude, das Wort unserem Freund Franz Josef Strauß geben zu dürfen.

(Beifall)

Dr. h.c. Franz Josef Strauß, Vorsitzender der CSU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde, und besonders darf ich hier ansprechen und sagen: lieber Freund Helmut Kohl!

(Beifall)

Die Christlich Soziale Union in Bayern ist auf diesem Ihrem Bundesparteitag mit drei Repräsentanten vertreten: heute morgen durch meinen Stellvertreter Dr. Werner Dollinger; ich habe heute nachmittag die Ehre, ein Grußwort an Sie zu richten, so wie es Helmut Kohl und Karl Carstens immer mit großem Erfolg in München getan haben,

(Beifall)

und bei der zweiten Veranstaltung dieses Parteitages wird der Generalsekretär der CSU, Gerold Tandler, anwesend sein.

(Beifall)

Ich darf Ihnen allen - und das ist keine Routinepflicht oder ein lip service - ein recht herzliches Wort des Grußes aller Mitglieder, Mitarbeiter und Mandatsträger der Christlich Sozialen Union in herzlicher Verbundenheit überbringen,

(Beifall)

ein Wort des Grußes, das nicht in überschwenglicher Euphorie gesprochen wird, sondern ein Wort des Grußes, das von dem Ernst

der Verantwortung, die wir alle gemeinsam für Deutschland und für Europa tragen, gekennzeichnet ist,

(erneuter Beifall)

von dem Ernst der Verantwortung, die Kurt Biedenkopf in seinem prägnanten und eindrucksvollen Referat sehr anschaulich umrissen hat.

Es ist gut, daß wir einerseits sagen können: Diesmal sind die Chancen für uns aus einer Reihe von Gründen, die jetzt im einzelnen aufzuzählen nicht nötig sind, besser, als sie vor vier Jahren gewesen sind. Es ist aber auch gut - das habe ich von Konrad Adenauer gelernt -, sich daran zu erinnern, daß von heute bis zum 3. Oktober noch ein weiter Weg ist

(Beifall)

und daß uns trotz aller großen Erfolge in den Landtagswahlen - z.B. in diesem Jahr der triumphale Erfolg der CDU in Baden-Württemberg - nichts weniger ansteht als Siegeszuversicht, Selbstzufriedenheit und die Gewißheit, den Sieg schon in der Tasche zu haben. Nichts steht uns weniger an. Wir werden erleben, daß die Bundesregierung von heute an gerade über die schwierigen Sommermonate hinweg, in denen das Parlament in Bonn in Ferien ist, ihre propagandistischen Apparate, ihre Apparaturen, ihre bürokratischen Möglichkeiten, ihre technischen Möglichkeiten, ihre Public-Relations-Möglichkeiten unbekümmert und skrupellos einsetzen wird, um den Wähler bis zum 3. Oktober unter eine psychologische Dauerberieselung zu stellen, damit das einzig richtige Regime, nämlich das von Herbert Wehner, Willy Brandt und Helmut Schmidt, nicht abgelöst wird.

(Beifall)

Und deshalb werden wir uns gerade in den nächsten Monaten besonders der Aufgabe widmen müssen, mit unserer Argumentation von Bürger zu Bürger, von Mensch zu Mensch in der Bundesrepublik unsere politische Konzeption, unsere politische Meinung, unsere politische Argumentation an den Mann zu bringen. Noch nie war das persönliche Gespräch, sei es in der Familie, in der Verwandtschaft, im Beruf und in jeder Gemeinschaft, in der man sich in unserem gesellschaftlichem Gefüge bewegt, so notwendig wie heute.

(Beifall)

Wir sollten aus jahrzehntelanger Erfahrung wissen, daß gerade die für uns gewinnbaren Wähler oft im politischen Bekenntnis wesentlich vorsichtiger, zurückhaltender sind, als es die Sozialisten zu sein pflegen, und nichts brauchen wir heute mehr, als das mutige politische Bekenntnis.

(Beifall)

Wir haben im Landtagswahlkampf Baden-Württemberg - das darf ich auch für mich mit 18 großen Kundgebungen in Anspruch nehmen - schon einiges von der Änderung der psychologischen Landschaft gemerkt. Wir haben schon gemerkt, daß auch für die Arbeiter eine Änderung der Stimmung, eine Änderung der politischen Meinungsbildung eingetreten ist. Unsere Erfolge, wenn ich mich hier auf

Baden-Württemberg und Bayern beschränke, wären nicht möglich gewesen, wenn nicht die Mehrheit aller Arbeitnehmer und auch die Mehrheit der Mitglieder der Gewerkschaften für CDU und CSU gestimmt hätten.

(Beifall)

Gerade weil eine Art sozialistischer Götzendämmerung angebrochen ist, wird man um so hemmungsloser gegen uns kämpfen. Um so hemmungsloser!

Ich bin froh darüber, daß wir diesen Wahlkampf nicht ausschließlich, auch nicht überwiegend mit rein materiellen Problemen bestreiten. Wir haben eine ganze Menge von Problembereichen, über die wir reden müssen, ob der Aufschwung der Wirtschaft tief und nachhaltig genug ist, wie immer wieder behauptet wird - ich möchte es bezweifeln -, über die Zerrüttung der Staatsfinanzen, über die mangelnde Investitionstätigkeit, über die Unterfinanzierung weiterer Bereiche unserer Wirtschaft als Folge einer auch von den Freien Demokraten verschuldeten Wirtschafts- und Finanzpolitik,

(Beifall)

über eine bei Wiederanstieg der Konjunkturkurve viel zu hohe Inflationsrate, denn mit dem Wiederanstieg der Konjunktur, womit wir ja gerechnet haben, werden natürlich auch wieder die inflationären Triebkräfte lebendig werden, und nicht zuletzt über die hohe Dauerarbeitslosigkeit von 5 % bei einer sehr großen Zahl von Kurzarbeitern. Dies ist ein Zustand, den Helmut Schmidt früher als Katastrophe und als unerträgliche Verwerfung unserer gesellschaftlichen Struktur bezeichnet hat. Und heute? Quae mutatio rerum! "Erkläret mir, Graf Örindur, den Zwiespalt der Natur!" Heute wird gesagt, keine Regierung habe bei diesen Problemen so gut abgeschnitten wie diese Regierung in Bonn.

(Beifall)

Auch das ist ein Stück sozialistischer Dialektik und Kasuistik. Ich bin froh darüber, daß wir den Wahlkampf gemeinsam im Grundsätzlichen führen. Dabei mag es gleich sein, ob die einen den "Oder"-Wahlkampf und die anderen den "Statt"-Wahlkampf führen.

(Beifall)

Wir meinen ja dabei das Gleiche.

Für mich ist, um einen möglichen sprachlichen Irrtum auszuschalten, die Formulierung "Freiheit oder Sozialismus" auch nicht eine schüchterne Frage, nein, das ist die knallharte Alternative. So ist es gemeint.

(Beifall)

Dieser Wahlkampf muß im Grundsätzlichen geführt werden, weil die Behandlung einzelner noch so wichtiger Problembereiche, wie sei in den Reden heute vormittag und in der Rede von Kurt Biedenkopf zum Ausdruck gekommen sind, von einer großen geistigen Entscheidung überlagert werden müssen, die im Grundsätzlichen vorbereitet und getroffen werden muß. Es geht um mehr als um rein materielle Probleme. Materielle Probleme sind wichtig. Ihre Bewältigung dient dem Leben der Bürger. Noch mehr geht es aber um den gesellschaftlichen Rahmen und um die menschliche Existenz und nicht

zuletzt um Deutschland von heute und von morgen in einem freien Europa.

(Beifall)

Wir meinen es schon sehr ernst, und so waren auch unsere Reden in Baden-Württemberg, in dieser Generalprobe für den Oktober, daß wir alles aufbieten werden, was in unserer politischen Kraft steht, um ein sozialistisches Deutschland in einem marxistischen Europa zu verhindern.

(Beifall)

Das ist eine säkulare Entscheidung, die sich eines Tages von geschichtlicher, ich möchte sagen, von weltpolitischer und weltgeschichtlicher Bedeutung erweisen wird. Denn die Rolle Europas und darin eines wichtigen Mitgliedes mit stärkster Wirtschaftskraft wird für das Gleichgewicht in der Welt, für die Erhaltung des Friedens, für eine reale militärische Sicherheit, die nicht auf Entspannungsreden von Nobelpreisträgern aufgebaut, sondern die von dem Gleichgewicht der Kräfte und von der eigenen Verteidigungsbereitschaft und Verteidigungsfähigkeit geprägt ist, andernfalls nicht gespielt und durchgehalten werden können.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind mit diesem Jahre 1976 in das letzte Quartal dieses Jahrhunderts eingetreten, dieses Jahrhunderts, das sicherlich einmal in der Geschichtsschreibung eine besondere Rolle spielen wird. Ich brauche nur - und ich habe hier keine autobiographischen Absichten - an den Zeitraum, an die Zeitspanne zu denken, die etwa mit meinem Leben umrissen ist, von 1915, also ein Jahr nach Ausbruch des ersten Weltkrieges, d.h. vom ersten Weltkrieg an bis heute. Wenn man sich vorstellt, daß innerhalb von 30 Jahren Europa von der glanzvollen Höhe als kultureller, wirtschaftlicher, finanzieller, politischer Mittelpunkt der Welt - und dieser war es trotz der Kleinheit seines Territoriums, trotz der geringeren Zahl seiner Bevölkerung - abgesunken war zu einem rauchenden Trümmerfeld, von dem weinende Menschen nunmehr voller Verzweiflung in die Zukunft schauten, wenn dies in 31 Jahren möglich war - und die Generation unserer Väter und unsere Generation hat dieses Stück Geschichte sozusagen am eigenen Leibe erlebt -, dann soll man uns mit diesem blinden Fortschrittsglauben vom Leibe bleiben, als ob es in Zukunft immer besser, immer sicherer und immer ruhiger in der Welt zugehen würde. Ob wir in Sicherheit, Ruhe und Frieden, menschlichem Glück und materieller Geborgenheit leben, hängt von unserer Politik ab und nicht von einem automatischem Gang der Weltgeschichte. Wir entscheiden weitgehend darüber.

(Beifall)

Wenn wir die Formel wählen "Freiheit oder Sozialismus", dann geht es nicht darum, diejenigen, die sich zum demokratischen Sozialismus bekennen, in ihrer Gesinnung als Feinde der Freiheit abzuwerten. So war es nie gemeint. Aber hier bedarf es noch einer gewaltigen Klärung. Es gibt sicherlich soziale Demokraten, zu denen wir uns auch rechnen. Ich halte den demokratischen Sozialismus - bei vielen für ernst gemeint -, aber für eine Utopie. Es gibt demokratischen Sozialismus nur solange, wie seine Träger keine wirklichen Sozialisten sind.

(Beifall)

Das heißt, der demokratische Sozialismus lebt davon, daß seine geistigen Verfechter und seine materiellen Wegbereiter dem Sozialismus selbst innerlich ferne stehen und laufend durch Kompromisse dafür sorgen, daß der Sozialismus nicht die Macht ergreift.

Nur so können sie sich am Leben erhalten.

Wir haben diese Entwicklung, meine sehr verehrten Damen und Herren, in verschiedenen Bereichen des Bundesgebietes erlebt, am deutlichsten in München. Es war sehr bezeichnend: Als in München die Marxisten - ich sage es - fast sämtliche Schlüsselstellungen der SPD in die Hand bekommen hatten, vorbei an der Mehrheit ihrer Parteifreunde, aber in geschickter Kaderpolitik, hat Willy Brandt geschwiegen. Von einem Skandal begann er zu reden, als die gemäßigten Sozialdemokraten, die wir immer die königlich-bayerischen Sozialdemokraten nannten, als diese gestandenen Frauen und Männer mit der CSU im Rathaus im Interesse unserer Landeshauptstadt zusammenzuarbeiten begannen. Da sprach Willy Brandt vom Skandal. Bei der Machtübernahme der Marxisten in seiner Partei hat er geschwiegen und mit Wohlwollen und Freude diese Entwicklung gesehen und von hinten begünstigt.

(Beifall)

Es ist eigenartig, meine Damen und Herren - ich darf den Satz hier wiederholen -: Marxisten pflegen ihr Weltbild aus einer Vergangenheit zu beziehen. Man könnte sich auch Steinzeit-Sozialisten nennen.

(Heiterkeit)

Sie beziehen ihr Weltbild aus einer Vergangenheit, in der es noch nicht die industriell verwertbare elektrische Energie gab, in der es noch nicht den Verbrennungsmotor gab, in der der Begriff "Kernenergie" selbst dem Physiker noch unbekannt war und wo von Luftfahrt und Raumfahrt oder moderner elektronischer Datenverarbeitung nicht einmal in wissenschaftlichen Zukunftphantasien die Rede war. Aus der Zeit stammt ihre Rezeptur für die Ordnung des Lebens der modernen Industriegesellschaft von heute.

Sind die Marxisten an die Macht gekommen - ich brauche nicht zu wiederholen, was Kurt Biedenkopf in so prägnanten und eindrucksvollen Formulierungen sagte -, dann pflegen sie in der Gegenwart regelmäßig zu versagen. Dafür haben sie eine neue Technik entwickelt: die Menschen auf die Zukunft zu vertrösten, wenn sich der Sozialismus überall durchgesetzt habe. Das Endziel lassen sie im dunkeln, und den nächsten Schritt dementieren sie, nehmen ihn aber dann vor, wenn sie glauben, daß die Menschen reif genug seien, die "neue Wahrheit" zu ertragen.

(Beifall)

Das ist das, was Herbert Wehner meinte, als er bei seiner Wiederaufstellung als Kandidat in Harburg sagte: "Genossen, ich weiß, Ihr seid unzufrieden. Aber wenn wir noch einmal die Wahlen gewinnen, dann werden wir tiefer pflügen, dann werden wir die strukturellen Veränderungen vornehmen." Und Herr Bahr hat in der Außenpolitik eine neue Bahrheit als Wahrheit erfunden, die wir im Bundestag zur Genüge kennengelernt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Willy Brandt - ich glaube, er war es - hat sich im Bundestag auf Ferdinand Lassalle berufen. Er wird zu Unrecht als Vater der deutschen Sozialdemokratie von heute in Anspruch genommen. Er war ja der Begründer der Deutschen Arbeiterpartei. Aber heute käme keiner mehr auf die Idee, die sozialdemokratische Führungsschicht als Arbeiterpartei zu bezeichnen.

(Beifall)

Ich bin der Meinung - wenn ich das hier so als Fußnote sagen darf -, daß der deutsche Arbeiter dank unserer Politik der Sozialen Marktwirtschaft, dank eines trotz aller Schmähungen ausgezeichneten Bildungssystems und fachlichen Ausbildungssystems mündig genug ist, um keine spinnenden Akademiker nötig zu haben, die seine Interessen erfinden und vertreten sollen.

(Beifall)

Der deutsche Arbeiter weiß selber, was ihm guttut. Er braucht nicht besondere Anwälte seiner eigenen Interessen.

Ferdinand Lassalle sagte: "Alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist." Ich stimme diesem Ausspruch voll zu: Alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Und wir werden in diesem Wahlkampf aussprechen, was in dieser grundsätzlichen Auseinandersetzung notwendig ist.

Nach der anderen Seite lebt man ja nicht vom Aussprechen, sondern vom propagandistisch geschickten Verschweigen und Bemänteln. Wenn die Wahrheit über die Entwicklung der letzten sieben Jahre bis zum letzten Bürger durchdringt und ihm dort bewußt wird, müssen die Sozialdemokraten und ihre Trabanten, die Blockpartei der FDP, eine vernichtende Niederlage erleben.

(Beifall)

Wir alle wissen ja, was dem im Wege steht.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, Helmut Schmidt, Willy Brandt und Herbert Wehner, diese drei sind ja eine Einheit mit verschiedenen Schwerpunkten. Ich möchte hier nicht ein Plagiat begehen. Deshalb darf ich den mir bekannten Urheber hier nennen: Rainer Barzel hatte recht - ich habe es oft wiederholt -, als er sagte, daß Helmut Schmidt doch nur die nützliche Funktion eines leitenden Angestellten Herbert Wehners ausübe.

(Beifall)

Denn die Aufgabe von Helmut Schmidt ist es, eine politische Mitte der SPD vorzutauschen, die es in der Parteihierarchie in dieser Weise gar nicht mehr gibt, die bei den Jungsozialisten unbekannt ist, die aber trotzdem möglichst viele Bürger der Mitte anziehen soll, damit gleichzeitig die Aufmerksamkeit von der dauernden Linkverschiebung dieser Partei abgelenkt wird. Das ist die Funktion, die Helmut Schmidt mit martialischem Auf-

treten, etwas wilhelminischem Gehabe, blaßforsch aus der Hüfte schießend - schnell, aber falsch -

(Heiterkeit und Beifall)

ausübt. Dabei begnügt er sich nicht mehr, sich auf einzelne Ziele einzuschießen. Die letzten Monate haben bei ihm eine Technik des Flächenfeuers hervorgebracht.

(Heiterkeit)

Da werden alle Italiener und Spanier und Franzosen und Amerikaner in einem Rundumschlag gleichzeitig erledigt.

(Erneute Heiterkeit)

Auch ich lache darüber, meine Damen und Herren. Aber wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß diese Mischung, wie ich sie eben geschildert habe, für unser Ansehen bei unseren Nachbarn und Freunden im europäischen Ausland, in unserer europäischen Nachbarschaft ausgesprochen bedenklich und gefährlich ist.

(Beifall)

Ich war nie der Meinung, daß wir unser Licht unter den Scheffel stellen sollten. Ich war nie der Meinung, daß wir unsere legitimen nationalen Interessen verschweigen sollten. Ich war nie der Meinung, daß wir die Politik der Duckmäuserei betreiben sollten, bloß deshalb, weil es in der deutschen Geschichte große Katastrophen gegeben hat. Hitler muß einmal tot sein. Aber was man den anderen zu sagen hat, muß man ihnen am Konferenztisch sagen, im kleinen Kreise und nicht in Interviews in der Öffentlichkeit, um damit nur wieder neue nationale Ressentiments hervorzurufen!

(Beifall)

Der kommunistische Volksfrontbruder in Frankreich, Marchais, hat ja nicht ohne eine gewisse Wirkung, und hier in einem gewissen Gleichklang, sogar mit bestimmten Gaullisten vor dem neuen deutschen Imperialismus gewarnt. Die Wiederbelebung der antideutschen Emotion ist gefährlicher als manche Rückschläge, die bei Konferenzen mangels sachlicher Einigung zu verzeichnen sind.

(Beifall)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich bei dieser Gelegenheit auch darauf hinweisen, daß die große Auseinandersetzung in diesem Jahrhundert, vor allem im letzten Quartal dieses Jahrhunderts, nicht die Auseinandersetzung zwischen konservativ und progressiv oder liberal ist und nicht die Auseinandersetzung zwischen Faschismus und Sozialismus. Es ist die Auseinandersetzung zwischen frei im Sinne einer modernen Liberalität und kollektivistischer Denkweise und Verhaltensweise auf der anderen Seite. Das ist der große Gegensatz der Zeit.

(Beifall)

Wenn auch manche ehrliche soziale Demokraten über unsere Formel zeitweise erschrocken sein mögen und sich vielleicht dagegen

gewehrt haben, so können sie doch nicht bestreiten, daß erstens der Gegensatz zwischen frei im Sinne moderner Liberalität auf der einen und kollektivistischem Sozialismus auf der anderen Seite besteht und daß zweitens Sozialismus, Marxismus, Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus demselben ungeistigen Nährboden entspringen, wenn sie sich auch in verschiedenen Formen ausgeprägt haben.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, einer der großen Denker des Abendlandes, dem wir manches Kulturgut zu verdanken haben, David Hume, sagte einmal mit Recht: "Es ist sehr selten, daß eine Freiheit irgendwelcher Art mit einem Schlag verlorengeht." Unsere Sorge ist nicht eine revolutionäre Entwicklung. Man versucht uns immer lächerlich zu machen, indem man sagt, wir hätten diese Sorge. Nein, wir haben Sorge wegen der ständigen lautlosen, in kleinen schleichenden Schritten erfolgenden Veränderungen der Gesellschaftsordnung und der damit verbundenen und bezweckten Änderungen des Bewußtseins, die ihrerseits wieder die Voraussetzung für den nächsten Schritt sein sollen!

(Beifall)

Ich greife hier nur zwei Beispiele heraus. Als erstes nenne ich die von uns früher vielleicht zu wenig betonte Veränderung der bildungs- und schulpolitischen Verhältnisse in unserem Lande. Man schaut manchmal vielleicht viel zu sehr auf die Inflationsrate, die Arbeitslosigkeit und ähnliche volkswirtschaftlich wichtige Probleme. Die langfristigen Veränderungen der Gesellschaft sollen doch aber auf dem Wege der Erziehung eines neuen Menschentypus erfolgen. Dieser Menschentypus soll in sozialistischen Schulen, von marxistischen Pädagogen, unter Aufsicht marxistischer Oberschulräte und mittels marxistischer Apparaturen in sozialdemokratisch regierten Kultusministerien herangezogen werden.

(Zustimmung)

Es ist - jetzt spreche ich nicht nur als Politiker, sondern auch als Familienvater - eine Impertinenz, den Eltern zuzumuten, daß ihre Kinder vor ihren Augen und mit ihren Steuergeldern gegen Familie und Autorität aufgehetzt werden.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Im Bundestag reden die sozialistischen Patriarchen von Verheißung, von Glückseligkeit, von Barmherzigkeit, von Mitleid und von mehr Lebensqualität. Die Tränen könnten einem kommen, wenn man Herbert Wehner reden hört.

(Heiterkeit)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind doch aber nur Ablenkungsmanöver. Das ist nur ein geschicktes Täuschungstheater. Das, was sich in der Bildungspolitik vollzogen hat, was sich bei den deutschen Sozialdemokraten an Volksfrontallianzen ergeben hat - die enge Zusammenarbeit mit Kommunisten unter Federführung der Kommunisten -, ist von Sozialdemokraten in diesem Lande, nicht von der Minderheit der Kommunisten verursacht und ermöglicht worden.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch ein anderes Beispiel anführen, das auch schon Kurt Biedenkopf genannt hat. Innerhalb von weniger als zehn Jahren ist der Staatsanteil am Sozialprodukt von 37 % auf 48 % gestiegen. Man könnte nun fragen: Was ist denn hier zuviel geschehen? Auf eine solche Fragestellung dürfen wir uns nicht einlassen. Sie können mir glauben, daß sich eine Erhöhung der Staatsquote bis auf 90 % mit schönen, wohlklingenden gesellschaftspolitischen Zielsetzungen scheinbar begründen läßt. Für uns kann es nur darum gehen: Machen wir halt auf diesem Wege. Versuchen wir, wie im gemeinsamen Wahlkampfprogramm ausgedrückt, die Staatsquote wieder auf ein wirtschaftlich vernünftiges, finanzpolitisch vertretbares und gesellschaftspolitisch erträgliches Maß zurückzuführen.

Meine Damen und Herren, in diesem Jahr vereinnahmt der Staat mit Fiskus und Parafiskus von jeder zusätzlich verdienten Mark 59 Pfennig. Der Staat vereinnahmt von jeder zusätzlich verdienten Mark durch Steuer, Gebühren, Abgaben, Beiträge - natürlich spielt auch die inflationäre Entwicklung eine Rolle - 59 Pfennig. Dem einzelnen verbleiben im Durchschnitt also nur noch 41 Pfennig. Herr Biedenkopf hat recht, wenn er sagt, daß hier ganze Gebirge von Besitzständen geschaffen und daß hier ganze theologische Doktrinen errichtet werden, deren geheime Priester um die Erhaltung ihrer klerikalen Herrschaft irdischer Art kämpfen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich möchte in meinem - wenn auch ausführlicheren - Grußwort nicht noch mehr in die Einzelheiten gehen. Wir wissen, welche schwierigen Aufgaben vor uns stehen und daß diese Aufgaben nur gelöst werden können, wenn wir dem Volke rückhaltlos die Wahrheit sagen.

(Zustimmung)

Wir können die anderen nicht in Propagandakünsten, in der Vernebelung der Tatbestände und den Formulierungen von Verheißungen und Glücksformeln übertreffen. Versuchten wir dies, würden wir immer zweiter Sieger sein. Wir müssen dem Volke die Wahrheit und nichts als die Wahrheit sagen. Wenn wir die Wahl gewinnen, muß ein Kassensturz gemacht, ein Offenbarungseid abgelegt und Bilanz gezogen werden, damit das Volk weiß, was in sieben Jahren an Substanz verwirtschaftet worden ist

(Beifall)

und wie groß die Probleme sind, die gelöst werden müssen.

Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang nur zwei, drei Stichworte nennen. Das erste Stichwort heißt "Investitionslücke". Unter "Investitionslücke" verstehe ich die Differenz zwischen dem, was investiert worden ist - seit 1971 stagnieren die Investitionen, 1974 waren sie rückläufig und 1975 verstärkte sich diese negative Entwicklung noch -, und dem, was hätte investiert werden sollen. Es wird heute immer so viel von dem Netz der sozialen Sicherung geredet. Dieses Netz ist doch durch die Soziale Marktwirtschaft geschaffen, ist doch durch den Fleiß der Bürger und eine vernünftige Politik geknüpft worden. Was für ein Netz der sozialen

Sicherung hätten wir heute, wenn wir uns im Jahre 1948 im Wirtschaftsrat und in den folgenden Jahren nicht gegen die Sozialdemokraten im Kampf für die Soziale Marktwirtschaft und gegen die Planwirtschaft durchgesetzt hätten?

(Beifall)

Das Netz der sozialen Sicherung ist eine Folge der Sozialen Marktwirtschaft und nicht eine Folge sozialistischer Politik.

(Zustimmung)

Auch das Netz der sozialen Sicherung muß bezahlt werden. Einmal kommt die Stunde der Wahrheit. Dieses Netz kann nur erhalten werden, wenn wir auf Dauer wieder zu einem realen - nicht nominalen - Wachstum von durchschnittlich 5 % jährlich gelangen.

Dies kann nur erreicht werden, wenn die Investitionen jährlich real um 8 bis 9 % steigen. Die Differenz zwischen dem, was hier investiert worden ist, und dem, was nach diesem Schlüssel hätte investiert werden müssen, beläuft sich auf rund 170 Milliarden DM. In der Bundesrepublik sind im Laufe der letzten fünf Jahre 170 Milliarden DM zu wenig investiert worden. Wäre die Investitionstätigkeit so geblieben, wie sie zu unserer Zeit war, gäbe es heute normale Vollbeschäftigung. Über Arbeitslosigkeit würde dann kein Mensch reden; über sie würde sich kein Mensch zu beklagen haben.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist doch eine national-ökonomische Binsenweisheit, daß sich die gesellschaftspolitischen Leistungen gegenüber dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum nicht überproportional entwickeln können. Wenn sie sich überproportional entwickeln und somit eine Einseitigkeit eintritt, leiden zwangsläufig andere wichtige Gebiete der staatlichen Aufgabenerfüllung und der staatlichen Dienstleistungserfüllung darunter. Öffentliche Investitionen in Höhe von 15 % und private Investitionen in Höhe von 85 % müssen sich gegenseitig die Hand geben, damit das moderne Deutschland, das wir geschaffen haben und das andere jetzt aufs Spiel gesetzt haben, auch in Zukunft noch erhalten bleibt.

(Beifall)

Es ist nicht möglich, über die Finanzierung der mittelständischen Wirtschaft angesichts der Vielfalt ihrer Strukturen und Betriebe zuverlässige und genaue Zahlen zu bekommen. Ich möchte hier aber einmal die 1000 industriellen Aktiengesellschaften herausgreifen, die in der Statistik besser erfaßbar sind. Der Bedarf an Kapital für Investitionen ist sehr hoch. Dieser Kapitalbedarf wächst angesichts der Leistungsfähigkeit moderner Technik und der Kosten, die sie verursacht, überdurchschnittlich. Eine Maschinengeneration hat eine normale technische Konkurrenzfähigkeit von sechs bis sieben Jahren. Dann wird sie von der nächsten Generation abgelöst, und diese ist schon wieder wesentlich teurer. Man wird sich hier auch einmal über die Frage der Abschreibungspolitik unterhalten müssen; ich will heute und hier aber nicht darauf eingehen. In den letzten sechs Jahren ist im Bereich der 1000 industriellen

Aktiengesellschaften die Kapitaldecke um 16 Milliarden DM gegenüber dem, was eigentlich notwendig gewesen wäre, zu kurz gewesen. Das heißt, wenn heute dasselbe Maß an Eigenkapital hätte vorhanden sein sollen, das in den Jahren 1968/69 vorhanden war, hätten 16 bis 17 Milliarden DM mehr Eigenkapital vorhanden sein müssen. Im Bereich der mittelständischen Wirtschaft sieht es noch viel schlimmer aus. Um die Großbetriebe mache ich mir keine Sorgen. Die Großbetriebe - es sei denn, der eine oder der andere hätte ein besonders schlechtes Management - überstehen jede wirtschaftliche Entwicklung. Sie überstehen alle internationalen Wirtschaftskrisen. Sie haben es leichter, sich finanzieren zu können, international zu refinanzieren usw.. Noch keine Regierung und keine Regierungspartei haben soviel gegen das Großkapital gewettert und zugleich soviel für die Konzentration des Kapitals in großkapitalistischen Händen getan wie diese Bundesregierung und ihre politischen Kräfte.

(Beifall)

Der Sinn meiner Aussage ist es auch nicht, gegen die großen Unternehmen zu wettern. Gegen die großen Unternehmen, gegen die Multis wettert man; in Wirklichkeit tut man alles, um ihnen die stärkste Marktstellung zu verschaffen. Der Großbetrieb ist natürlich notwendig in unserer arbeitsteiligen Wirtschaft. Man kann heute nicht moderne Automobile konkurrenzfähig gegen die Amerikaner und Japaner etwa durch den Zusammenschluß mittelständischer Industrieller herstellen. Aber die Leistungsfähigkeit, Vielseitigkeit, Anpassungsfähigkeit, Neuerungstechnik, Wettbewerbsfähigkeit und Exportfähigkeit unserer Wirtschaft in der Bundesrepublik wird auch entscheidend von der mittelständischen Wirtschaft bestimmt.

(Beifall)

Es ist einfach eine Verhöhnung, wenn man bei den 20 000 Insolvenzen und Konkursen der letzten zwei, drei Jahre sagt, hier handele es sich um unsolide Elemente, die schlampig und liederlich geplant und finanziert hätten und deshalb vom Markte verdrängt worden seien. Natürlich wird es in einer Marktwirtschaft immer Konkurse geben. Das ist nicht auszuschließen, sonst müßten wir die Planwirtschaft betreiben, bei der auch der unrentabel arbeitende Betrieb auf Kosten der Steuerzahler oder auf Grund anderer Subventionen erhalten bleibt. Daran denkt ja kein Mensch. Aber diese Insolvenzen, Vergleichsverfahren und Konkurse in dieser Größenordnung sind eine Anklage gegen die Verantwortlichen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Dazu gehört eines, meine Damen und Herren, worauf noch viel zu wenig hingewiesen wird, nämlich die ungeheuerliche Veränderung der Finanzstruktur unserer kleinen und mittleren Wirtschaft, die Zunahme der Verschuldung und die Abnahme der Eigenkapitalquote bei zunehmender Unfähigkeit der Selbstfinanzierung. Wenn einer einen bestimmten Betrag aufnehmen muß, um zu investieren, so ist das meistens ja eine Angelegenheit langfristiger Planung. Wenn im Zuge dieser Kreditaufnahme die Kreditkosten von 7 oder $7\frac{1}{2}$ % auf 15 und 16 % steigen, dann ist das ein Umverteilungsprozeß, und zwar in erster Linie zu Lasten der kleinen und mittleren Unternehmen.

(Beifall)

Ich möchte hier - gerade weil wir in der Marktwirtschaft eine leistungsbezogene Wettbewerbswirtschaft sehen - auch einmal sagen

- wir haben es auch in das Parteiprogramm hineingeschrieben -: Soziale Marktwirtschaft heißt Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes, Freiheit der Wahl des persönlichen Verbrauches, Freiheit auf Eigentum an privaten Investitionsmitteln und Freiheit der unternehmerischen Investitionsentscheidung.

Meine Damen und Herren, wenn die Zahl der Arbeitgeber immer kleiner wird, wird der Freiheitsspielraum der Arbeitnehmer immer stärker eingeschränkt,

(Beifall)

bis dem Arbeitnehmer dann zum Schluß überall der "Große Bruder" gegenübersteht.

Warum, meine Damen und Herren, haben wir es so unerhört schwer - das wird die Aufgabe von Kurt Biedenkopf sein, für die ich ihm wirklich ehrlich und herzlich viel Glück wünsche -, im Ruhrgebiet eine Änderung der politischen Verhältnisse einzuleiten? Warum? Weil dort und anderswo die Ineinanderverwobenheit sozialdemokratischer Mehrheiten, gewerkschaftlichen Machtanspruchs und großkapitalistischer Unternehmungen schon so weit gediehen ist, daß der einzelne Bürger, ganz gleich, wo er hingehet, immer wieder ein und derselben Macht gegenübersteht, die mit ihrem langen Arm nach ihm greift.

(Beifall)

Auch das ist ein Stück Verminderung persönlicher Freiheit, die mit solchen Prozessen Hand in Hand geht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den vorangegangenen Reden ist auch das Thema Deutschland - unsere Deutschlandpolitik - und das Thema Europa angesprochen worden. Lassen Sie mich mit wenigen Betrachtungen über dieses Thema meine Ausführungen beenden. Wir haben heute morgen in den Zeitungen fast überall auf der ersten Seite diese Veröffentlichung aus der Sowjetunion gelesen, die eigentlich eine bestimmte Note darstellt, wenn sie auch in ungewöhnlicher Form erfolgt ist, nämlich einmal die Warnungen aus dem Kreml, die Lockungen für die Bundesrepublik, das Lob für diese Entspannungspolitik, wie sie sich Willy Brandt vorstellt, und das Ganze unter der Überschrift: Krieg oder Frieden.

Meine Damen und Herren, der Parteitag eignet sich hier nicht zu einer Analyse dieses Dokuments, das wir analysieren werden. Aber eines können uns unsere sowjetischen Gesprächspartner glauben. Ich war der erste, der im Auftrag der Fraktion im Bundestag damals, im Jahre 1973, zu den leider in dieser Unklarheit und Unvollständigkeit abgeschlossenen Ostverträgen gesagt hat: pacta sunt servanda. Was völkerrechtlich gültig ist, werden wir halten. Wir werden aber, meine Damen und Herren, keine Verträge abschließen, bei denen Wort und Wahrheit nicht deckungsgleich sind,

(Beifall)

bei denen die Doppeldeutigkeit der Formulierungen zur Methode, ja, zum Grundsatz erhoben worden ist. Wir bekennen und, meine Damen und Herren, zu diesem Grundsatz pacta sunt servanda; aber ich möchte da keinen Zweifel lassen, beim Moskau-Vertrag und beim

Warschauer Vertrag in der Auslegung der Entschließung des Bundestages vom 17. Mai 1972.

(Beifall)

Die Entschließung war in der Schlußfassung eine Gemeinschaftsarbeit des Kollegen Werner Marx von der Bundestagsfraktion und von mir. Ich möchte ihm für diese damalige Arbeit auch heute von diesem Platz aus ein Wort des herzlichen Dankes sagen.

(Beifall)

Wir werden auch den Grundlagenvertrag gegenüber dem anderen Deutschland halten, aber wir werden ihn halten in der Auslegung des Bundesverfassungsgerichts nach dem Urteil von Ende Juli 1973.

(Beifall)

Hier beginnt die Problematik, daß der andere Vertragspartner bei diesen drei Verträgen den Sinn des Vertrages und die Konsequenz des Vertrages nicht nur verschieden, sondern zum Teil gegensätzlich auslegt.

Meine lieben Freunde, unklare Verträge sind schlechte Verträge. Einmal kommt die Stunde, wo man sich auf solche Verträge berufen muß, und dann sind sie keine Stütze und keine Hilfen deutscher Politik mehr, sondern Quelle neuer Spannungen, neuer Streitigkeiten und neuer Gegensätze. Genau das wollen wir nicht.

(Beifall)

Aber mit dieser in Form einer Zeitungsveröffentlichung erfolgten Note ist auch ein Stück Wahlkampf eingewoben. Ich habe es im Bundestag schon in meiner vorletzten Rede gesagt, - daß es so schnell eintreten würde, habe nicht einmal ich erwartet -, daß man das versuchen wird. Darum habe ich heute eingangs meiner Ausführungen von der langen Strecke gesprochen, die noch zwischen heute und dem 3. Oktober liegt. Daß diese Regierung abgewirtschaftet hat, darüber besteht objektiv kein Zweifel, ebensowenig daran, daß die Mehrheit unserer Bürger subjektiv davon überzeugt ist. Es besteht auch kein Zweifel daran, daß sie die weghaben wollen. Gerade deshalb betreibt man eine Kampagne der Einschüchterung, eine Kampagne der Erzeugung einer Angstpsychose. Anders kann man doch die Äußerungen nicht verstehen, angefangen bei der Äußerung von Herrn Kühn, die Bundesrepublik sei nicht mehr regierbar, wenn die CDU/CSU die jetzige Regierung ablöse. Meine Damen und Herren, die Bundesrepublik wäre nie regierbar geworden, wenn wir uns nicht mit unserer Politik gegen die Linken durchgesetzt hätten. Wenn man von Holzen und vom Mobilisieren in diesem Zusammenhang spricht, gut, ich bin auch kein Anhänger zimmerlicher Ausdrucksweise im Wahlkampf; das gehört zum Handwerk. Wenn man aber sagt: Falls die CDU/CSU an die Regierung kommt, besteht die Gefahr, daß der soziale Friede verlorenggeht, dann, meine Damen und Herren, sage ich: Es gehen höchstens die Pfründe und Privilegien der Funktionäre verloren, aber nicht der soziale Friede.

(Heiterkeit und Beifall)

Der soziale Friede kann bei uns doch nur erhalten bleiben, wenn die Gesellschaft - und hier gebe ich Kurt Biedenkopf völlig recht -

aus einer entpflichteten Anspruchsgesellschaft wieder zu einer der Gemeinschaft verpflichteten Gesamtgesellschaft wird.

(Beifall)

Der soziale Friede kann in unserem Lande nur erhalten bleiben, wenn die Zerrüttung der Finanzen durch eine solide Finanzpolitik überwunden wird, wenn wieder eine dauerhafte, stabile Grundlage der Finanzierung der kollektiven Sozialleistungen erfolgt. Sozialer Friede kann nur erhalten werden, wenn bei uns die Wirtschaft - und darunter verstehe ich Arbeitgeber und Arbeitnehmer - Soziale Marktwirtschaft ist. Die Soziale Marktwirtschaft ist keine kapitalistische Wirtschaft. Das haben die Gegner erfunden, um sie zu denunzieren. Die Soziale Marktwirtschaft haben wir immer als den dritten Weg verstanden zwischen einem menschenverachtenden Kapitalismus und einem bürokratischen menschenverneinenden Sozialismus.

Soziale Marktwirtschaft ist der dritte Weg zwischen diesen beiden Extremen, ist der Durchbruch nach vorne. Aber der soziale Frieden kann doch nur erhalten bleiben, wenn die Träger der Marktwirtschaft - und dazu gehören die Unternehmer: denn ohne Unternehmer gibt es genausowenig eine Soziale Marktwirtschaft, wie es sie ohne freie Gewerkschaften gibt; auch die Unternehmer haben hier ihren Platz, und sie sind nicht die Prügelknaben und das Stiefkind der Nation, die immer als Sündenbock für die Fehler der Regierung und ihre Folgen erhalten müssen - kein Vertrauen in unser System haben. Wenn in unserer Unternehmerschaft, gerade bei den 10 000 kleinen und mittleren Unternehmern, nicht wieder das Vertrauen einkehrt, meine Damen und Herren, wird auch das Netz der sozialen Sicherheit nicht dauerhaft aufrecht erhalten werden können.

(Beifall)

Dann kommt der Umschlag, den Biedenkopf wohl meinte, vom Quantitativen ins Qualitative, der hier beabsichtigt ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir dann noch hören, daß mit Unruhen zu rechnen sei, habe ich trotz der parteipolitischen Gegensätze, die zwischen den meisten Persönlichkeiten der Gewerkschaftsführung und uns - und auch mir - bestehen, den felsenfesten Glauben, daß die Gewerkschaften wissen, was sie den Arbeitern schuldig sind. Das ist die positive und gute Zusammenarbeit mit jeder demokratisch gewählten Regierung.

(Beifall)

Gewerkschaften dürfen nicht Transmissionsriemen sozialistischer Parteipolitik oder sozialistischer Machtpolitik werden. Gewerkschaften müssen die Taten der Parteien und ihrer Führungen und der Staats- und der Mandatsträger nach den Ergebnissen messen und nicht nach der durch Parteisympathie erzeugten Verbundenheit falscher Art.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es dann in diesem Dokument heißt, Krieg oder Frieden sei die Parole, dann beginnt damit nunmehr das letzte Kapitel dieser von mir vorher geschilderten Angstkampagne und Psychose der Furchterzeugung. Hier soll den Wähler unterschwellig vorgegaukelt werden, daß es im Falle einer

Ablösung der heutigen Regierung durch eine Mehrheit für uns dann zu unruhigen Zeiten und zu drohenden Spannungen gegenüber unseren östlichen Nachbarn käme. Meine Damen und Herren, wer sich dagegen rechtfertigt, klagt sich schon selber an. Wir haben uns nicht zu rechtfertigen, sondern wir haben diejenigen anzuklagen, die mit diesen leichtfertig ausgehandelten Verträgen, die immer Quellen neuer Spannungen und Streitigkeiten schaffen, Erwartungen geweckt haben, die nicht erfüllt werden können, und diejenigen anzuklagen, die die Einheit Deutschlands - außer hohlen Lippenbekenntnissen - nicht mehr zum realen Ziel ihrer Politik erhoben haben und sich nicht mehr dazu bekennen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, parlamentarische Demokratie lebt u. a. von der Funktionsfähigkeit des Ablösungsmechanismus.

Wenn eine Regierung auch durch den Willen der Bürger nicht mehr ablösbar wird, weil die Bürger in Angst und Schrecken versetzt werden, weil ihnen gesagt wird: auch wenn ihr uns nicht mehr wollt, behaltet lieber uns, damit euch soziale Unruhen erspart bleiben, damit drohende Spannungszustände vermieden werden, dann ist das bereits ein autoritäres Denken, ein Schritt weg vom Boden parlamentarischer Demokratie.

(Beifall)

Wir sprechen, meine Damen und Herren, in unserem gemeinsamen Wahlkampfprogramm von einem sozial gerechten Europa. Wir meinen es ernst, wir unterschreiben es und geben darauf unser ehrliches und ernst gemeintes Wort. Ich möchte aber zu diesem sozial gerechten Europa und darüber hinaus noch auf etwas hinweisen, was im Zusammenhang mit Europa ernstgenommen werden muß, nämlich die absolute Unerläßlichkeit der politischen Einigung Europas, wenn die friedenssichernde Rolle und die friedenserhaltende Fähigkeit Europas in Zukunft wirklich erhalten bleiben soll.

Dieses Europa hat nicht nur die gesellschaftspolitische Aufgabe, eine moderne europäische Gesellschaft zu schaffen, ein Ziel, das weit in das nächste Jahrtausend hineinreichen wird. Nein, der Zusammenschluß der Europäer ist notwendig, damit der Friede in Europa erhalten bleibt. Meine Damen und Herren, die Zeiten, wo wir uns blind auf die amerikanische Garantie mit einem Minimum eigener Leistung verlassen konnten, gehören der Vergangenheit an. Die Europäer müssen für ihre Sicherheit wieder eigene Verantwortung übernehmen. Sie können sich nicht immer an die amerikanischen Ruckschöße hängen und sagen, die Amerikaner werden schon für unsere Sicherheit sorgen. Dieses Kapitel können wir abschreiben, das ist vorbei.

Ich bin ein leidenschaftlicher Anhänger der Fortsetzung der Atlantischen Allianz, aber auf dem Fundament zweier starker Säulen: Einer amerikanischen Säule und einer europäischen Säule.

(Beifall)

Dieses aus der Sowjetunion kommende bestürzende Dokument ist doch im Hinblick auf den Zeitpunkt in dieser Formulierung bewußt nach der NATO-Konferenz, in der vor der machtpolitischen Expansion der Sowjetunion gewarnt wurde und rechtzeitig vor der Bundestagswahl

veröffentlicht worden. Es stimmt doch, was wir alle - ich darf an Kurt Georg Kiesinger erinnern - in vielen Reden gesagt haben: daß sich hier zwei absolut gegensätzliche Vorstellungen der europäischen Architektur von morgen gegenüberstehen. Das eine ist ein auf Moskau hin brennpunktartig bezogenes Europa, dessen einzelne Glieder, mit Scheinsouveränität ausgerüstet, einem Zustand kontinentweiter - ich bedauere, das Wort benutzen zu müssen; es gibt jedoch dafür kein anderes prägnantes Wort - Finnlandisierung verfallen sollen.

Was schwebt denn dem Willy Brandt vor, wenn er sagt: keine einseitige Bindung an die Sowjetunion? Das ist ja schon ein ungeheures Wort, das er in dem Interview vor einigen Tagen benutzte. Ihm schwebt doch ein sozialistischer Staatenbund vor, der, militärisch nicht ausreichend verteidigungsfähig, außenpolitisch neutralisiert, zu den USA in derselben Distanz stehen soll wie - ich hoffe, er meint es so - zur Sowjetunion. Das ist das Ende der europäischen Freiheit.

(Beifall)

Was wir brauchen, meine Damen und Herren, ist nicht ein neutralisiertes Europa in Gestalt eines sozialistischen Staatenbundes, wie sich das drei Patriarchen à la Palme, Brandt und Kreisky vorstellen, sondern was wir brauchen, ist ein lebendiges demokratisches Europa, das sich außen- und sicherheitspolitisch endlich zusammenfindet, das lernt, sich über bürokratischem Kleinkram zu seiner großen geschichtlichen Lebensfragen durchzurufen und das wiederum den historischen Willen zeigt, die Probleme dieser Zeit zu lösen und die Herausforderungen zu bestehen, sowohl was die gesellschaftlichen als auch die weltweiten Herausforderungen angeht, wie wir sie heute sehen.

Meine Damen und Herren, ich habe gegen Helmut Schmidt harte Worte in mehreren Bundestagsdebatten und in der Öffentlichkeit gesagt. Was ist das für eine Verkümmernng des historischen Denkens? Dieser Mann ist doch nicht fähig, in globalen Zusammenhängen zu denken. Er schreibt Bücher über Strategie, hat jedoch keine Ahnung von den Zusammenhängen der Strategie. Wie kann einer sagen: Die Entspannung funktioniert; was in Afrika, im Mittelmeerraum, in Lateinamerika und Südostasien geschieht, geht uns nichts an? Meine Damen und Herren, in einer Zeit, wo es für Verkehrstechnik, Nachrichtentechnik und Zerstörungstechnik keine Grenze mehr gibt, wo jeder Mensch überall auf der Erde zu jedem Zeitpunkt ermittelt, aber leider auch getötet werden kann - und zwar wieder von jedem Punkt der Erde aus - , gibt es doch heute keine teilbare Entspannung mehr.

Was in Afrika, im Mittelmeerraum geschieht, die Kriege, die entstanden sind, die Kriege, die sich dort von neuem aufbauen, berühren unsere Sicherheit, vielleicht mehr als die Vorgänge heute an der inneren Grenze in Deutschland. Von daher kommt keine Gefahr. Da geschieht nur Unrecht. Da geschieht täglich oder wöchentlich Mord. Aber die großen internationalen Spannungen und Konfliktherde werden außerhalb Europas aufgebaut. Wenn wir da ausmanövriert und ausflankiert sind, kommt für uns alle in Europa die Schlußrechnung.

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht zuviel sagen, den Mund nicht zu voll nehmen. Aber ein Wahlsieg der CDU/CSU am 3. Oktober wäre die erste sichtbare Wende auf diesem bisherigen unaufhaltsamen Abstiegsweg.

(Bravo-Rufe und Beifall)

Das wäre die Rückkehr zu einer an den abendländischen Worten orientierten Schul- und Bildungspolitik, gegen Indoktrination und Klassenkampfverseuchung. Das wäre die Rückkehr zu einer vernunft orientierten und an der Wirklichkeit erhärteten Wirtschafts- und Finanzpolitik, die das Mögliche vom Unmöglichen zu trennen weiß, die Sachplanung und Finanzplanung wieder deckungsgleich macht. Das wäre die Rückkehr zu einer von den Lehren der geschichtlichen Gegebenheiten, der Geographie bestimmten Außenpolitik, die wir gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn und Schulter an Schulter, mit den amerikanischen Verbündeten, zu betreiben haben. mit dem Willen zur friedlichen Zusammenarbeit, auch zum wirtschaftlichen Verkehr mit unseren östlichen Nachbarn, aber nicht auf dem Hintergrund fataler Entspannungseuphorien, die eines Tages platzen werden, die schmelzen werden wie Schnee an der Sonne.

Für die Europäer kommt die Stunde der geschichtlichen Wahrheit. Auf sie müssen wir gerüstet sein. Und ein Datum auf diesem Wege ist der 3. Oktober.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Lieber Franz Josef Strauß, der Beifall hat Ihnen gezeigt, daß Sie dem Parteitag aus dem Herzen gesprochen haben. Wir danken Ihnen für Ihr klares, offenes und engagiertes Wort. Es war ein Beitrag zur Zielsetzung und Programmatik, wie nur Sie ihn formulieren konnten.

(Beifall)

Unsere Gegner möchten uns immer auseinanderdividieren. Deshalb sagen wir: Sie sind hier nicht nur unser Gast, Sie sind unser Freund und unser Mitstreiter. Wir gehören zusammen, und wir werden gemeinsam den Kampf um den Sieg am 3. Oktober 1976 für unsere Sache führen.

(Beifall)

Unser Ziel ist, diesen Sieg zu erreichen. Und gestatten Sie mir, hinzuzufügen, daß wir auch den Wunsch haben, daß dann die bayerischen 62 % auch für einen bundesweiten Erfolg der CDU und CSU gelten sollen. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Hermann Josef Russe, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Liebe Parteifreunde! Wir treten jetzt in die Aussprache ein.

Darf ich Sie vorweg sehr herzlich bitten, wenn Sie das Wort nehmen möchten, Ihre Wortmeldung hierauf zum Präsidium zu geben.

Als erster hat sich gemeldet der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, unser Freund Peter Lorenz. Peter Lorenz, Sie haben das Wort.

Peter Lorenz (mit Beifall begrüßt): Liebe Freunde! Helmut Kohl und Karl Carstens haben zum Ausdruck gebracht, welche Forderungen die deutsche Politik nach unserer Auffassung für die Rechte und die Lebensfähigkeit des freien Berlin zu stellen hat. Ich möchte dem einiges hinzufügen dürfen.

Zunächst mochte ich Ihnen und der CDU/CSU den herzlichen Dank der Berliner für die jahrelange Treue, Freundschaft und Unterstützung unserer Sache und unserer Stadt und unserer Freiheit aussprechen, liebe Freunde.

(Beifall)

Nun wäre es uns Berlinern natürlich lieber, wir brauchten nicht immer wieder von der Situation und den Problemen in unserer Stadt zu reden. Wir würden gern in normaleren politischen Verhältnissen leben und unserer Arbeit nachgehen. Wir sind keineswegs darauf aus, unsere Landsleute immer mit unseren Angelegenheiten zu behelligen.

Aber, liebe Freunde, Berlin ist immer noch eine geteilte Stadt. Durch diese Stadt gehen Mauer und Stacheldraht, geht eine unnatürliche Grenze, die unser deutsches Volk in zwei Teile trennt. West-Berlin wird auch weiterhin durch die Politik der Sowjetunion, der DDR und der anderen Ostblockstaaten diskriminiert, behindert und boykottiert.

Deshalb bitten wir um Ihre Zustimmung zu einer Berlin-Resolution, die der Landesverband Berlin eingebracht hat, die nachher verteilt wird und über die nachher abgestimmt werden wird.

Die Regierung der sogenannten sozialliberalen Koalition, vor allem die Herren Brandt und Bahr, aber auch der jetzt noch Regierende Bürgermeister von Berlin Klaus Schütz, haben nach dem Abschluß des Viermächteabkommens in Aussicht gestellt, daß das Ergebnis ihrer Ostpolitik West-Berlin eine gesicherte und störfreie Existenz garantiere. Die Bindung Berlins an den Bund sei nunmehr unbestritten und werde weiterentwickelt. Die Zugehörigkeit West-Berlins zur Wirtschafts- und Finanzordnung der Bundesrepublik sei nicht mehr im Streit. Die Drohungen vergangener Jahre seien vom Tisch. - Das alles haben sie behauptet, und nichts davon, liebe Freunde, ist eingetroffen.

Wir verkennen nicht die Verbesserungen auf den Zufahrtswegen und im Besucher- und Telefonverkehr. Aber die entscheidenden Lebensgrundlagen des Freien Berlin werden von der anderen Seite nach wie vor bestritten und bekämpft. Das ist so, liebe Freunde, weil die Sozialdemokraten ihre Politik auf einer Illusion begründet haben, nämlich auf der Illusion, die Kommunisten würden sich schon wandeln, wenn wir uns nur annähern. Heute haben wir alle, liebe Freunde, die Folgen zu tragen.

(Beifall)

Der Ostblock verleugnet Berlins vertraglich zugesicherte Bindungen an den Bund und verweigert die Einbeziehung West-Berlins in Verträge, die die Bundesrepublik mit der Sowjetunion abschließen will. Der Osten will nicht den Anschluß des Freien Berlin an einen Energieverbund zulassen, der seine wirtschaftliche Entwicklung frei von politischem Druck fördern würde. Nach dem Willen des Ostens soll das Freie Berlin ein Sackbahnhof auch im Luftverkehr bleiben. Der Osten will Berlins Rundfunksender isolieren. Er will West-Berlin als Austragungsort internationaler Sportwettkämpfe und als Veranstaltungsort internationaler Kongresse und Messen ausschalten. Er will unterhalb der staatlichen Ebene die Stadt auf allen Gebieten vom Bund trennen.

Liebe Freunde, durch die Summe dieser Maßnahmen soll die Bevölkerung West-Berlins verunsichert werden. Es soll eines Tages erreicht werden, daß das Freie Berlin reif ist für seine Einbeziehung in den kommunistischen Machtbereich.

Liebe Freunde, lassen Sie mich sagen: wir Berliner sind ja nicht ängstlich und nicht besonders pessimistisch, und wir denken gar nicht daran, uns 30 Jahre lang den schwierigsten Prüfungen widersetzt zu haben, damit uns jetzt unter dem Vorzeichen friedlicher Koexistenz und angeblicher Entspannung von der Sowjetunion alles zugefügt werden kann, um uns fertigzumachen. Dazu brauchen wir aber weiterhin die Solidarität unserer westdeutschen Landsleute, die Hilfe der Bundesrepublik Deutschland und die Sicherheitsgarantien der Westmächte.

(Beifall)

Mit der Auslegung - Franz Josef Strauß sprach hier von Auslegung abgeschlossener Verträge - des Viermächteabkommens, wie sie die Sowjetunion vornimmt, ist unsere Lebensfähigkeit und unsere Zukunft nicht gesichert; das möchte ich hier in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall)

Ich glaube, daß für die Christlich Demokratische Union Deutschlands diese Solidarität selbstverständlich ist. Ich bin überzeugt: Die Union wird jetzt erst recht den Kampf für die Selbstbestimmung, die Freiheit und die Einheit nicht nur der Berliner, sondern unseres ganzen Volkes niemals aufgeben. Berlin hat eine nationale Aufgabe. Allein durch seine Existenz in der Spaltung und inmitten des kommunistischen Machtbereiches zeigt es die ungelöste deutsche Frage und repräsentiert es den Anspruch des deutschen Volkes auf Einheit und Freiheit.

Berlin fühlt die Verpflichtung, die Menschen in beiden Teilen unseres Landes durch persönliche Begegnungen, aber auch durch Vermittlung von Informationen zusammenzuhalten. Das Freie Berlin will den Menschen drüben eine Hoffnung geben, denen, denen jetzt schon wieder von der SED auf dem Parteitag dieser Einheitspartei im Osten gesagt worden ist, daß sie in Zukunft wieder weniger Freiheit, wieder schlechtere soziale Verhältnisse und Bedingungen und einen Rückgang der Möglichkeiten des Konsums haben werden. Deshalb ist Berlin der Ort, an dem alles gefördert werden muß, was der Wahrung der Tradition und der Geschichte und was der Förderung der zukünftigen Entwicklung des deutschen Volkes und der deutschen Nation dient.

Liebe Freunde, der Osten möchte die eine deutsche Nation zerstören. Er möchte, daß sich aus den zwei deutschen Staaten auch zwei deutsche Nationen entwickeln. Wir, die Union, wollen das mit aller Kraft verhindern.

(Beifall)

Infolgedessen kann es doch niemals Ziel einer von uns geführten Politik sein, Entspannung und friedliches Nebeneinander auf Kosten der Selbstbestimmung und auf Kosten der Einheit und der Freiheit unseres Volkes zu erreichen.

Franz Josef Strauß hat hier schon die Note der Sowjetunion angesprochen. Sie hat in den letzten Tagen erneut ihren Willen zu ei-

nem guten Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland bekräftigt. Wir würden es begrüßen, wenn dieser Wille ehrlich ist. Aber wir sagen auch ganz deutlich: Es gibt keine guten Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland gegen die Interessen Berlins und gegen die Lebensrechte der Berliner.

(Beifall)

Lassen Sie mich hier hinzufügen: Die CDU in Berlin wird alles tun, damit auch in Berlin der schwache Senat der SPD und FDP abgelöst wird durch eine Regierung unter Führung der CDU.

(Beifall)

Eine solche Regierung wird mit Tatkraft und Phantasie die Probleme Berlins anpacken und wegführen von Schwäche, von Vetternwirtschaft und von kommunistischer Unterwanderung hin zur Sicherung der Zukunft unserer Stadt.

(Beifall)

Wir werden bei unserer Politik immer auch an unsere Landsleute in der heutigen DDR denken, an die, die hier bei uns durch unsere Freunde von der Exil-CDU repräsentiert werden. Wir wissen, daß das Ziel der Selbstbestimmung für unser ganzes Volk nur auf einem langen Weg zu erreichen sein wird. Weder auf unserer, noch auf der anderen Seite der blutigen Mauer und der Grenze aus Minenstreifen und Schußautomaten geben sich die Menschen Illusionen hin. Aber unsere Landsleute drüben sehen auf uns.

So ist die gesicherte Existenz des freien Berlin, aber auch die entschlossene nationale Politik einer von CDU und CSU geführten Bundesregierung ein Beweis dafür, daß die Spaltung nicht endgültig ist und daß ihre Freiheit und ihr Recht von uns nicht fallengelassen und daß sie von uns nicht aufgegeben werden.

(Beifall)

Hermann-Josef Russe, Tagungspräsidium: Lieber Peter Lorenz, wir danken Ihnen sehr herzlich für Ihr Bekenntnis zu Berlin, aber auch für den Appell, den Sie an uns gerichtet haben, weiterhin in Solidarität aller westdeutschen Landsleute zu Berlin und zu den Brüdern und Schwestern in der Zone zu stehen. Meine Damen und Herren, wir sollten die Gelegenheit nutzen, diesen Appell und dieses Bekenntnis zur Solidarität durch kräftigen Beifall zu unterstützen.

(Beifall)

Ich danke Ihnen.

Lassen Sie mich, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, sehr herzlich darum bitten, daß diejenigen im Saale, die Gespräche führen, freundlicherweise entweder damit aufhören oder den Saal verlassen. Es stört in der Tat den Redner und ist kein Zeichen eines guten mitmenschlichen und demokratischen Verständnisses.

Als nächster hat das Wort der eindrucksvolle Gewinner der letzten Landtagswahl im Bundesland Baden-Württemberg, unser Freund Dr. Hans Filbinger.

Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger (mit Beifall begrüßt):
Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Die SPD hat geraume Zeit, über eine Reihe von Jahren hin, einen Teil unserer Bürger damit beeindruckt, daß sie zwei Vorstellungen zu erwecken verstanden hat, Vorstellungen, die auch bei den Bundestagswahlen der Jahre 1969 und 1972 mindestens unterschwellig eine Rolle gespielt haben. Das erste war der Mythos von der angeblichen Zwangsläufigkeit, mit der sich freiheitlich-demokratische Ordnung in demokratisierte Spielformen des Sozialismus verwandelten. Das zweite war der Mythos, nach dem Arbeiter und aufstiegswillige Gruppen nur die Parteien der Bonner Linkskoalition wählen können. Diese Mythen eines Zeitgeistes sind spätestens durch die Wahlen in Baden-Württemberg entzaubert worden.

(Beifall)

Die Arbeiter sind scharenweise der SPD davongelaufen. Die sogenannten Aufsteiger haben erdrutschähnliche Verluste bei den Koalitionsparteien verursacht. Das sind Vorgänge, die für die Bundestagswahlen von Bedeutung sind, und deshalb komme ich darauf zurück, nicht in Überschätzung eigener Wahlen, sondern weil wir aus Erkenntnissen die in Baden-Württemberg gewonnen wurden, Nutzen für die Bundestagswahl ziehen können.

Natürlich hat bei einem solchen Wahlereignis die Landespolitik ihren gemessenen Anteil. Aber daneben ist der Wahlsieg in Baden-Württemberg deshalb errungen worden, weil wir einen kompromißlosen Kampf gegen die langfristige Strategie einer Veränderung unseres freiheitlichen Systems in eine sozialistische Richtung geführt haben. Wir haben weder dem sogenannten Zeitgeist noch dem demokratischen Sozialismus das geringste Zugeständnis gemacht.

(Beifall)

Die Arbeiter haben uns das gedankt. 57 % der Arbeiter haben in Baden-Württemberg CDU gewählt.

(Beifall)

Die SPD Hochburgen in den Industriestädten wurden samt und sonders geschleift. Die SPD verlor mit Ausnahme eines einzigen Wahlkreises alle ihre Direktmandate. In Stuttgart z.B. gingen alle vier Mandate direkt zur CDU, während sie bei der letzten Wahl noch alle von der SPD errungen worden wären. In Mannheim betrug der Zuwachs der CDU bis zu 7 %. Nicht viel anders war es in Karlsruhe, Freiburg, Heilbronn und an anderen Orten.

Und noch eines ist bemerkenswert: In den vier Landtagswahlen, die der baden-württembergischen Wahl vorangegangen sind, hatte sich die Regierungskoalition stabilisiert, weil die Verluste der SPD von der FDP mindestens teilweise aufgefangen worden waren. Das hat in Baden-Württemberg aufgehört.

(Beifall)

Die FDP hat schwerste Verluste erlitten. Der Stabilisierungstrend der Koalition ist gebrochen. Der Helmut-Schmidt-Bremseffekt hat in Baden-Württemberg nicht mehr gewirkt.

(Beifall)

Das danken wir natürlich den Wählern. Aber ich möchte an dieser Stelle auch einmal allen Freunden aus dem Bundestag und aus den Ländern Dank sagen, die in engagierter Form - an der Spitze Helmut Kohl - eingestiegen sind.

(Beifall)

Die Aufgabe, die nun vor uns steht, scheint mir im Prinzip die gleiche zu sein:

Wir müssen dem Bürger deutlich machen, daß es bei dieser Wahlentscheidung um eine grundsätzliche Weichenstellung geht, daß der Bürger aufgerufen ist, mit seiner Wahlentscheidung in einen historischen Prozeß einzugreifen, von dessen Ausgang das Schicksal seiner Freiheit abhängig ist. Bei allen großen politischen Fragen geht es ja immer auch um eine geistige Entscheidung von grundlegender Bedeutung. Die CDU muß ihren Willen zum Ausdruck bringen, daß sie Politik auf der Grundlage einer geistig und theoretisch durchdachten Konzeption machen will, daß sie - im Hinblick auf die Herausforderungen in unserem Lande und in der Welt - sich in einer prinzipielleren Weise als bisher als eine Partei der Freiheit versteht.

(Beifall)

Daß wir deswegen wütende Angriffe unserer politischen Gegner hinzunehmen haben, daß man uns dahin mißdeutet, als wollten wir einen Alleinvertretungsanspruch auf die Freiheit erheben, braucht uns nicht zu beirren. Diese Reaktion zeigt doch nur, daß wir einen Nerv des politischen Gegners getroffen haben und daß es nichts Aufregenderes gibt, als die Wahrheit festzustellen.

(Beifall)

SPD und FDP befinden sich im Blick auf diese Alternative in der Defensive, wie auch die Bundestagsdebatte in der vergangenen Woche ganz deutlich gezeigt hat.

Besonders bemerkenswert war die Reaktion des Bundeskanzlers, der den Versuch unternimmt, unseren Aufruf zur geistigen Klarheit und Entschiedenheit in der Sache der Freiheit in eine billige wahltaktische Polemik zu verfälschen und zur Denunziation der CDU zu mißbrauchen. Erst erklärte er auf dem ihm eigenen Niveau, die Alternative Freiheit oder Sozialismus sei Quatsch, denn alle wollten die Freiheit. Dann bezichtigte er die CDU im Bundestag, sie zerstöre mit ihrer Alternative die Gemeinsamkeit aller Demokraten. Das klingt doch merkwürdig aus dem Munde des stellvertretenden Vorsitzenden einer Partei, die auf ihrem Mannheimer Parteitag erklärte, die Opposition sei nicht regierungsfähig, sie stelle ein Sicherheitsrisiko dar, sie habe den Grundpakt aller Demokraten verlassen, und sie bilde die Volksfront von rechts.

Meine Freunde, im Orientierungsrahmen '85 der SPD wird als das Grundproblem des Menschen in unserer Gesellschaft seine Selbstentfremdung bezeichnet. Auch in der Bundesrepublik Deutschland sei der Mensch seinem Wesen entfremdet. Zur Aufhebung dieser Selbstentfremdung sagt dann der Orientierungsrahmen: Sie sei in einer zu etablierenden gesellschaftlichen Kontrolle der Produktionsmittel zu finden. Hier stelle ich die Frage: Was ist denn das andere als die Essenz der von Karl Marx gegen den Kapitalis-

mus im 19. Jahrhundert gerichteten Kritik? Kein Wunder, daß Frau Wieczorek-Zeul für die Jusos ihre Zufriedenheit mit diesem Orientierungsrahmen zum Ausdruck gebracht hat.

Wir haben nie behauptet, daß die Regierung der Bonner Koalition eine offene und eine direkt sozialistische Politik betreibe. Wir haben etwas anderes gesagt. Wir haben gesagt, daß sie eine schlechte Politik betreibe, daß sie die Interessen der Mehrheit unserer Bevölkerung schädige, daß ihre Politik sozial ungerecht sei, die Leistungskraft untergrabe, den Staat überfordere und die soziale Sicherheit gefährde. Das haben wir gesagt, meine Freunde.

(Beifall)

Wir werfen der Bonner Bundesregierung und der hinter ihr stehenden Linkskoalition vor, daß sie die Verwirklichung sozialistischer Modelle duldet und damit Einschränkungen der Freiheit hin- nimmt. Wir stellen fest: überall dort, wo sozialistische Modelle auch nur in Anfängen verwirklicht werden, entsteht ein Weniger an Freiheit für die Menschen.

(Beifall)

Das gilt für die Bildungspolitik der hessischen und der nordrhein- westfälischen Rahmenrichtlinien ebenso wie für die Bodenrechts- pläne und für die Vergesellschaftungspläne der Jusos. Das haben wir gesagt, und wir bleiben dabei so lange, wie diese Bonner Links- koalition noch Regierungsverantwortung trägt.

(Beifall)

Helmut Schmidt will das alles nicht wahrhaben. Er setzt sehr viel Energie dafür ein, diese Tatsachen zu verschleiern. Das Regierungs- programm der SPD für 1976 bis 1980, das jüngst vorgelegt worden ist, ist einzig und allein dazu bestimmt, den Wählern eine andere SPD vorzustellen, als sie sich in den letzten Jahren präsentiert hat: Eine SPD der Mitte, die im Grunde eine bessere CDU darstellen soll, eine SPD, die aus einem konservativen Ansatz handelt, die mit den ordnungs- und gesellschaftspolitischen Argumenten der CDU die Verteidigung der freiheitlichen Demokratie und der rechtsstaatlichen Ordnung proklamiert. Das ist die Kopie unserer Politik, von der Helmut Kohl heute früh mit Recht gesprochen hat.

Jede Spur eines Gedankens an eine Systemveränderung wird ausge- tilgt. Die Opposition dagegen, also wir, wird in diesem Programm als Bewahrer konservativer Privilegien diffamiert, die nur Mino- ritäten zugute kämen, als eine Partei, die den sozialen Frieden gefährde, die soziale und materielle Verbesserungen der arbeiten- den Bevölkerung sabotiere und die die Friedenspolitik aufs Spiel setzen würde. Meine Freunde, das ist die Masche der SPD-Chefstra- tegen und -Chefdramaturgen vom Schlage Wehner, Brandt und Helmut Schmidt. Aber diese Masche zieht nicht mehr, wie es noch 1969 und 1972 der Fall gewesen ist. Unsere Bevölkerung weiß heute, um was es geht, und sie läßt sich nicht mehr für dumm verkaufen. Auch das ist eine Erfahrung, die wir im baden-württembergischen Wahl- kampf gemacht haben.

(Beifall)

Zum Auftakt des Wahlkampfes in Baden-Württemberg habe ich im Blick auf den Bundesparteitag, den die SPD in Mannheim durchgeführt hat, von einem Täuschungsmanöver von grandiosen Ausmaßen gesprochen. Dies wird sich jetzt noch verstärkt im Bundestagswahlkampf wiederholen. Es liegt an uns, meine Freunde, dieses Manöver ebenso erfolgreich zu entlarven, wie es in Baden-Württemberg gelungen ist.

Aber wir müssen die Auseinandersetzung offensiv führen. Das Modell, das Schmidt usurpiert, ist unser Modell, unsere Soziale Marktwirtschaft, unser System der sozialen Sicherungen. Dieses System ist nicht erst im Jahre 1972 und in den folgenden Jahren entworfen und verwirklicht worden, wie die SPD unverfroren behauptet, sondern dieses System ist von Konrad Adenauer vom Jahre 1949 an und von seinen Nachfolgern konsequent in die Tat umgesetzt worden. Die SPD ist nur Nutznießer davon.

(Beifall)

Wenn die Bundesrepublik Deutschland besser als andere Länder mit den Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Rezession fertig wurde, so ist das doch nicht wegen der guten Politik geschehen, die in Bonn betrieben worden ist, sondern weil die Bonner Regierung auf die wirtschaftlichen Prinzipien der CDU zurückgegriffen hat. Die Linken in beiden Koalitionsparteien haben das ganz offen ausgesprochen, und sie haben auch angekündigt, daß sich ihr Wohlverhalten nur auf die Phase der Wiedergewinnung ökonomischer Stabilität begrenzen wird. Aber wer in unserem Volk glaubt dann ernsthaft daran, daß die Linken in dem Keller bleiben, in den sie Helmut Schmidt bis zum 3. Oktober hineinverwiesen hat?

(Beifall)

Das glaubt doch keiner. Sie kommen doch wieder und wollen dann ihre linke Politik verwirklichen, und danach soll "tief gepflügt" werden, wie Herbert Wehner gesagt hat.

Meine Freunde, wir dürfen diese Herausforderung des Verschleierns, des Ausklammerns, des Verfälschens und der geistig-politischen Anleihen beim Gegner nicht hinnehmen. Wir müssen deutlich machen, daß wir die Partei der geistigen Erneuerung, der Sicherung des Sozialstaates und eines dauerhaften ökonomischen Aufschwungs sind. Wir werden den Wahlkampf gewinnen, wenn es uns gelingt, den Bürger davon zu überzeugen, daß nur unter der politischen Führung der CDU und des von ihr gestellten Kanzlers Helmut Kohl das von Herrn Schmidt annektierte Modell Deutschland eine Zukunft haben wird.

(Beifall)

Wir werden das Deutschland des dritten Weges bauen: Jenseits von Kapitalismus und Sozialismus, Kollektivismus und Libertinage, ein Land, in dem soziale Gerechtigkeit aus geschichtlich, aus ethisch verantworteter Freiheit herrscht, und wir werden damit dem Arbeiter und dem sozialen Aufsteiger ebenso wie allen übrigen Bürgern unserer Bundesrepublik Deutschland eine politische Heimat bieten.

Hermann Josef Russe, Tagungspräsidium: Lieber Hans Filbinger, ich darf Ihnen sehr herzlich für Ihren Beitrag danken. Dank sei Ihnen aber an dieser Stelle auch noch einmal für Ihren groß-

artigen Einsatz in dem hinter Ihnen liegenden Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg gesagt.

(Beifall)

Wir wünschen Ihnen für die nächste Legislaturperiode eine glückliche Hand und sagen Ihnen ein herzliches "Glückauf!" dazu. Vielen Dank, Herr Ministerpräsident!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, als nächstem erteile ich dem Vorsitzenden der Jungen Union Deutschlands, unserem Parteifreund Matthias Wissman, das Wort.

(Beifall)

Matthias Wissmann: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß es gut ist, wenn sich unsere Partei auch bei diesem Parteitag wie bei früheren Parteitagen als das darstellt, was sie ist, nämlich als eine lebendige diskutierende offene Volkspartei. Verstehen Sie bitte deswegen die Anmerkungen, die ich hier machen will, in diesem Sinne der offenen kameradschaftlichen, aber auch kritischen Diskussion.

Herr Dr. Kohl, der Parteivorsitzende, hat in seinem Bericht, wie ich glaube mit Recht, deutlich gemacht, welchen Wert für uns als Union die Bestimmung der Grundsatzstandorte und welchen Wert die Formulierung und Umsetzung der Grundsatzaussagen haben. Ich kann hier für die Junge Union nur sagen, daß wir diese Aussage des Parteivorsitzenden mit allem Nachdruck unterstreichen, insbesondere auch deswegen unterstreichen, weil es doch auch in unseren Reihen hin und wieder Unsicherheit über Grundwerte, über den Standort gibt und manchmal die Gefahr droht, daß mancher in unserer Partei christlich-demokratische Politik nur noch als Antithese zum Sozialismus und nicht mehr auch als originäre eigenständige offensiv zu vertretende positive Grundkonzeption auffaßt, liebe Parteifreunde.

(Teilweise Beifall)

Ich meine, wir sollten in der geistigen Auseinandersetzung, wenn wir offensiv bleiben wollen, deutlich machen: Aus unserem eigenen Menschen- und Gesellschaftsbild ergibt sich die Abgrenzung zum Sozialismus. Unsere eigene politische Grundvorstellung ergibt sich nicht erst aus der Antithese zum Marxismus. Ich meine, daß es für die Glaubwürdigkeit der grundsätzlichen Standortbestimmung auch sehr wichtig ist, daß wir das nutzen, was uns die Kommission unter Leitung von Richard von Weizsäcker für diesen Parteitag erarbeitet und mit auf den Weg gegeben hat. Es ist wichtig, daß wir die grundsätzliche Standortbestimmung schon im Wahlkampf argumentativ nutzen und unmittelbar nach dem Wahlkampf in der ganzen Partei versuchen, diese Grundsatzdiskussion auf allen Ebenen zu führen, damit wir in der Lage bleiben, offensiv beispielsweise die Auseinandersetzung mit dem Orientierungsrahmen '85 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu leisten.

Liebe Parteifreunde, die Glaubwürdigkeit von Grundsatzprogrammen bestimmt sich immer auch danach, inwieweit wir fähig und bereit sind, unsere Grundsätze in die politische, beispiels-

weise die gesellschaftspolitische Praxis umzusetzen. Ich will offen sagen, ich war deswegen froh, daß der Parteivorsitzende heute deutlicher, als es beispielsweise im Wahlprogramm zu lesen steht, zu bestimmten unserer gesellschaftspolitischen Grundaussagen positiv Stellung genommen hat. Ich möchte deswegen gerade auch hier namens der Jungen Union sagen, daß wir als Junge Union beispielsweise nicht auf den Stellenwert, auf die Bedeutung der Aussagen unserer ganzen Partei zum Thema Eigentum und Vermögensbildung verzichten wollen. Wir wollen darauf nicht nur nicht verzichten, sondern diese Aussagen im Wahlkampf und in der Zeit danach offensiv nutzen. Vermögensbildung ist eben nicht nur eine Frage, die den Tarifpartnern überlassen bleiben darf, sondern ist auch eine Frage, bei der wir als CDU versuchen müssen, gesetzgeberisch tätig zu sein, und zwar mit dem ersten Schritt, den die Fraktion gegangen ist, eine Förderung der betrieblichen Gewinn- und Kapitalbeteiligung vorzunehmen, und mit dem zweiten Schritt, der dann kommen muß, wenn die finanziellen Verhältnisse wieder gesünder sind, nämlich mit der schrittweisen Durchsetzung eines Beteiligungslöhnes.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Parteifreunde, haben Sie bitte Verständnis, wenn ich diesen Punkt hier so unterstreiche. Ich glaube nämlich, daß es hin und wieder in unserer Union Gefahren gibt, daß wir das Thema Vermögensbildung wie andere Themen auch mehr und mehr aus der Hand verlieren und die Sozialdemokraten und Teile der Gewerkschaften dabei sind, uns dieses Thema mehr und mehr aus der Hand zu nehmen. Es ist notwendig, daß wir gerade jetzt zum Thema Vermögensbildung, zum Thema Eigentumsbeteiligung offensiv bleiben. Das können wir nur, wenn wir bei dem bleiben, was in Hamburg beschlossen wurde und was in der Mannheimer Erklärung grundsätzlich formuliert ist, nämlich bei einer grundsätzlichen und präzisen Aussage positiver Natur zum Thema Vermögens- und Eigentumsbeteiligung.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, ich sage es auch deswegen als Vertreter der Jungen Union, weil sich am Thema Vermögensbildung die gesellschaftspolitischen Geister beispielsweise der großen Jugendorganisationen scheiden. Die Jungsozialisten sagen ganz offen auf Podiumsdiskussionen, die wir mit ihnen führen, sie lehnten individuelle Vermögens- und Eigentumsbeteiligung der Arbeitnehmer deswegen ab - so jetzt wörtlich die Jungsozialisten -, "weil Vermögensbildung zur Förderung der kleinkapitalistischen Mentalität der Arbeitnehmer" beitrage und dazu, daß "die Grundwidersprüche des kapitalistischen Systems", wie es die Jungsozialisten auszudrücken pflegen "verschleiert" würden. Meine Damen und Herren, das ist doch die deutlichste Aussage, die die Arbeitnehmerfeindlichkeit einer ideologisch verbohrteten Politik offenbart. Deswegen die Aufforderung an uns, deutlich zu machen, daß wir bei unseren Aussagen zum Thema Vermögens- und Eigentumsbeteiligung bleiben und auch in der Zukunft offensiv sein wollen.

(Beifall)

Ähnlich ist es mit einem zweiten großen Thema, bei dem sich gerade auch bei dem letzten Parteitag eine ganz erfreuliche Zusammenarbeit über die Grenzen von Vereinigungen hinweg ergeben

hat, nämlich bei dem Thema Frau und Familie in der Gesellschaft. Liebe Parteifreunde, wenn wir die freiheitliche Alternative deutlich machen wollen, müssen wir sie auch immer bei den Themen deutlich machen, bei denen die Sorgen der Bürger, die Nöte der Familien, beispielsweise auch der kinderreichen Familien berührt werden. Deswegen meine ich, auf der Basis konsolidierter Finanzen muß beispielsweise das Thema Erziehungsgeld einen ersten Stellenwert in unserer gesellschaftspolitischen Grundaussage erhalten.

(Beifall)

Dies muß auch deswegen so sein, weil wir ja am Beispiel des Erziehungsgeldes jedenfalls die Unterschiede zwischen sozialdemokratisch angelegter Gesellschaftspolitik und christlich-demokratischer Gesellschaftspolitik unter Beweis stellen können. Die einen wollen Tagesmütterprojekte finanzieren. Dies hätte zur Folge, daß fremde Mütter die Kinder berufstätiger Eltern erziehen sollen. Unsere Antwort heißt aber: Wir wollen die eigene Mutter in der Kleinkinderphase befähigen, ihr Kind selbst zu erziehen. Damit haben wir konkret unter Beweis gestellt, daß wir eine christlich-demokratische, auf Personalität bezogene Gesellschaftspolitik zu leisten imstande sind.

(Beifall)

Ähnliches wie für die Bedeutung unserer Gesellschaftspolitik gilt auch für das Thema Partnerrente. Ich bin überzeugt davon, daß Frau Wex dies spätestens am Mittwoch ganz deutlich wie Dr. Kohl auch unter Beweis stellen will.

Liebe Parteifreunde, wir dürfen uns in dieser gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung auch beispielsweise um die Erklärungen von Hamburg und Mannheim nicht in die Schublade derjenigen stecken lassen, die dann im Grunde genommen in Bezug auf uns den Eindruck erwecken wollen, als seien wir bar jedes finanziellen Realitätsverständnisses. Wir wissen, daß es notwendig ist, auf der Basis verbesserter Finanzen diese Punkte Schritt für Schritt in Angriff zu nehmen. Wir sollten diese Punkte nicht den Sozialdemokraten überlassen.

Lassen Sie mich ein letztes Wort sagen. Es hat mich sehr gefreut - verstehen Sie es bitte, wenn ein Vertreter der Jungen Union dies hier sagt -, daß der Vorsitzende der CSU, Franz Josef Strauß, und auch der Ministerpräsident von Baden-Württemberg in dieser Eindeutigkeit die Soziale Marktwirtschaft als einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus definiert und interpretiert haben.

Wir waren als Junge Union nicht immer in einer leichten Situation, als wir in unser Strategiepapier vor etwas mehr als zwei Jahren genau diese Aussage hineinschrieben. Wir sind dabei manchmal auch ungerechtfertigter Kritik unterzogen worden.

Ich glaube, es ist gut, daß bei diesem Parteitag deutlich wird, daß nach unserem Verständnis alle Denkkategorien des 19. Jahrhunderts von der CDU weit zurückgelassen worden sind, nämlich sowohl verstaubte sozialistische Denkkategorien wie die Denkkategorien des vorigen Jahrhunderts, die mit dem Kapitalismus gleichzusetzen waren.

(Beifall)

Ich glaube, wenn wir das glaubwürdig auch in der jungen Generation vertreten - ich meine die Glaubwürdigkeit in der Umsetzung auf konkrete gesellschaftspolitische Teilfelder -, dann haben wir wie in anderen Wahlen auch gerade bei der Bundestagswahl eine ganz große Chance, die junge Generation mehrheitlich für uns zu gewinnen.

Deswegen zum Schluß meine Bitte an Sie: Bleiben wir bei dem, was wir in Hamburg und Mannheim beschlossen haben! Seien wir offensiv in der geistigen Auseinandersetzung! Ich glaube, daß wir dann gemeinsam eine große Chance haben, auch im Herzen der jungen Generation eine Mehrheit zu erzielen.

(Beifall)

Hermann Josef Russe, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde, das war Matthias Wissmann, wie er leibt und lebt, den wir schon so oft auf Parteitagen erlebt haben. Das besondere Recht der jungen Generation nutzend, hat er seinen Beitrag auch mit kritischen Anmerkungen bestückt. Auch dafür und insgesamt herzlichen Dank.

Das Wort hat nunmehr Fritz Brickwedde aus Hannover. Ihm folgt Hans Reckers vom RCDS.

Fritz Brickwedde: Meine lieben Freunde! Gestatten Sie mir aus der Sicht der Jungen Union, noch einiges an Ergänzung zu den Ausführungen von Matthias Wissmann beizutragen.

Wir diskutieren heute vor den Bundestagswahlen über den Grundwert der Freiheit. Wenn wir die Alternative formuliert haben, müssen wir deutlich machen, was Freiheit nach unserem Verständnis bedeutet. Kurt Biedenkopf hat heute zu Recht darauf hingewiesen, daß es in unserer Gesellschaft offensichtlich unterschiedliche Verständnisse von Freiheit gibt.

Was die Sozialisten nicht verstanden haben, ist, daß die Grundlage der Freiheit die Machtverteilung, die Pluralität in der Gesellschaft ist. Deswegen heißt unser Freiheitsverständnis: Gegen Zentralismus und für Subsidiarität in der Gesellschaft. Dieses unser Freiheitsverständnis, das man vor allen Dingen mit dem Begriff des Pluralismus, der gesellschaftlichen Vielfalt, der Machtverteilung, des dezentralen Prinzips gegen Machtkonzentration umschreiben könnte, müssen wir auch in der Eigentumsfrage deutlich machen. Denn wenn unsere Aussage richtig ist, daß mit privatem Eigentum Freiheit gesichert wird, und wir Freiheit für alle wollen, meine Freunde, dann folgt daraus konsequent und logisch, daß wir Eigentum für alle unsere Mitbürger schaffen müssen. Deswegen muß auch von hier aus noch einmal ein deutliches Bekenntnis zur Beteiligung aller Arbeitnehmer am Produktivvermögen unserer Wirtschaft ausgesprochen werden. Eine CDU, die nach dem 3. Oktober die Regierung stellt, muß diese Maßnahme als wichtigste Reform im gesellschaftlichen Bereich durchsetzen.

(Beifall)

Wenn wir über Freiheit diskutieren, dann müssen wir auch eine Aussage über die Bildungsinhalte machen. Die Jungsozialisten haben auf ihrem Bildungskongreß beschlossen, die Bildungsinhalte so umzugestalten, daß den Schülern - so wörtlich - die Einsicht in den demokratischen Sozialismus vermittelt wird. Das verstehen wir

unter Freiheit nicht, sondern das ist im Grunde ein anti-demokratischer, ein anti-freiheitlicher Ansatz, meine lieben Freunde.

(Beifall)

Die Bildungsinhalte müssen nicht einseitig sozialistisch, sondern freiheitlich-pluralistisch ausgerichtet sein.

Es ist sehr erstaunlich, daß sich gerade diejenigen zu der Alternative "Freiheit statt Sozialismus" am eifrigsten äußern, die in der Vergangenheit ganz andere Alternativen aufgestellt haben. So hat etwa die Bundesvorsitzende der Jungsozialisten auf den letzten Bundeskongressen die Alternative formuliert: Demokratischer Sozialismus - Sieg der SPD auf der einen Seite oder Durchsetzung des Polizeistaats durch die CDU/CSU auf der anderen Seite; Krisenlösung durch den demokratischen Sozialismus auf der einen Seite oder aber - so wörtlich - konservative oder faschistische Krisenlösung durch die CDU/CSU. Das sind die Alternativen gewesen, die uns die Jungsozialisten, die Marxisten in der SPD landauf, landab vorgetragen haben. Das sind diejenigen, die jetzt am lautesten zur Gegenalternative gegen die wirklich demokratische Alternative "Freiheit statt Sozialismus" aufrufen.

Die Jungsozialisten haben am allerwenigsten Anlaß, gegen den Wahlkampfslogan der CDU/CSU zu ziehen, weil sie die qualitativen Unterschiede zwischen denjenigen, die der Demokratie des Grundgesetzes verpflichtet sind - hierzu gehören auch die demokratischen Sozialisten -, und denjenigen, die einen totalitären Politikansatz haben, verwischt haben. Es gibt heute leider mehr Gemeinsamkeiten zwischen demokratischen Sozialisten à la Jusos und totalitären Sozialisten aus dem kommunistischen Bereich, was wir an Hand zahlreicher Aktionsbündnisse, Koalitionen und gemeinsamer Aktionen von Jungsozialisten und Kommunisten jederzeit nachzuweisen in der Lage sind.

Auch die Einlassung der Jungsozialisten zum Thema "Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst" macht dies völlig deutlich. Es geht nicht um Berufsverbote, meine lieben Freunde, sondern um Indoktrinationsverbote. Es geht nicht um eine Handvoll Leute, die keine Einstellung bekommen, weil sie gegen die Verfassung sind, sondern darum, daß unsere Kinder nicht gegen, sondern für die Demokratie erzogen werden.

(Beifall)

Ein letztes. Den Sozialdemokraten ist es 1969 und 1972 gelungen, innerhalb der Jugend eine emotional motivierte Welle zu erzeugen. Die SPD hat sich bei der jungen Generation als Partei der Unterprivilegierten, der Schwachen, der Ausgebeuteten, der zu kurz gekommenen verkaufen können. Sie hat damit die große Mehrheit der Jugendlichen gewinnen können, obwohl das nichts anderes als ein billiges Ausnutzen des bestehenden Idealismus der jungen Generation war. Die Jugend hat in den letzten Jahren gesehen, daß die SPD zwar große Versprechungen machen konnte, aber in der Tat ihren Idealismus mißbraucht hat.

Ich glaube, deswegen ist es sehr wichtig, liebe Freunde, daß wir von hier aus nicht nur Aussagen ökonomischer, materieller Art darüber machen, wie es mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

keit und anderen Dingen weitergehen soll, sondern auch Antworten auf die ideellen Fragen der jungen Generation geben.

Die Stichworte, die wir auf dem Mannheimer Parteitag unter dem Oberbegriff "Neue Soziale Frage" erarbeitet haben, unsere Hinwendung zu den Randgruppen, zu den schlecht Organisierten, zu den Minderheiten der Gesellschaft scheinen mir wesentliche Punkte zu sein, die wir in dem Wahlkampf der nächsten 130 Tage zum Ausdruck bringen müssen, um Antworten auf die Fragen der Jugend nach dem geben zu können, was mehr als ökonomisch ist, um Aktionen, um Engagement bei Jugendlichen freisetzen zu können, die ihren Idealismus politisch für diejenigen umsetzen wollen, die die besseren Ideen und die besseren Männer haben, welche diese Ideen repräsentieren.

Deswegen möchte ich an dieser Stelle noch einmal an Sie alle appellieren: Bitte, greifen Sie im Wahlkampf die Problematik der Neuen Sozialen Frage auf! Lassen Sie nicht zu, daß uns die Neue Soziale Frage weggenommen wird! Wir sind diejenigen gewesen, die die Probleme aufgezeigt haben, welche bei den Minderheiten und den schlecht Organisierten in unserem Land bestehen. Greifen Sie Themen wie Partnerrente und Erziehungsgeld auf, auch wenn wir wissen, daß solches im Moment finanziell nicht umsetzbar ist, weil wir schlechte Staatsfinanzen und einen schlechten Wirtschaftsverlauf haben.

Wir behalten unsere großen gesellschaftspolitischen Ziele im Auge, vor allem die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und das Engagement für die sozial Schwachen der Gesellschaft, die nicht über große und starke Organisationen verfügen.

Zusammengefaßt gesagt, geht es am 3. Oktober um die Alternative: Machtkonzentration oder Machtverteilung, Zentralismus und Bürokratie auf der einen oder Wettbewerb, Subsidiarität und Mitbestimmung auf der anderen Seite, kollektive Vermögensbildung, zentrale Fonds, anonyme Verwaltung auf der einen oder aber Eigentum für jeden auf der anderen Seite, sozialistische Indoktrination durch neue Bildungsinhalte auf der einen oder Pluralismus und freie Entscheidung auf der anderen Seite, Orientierung an den Starken und Großgruppen der Gesellschaft auf der einen oder aber die Sorge um die Schwachen und schlecht Organisierten und auch um den Mittelstand auf der anderen Seite. Es geht, zusammengefaßt, darum: Helmut Schmidt oder Helmut Kohl, Freiheit statt Sozialismus. Die Junge Union wird im Wahlkampf hierzu ihren Beitrag leisten.

(Beifall)

Frau Ursula Benédix, Tagungspräsidium: Lieber Fritz Brickwedde, herzlichen Dank für diesen engagierten Beitrag. Ich möchte Ihnen - auch im Namen des Parteitages - herzlich dafür Dank sagen, daß Sie sich landauf, landab mit den Jungsozialisten geistig auseinandersetzen und daß Sie dies mit der gesamten Jungen Union unermündlich tun.

(Beifall)

Jetzt hat Hans Reckers das Wort. Er ist Vorsitzender des RCDS. Am Rande möchte ich mit Stolz anmerken, daß sowohl er als auch

sein Vorredner aus Niedersachsen kommen. Hans Reckers ist auch ein Kämpfer auf vorgeschobenem Posten. Er hat sich vorige Woche vor einem riesigen Auditorium über Stunden hinweg glänzend gegen Herrn Dutschke behauptet.

(Beifall)

Hans Reckers: Meine Damen und Herren! Der RCDS sieht sich an den Hochschulen mit einer Volksfrontkoalition aus Jungsozialisten und Kommunisten konfrontiert. Ich möchte hier zunächst die Gelegenheit benutzen, um mich für den RCDS für die Unterstützung unserer Arbeit durch die CDU zu bedanken, aber auch dafür, daß die führenden Männer der CDU, Helmut Kohl und Kurt Biedenkopf, bei vielen Veranstaltungen an Hochschulen ihren Mann gestanden und die Union vertreten haben. Die führenden sozialdemokratischen Politiker scheuen sich, an den Hochschulen aufzutreten, weil sie sich dort mit der Frage konfrontiert sehen, daß es gerade ihre Studentenorganisationen, die Jungsozialisten sind, die den Kommunisten in ihre Schlüsselstellungen verhelfen.

(Beifall)

An den Hochschulen dreht sich die Auseinandersetzung nicht um die verschiedenen Auffassungen der drei demokratischen Parteien. An den Hochschulen geht es vielmehr um eine grundsätzliche Auseinandersetzung über unsere Demokratie und den Einsatz für die Freiheit. Der RCDS hat in dieser Auseinandersetzung in den letzten Semestern große Wahlerfolge erzielen können. Mit 400 Studentenparlamentariern stellen wir bundesweit die stärksten Fraktionen. Wir konnten eine Reihe von Studentenvertretungen erobern.

(Beifall)

An den meisten Hochschulen gibt es aber weiterhin Volksfrontmehrheiten. Seit den Studentenrevolten haben Kommunisten in der Studentenschaft mehr Anhänger als in anderen Bereichen. Daß aber Kommunisten in den Studentenvertretungen sind, liegt einzig und allein daran, daß die offiziellen Studentenorganisationen der SPD und der FDP, die Jungsozialisten und der Liberale Hochschulverband, sich grundsätzlich weigern, mit demokratischen Gruppen wie dem RCDS zu koalieren und genauso grundsätzlich die Koalition mit Kommunisten eingehen und dies auch noch mit der angeblichen Notwendigkeit der Aktionseinheit aller fortschrittlichen Kräfte begründen. In einer Dokumentation des RCDS haben wir nachgewiesen, daß diese Volksfrontkoalitionen, die von der SPD und FDP unterstützt werden, auf Bundesebene im VDS und an 32 Hochschulen bestehen. In dem Programm einer solchen Volksfrontvertretung in Münster heißt es z. B., daß Verfassungsfeinde - ich zitiere - diejenigen seien, "die - wie Verteidigungsminister Leber - Nazis decken und nach und nach das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung aushöhlen". In Bielefeld heißt es in einem Programm von Jungsozialisten und Kommunisten, daß die NATO ein Instrument der imperialistischen Unterdrückung demokratischer Bewegungen sei. Die SPD hat in Münster und Bielefeld vor den Studentenparlamentswahlen dazu aufgerufen, die Jungsozialisten zu wählen.

1961 hatte die SPD noch die Kraft, als der Sozialistische Deutsche Studentenbund sich zu einem kommunistischen Verband entwickelte, die Mitgliedschaft im SDS und in der SPD für unvereinbar zu erklären.

Heute, da der Nachfolger des SDS, der Sozialistische Hochschulbund, ebenfalls auf eine kommunistische Linie eingeschwenkt ist und von der Bundesregierung offiziell als verfassungsfeindlich bezeichnet wird, weigert sich die SPD, einen solchen Unvereinbarkeitsbeschluß betreffend die Mitgliedschaft in SHB und SPD herbeizuführen, obwohl die Bundesregierung den SHB, wie gesagt, als verfassungsfeindlich bezeichnet. Die SPD-Führung läßt es also zu, daß SPD-Mitglieder in einer kommunistischen Vereinigung Mitglied sind. Die Jungsozialisten berufen sich bei ihren Koalitionen auch auf führende SPD-Politiker, z. B. auf die Vorsitzende der Jungsozialisten, Frau Wieczorek-Zeul, die gesagt hat: "Ich koaliere lieber mit dem Spartakus als mit dem RCDS." Sie berufen sich auch auf Willy Brandt, der gesagt hat, daß Sozialdemokraten Studentenvertretungen nicht dann zu verlassen hätten, wenn der erste Kommunist auftauche. Sie können sich auch auf den Schatzmeister der SPD, Dröscher, berufen, der in einem Gespräch mit dem RCDS wörtlich gesagt hat: "Koalitionen mit Kommunisten sind nicht von vornherein abzulehnen. Das kommt ganz auf die jeweilige Situation an."

Meine Damen und Herren, was auf europäischer Ebene heute also diskutiert wird - Volksfront zwischen Sozialisten und Kommunisten -, findet an vielen Hochschulen der Bundesrepublik bereits statt, und zwar mit offizieller Unterstützung durch SPD und FDP. Das ist nicht nur ein Skandal, was die Lage an den Hochschulen angeht, sondern es ist auch ein Skandal für die Demokratie in der Bundesrepublik.

(Beifall)

Wir möchten Sie auffordern, die Lage an den Hochschulen sorgfältig zu beobachten und an SPD und FDP immer wieder die Frage zu stellen, warum sie solche Koalitionen mit Kommunisten unterstützen. Der Versuch, die Revolution auf dem Umweg über die Hochschulen durchzusetzen, ist von der Zielsetzung her unverändert gegeben. Lediglich die Methode hat sich geändert. Die Zeit der Straßenschlachten, der großen Demonstrationen und damit auch der großen öffentlichen Aufmerksamkeit ist vorbei. Der schleichende Marsch durch die Institutionen, die lautlose Revolution sind aber, langfristig gesehen, für die Hochschulen und für unsere Gesellschaft viel gefährlicher.

(Beifall)

Frau Ursula Benedix, Tagungspräsidium: Wir danken Hans Reckers vielmals für seinen Beitrag. Ich glaube, er war für uns alle eine sehr wertvolle Information und sagte viel im Hinblick auf die Auseinandersetzung aus, die wir noch werden führen müssen. Hans Reckers und sein RCDS stehen häufig als Minderheit auf vorgeschobenem Posten. Wir danken ihm ganz besonders für den ungewöhnlichen Mut, mit dem er tagtäglich für unsere Sache eintritt.

(Beifall)

Gestatten Sie mir an dieser Stelle noch eine Anmerkung: Ich meine, wir sollten uns über die Repräsentanz der Vertreter der jungen Generation hier auf dem Rednerpodium freuen. Ich meine, daß die Art, in der sich die Vertreter unserer Politik und gerade die jungen Parteifreunde hier darstellen - eben nicht in dogmatischer Verbissenheit und grauer Verschlossenheit, sondern in jugend-

hafter Offenheit -, unsere Partei auszeichnet. Eine Partei, die solche jungen Menschen anzieht, ist, wie ich glaube, auf dem rechten Wege.

(Beifall)

Jetzt hat Frau Margarethe Kuppe, Bezirksvorsitzende aus Baden-Württemberg, das Wort.

Frau Margarethe Kuppe: Meine sehr geehrten Herren und Damen! Sehr geehrte Parteifreunde! Wir haben im Laufe dieses Nachmittags alle erlebt, daß die CDU ihren eigentlichen Gegner klar und offen in den Blick genommen hat.

Dieser eigentliche Gegner - das haben wohl auch meine beiden jugendlichen Vorredner zum Ausdruck gebracht - ist tatsächlich der Sozialismus. Wir haben uns bemüht, hier einiges noch einmal zusammenfassend festzuhalten und wollten es eigentlich in einem Antrag vorlegen. Das ist allerdings aus technischen und terminlichen Gründen nicht mehr möglich gewesen.

Ich möchte mir erlauben, Ihnen dazu ganz kurz noch einiges Grundsätzliche zu sagen. Was heißt Sozialismus? Es ist dabei festzustellen, daß Sozialismus erstens ein Begriff ist, der in der marxistischen Ideologie beheimatet ist, zweitens ein Begriff ist, der den Zustand darstellt, der nach der vollzogenen parlamentarischen Revolution eintritt als Vorstadium zum Endstadium des Kommunismus, und er bedeutet erstens politisch, daß die Klassenherrschaft der Arbeiterklasse verwirklicht wird in der entsprechenden Aktionseinheit der Arbeiterklasse in einem Einparteiensystem mit offenen Wahlen; parteipolitischer Pluralismus ist nicht mehr möglich, weil er eben den Erfolg der Aktionseinheit der Arbeiterklasse stören oder hindern würde, und dieser Begriff Sozialismus ist zweitens wirtschaftlich bestimmt durch die Überführung des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln in den allgemeinen oder Staatsbesitz; man sollte entsprechend formulieren: durch die Verwandlung des Privatkapitalismus in den Staatskapitalismus. Der Zweck dieser Verwandlung ist die Personalunion zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die nach den Theorien von Karl Marx und Lasalle am sichersten und automatisch jede Ausbeutung unmöglich macht. Tatsächlich aber bedeutet die Identität von Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Wegfall jeder Möglichkeit von Tarifautonomie, den Wegfall jeder Möglichkeit staatsfreier, die Interessen der Arbeiter vertretenden Gewerkschaften. Im sozialistischen System sind die Gewerkschaften Treibriemen der Ausbeutung durch den Staat als Staatskapitalisten. Sie bedeutet drittens den Wegfall des Streikrechts; denn wenn in einem sozialistischen System gestreikt würde, würde das theoretisch bedeuten, daß die Arbeiter gegen sich selber streiken.

Ich bin überzeugt - und wir alle dürfen davon überzeugt sein -, daß, wenn man den arbeitenden Schichten unseres Volkes klarmachte, was sich hinter dem Schleier des Wortes Sozialismus verbirgt, sie sich dann so verhalten würden, wie es schon Bismarck angenommen hat, daß sie nämlich die Herren, die solches verkünden, auslachen würden.

Die Gefährlichkeit des Begriffes wird vor allem daran deutlich, daß in unserer Sprache ein Wort nicht üblich geworden ist, das dringend notwendig ist. Wenn die Jusos ganze Dutzende von Vokabeln landesüblich gemacht haben, sollte es uns, glaube ich, gelingen, ein Wort landesüblich zu machen und in das öffentliche

Bewußtsein zu heben, nämlich das Wort Sozialität. Denn Sozialität und nicht Sozialismus ist es, was soziale Hilfsbereitschaft, was Hinwendung zu allen Menschen in Not bedeutet. Ich erinnere an analoge Begriffe wie etwa national und Nationalität, liberal und Liberalität, rational und Rationalität. In diesem Sinn, meine Damen und Herren, ist auch die Vokabel demokratischer Sozialismus zu definieren.

Im Stadium des Sozialismus gibt es keinen Plural von Parteien. Es gibt ihn nicht zwischen der Elbe und dem Pazifischen Ozean. In allen sozialistischen Staaten ist es, soweit sie vorhanden sind, eine Scheinpluralität. Demokratischer Sozialismus kann also nur bedeuten, daß die Vokabel Demokratie innerparteiliche demokratische Verfahren, wenn überhaupt, meint. Man kann sehr daran zweifeln, ob es sie in den sozialistischen Staaten in einem echten, innerparteilichen demokratischen Verfahren gibt. Aber keinesfalls gibt es Demokratie in einem zwischenparteilichen Stadium, wie es in unseren Parlamenten unverzichtbar ist. Man darf also nicht etwa meinen, man könne genauso sagen, wie man sagt, ein schwäbischer Deutscher sei ein deutscher Schwabe, soziale Demokratie sei dasselbe wie demokratischer Sozialismus. Das ist genau das Gegenteil; denn soziale Demokratie, wie wir sie meinen, setzt den Plural von Parteien voraus und nicht etwa die Pseudowahlen offener sozialistischer Staatsgestaltungen, sondern die wirklichen, demokratischen, geheimen und freien Wahlen aller.

Lassen Sie mich noch ein Letztes sagen. Wieso sind Freiheit und Sozialismus die Gegenpole unserer Epoche? Der Mensch in seinem Freiheitsstreben strebt nach Differenzierung, nach Individualisierung, nach Personalisierung. Er will ein einziger und einmaliger sein. Diese Personalisierung findet ihre Vollendung in der einmaligen und einzigartigen Gewissensbeziehung des einzelnen zu dem absoluten Gott des Christentums.

Der Sozialismus ist die Gegenkraft gegen dieses Bestreben, das dem Menschen wesensgemäß und naturgemäß ist. Der Sozialismus versucht Egalisierung, versucht Kollektivierung und letzten Endes Depersonalisierung zu erreichen und muß konsequenterweise im Kampf gegen den Gott des Christentums enden.

Ich bin der Überzeugung, daß die Klarstellung dieser Begriffe unter allen Umständen nötig ist, damit es in unserem Volk rechtzeitig zu einer Scheidung der Geister kommt. Wir sind, glaube ich, alle davon überzeugt, daß der Kampf um den Sieg für den 3. Oktober die historische Gelegenheit ist, damit die CDU ihrer historischen Aufgabe gerecht werden kann, diese Klarheit zu schaffen.

Und noch ein Letztes: Franz Josef Strauß hat gesagt, daß diese Wende des 3. Oktober nicht auf die Bundesrepublik beschränkt bleiben dürfe und auch nicht beschränkt werde, sondern daß sie ihre Ausstrahlung finden werde innerhalb Europas, ja der Welt überhaupt. Der Sozialismus mit seiner Pseudobeglückungstheorie ist eine Weltgefahr geworden. Wir alle wissen das. Wir alle wissen, daß dagegen nicht Waffen helfen, die wir nicht anwenden können, sondern daß wir hier einen geistigen Kampf zu führen haben, der nicht weniger wichtig ist als die Jahrhunderte zuvor erfolgten Kämpfe gegen totalitäre Ideologien oder gegen totale Staaten, ob es nun z.B. gegen die Mongolen oder gegen die Türken war. Die Europäer müssen so wie damals wieder voller Mut und Ent-

schiedenheit und geistiger Klarheit für das wahre Wesen Europas, das das Europa einer humanen und christlichen Freiheit ist, eintreten. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Frau Ursula Benedix, Tagungspräsidium: Liebe Margarethe Kuppe, wir haben heute den ganzen Tag über einen weiten Bogen gespannt zu dem Thema "Freiheit statt Sozialismus" und haben sicherlich alle geglaubt, nun sei inhaltlich alles gesagt, was dazu gesagt werden müsse. Wir haben eben durch Ihren Beitrag festgestellt, daß uns noch Ihre vertiefte Interpretation des Begriffes gefehlt hat. Recht herzlichen Dank dafür! Frau Kuppe ist ja auch in Mannheim mit einem großen Antrag zur Bedeutung der Geschichte im Unterricht hervorgetreten.

Meine Damen und Herren, ich gebe jetzt das Wort weiter an Frau Maria Kröger. Sie ist die Vorsitzende der Frauenvereinigung in Oldenburg. Frau Kröger, darf ich Sie bitten!

Frau Kröger: Frau Präsidentin! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Vieles von dem, was ich sagen wollte, haben bereits Matthias Wissmann und Fritz Brickwedde gesagt. Den beiden jungen engagierten Politikern vielen Dank dafür, daß sie sich zur Familienpolitik geäußert haben! Es klingt aus dem Munde dieser jungen Menschen sicherlich viel besser, als wenn eine kinderreiche Mutter dazu spricht.

Im Bericht der Bundestagsfraktion gibt es zwei magere Seiten über die Familienpolitik, die mich enttäuscht haben. In Mannheim wurde mit großem Engagement das Familienprogramm angenommen. Nun hat die Bundestagsfraktion den Entwurf eines Gesetzes über die Einführung eines Erziehungsgeldes aus dem Gesetzgebungsgang zurückgezogen.

Es geht auch in der Familienpolitik um mehr als rein materielle Dinge. Von schönen Worten hat keine kinderreiche Familie etwas. Familienpolitik wird doch langsam zu einem höchst brisanten Thema. Die Familie ist, wie Professor Carstens sagt, das Hauptziel sozialistischen Angriffs. Das zeigt der Bericht der Bundesregierung zur Lage der Familie. Er muß aufmerksam gelesen und ausgewertet werden.

Die Ausführung von Frau Dr. Wex anläßlich der Haushaltsdebatte im Bundestag waren dazu nicht nur der erste Ansatz. Es geht nicht an, die Lösung der Probleme der Familie wieder bis in die nächste Legislaturperiode zu verschieben. Es ist unsere Pflicht, den deutschen Familien gegenüber zu sagen, welche Angriffe die SPD/FDP-Koalition auf die Familie plant. Dieser Familienbericht der Bundesregierung kann vielen die Augen öffnen; sie werden dann sehen, wohin der Karren geht. Aber wir müssen etwas tun und dürfen nicht die Augen verschließen. Zerschlägt man die Familie, zerschlägt man das ganze Volk. Das sollte man aus Liebe zu Deutschland verhindern.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Pflüger.

Friedbert Pflüger: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute vormittag ist mehrfach gesagt worden, daß sozialdemokratische Politik mit dem Anspruch angetreten ist, mehr zu tun für die Jugend der Jugend große neue Wege zu öffnen, die Jugend jetzt endlich, nach

20 Jahren CDU-Politik, zu kritikfähigen Menschen zu erziehen und auf diese Weise eine neue Ära einer Jugendpolitik der Bundesrepublik Deutschland zu eröffnen. Wenn man gerade als Jugendlicher, der mit Jugendlichen zusammenkommt, die Politik der jetzigen Bundesregierung an diesem Anspruch mißt und beurteilt, was tatsächlich dabei herausgekommen ist, so meine ich, daß sich gerade in diesem Bereich, wo die jungen Menschen betroffen sind, zeigt, welche unwahrscheinliche Versprechen die Regierung gemacht hat und wie wenig sie davon in Wirklichkeit eingehalten hat, in welchem Ausmaß sozialdemokratische und liberale Politik auf diesem Feld gescheitert ist, meine Damen und Herren.

Wir haben heute 123.000 jugendliche Arbeitslose. Noch vor einem Jahr ist von seiten der SPD gesagt worden, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit existiere für sie überhaupt nicht. Wir haben Zehntausende von Abiturienten, die heute keinen Studienplatz haben, die über ihre Zukunft im ungewissen sind. Für 1980 haben wir 100.000 arbeitslose Lehrer prognostiziert. Wir haben Hunderttausende von Arbeitsplätzen zu wenig, wenn die Entwicklung so weitergeht, wenn vor allem weiterhin Unsicherheit in der beruflichen Bildung herrscht. Das ist eine Bilanz, die sehr deutlich macht, wie hier sozialdemokratische Politik ganz klar gescheitert ist.

Wenn wir uns ansehen, was für Auswirkungen diese Entwicklung mit sich bringt, so ist das nicht nur der Leistungsstreß, der heute morgen von Helmut Kohl angesprochen worden ist, sondern dann ist das zudem die Gefahr einer neuen Radikalität innerhalb der Jugend. Die Mehrheit der Jugendlichen heute reagiert auf diese verstärkten Anspannungen, auf Numerus clausus, auf schlechte Berufsaussichten damit, daß sie individuell versuchen, mehr zu leisten, mehr zu arbeiten, um sich so bessere Startchancen zu schaffen. Das führt dazu, daß z.B. in den 10., 11., 12. Klassen der Gymnasien heute keine Kameradschaft mehr existiert, heute nichts mehr von dem da ist, was eben Jugend lebenswert macht. Helmut Kohl hat einmal gesagt: Jugend sollte die Möglichkeit haben, den Traum der Jugend zu träumen. Diese Möglichkeit haben Jugendliche heute nicht mehr, Jugendliche sind in ihren Entfaltungsmöglichkeiten eingeschränkt. Sie wissen nicht, was für eine Zukunft sie erwartet. Das ist eine ganz ganz negative Sache für eine Gesellschaft, eine Sache, die irgendwann in eine neue Radikalität umschlagen könnte, dann nämlich, wenn Jugendliche merken, daß auch die größten Leistungsanstrengungen nichts mehr helfen, wenn sie erkennen, daß es für sie keine Möglichkeit mehr gibt. Dann eben ist die Gefahr sehr groß, daß die Jugendlichen das Vertrauen in unsere demokratische Gesellschaftsordnung als Ganzes verlieren.

(Beifall)

Wenn wir das alles zusammen sehen, meine Damen und Herren, müssen wir ganz einfach feststellen: Sozialdemokraten sind nicht in der Lage, im Dienste der Jugendlichen, als Partner für Jugendliche eine Politik zu betreiben. Der Appell, den wir daher als RCDS, als Junge Union, als Schüler Union an die Partei, an die CDU richten, lautet daher: Wir hoffen auf CDU und CSU, daß in den nächsten Jahren für die Jugendlichen eine bessere Politik gemacht wird, daß mehr für uns getan wird und daß wir nicht mit den Problemen alleine gelassen werden, die uns eine gescheiterte sozialdemokratische Politik beschert hat.

(Beifall)

Wir hoffen, daß der Jugend nicht nur große Versprechungen gemacht werden, große Versprechungen, wie sie die Bundesregierung 1970 gegeben hat, als sie sagte, 50 % eines Jahrgangs - das ist die Zahl, die im Bildungsbericht 1970 steht - sollten das Abitur machen können und die Möglichkeit haben, Spitzenpositionen in der Gesellschaft zu erlangen. Ich meine, daß das eine falsche Interpretation des Wortes Chancengerechtigkeit gewesen ist;

(Beifall)

denn in der Tat ist das insofern falsch, als Chancengerechtigkeit doch niemals bedeuten kann, meine Damen und Herren, daß jeder Jugendliche oder ein ganz großer Teil der Jugendlichen nun unbedingt in der Theorie ein As sein muß, das Abitur schaffen muß, sondern Chancengerechtigkeit bedeutet doch, daß jeder seinen Weg gehen kann, daß jeder seine Möglichkeiten nutzt. Mit dieser Überbewertung der akademischen Ausbildung müssen wir - ich glaube, das wird die Union tun - Schluß machen. Ein praktischer Beruf ist genauso wertvoll und genauso wichtig wie alle anderen Berufe.

(Beifall)

Das gleiche ist auch im Bereich der beruflichen Bildung festzustellen. Uns nützt kein Gesetzentwurf, auch wenn er von noch so guten Intentionen ausgeht, der die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe lähmt, meine Damen und Herren. Ausbildungsbereitschaft wird gelähmt durch ein solches Finanzierungsmodell, wie es die Bundesregierung vorgeschlagen hat. Niemanden ist damit geholfen, wenn die Ausbilder jetzt sagen, sie könnten unmöglich weiter ausbilden, weil sie diese Opfer eben nicht mehr bringen könnten, weil sie das alles zu sehr belastet. Auch hier brauchen wir als Jugendliche eine realistischere Konzeption, damit die Arbeitslosigkeit endlich abgebaut und damit die Ausbildungskrise beendet wird.

Ich meine, das sind einige Punkte, deren Erfüllung wir als Junge Union, als RCDS, als Schülerunion von der Union erwarten dürfen. Wir haben ja in den Reden der Politiker heute morgen gehört, daß wir mit diesen Problemen bei der Union nicht auf taube Ohren stoßen. Die Union beschäftigt sich mit diesen Problemen, weil sie die negativen Auswirkungen sozialdemokratischer Politik gerade in diesem Bereich sehr wohl einzuschätzen weiß.

Meine Damen und Herren, wir alle sollten etwas dafür tun, daß die Jugend, wie Helmut Kohl es formuliert hat, endlich wieder den Traum der Jugend träumen kann.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Pflüger, für dieses engagierte Plädoyer, das den Ministerpräsidenten der Union und der Bundestagsfraktion auf ihrem Wege zu einer besseren Berufsbildung in unserem Lande sicherlich den Rücken stärken wird.

Meine Damen und Herren, wir stehen am Ende einer umfassenden Aussprache, die von den Sorgen um das freie Berlin bis hin zu den Problemen an den Universitäten und der beruflichen Bildung reichte. Wir haben jetzt noch zwei Regularien zu erldigen: Den Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegenzunehmen und die Wahl des Parteigerichts vorzunehmen. Anschließend erwartet uns noch eine besonders interessante Ansprache des früheren Weltpräsidenten der Union

Christlicher Demokraten, des langjährigen Präsidenten von Venezuela, Dr. Rafael Caldera.

Zunächst rufe ich jedoch Punkt 10 der Tagesordnung auf:

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Dazu hat das Wort der Generalsekretär der niedersächsischen CDU, Herr Wicke.

Bernhard Wicke: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Ich darf das Ergebnis der Mandatsprüfungskommission mitteilen. Die Landesverbände können nach dem Statut der CDU zu diesem Parteitag 789 voll stimmberechtigte Delegierte entsenden. Die Exil-CDU kann 30 Delegierte mit eingeschränktem Stimmrecht entsenden. Von den einschließlich der beiden Ehrenvorsitzenden 791 vollstimmberechtigten Delegierten haben bis 17 Uhr 694 den Empfang der Stimmunterlagen im Tagungsbüro quittiert. Die 30 Delegierten der Exil-CDU mit eingeschränktem Stimmrecht waren bereits heute vormittag vollzählig erschienen.

(Beifall)

Der Parteitag ist beschlußfähig. Die Mandatsprüfungskommission wird dem Parteitag fortlaufend Bericht erstatten.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Wicke, Ihnen und den anderen Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission.

Ich rufe Punkt 11 der Tagesordnung auf:

Wahl des Bundesparteigerichts

Meine Damen und Herren, in den Unterlagen finden Sie den Vorschlag des Bundesvorstandes für die Wahl der fünf ordentlichen Mitglieder und der vier stellvertretenden Mitglieder des Bundesparteigerichts.

Darf ich fragen, ob dazu abweichende Vorschläge gemacht werden? - Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, es kann in offener Abstimmung abgestimmt werden. Darf ich fragen, ob dagegen Widerspruch erhoben wird? - Ich sehe keinen Widerspruch.

Dann darf ich diejenigen Delegierten, die dem Vorschlag des Bundesvorstandes folgen wollen, bitten, das durch ein Handzeichen kundzutun. - Vielen Dank. Ich bitte um die Gegenprobe. - Ich sehe keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Ebenfalls nicht. Dann stelle ich fest, daß die fünf vorgeschlagenen ordentlichen Mitglieder und die fünf vorgeschlagenen stellvertretenden Mitglieder des Parteigerichts einstimmig vom Parteitag gewählt worden sind. Herzlichen Glückwunsch und gleichzeitig herzlichen Dank für die überaus anstrengende Arbeit, die diese Mitglieder in den letzten Jahren verrichtet haben, eine Arbeit, die sich vielfach außerhalb der Blicke des Parteilebens vollzieht, die aber nichts destoweniger für eine demokratisch strukturierte Partei notwendig ist. Ihnen allen nochmals herzlichen Dank des Parteitages.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu dem letzten Punkt der heutigen Nachmittagssitzung, der Ansprache des langjährigen Präsidenten von Venezuela und langjährigen Vorsitzenden der Weltunion der Christlichen Demokraten, Dr. Rafael Caldera. Seine Rede wird gleichzeitig übersetzt.

(Zuruf)

Die Rede braucht nicht übersetzt zu werden; Herr Dr. Caldera spricht selber deutsch.

(Beifall)

Dr. Rafael Caldera (Mit Beifall begrüßt): Herr Parteitagspräsident! Herr Bundesvorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bringe Ihnen Grüße von den Christlichen Demokraten Venezuelas und von vielen anderen Venezolanern, die, obwohl sie nicht Christliche Demokraten sind, doch in der christlichen Demokratie den besten Weg zur Bejahung der Menschenwürde zur Eroberung des Aufstiegs der Nation und zur Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit sehen.

(Beifall)

Von diesen allen bringe ich Grüße den Christlichen Demokraten Deutschlands und allen jenen anderen Deutschen, die, obwohl sie nicht Christliche Demokraten sind, doch in der christlichen Demokratie die beste Garantie sehen für die Größe, für das Glück und den Aufstieg in Gerechtigkeit und in Freiheit.

(Beifall)

Wir in Lateinamerika bewundern das gigantische Werk, das die CDU/CSU seit dem Ende des fürchterlichen Krieges geleistet hat. Wir verfolgen mit großem Interesse diesen Kongreß. In meinem Land steigt, nach einem dreißig Jahre langen Kampf, die Zahl der Wähler immer höher und höher, die ihre Sympathie für die christliche Demokratie zum Ausdruck bringen und die wissen, daß gerade jetzt die Zeit gekommen ist, daß unsere Bewegung ihre immer wichtiger werdende Rolle innerhalb des nationalen und regionalen Lebens Lateinamerikas erfüllen kann und muß.

(Beifall)

Sie wissen auch recht gut, daß die Rolle der christlichen Demokratie in Europa durchaus noch nicht zu Ende gespielt ist und daß sie, mit der Christlich Demokratischen Union Deutschlands als eine der am meisten repräsentativen nationalen Organisationen, in unserer Gegenwart und in der Zukunft eine schwere Aufgabe zu lösen hat mit dem Ziel, diesem Kontinent, dem Land der Freiheit, fortleben zu helfen, damit er von Jahr zu Jahr mehr Kraft gewinne für soziale Gerechtigkeit im nationalen und im internationalen Bereich.

(Beifall)

Dieser Kongreß findet in einer Zeit hochgespannter Erwartungen statt. Zur selben Zeit gedenken wir des hundertsten Geburtstages des hervorragenden Staatsmannes Konrad Adenauer.

(Beifall)



Aus Liebe zu
Freiheit statt

CDU



Deutschland: Sozialismus

U

cher zial d frei











**sicher
sozial
und frei**

Aus Liebe zu Deu heit statt S



Schland: Sozialismus









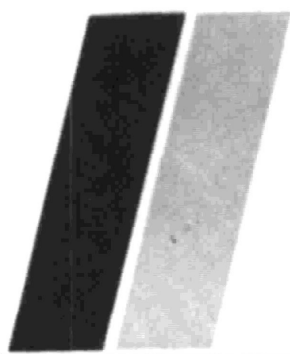








CDU



**sicher
sozial
und frei**

Ich hatte die hohe Ehre, Adenauer kennenzulernen und ihm nahe zu sein. In meinem Gedächtnis sind bis heute drei besondere Gelegenheiten unauslöschlich eingeschrieben, bei denen ich in seiner Gegenwart die Bewunderung bestätigt fühlte, die ich schon vorher aus der Ferne für ihn hegte. Eine Gelegenheit war mein Besuch in seinem Haus in Rhöndorf im Jahre 1962, als ich mit dem großen Mann mehr als eine Stunde lang sprechen durfte. Das zweite Mal war ich in persönlichem Kontakt mit ihm ein paar Tage lang während des Kongresses der CDU in Düsseldorf im Jahre 1965. Während dieser so anregenden Woche sah ich diese außerordentliche Persönlichkeit, schon fast 90 Jahre alt, an allen Versammlungen teilnehmen, mit größerer Klarheit und größerer Überzeugungskraft sprechen als alle anderen, und fühlte, wie er alle Kongreßteilnehmer und die Millionen von Deutschen, die den Diskussionen des großen Ereignisses interessiert folgten, zu seiner offen bekannten Überzeugung von seiner Energie und von seinem Glauben an den Sieg durch das Arbeiten anregte. Ich sprach einige Male mit dem "Alten". Ich beobachtete, wie er Tag für Tag als erster kam und als letzter fortging, ohne daß irgendein Zeichen von Ermüdung an ihm zu sehen war, obwohl er jedes Mal hundert Kilometer hin und zurück zu fahren hatte.

Ich konnte selbst beobachten, welchen tiefen Eindruck sein Motto auf das Ergebnis der Wahlen hatte, die vor der Türe standen: "Arbeiten, arbeiten!" Als er dieses Motto aussprach, schien er 30 Jahre jünger zu sein,

(Beifall)

und sein Auditorium zitterte vor Aufregung. Das Resultat war: ein neuer Sieg.

Die dritte Gelegenheit war sein feierliches Begräbnis. Ich sah die Menschenmassen tiefbewegt und schweigend, ich sah hohe Würdenträger der ganzen Welt, die seinem Leichnam die letzte Ehre erwiesen. Dadurch bezeugten sie nicht nur, daß er einer der großen Erbauer der modernen Welt gewesen war, sondern auch daß er ein Symbol eines neuen und freien Deutschland war, ein Schöpfer, dessen Werk weit über seinen Tod hinaus dauern wird.

(Beifall)

Aus allen diesen Gründen wuchs meine Bewunderung für ihn mehr und mehr, und sie wächst noch heute weiter. Als ich als Präsident der Republik Venezuela den offiziellen Besuch des Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Gustav Heinemann, empfing, sagte ich in meiner öffentlichen Begrüßungsrede einige Worte, die ich - mit Ihrer Erlaubnis - jetzt zitieren möchte:

"Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, bei dieser Gelegenheit an den Namen Konrad Adenauers zu erinnern. Sein Bild steht im jetzigen Augenblick hoch über den Zwistigkeiten, die das Leben eines aktiven Staatsmannes bewegen. Er könnte mit Recht der "diamantene Kanzler" genannt werden,

(Beifall)

und zwar wegen der klaren Durchsichtigkeit seines Verhaltens und der unerschütterlichen Härte seiner Energie, mit der es ihm gelang, die Aufgabe der Rekonstruktion seines Landes durchzuführen,

mit hellem Blick für seine europäische Berufung und mit universeller Vision der Probleme der deutschen Nation. Erlauben Sie mir, Herr Präsident,

fügte ich hinzu

offen zu sagen, daß die Freundschaft, mit der mich Dr. Adenauer auszeichnete, eine sehr wertvolle Erfahrung in meinem Leben, dem Leben eines politischen Kämpfers war."

(Beifall)

Meine hochgeschätzten Freunde! Die Christliche Demokratie in Venezuela erlebt heute auch eine Zeit harten Kampfes und großer Erwartung. Obwohl wir keine Macht mehr in der Regierung haben, sind in den Vorwahlen die Stimmzahlen für unsere Partei gestiegen.

(Beifall)

Jeden Tag wächst die Zahl der Venezolaner, die die Mißerfolge der gegenwärtigen Regierung, der wir ein Land in freiem Aufstieg übergaben - mit reichlichen finanziellen Mitteln, gewonnen in den letzten Monaten unserer Regierung -, sehr klar erkennen und wissen, daß wir ein großes Werk geleistet haben, und zwar bei bedeutend geringeren Einnahmequellen und zahllosen Schwierigkeiten. Es wächst und wächst die Zahl der Mitbürger, die den Triumph der Christlichen Demokratie bei der nächsten Vorwahl herbeisehnen.

(Beifall)

Gerade in diesen Tagen hat die Regierungspartei Venezuelas Führer der Sozialdemokraten Europas und einiger Länder Lateinamerikas zu Versammlungen eingeladen. Sie fühlt die Notwendigkeit, gestützt zu werden, um ihr Prestige wiederzugewinnen. Aber die Bevölkerung sieht in der Christlichen Demokratie eine größere Aufrichtigkeit, einen ernsteren Willen zu dienen, eine intensivere Tüchtigkeit, eine größere Fähigkeit zur Stärkung der demokratischen Institutionen und zur Bannung des unheimlichen Schattens des Totalitarismus, der drohend über der Menschheit liegt.

Jedenfalls wird die Wechselbeziehung zwischen der Alten und der Neuen Welt jeden Tag mehr und mehr offenkundig. Die Christlich Demokratische Partei Venezuelas, COPEL, hat große Achtung vor der Christlichen Demokratie Deutschlands. Sie schätzt die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Erziehung der Staatsbürger und die Gestaltung der Demokratie in der ganzen Welt.

(Beifall)

Wir wissen, daß Deutschland sich dessen bewußt ist, daß die Freiheit jeden Tag von neuem erobert und in der ganzen Welt gestärkt werden muß durch aufrichtiges Streben nach Gerechtigkeit.

In diesem Augenblick, in dem ich meine Grüße, meine Glückwünsche und meinen Enthusiasmus den deutschen Christlichen Demokraten überbringe, spreche ich meine innige Hoffnung aus, daß die Christliche Demokratie Deutschlands und ganz Europas, die tapferen Vorkämpfer und Helfer für die Entwicklungsländer und im besonderen für die Lateinamerikas auf ihrem Weg zur Erreichung des Ziels der internationalen und sozialen Gerechtigkeit, bei ihren Bemühungen vollen Erfolg haben, und daß durch eine neue internatio-

nale Ordnung ein dauernder Friede und eine echte menschliche Solidarität in Freiheit und gegenseitiger Achtung gewonnen werde.

Meine Stimme, die Stimme eines Lateinamerikaners, der seit seinen Jugendjahren für die Christliche Demokratie gekämpft hat, will in dieser denkwürdigen Stunde eine Stimme der Freundschaft sein, eine Stimme des Optimismus und des Glaubens an die hohe Sendung der Christlichen Demokratie.

Laßt uns fest daran glauben, daß die CDU immer glänzendere Siege im Dienste des großen deutschen Volkes und der ganzen Menschheit erringen wird.

(Lebhafter Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, lieber Dr. Caldera, für diese großartige, eindrucksvolle und mahnende Ansprache und gleichzeitig für die guten Wünsche, die Sie der Christlich Demokratischen Union auf den Weg gegeben haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es gibt zwei Persönlichkeiten in Lateinamerika, mit denen sich seit vielen Jahren die Hoffnungen von Millionen auf eine freiheitliche Entwicklung verbinden, zwei große Wegbereiter der Christlichen Demokratie: Dr. Rafael Caldera und Eduardo Frei. Angesichts der Entwicklung in Lateinamerika sind viele Hoffnungen, die sich mit diesen beiden Namen verknüpft haben, zwar nicht in vollem Umfang in Erfüllung gegangen. Aber die Entwicklung in Lateinamerika hat der Christlichen Demokratie, dieser freiheitlichen Alternative, nichts von ihrer Bedeutung genommen. Ganz im Gegenteil: Jenseits von Kommunismus und Militärdiktatur, die heute in vielen Ländern in Lateinamerika die Situation bestimmen, gilt die Hoffnung derer, die auf eine freiheitliche Entwicklung bauen, unverändert der Christlichen Demokratie in Lateinamerika, gilt sie Politikern wie Dr. Caldera und Eduardo Frei und dies mit Recht. Dieser Parteitag jedenfalls begleitet und unterstützt die Arbeit der Christlichen Demokraten in Lateinamerika aus vollem Herzen. Wir wünschen Ihnen, Herr Dr. Caldera, für die weitere Arbeit der COPEI in Venezuela und der Christlichen Demokraten in Lateinamerika alles Gute.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir stehen am Ende des ersten Tages unseres Parteitages, des ersten Tages, der einen großartigen Auftakt gebracht hat: durch die eindrucksvollen, wegweisenden Reden von Helmut Kohl und Karl Carstens, von Kurt Biedenkopf und Franz Josef Strauß. Ihre Reden waren ein eindrucksvolles Plädoyer für eine freiheitliche Gesellschaftsordnung und gegen den Marsch in den Sozialismus.

Wir haben weit über acht Stunden intensiv gearbeitet. Wir haben jetzt auch das Recht auf einige fröhliche Stunden des Feierns. Ich danke allen Delegierten dafür, daß sie bis jetzt ausgeharrt und in großer Eindringlichkeit mitgearbeitet haben. Ich danke auch allen, die sich an der Aussprache beteiligt haben, und ich danke unseren niedersächsischen Freunden dafür, daß sie uns jetzt zu dem Niedersächsischen Abend einladen, der sich nun dadurch etwas verschieben wird, daß der Parteitag das ursprüng-

lich gesetzte Limit überschritten hat. Der Niedersächsische Abend wird um 19.15 Uhr beginnen, und zwar im Kuppelsaal der Stadthalle. Der Kuppelsaal wird eine halbe Stunde vorher, also um 18.45 Uhr geöffnet werden.

Ich wünsche Ihnen und uns allen miteinander viel Spaß.

(Beifall)

(Schluß: 18.14 Uhr)

Zweiter Verhandlungstag

Dienstag, 25. Mai 1976

3. Plenarsitzung

Beginn: 9.46 Uhr

Kai Uwe von Hassel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 3. Plenarsitzung des Bundesparteitages und heiÙe Sie erneut herzlich willkommen.

Bevor wir in den heutigen Tag, den Europatag, eintreten, darf ich, wie ich glaube, in Ihrer aller Namen noch einmal unseren niedersächsischen Freunden für den gestrigen Niedersachsenabend aufrichtig danken.

(Lebhafter Beifall)

Meinen niedersächsischen Freunde, Sie hätten beinahe eine stehende Ovation bekommen.

Die Tatsache, daß dennoch heute morgen der Saal fast gefüllt ist, zeigt, wie zäh die Männer und Frauen der Christlich Demokratischen Union sind, daß sie einen langen Abend in der guten Form durchgehalten haben. Ich glaube, einige sind unmittelbar aus der Kuppelhalle in den Plenarsaal gekommen.

(Heiterkeit)

Meine verehrten Damen und Herren, ich möchte zunächst zwei Dinge bemerken. Das eine: Unsere ausländischen Gäste, die am Vormittag reden, werden nachher hier vorne Platz nehmen. Sie sind auf dem Flugwege hierher und kommen in ein paar Minuten. Ich darf bitten, daß die Damen und Herren Bildberichterstatter sich solange gedulden, bis wir gegen 11.30 Uhr das Präsidium in völlig neuer Besetzung hier versammelt haben und damit auch Ihnen die Möglichkeit gegeben wird, wie auf einer Breitwand ein völlig neuartig zusammengesetztes Präsidium der Christlichen Demokraten und der Konservativen in Europa zu fotografieren. Hierher werden kommen: Herr Ministerpräsident Tindemans, die Vorsitzende der Konservativen Großbritanniens, Frau Thatcher, der Vorsitzende der Österreichischen Volkspartei, Dr. Josef Taus, der neue Vorsitzende des CDS aus Frankreich, Minister Lecamet, und Amintore Fanfani.

(Beifall)

Meine Freunde, die Christlich Demokratische Union widmet in der Mitte ihres Bundesparteitages einen vollen Tag der Behandlung des Themas Europa. Sie dokumentiert damit für jeden unübersehbar, daß Helmut Kohl und die Union das fortsetzen, was Konrad Adenauer vor 25 Jahren einleitete, mit aller Energie ein freies vereinigtes Europa zu schaffen, das fähig ist, allen Menschen des freigebliebenen Teils Europas auch in Zukunft ein Leben in gesicherter Freiheit zu gewährleisten. Wir kämpfen dafür, daß in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Sozialis-

mus die Stimme der Freiheit überall und uneingeschränkt klingen kann.

Meine Freunde, die schweren Auseinandersetzungen der ersten Jahre in der Opposition schränkten die Möglichkeiten ein, sich mit der Politik für Europa so zu befassen, daß die ganze Partei bis zur Basis hin davon erfaßt wurde. Meine Freunde, wir sind in diese Welt in Europa eingebettet. Es geht auch uns an, wie es in Italien weitergeht, was sich in Spanien entwickelt und wie Portugal seinen Weg auf die Dauer findet. Die Auseinandersetzung in Deutschland über Freiheit statt Sozialismus findet Beispiele, in Europa greifbar vor Augen, die uns alle aufrütteln und bis an die Basis unserer Partei klarmachen sollten, was Europa droht und was ein freiheitliches Europa wirklich bedeutet.

Lassen Sie mich, meine Freunde, ein Wort in meiner Eigenschaft als Präsident der Europäischen Union Christlicher Demokraten hinzusetzen, nämlich ein Wort des besonderen Dankes an den Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

(Beifall)

Die CDU hat aus der Erkenntnis dieser drängenden europäischen Fragen die Konsequenz gezogen und einen Tag dieses Parteitages Europa und damit der Lebensfrage für unsere Freiheit gewidmet.

Das Wort hat der Herr Parteivorsitzende, das Wort hat Helmut Kohl.

(Beifall)

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor allem liebe ausländische Freunde! Erlauben Sie mir zuerst ein herzliches Wort des Dankes an alle Freunde aus der Europäischen Union Christlicher Demokraten und hier in ganz besonderer Weise an unseren Freund Kai Uwe von Hassel.

(Beifall)

Wir haben gemeinsam mit allen Freunden aus diesem Bereich im Ablauf der letzten Jahre versucht, unseren deutschen Beitrag für das Werden Europas zu leisten. Wir haben das auf unsere Weise getan - hier will ich gerade Sie, Herr von Hassel, ansprechen - : unauffällig und ohne große Attitüde; das überlassen wir anderen politischen Gruppierungen in der Bundesrepublik.

Wir wollten und wollen unseren Beitrag zum neuen Europa als Christliche Demokraten leisten, indem wir überall dort, wo unsere Hilfe, unser Rat und unsere Unterstützung gewünscht werden, diese Unterstützung ebenso bescheiden wie selbstverständlich und kameradschaftlich zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren und liebe Freunde, wenn heute, an dem ersten Europatag in der Geschichte der Parteitage der Union, alle wesentlichen und ranghohen Parteiführer aus unseren befreundeten Schwester- oder Bruderparteien Europas teilnehmen, dann ist das ein Zeichen dafür, daß immer mehr Menschen aus dem Bereich der politischen Mitte Europas und auch die politischen Führer dieses Bereichs begriffen haben, daß Europa eine so wichtige Aufgabe

ist, wie irgendeine nationale Sache auch nur sein kann. Es gibt keine Fortentwicklung unserer Bundesrepublik ohne die Fortentwicklung Europas. Diese Gleichung stimmt.

(Beifall)

Aus diesem Grunde sind wir in einem schicksalhaften Jahr Europas zusammengelassen, um gemeinsam zu dokumentieren, daß es uns mit Europa ernst ist, daß wir uns einig sind in dem Ziel, daß Europa geeinigt werden muß und daß dieses geeinte Europa ein freies Europa, ein demokratisches Europa, ein auf sozialer Gerechtigkeit gebautes Europa sein muß und auf gar keinen Fall ein sozialistisches oder gar ein Europa der Volksfronten sein darf.

(Beifall)

Wir werden mit aller Leidenschaft dafür kämpfen, daß unsere Mitbürger in allen europäischen Ländern immer mehr begreifen, daß als politische Mitte Europas die Christdemokraten und die Konservativen die starke politische Kraft waren, sind und bleiben. Und daß wir aus diesem Geist das neue Europa, das Europa von morgen bauen werden,

(Beifall)

daß wir aus dem Geist der politischen Mitte in Europa auch willens und in der Lage sind, jede totalitäre Gesinnung abzuwehren, und daß wir in der konkreten und historischen Herausforderung Europas willens und in der Lage sind, vor allem auch dem Kommunismus jeglicher Schattierung entschlossen und kompromißlos entgegenzutreten.

(Beifall)

Unsere Mitbürger sollen wissen, daß die Einigung Europas für uns, die Union, erste Priorität besitzt und daß wir um den kleinsten Schritt kämpfen werden, weil Stagnation bereits Rückschritt signalisiert.

Meine Freunde, auch wenn es viele noch nicht begriffen haben: Es ist eine Minute vor zwölf. Unsere Mitbürger sollen wissen, daß wir, die Union mit unseren Freunden im freien Europa aufbrechen, um jetzt und in diesem Jahrzehnt den entscheidenden Durchbruch für Europa erzwingen.

(Beifall)

Robert Schuman, Alcide de Gasperi, Winston Churchill und Konrad Adenauer - das waren die großen Gestalten, die in den wichtigen ersten Jahren, in den 50er Jahren, die europäische Nachkriegsgeschichte in unserem Sinne begründet haben. Sie haben den Grundstein für dieses neue Europa gelegt. Meine Damen und Herren und liebe Freunde, es waren Männer aus unseren Reihen, und wir verwalten ihr Erbe.

Als sie begannen, Europa zu bauen, waren es Sozialdemokraten und Sozialisten, die diese Politik des Aufbruchs nach Europa entschieden bekämpft haben. Die 50er Jahre waren von den großen Aufgaben erfüllt: die Freiheit für Europa zu sichern, sie galten dem Aufbau aus dem geistig-materiellen Trümmerfeld des Krieges, der Abwehr der Gefahren, die der Freiheit durch Diktaturen und kommunistische Expansion drohten.

In der Mitte der 60er Jahre setzte dann die Gegenoffensive der politischen Linken in Europa ein.

Sie denunzierte die Entwicklung als Weg zu einem reaktionären, zu einem konservativen Europa. Ihr Ziel ist geblieben, das Ziel der Vergesellschaftung von Staat und Bürger. Das Kampffeld, meine Freunde, das sie sich im Hinblick auf ihr Ziel aussuchte, ist immer noch die eigene nationale Gesellschaft.

Der Weg, der Aufbruch zum neuen Ufer Europas setzt die klare Erkenntnis voraus, daß eine Renationalisierung der Politik in den einzelnen europäischen Ländern einen Rückschritt in das 19. Jahrhundert bedeutet und die Probleme des 20. Jahrhunderts nicht lösen kann.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich begrüße jetzt sehr herzlich unseren Freund, den französischen Staatsminister Lecanuet.

(Anhaltender Beifall)

Lieber Freund Jean Lecanuet, Sie sind hier in einem Augenblick in den Saal gekommen, als ich das Erbe Robert Schumans beschwor. Auf dieses Stichwort hin haben Sie auch den Beifall unserer Delegierten vernommen. Gerade jetzt - lassen Sie mich das ganz spontan sagen -, da auf Grund ungewöhnlich törichter Äußerungen des derzeitigen Bundeskanzlers über das deutsch-französische Verhältnis eine Diskussion in Gang gekommen ist, will ich Ihnen zurufen: Wir haben in der Bundesrepublik nicht vergessen, daß die Grundlage des neuen Europa die enge Freundschaft, die Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland ist.

(Beifall)

Meine Freunde, für uns ist jenes unvergeßliche Bild der freundschaftlichen Umarmung von Charles de Gaulle und Konrad Adenauer in der Kathedrale von Reims nicht ein Bild aus der Geschichte; für uns ist es lebendige Gegenwart und Auftrag für die Zukunft.

(Beifall)

Weil dies so ist, kämpfen wir entschieden gegen jede neue Form eines linken Neopatriotismus, der das eigene Interesse, das eigene Ich der Nation mehr oder minder rücksichtslos über die Solidarität mit den Nachbarn stellt. Meine Freunde, die Probleme Europas sind im Inneren und im Äußeren dieselben. In den Wahlen dieses Jahres in Italien, in Schweden und bei uns in der Bundesrepublik werden doch die gleichen prinzipiellen Auseinandersetzungen geführt. Der Kampf um die Freiheit, der Kampf um den Frieden ist nicht national im Sinne der Aussage des 19. Jahrhunderts zu bestehen. Es ist ein europäischer Kampf. Deswegen ist auch unsere Wahl am 3. Oktober von großer Bedeutung für ganz Europa.

Die Union nimmt mit Recht für sich in Anspruch, die klassische Europapartei der Bundesrepublik zu sein. Wir fühlen uns deshalb in besonderem Maße berufen, die derzeitige Stagnation zu überwinden. Wir werden aber nur Erfolg haben können, wenn es bei unseren Bürgern wieder das Bewußtsein gibt, daß Europa nicht eine Sache der Regierungen, sondern eine Sache aller Bürger in

Europa ist, daß persönliche Freiheit, demokratische Ordnung, wirtschaftlicher Fortschritt und soziale Gerechtigkeit für alle Völker Europas nur in einem politisch geeinten Europa bewahrt und ausgebaut werden können.

Nur ein geeintes Europa wird die Kraft haben, die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bestehen;

nur ein geeintes Europa ist ein gleichrangiger Partner der Vereinigten Staaten von Amerika;

nur ein geeintes Europa kann einen angemessenen und gerechten Beitrag zur Entwicklung der Dritten Welt leisten;

nur ein geeintes Europa wird das Ziel einer tragfähigen gesamt-europäischen Friedensordnung erreichen können.

Das ist das Europa, das wir anstreben, dessen geistige und politische Kräfte wir entralten wollen.

(Der belgische Premierminister Leo Tindemans betritt den Saal und wird mit Beifall begrüßt - Hans Katzer: Hier ist das Europa, Helmut!)

Meine Damen und Herren, es war von der Regie her in der Tat nicht geplant, daß Leo Tindemans in dem Augenblick, da ich ihn hier ansprechen will, den Saal betritt. Lieber Freund Leo Tindemans, sehr, sehr herzlich willkommen auf diesem Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

(Anhaltender Beifall)

Mit Leo Tindemans begrüßen wir eine der großen Hoffnungen Europas, auch eine unserer großen Hoffnungen, einen Mann, der Stunde für Stunde in diesen kritischen letzten Jahren immer wieder versucht hat, in einem neuen großen Anlauf aus unserem Geist, aus unserem europäischen Geschichtsverständnis und aus dem Geist christlich-demokratischer Prinzipien dieses Europa voranzubringen. Wir sind nicht isoliert mit dieser Idee. Es ist eine große, es ist eine mächtige Gemeinschaft der politischen Mitte in Europa. Es liegt jetzt an uns, den Aufbruch zu wagen.

(Beifall)

Wir wollen das Europa, dessen geistige und politische Kraft wir auch im internationalen Bereich verwalten. Wenn dieses unser Europa gefährdet ist, dann, meine Freunde, geht es um mehr als um die Bedrohung irgendeiner geographischen Region auf der Weltkarte. Es geht um den wichtigen zivilisatorischen Beitrag, den Europa für die Entwicklung der Welt zu leisten hat.

Deshalb ist für uns die Europäische Gemeinschaft wesentlich mehr als ein bloßes Zweckbündnis, als ein Interessenausgleich. Unser Ziel ist eine Gemeinschaft, die als Einheit politisch handlungsfähig ist. Unser Ziel ist eine Gemeinschaft, die die Welt des 20. Jahrhunderts im Geiste der Freiheit und der Menschenwürde mitgestalten, die geistig und politisch offensiv wirken will.

Liebe Freunde, wer den Zustand Europas betrachtet, mag sagen, wir sind von diesem Ziel weiter entfernt denn je. Nach manchen

Erfolgen des Anfangs ist in den letzten Jahren der entscheidende Durchbruch ausgeblieben, der Prozeß der europäischen Einigung schleppt sich dahin.

Zwei Ereignisse haben das in diesen Tagen schlaglichtartig erhellt. In seiner Regierungserklärung im Bundestag zum Thema Europapolitik sprach Bundeskanzler Helmut Schmidt über alles mögliche, vor allem über den Wahlkampf, nur nicht darüber, wie er die europäische Entwicklung morgen vorantreiben will.

(Beifall)

Wenn es in den letzten Monaten ein Beispiel dafür gab, daß seine lautstarke und mit hohen Ansprüchen angekündigte Politik die entscheidende Schwäche der Kurzatmigkeit hat, dann hat sich das in dieser Debatte erwiesen. Meine Freunde, wer Europa bauen will, muß über den Tellerrand einer nur vierjährigen Legislaturperiode hinaus denken, muß für die Zukunft Perspektiven setzen können. Wer Europa bauen will, darf sich nicht nur auf die Fortschritte einstellen, die tagespolitisch oder beim nächsten Wahlkampf zu verwenden sind.

Sieben Jahre stehen Sozialdemokraten und Freie Demokraten in der Regierungsverantwortung, und in diesen sieben Jahren haben sie fast nichts getan, um Europa einen Schritt voranzubringen. Sie haben ihre Chance nicht genutzt. Im Gegenteil! Wer wie Helmut Schmidt schulmeisterliche Belehrungen erteilt, die europäischen Institutionen pauschal verunglimpft, wer ständig von der "Zahlmeisterrolle" der Bundesrepublik spricht, wer sich wie Schmidt in der europäischen Bremserfunktion gefällt, der ist dabei, das Vertrauen in die europäischen Ziele der Bundesrepublik draußen zu zerstören, das Mißtrauen - ob er will oder nicht - gegen Bonn zu verstärken; der ist mitverantwortlich für die Stagnation in Europa.

(Beifall)

Meine Freunde, deutsches Kraftmeiertum schadet Europa, es schadet der Bundesrepublik und, es arbeitet den Gegnern Europas in die Hand.

(Beifall)

Das zweite Ereignis, das symptomatisch für den gegenwärtigen Zustand ist, war die Gipfelkonferenz der Europäischen Gemeinschaft in Luxemburg. Eindringlicher als selten zuvor zeigte diese Konferenz die Ratlosigkeit des Europäischen Rates, seine Unfähigkeit, wirklich politisch zu handeln, zu einem Zeitpunkt, da krisenhafte Entwicklungen in Europa unausweichlich Entscheidungen herausfordern.

Wenn Entscheidungsschwäche ein wesentliches Kriterium politischer Schwäche ist - und dies ist meine Meinung -, dann kommen wir um die klare Feststellung nicht herum, daß das Europa von heute, daß unser Europa ein schwaches Europa ist. Wer aber schwach ist, wird dem Druck anderer kaum standhalten. Wer fremder Kraft nicht eigene Kraft entgegensetzen kann, wird seine Unabhängigkeit und seine Fähigkeit zur Selbstbestimmung, wird seine politische Freiheit, wie wir sie verstehen, verspielen. Die Geschichte

aller Länder ist voller Beispiele. Wir sollten endlich aus der Geschichte lernen.

(Beifall)

Wenn wir in Europa in Freiheit überleben wollen, dann brauchen wir ein starkes Europa. Europa wird einig sein - so ist die Gleichung - oder Europa wird nicht mehr ein freier Kontinent sein. Es ist auf die Dauer unerträglich, wenn manche Regierungen zwar die klare Erkenntnis haben, daß es für ihre Länder nur über den Aufbau Europas eine bessere Zukunft gibt, und sie es dennoch an politischem Willen und an konkreten Leistungen fehlen lassen. Wenn wir fortfahren, die Wahrnehmung kurzfristig-nationaler Interessen für wichtiger als langfristige Erfolge in Richtung europäischer Einigung zu halten, wird es den notwendigen qualitativen Sprung in die Europäische Union nicht geben. Wir müssen uns endlich zu diesem entscheidenden Schritt durchdringen.

Dazu muß die Gemeinschaft die Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik wirklich mit ihrem Geist erfüllen und mit ihrer Zuständigkeit ausfüllen.

Außenpolitik, Sicherheitspolitik, Konjunktur- und Währungspolitik, aber auch Sozial- und Gesellschaftspolitik sind jene empfindlichen Bereiche, die bis heute in einem negativen Verhältnis zur Gemeinschaftspolitik stehen. Wir wissen, die Römischen Verträge haben hierzu keine klaren Festlegungen getroffen. Um so mehr gilt es, dieses negative Verhältnis, dieses bewußte Ausklammern wesentlicher Inhalte zukünftiger europäischer Politik in ein positives Verhältnis umzuwandeln. Wir müssen die vertraglichen Grundlagen der Europäischen Gemeinschaft mittelfristig entsprechend ergänzen. Das ist Ziel einer von mir geführten Bundesregierung nach einem Wahlsieg im Oktober dieses Jahres.

(Beifall)

Wir müssen den wesentlichen Schritt von der "negativen" zur "positiven" Integration Europas tun. Die Kommission der Gemeinschaft hat in diesem Zusammenhang vom Übergang von "passiver" zu "aktiver" Integration gesprochen. Sie will damit den qualitativen Unterschied verdeutlichen, in dem sich eine zukünftige Europa-Strategie von der bisherigen abheben muß.

Meine Freunde, die Konstruktion Europas wird nicht dadurch gefördert, daß Probleme, für deren Lösung sich die Bürger und die gesellschaftlichen Gruppen innerstaatlich in hohem Maße engagieren, aus den zwischenstaatlichen Beziehungen herausgehalten werden. Ebenso wenig dürfen wir Schwierigkeiten, die europäische Dimension haben, deshalb auf nationale Lösungsfelder abschieben, um die politische Konfrontation, die die Integration in Frage stellt, auszuschalten. Integration, meine Freunde, d.h. Übernahme aller Probleme, darf mögliche Konflikte nicht verdrängen, sondern sie muß sie zum Gegenstand gemeinsamer Beratungen und gemeinsamer Entscheidungen in Europa machen.

(Beifall)

Meine Freunde - das sage ich gerade auch auf einem Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands mit all der Konsequenz, die diese Sätze beinhalten: Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß eines der schwerwiegendsten Hindernisse der

europäischen Integrationsbemühungen immer noch durch den Entwicklungsunterschied in den einzelnen Regionen der Europäischen Gemeinschaft begründet wird. Unsere Antwort, die Antwort der CDU Deutschlands, wird nicht darin bestehen, Europa phasenweise auf ein Kerneuropa gesundzuschumpfen und eine Art von Zweiklassen-Europa zu schaffen, wie das Willy Brandt vorgeschlagen hat, Unsere Antwort muß eine gemeinsame verstärkte Regional- und Sozialpolitik sein, muß solidarische Hilfe in Europa sein, auch wenn das einigen Mitgliederstaaten größere Opfer abverlangt als anderen.

(Beifall)

Wir müssen daran denken - im Blick auf die Zukunft des freien Europa, einer freien Bundesrepublik und der Chance, ein wieder-vereinigtes Deutschland unter einem europäischen Dach zu erreichen - daß jede Mark, die wir jetzt für die Integration Europas aufbringen, eine Investition für die Zukunft des freien Europa und der Bundesrepublik ist.

(Beifall)

Um Europa fortzuentwickeln, gibt es keine Alternative zur Methode des schrittweisen Vorgehens. Deswegen beglückwünsche ich unseren Kollegen und meinen Freund Leo Tindemans zu seinem Bericht, der einen realistischen und konstruktiven Weg aufweist, in der Entwicklung der Europäischen Union einen wichtigen Schritt voranzukommen.

Der Vorzug dieses Berichtes liegt ja gerade darin, daß viele der vorgeschlagenen Maßnahmen ganz unmittelbar verwirklicht werden können. Meine Freunde, ein Scheitern dieser Vorschläge wäre ein Rückschlag für die Gemeinschaft, auch ein Rückschlag für die Bundesrepublik Deutschland.

Alle Parteien und Gruppen in unserer Gesellschaft sind aufgerufen, an der Einigung Europas mitzuarbeiten. Nicht allein durch Appelle und spezielle Aktionen; wir müssen alle dazu beitragen, daß wir uns endlich in grenzüberschreitenden Strukturen zusammenfinden und eine Sprache der Tatsachen in Europa sprechen.

Wir, die Christlich Demokratischen Parteien Europas, haben durch die Gründung der Europäischen Volkspartei ein solches Signal gesetzt. Wir sind entschlossen, auf diesem Wege fortzufahren. Das bedeutet - auch im Blick auf unsere Wahlaussage für den Oktober - ganz konkret: Wir halten am Termin für die Direktwahlen des Europäischen Parlaments fest.

(Beifall)

Wir sind entschlossen, unsere Abgeordneten für das Europa-Parlament 1978 auch dann direkt wählen zu lassen, wenn bis dahin keine gemeinsame Entscheidung aller Mitgliedstaaten erreichbar war.

Meine Freunde, das Wagnis Europa kann nur gewonnen werden, wenn wir es nicht verordnen, sondern wenn es von allen Bürgern mit Engagement, mit ihrer Bereitschaft, dieses Ideal zu verwirklichen, mitgetragen wird. Wir brauchen nicht nur den Verstand, die Ratio unserer Mitbürger, wir brauchen auch den Aufbruch der Herzen in Europa. Wir brauchen vor allem den Enthusiasmus und den Idealismus der jungen Generation. Europa ist keine Sache der Regierung.

gen, Europa ist zunächst keine Sache der Kommission in Brüssel, Europa ist eine Sache seiner Bürger. Und wenn die Bürger es in ihren Herzen ratifiziert haben, dann wird dieses Europa ein freies Europa sein!

(Beifall)

Mit einem Wort: Unser Europa muß wieder das unmittelbare Handlungs- und Erlebnisfeld seiner Bürger werden. Für den notwendigen qualitativen Sprung nach vorn muß Europa zur Idee werden, die die Phantasie und die die Tatkraft der Völker beflügelt. Wir brauchen jene neue Dynamik und eine neue Ära der Europabegeisterung, so wie sie viele von uns als Schüler und Studenten in den 50er Jahren an den Grenzpfählen Europas erlebt haben. Meine Damen und Herren, das war nicht nur Romantik; sie mag auch im Spiel gewesen sein. Aber daß heute ein Mann wie Leo Tindemanns zu diesem Thema spricht, daß ich dazu sprechen darf, bezeugt doch, daß wir aus einer Generation kommen, die sich in jenen Jahren getroffen und Freundschaft geschlossen haben. Aus dieser Freundschaft heraus wollen wir den Aufbruch nach Europa wagen.

(Beifall)

Inzwischen ist in allen europäischen Ländern eine neue Generation geboren, eine Generation, die nichts mehr weiß von Krieg, Not und Elend jener Tage; eine Generation, die auch wieder ganz unbefangen mit der Geschichte umgehen kann. Wir setzen auf diese Generation vor allem, weil sie mit uns gemeinsam in der Lage ist, jene nationale Befangenheit und jenen nationalen Egoismus zu überwinden, die es zu überwinden gilt. Wir brauchen einen neuen Aufbruch, einen zweiten Aufbruch der Völker in Europa zur Einheit. Einheit aber, das heißt Friede, Freiheit und Fortschritt für ein Europa von morgen.

Wir, die Christlich Demokratische Union Deutschlands, werden mit unserer Kraft und all unserer Leidenschaft für dieses Ziel kämpfen. Wir wissen um die Pflicht für und um unser deutsches Vaterland. Deswegen sagen wir: Deutschland, Vaterland und Europa - das ist unser Ziel, das ist unsere Aufgabe.

(Langanhaltender, lebhafter Beifall -
Die Delegierten erheben sich)

von Hassel, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben dem Parteivorsitzenden Helmut Kohl durch Ihre vielen Beifallsunterbrechungen bekundet, daß Sie hinter dem Aufruf stehen, den er an uns selber stellt, das europäische Ziel nicht nur nicht aus den Augen zu verlieren, sondern es mit aller Kraft voranzubringen. Indem Sie sich am Schluß erhoben haben, haben Sie den kritischen Beobachtern außerhalb dieses Saales, aber auch den kritischen Begleitern im Saal gezeigt, daß Sie im besonderen die würdigen, die unabhängig für die Freiheit und die Einheit Europas kämpfen. Ich glaube, dieses Beispiel am Schluß zeigt gerade, in welchem Ausmaß Christliche Demokraten innerhalb der Gemeinschaft und jene, die außerhalb der Gemeinschaft sind und ihr nicht unmittelbar beitreten können, mit dem 3. Oktober 1976 Hoffnungen auf das Werden Europas verbinden.

Ich glaube, verehrter Herr Parteivorsitzender, Sie können davon ausgehen, daß es niemand in der Christlich Demokratischen Union Deutschlands gibt, der diese Ihre heutige Bekundung nicht selber mitträgt und dafür sorgt, daß an der Basis der europäische Gedanke wieder dort seinen Platz finden möge, wo er hingehört, nämlich in den Herzen junger Menschen und der heute führenden Generation, auf daß dieses Europa wird.

(Beifall)

Meine Freunde, neben der Begrüßung derer, die Sie hier oben sitzen sehen, darf ich ein besonderes Wort des Willkommens dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Christopher Soames sagen, der während Ihrer Rede, Herr Vorsitzender Kohl, eingetroffen ist.

(Lebhafter Beifall)

Ich heiße Sie bei uns sehr herzlich willkommen. Herr Christopher Soames wird heute nachmittag zu Beginn der 4. Plenarsitzung das Wort nehmen, und das wird den Höhepunkt des heutigen Nachmittags bilden.

Ich darf Ihnen noch einmal ein herzliches Willkommen entbieten.

(Beifall)

Meine Freunde, wir fahren in den Beratungen des heutigen Europatages fort. Als erster unserer ausländischen Gäste spricht dazu der Präsident der italienischen Christlichen Demokraten, Amintore Fanfani.

Amintore Fanfani (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Lieber Freund Helmut Kohl! Gnädige Frauen! Meine Herren! Den auf diesem Parteitag versammelten Freunden möchte ich von seiten der Democrazia Christiana einen herzlichen Gruß übermitteln.

(Beifall)

Dieser Gruß ist begleitet von aufrichtiger Freude über die in den letzten Jahren in verschiedenen Ländern der Bundesrepublik erzielten Siege.

(Erneuter Beifall)

Daraus ergibt sich unser Wunsch für einen allgemeinen Erfolg in der gesamten Bundesrepublik bei den bevorstehenden Wahlen im Oktober.

(Beifall)

(Der Redner trägt seine weiteren Ausführungen unter Einfügung deutscher Passagen in italienischer Sprache vor - Übersetzung siehe unten - Die Delegierten danken ihm am Schluß mit anhaltendem, lebhaftem Beifall)

Kai Uwe von Hassel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, die Übersetzung wird anschließend gleich folgen, ebenso ein Dank unsererseits an Amintore Fanfani. Zunächst begrüßen wir Mrs. Thatcher.

(Margaret Thatcher betritt mit ihrer Begleitung den Saal und be-
gibt sich auf das Vorstandspodium. Die Parteitagsdelegierten er-
heben sich unter anhaltendem lebhaftem Beifall)

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen
und Herren, liebe Freunde! Ich darf für einen Augenblick die
Übersetzung der Rede unseres Freundes Fanfani zurückstellen und
sehr, sehr herzlich die Vorsitzende der Konservativen Partei
Großbritanniens, Mrs. Margaret Thatcher, hier begrüßen.

(Erneuter anhaltender lebhafter Beifall)

Sehr verehrte, liebe Frau Thatcher, Sie haben diesem Empfang der
Delegierten entnommen, daß dieses Europa für uns nicht irgend-
eine Sache, sondern längst unser Europa ist. Ich sprach davon,
daß dies eine Sache des Verstandes, der Ratio und der Herzen
ist. Sie haben hier in diesen wenigen Minuten längst verspürt,
daß wir froh darüber sind, daß unsere Freunde von der Konser-
vativen Partei Englands, Großbritanniens, auch bei uns sind, zu
diesem Europa gehören und mit uns gemeinsam dieses Europa bauen
werden.

(Beifall)

Erlauben Sie noch einen einzigen Satz zur großen Rede unseres
Freundes Fanfani. Lieber Freund Fanfani, daß Sie zwei wichtige
Sätze, die in der deutschen Innenpolitik, aber auch im Blick auf
die Entwicklung Italiens bedeutsam sind, in unserer Mutter-
sprache, in deutscher Sprache gesprochen haben, bezeugt nicht
nur Ihre Gesinnung, die Gesinnung unserer Freunde in der DC
Italiens in diesem Kampf gegen die kommunistische Herausforde-
rung, sondern das bezeugt auch Ihre freundschaftliche Einstel-
lung zur Union in Deutschland; denn das waren für uns auch im
Blick auf den 3. Oktober ganz wichtige und bedeutsame Sätze.

(Beifall)

Übersetzung der Rede von Amintore Fanfani. (In Großbuchstaben ge-
schriebene Passagen wurden vom Redner selbst in deutscher Sprache
vorgetragen):

Den auf diesem Parteitag versammelten Freunden möchte ich von der
Democrazia Cristiana einen herzlichen Gruß überbringen. Dieser
Gruß ist verbunden mit aufrichtiger Freude über Ihre in den
letzten Jahren in verschiedenen Ländern der Bundesrepublik er-
zielten Siege. Daraus ergibt sich unser Wunsch für einen allge-
meinen Erfolg bei den bevorstehenden Wahlen im Oktober in der ge-
samten Bundesrepublik.

Wir verfolgen Ihren Wahlkampf mit größter Aufmerksamkeit. Es
kann sich daraus eine Rückkehr der CDU an die Regierung ergeben.
Eine solche Rückkehr wird gewiß nicht die Fortschritte der deut-
schen Wirtschaft und der deutschen Gesellschaft unterbrechen. Sie
wird aber der Welt die Gewißheit geben, daß die in der Europäischen
Gemeinschaft und im Atlantischen Bündnis verfolgte Friedenspoli-
tik von einer Politik der Sicherheit verstärkt werden wird, die

sich nicht so sehr auf Verteidigungsmaßnahmen stützt als vielmehr vor allem auf eine weiterverbreitete Überzeugung, daß die in Ost-europa geltenden politischen Systeme nicht in die freien Demokratien Westeuropas exportiert werden können.

(Beifall)

In Italien wird am 20. Juni, ein Jahr früher als ursprünglich vorgesehen, gewählt werden. Diese Wahlen sind eine günstige Gelegenheit, um Unterlassungen und Fehler, die von der Democrazia Cristiana begangen worden sind, offen zuzugeben. Eine Gesellschaft spart der Partei gegenüber, die 30 Jahre regiert hat, nicht mit Vorwürfen. Die gleiche Gesellschaft aber darf auch nicht die großen Anstrengungen außer acht lassen, die die Democrazia Cristiana gemacht hat und durch welche sie zusammen mit den anderen demokratischen Parteien zu positiven Ergebnissen in der Verfassungsreform, für die Freiheit, beim wirtschaftlichen Fortschritt, bei der europäischen Zusammenarbeit, bei der atlantischen Solidarität, bei Sicherheit und Frieden gekommen ist.

(Beifall)

DIESE DINGE SIND SCHON GESTERN IN DEN FREUNDSCHAFTLICHEN WORTEN VON HELMUT KOHL ANGESPROCHEN WORDEN, UND ICH DANKE IHM DAFÜR.

(Beifall)

Unsere begangenen Fehler und die unzureichende Verteidigung unserer Verdienste vor der Wählerschaft bringen uns in eine schwierige Lage. Ein Stimmengewinn von nur 3 % genügt der Italienischen Kommunistischen Partei, um ihr die relative Mehrheit zu sichern und sie an die Stelle der Democrazia Cristiana zu bringen. Erstreckt sich dieser Stimmengewinn von nur 3 % auch auf die Sozialistische Partei, so ist sie zusammen mit der Kommunistischen Partei in der absoluten Mehrheit. Im ersten Fall würde eine Beteiligung der Kommunistischen Partei an der Regierung fast unvermeidlich und im zweiten Fall sogar sicher sein. Dies würde noch von den Bürgern erleichtert, die bei der Wahl oder von den Parteien, die nach der Wahl den Parolen vom Unterschied zwischen dem Eurokommunismus und dem in den Oststaaten an der Macht befindlichen Kommunismus Glauben schenken. Eine große Anzahl von Italienern betrachtet nach wie vor den Kommunismus als ein System, das mit der Freiheit des Menschen nicht vereinbar ist,

(Beifall)

auch nicht mit seiner gesellschaftlichen Entwicklung oder einem soliden wirtschaftlichen Fortschritt. Sie glauben auch nicht an die vielbesprochenen ideologischen Neuerungen in Form eines Eurokommunismus.

DIE DEMOCRAZIA CRISTIANA IST EBENSO DIESER ANSICHT UND BESTÄTIGT IHR NEIN GEGENÜBER JEDER ZUSAMMENARBEIT MIT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

SIE WIRD WEITERHIN DIE GRUNDSÄTZLICHEN UNTERSCHIEDE IN DEN IDEALEN, DEN INTERNEN PROGRAMMEN, IN DER INTERNATIONALEN SOLIDARITÄT HERVORHEBEN.

Wenn ein Teil, ein bedeutender Teil des italienischen Volkes, dieser unserer neuerlichen Stellungnahme Glauben schenken wird, die Erneuerung der Programme und der Kandidatenliste als positiv ansehen wird und sich überzeugen läßt, daß in Freiheit jedwede Erneuerung möglich ist, ohne die Freiheit aber keine gültige Erneuerung erreicht werden kann, dann wird die Wahl am 20. Juni die Democrazia Cristiana in ihrer Führungsrolle bei den künftigen demokratischen Koalitionsfraktionen bestätigen.

(Beifall)

DIE PARTNER DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT UND IM ATLANTISCHEN BÜNDNIS WERDEN DEN BEWEIS HABEN, DASS DAS DEMOKRATISCHE ITALIEN WEITERHIN SEINEN BEITRAG ZUM ZUSAMMENHALT DER NEUN LEISTET UND KEINE LÜCKE AN DER SÜDFLANKE DES SICHERHEITSSYSTEMS DER GROSSEN DEMOKRATIEN WÜNSCHT, WEDER IDEELL, NOCH POLITISCH, NOCH IN DER VERTEIDIGUNG.

(Beifall)

Die Democrazia Cristiana macht in diesen letzten Wochen vor der Wahl alle Anstrengungen zur Erreichung dieses ihres Zieles. Wir hoffen zuversichtlich, daß die europäischen Bundesgenossen und westlichen Alliierten die Tragweite dieser unserer Verpflichtung begreifen mögen. Mögen sie auch dem von uns erhofften Sieg alle Anzeichen entnehmen, um Ihre Solidarität mit Italien in jeder Weise zu verstärken. Italien hat schon zahlreiche Beweise für diese Solidarität erhalten; es erwartet noch weitere. Diese werden dem wirtschaftlichen Wiederaufschwung und der Festigung des demokratischen Systems in Italien dienen. Sie werden aber auch dem weiteren Fortschritt auf dem Wege zur europäischen Einheit und der Festigung der Demokratie diesseits und jenseits des Atlantiks nützlich sein.

IN DIESEM LICHTS SIND DIE WAHLEN DES 20. JUNI ZWAR NUR EINE INTERNE ITALIENISCHE ANGELEGENHEIT; SIE WERDEN ABER AUCH EINSCHNEIDENDE FOLGEN AUF INTERNATIONALER EBENE HABEN.

(Beifall)

LIEBE FREUNDE, MEIN GRUSS ENDET MIT DEM ERNEUTEN WUNSCH FÜR EINEN VOLLEN ERFOLG BEI DEN WAHLEN AM 3. OKTOBER!

(Beifall)

DER 20. JUNI IN ITALIEN UND DER 3. OKTOBER IN DEUTSCHLAND MÜSSEN ZWEI WICHTIGE DATEN FÜR DIE FESTIGUNG UND DIE ENTWICKLUNG DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT WERDEN.

(Beifall - Hans Katzer: Sehr gut!)

UNSER UND IHR ZIEL IST DAHER ERNEUERUNG, ABER ERNEUERUNG IN FREIHEIT.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Kai Uwe von Hassel, Tagungspräsidium: Herr Präsident Fanfani, der Parteitag und der Vorsitzende, Herr Dr. Kohl, haben Ihnen gedankt. Ich darf zwei Bemerkungen hinzufügen.

Sie haben - aus der deutschen Übersetzung wurde es besonders deutlich - darum gebeten, daß die westlichen Verbündeten begrei-

fen, was der 20. Juni nicht nur für Italien, sondern auch für Europa bedeutet. Sie können sich darauf verlassen, daß die Christlich Demokratischen Parteien Europas Ihnen wirklich unverbrüchlich zur Seite stehen und auf Ihren Sieg hoffen.

Das zweite: Als ein Teilnehmer an Ihrem großen Kongreß habe ich sehen können, daß niemandem von den vielen Diskussionsrednern an den fünf Tagen vor einem Forum, das 10 000 umfaßte - heute mögen hier 2000 sein -, so viel Beifall gezollt wurde wie denen - und das waren fast alle Delegierten -, die sich mit großer Präzision von jedem Gespräch und jeder Kooperation mit den Kommunisten absetzten.

Insofern ist die Legende, daß bei Ihnen vielleicht hinter dem Rücken, oder wie immer, mit Kommunisten gesprochen wird, einfach von dem Zeugen eines großen Parteitages der italienischen DC hier vor diesem Forum als völlig abwegig darzustellen.

(Beifall)

Wir möchten Ihnen wünschen, daß Sie diese Haltung so vor der Wählerschaft bekanntmachen, daß der Erfolg am 20. Juni groß sein wird.

Meine Freunde, der Parteivorsitzende hat unseren Freund, den Ministerpräsidenten Belgiens, Leo Tindemans, bereits willkommen geheißen. Er wird jetzt zu uns sprechen.

Ich erteile Ihnen, Herr Präsident Tindemans, das Wort.

(Beifall)

Leo Tindemans, Belgischer Premierminister und Vizepräsident der EUCD:

Herr Präsident! Herr Parteivorsitzender! Liebe Gäste! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Darf ich auch sagen "Meine lieben Parteifreunde"?

(Lebhafter Beifall)

Meine lieben Parteifreunde! Dies sind wir doch seit der Gründung der Europäischen Volkspartei am 29. April dieses Jahres.

(Beifall)

Ich empfinde es als eine Ehre und freue mich sehr, zu Ihrem Parteitag eingeladen zu sein und hier sprechen zu dürfen, nicht nur, aber doch auch, weil dieser Parteitag in Hannover stattfindet und hier in der Landeshauptstadt Niedersachsens erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ein christdemokratischer Politiker, der uns zudem noch aus seiner Tätigkeit bei den Europäischen Gemeinschaften in der Hauptstadt meines Landes gut bekannt ist, die Regierungsgeschäfte führt.

(Beifall)

Meine Freunde, die Einladung hat aber auch andere Gründe, und die liegen in der Thematik des heutigen Tages. Als mich die Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs im Dezember 1974 beauftragte, einen Bericht über die Europäische Union zu erstel-

len, habe ich bereitwillig als, wie ich glaube, guter Europäer diese Aufgabe übernommen.

(Beifall)

Auf Informationsreisen durch die Mitgliedsländer wollte ich hören, wie die Regierungen und Politiker sowie die sozialen und wirtschaftlichen Organisationen die Entwicklung der Gemeinschaft beurteilen. Auch diese sozialen Kräfte, die Gewerkschaften vielleicht sogar vor allen, haben sich äußerst positiv über die Bildung Europas geäußert. Sie sind für Europa, sind aber von der heutigen Lage oft sehr enttäuscht.

Nach Abschluß meiner Pilgerreise durch die neun Länder der Gemeinschaft stellte ich fest, daß im Augenblick ein Vorschlag für eine definitive Organisation der europäischen Integrationsbestrebungen unmöglich war. Dennoch habe ich mich bemüht, in meinem Bericht Wege aufzuzeigen, wie wir auf dem Wege der Europäischen Union zur Politischen Union gelangen können. So freut es mich, daß Sie, die CDU, den Europagedanken in den Mittelpunkt Ihres Parteitages gestellt haben und neben allen anderen wichtigen Dingen, die Sie auf dem Parteitag zu behandeln und zu beschließen haben, dem Thema Europa einen ganzen Tag widmen. Für die Einladung zu dieser Diskussion möchte ich mich bei Ihrem Vorsitzenden, meinem Freund Helmut Kohl, herzlich bedanken.

(Beifall)

Ich möchte kurz auf meinen Bericht zurückkommen. Es gehörte nicht zu meinem Aufgabenbereich, ins Blaue hinein Vorschläge zu unterbreiten, wohl aber einen Bericht für meine Kollegen Regierungschefs in den Mitgliedsländern zu erstellen. Ich erinnerte mich allzu gut an das, was Sie mir während meiner Sonderungsbesuche gesagt haben. Meine Schlußfolgerung war diese:

Erstens. Die Europäische Union, die Gegenstand meines Berichts ist, ist nicht die Endphase in der europäischen Entwicklung; wohl bildet sie eine sehr wichtige Phase.

Zweitens. Das einzige Mittel, um jetzt aus der Sackgasse herauszukommen und eine neue Startbasis zur Vorbereitung einer besseren Zukunft zu legen, besteht darin, der grundlegenden Philosophie, die in den Verträgen enthalten ist, möglichst treu zu bleiben. Diese Verträge haben die Parlamente der Mitgliedsstaaten gebilligt, doch scheinen noch nicht alle bereit zu sein, die Vertragsrichtlinien mit all ihren Konsequenzen auszuführen.

Auch wollte ich ermitteln, ob die Motive, die in den 50er Jahren der großen Aktivität für eine europäische Einigung zugrunde lagen, auch heute noch ihre Gültigkeit haben. Hierzu kann ich zusammengefaßt sagen: Damals erschien die Europäische Integration aus folgenden Beweggründen notwendig: Um die französisch-deutsche Aussöhnung zu bewirken, um die wirtschaftspolitischen Irrtümer der Vorkriegszeit endgültig zu vermeiden, um das europäische Bewußtsein im Konzert der Nation zu stärken und Europa Gewicht zu verleihen, damit nicht andere vollständig über unser Schicksal bestimmen können. Ich glaube sagen zu können, daß die französisch-deutsche Aussöhnung nun eine vollzogene Tatsache ist

(Beifall)

und nicht mehr länger als zwingender Beweggrund einer europäischen Integration betrachtet werden muß. Ganz Europa wird sich übrigens sehr hierüber freuen.

Die beiden anderen Motive haben allerdings ihre volle Bedeutung behalten. Niemand wagt es heute zu behaupten, daß der wirtschaftliche Dämon, der in den Vorkriegsjahren unsere Wirtschaft in ihren Fundamenten erschüttert hat, nun vollends gebannt ist. Hören wir nicht heute wiederum Reden von protektionistischen Maßnahmen und in einigen Ländern von währungspolitischen Manipulationen? Meines Erachtens genügt allein schon das wirtschaftliche Motiv, um uns unverzüglich zu einer weiteren Integration aufzuraffen.

(Beifall)

Zweitens bleibt die Bedeutung Europas in der internationalen Politik. Auch hier haben wir wenig oder kaum Fortschritte erzielt. Wir freuen uns über die Regelmäßigkeit der Zusammenkünfte der Außenminister der Neunergemeinschaft, doch sie haben selten zu einem internationalen Problem einen gemeinschaftlichen Standpunkt einnehmen können. Selbst als an den Grenzen Europas ein Krieg ausbrach, konnte die europäische Stimme nicht zu Gehör gebracht werden.

In allen Mitgliedsstaaten konnte ich feststellen, daß diese Situation Anlaß zu mancher Frustration gibt. Unsere Ohnmacht, unsere Verletzbarkeit wirken irritierend. Die Völker Europas erwarten, daß sich Europa durchsetzt und dort, wo es notwendig ist, mit einer Stimme spricht,

(Beifall)

um so sein Schicksal soweit wie möglich in die eigenen Hände zu nehmen.

Auf dieser Erfahrung aufbauend, lege ich daher auch in meinem Bericht dar, wie wir an Hand der externen Beziehungen zu besseren Resultaten gelangen können. Ich spreche dabei auch von der Verteidigung, einem Bereich, der bei Zustandekommen eines idealen Europas zweifelsohne auch eine bewußtere Ausprägung erhalten könnte. Auf jeden Fall müssen wir in der Sicherheitsfrage eine gemeinsame Haltung haben.

(Beifall)

Wenn Sie nun heute über die langfristigen Zielvorstellungen und die konkreten Lösungsvorschläge der CDU für die Europäische Union diskutieren und beschließen, so entnehme ich den Unterlagen des Parteitages eine erfreuliche Übereinstimmung mit den Grundideen des von mir dem Europäischen Rat vorgelegten Berichtes.

Dies ist für mich nach den sehr mageren Ergebnissen des Europäischen Rats im April in Luxemburg ein Schimmer schwacher Hoffungsstrahlen, wenn wenigstens einzelne, wenn auch große und wichtige Parteien wie die CDU mit der Tradition und der Dynamik des großen Europapolitikers Konrad Adenauer der Europapolitik den Rang einer wichtigen innenpolitischen Frage beimessen.

Dennoch sind Presse und Öffentlichkeit von den Ergebnissen, vor allem des Europäischen Rats in Luxemburg, enttäuscht, wo doch von diesem noch jungen Gremium Impulse für die europäische Entwick-

lung erwartet wurden. Als ich aber selber mit der Presse zusammentrat, mußte ich mich äußern und meine Eindrücke zusammenfassen. Ich durfte mich nicht pessemistisch zeigen, weil es, wie Sie wissen, in der Diplomatie ja nicht zum guten Ton gehört, zu sagen, daß Regierungschefs keinen Erfolg gehabt haben.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Beurteilung war diese: Der Europäische Rat hat sein Gleichgewicht noch nicht gefunden. Dieser Ausdruck wurde später von Präsident Thorn übernommen.

Eigentlich wissen wir noch nicht so recht, was wir mit dem Rat anfangen sollen. Bis jetzt hat er der Gemeinschaft nicht die Autorität gebracht, von der Jean Monnet gesprochen hat. Der wohl größte Fehler des Europäischen Rats ist, daß er seit seinem fast anderthalbjährigen Bestehen nicht dazu gekommen ist, Richtlinien zu geben, die auf eine gemeinschaftliche Haltung in der Inflationsbekämpfung und der Eindämmung der Arbeitslosigkeit hinzielen. Ich konnte feststellen, daß die Bevölkerung der Mitgliedsländer dies als unglaublich betrachtet. Und doch ist es die Wahrheit. Solche Fehler bringen die Glaubwürdigkeit der europäischen Konstruktion ins Wanken. Jede Rede über Europa erhält dadurch den Anstrich einer Weekend-Rede oder eines europäischen Gedichts.

(Beifall)

Eine andere Gefahr besteht darin, daß die informellen Gespräche europäischer Regierungschefs wieder die Oberhand bekommen. An und für sich können solche Gespräche höchst interessant erscheinen, weil die Teilnehmer Sachen hören, die sie normalerweise nicht über den Kanal der Berichte empfangen. Es stimmt auch, wie ein Mitglied einmal sagte, daß noch nie in der Geschichte neun Regierungschefs in einer entspannteren Atmosphäre zusammengekommen sind, um in regelmäßigen Abständen miteinander zu reden.

Wenn sich aber die Rolle des Europäischen Rats mehr und mehr auf solche Gespräche beschränkt, entsteht ebenfalls - bewußt oder unbewußt - die Idee eines intergouvernementalen Europa, das nur dann beschließt, wenn alle Neun ihr Einverständnis geben, und zwar nur in Fragen mit aktuellem Bezug und ohne eine systematisch vorbereitete und wohlüberlegte Politik. Das Schlimmste aber ist, daß im Europäischen Rat, zumindest in Luxemburg, auch der Wille nicht vorhanden war, Europa neue Impulse zu geben, selbst nicht durch gemeinschaftliche Anstrengungen, der Rezession in Europa die Stirn zu bieten.

Ganz gewiß kommt die größte Gefahr für die europäische Konstruktion von der währungspolitischen Entwicklung. Auch hier wurde nicht Ausschau gehalten, um eine Besserung der Zustände zu erreichen. Es besteht sogar die Gefahr, daß die währungspolitische Entwicklung das bereits Erreichte zerstört. Ich meine Agrarpolitik und Zollunion.

Wenn sich der politische Wille der Regierungen auf den verschiedensten Gebieten nicht durchzusetzen vermag, so ist das auch dem Mangel kollektiver Anstrengungen in unseren europäischen politischen Strukturen zuzuschreiben. Einn solcher kollektiver

Wille kann sich nicht äußern, weil die politischen Kräfte auf europäischer Ebene bis jetzt noch nicht organisiert sind.

(Klaus Jäger: Sehr wahr!)

Man hätte erwarten können, die politischen Parteien würden die politische Stagnation in Europa überwinden, indem sie Vorschläge und Initiativen formulieren. Dies war bis jetzt aber noch nicht der Fall.

Glücklicherweise zeichnet sich doch eine Änderung ab. Noch an diesem Wochenende fand in Rennes in Frankreich der Kongreß der neuen französischen Zentrumspartei, des Centre des Démocrates Sociaux, statt. Eines der Grundthemen der Beratungen war Europa. Es freut mich, Herrn Lecanuet zum Erfolg dieses Kongresses hier beglückwünschen zu können.

(Beifall)

Eine zweite erfreuliche Tatsache ist die Veröffentlichung des Europamanifests anlässlich dieses Parteitages, das Manifest der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Zum Schluß dieses Dokuments lese ich folgendes, was ich in der Vergangenheit selber sehr oft ausgesprochen habe:

Europa ist unsere Zukunft und die Hoffnung der unfreien Völker Europas. Die Einigung Europas ist der geschichtliche Auftrag an die lebenden Generationen.

Außerdem steht in dem Manifest:

Wir Europäer haben eine gemeinsame Geschichte, eine gemeinsame Kultur und eine gemeinsame Zivilisation. Unser wichtigste Gemeinsamkeit ist jedoch die Gemeinsamkeit unserer Werte, die wir in jahrhundertelangen Auseinandersetzungen durchgesetzt und immer wieder gegen alle Angriffe verteidigt haben. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität stehen heute für europäisches Denken und den europäischen Geist schlechthin. Wo diese Werte bedroht werden, wird Europa bedroht; wo sie unterdrückt werden, wird Europa unterdrückt.

(Beifall)

Diesen Ausführungen kann ich mich nur vollends anschließen. Was mir in diesem Zusammenhang wesentlich erscheint, ist die gemeinschaftliche Erweiterung des europäischen Rahmens. Am 29. April 1976 wurde in Brüssel durch die christdemokratischen Parteien und Gruppierungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft eine neue Europäische Volkspartei gegründet. Ich möchte bei dieser Gelegenheit Herrn von Hassel danken, weil er die Europäische Union Christlicher Demokraten bis heute so ausgezeichnet geleitet hat.

(Beifall)

Jetzt wollen wir aber eine europäische Partei bilden. Ich bin der Meinung, daß dies der einzige Ausweg ist, um zu einer kollektiven Willensbildung beizutragen, die selber für das Zustandekommen eines echten politischen Willens auf Gemeinschaftsebene bestimmend sein wird. Wir brauchen eine starke christlich

orientierte Partei, um mit den anderen politischen Formationen in erster Linie eine Übereinkunft in der Frage der Werte und Grundsätze zu erzielen, die das Fundament des künftigen europäischen Zusammenlebens darstellen.

Die zweite Aufgabe, die die Partei zu erfüllen hat, besteht in der Entwicklung einer Aktion für den Aufbau der Europäischen Union.

Mein Europabericht war für die Regierungschefs bestimmt und bildet einen Ausgangspunkt für weitere Schritte auf dem Weg der europäischen Integration. Von nun an muß man den politischen Kampf für Europa organisieren.

Die dritte Aufgabe besteht darin, ein politisches Programm abzufassen, das Lösungen für die Probleme und Herausforderungen der europäischen Völker enthält. Als Christdemokraten verfügen wir über ein Manifest, das am 21. Februar 1976 in Paris verabschiedet wurde und das die ideologische Grundlage der politischen Aktion der Christdemokraten auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet sowie in den Fragen der internationalen Politik darstellt.

Auf der Grundlage dieses Dokuments werden wir nun auch ein politisches Programm erstellen müssen, das für die verschiedenen Sachbereiche konkrete Lösungsansätze bietet. Wenn wir damit Erfolg haben, werden wir eine große Bewegung in Gang setzen. Weil wir uns über die künftige gesellschaftspolitische Orientierung Gedanken machen, werden wir ganz sicher Anziehungskraft auf die junge Generation ausüben.

(Beifall)

Es freut mich ganz besonders, Freunden in Europa zu begegnen - wie hier auf Ihrem Parteitag -, die sich für die Rettung und Weiterentwicklung Europas einsetzen. Meine lieben Freunde, Sie haben damit eine große und ehrenvolle, aber auch historische Verantwortung auf sich genommen. Zusammen werden wir Europa für unsere Generation bauen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Kai Uwe von Hassel, Tagungspräsidium: Lieber Freund Leo Tindemans, mit diesem Beifall danken wir nicht nur dafür, daß Sie zu uns gekommen sind und zu uns gesprochen haben, sondern wir möchten damit auch den Respekt davor bekunden, daß Sie als einer der Regierungschefs Europas die Aufgabe übernommen haben, die Weichen neu zu stellen, neue Ziele abzustecken und dieses Europa neu zu beleben. Wir möchten Ihnen für den Bericht herzlich danken, den Sie uns gegeben haben, den Sie durch die Veröffentlichung aber auch allen Staatsmännern und allen Politikern in Europa mit auf den Weg gegeben haben. Wir haben die Hoffnung, daß Ihr Bericht, Ihre Stellungnahme, Ihre Vision von den Möglichkeiten nicht in den Amtsstuben von Bürokraten oder solchen, die dieses Europa nicht wollen, versanden mögen.

(Beifall)

Verehrter Herr Präsident Tindemans, ich möchte Ihnen zweitens Dank dafür aussprechen, daß Sie bereit sind, den Vorsitz in der neuen Europäischen Volkspartei zu übernehmen.

(Lebhafter Beifall)

Wir sind überzeugt, daß mit Ihrer Wahl am 8. Juli in Luxemburg ein großer Europäer, der mit Leidenschaft unser gemeinsames Ziel vertritt, die Führung dieser Partei übernimmt.

Ich möchte Ihnen drittens - ein wenig vorausgreifend - einen herzlichen Glückwunsch dazu sagen, daß Sie übermorgen in Aachen als der große Europäer, der heute Europa nicht nur zu bewegen versucht, sondern dem dieser Versuch auch gelingen wird, den Karlspreis empfangen werden.

(Lebhafter Beifall)

Meine Freunde, Leo Tindemans hat den Minister der französischen Regierung, unseren Freund Lecanuet, der vorgestern zum Präsidenten der neuen französischen Partei CDS gewählt wurde, beglückwünscht.

(Beifall)

Er hat ihm seinen Glückwunsch zu dem Kongreß in Rennes ausgesprochen, an dem ich teilnehmen konnte und die Glückwünsche der europäischen christlichen Demokraten überbringen durfte.

Dieser Kongreß war, wie Leo Tindemans es darstellte, ein großes Bekenntnis zu Europa. Wir freuen uns, daß Sie hier sind. Prendre la parole, s'il-vous-plaît.

Lecanuet (mit Beifall begrüßt) (Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung): Sehr geehrter Herr Präsident Kohl! Liebe Freunde der CDU und der demokratischen Parteien! Es ist für mich eine sehr große Freude, daß ich heute hier anwesend sein darf in Hannover, in der Schwesterstadt und Partnerstadt von Rouen. Ich habe hier die große Freude, diesem beeindruckenden Ausdruck der Macht Ihrer Partei, der CDU, beizuwohnen.

Ich begrüße Sie hier als Präsident der neuen Partei CDS in Frankreich. Diese Partei ist vor zwei Tagen gegründet worden. Da sie jetzt schon als Kind von zwei Tagen so groß ist, wie wird sie in Zukunft wachsen!

(Beifall)

Mein Hiersein ist der Ausdruck der Freundschaft, die die Erben von Robert Schuman und von Konrad Adenauer einigt. Es ist der Ausdruck der Freundschaft, die bestehen geblieben ist über alle schwankenden Majoritäten und über alle Wechselwirkungen der Konjunktur und die definitiv das deutsche und das französische Volk einigt, die sich jetzt der Tatsache bewußt sind, daß sie das gleiche Schicksal haben.

Diese Freundschaft ist von Konrad Adenauer und von Robert Schuman begründet worden. Dann hat der General de Gaulle diese Freundschaft in einem deutsch-französischen Freundschaftsvertrag besiegelt. Diese Freundschaft bleibt für uns heute wie gestern eine der wesentlichen Grundlagen der Europäischen Gemeinschaft, die wir zusammen aufbauen wollen.

In einem Augenblick, der entscheidend ist für die Zukunft Westeuropas, am Vorabend einer bedeutenden Etappe sind wir von einem gemeinsamen Geist beflügelt, der eine sehr große politische Tragweite hat. Wir wollen zusammen die pluralistische Demokratie bewahren und weiterentwickeln, und zwar gegen die Gefahr, die vom Kollektivismus und von einer staatlichen Bevormundung ausgeht.

Ich glaube, das ist die beste Chance für den Fortschritt sozialer Art und für die Freiheit.

(Beifall)

Wir wollen zusammen eine Politische Union in Europa aufbauen in einer Welt, die unruhig und gefährdet ist. Das ist für unser Land die beste Chance, um die Unabhängigkeit und die Sicherheit zu festigen und damit zu einer Entspannung beizutragen, zu einer Entspannung zwischen Ost und West, und weiterhin zu einer Entwicklung wirtschaftlicher und sozialer Art aller unserer Völker zu gelangen, auch der Schwächsten unter uns.

Mit einem Wort: Wir wollen ein Gleichgewicht darstellen, das zur Wahrung des Friedens notwendig ist.

(Beifall)

Der Gemeinsame Markt ist fest verankert, und das, was wir erreicht haben, ist unerlässlich für das Wohlergehen unserer Volkswirtschaften, die mehr als je voneinander abhängig sind. Der Gemeinsame Markt muß weiterhin gefestigt werden. Dabei müssen wir aber schneller vorwärtsgen, und wir müssen in andere Bereiche vorstoßen. Wie das auch schon unser lieber Freund, Leo Tindemans, in seiner Rede zum Ausdruck gebracht hat, muß der Gemeinsame Markt immer mehr ein breites Feld der Solidarität werden. Alles, was diese Solidarität in Frage stellt, muß von jedem unserer Länder bekämpft werden; denn es ist so, daß niemand, wie reich er auch immer sein möge, allein im Wohlstand leben kann.

(Beifall)

Alles, was diese Solidarität stärkt, stärkt auch unsere Gemeinschaft. Ich glaube, hier braucht nicht weiter hervorgehoben zu werden, daß unsere Europäische Union mehr ist als nur eine wirtschaftliche, soziale und finanzielle Solidarität. Für uns ist ein großes Ziel, das wir uns gesetzt haben und dem sich jetzt alle Bürger anschließen müssen: Das Europa der Wirtschaftler und das Europa der Techniker muß weiterentwickelt und ausgebaut werden, um ein politisches Europa der Völker zu werden.

(Beifall)

Das war eines der ursprünglichen Ziele der Gründer der Europäischen Gemeinschaft, und dieses Ziel muß auch heute unser Ziel sein. Jetzt ist die Stunde gekommen, um den Wunsch in die Tat umzusetzen.

Im vereinten Europa muß progressiv eine gemeinsame Außenpolitik als eine zweite Etappe festgelegt werden. Man muß die Mittel zur Verfügung stellen, damit die Millionen Menschen in aller Welt, insbesondere in der Dritten Welt, das bekommen, was sie von uns erwarten. Wir müssen in neuer Art unsere zivilisatorische Aufgabe wahrnehmen, und zwar im Dienste der moralischen und geistigen Werte, die unsere Größe ausgemacht haben. Diese Werte sind heute bedroht.

Europa muß der Katalysator in einer geeinigten und gerechteren Welt und der Brennpunkt werden für den westlichen Humanismus. Das ist eine der Überzeugungen, die auch Herr Valéry Giscard

d'Estaing zum Ausdruck gebracht hat, als er zum Präsidenten der französischen Republik gewählt wurde; und zwar hat er das im Mai 1974 gesagt. Wir, die demokratischen Parteien, wollen uns diesem Gedanken anschließen, und wir wollen ihm einen neuen Impuls in Richtung Aufbau und Fortbildung Europas geben.

Die regelmäßigen Treffen der Staats- und Regierungschefs werden von den französischen Demokraten begrüßt. Der Beschluß, ab 1978 allgemeine europäische Wahlen durchzuführen, ist ein Ziel, dem sich die französischen Demokraten verschrieben haben. Dieser Wahl geben sie eine Priorität ebenso wie dem Knüpfen neuer Bande der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in Afrika. Ich erinnere an die Konvention von Lomé und an die Nord-Süd-Konferenz, die ebenfalls - erlauben Sie mir, daß ich Sie daran erinnere - auf die Initiative des Präsidenten der französischen Republik zurückgeht. Das sind Dinge, große Fortschritte, die weiter verfolgt werden müssen.

Die neue Politik in Europa ist trotz aller Hindernisse - und diese Hindernisse sind zahlreich - der Ausdruck eines Wunsches, mit unserer Gemeinschaft zu einer neuen Organisation politischer Art zu gelangen. Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang, darauf hinzuweisen, daß zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten ein Klima des Vertrauens neu geschaffen worden ist. Das kam insbesondere während der Reise unseres Staatspräsidenten Giscard d'Estaing nach Amerika zum Ausdruck.

Erlauben Sie mir den Hinweis auf das Atlantische Bündnis. Damit ist ein Hindernis ausgeschaltet worden, das die Entwicklung des europäischen Werkes etwas beeinträchtigt hat.

(Beifall)

Ein vereintes Europa zu schaffen, einen Partner, der mächtig und in der Lage ist, als gleichberechtigter Partner mit den Alliierten zu verhandeln, der ebenfalls eine Entspannungspolitik verfolgt, der aber dabei in seinen Verteidigungsanstrengungen nicht nachläßt, das ist etwas, was wir verwirklichen müssen. Wir müssen aus Europa einen Partner machen für die afrikanischen Staaten, für die Mittelmeerländer und für die Dritte Welt, die uns brauchen, damit ihre Entwicklung sichergestellt und ihre Unabhängigkeit bewahrt wird. Das ist in der Tat ein großes Ziel, das wir uns gesetzt haben und das der friedlichen Aufgabe, die Europa zu spielen hat, entspricht und das unserer großen Vergangenheit würdig ist.

Ich möchte noch ein weiteres Ziel hinzufügen, von dem ich glaube, daß es die Kräfte der Völker mobilisieren kann. Das ist, wie es Herr Leo Tindemans vorhin genannt hat, der Aufbau einer neuen Gesellschaft; eine neue Gesellschaft, in der Freiheit, Gerechtigkeit, der Dialog, Sicherheit, die Reform, die Demokratie, die politische und soziale Demokratie zusammengehen werden. Der Konservatismus kann den Kommunismus und den sozialen Marxismus nicht bekämpfen.

Wir werden siegen, wir werden aber nur dann siegen, wenn wir die Wurzeln bekämpfen, und zwar wenn wir die soziale Ungerechtigkeit bekämpfen und wenn wir die Ungleichheiten besiegen. Wir werden siegen und den Sieg davontragen, wenn wir uns der Freiheit verschreiben. Wir sind entschlossen, diese Freiheit zu verteidigen

und die materiellen Grundlagen zu schaffen, damit sie sich entfalten kann.

(Beifall)

Unsere beste Antwort auf den Kollektivismus wird sein, daß wir eine Demokratie des Fortschritts verwirklichen, eine Demokratie, die begründet sein wird, auf der Verantwortung von Personen aus allen Lebensbereichen, begründet auf der Entwicklung des Lebens innerhalb der Gemeinschaft und auf der Forderung der Solidarität auch mit den Ärmsten unter uns.

Das ist in meinen Augen, Herr Präsident, meine lieben Freunde, das Hauptziel unserer Europäischen Union. Das ist der Grund für unseren politischen Kampf, den wir in unseren Ländern führen. Ich hoffe, daß wir ihn bald zusammen führen werden, wenn wir zu allgemeinen europäischen Wahlen gelangen.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang glaube ich auch, daß unsere Zusammenarbeit zwischen den Parteien innerhalb der Europäischen Gemeinschaft verstärkt werden wird, da wir alle von dem gleichen Geist beflügelt sind. Bei der Gründung der Europäischen Volkspartei haben wir insbesondere die Hoffnung, daß wir in diesem Rahmen unser Werk besser aufbauen und organisieren können. Unsererseits sind wir, die CDS, sehr bereit, dort unseren Beitrag mit Eifer zu leisten, und zwar an der Seite aller jener, die das Ideal der Freiheit, der Gerechtigkeit, des Fortschritts und der Brüderlichkeit verfolgen. Diese Ideale wurden vor 25 Jahren von den Gründern unserer Gemeinschaft festgelegt, von Robert Schuman, Konrad Adenauer und Alcide de Gasperi, die ihre Politik auf diesen Idealen gegründet hatten.

Dieses Ideal lebt auch heute noch in unseren Herzen und entspricht unserem Wunsche und auch dem Wunsche der Menschen von heute. Aber wir müssen es erneut den Tatsachen, der Gesellschaft und dem Universum anpassen, die sich seit einem Vierteljahrhundert sehr stark verändert haben. Wir müssen etwas gründen und wir müssen in die Zukunft schauen. Wir wissen, daß wir durch unsere Union die Herausforderung des 20. Jahrhunderts annehmen.

Sehr geehrter Herr Präsident Kohl, meine lieben Freunde der CDU, ich wünsche, daß die Verwirklichung dieses Ideals in gemeinsamer Aktion von unseren beiden Parteien durchgeführt wird und daß wir dieses Ideal zum Nutzen der Freiheit und der Gerechtigkeit in Europa durchsetzen werden.

(Anhaltender, lebhafter Beifall)

Kai Uwe von Hassel, Tagungspräsidium: Verehrter Herr Präsident Lecanuet! Wer Ihre Rede hier mit Aufmerksamkeit gehört hat, wird feststellen, daß das Programm, das Sie sich mit Ihrer neuen Partei vor zwei Tagen in Rennes in der Bretagne gegeben haben, sich eigentlich in nichts von den Grundsätzen der Christlich Demokratischen Union unterscheidet. Jeder in diesem Saal hat wahrscheinlich bei Ihrer Rede mehrfach auf das Motto "Freiheit statt Sozialismus" geschaut und dabei zwischen Ihnen und uns keinen Unterschied gefunden.

(Beifall)

Ich danke Ihnen dafür, daß Sie bei uns waren. Wir beglückwünschen Sie zu Ihrer neuen Parteigründung und erhoffen für Sie einen großen Erfolg.

(Beifall)

Wir danken Ihnen dafür, daß Sie in Ihren Schlußsätzen eine kräftige Mitwirkung in der neuen Europäischen Volkspartei zugesagt haben. Das ist für uns alle in Europa eine bedeutende Erklärung Ihrerseits.

(Beifall)

Meine Freunde, es spricht jetzt zu uns der Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei, Dr. Taus.

(Beifall)

Sie wissen alle, meine Freunde, daß Herr Dr. Taus nach dem tragischen Tode seines Vorgängers Schleinzer, dem wir gestern hier in einem Nachruf die Ehre erwiesen haben, in schwieriger Zeit die Verantwortung in Österreich übernommen hat. Ich darf ihm und der Österreichischen Volkspartei einen sehr herzlichen Glückwunsch sagen. Wir bedanken uns, daß Sie heute mit einer großen Delegation unter uns sind, die hinten auf der Ehrentribüne unserer ausländischen Ehrengäste sitzt. Sie haben das Wort, Herr Dr. Taus.

Dr. Josef Taus, Vorsitzender der ÖVP:

(mit Beifall begrüßt)

Herr Vorsitzender! Lieber Helmut Kohl! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde!

(Beifall)

Es ist für mich eine große Ehre, diesem machtvollen Parteitag der CDU die besten Grüße der Österreichischen Volkspartei zu überbringen.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, unsere Hoffnungen und Wünsche werden Sie in den nächsten Wochen und Monaten ständig begleiten, denn die Bundestagswahl am 3. Oktober ist eine Wahl von europäischer Bedeutung.

(Beifall)

Europa ist nach den Grundsätzen und Wertvorstellungen christdemokratischer Parteien wiederaufgebaut worden, in die Freiheit geführt worden und unter christdemokratischen Regierungen zu Wohlstand gekommen. Das sollten wir nie vergessen.

(Beifall)

Ich glaube, hier ruhig sagen zu können: Sehr viel an Substanz haben die europäischen Sozialisten zu dem europäischen Wiederaufstieg nicht beigetragen.

(Beifall)

Sie haben nicht viel mehr getan, als klassenkämpferische Parolen angeboten und ein utopisches System umfassender gesellschaftlicher Planung - ein Irrlicht, dem sie bis heute noch nachlaufen.

(Beifall)

Ich möchte hier ausdrücklich feststellen: Europa verdankt seinen wirtschaftlichen Wiederaufstieg der Tatsache, daß die sozialistischen Parteien ihre Vorstellungen vom Aufbau und der Organisation der Gesellschaft nicht durchsetzen konnten.

(Beifall)

Gestatten Sie mir, daß ich mich hier im Namen der Österreichischen Volkspartei einer Dankespflicht entledige: Ich verneige mich vor dem Mann, der mutig den ökonomischen Aufstieg in diesem Kontinent, in Deutschland und Österreich durch seine Entscheidung mitgetragen hat; ich verneige mich vor Ludwig Erhard.

(Lebhafter Beifall)

Ich möchte ihm hier zurufen: Wir haben seine ökonomischen Lektionen gelernt.

Meine lieben Freunde, es geht in diesem Europa um eine grundsätzliche Auseinandersetzung. Es geht nicht darum, daß es etwa eine Wahl zwischen Parteien von sehr großer Ähnlichkeit gibt, die sich nur in Nuancen unterscheiden. Nein, hier geht es um sehr viel mehr, es geht um die Weichenstellung auf diesem Kontinent, in allen westeuropäischen Ländern.

(Beifall)

Die pluralistische Demokratie, zu der wir uns bekennen, war vielen sozialistischen Parteien viele Jahre hindurch ein Greuel, und wir wollen sie jetzt daran erinnern. Sie haben sie erst entdeckt, als sie darauf gekommen sind: Um mehr Wähler zu gewinnen, muß man die Taktik ändern. Sie haben dann dieses freie pluralistische System als ein Vehikel zur Erringung der Macht umfunktioniert. Das ist die Situation, in der wir uns befinden.

(Beifall)

Sie haben den Wählern eingeredet, daß sie sich geändert hätten, daß sie nun eine andere sozialistische Partei oder andere sozialistische Parteien geworden sind. Das war die große taktische Wende, die sich bei den Sozialisten so vor 15 bis 18 Jahren abgespielt hat.

Aber meine Auffassung ist, daß eine ähnliche taktische Wende, wie sie einige sozialistische Parteien vor 15 bis 18 Jahren vorgenommen haben, nun in Europa von einigen kommunistischen Parteien vollzogen wird. Sie geben vor, den Pluralismus zu akzeptieren.

Sie streichen den Begriff der Diktatur des Proletariats aus ihrem Vokabular und wollen damit signalisieren, sie seien andere geworden. Ich überlasse die Schlußfolgerung, was sich hier geändert hat, jedem einzelnen. Diese Schlußfolgerung muß jeder einzelne für sich ziehen; dabei kann ihm niemand helfen.

(Beifall)

Ich behaupte, es hat sich grundsätzlich am Sozialismus nichts geändert.

(Beifall)

Lassen Sie mich das an Hand einiger Zitate aus dem Bereich des österreichischen Sozialismus beweisen. Da steht z. B. im Wiener Programm der Sozialistischen Partei Österreichs ein Satz von schlichter Überheblichkeit: "Sozialismus ist vollendete Demokratie."

(Lachen)

Das ist eine klare Aussage gegen die pluralistische Demokratie, und das verdient festgehalten zu werden.

(Lebhafter Beifall)

Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Österreichs, Bruno Kreisky, der sich oft vor Liberalität nicht groß genug tun kann, hat jüngst in einem Interview erklärt - und jetzt passen Sie bitte genau auf:

"In dem Maße, in dem es gelingt, die gesellschaftliche Demokratie zu verwirklichen, in dem Maße werden sozialistische Ideen verwirklicht werden, schlägt die Quantität der Reformen in eine andere Qualität der Gesellschaft um, und dann nähert man sich einem demokratischen Sozialismus und der Sozialdemokratie."

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich frage Sie: Wo ist denn das Neue am Sozialismus? Wenn die taktische Maske ein wenig gelüftet wird, kommt doch der alte Sozialismus wieder zum Vorschein,

(Lebhafter Beifall)

und zwar im altvertrauten revisionistischen Kleid, sowohl bei Ihnen wie bei uns. Das ist der Jargon der zwanziger Jahre, der Jargon der dreißiger Jahre. Ich frage Sie: Was hat sich hier geändert? Meine Antwort ist: Nichts hat sich geändert.

(Beifall)

Es ist derselbe sozialistische Parteivorsitzende Bruno Kreisky, der in einem Brief an seine Freunde Willy Brandt und Olaf Palme geschrieben hat - das ist alles veröffentlicht worden, und ich möchte das im Hinblick auf die Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland bedauern; gewiß kein Bestseller, aber es verdient, hier festgehalten zu werden:

"Denn es gibt viele, die mit uns"

- mit den Sozialisten, meint Kreisky -

"ein Stück Weges gehen wollen, die mit uns an der Lösung so mancher Fragen arbeiten wollen, ohne daß sie sich vorher deshalb zur Gänze unseren Zielvorstellungen zu verschreiben wünschen."

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist eine zynische Gebrauchsanweisung für den Wählerfang. Bringen Sie doch diesen Satz unter die Leute! Er verdient es, bekannt zu werden.

(Beifall)

Er bedeutet: Mein lieber Wähler, wir brauchen Deine Begleitung nur für ein Stück Weges; hilf uns, die Macht zu betonieren; ist das geschehen, dann brauchen wir Dich nicht mehr! - Solche Sätze müssen wir den Menschen bewußt machen, jeder muß sie kennen.

(Beifall)

Nachdem die Sozialisten einige Jahre die Soziale Marktwirtschaft für sich zu okkupieren versucht haben, wird jetzt - auch im Hinblick auf die Krise, an deren Zustandekommen sie gewiß nicht unschuldig gewesen sind - die Maske gelüftet. Was wird dazu gesagt? Ich zitiere wiederum Bruno Kreisky:

"Wir befinden uns, so glaube ich, in der Anfangsphase einer Renaissance des planwirtschaftlichen Denkens".

Da sei Gott vor, das sollte nicht sein, das wollen wir nicht.

(Beifall)

Aber nun regieren die Sozialisten seit einer Reihe von Jahren in europäischen Staaten, in denen sie vorher nicht regiert haben, und sie können die Verantwortung nun nicht mehr auf irgendwelche finsternen Mächte der Reaktion abschieben. Mit ihrer Regierungstätigkeit tragen sie die Hauptverantwortung für den heutigen Stand der Außen- und Innenpolitik dieser Staaten, der Bildungspolitik und der Wirtschaftspolitik. Die Zeit der Ausreden ist vorbei. Sie haben nicht viel fertiggebracht. Inflation, Krise, Unsicherheit - das ist das Bild dessen, was sie in ihrer Regierungszeit gebracht haben.

(Beifall)

Es ist eben ein unlösbarer Widerspruch, ein System zu regieren, das man überwinden, ja zerstören will. Auch das müssen wir den Menschen sagen.

(Zustimmung)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine lieben Parteifreunde! In der Politik geht es um Werte, und die Entscheidung für oder gegen diese Werte kann keinem Bürger abgenommen werden.

Er hat die Wahl, ob er vom Staat wie ein Hund an die Leine genommen werden will oder aber ob er sich zur Würde, Mündigkeit, Freiheit und Selbstverwirklichung bekennt. Eine Negation dieser Werte ist allerdings eine Absage an unsere gesamte Kultur.

(Beifall)

Noch eines: Das Leistungsprinzip ist viele Jahre hindurch schlechtgemacht worden, ist als Ausbeutung verteufelt worden. Lassen Sie mich dazu ein klares Wort sprechen. Unsere gesamte Zivilisation beruht auf Leistung, sie ist durch Arbeit entstanden und kann nur durch Arbeit erhalten werden. Die Verachtung des Leistungsprinzips ist eine Zerfallerscheinung und führt in ihrer Konsequenz zum Zerfall unserer Zivilisation.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, wir haben es bei den sozialistischen Parteien mit einer internationalen Aktionseinheit zu tun. Wir sollten daher auch die internationale Zusammenarbeit unserer Parteien intensiver betreiben.

(Beifall)

Als Vertreter eines neutralen Staates bekenne ich mich zur Souveränität der einzelnen Staaten. Das hat aber nichts mit einer immer enger werdenden Zusammenarbeit unserer großen Gesinnungsgemeinschaften zu tun. Wir arbeiten eng zusammen, und ich darf allen, die sich darum verdient gemacht haben, herzlich danken. Ich halte es aber für notwendig, daß die Gemeinschaft der christdemokratischen Volksparteien stärker gemeinsam in der europäischen Öffentlichkeit auftritt, ihre Gemeinsamkeit im Grundsätzlichen demonstriert und zeigt, daß es sich hier um die führende europäische Kraft handelt.

(Beifall)

Wir hoffen, daß die diesjährige Klesheimer Tagung in Salzburg unsere Parteien wieder ein Stück näher zusammenführt und den europäischen Wähler die Stärke und Dynamik der großen christdemokratischen Volksparteien vor Augen führt. Denn die sozialistischen Parteien sind nicht für den einzelnen Bürger da. Individualität, Selbstverwirklichung - das sind für sie fremde Vokabeln, auch wenn sie sie gelegentlich gebrauchen. Die christdemokratischen Parteien aber sind bereit, für ihre Werte zu kämpfen, einzustehen für die Würde des Menschen, für seine politische Mündigkeit, seine Freiheit, seine Selbstbestimmung und seine Selbstverwirklichung.

(Beifall)

Wir sind bereit, gemeinsam mit allen jenen zu kämpfen, die sich zu einem humanen Menschenbild bekennen, nicht, damit sie nur ein Stück Weges mit uns gehen, sondern daß sie zusammen mit uns an der Sicherung der Freiheit und des Fortschritts in Europa und in der Welt arbeiten.

Die westliche Welt, die freie Gesellschaft, befindet sich in einer entscheidenden Phase der Sicherung der Demokratie. Die Sicherung der Demokratie und der Freiheit des Menschen ist die große Herausforderung unserer Zeit. Wir sind bereit, allen Parteien in Europa, die für diese Werte eintreten, die Hand zur aktiven Mitarbeit zu reichen. Wir hoffen, daß im Herbst bei der Klesheimer Tagung die Parteien, die für ein humanes Menschenbild eintreten, ein Stück näher zusammenrücken werden. Denn, meine lieben Freunde: Sozialismus kann national Einhalt geboten werden; er ist aber nur weltweit zu besiegen.

Darum wünsche ich Ihnen für Ihre Bundestagswahl wirklich das Allerbeste, und ich möchte Ihnen zurufen: Aus Liebe zu Europa - CDU statt SPD!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Kai Uwe von Hassel, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Herr Dr. Taus! Es bedarf keines besonderen Wortes des Dankes, der Anerkennung und der Freude über Ihre Rede, Ihr Bekenntnis und den neuen Slogan, den Sie uns außerdem mit auf den Weg gegeben haben.

(Heiterkeit und Beifall)

Sie haben es aus der großen Runde selber entgegengenommen. Meine Damen und Herren, ich darf ein Wort zum weiteren Ablauf dieses Vormittags sagen. Es wird jetzt gleich die Vorsitzende der britischen Konservativen zu uns sprechen.

(Beifall)

Ich darf darauf aufmerksam machen, daß der deutsche Text inzwischen entweder schon verteilt ist oder in den nächsten Minuten in Ihre Hände gelangen wird. Wir werden anschließend nach einer kurzen Zusammenfassung das Europäische Manifest der CDU Deutschlands hören. Ich bitte, davon auszugehen, daß wir um 13 Uhr schließen können. Ich darf Sie ferner bitten, daß Sie sich mit Rücksicht auf die große Bedeutung dieses Tages auf diese Zeiteinteilung einstellen.

Verehrte Mrs. Thatcher, es ist das erste Mal, daß ein Vorsitzender der britischen Konservativen bei dem Bundeskongreß der Christlich Demokratischen Union Deutschlands spricht. Wir sind Ihnen dafür ganz besonders dankbar, denn wir wissen, in welcher Situation Sie selber in Ihrem Lande stehen, und daß Sie dort den gleichen Versuch unternehmen wie wir, eine sozialistische Regierung abzulösen und an ihre Stelle eine neue unter Ihrer Ministerpräsidentschaft zu setzen.

(Beifall)

Mrs. Thatcher, wir danken Ihnen von Herzen dafür, daß Sie hierher gekommen sind, and I would like that you take the floor.

(Beifall)

(Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung)

Mrs. Margaret Thatcher, Vorsitzende der Konservativen Partei Großbritanniens

(mit lebhaftem Beifall begrüßt)

Ich freue mich sehr, daß ich heute hier in Hannover dem Parteitag unserer deutschen Freunde in der CDU beiwohnen kann. Seitdem ich im letzten Jahr die Führung der Konservativen Partei übernahm, habe ich immer die Notwendigkeit betont, die engstmögliche Freundschaft zwischen unseren beiden Parteien aufzubauen.

(Beifall)

Wir hießen Prof. Carstens im vergangenen Jahr in London willkommen und sehen Dr. Kohls Besuch im Juli mit Freude entgegen.

(Beifall)

Er und/ ich sind in derselben Lage: Wir hoffen beide auf baldige Beförderung.

(Heiterkeit und Beifall)

1976 ist Wahljahr in Deutschland, und Ihrer Konferenz kommt daher ganz besondere Bedeutung zu. Wir in England sind - genau wie sie - zur Zeit in der Opposition. Die Ungeduld, die Sie empfinden, ist uns daher nur zu gut bekannt. Ich bringe Ihnen die besten Wünsche zum Erfolg im kommenden Wahlkampf.

(Beifall)

Es ist mir eine große Befriedigung, daß sich unsere Freundschaft so verstärkt, denn auf so vielen Gebieten haben wir die gleiche Lebensanschauung und -einstellung. Dieselbe Motivierung brachte Sie, als Christliche Demokraten, und uns, als Konservative, in die Politik. Genau wie Sie sind wir der Überzeugung, daß die Erweiterung der Freiheit des einzelnen Menschen das erste Ziel unserer Gesellschaftsordnung sein muß.

(Beifall)

Genau wie Sie sehen wir, daß diese Freiheit von überall her bedroht und untergraben wird.

Nicht weit östlich von Hannover spaltet der Eiserne Vorhang die beiden Teile Deutschlands: Ein Teil ist frei, der andere lebt unter einer totalitären Regierung.

Noch weiter östlich liegt eine Insel der Freiheit, Westberlin.

(Beifall)

Berlin ist das Symbol der Entschlossenheit des einzelnen Menschen, seine Freiheit zu verteidigen.

(Beifall)

Wie Sie sind wir entschlossen, die Freiheit und die Anschauungen und Ideale, die die Grundlage unserer Lebensphilosophie im Westen bilden, aufrecht zu erhalten und zu verstärken.

In meinem Land, wie in Ihrem, gibt es eine Reihe politischer Parteien, aber obwohl man die Parteien bei vielen Namen nennt, gibt es doch nur zwei politische Philosophien, nur zwei Regierungsformer.

Die eine Regierungsreform ist die der Sozialisten und Marxisten, in der der Staat von Bedeutung ist und nicht der einzelne Bürger. Unter ihr werden Entscheidungen, die das Leben des Volkes betreffen, nicht vom Volk, sondern für das Volk getroffen. Unter ihr werden Eigentum und Ersparnisse dem Bürger weggenommen, anstatt mehr und mehr Bürgern die Möglichkeit zu geben, Eigentum und Ersparnisse zu erwerben. Unter ihr ersetzt Zwang Eigeninteresse und Eigeninitiative. Unter ihr ist der Staat der Herr anstatt der Diener des Volkes.

(Beifall)

Herr Präsident, in meinem wie auch in anderen westeuropäischen Ländern ist der Sozialismus zu weit vormarschiert.

(Lebhafter Beifall)

Jedes Jahr werden mehr Entscheidungen vom Staat und weniger vom einzelnen Menschen getroffen. Jedes Jahr kassiert der Staat mehr Steuern und läßt dem Bürger weniger von seinem eigenen Einkommen. Dies ist der Sozialismus, wie er praktisch ausgeübt wird.

(Beifall)

Wenn wir so weitermachen, werden wir eine " Taschengeld "-Gesellschaftsordnung haben,

(Heiterkeit und Beifall)

eine Gesellschaftsordnung, in der die Früchte unserer Arbeit zum größten Teil dem Staat gehören und in der wir jede Woche ein bißchen Taschengeld ausgehändigt bekommen - für unseren persönlichen Gebrauch. Tatsächlich, eine Taschengeld-Gesellschaftsordnung!

Herr Präsident, es ist höchste Zeit zur Umkehr, zum Marsch zurück zur Freiheit.

(Beifall)

Es ist ein langer und schwieriger Weg. Ich hoffe, daß wir uns unterwegs gegenseitig beistehen und ermutigen.

Die andere Regierungsform ist natürlich die Philosophie der Konservativen, der christlichen Demokraten - also unsere politische Einstellung. Unter ihr ist jeder einzelne Bürger von gleicher Bedeutung , wenn auch verschieden begabt, jeder hat gleiche Rechte und die Freiheit, im vollen Ausmaß seiner Begabung aufzusteigen. Unter ihr ist die Familie der Grundstein der Gesellschaft,

(Beifall)

man ehrt das Streben der Eltern, den Kindern einen besseren Anfang im Leben zu geben, als eine der stärksten Triebkräfte zum Guten.

(Beifall)

Unter ihr wird die freie Auswahl von Waren, Dienstleistungen, der Schulerziehung und der Wohnung ständig erweitert. Unter ihr werden Sparsamkeit und Ersparnisse gefördert, damit der einzelne mehr Unabhängigkeit vom Staat erreicht, anstatt ewig vom Staat abhängig zu bleiben.

(Beifall)

Unter ihr finden praktische Fürsorge und Nächstenliebe ihren Ausdruck im täglichen Leben und beschränken sich nicht nur auf die Forderung nach größerer und besserer Staatshilfe. Und unter ihr ist die Freiheit aller Bürger durch eine gerechte und unparteiliche Gesetzgebung gesichert.

(Beifall)

Das sind die Prinzipien, auf denen Lebensanschauung und Zivilisation im Westen aufgebaut wurden. Wenn wir dieses Erbgut erhalten wollen, müssen wir es jeden Tag neu verdienen.

Herr Präsident, mein Land steht schweren wirtschaftlichen Problemen gegenüber. Ich habe aber oft das Gefühl, daß die politische Debatte in Großbritannien - wie auch in ganz Europa - zu sehr von der wirtschaftlichen Debatte beherrscht wird.

(Beifall)

Es ist so leicht, sich im Netz der Wirtschaftsstatistiken zu verfangen. Wenn man zu lange auf die Bilanz starrt, vergißt man, den gewohnten Blick auf die "sonnigen Höhen der Freiheit" zu werfen.

(Beifall)

Aber die Art und Weise, in der ein Volk sein Wirtschaftsleben ordnet, ist eines der besten Anzeichen seines Charakters und zeigt am sichersten den Weg, den es einzuschlagen gedenkt. Dr. Erhard weiß, ein freies Wirtschaftssystem garantiert nicht nur die Freiheit des Bürgers, in ihm gibt es die besten Möglichkeiten, den Wohlstand des ganzen Volkes zu heben.

(Beifall)

Der Kontrast zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ist ein Beweis für diese Feststellung. Nach mehr als einem halben Jahrhundert der härtesten, marxistischen Herrschaft sind die Russen noch immer nicht in der Lage, ihr eigenes Volk zu ernähren. Die Amerikaner dagegen produzieren nicht nur reichlich Nahrungsmittel für das eigene Land, sondern auch noch Exportüberschüsse für den Rest der Welt - einschließlich Rußlands!

Wir in Großbritannien haben am eigenen Leibe erfahren, daß jeder weitere Schritt in Richtung Sozialismus die Freiheit des einzelnen beschränkt, und den Staatsanteil erhöht, unsere Wirtschaftsprobleme verschlimmert und unseren Reichtum verschleudert. Der Köder, den die Sozialisten auswerfen, um den Beifall des Volkes zu gewinnen, ist das Versprechen größeren persönlichen Gewinnes ohne größere persönliche Anstrengung. Das Resultat ist die Verarmung des einzelnen - und des ganzen Volkes.

(Beifall)

Seit mehr als 50 Jahren leben wir in einem intellektuellen Klima, das darauf hinausgeht, uns zu überzeugen, daß Entscheidungen, die vom Staat für das Volk getroffen werden, irgendwie moralisch und praktisch besser sind, als Entscheidungen, die der einzelne für sich selbst trifft. In der Geschichte unseres Jahrhunderts gibt es keine Beweise für die Richtigkeit dieser Behauptung. Im Gegenteil, alle Anzeichen deuten darauf hin, daß man die Gefahr der Tyrannei erhöht, je mehr man die Entscheidungsmöglichkeiten des einzelnen beschneidet.

(Beifall)

Auf diesem Wege erreicht man den Aufbau einer zweitrangigen und zweitklassigen Gemeinschaft. Diese Botschaft müssen wir in Groß-

britannien in Deutschland und in ganz Europa verkünden. Unser Schlachtruf sei: "Freiheit" und unsere Losung "Das Recht des einzelnen".

(Beifall)

Aber alles, was wir für wertvoll halten, wird nicht nur von innen, sondern auch von außen bedroht. Als die Spannungen des kalten Krieges nachließen, war es zu verstehen, daß die Völker des Westens eine Detente, eine Entspannung, mit Erleichterung begrüßten. Entspannung muß aber auf Gegenseitigkeit beruhen, und ich befürchte, daß bisher zu viele Konzessionen allein vom Westen eingeräumt wurden. Von den Versprechungen, die die Sowjetunion in Helsinki gab, hat sie wenige gehalten. Die Länder des Westens dagegen sind bald über ihre eigenen Beine gestolpert in der Eile, ihren Teil der Abmachungen einzuhalten.

(Lebhafter Beifall)

Die verschiedenen Verhandlungen, die ihren Höhepunkt in den Abmachungen von Helsinki erreichten, sollten ursprünglich Schritt halten mit den Verhandlungen über die MBFR auf beiden Seiten des eisernen Vorhangs. Von dieser Voraussetzung ging der letzte Außenminister Großbritanniens, Sir Alec Douglas Home, aus. Aber jetzt hat man die MBFR beinahe vergessen, und die Macht der Sowjetunion wächst Jahr für Jahr.

(Beifall)

Wir dürfen die Hoffnung auf Erfolg nicht mit dem Erfolg selbst verwechseln. Nur weil wir uns von ganzem Herzen Frieden und Zusammenarbeit wünschen, dürfen wir nicht annehmen, daß sie uns deswegen auf ewig sicher sind.

Wir müssen im Prozeß der Entspannung Verteidigungs- und Abwehrkräfte bereithalten. Wenn wir das versäumen, werden wir im Westen erfahren, daß wir uns dauernd marxistischen Idealen anpassen müssen, anstatt in Sicherheit in einer Welt zu leben, in der unsere eigenen Ideale verwirklicht werden.

(Beifall)

Wir dürfen nicht zaghaft oder schwankend sein, wenn wir unsere Ideale proklamieren. Wir müssen eine Welt bauen, in der die Freiheit in die Offensive übergeht.

(Beifall)

Wir wollen nicht vergessen, daß kein Land des Westens, nicht einmal die Vereinigten Staaten, allein gegen die Macht Rußlands ankommen kann oder allein die Verbreitung des kommunistischen Einflusses durch die Welt aufhalten kann. In dieser großen Aufgabe müssen wir alle zusammenstehen.

(Beifall)

Unser intellektueller und geistiger Einklang ist ein ebenso starker Schild wie unsere militärische Allianz.

Von allen den Paragraphen des Vertrages von Helsinki wird keiner so eindeutig vernachlässigt wie der, der einen freieren Austausch von Ideen zwischen Ost und West vorsieht. Die Sowjetunion hat bisher ganz minimale Anstrengungen gemacht, diese Abmachungen zu ihrem Teil zu erfüllen. Der Grund dafür ist offensichtlich; Die Sowjetunion kann sich eine Invasion unserer Ideen und Weltanschauungen in ihr Gebiet nicht leisten.

(Beifall)

Im Angesicht dessen ist es doch traurig, daß der Westen in der letzten Generation den geistigen Kampf gegen den extremen Sozialismus so vernachlässigt hat.

(Beifall)

In den letzten Jahren haben wir alle mit Sorgen beobachtet, bis zu welchem Ausmaß die Ideale der Linken, oft der extrem Linken, bei der Jugend Wiederhall fanden. Es ist noch nicht lange her, daß unter anderem in Deutschland, Frankreich und Großbritannien einige Universitäten durch die von marxistischen Studenten verursachten Unruhen zum Stillstand gebracht wurden. Es ist noch nicht so lange her, daß in einigen Universitäten die Ideen und Traditionen des freien intellektuellen Gedankenaustausches offen verspottet wurden, und zwar in denselben Universitäten, in denen diese Ideale anfänglich das Licht der Welt erblickten.

Ich habe aber, jetzt das bestimmte Gefühl, daß sich die Sache ändert. In den britischen Universitäten findet man jetzt ein klares Verständnis dafür, daß eine zivilisierte Gesellschaftsordnung auf Freiheit beruht.

(Beifall)

Unsere konservativen Studentenverbindungen haben jetzt mehr Mitglieder als die der anderen politischen Parteien.

(Beifall)

Dies ist eine Entwicklung von größter Bedeutung. Diejenigen unter uns, die sich leidenschaftlich für die Freiheit des Volkes einsetzen, wissen genau, daß wir heute Herz und Gemüt der Jugend erobern müssen, wenn wir die Freiheit für morgen sichern wollen.

(Beifall)

Aber es ist noch so vieles zu tun. In manchen europäischen Ländern findet man jetzt kommunistische Parteien, die sich im demokratischen Gewand zeigen, und mit sanfter Stimme sprechen.

(Beifall)

Diese Bekehrung wird uns jetzt dauernd vorgemacht, und wir hoffen natürlich, daß sie tatsächlich echt ist. Aber jedes Kind in Europa kennt die Geschichte vom Rotkäppchen und was ihm in Großmutterns Haus im Wald passierte.

(Heiterkeit und Beifall)

Trotz der neuen Kleider der Kommunisten, trotz ihrer honigsüßen Stimmen passen wir besser auf, daß uns die Zähne und der Appetit des Wolfes nicht erreichen...

(Beifall)

Wir haben alle in unseren eigenen Ländern unsere eigenen Probleme. Aber auf einigen Gebieten haben wir dieselben Probleme : in der Aufrechterhaltung einer freien Wirtschaft und dem Kampf gegen die Elemente, die unsere Lebensweise von innen und von außen bedrohen. Wir müssen nah zusammenrücken, um mit diesen Problemen und diesem Kampf gemeinsam fertig zu werden.

Ich bin der Überzeugung, daß die christlich-demokratischen, die konservativen Parteien und die Parteien der Mitte in Europa jetzt eine effektive Arbeitsgemeinschaft gründen müssen.

(Beifall)

Ich bin sicher, daß diese Aufgabe von hoher geschichtlicher Bedeutung ist und daß wir sie mit aller Tatkraft anfassen müssen. Es ist ermutigend, zu hören, daß in den Diskussionen zwischen verschiedenen europäischen Parteien, einschließlich der CDU und der konservativen Partei, gute Fortschritte gemacht wurden. Diese Aussprachen sollen zu einer solchen Allianz führen: zur sogenannten Europäischen Demokratischen Union. Unser Ziel ist nicht eine einzige, allumfassende Partei, sondern eine Allianz von autonomen Parteien, die zu einem gemeinsamen Zweck zusammenarbeiten.

(Beifall)

Die Sozialistische Internationale besteht seit vielen Jahren. Wir brauchen ihre sterilen Lehren und ideologischen Argumente nicht nachzuahmen. Wenn wir aber die brennende Überzeugung unserer eigenen Mission haben, müssen wir eine ebenso starke Organisation aufbauen, um unser Ziel zu erreichen.

(Beifall)

Wir haben gleichgesinnte Freunde nicht nur in der EWG, sondern auch in Österreich, der Schweiz und den skandinavischen Ländern. Wir müssen ihnen erlauben, einen Beitrag zu leisten. In Portugal und Spanien sehen wir die ersten Anfänge der Entwicklung der Demokratie, und wir müssen uns darüber klar sein, wie wichtig es ist, dort die neuen Parteien zu fördern und zu unterstützen, die mit unseren Idealen im Einklang stehen.

(Beifall)

Ich halte ein solches Zusammenarbeiten der christlich-demokratischen und konservativen Parteien für überaus wichtig. Aber ich habe keine Illusionen über die Schwierigkeiten, die wir überwinden müssen. Vorurteile und Mißverständnisse haben uns bisher oft die Zusammenarbeit erschwert.

Aber je mehr wir miteinander reden, um so mehr Themen werden wir finden, in denen wir uns verstehen. Die Mißverständnisse können und müssen aus dem Weg geräumt werden.

Wir dürfen auch nicht vergessen, daß wahrscheinlich in den nächsten Jahren direkte Wahlen zum Europäischen Parlament abgehalten werden. Sobald Übereinstimmung über einen geordneten, allgemein akzeptierbaren Wahlvorgang erreicht worden ist, müssen wir Konservativen darauf bestehen, daß diese Wahlen stattfinden. In Großbritannien fangen wir schon jetzt mit den notwendigen Vorbereitungen an.

Die Aussicht auf baldige direkte Wahlen macht die Notwendigkeit deutlich, so schnell wie möglich eine Allianz der Parteien, die ich beschrieb, zu bilden. Straßburg hat natürlich schon eine gute und effektive Zusammenarbeit zwischen Mitgliedern unserer Parteien zuwege gebracht. Diese Zusammenarbeit muß ausgebaut und verstärkt werden, um einen gut koordinierten Wahlkampf unserer Parteien in der EG durchzuführen, und danach eine wirksame Allianz im neu gewählten Europäischen Parlament zu bilden.

Es ist einfach unsere Pflicht, unsere Reihen zu schließen, um die Freiheit zu verteidigen und sie wachsen zu lassen.

(Beifall)

In diesem Jahr sind bei Ihnen die Bundestagswahlen. Wir Konservativen in Großbritannien hoffen auch auf baldige Wahlen.

(Beifall)

Wir stehen vor einem harten Kampf, aber wenn wir zum Angriff übergehen, werden wir siegen.

(Beifall)

(Die Rednerin setzt ihre Ausführungen nunmehr in deutscher Sprache fort).

In einer Welt, in der die Freiheit mehr und mehr bedroht wird, ist es unsere Aufgabe, die Freiheit zu verteidigen.

(Beifall)

Ihr eigenes Wahlmotto drückt es gut aus:

Aus Liebe zu Deutschland - Freiheit statt Sozialismus.

(Beifall)

Die Fackel der Freiheit erlischt nicht mit dem Tod einer Generation. Sie wird von Hand zu Hand gereicht. Manchmal flackert die Flamme, aber sie erlischt nie.

(Beifall)

Es ist unsere Aufgabe, sie hell aufbrennen zu lassen, so daß sie die Welt erhellt.

(Beifall)

Goethe gab uns eine Richtlinie:

Was du ererbt von deinen Vätern,
erwirb es, um es zu besitzen.

(Beifall)

Laßt uns erneut mit aller Kraft um die Freiheit ringen. Laßt uns ein Europa bauen, das der Freiheit würdig ist!

(Beifall)

Und laßt uns eine Erbschaft an unsere Kinder weiterreichen, für die sie mit Freude und Stolz weiter arbeiten können - in einem freien Europa.

(Sehr langanhaltender, lebhafter, begeisterter Beifall)

Kai Uwe von Hassel, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands hat Ihnen, Mrs. Thatcher, stehend eine große Ovation dargebracht und damit bekundet, daß nicht nur Ihre Anwesenheit, sondern auch das, was Sie zu uns gesagt haben, von uns, den Christlichen Demokraten Deutschlands, mit großer Aufmerksamkeit, tiefer Anteilnahme, aber auch mit einem Gefühl aufrichtiger menschlicher Verbundenheit mitgenommen wurde.

(Beifall)

It was extremely touching for us, Mrs. Thatcher, that you addressed our countrymen in the final part of your speech in our own language. I think this proves that there is not only political relationship but real friendship between the Conservative Party of the United Kingdom and the Christian Democratic Union of Germany.

(Beifall)

An erster Stelle möchte ich ein Wort des Dankes dafür anfügen, daß Frau Thatcher, die Vorsitzende der britischen Konservativen, sich in einer sehr bewegten Darstellung auf die Teilung Deutschlands, auf den Eisernen Vorhang, der - nicht weit von dieser Kongreßhalle - Deutschland und Europa teilt, und auf die große Aufgabe Berlins als des Vorpostens der Freiheit in Europa bezogen hat. Ich möchte ihr dafür unseren ganz besonderen Dank aussprechen.

(Lebhafter Beifall)

Ich möchte Ihnen zweitens dafür danken, daß Sie eine Formel gefunden haben, die sich mit dem Leitwort dieses Parteitages und unserem Programm für die kommenden Wahlen eigentlich naht- und fugenlos deckt. Sie sagten, daß es höchste Zeit zur Umkehr ist und daß wir zur Freiheit zurückzukehren haben. In Ihrer Rede haben Sie von dem Schlachtruf der Freiheit gesprochen. In Ihrer Rede sprachen Sie weiterhin an, daß sich - was man in Europa zuweilen ein wenig in Vergessenheit treten läßt - die Kommunisten in Europa nicht gewandelt haben, daß sie zwar andere Methoden oder andere Taktiken wählen, aber ihr weltweites Ziel, auch wenn sie in anderer Kleidung erscheinen, nach wie vor verfolgen. Wir

möchten Ihnen für diese Rede unseren ganz besonderen Dank aussprechen. Wir danken auch dafür - darauf werde ich nachher mit einigen Sätzen zurückkommen -, daß Sie uns auf die enge politische Zusammenarbeit zwischen den konservativen Parteien Europas und den Christlichen Demokraten angesprochen haben.

Meine Freunde, ich bin in einer schwierigen Situation: Ich habe die Ergebnisse der Beratungen des heutigen Vormittags zusammenzufassen. Ich möchte hier zwei Sätze vorausschicken. Den ersten Satz habe ich auf dem Gründungsparteitag des CDS, der neuen Partei unserer französischen Freunde, in Rennes gehört. Ein Delegierter sagte: Demokratisches Verhalten äußert sich dadurch, daß man andere reden läßt und sich selbst kurz faßt.

(Beifall)

Wie kann es anders sein, Herr Präsident Lecanuet: Es war eine Frau, die dieses Wort auf dem Parteitag sprach und damit den Männern einiges ins Stammbuch schrieb, die es nicht gelernt haben, sich kurz zu fassen.

(Heiterkeit und Beifall)

Eine zweite Vorbemerkung: Vor sieben Jahren bei der sogenannten Parlamentsreform des Deutschen Bundestages habe ich eine Möglichkeit abgeschafft - meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundestag mögen mir verzeihen, wenn ich von dem, was ich damals groß proklamierte, heute abgehe -, nämlich die Möglichkeit, vorbereitete Reden zu verlesen. Solche Reden sollten zu Protokoll gegeben werden. Ich gehe heute davon ab, weil die Zeit fortgeschritten ist. Ich fasse mich kurz. Meine Rede wird Ihnen gedruckt zugeleitet.

(Beifall)

Meine Freunde, was ist es eigentlich, was uns Christliche Demokraten in Europa zusammenführt? In der Europäischen Union Christlicher Demokraten sind 20 christliche Parteien und befreundete Parteien aus zehn Ländern zusammengeschlossen. In diese sich stark entwickelnde Europäische Union sind seit geraumer Zeit die Frauen und die junge Generation gleichberechtigt einbezogen. Seit einigen Monaten ist auch die christlich-demokratische Arbeiterschaft Europas, angeführt von Hans Katzer, gleichberechtigt einbezogen, weil wir der Meinung sind, daß man Europa nicht wird gestalten können, wenn Arbeitnehmer draußen vor der Tür stehen bleiben, wenn die Arbeitnehmer nicht die Chance haben, innerhalb der großen Familie christlicher Demokraten in ganz Europa mitzuwirken.

(Beifall)

In diese Gruppierung, die Europäische Union Christlicher Demokraten, wird auch die Gruppe der Kommunalpolitiker einbezogen, weil wir glauben - das hat auch dieser Parteitag gezeigt -, daß man Europa nicht allein von oben her, durch eine kleine Gruppe leidenschaftlicher Europäer, schaffen kann, sondern daß dieses Europa nur entstehen wird, wenn man unten an der Basis den Willen zu diesem Europa wirklich unter Beweis stellt.

(Beifall)

Daher wird in unsere politische europäische Arbeit der gesamte Bereich der Kommunalpolitik mit einbezogen. Ich möchte hier dem Vorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands, Herrn Dr. Waffenschmidt, sehr herzlich dafür danken, daß er die Initiative ergriffen hat.

(Beifall)

Meine Freunde, es gibt in der sich stark bewegenden europäischen Landschaft die eine oder die andere Stimme, die auch danach fragt: Sind nun eigentlich die Christlichen Demokraten irgendwo geneigt, sich in die Nähe des Gesprächs mit Kommunisten zu begeben? Wir haben es heute morgen dokumentiert - ich brauche es nicht zu wiederholen -, wie es in Italien aussieht. Dort ist die Krise nicht deshalb entstanden, weil Christliche Demokraten nicht mehr wollten, sondern weil aus einer Koalitionsregierung die Sozialisten ausschieden und nur bereit gewesen wären, in die Verantwortung einer neuen Regierung einzutreten, wenn auch die Kommunisten mit von der Partie wären.

(Beifall)

Nicht die Christlichen Demokraten, sondern die Sozialisten in Italien haben dafür die Verantwortung.

Meine Freunde, aus den Überlegungen, in Richtung auf Europa zu gehen, haben wir eine Europäische Volkspartei gegründet, über die heute gesprochen wurde. Es ist - das können Sie sich vorstellen - nicht ganz einfach, christliche Parteien aus diesen Ländern - in Großbritannien und in Dänemark gibt es keine - mit insgesamt drei holländischen Parteien und zwei belgischen Parteien und zwei deutschen Parteien und den Iren und den Franzosen und den Italienern und der Südtiroler Volkspartei in einer Partei zusammenzufassen. Mit sehr viel Geduld, die man lernen muß und die wir aufgebracht haben, ist dieses Werk gelungen. Ich sagte heute zu einem früheren Zeitpunkt, daß wir Ihnen, Herr Präsident Tindemans, aufrichtig dafür danken, daß Sie bereit sind sich an die Spitze dieser Europäischen Volkspartei zu stellen,

(Beifall)

der Europäischen Volkspartei, die in ihren Statuten festgelegt hat, daß sie auch für andere offen ist, die sich zu einer politischen Gruppierung der Mitte bekennen.

Meine Freunde, wir haben es deshalb nach anderthalb Jahren zuwege gebracht. Wir wissen aber auch, daß es außerordentlich notwendig ist, weil - das ist ja hier zum Schluß noch einmal bei Frau Thatcher angekommen - die Sozialisten diese Kooperation haben.

Meine Freunde, die Sozialisten verstehen eines brillant: sie treffen sich, und da ist in jedem Land bei der Abreise oder dem Abflug des Betreffenden zu dieser Konferenz das Fernsehen da. Bei der Ankunft dort ist das Fernsehen da. Auf der Konferenz ist das Fernsehen da. Beim Abflug ist das Fernsehen da. Bei der Rückkehr in das eigene Land ist das Fernsehen zur Stelle. Dann ist man fünfmal drin. Man braucht gar nicht viel zu sagen, man hat fünfmal vor den Augen der Öffentlichkeit dokumentiert, daß

man als internationale Sozialisten für ein sozialdemokratisches, sozialistisches, oder wie es immer genannt werden mag, Europa zusammengetreten ist.

Meine Freunde, die Arbeit, die wir leisten, ist, glaube ich, sehr viel solider, sehr viel klarer, sehr viel mehr auf ein freiheitliches Europa bezogen.

(Beifall)

Deshalb danken wir zunächst dafür, daß ein so leidenschaftlicher Europäer diese mühsame Arbeit übernommen hat, aus einem festgefahrenen, zu Skepsis Anlaß gebenden Europa einen Weg nach vorne zu gehen. Nicht nur Leo Tindemans hat es getan, sondern auch sein Landsmann Bertrand, der Vorsitzende der Christlich Demokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments, hat mit seinem großen Konzert, das eine große Mehrheit im Europäischen Parlament gefunden hat, praktisch mit Tindemans zusammen eine Magna Charta für Europa geschrieben.

Ich möchte hier jetzt als der Verantwortliche für die EUCD ein Wort sagen. Unsere Freunde außerhalb der Gemeinschaft der Neun - seien es unsere österreichischen Freunde, seien es die Schweizer, sei es Malta, sei es Spanien, sei es Portugal - sollen wissen, daß die EUCD in keiner Weise zulassen wird, daß etwa die alte Gemeinschaft zwischen den Christen der Gemeinschaft und denen, die außerhalb dieser neun europäischen Länder der Union stehen, nicht unverändert verbunden bleibt, daß es aber, und da nehme ich ein Wort auf sowohl in der Reihenfolge zunächst des Parteihauptmanns Dr. Taus als auch dann der Vorsitzenden der britischen Konservativen, überhaupt nicht streitig sein kann, daß es den ganzen Parteien, die sich in Europa zur Mitte bekennen - nicht nur dem Europa der Neun, sondern dem Europa der Achtzehn bekennen - nicht mehr nützt, sich nur noch in lockeren Bewegungen zweimal im Jahr zu treffen, sondern daß dort Formen des Zusammengehens gefunden werden müssen von den Konservativen Skandinaviens über die Parteien der Mitte Zentraleuropas bis herunter nach Griechenland, in die Türkei, auf die iberische Halbinsel. Das ist nicht ganz einfach; denn es gibt Parteien bei uns in den christlichen Demokratien, die Mrs. Thatcher und die Konservativen eigentlich für landlords halten, die über die Höhen Schottlands ziehen und Schneehühner schießen. Und bei den Konservativen gibt es die Meinung, die christlichen Demokraten seien eigentlich Baptisten - das höre ich nun ausgerechnet als Protestant - , mit denen man nicht zusammengehen könne.

Meine verehrten Damen und Herren, es ist für uns, die wir in dieser Arbeit stehen, klar, daß in dem Augenblick, wo man einander kennt, in dem Augenblick, wo man bereit ist, die Programme des anderen ernsthaft zu studieren, feststellt, daß es Unterschiede in den Programmen nur noch dann gibt, wenn man ein Vergrößerungsglas nimmt, daß uns aber im Grunde genommen - und das haben Sie heute von der Konservativen Margaret Thatcher und von dem Christlichen Demokraten Amintore Fanfani gehört - nichts trennt außer der Tatsache, daß wir einander nicht genügend kennen.

(Beifall)

Deshalb ist unser Ziel, ruhig und behutsam diesen Schritt der Zusammenführung aller freien Parteien - außerhalb der Sozialisten und der Liberalen - auf die Dauer, auf eine mittlere Frist, gestalten zu können.

(Beifall)

Das Vorletzte: Die Europäische Union Christlicher Demokraten hat vor drei Monaten ein Europäisches Manifest verabschiedet. Es ist eine große Leistung. An ihm wirkten 20 Parteien mit aus den vielen Azimuten Europas, aus den vielen unterschiedlichen historischen Entwicklungen der politischen Parteien, die zu uns gehören.

Dieses lesbare Europäische Manifest ist das eine, zu dem sich alle bekennen. Das Zweite ist das Europäische Manifest, das Ihnen jetzt vorgelegt wird, das Europäische Manifest der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Dieser Parteitag will durch dieses Manifest und durch diesen Tag, den wir nur der Aufgabe Europas widmen, bekunden, daß auch die Basis jene Männer trägt, die oben dieses Europa zu gestalten versuchen.

Meine Freunde, in vielen Gesprächen, die ich geführt habe in Konferenzen im internationalen Bereich, bilateral mit christlichen Freunden, christlichen Parteipolitikern, mit Konservativen, mit Giscardisten, mit Gaullisten, mit Unabhängigen, mit Männern von oben oder Frauen von, ich würde sagen, Skandinavien bis herunter nach Griechenland und der Türkei, habe ich feststellen können: überall haben sie das Gefühl, daß die Entscheidung vom 3. Oktober nicht nur eine Entscheidung für Deutschland ist, sondern eine Entscheidung für Europa.

(Beifall)

Das ist etwas, was wir in der internationalen Welt auf Schritt und Tritt erfahren. Dieses Europa, zu dem sich gestern die Großredner aus dem Ausland und zu dem sich ebenso heute morgen alle Sprecher bekannt haben und zu dem sich auch diejenigen, die heute nachmittag weiter mit Grußworten kommen werden, bekennen, dieses Europa soll eine Gestalt finden, wie sie der Bericht von Leo Tindemans, das Europäische Manifest der Christlichen Demokraten oder das jetzt zur Verlesung kommende Europäische Manifest der Christlich Demokratischen Union Deutschlands aufzeigen.

Meine Freunde, dieses ist - ich möchte sagen - ein fast exzeptioneller Parteitag; nicht etwa, weil wir Europa einen Tag widmen, weil wir mittags um 13.00 Uhr eine solche Fülle im Saal zu verzeichnen haben, sondern weil dieses Manifest verlesen wird. Nicht von einem derer, die an der Gestaltung Europas mitwirken, die die unmittelbare Verantwortung haben, sondern von einem Vertreter der jungen Generation, um zu dokumentieren, daß es nicht nur die ältere Generation ist, die noch Wegbegleiter von Konrad Adenauer war, sondern daß es die junge Generation ist, die ganz besonders leidenschaftlich die Politiker auffordert, endlich dem Willen der Bevölkerung zu folgen und dieses Europa zu schaffen.

(Beifall)

Meine Freunde, um ein Haar wäre es nun schiefgegangen, daß dieses Europäische Manifest der CDU Deutschlands vom Vorsitzenden der Schüler-Union verlesen wird. Meine Freunde, warum wäre es um ein

Haar schiefgegangen? Christoph von Bülow, der Ihnen dieses Manifest vortragen wird, hat nämlich erst vor einer Stunde sein Abitur bestanden.

(Beifall)

Er saß also, während wir den großen Reden zuhörten und alles einfach rezeptiv aufnehmen konnten, vor einem Prüfungsgremium und wurde in Griechisch geprüft. Ich erteile ihm, verbunden mit einem herzlichen Glückwunsch aller, das Wort.

(Beifall)

Christoph von Bülow (mit Beifall begrüßt): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich für den freundlichen Empfang. Ich möchte - Herr von Hassel hat eben schon gesagt, daß ich in Griechisch geprüft worden bin - einen Satz aus dem "Staat" von Platon vorwegschicken, den ich schriftlich zu Protokoll geben werde, weil es sonst Schwierigkeiten geben könnte.

(Heiterkeit und Beifall)

Dieser Satz paßt, glaube ich, sehr gut auf unseren Kanzlerkandidaten Helmut Kohl. Er heißt auf griechisch:

φιλόσοφος, δὴ καὶ ὑμνοειδῆς καὶ
ταχύς καὶ ἰσχυρὸς ἡμῶν τὴν φύσιν
ἔσται ἑμῶν καλὸς καχετός
εὐσεβῆ φύλαξ πόλεως.

Ich will auch gerne das Geheimnis lüften und sagen, was das übersetzt heißt:

In unserem Interesse wird der Führer des Staates der Zukunft wissensliebend und mutig, zupackend und kraftvoll, tüchtig und vollkommen sein.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, seit vielen Jahren wird die europäische Einigung angestrebt. Aber bis jetzt haben immer noch politische Kurzsichtigkeit und nationale Eigeninteressen verhindert, daß diese europäische Einigung Wirklichkeit wird. Heute nun wächst eine neue Generation von Millionen junger Europäer heran. Für diese jungen Europäer will ich heute versuchen zu sprechen.

Wir alle wollen die Einigung Europas. Die Vorstellung eines geeinten und freien Europas ist für uns junge Bürger Europas selbstverständlich. Wir setzen unsere Zukunft mit der unseres Kontinents gleich. Der Auftrag an die heute politisch Verantwortlichen, das geeinte Europa zu errichten, wird einmal auf uns übergehen. Wir werden es sein, die dann das geeinte Europa tragen und erhalten müssen. Meine Damen und Herren, was heute in Europa

entschieden wird, bestimmt unsere Zukunft, und was heute in Europa geschieht, ist entscheidend für jene vor uns liegenden Jahre, in denen wir, die europäische Jugend, eine Schul- und Berufsausbildung empfangen, in denen wir vielleicht einmal Familien gründen und versorgen werden, in denen wir unsere politischen und gesellschaftlichen Pflichten wahrnehmen. Nur durch ein geeintes Europa können der Frieden gewährleistet und die Freiheit garantiert werden, die wir brauchen, um unsere Fähigkeiten zu entfalten und unsere Hoffnungen zu erfüllen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, vergeben wir diese Chance, droht uns der Rückfall in nationalen Egoismus, in Streit oder gar Krieg, drohen uns Schwäche, Abhängigkeit und Unfreiheit. Über Europa aber gibt es überhaupt keine Uneinigkeit. Europa ist kein Problem irgendeines Generationskonfliktes. Wir alle wollen die Einigung Europas heute endlich erreichen.

(Beifall)

Wir, die jungen Bürger Europas, appellieren deshalb an Sie, die Sie heute die politische Verantwortung tragen, die notwendigen Schritte zur Einigung Europas zu wagen. In diesem Geist appellieren wir an Sie alle, sich dem Manifest der Christlich Demokratischen Union Deutschlands für die Einheit Europas anzuschließen.

Dieses Manifest hat folgenden Wortlaut:

Europa ist ein Kontinent größter Vielfalt, aber auch tragfähiger Gemeinsamkeiten. Wir Europäer haben eine gemeinsame Geschichte, eine gemeinsame Kultur und eine gemeinsame Zivilisation. Unsere wichtigste Gemeinsamkeit jedoch ist die Gemeinsamkeit unserer Werte, die wir in jahrhundertelangen Auseinandersetzungen durchgesetzt und immer wieder gegen alle Angriffe verteidigt haben. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität stehen heute für europäisches Denken und den europäischen Geist schlechthin. Wo diese Werte bedroht werden, wird Europa bedroht; wo sie unterdrückt werden, wird auch Europa unterdrückt.

(Beifall)

Die freien Völker Europas leiden darunter, daß noch immer in weiten Teilen unseres Kontinents die Freiheit unterjocht, die Gebote der Gerechtigkeit mißachtet und die Solidarität verletzt werden. Diese Tatsache bestärkt uns aber auch in unserem festen Willen, die gemeinsamen Werte zu schützen und unseren Nachbarn im unfreien Teil Europas bei der Überwindung von Unfreiheit, Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit zu helfen.

(Beifall)

Dabei wissen wir freien Europäer, daß wir unseren Willen nur geeint durchsetzen können. Nur ein geeintes Europa ist Herr seiner politischen Zukunft. Nur wenn alle freien Europäer ihre Tatkraft und schöpferischen Fähigkeiten vereinen, wird es uns gelingen, unsere Freiheit zu verteidigen, unsere Lebensverhältnisse zu verbessern, größere soziale Gerechtigkeit durchzusetzen und Solidarität Wirklichkeit werden zu lassen.

Um der Verwirklichung dieser Ziele willen, hat sich die Christlich Demokratische Union Deutschlands seit ihrer Gründung zur Einheit der freien Völker Europas bekannt. In keiner anderen Partei ist der Wille zur Einigung Europas tiefer verankert als in der CDU.

(Beifall)

Der Name Adenauers steht zusammen mit den Namen Schumans und de Gasperis für die große europäische Einigungsbewegung. Die CDU war und ist eine Kraftquelle dieser Bewegung.

(Beifall)

In dieser Stunde bekennt sich die Christlich Demokratische Union Deutschlands erneut und feierlich zur Einheit Europas.

(Beifall)

WIR WOLLEN DEN EUROPÄISCHEN BUNDESSTAAT - EINE FREIHEITLICHE ORDNUNG FÜR DIE BÜRGER EUROPAS.

Für uns ist die Europäische Union mehr als ein wirtschaftlicher Zusammenschluß. Sie ist eine politische Gemeinschaft, getragen von der Zustimmung ihrer Bürger. Diese Gemeinschaft braucht eine freiheitliche Ordnung, die auf den Prinzipien des Pluralismus, der Solidarität und der Subsidiarität beruht. Eine solche Ordnung ist von den Römischen Verträgen vorgezeichnet. Unsere Aufgabe ist es, sie auszubauen, mit Leben zu erfüllen und gegen das zerstörerische Konzept eines sozialistischen Europas zu verteidigen. Unser Ziel eines freiheitlichen und pluralistischen Europas steht mit den Zielen des Sozialismus im Widerstreit.

(Beifall)

Freiheit und Pluralismus, Solidarität und Subsidiarität lassen sich am besten in einem Bundesstaat verwirklichen. Nur in einem bundesstaatlich geordneten Gemeinwesen kann die Vielfalt der europäischen Völker zum Wohle aller fruchtbar werden. Jede Form der Gleichmacherei verstößt gegen unsere elementaren politischen Überzeugungen. Europas Reichtum ist auch seine Vielfalt. Zur kraftvollen Verwirklichung unserer gemeinsamen Ziele braucht der europäische Bundesstaat handlungs- und entscheidungsfähige Organe. Dazu gehören:

- ein von allen Bürgern gewähltes Parlament, das umfassende parlamentarische Gesetzgebungs- und Kontrollrechte hat
- eine europäische Regierung, die allein diesem Parlament verantwortlich ist
- eine europäische Staatenkammer, die den Mitgliedstaaten die Beteiligung an der Gesetzgebung des Bundesstaates ermöglicht
- ein europäischer Gerichtshof, der die Auslegung und Anwendung der europäischen Rechtsprechung überwacht.

Ein erster Schritt bei der Schaffung dieser Organe ist die direkte Wahl des Europäischen Parlaments im Jahre 1978 und die Erweiterung seiner Rechte. Die CDU setzt sich unbeschadet der Entscheidungen anderer Parteien und Staaten mit Nachdruck für die zügige Verwirklichung dieses Vorhabens ein. Die CDU schlägt

darüber hinaus vor, daß das Europäische Parlament umgehend einen ad-hoc-Ausschuß einsetzt, der die Ausarbeitung einer Europäischen Verfassung in Angriff nimmt.

(Beifall)

Für eine freiheitliche Ordnung in Europa ist die Mitwirkung der Bürger am gesellschaftlichen und politischen Leben der Gemeinschaft unverzichtbar. Aus diesem Grund befürwortet und fördert die CDU die europaweite Organisation der politischen Parteien und großen gesellschaftlichen Gruppen, ohne die eine freiheitliche und pluralistische Gesellschaft undenkbar ist. Die CDU hat durch ihren Zusammenschluß mit anderen christlich-demokratischen Parteien zur Europäischen Volkspartei ein Zeichen gesetzt. Sie ruft alle befreundeten Parteien auf, sich dieser Bewegung anzuschließen und ihren Beitrag zur Europäisierung unseres politischen und gesellschaftlichen Lebens zu leisten.

WIR WOLLEN DIE SICHERHEIT EUROPAS - FREIHEIT UND FRIEDEN FÜR
UNSERE VÖLKER

Kein Land des freien Europas kann heute den vielfältigen Herausforderungen im militärischen, wirtschaftlichen und ideologischen Bereich aus eigener Kraft begegnen.

Wir stehen nicht nur dem zunehmenden militärischen Druck des Ostblocks und den wachsenden Bemühungen kommunistischer Unterwanderung gegenüber. Zugleich wächst unsere Abhängigkeit im Bereich der Rohstoff- und Energieversorgung. Der freie Welthandel ist durch politische Entscheidungen und wirtschaftliche Absprachen von rohstoffproduzierenden Ländern akut bedroht. Die weltumspannenden Probleme von Hunger und Unwissenheit und tiefgreifende Veränderungen in der Dritten Welt erfordern verstärkt unseren Einsatz.

Diesen Herausforderungen können wir auf Dauer nur durch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wirksam begegnen.

Eine gemeinsame europäische Außenpolitik wendet sich zunächst an unsere Freunde in aller Welt, denen wir durch gleiche politische Anschauungen, sowie durch geschichtliche und kulturelle Gemeinsamkeiten verbunden sind. Wir wollen unsere Freundschaft zu diesen Völkern auf der Grundlage gleichberechtigter Partnerschaft weiter vertiefen. Dabei kommt der Festigung unserer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten besondere Bedeutung zu.

Gegenüber neutralen Ländern lassen wir uns vom Grundsatz des gegenseitigen Interessenausgleichs leiten. Auf der Grundlage der Gleichberechtigung, Partnerschaft und Solidarität sind wir bereit, zum Abbau des Nord-Süd-Konfliktes beizutragen. Wir wissen, daß nur durch eine enge Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern der Aufbau einer internationalen Friedensordnung gesichert und eine stabile Weltwirtschaftsordnung möglich ist. Dabei gilt unser besonderes Interesse der Stabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im Mittelmeerraum. Eine gemeinsame europäische Außenpolitik muß vordringlich auf den Ausgleich der widerstreitenden Interessen in diesem Gebiet hinwirken.

Eine gemeinsame Außenpolitik gegenüber den Staaten Osteuropas und der Sowjetunion kann nur auf der Grundlage ausgewogener Leistungen und Gegenleistungen aufbauen. Dazu gehört, daß die Schlußerklärung der KSZE insbesondere im Bereich der menschlichen Erleichterungen auch vom Ostblock verwirklicht wird. Zu einer

gemeinsamen europäischen Außenpolitik gehört schließlich, daß sich das freie Europa auch im Bereich von Wirtschaft und Handel nicht vom Ostblock spalten läßt. Voraussetzung für die Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Osteuropa ist deshalb, daß die Europäische Union künftig mit einer Stimme spricht.

Bleibendes Ziel unserer gemeinsamen Sicherheitspolitik ist die wirksame Friedenssicherung in Europa. Dabei ist die Grundlage der europäischen Sicherheit unverändert das Bündnis mit den USA. Nur im engen Zusammenwirken mit den USA kann Europa wirksam verteidigt werden. Umgekehrt muß allerdings auch Europa seine Sicherheit wollen und einen entsprechenden Beitrag dazu leisten.

Die gemeinsame europäische Sicherheitspolitik im Rahmen des Nord-Atlantischen-Bündnisses muß durch folgende Maßnahmen eingeleitet werden:

- regelmäßiger Meinungs austausch zwischen den Regierungen der Europäischen Union über europäische Sicherheits- und Verteidigungsprobleme
- eine bessere Koordinierung der europäischen Rüstung durch Abstimmung der verteidigungspolitischen Erfordernisse, die gemeinsame Planung von Waffensystemen, die Standardisierung der Ausrüstung und die Zusammenarbeit in der Rüstungsproduktion.

Die Gewährleistung unserer äußeren Sicherheit ist die Grundlage gemeinsamer europäischer Politik.

WIR WOLLEN DEN AUSBAU DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT - WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE SICHERHEIT FÜR ALLE

(Beifall)

Die Stärke Europas ist gegenwärtig vor allem seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Durch die Verbindung marktwirtschaftlicher Dynamik und sozialer Sicherheit haben die Bürger Europas in den letzten drei Jahrzehnten eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen ohne Beispiel erlebt. Das war auch für die Entwicklungsländer vorteilhaft.

Diese wirtschaftlichen und sozialen Erfolge sind jedoch so lange nicht gesichert, als wir die europäische Wirtschafts- und Währungsunion nicht vollendet haben. Denn ihre Vollendung ist die unverzichtbare Voraussetzung für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik aller Länder der Europäischen Union, ohne die wirtschaftliche Stabilität und Wachstum dauerhaft nicht gesichert werden können.

Wirtschaftliche Stabilität und Wachstum sind jedoch nicht nur die Grundlage individueller Wohlstandssteigerung. Zugleich sind sie die Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit und praktische Solidarität. Dazu gehört der gemeinsame Kampf gegen Inflation und Arbeitslosigkeit, die nur durch die Bereitschaft aller Bürger zu sozialem Ausgleich überwunden werden können. Dazu gehört ferner der Ausgleich zwischen den armen und reichen Regionen Europas, durch den wir die strukturelle Arbeitslosigkeit insbesondere in den landwirtschaftlichen Gebieten beseitigen, industrielle Ballungsräume entlasten und zu einer gleichmäßigen Verbesserung des Lebensstandards aller Bewohner beitragen. Dieser Ausgleich ist nur in einem dauerhaft geeinten Europa möglich.

Praktische Solidarität müssen die Europäer auch beim Schutz und der Pflege ihrer Umwelt üben. Alle Bürger Europas haben Anspruch auf eine lebenswerte Umwelt. Dies erfordert:

- die Harmonisierung der nationalen Umweltvorschriften
- die Verpflichtung des möglichen Schadensverursachers, Umweltschäden auf eigene Kosten zu verhindern oder zu beheben und
- eine europaweite umweltfreundliche Planung und Raumordnung.

Unser besonderes Bemühen gilt der Freizügigkeit von Informationen und Meinungen in Presse, Funk und Fernsehen und der Begegnung der Menschen in Europa. Wir wollen das Verständnis für Kultur, Geschichte und Lebensart der Nachbarvölker bei jedem einzelnen Bürger wecken und damit auch das Gefühl politischer Zusammengehörigkeit stärken. Unser Kampf gilt allen Vorurteilen, die das Zusammenleben in Europa erschweren und allen nationalen Engstirnigkeiten, die die Einheit Europas gefährden.

Europa ist unsere Zukunft und die Hoffnung der unfreien Völker Europas. Die Einigung Europas ist der geschichtliche Auftrag an die heute lebenden Generationen. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ruft deshalb alle Europäer auf:

Laßt uns Europa bewahren und weiterbauen - aus Liebe zu unseren Vaterländern und zu unserer gemeinsamen Heimat Europa.

(Anhaltender, lebhafter Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Lieber Herr von Bülow, der Parteitag dankt Ihnen für den Vortrag des Europäischen Manifestes der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Sie, lieber Herr von Bülow, sind nicht nur der Vorsitzende eines großen Christlich Demokratischen Schülerverbandes, sondern Sie sind in Ihrer Person zugleich auch die Verifizierung einer Entwicklung in der jungen Generation, die sich absetzt von der ideologischen Schwärmerei der sechziger Jahre und die sich wieder hinwendet zur Übernahme konkreter politischer Verantwortung in unserer Gesellschaft.

(Beifall)

Sie haben uns heute zugleich ein Beispiel gegeben, daß diese junge Generation es versteht, ihre fachliche Qualifikation und ihre fachliche Leistung mit einem politischen Engagement in diesem Parteitag zu verbinden. Dafür vielen Dank.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der Parteitag hat heute vormittag eine eindrucksvolle Vorstellung der politischen Entwicklungen, der christlich-demokratischen, der christlich-sozialen und der konservativen Kräfte in den europäischen Ländern erhalten. Wir haben damit an die politische Entwicklung Konrad Adenauers angeknüpft. Er gab als erster den Anstoß für einen deutschen Beitrag zur Schaffung Europas.

Meine Freunde, von diesem Parteitag unter der Führung von Helmut Kohl wird wiederum ein Anstoß Deutschlands - insbesondere von der Christlich Demokratischen Union - für die Bildung des politischen Europas ausgehen. Dafür bildet das Manifest, das wir

heute nachmittag diskutieren werden, eine Grundlage. Dieses Manifest ist zugleich auch die Hoffnung für die europäischen Völker und auch für den Teil unseres Volkes, die noch nicht zu Europa gehören können, die aber den Entwicklungen, die wir hier einleiten, ihre ganz besondere Aufmerksamkeit widmen.

Meine Damen und Herren, ich darf noch ankündigen, daß sich infolge der Verlängerung der Vormittagssitzung der Beginn der Diskussionsforen auf 14.30 Uhr verschiebt. Der Ort der Foren ist in Ihren Programmen ausgezeichnet. Wir wollen aber pünktlich um 16.30 Uhr wieder zur nächsten Plenarsitzung zusammenkommen.

Damit, meine Freunde, darf ich mit nochmaligem Dank an Herrn von Hassel und insbesondere an unsere ausländischen Freunde die 3. Plenarsitzung des Bundesparteitages schließen.

(Schluß: 13.10 Uhr)

Dienstag, 25. Mai 1976

4. Plenarsitzung

Beginn: 16.50 Uhr

Emil Scherer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, nach den vorausgegangenen Beratungen in den Arbeitskreisen darf ich die 4. Plenarsitzung eröffnen und Sie dazu herzlich willkommen heißen.

In dem Kreis unserer Gäste darf ich ein besonderes Grußwort richten an den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes und Präsidenten des Europäischen Gewerkschaftsbundes, Herrn Heinz Oskar Vetter.

(Beifall)

Wir wissen, daß gerade die Arbeitnehmer um eines gesicherten Friedens und ihrer existentiellen Interessen willen an einem freien und geeinten Europa nachdrücklich interessiert sind, und sie können sich auch dabei auf die CDU verlassen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Sie haben bereits heute morgen dem stellvertretenden Präsidenten der EG-Kommission, Sir Christopher Soames, einen herzlichen Willkommensgruß entboten, so daß ich mir die Wiederholung ersparen und Sir Christopher Soames sofort das Wort erteilen darf. Ich möchte Sie darauf hinweisen, daß Ihnen die Übersetzung bereits vorliegt.

Sir Christopher Soames (mit Beifall begrüßt): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Ansprache soll mit einem herzlichen Dank für Ihre warme Begrüßung und für den großen Beifall aller Teilnehmer dieses Kongresses beginnen.

(Beifall)

Ich bedauere, daß ich meine Ansprache nicht auf deutsch halten kann. Aber ich hoffe, Sie glauben mir, daß ich trotzdem ein guter Europäer bin.

(Der Redner fährt in englischer Sprache fort; Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung)

Herr Vorsitzender, es ist für mich eine große Ehre, an dieser Konferenz teilzunehmen. Ich freue mich auch, unter Freunden zu sein und die Gelegenheit zu haben, den Beitrag der deutschen Christdemokraten zur Sache der europäischen Einheit zu würdigen.

Bei diesem Beitrag geht es um mehr als Philosophie und Grundsätze, obwohl Ihre Bewegung im Laufe der Jahre wiederholt unter Beweis gestellt hat, daß Ihr Engagement für die europäische Einheit auf einem unerschütterlichen Fundament grundlegender Prinzipien basiert. Mehr noch, Sie haben konkrete, ernsthafte und unermüdete Anstrengungen unternommen, selbst in den mageren Jahren der Opposition, und ich möchte der in meinem Verantwortungsbereich der

auswärtigen Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft geleisteten Arbeit Ihrer Vertreter im Europäischen Parlament, vor allem der Herren Klepsch, Jahn und Blumenfeld, hier meine besondere Anerkennung zollen.

(Beifall)

Unser Hauptproblem in Europa heute läßt sich ganz knapp in einem einzigen Satz charakterisieren: Unsere Regierungen schenken der europäischen Dimension auf Grund ihrer nationalen Angelegenheiten nicht genügend Aufmerksamkeit. In allen unseren Ländern haben die Staatsbürger auf vielerlei Weise - wie Gallup-Umfragen oder das britische Referendum beweisen - gezeigt, daß sie das Konzept der europäischen Einheit begrüßen.

(Beifall)

Sie wünschen, daß es erfolgreich verwirklicht wird und Europa die ihm zukommende Rolle in der Welt spielt. Es liegt bei uns, insbesondere bei der christdemokratischen Bewegung und der Konservativen Partei, dies möglich zu machen.

Betrachten wir z.B. zwei Aspekte dieses Problems im Bereich der auswärtigen Angelegenheiten:

Es besteht ein wachsender Gegensatz zwischen der Stärke Rußlands und der Stärke Europas. Im Augenblick herrscht an der Oberfläche eine gewisse Ruhe; es vollzieht sich ein sogenanntes "Nachlassen der Spannungen". Dahinter verbirgt sich jedoch die Tatsache, daß unser Europa heute verwundbarer ist, als dies seit mehr als einem Jahrzehnt der Fall gewesen ist.

Das zunehmende militärische Ungleichgewicht ist nur ein Aspekt dieses Problems. Die Wurzeln unserer zunehmenden Verwundbarkeit gegenüber dem Osten gehen tiefer. Genährt werden sie dadurch, daß es in Westeuropa heute offensichtlich an Zusammenhalt und Zielbewußtsein fehlt.

(Beifall)

In den Wirtschafts- und Handelsfragen, in denen wir doch sicherlich in allererster Linie die Stärke und das Verhandlungsgewicht voll nutzen sollten, die wir besitzen, wenn wir als Gemeinschaft zusammenstehen, erleben wir statt dessen, daß unsere Regierungen immer wieder der Versuchung zu bilateralem Vorgehen unterliegen. Wem dient dies? Ein Mitgliedstaat wird gegen den anderen ausgespielt, so daß ganz gewiß in keinem Fall den Interessen der Gemeinschaft gedient wird.

(Beifall - Klaus Jäger: Sehr richtig!)

Der Kern des Problems liegt darin, daß wir nicht stark sein können, ohne eine klare und unerschütterliche Vorstellung davon zu besitzen, was wir glauben und warum wir es glauben. Von grundlegender Bedeutung ist der moralische Faktor, um so mehr, wenn wir es mit Ländern zu tun haben, deren Weltanschauung der unseren so radikal und von den Prinzipien her entgegengesetzt ist.

Aber wie steht es um den moralischen Faktor heute in Europa? Ich sehe die Gefahr, daß wir einer Form der einseitigen geistigen Abrüstung zutreiben.

(Beifall)

Statt die Werte einer freien Gesellschaft standhaft zu verteidigen, haben wir uns in unseren beiden Ländern einer ausweichen und selbstentschuldigenden Toleranz des Mißbrauchs der Freiheit hingegeben. Statt konsequent nach unseren Grundsätzen zu verfahren, sind wir der Ambiguität und dem behelfsmäßigen Manövrieren verfallen. Ihre Partei und die meine können dieser Entwicklung Einhalt gebieten, indem wir unseren Völkern die Option einer freien und offenen Gesellschaft bieten.

(Beifall)

Wir dürfen uns aber nicht damit begnügen, den Gedanken einer freien Gesellschaft nur auf nationaler Ebene lebendig zu halten, denn die Europäische Gemeinschaft ist ein wesentlicher Niederschlag dieses Gedankens auf internationaler Ebene, und wir müssen gemeinsam an ihrer Förderung arbeiten. Daher begrüße ich wie Frau Thatcher die Verbindung unserer beiden Parteien in der Zusammenarbeit für ein gemeinsames Ziel.

(Beifall)

Und es besteht kein Zweifel daran, was dieses Ziel ist: nämlich die gemeinsame Verteidigung unserer freien Gesellschaft durch vereinte größere Fortschritte auf dem Wege zur Einheit in Europa.

Die Anerkennung dieser Zielsetzung ist entscheidend für die Gestaltung der Politik der Gemeinschaft in allen Teilen der Welt - ihrer Politik gegenüber unseren Freunden und Verbündeten in den Vereinigten Staaten und unseren anderen Partnern in den Industrieländern wie auch unsere Haltung in den derzeitigen Diskussionen über die Neugestaltung der Beziehungen zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern.

Hier handelt es sich um ein Gebiet, auf dem Europa einen einzigartigen Beitrag leisten kann, und wir sind es daher nicht nur uns selbst, sondern der Welt schuldig, daß wir unser gemeinsames Anliegen definieren und realisieren.

Unsere westliche Lebensweise beruht auf wirtschaftlichem Fortschritt, einem Fortschritt, der eine ständig wechselnde Arbeitsteilung auf nationaler wie auf internationaler Ebene mit sich bringt. Es ist daher unvermeidlich, daß die internationale wirtschaftliche Interdependenz zunimmt. Vermeidbar ist dagegen, daß dieser weltweite Wirtschaftsprozess sich unserer Kontrolle entzieht, so daß die Existenz der Menschen in unseren Ländern und der Menschen überall zerrüttet wird, weil man es versäumt hat, sich rechtzeitig den veränderten Gegebenheiten anzupassen. Wir müssen eine positive und wegweisende Antwort auf die legitimen Forderungen der Entwicklungsländer finden. Zugleich aber müssen wir auch weiter entschlossen den Auswüchsen entgegentreten, die unseren und ihren Interessen nur schaden können.

Ich führe dies als ein klares und eindeutiges Beispiel dafür an, daß sich bei ehrlicher Abwägung der Interessen und Verantwortungen unserer Länder die Waage auf die Seite einer europäischen Politik und eines europäischen Konzepts neigt.

(Beifall)

Denn auf welche Weise sollen wir sonst das Ergebnis des Nord-Süd-Dialogs beeinflussen?

Der Wille, der notwendig ist, um dieses Konzept einer europäischen Außenpolitik zu stützen, ist selbstverständlich ein politischer Wille, der Wille nämlich, Europa in die Lage zu versetzen, seine Stärke zu finden und seinen Einfluß - einen auf unvergleichlicher Erfahrung beruhenden Einfluß - zur Geltung zu bringen, und zwar nicht in irgendeiner fernen Zukunft, sondern unverzüglich. Und wie Sie in der CDU sehr wohl wissen, sind dafür Taten notwendig, nicht bloße Worte.

(Beifall - Klaus Jäger: Sehr gut!)

Im derzeitigen Entwicklungsstadium der Gemeinschaft mit ihren begrenzten institutionellen Befugnissen tragen die Regierungen der Mitgliedstaaten eine schwere Verantwortung für die Zukunft Europas.

Zweifellos hat uns die Erfahrung gelehrt, daß, wenn unsere Gemeinschaft mehr sein soll als organisierte Heuchelei, man sich darüber klar werden muß, daß die Gemeinschaft als Ganzes größer sein kann und muß als die Summe ihrer Teile. In unseren Außenbeziehungen können sich die europäischen Interessen nur dann durchsetzen, wenn unsere Regierungen bereit sind, diese Interessen bewußt und ständig zu fördern, und bei ihren politischen Entscheidungen und Stellungnahmen nicht nur fragen, wo die nationalen Interessen liegen, sondern auch, wo die Interessen Europas liegen.

(Beifall)

Auch in der Innenpolitik muß jedes Land die notwendigen wirtschaftspolitischen und sozialen Maßnahmen treffen, um zum Wohle der Gemeinschaft als Ganzes beizutragen. Und dies, meine Damen und Herren, gilt heute für einige Länder mehr als für andere.

Herr Vorsitzender, wir stehen an einem Wendepunkt der europäischen Politik. Mit dem Herannahen des Termins unmittelbarer Wahlen zum Europäischen Parlament beginnt ein neuer Rahmen für unsere politische Tätigkeit Gestalt anzunehmen, und neue politische Kräfte beginne sich zu rühren. Die Christdemokraten in Deutschland, die Konservativen in Großbritannien und andere gleichgesinnte Parteien beginnen sich ihrer Verwandtschaft bewußt zu werden und bemühen sich um eine gemeinsame Grundlage für die wirksame, praktische tägliche Zusammenarbeit, die künftig in zunehmendem Maße erforderlich sein wird. Es ist leichter, dies zu fordern, als es in die Tat umzusetzen.

(Beifall)

Voraussetzung für den Erfolg unserer Zusammenarbeit - dies müssen wir sehen - ist ein großes Maß an gegenseitigem Geben und Nehmen bei uns allen, die wir die gleichen grundlegenden politischen Vorstellungen haben. Aber es ist weiß Gott der Mühe wert. Einzelne Elemente der beginnenden Gruppierung der politischen

Mitte und der Rechten in Europa können für sich allein keinen entscheidenden Einfluß erlangen, und die aus unserer gemeinsamen Aktion resultierende Politik wird zwangsläufig eine echte Synthese darstellen.

Vor allem ist ein tiefgreifender psychologischer Wandel in unseren Grundhaltungen notwendig: Wir müssen alle die Tatsache akzeptieren, daß es nicht mehr realistisch ist, die Europapolitik in erster Linie als einen Teil der Außenpolitik zu betrachten, als eine besondere Art auswärtiger Beziehungen.

(Beifall)

Wir müssen vielmehr lernen, Herr Vorsitzender, die Gemeinschaft als einen Ansatz zu einer neuen Innenpolitik zu sehen. Wir müssen begreifen, daß es in Europa heute um die Schaffung einer zunehmend integrierten und homogenen Gesellschaft geht, und daß wir danach streben sollten, den Charakter dieser Gesellschaft nach unserer politischen Anschauung zu formen. Denn die Lebensumstände unserer Kinder und Kindeskinde werden weitgehend davon bestimmt sein, welches Europa wir schaffen und in welchem Europa sie aufwachsen.

(Beifall)

Herr Vorsitzender, unsere Generation hat von den vorhergehenden Generationen einen enormen Erfahrungsschatz aus dem Weltgeschehen ererbt. Wir sind die Treuhänder dieses Erfahrungsschatzes, und es ist zweifellos unsere Pflicht, diese Erfahrungen nicht nur anzureichern, wie es andere zuvor getan haben, sondern sicherzustellen, daß jene, die nach uns kommen, eine Basis vorfinden, auf der sie mit diesen Erfahrungen aufbauen können.

(Beifall)

Wenn es stimmt, daß Europa die Welt braucht, so ist gleichermaßen richtig, daß die Welt Europa braucht.

(Beifall)

Herr Vorsitzender, Sie als Christdemokraten in Deutschland und wir als britische Konservative sind stolz auf unsere eigenständigen politischen Traditionen, und das mit Recht. Es ist nicht die Rede davon, daß wir diese Traditionen aufgeben, ebensowenig wie die nationale Identität und die nationalen Traditionen des deutschen oder des britischen Volkes durch unseren gemeinsamen Fortschritt auf dem Wege zur europäischen Einheit angetastet werden sollen. Aber wenn die von uns gehegten Traditionen den Beitrag zur künftigen Politik Europas leisten sollen, den sie leisten müssen und sollten, so müssen wir anerkennen, daß dies nur durch unsere Beteiligung an einem wirksamen Bündnis möglich ist, das uns mit den Traditionen anderer Parteien und anderer Nationen verbindet, damit wir schließlich Erfolg haben.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, vor 100 Jahren erklärte ein Führer meiner Partei, Benjamin Disraeli: "Die Konservative Partei ist entweder eine nationale Partei, oder sie ist nichts." Ich glaube, heute läßt sich dieser berühmte Satz Disraelis abgewan-

delt sowohl auf die Konservative Partei als auch auf die Christlich Demokratische Union anwenden: Entweder sind wir europäische Parteien, oder wir sind gar nichts!

(Lebhafter Beifall)

Werner Scherer, Tagungspräsidium: Sir Christopher Soames, wir dürfen zunächst einmal Dank sagen für die Anerkennung, mit der Sie die Mitarbeit der Freunde der Christlich Demokratischen Union Deutschlands in den europäischen Gremien gewürdigt haben. Wir dürfen aber vor allem für den Ernst und die Überzeugungskraft Dank sagen, mit denen Sie die Wende in der europäischen Politik markiert und deutlich gemacht haben, daß wir zur Einheit finden müssen, wenn wir die Stärke nicht verspielen wollen. Wenn Sie am Anfang beklagt haben, daß die Regierungen die europäische Dimension nicht in genügender Form sehen, so hoffe ich, daß die Zahl der Anlässe für eine solch beredete Klage nach dem 3. Oktober wenn die CDU die Regierungsverantwortung in der Bundesrepublik Deutschland übernommen haben wird, geringer wird. Wir dürfen Ihnen für Ihren ermunternden und bewegenden Appell sehr herzlich danken und Sie mit den besten Wünschen für Ihre Arbeit in der Europäischen Kommission begleiten.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen dann gemäß Tagesordnung zur Berichterstattung über die Arbeitsergebnisse der einzelnen Arbeitskreise. Ich darf für den Arbeitskreis I den Berichterstatter, unseren Freund Franz Amrehn, zum Podium bitten.

Franz Amrehn: Herr Präsident! Meine Freunde! Die Geschlossenheit unserer Partei in den Auffassungen über die Einheit Europas und über die Wege, die dahin führen sollen, kam auch in der Kürze zum Ausdruck, mit der die Arbeitskreise tagen konnten, desgleichen in der Kürze der Diskussionen, die dort stattgefunden haben. Für den Arbeitskreis I kann ich trotzdem sagen, daß die Diskussion sehr anregend war und zum Teil auch kontrovers verlaufen ist. Darüber will ich mit berichten.

Im Forum I hatten wir uns mit dem Thema zu beschäftigen: "Europäischer Bundesstaat - eine freiheitliche Ordnung für die Bürger Europas". In diesem Thema sind die Akzente schon gesetzt. Diese Akzente waren vorgegeben durch unsere Parteiprogramm und durch das heute verlesene Europäische Manifest. Das Ziel ist also klar: Es bleibt eine langfristige Perspektive, und niemand von uns hat irgendeinen Grund zur Revision. Dies war eine gemeinsame Feststellung.

Die Frage bleibt aber: Wie kommen wir dorthin? Professor Kewenig, der ein Referat im Arbeitskreis gehalten hat, war der Meinung, daß es dafür zwei Strategien gebe.

Die eine Strategie sei die der vielen kleinen Schritte und, wie er meinte, die Strategie des Ministerpräsidenten Tindemans.

Die andere Strategie sei die der wenigen, aber großen Sprünge. Dies sei die Strategie der ungeduldigen Europäer. Er hat vorgeschlagen, daß aus beiden eine Kombination entwickelt werden sollte, wozu er dann auch Vorschläge gemacht hat.

Ich muß hier aber einschalten, daß der andere Redner, den wir als Referenten gewonnen hatten, der Kollege Dr. Klepsch, der Auffassung heftig widersprochen hat, daß es sich bei dem Tindemans-Bericht um den Vorschlag nur kleiner Schritte handle. Gewiß, darin sind viele kleine Schritte enthalten.

Sie alle zusammen bilden aber einen sehr großen Sprung, wenn es gelingt, bis zum Jahr 1980 all das auszuführen, was er dem Europäischen Rat vorgeschlagen hat.

Alle waren wir uns wieder darin einig, daß einer der entscheidenden Schritte nunmehr die Durchsetzung der europäischen Direktwahl sei, und zwar schon allein aus dem Gesichtspunkt der Bewußtseinsbildung in den Bevölkerungen der europäischen Länder. Professor Kewenig fügte hinzu, es müßte so sein, daß sich das Europäische Parlament bereits als die verfassungsgebende Versammlung Europas verstehe. Hier hat es dann wieder verschiedene Ansichten darüber gegeben, wie denn das bisherige Vertragswerk der Teilnehmerstaaten später in eine Verfassung einfließen könne. Dies sind allerdings Überlegungen, die mehr zur langfristigen Perspektive gehören.

Wiederum herrschte volle Einigkeit darüber, daß das Parlament mehr Kompetenzen haben müßte, wobei nur offenblieb, ob diese Kompetenzen verliehen werden sollten oder ob sie, wie es dieser Tage hier mehrfach gesagt wurde, aus der Autorität des Europäischen Parlaments selber flössen und ob die Direktwahl dem Europäischen Parlament die nötige Autorität verschaffe, um sich durchzusetzen. Bei dem einen oder anderen gab es Zweifel, ob dieses genüge und ob hier nicht die Regierungschefs, die Regierungen und die nationalen Parlamente aufgefordert werden müßten, dem Europäischen Parlament ausdrücklich zusätzliche Kompetenzen zu gewähren.

Dann kam der Vorschlag, daß das Europäische Parlament endlich damit aufhören müßte, seine Tätigkeit im Umherziehen auszuüben. Es müßte endlich gelingen, dem Europäischen Parlament einen festen Platz zu geben, an dem es einmal für immer seine Tätigkeiten ausübe.

(Beifall)

Dann hat unser Freund Klepsch zu einem Aktionsprogramm aufgerufen, dessen Einzelheiten in der schriftlichen Fassung nachzulesen sind, die ab 18 Uhr erhältlich sein wird.

Im einzelnen hat er in Übereinstimmung mit Professor Kewenig gefordert, das Initiativrecht des Europäischen Parlaments zu schaffen, eine Doppelinvestitur des Präsidenten der Kommission herbeizuführen, also von den Regierungen wie vom Parlament bestätigt, ferner im Ministerrat endlich wieder Mehrheitsentscheidungen Platz greifen zu lassen. Er hat gefordert, daß unter Ausnutzung der bisherigen Verträge nunmehr die Kommission, der Ministerrat und das Europäische Parlament ihre eigene Dynamik entfalten sollten, unter voller Ausfüllung dessen, was die Verträge jetzt schon erlaubten. Dann könne man später über eine europäische Verfassung sprechen. Allerdings - und das müsse bei Herrn Tindemans berücksichtigt werden - müsse man Tindemans Vorschläge in ihrer Gesamtheit sehen und dürfe nicht einzelne davon herausbrechen. Nur das Gesamtwerk als solches könne bei der Durchführung den wirklichen Durchbruch nach Europa bedeuten.

Es wurde gefordert, daß es mit der Aufsplitterung des Minister-rats in zahllose einzelne Fachministerräte zu Ende gehe. Sie müßten endlich wieder zusammengefaßt und durch den Außenminister-rat als das eigentlich kompetente Gremium koordiniert werden.

Die ständigen Vertreter der Minister sollten den Ministerrat weit mehr entlasten, als das bisher der Fall ist.

Dies alles ist in Anlehnung an die Vorschläge gesagt worden, die Tindemans gemacht hat. Wir haben dazu erklärt, daß der Tindemans-Bericht für uns ein realistischer Leitfaden für die nächsten Schritte ist. Dieser Leitfaden sollte in den nächsten vier Jahren ausgefüllt werden. Wir sollten diese Vorschläge samt und sonders übernehmen. Da und dort bedürften sie nur der Ergänzung. Das Ganze könne unter der Überschrift stehen: "Pragmatismus mit Prinzipientreue verbinden".

Nicht ganz einheitlich oder bedenkenfrei ist dann über die Frage der abgestuften Mitgliedschaft diskutiert worden. Das kann ich jetzt nicht im einzelnen ausführen. Sie wissen, welches Problem damit angerissen ist. Aber gegen die Bedenken ist nachhaltig vorgebracht worden - ich zitiere dafür hier unseren Kollegen Dr. Birrenbach -, daß es besser ist, eine dynamische Stärkung der Integration zu haben, als zu langsame Schritte nach dem Tempo des letzten Gliedes des Geleitzuges unter völliger Auflösung der bisherigen Substanz zu machen; dies gehe nicht an.

Weiter wurde gesagt, daß neue Mitglieder den Prozeß der Einigung Europas nicht etwa zurückwerfen dürften. Wir haben ja Anträge einiger neuer Mitgliedschaftsbewerber vorliegen. Aber so sehr sie Mitglieder werden sollen, so könne auch dies nur in Abstufung geschehen, ohne die Integration der anderen Mitgliedsländer aufzuhalten.

Es ist noch ein Wort zum Bundesstaat zu sagen, weil es im Ausland oft furchtbar viele Mißverständnisse darüber gibt, was das überhaupt sei, und dieses Wort mit großen Vorbehalten aufgenommen wird. Lassen Sie mich dazu folgende Bemerkung machen.

Nicht eine Theoriediskussion über das eine oder andere Modell bringt uns voran, sondern nur der Entschluß zu gemeinsamem Handeln auf dem richtigen Wege. Unser Kollege Klepsch hat gesagt: Selbstverständlich behalten die einzelnen Staaten und ihre Regierungen ihre bisherigen, gewachsenen Eigenständigkeiten. Aber dort, wo ein gemeinsames Interesse wahrgenommen werden muß, muß es auch eine gemeinschaftliche Entscheidungsgewalt für die Union geben. Vielleicht darf ich es so zusammenfassen: So viel Nation wie möglich, aber so viel Union wie nötig.

(Beifall)

Diese Union wurde jetzt besonders auf dem Gebiet des Fortschritts in der Währungs- und Wirtschaftsunion gefordert. Aber mancher war der Ansicht, daß der Vorrang jetzt im Grunde - jedenfalls auf bestimmten Gebieten - der Außenpolitik zukomme. Dazu gehöre natürlich die Sicherheitspolitik, auch eine gemeinsame Rüstungspolitik. Das alles sollte zusammen geschehen. Es sollte nicht das eine o d e r andere gemacht werden, sondern alles müßte parallel zueinander verlaufen. Daneben müßten das Parlament als Kontrollorgan und die Staatenkammer als Repräsentanz der einzelnen Staaten bei der Zentrale der Union stehen.

Die Rolle des Europäischen Rats bzw. der Regierungschefs ist heute von Ministerpräsident Tindemans gekennzeichnet worden. Dort liegt die eigentliche Macht. Sie muß nur ausgeübt werden. Dort könnte Europa aus seiner Ohnmacht und Verletzlichkeit erlöst werden, sagte Tindemans heute. Aber die Schwäche des Europäischen Rates sei noch, daß eben diese Kompetenz nicht ausgeübt werde .

Die nationalen Rücksichten stünden noch zu sehr im Vordergrund, obwohl doch alle wissen müßten: Wahrhaft national handelt nur noch, wer jetzt europäisch handelt.

(Beifall)

Ein niederdrückendes Element der bisherigen Entwicklung besteht darin, so sagte Tindemans in seinem Brief an die Ministerpräsidenten, daß alle Regierungen der Mitgliedsländer die Notwendigkeit der Schaffung einer europäischen Einheit anerkennen, daß es ihnen aber an dem Willen fehlt, sie durchzusetzen. Dieser Wille muß herbeigeführt werden. Denn es ist der Wille der Völker, die ihren Regierungen in dem Wunsch nach Wiederherstellung und Herstellung der Einheit Deutschlands weit voraus sind.

Deswegen geht der Appell gemeinsam an alle Parteien, an die Verbände, die Gewerkschaften und an andere Organisationen, diesen Willen in der Öffentlichkeit lebendig zu machen und es zu erreichen, daß die Regierungen durch öffentlichen Druck dahin geleitet werden, endlich den Durchbruch zu erzielen. Am Anfang dieses Weges steht die Durchführung der Direktwahl.

Wir sind uns darüber klar, daß Europa mit der Direktwahl nicht geschaffen wird. Aber mit der Direktwahl ist das öffentliche Bewußtsein dafür gestärkt, daß es vorankommt und daß die Regierungen einem solchen Impuls auch folgen müssen.

Einer der Redner sagte, es wäre unfäblich, wenn sich die Regierungschefs jetzt nicht bald über die Zahl der Abgeordneten einigen könnten, die das Parlament haben soll. Dazu muß ich allerdings sagen, daß wir auch untereinander nicht ganz einig in der Frage sind, ob im Blick auf die mögliche Proportionalität eines solchen Abgeordnetenhauses, einer solchen europäischen parlamentarischen Versammlung Konzessionen der Großen an die Kleinen mehr als bisher gemacht werden sollten oder ob umgekehrt volle Proportionalität hergestellt werden müsse.

Lassen Sie mich als letzten Punkt folgendes hervorheben. Bei der Bildung der europäischen Union steht nicht die Frage nach der einen oder anderen Form der Struktur vornan, sondern vornan steht, daß es ein Europa der Menschenrechte wird, ein Europa der Grundfreiheiten jedes einzelnen, ein Europa, das jedem das Recht gibt, dort zu leben, wo er leben will, ein Europa der Meinungs- und Redefreiheit, in dem die Religionsfreiheit ebenso selbstverständlich ist wie die Pressefreiheit, ein Europa der personalen Freiheit und der Grenzen des Staatseingriffs. Dies wäre das Europa der Vielfalt in der Einheit, das Europa des Zusammenstehens in der Vielheit, das Europa der sozialen Gerechtigkeit. Wir wollen das Europa des gewachsenen Friedens durch eine Politik, wie sie hier heute von den Sprechern der verschiedenen Nationen dargestellt worden ist, durch eine Politik der Europäischen Volkspartei herbeiführen. Deswe-

gen soll der Sieg der CDU am 3. Oktober zugleich ein Sieg aller Europäer auf dem Wege zu Einheit in Freiheit sein.

(Beifall)

Werner Scherer, Tagungspräsidium: Ich danke unserem Freund Amrehn für die Zusammenfassung der Ergebnisse aus dem Diskussionsforum I.

Zur Berichterstattung über die Beratungen im Diskussionsforum II erteile ich nun unserem Freund Erik Blumenfeld das Wort.

Erik Blumenfeld: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Forum II haben wir die Fragestellung "Europäische Sicherheit - Frieden und Freiheit für die Völker Europas" behandelt. Die kurze Zeit, die uns für die Beratungen zur Verfügung stand, erlaubte es naturgemäß nicht, alle Einzelheiten und all die vielschichtigen Probleme dieser für uns so wichtigen und essentiellen Frage zu behandeln. Wir hatten zwei ausgezeichnete und sehr sachkundige Referenten. Unter außenpolitischem Gesichtspunkt sprach Werner Marx; eine militärpolitische Analyse nahm General a. D. Bennecke vor.

Aus der Diskussion möchte ich hervorheben, daß von der Basis unserer Partei her immer wieder sehr deutlich wurde, mit welcher großer Skepsis unsere Parteifreunde die Entspannungspolitik der letzten Jahre - insbesondere seit der Konferenz von Helsinki - betrachten und welche große Sorge sie im Hinblick auf die Sicherheit Europas haben.

Werner Marx hat in seinem Referat eine ausgezeichnete politische Analyse angestellt, die ich in Stichworten hier vortragen will. Er sprach davon, daß die Probleme der Sicherheit Europas von der Regierungskoalition verniedlicht werden und die Entspannungspropaganda es erreicht hat, daß das Wissen um die Bedrohung durch den Kommunismus in Europa in den letzten Jahren immer mehr abgenommen hat.

Meine Freunde, zum Beweis dafür, daß selbst der Regierungschef, Bundeskanzler Schmidt, sich in dieser Hinsicht mitschuldig gemacht hat, möchte ich Ihnen vorlesen, was er vor wenigen Wochen auf der Wehrkundetagung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in München dargelegt hat. Im Zusammenhang mit der Erörterung von Entspannung und der Tatsache, daß der amerikanische Präsident das Wort "Detente" mittlerweile fallengelassen hat und es durch den Begriff "Abbau von Spannungen" - relaxation of tensions - ersetzen will, sagte Helmut Schmidt wörtlich:

"Ich würde auch nicht empfehlen, zu zweifeln daran, daß die Substanz der Politik des sowjetischen Generalsekretärs fortgesetzt werde. Natürlich, solche Ereignisse wie jüngst in Angola, das dortige Auftreten fremder, ausländischer, sogar extrakontinentaler Truppen muß die Aufmerksamkeit auf sich ziehen, die Aufmerksamkeit erneut auf solche Zonen - vornehmlich außerhalb Europas - ziehen, die eben nicht durch Verträge zwischen den Großmächten beruhigt sind."

Meine Damen und Herren, hier muß wohl das Wort von Werner Marx über die Verniedlichung der Probleme in Erinnerung gerufen werden.

Schließlich vollzieht sich eine Zangenbewegung seitens der Sowjetunion über den Nahen Osten und über Westafrika, die für Europa lebensbedrohend ist, die die Rohstoff- und Energieversorgung Europas bedroht. Die enorme Aufrüstung des Warschauer Paktes seit 1968 läßt - so führte Werner Marx aus - unsere Besorgnisse steigen. Die Sowjetunion verfolgt das Ziel, in deutschen Angelegenheiten mitzusprechen - so die jüngste Regierungserklärung -, insbesondere aber auch bei den MBFR-Verhandlungen in Wien eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zuungunsten Europas und insbesondere eine Reduzierung der Bundeswehr zu erreichen. Es wächst die Gefahr, daß die Sowjetunion ihr militärisches Potential in immer stärkerem Maße als Druckmittel einsetzt, um politische Ziele zu erreichen.

Die Analyse von General a.D. Bennecke schloß sich dem fugenlos an. Im Mittelpunkt der Betrachtung standen die Maßnahmen, die notwendig sind und sein werden, um einer militärischen Aggression begegnen zu können. Es war gut, aus dem Munde eines so sachkundigen und hervorragenden deutschen, europäischen und NATO-Offiziers, der seinen Dienst in den höchsten Kommandostellen absolviert hat, zu hören, daß uns nach seiner Auffassung die jetzige militärische Situation nicht dazu führen sollte zu glauben, daß wir einem militärischen Angriff seitens eines Gegners aus dem Osten wehrlos ausgesetzt wären.

Die Forderungen, die sich aus dieser Analyse ergaben und die wir im Forum II erörterten, waren - ich führe sie stichwortartig an - folgende. Erstens: mehr Aufklärung der Bevölkerung nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch in ganz Europa über die sicherheitspolitische Lage. Eine zweite, starke und eindeutige Forderung, die ich hier von mir aus noch einmal besonders unterstreichen möchte, war, daß eine kommunistische Beteiligung an Regierungen innerhalb unserer Allianz überhaupt nicht in Frage kommen kann und darf. Die NATO ist ein Bündnis gegen den Kommunismus. Das muß deutlich ausgesprochen werden.

(Beifall)

Das militärische Gleichgewicht in Europa muß wiederhergestellt werden. Die Partner der NATO müssen noch mehr Solidarität üben. Wir meinen, daß ein demokratisches Spanien, wenn der Demokratisierungsprozeß dort abgeschlossen ist, ein Mitglied unserer Verteidigungsallianz sein muß.

(Beifall)

Wir sollten aber - dies war eine Forderung, die Werner Marx mit Nachdruck aufstellte - bei all unseren Handlungen und all unseren Überlegungen im außen- und im militärpolitischen Bereich an die Menschen in Osteuropa denken, die unter kommunistischer Herrschaft leben, denn sie sind unsere wahren Freunde und auch Verbündete der Zukunft in einem größeren Europa.

(Zustimmung)

Rechtzeitige Information über militärische Entwicklungen im Osten war - aus militärpolitischer Sicht gesehen - eine der Forderungen, die Herr Bennecke aufstellte.

Er meinte mit Recht, darauf hinweisen zu müssen, daß unser Mobilmachungssystem verbessert werden kann.

Das Gleichgewicht der konventionellen Kräfte in Europa muß erreicht werden können erstens durch international vereinbarte Reduktionen, so wie man es in Wien versucht, zweitens durch die Verstärkung der konventionellen Streitkräfte der europäischen und der nordamerikanischen Partner innerhalb der Allianz, letz- tens durch die Aufstellung von Reserveverbänden. Da meinte Herr Bennecke aus seiner reichen Erfahrung, daß dies wohl auch der allgemeinen Wehrpflicht einen stärkeren Sinn geben würde.

Lassen Sie mich aber zum Schluß noch einen Satz hinzufügen. Alle Überlegungen darüber, wie man Sicherheit in Europa besser und für den Frieden stärker machen kann, würden scheitern, wenn nicht die politische Führung in einer krisenhaften Entwicklung recht- zeitig alle Vorkehrungen trifft, um eine Aggression seitens des potentiellen Gegners zu begegnen. Dies, meine Freunde, würde die Chance, einen Waffengang zu vermeiden, erhöhen. Wir glauben - das kam aus der Diskussion sehr deutlich heraus -, daß die Be- reitschaft innerhalb der europäischen Streitkräfte in unserem Verteidigungsbündnis noch viel stärker motiviert werden würde, wenn sich die politische Führung der europäischen Regierungen ihrer Aufgabe für die Sicherheit Europas stärker bewußt sein würde.

(Beifall)

Werner Scherer, Tagungspräsidium: Ich danke auch unserem Freund Erik Blumenfeld für den Bericht seines Arbeitskreises und darf zur Berichterstattung für den Arbeitskreis III unserem Freund Walther Leisler Kiep das Wort erteilen.

Walther Leisler Kiep: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich habe über den Arbeitskreis III zu berichten, der unter der Überschrift "Europäische Gesell- schaft - Wirtschaftliche und soziale Sicherheit für die Menschen in Europa" getagt hat.

Die Diskussion im Arbeitskreis wurde mit zwei Beiträgen von Philipp von Bismarck und Norbert Blüm eröffnet. Philipp von Bismarck hat die wirtschaftlichen Probleme dargelegt und insbe- sondere ausgeführt, daß nur wirtschaftliche Einigungsbestre- bungen zusammen mit politischen Einigungsbestrebungen Europa schaffen können, daß es hier eine Teilung nicht gibt und daß vor allen Dingen keine wirtschaftliche Automatik uns dem Prozeß der politischen Einigung näherbringt, wenn nicht von vornherein die Priorität der politischen Einigung einbezogen ist. Norbert Blüm hat sich damit beschäftigt, darzulegen, daß soziale Sicher- heit, daß Freiheit von Not in Europa die Grundlage für ein frei- es und vereinigtes Europa darstellt.

Lassen Sie mich in vier Thesen die lebhafteste Diskussion aus diesem Arbeitskreis kurz wiedergeben, die - offensichtlich im Gegensatz zu anderen Arbeitskreisen - nicht kontrovers, sondern sehr über- einstimmend verlief und sich in fast allen Diskussionsbeiträgen sehr aktuell mit der heutigen Diskussionslage in der Bundesre- publik Deutschland und auch sehr kritisch mit der Europapolitik der gegenwärtigen Bundesregierung auseinandersetzte.

Erstens. Es bestand volle Übereinstimmung mit den Thesen, wie sie auch Ministerpräsident Tindemans in seinem Bericht ausgeführt hat, daß die Schuld an der Stagnation Europas nicht etwa die Europäische Kommission, nicht etwa die Bürokraten in Brüssel seien, sondern daß das politische Unvermögen Europas eine Konsequenz der Unfähigkeit der nationalen Regierungen Europas sei, die Hürde zur Einigung zu überspringen.

Es war übereinstimmende Meinung, daß Schmidts Gipfeldiplomatie, uns nicht weitergeführt haben, daß aber auf der anderen Seite die Versuche von Helmut Schmidt, sich durch nationales Verhalten auf der europäischen Szene zu profilieren, aus wahltaktischen und parteipolitischen Gründen gewählt, die Solidarität der Europäer zu gefährden beginnen.

Es bestand Einigkeit darüber, daß mitten in diesem Wahlkampf von der Bundesregierung, insbesondere von dem Kanzler, der Versuch unternommen wird, dadurch Punkte zu gewinnen, daß er den Bürgern dieses Landes darstellt, wir Deutsche könnten unsere wesentlichen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme mit nationalstaatlichen Mitteln, lösen. Dies war und ist nach der Überzeugung aller Diskussionsteilnehmer nichts anderes als politische Hochstapelei, denn die Wirklichkeit sieht völlig anders aus.

Wirtschaftliche Rezession, Arbeitslosigkeit, Währungsprobleme, Sicherheits- und Außenpolitik, Weltwirtschaftsfragen und nicht zuletzt die Beziehungen zur Dritten Welt sind heute nur noch gemeinsam von allen Europäern zu lösen. Die nationalstaatlichen Mittel versagen bei der Lösung dieser brennenden Probleme auch in der Bundesrepublik Deutschland.

Damit ist europäischer Zusammenschluß die einzige Garantie für die Erhaltung der Sicherheit, der sozialen Gerechtigkeit und damit auch der Freiheit in Europa.

Drittens. Es wird behauptet - und damit wird die europäische Bewegung und die europäische Einigung in ihrer Dringlichkeit einfach heruntergestuft - wir seien in der Frage der Arbeitslosigkeit, in dem uns alle bedrückenden Probleme, im Grunde genommen national und unabhängig viel besser dran, als wenn wir uns hier europäisch zusammentäten. Schmidt begründet diese Behauptung damit, daß die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland eben geringer sei als in anderen Teilen Europas. Aber erstens ist diese Behauptung, wie einige Diskussionsteilnehmer ausführten, in dieser Form nicht richtig, und zweitens kommt es darauf an, darauf hinzuweisen, daß es insgesamt in Europa zu viele Arbeitslose gibt, und daß die Zahl der Arbeitslosen in Europa insgesamt sehen müssen. Wenn diese Zahl in West- und in Südeuropa nicht bald abnimmt, werden wir über kurz oder lang auch in der Bundesrepublik Deutschland wesentlich mehr Arbeitslose haben, als wir bedauerlicherweise heute schon verzeichnen müssen.

Viertens. Es wurde auch angesprochen, daß sich der Bundeskanzler in seiner Darstellung der europäischen Situation gern auf die großen Devisen- und Goldreserven der Bundesbank stützt und bezieht. Diese sozusagen als Statussymbol der Handlungsfähigkeit der nationalen Regierung - gelegentlich auch geradezu als ein

parteiliches Verdienst dieser Regierung - darstellt. Es wurde deutlich gemacht, daß diese Devisen- und Goldreserven im Grunde genommen nichts anderes sind als das Spiegelbild der Defizite unserer europäischen Partner und daß sie, in sich gesehen, im Grunde genommen überhaupt gar keine Garantie und Sicherheit für die Zukunft bedeuten, wenn es nicht gelingt, die Misere, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in ganz Europa durch eine gemeinsame Anstrengung zu beseitigen.

Es wurde sodann darauf hingewiesen, daß der Finanzminister das Wort, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht Zahlmeister Europas sein wolle, für eine nationale Profilierung verwende und damit Ressentiments gegen unsere Rolle in Europa wecken wolle. Es wurde ganz deutlich, daß wir uns in dieser Frage und auf Grund unserer wirtschaftlichen Möglichkeiten zum Handeln verpflichtet fühlen müßten, da alle Europäer in einem Boot sitzen, die einen auf einem Kissen, die anderen direkt auf der Holzbank, und daß Regionalpolitik für Europa die schlichte Voraussetzung für den Zusammenschluß ist und daß Mittel, die hier eingesetzt werden, wesentlich besser und nachhaltiger zur Sicherung unserer Zukunft beitragen als Kredite, die in andere Himmelsrichtungen gegeben werden.

Es wurde in diesem Zusammenhang betont, daß das, was in unserer föderalistischen Ordnung gilt, deren Aufgabe und Rechtfertigung darin besteht, die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in allen Teilen des Landes sicherzustellen, im übertragenen Sinn eben auch für die Europapolitik und für die Regionalpolitik in Europa gilt.

Meine Damen und Herren, es bestand völlige Übereinstimmung, daß beide - Wirtschafts- und Sozialpolitik - gleichrangig und gleichwertig in Europa nebeneinanderstehen, und die Schlußfolgerungen, die aus dieser Debatte gezogen worden sind, waren die, daß Freiheit von Not, Menschenwürde, Gerechtigkeit und soziale Sicherheit überall in Europa Wirklichkeit werden müssen und daß überall, wo diese höchsten Güter der Menschen nur papierene Begriffe sind, deren Übertragung in die Lebenswirklichkeit des einzelnen Menschen nicht stattfindet, die Freiheit in Gefahr ist, daß falsche Propheten Anhänger sammeln können und daß an die Stelle der versprochenen Freiheit die Unfreiheit und damit das Verschwinden jeder Hoffnung auf ein einiges und freies Europa eintreten wird.

Wir waren - damit möchte ich schließen - der übereinstimmenden Meinung, daß sich dieses Europa nicht in einer Krise der wirtschaftlichen Ressourcen und Möglichkeiten befindet. Wir sind alle überzeugt davon, daß es auch nicht um eine Krise unserer freiheitlichen Ordnung oder unserer Marktwirtschaft geht, sondern wir haben festgestellt, daß es sich um eine Krise des Willens der Europäer handelt, aus der gegenwärtigen Situation, wenige Minuten vor zwölf, die Konsequenzen zu ziehen. Wir haben unserer Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Union und die uns befreundeten Parteien in Europa gerade diese Krise des Willens durch ihren Willen nach dem 3. Oktober 1976 überwinden und den Durchbruch nach Europa bewirken können.

(Beifall)

Werner Scherer, Tagungspräsidium: Ich darf auch unserem Freund Leisler Kiep danken und diesen Dank sicherlich ausweiten auf alle Freunde, die in den Arbeitskreisen in einer vergleichweisen kurzen Frist sehr intensiv beraten und für wesentliche Teilbereiche der europäischen Politik, so wie es die Berichte gezeigt haben, doch wichtige Orientierungspunkte gesetzt haben.

Ich darf die Aussprache zu diesen drei Berichten eröffnen und um Wortmeldungen bitten. - Offenbar ist das Diskussionsbedürfnis in den Arbeitskreisen hinreichend befriedigt worden, so daß im Augenblick keine Wortmeldungen vorliegen.

Meine Damen und Herren, bevor wir zur Schlußabstimmung über das Europäische Manifest kommen, weise ich vorsorglich auf die Abendveranstaltung um 20.00 Uhr hin, die im Runden Saal stattfinden wird. Das ist nicht der Kuppelsaal, der uns in angenehmer Erinnerung geblieben ist. Der Runde Saal ist jedoch ausgeschildert, so daß es keine Schwierigkeiten geben wird, ihn zu finden.

Ich darf Sie bitten, das Europäische Manifest zur Hand zu nehmen, damit Sie genau darüber unterrichtet sind, über was abgestimmt wird. Wer diesem Manifest der Christlich Demokratischen Union, das heute morgen verlesen worden ist, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Keine Gegenstimme, keine Enthaltung. Dann stelle ich fest, daß das Europäische Manifest die einmütige Zustimmung des Bundesparteitages gefunden hat.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, daß wir anläßlich des Bundesparteitages der Europapolitik einen Tag gewidmet haben, darf wohl als eine eindrucksvolle Bestätigung dafür gelten, daß die CDU die Gestaltung eines freien und geeinten Europas als eine unveränderte zentrale Komponente ihrer Außenpolitik ansieht. Wir stehend damit in der Tradition Konrad Adenauers, der das freie und geeinte Europa als eine tragende Säule seiner außenpolitischen Architektur betrachtet hat. Ich bin gewiß, daß wir uns alle in die Pflicht genommen wissen, wo immer sich eine Chance auftut, nach bestem Vermögen kraftvoll auf die Verwirklichung dessen hinzuwirken, was wir um einer größeren Sicherheit und Freiheit willen in dem von Ihnen gebilligten Europäischen Manifest als Ziele formuliert haben.

Gerade die Erfahrung als Saarländer bestärkt mich in der Gewißheit, daß wir über die Aktivitäten der derzeitigen Regierung hinaus als Partei mit vielen europäischen Freunden und mit breiter Zustimmung der Bevölkerung auf dem Weg nach Europa weit ausgreifend vorangehen können. Die CDU Deutschlands begründet damit neue Hoffnungen für viele Millionen, vor allem junge Menschen. Helfen wir mit, diese Hoffnung möglichst bald zu erfüllen!

Mit dieser Erwartung darf ich die 4. Plenarsitzung schließen und darauf hinweisen, daß die nächste Plenarsitzung bereits morgen um 9 Uhr beginnen wird.

(Schluß: 17.56 Uhr)

Mittwoch, 26. Mai 1976

5. Plenarsitzung

Beginn: 9.00 Uhr

Dr. Ernst Albrecht, Tagungspräsidium: Ich eröffne die 5. Plenarsitzung unseres Parteitages.

Wir haben heute die Anträge zu behandeln. Danach steht die Vorstellung des Wahlprogramms der Christlich Demokratischen Union und der Christlich Sozialen Union auf der Tagesordnung. Anschließend wird dann die Multi-Media-Schau stattfinden.

Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, wird der Vorsitzende der christlich-demokratischen Partei Spaniens, der Federación Popular Democrática, Gil-Robles, ein Grußwort sprechen. Wir heißen Sie sehr herzlich willkommen, Herr Gil-Robles.

(Beifall)

Sie haben das Wort.

Maria-José Gil-Robles (mit Beifall begrüßt) (Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe die Ehre, Ihnen, der Christdemokratie der Bundesrepublik Deutschland, die Grüße der Christdemokratie Spaniens zu überbringen.

(Beifall)

Seit vielen Jahren verfolgen wir die Aktionen und die Gedanken der deutschen Christdemokraten, vor allen Dingen seit der so außergewöhnlichen Persönlichkeit Konrad Adenauers. Wir sind ständig bei Ihnen, wir verfolgen Ihre Arbeit und schließen uns Ihren Hoffnungen an. Wir wünschen Ihnen großen Erfolg; denn dieser Erfolg wird auch unser Erfolg sein.

(Beifall)

Erlauben Sie mir, in wenigen Worten die Situation der Christdemokratie in Spanien zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu schildern. Die Politik in Spanien durchlebt gegenwärtig eine Zeit größter Verwirrung. Sie wissen selbst, wie schwierig es sein muß, nach einer Diktatur von 40 Jahren ein System der Demokratie zu schaffen. Sie können sich vorstellen, wie viele Probleme in dieser Hinsicht bestehen. Diese Probleme reflektieren sich in einer außerordentlich großen Anzahl von Parteien, in der Inkohärenz ihrer Aktionen und in persönlichen Ambitionen. In gewisser Weise ist dies auch in der Christdemokratie Spaniens der Fall, obwohl wir gegenwärtig dabei sind, diese Probleme zu überwinden.

(Beifall)

Die spanische Christdemokratie, die hier auf Ihrem Parteitag durch meine bescheidene Person repräsentiert ist, hat sich in der sogenannten spanischen Equipe der Christdemokratie zusammengeschlossen, die sich aus fünf Parteigruppierungen zusammensetzt, die als einzige der Christdemokraten in Spanien von der EUCD anerkannt sind.

Die fünf Parteigruppierungen, die, obwohl sie ihre Unabhängigkeit aufrechterhalten, gemeinsam tätig sind, um ihre wesentlichen Prinzipien durchzusetzen, sind für jede Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen offen, jedoch mit zwei Ausnahmen. Wir können nicht diejenigen zulassen, die sich Christen nennen - vielleicht sind sie es auch; das möchte ich hier nicht klären -, aber die Alliierten des antidemokratischen Regimes waren und die auch heute noch nicht die ideologischen und praktischen Bindungen zu der Regierung abgebrochen haben, einer Regierung, die zwar sagt, daß sie ein demokratisches System schaffen möchte, diese Absicht aber bis jetzt noch nicht in die Praxis umgesetzt hat.

Zweitens sind wir nicht bereit, diejenigen zu akzeptieren, die es auf eine Teilung der Christdemokraten abgesehen haben, die praktisch nach dem Motto verfahren wollen, zunächst etwas zu zerbrechen, um es dann wieder zusammenzufügen.

(Beifall)

Ein derartiges Vorgehen wäre so absurd, als wollte man ein schönes Porzellangefäß zerbrechen, um dann zu versuchen, die einzelnen Teile wieder zusammenzufügen.

(Beifall)

Ich möchte drittens noch ein weiteres Problem anführen, eine Gefahr, vor der sich die Christdemokraten in Spanien hüten müssen. Hierbei beziehe ich mich auf die zahlreichen Vorschläge, die uns von anderen Gruppierungen der Opposition gemacht werden, mit ihnen zusammenzugehen und mit ihnen zu verbünden, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Als echte Christdemokraten können wir jedoch keine Pakte bzw. Bündnisse mit Parteien eingehen, die nicht demokratisch sind.

(Beifall)

Die fünf Parteigruppierungen der Equipo Espanol de la Democracia Cristiana sind nicht gewillt, sich zu Alliierten - nicht einmal in bestimmten Umständen - totalitärer Gruppierungen machen zu lassen, kommunistischer Gruppierungen, die mehr oder weniger gut verkleidet sind.

(Beifall)

Sicherlich hat es gelegentlich Kontakte zwischen der Equipo und anderen Gruppierungen gegeben. Aber diese Verbindungen waren nie ideologischer Natur und waren nie auf ein Zusammengehen oder eine Allianz ausgerichtet. Wenn Sie mir einen Bezug auf meine Person erlauben, so möchte ich Ihnen sagen, daß es völlig unsinnig wäre, wenn wir mit totalitären Gruppierungen zusammengingen.

Stellen Sie sich vor: Wie könnte ich das zulassen nach 40 Jahren der Verfolgung, der Exilierung, die ich am eigenen Leibe erfahren habe aufgrund meines Kampfes gegen die totalitären faschistischen Kräfte?

(Lebhafter Beifall)

Wäre es dann nicht eine Dummheit, mich in die Arme des totalitären Kommunismus zu werfen?

(Sehr wahr! - Erneuter Beifall)

Ich sage das nicht, um Applaus oder Sympathien von Ihnen zu erhalten, sondern ich sage das, weil es meine Überzeugung ist, weil es meinen Ideen entspricht und weil meine Ideen über Freunden oder Feinden stehen, weil ich mich lediglich meinem Gewissen verpflichtet fühle.

(Beifall)

Erlauben Sie mir noch einige andere Bemerkungen: Die Christdemokraten in Spanien kämpfen einen harten Kampf, einen harten Kampf gegen die Heroismen, die Helden aus dem Franco-Regime. Sie kämpfen einen harten und schwierigen Kampf gegen die Reste der Diktatur; sehr viele dieser Persönlichkeiten haben immer noch wichtige Positionen inne. Sie kämpfen gegen das Unverständnis vieler Menschen in unserem Lande, die lediglich den materiellen, aber nicht den geistigen Frieden suchen.

Es wäre in dieser Situation äußerst schmerzlich, wenn die deutschen Christdemokraten, die ja unsere Brüder gleicher Ideale sind, uns nicht verstehen würden. Ich möchte Ihnen sagen, daß der Kampf, den Sie hier in der Bundesrepublik Deutschland führen, auch unser Kampf ist, und ich möchte Sie bitten zu verstehen, daß unser Kampf, der Kampf der Christdemokraten in Spanien, auch Ihr Kampf sein muß.

(Beifall)

Wenn wir in Spanien siegen, dann werden Sie die Folgen spüren. Insofern bin ich optimistisch; denn wir führen den gleichen Kampf, und so werden wir die gleichen Resultate erlangen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Ernst Albrecht, Tagungspräsidium: Sehr verehrter Herr Gil-Robles, ich darf Ihnen im Namen des Parteitages sagen, daß wir alle mit leidenschaftlicher Anteilnahme verfolgen, was in Spanien geschieht. Jeder von uns weiß, daß uns das, was in diesem großen und alten europäischen Land geschieht, nicht unberührt lassen kann. Wir alle haben verfolgen können, wie Sie seit vielen Jahren in gleicher Weise und in gleicher Aufrichtigkeit und Eindeutigkeit die Auseinandersetzungen mit den Faschisten und mit den Kommunisten geführt haben.

(Beifall)

Sie haben gekämpft für die freiheitliche rechtsstaatliche Demokratie aus christlich-demokratischem Geiste heraus. Sie haben gekämpft, aber Sie haben auch gelitten dafür, und dafür dankt Ihnen der Parteitag.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich darf jetzt den Punkt 14 der Tagesordnung aufrufen:

Sonstige Anträge

Es liegen drei Anträge vor, die Anträge 1401, 1402 und 1403. Der Antrag 1401 ist den Delegierten mit den Tagungsunterlagen

übergeben worden. Die Anträge 14.02 und 14.03 sind im Saal als Drucksache verteilt worden.

Ich rufe zunächst den Antrag 14.01 auf. Die Empfehlung der Antragskommission lautet: Überweisung an den Bundesvorstand. Darf ich fragen, ob zur Begründung das Wort gewünscht wird?

Wenn das nicht der Fall ist - und ich freue mich, wenn wir die Tagesordnung zügig abwickeln können -, ich darf fragen, ob es Wortmeldungen dazu gibt. - Das ist offenbar nicht der Fall. Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag an den Bundesvorstand zu überweisen. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Ich rufe sodann den Antrag 14.02 auf. Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag anzunehmen. Es handelt sich um den Berlin-Antrag. Wünscht jemand das Wort zur Begründung? - Das ist nicht der Fall. Der Text ist auch so klar und eindeutig, daß das nicht nötig ist. Wird das Wort dazu gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich stelle den Antrag zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Delegierten, die für die Annahme sind, um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ich kann mit Freude feststellen, daß der Antrag vom Parteitag einstimmig angenommen worden ist.

(Beifall)

Ich rufe schließlich noch den Antrag 14.03 auf. Hierzu empfiehlt die Antragskommission Überweisung an den Bundesvorstand. Dazu wollte Herr Professor Biedenkopf etwas sagen.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Meine Damen und Herren, die Antragskommission empfiehlt zu dem Antrag 14.03 der Delegierten Blumenfeld, Klepsch und anderer zu Fragen der Europa-Initiative Überweisung an den Bundesvorstand. Dieser Antrag enthält eine Reihe wichtiger Konkretisierungen des von uns gestern verabschiedeten Europäischen Manifests. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an den Bundesvorstand in Verbindung mit der Anregung, der Bundesvorstand möge die in diesem Antrag enthaltenen Konkretisierungen in die Wahlkampfaussagen und in die Darstellung der Europapolitik unserer Partei im kommenden Bundestagswahlkampf aufnehmen.

Dr. Ernst Albrecht: Tagungspräsidium: Ich höre soeben, daß auch die Antragsteller mit der Überweisung an den Bundesvorstand einverstanden sind. Das Wort dazu wird nicht mehr gewünscht. Dann stelle ich die Empfehlung der Antragskommission zur Abstimmung. Wer der Empfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Ich rufe nunmehr Punkt 13 der Tagesordnung auf:
Vorstellung und Verabschiedung des Wahlprogramms der Union.

Das Wort hat zunächst unser Generalsekretär, Professor Biedenkopf.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich bin beauftragt, Ihnen namens des Bundesvorstandes als Antrag des Bundesvorstandes das Wahlprogramm der CDU und der CSU vorzulegen, mit der Bitte an den Parteitag, daß er durch seine Zustimmung zu diesem Wahlprogramm dem Antrag des Bundesvorstandes auf Verabschiedung dieses Wahlprogramms entsprechen möge.

Dieses Wahlprogramm ist das gemeinsame Programm von CDU und CSU. Es zeigt in besonders eindrucksvoller Weise die Übereinstimmung zwischen den beiden Schwesterparteien in allen Fragen unserer Politik.

(Beifall)

Dieses Wahlprogramm ist die Grundlage des vor uns liegenden Wahlkampfes, die Grundlage der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Aber es ist auch eine Demonstration der Einheit der Unionsparteien. Es zeigt, daß das Gerde über Differenzen, die zwischen den Parteien bestehen sollen, Unsinn ist. Wir, die beiden Parteien CDU und CSU, werden heute, in den kommenden Monaten und in der Zukunft nicht zu trennen sein, gleichgültig wie groß die Anstrengungen des politischen Gegners auch sind.

(Beifall)

Das Wahlprogramm stellt die vier Schwerpunkte unseres Wahlkampfes dar.

Ich möchte diese Schwerpunkte kurz wiederholen, um deutlich zu machen, welches unsere Aussagen für diesen Wahlkampf sind. Der erste Schwerpunkt steht unter dem Thema: "Wir wollen Frieden, Freiheit und Sicherheit für Deutschland, Europa und die Welt." Die hierunter fallenden Aussagen befassen sich mit der großen Bedeutung der Europapolitik und der Außenpolitik, die wir hier gestern so kraftvoll demonstriert haben.

Das zweite Schwerpunktthema ist die Situation im Inneren unserer Gesellschaft. Es steht unter der politischen Aussage: "Wir wollen die freie, gerechte und solidarische Gemeinschaft." Unter dieser Aussage behandeln wir die Grundlagen des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, des Staates im Dienste der Bürger, die Verpflichtung der gesellschaftlichen Gruppen und Medien gegenüber der Gemeinschaft und die Stellung des Bürgers in der Gesellschaft.

Der dritte Themenbereich betrifft unsere Zukunftssicherung. Er steht unter dem Motto: "Wir wollen eine sicher Zukunft für die Menschen in unserem Land." Unter diesem Thema behandeln wir die Grundlagen unserer Zukunft, insbesondere auch die Familienpolitik, Bildung und Ausbildung, die Rolle der Geschichte in der Politik und im Selbstverständnis unseres Landes, die Notwendigkeit der Verwirklichung von Chancengerechtigkeit und die Notwendigkeit der Zukunftssicherung durch Forschung und Wissenschaft.

Der vierte Themenbereich schließlich befaßt sich mit unserer wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit. Diesen Themenbereich stellen wir unter die Aussage: "Wir wollen die wirtschaftliche und soziale Sicherheit aller durch einen dauerhaften Aufschwung unserer Wirtschaft." In diesem Zusammenhang behandeln wir insbesondere die große Bedeutung einer Wiedererstarkung und Wiedergesundung unserer Wirtschaft für die Sicherung der sozialen Sicherheit.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, in der Vergangenheit ist jeder Versuch der Union, Ordnung, Klarheit und damit Gerechtigkeit in den großen Bereichen der sozialen Sicherheit durchzusetzen, vom politischen Gegner als Versuch diffamiert worden, die soziale Sicher-

heit zu demontieren. Ich möchte hier mit allem Nachdruck feststellen: Es gibt nur eine wirksame Form der sogenannten Demontage unserer sozialen Sicherheit, und das ist die Zerstörung der Leistungskraft unserer Wirtschaft.

(Beifall)

In dieser Zerstörung haben sich SPD und FDP in den letzten Jahren besonders ausgezeichnet.

(Erneuter Beifall)

Sie sind diejenigen, die durch die Schwächung der Leistungskraft unserer Wirtschaft wesentlich dazu beigetragen haben, daß die Gefährdung des Systems sozialer Sicherheit heute in der Bundesrepublik Deutschland ein ernsthaftes Thema für alle Bürger ist.

Unser Wahlprogramm steht unter dem Auftrag, Anwalt der Freiheit zu sein. Richard von Weizsäcker und unsere ausländischen Gäste bei der Podiumsdiskussion gestern abend, die unter dem Thema stand: "Was erwartet Europa von der Bundesrepublik Deutschland?", haben besonders eindrucksvoll gezeigt - jeder, der an dieser Podiumsdiskussion als Zuhörer teilgenommen hat, wird sie unter diesem Eindruck verlassen haben -: Europa erwartet von uns, von der Bundesrepublik Deutschland, daß wir in ganz besonders unterschiedener Weise für die Erhaltung und Sicherung der Freiheit eintreten.

(Beifall)

Diese Aufgabe bestimmt den Bereich der Innenpolitik wie der Außenpolitik. Innenpolitik - das hat gestern der Europatag dieses Parteitages gezeigt - hat aufgehört, an den Grenzen nationaler Souveränität haltzumachen. Unsere Politik ist heute nur noch in einer europäischen Dimension möglich. Europa, meine Freunde, ist längst eine Realität. Europa wird vom Rest der Welt als Einheit behandelt. Daß wir es als Einheit gestalten wollen, haben wir gestern kraftvoll bewiesen.

Die Leitidee unserer Außenpolitik ist: Wir kämpfen für ein freiheitliches und geeintes Europa, in dem die deutsche Nation ihre Einheit wiedererlangen kann. Die Einheit und der Zusammenhang zwischen der europäischen Politik und dem großen Auftrag der Wiedervereinigung stehen im Mittelpunkt aller unserer außenpolitischen Anstrengungen.

(Beifall)

Wir sind, meine Freunde, bei der Formulierung dieses Wahlprogramms wie bei der Formulierung unserer Grundsatzaussagen, der Mannheimer Erklärung und unserer programmatischen Entscheidungen stets davon ausgegangen, daß Anwalt der Freiheit sein nicht nur bedeutet, Anwalt der Freiheit in diesem Lande zu sein, sondern Anwalt und Treuhänder der Freiheit auch derer, die aus Gründen geschichtlicher Tragik heute im unfreien Teil Deutschlands dieser Freiheit nur entgegenhoffen können.

(Beifall)

Unser Wahlprogramm ist eine deutliche Darstellung unserer politischen Alternativen. Unser Wahlprogramm, die Leitsätze, die die

CDU und die CSU zu allen wichtigen außen- und innenpolitischen Themen veröffentlicht haben, die Mannheimer Erklärung mit ihrer Zukunftsvision einer freien, sozialen und gerechten Gesellschaft und deren wichtige Aussagen über den Weg dorthin, die Arbeit der letzten Jahre, auf der wir unseren Kampf in den nächsten Monaten aufbauen können, sind eine eindeutige Widerlegung der törichten Behauptung unseres politischen Gegners, wir seien die Partei ohne politische Alternative.

(Beifall)

Wir haben, meine Freunde, nach jahrelanger Bemühung und Arbeit, nach dem Hamburger und dem Mannheimer Parteitag heute mit diesem Parteitag den dritten bedeutsamen Schritt in Richtung auf die Entscheidung vom 3. Oktober getan. Wir haben die geistigen, theoretischen und praktischen Grundlagen gelegt. Wir haben all dies in einem knappen und kurzen Wahlprogramm zusammengefaßt: einem Wahlprogramm, das Ausdruck unserer Entschlossenheit ist, für die Freiheit und für dieses Land zu kämpfen, das Ausdruck unserer Entschlossenheit ist, solidarisch in diese Auseinandersetzung zu gehen, und das Ausdruck unseres Glaubens an die gemeinsame Sache der Freiheit ist.

(Beifall)

Namens des Bundesvorstandes bitte ich Sie, meine Damen und Herren, diesem gemeinsamen Wahlprogramm von CDU und CSU Ihre Zustimmung zu geben und damit die Grundlage für eine erfolgreiche Auseinandersetzung und für den Sieg unserer Sache am 3. Oktober zu schaffen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht, Tagungspräsidium: Lieber Kurt Biedenkopf, dieser Beifall war der Dank eines Parteitages, ja, ich glaube, einer ganzen Partei an den Mann, der wie kein anderer seit vielen Monaten unermüdlich, hartnäckig, nie entmutigt an dem Zustandekommen unserer Wahlplattform gearbeitet hat. Dafür nochmals sehr herzlichen Dank.

(Beifall)

Ich darf nun Herrn Dr. Stoltenberg das Wort geben.

Dr. Gerhard Stoltenberg, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Die Fragen der wirtschaftlichen Zukunft unseres Landes werden auch 1976 ein Hauptthema der Bundestagswahl sein. Die Wirtschaft war für uns als Union nie Selbstzweck. Aber sie ist auch nicht ein Bereich, dessen Funktions- und Lebensgesetze man beliebig unter dem Vorzeichen ideologischer Parolen mißachten und strapazieren kann.

(Beifall)

In unserem Wahlprogramm gehen wir von den Grundwerten und Einsichten der Sozialen Marktwirtschaft aus, dem Erbe Ludwig Erhards und seiner Mitstreiter in dem großen Neuanfang nach 1948. Zu ihnen gehört der unauflöslliche Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wenn die wesentlichen wirtschaftspolitischen Zie-

le längere Zeit verfehlt werden, dann gibt es keine soziale Sicherheit, trotz allem Verbalismus.

(Beifall)

Umgekehrt geht es für uns in der Ökonomie nicht nur um Bilanzen, Zahlen und Investitionen, sondern immer und vor allem auch um die soziale Dimension, d. h. um den Menschen als Wirtschaftsbürger in seinem Lebenskreis.

(Beifall)

Aus diesem Grunde gehören die Freiheitsrechte des einzelnen und der freiheitliche Charakter unserer Wirtschaftsordnung zusammen. Wer Vielfalt, Wettbewerb und Dezentralisation im System unserer Wirtschaft radikal einschränken will, wer die Konzentration der Betriebe oder der Entscheidungen rücksichtslos vorantreibt, sei es als Neomarxist oder sei es als Spätkapitalist, der stellt diese Freiheit in Frage.

(Beifall)

Deshalb bejahen wir ein modernes Wettbewerbsrecht, das Marktmißbrauch verhindert und die volle Ausschöpfung der Möglichkeiten für die Stärkung vor allem auch der Klein- und Mittelbetriebe durch Zusammenarbeit und gemeinsame Einrichtungen. Deshalb muß das Ziel einer aktiveren Politik die Vermögensbildung der Arbeitnehmer als freie vollberechtigte Miteigentümer am Produktionsvermögen sein und nicht die Abwertung ihrer Vermögensrechte zu formalen Besitztiteln, die sogenannte "gesellschaftlich relevante Kräfte" für sie verwalten.

Deshalb, meine lieben Freunde, schließen sich eine freiheitliche Wirtschaftsordnung und die Ideologie des Klassenkampfes aus wie Feuer und Wasser. In unserer komplizierten modernen Zivilisation zunehmender wechselseitiger Abhängigkeiten ist die freiheitliche Lösung nur zu finden, wenn der Wille zur Partnerschaft gegenüber Konfliktideologien wieder stärker wird, weil eine Übersteigerung des Konflikts zur Zerstörung der Freiheit führt.

(Beifall)

Auch aus diesem Grunde kann eine erneut so stark vom Marxismus geprägte SPD keine verlässliche freiheitliche Wirtschaftspolitik mit langfristigen Perspektiven entwickeln. Die von SPD und FDP vor den letzten Bundestagswahlen verkündeten Ziele wurden im wesentlichen verfehlt. Statt Wachstum, Vollbeschäftigung und sozialem Fortschritt haben wir zweieinhalb Jahre Stagnation und Rezession erlebt. Wir wünschen den Aufschwung. Wir spekulieren überhaupt nicht, meine lieben Freunde, auf eine Krise, auch nicht im Wahljahr als Opposition, weil die Folgendieser Krise für die Bürger unseres Landes viel härter sind als für Regierende in Bonn.

(Beifall)

Die Zeichen der Belegung, die in diesem Frühjahr erkennbar werden, werden die schweren Lasten und Folgeprobleme, die aus den Fehlern der Vergangenheit erwachsen, nicht vom Tisch bringen. Das wird auch von uns eine große Anstrengung verlangen.

(Beifall)

Ich brauche die vielen Daten nicht zu wiederholen. Lassen Sie mich nur einige wenige aus der Eröffnungsbilanz dieses Jahres nennen: In zwei Jahren ging die Zahl der Beschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland um rund 1,5 Millionen zurück. In drei Jahren mußten rund 25 000 Betriebe allein durch Konkurse und Vergleichsverfahren ausscheiden. Seit 16 Monaten liegen die Arbeitslosenzahlen über der Millionengrenze, und Millionen junger Menschen erleben jetzt den jähen Wechsel vom Überangebot an Chancen - für die meisten von ihnen in den ausgehenden 50er und 60er Jahren - zum härtesten Wettbewerb um Schulnoten, Studienplätze und berufliche Aussichten. Dies alles gehört zusammen, und man kann nicht über die schulischen Probleme der Jugend, über Numerus clausus und berufliche Bildung sprechen, wenn man die elementaren wirtschaftlichen Tatbestände und Notwendigkeiten nicht in diese Diskussion einbezieht.

(Beifall)

In zwei Jahren machte diese Bundesregierung viermal soviel Schulden wie die von der Union geführten Kabinette in zwei Jahrzehnten. Den meisten Menschen in unserem Lande geht es dabei heute nach ihrem persönlichen Empfinden nicht schlecht. Aber immer mehr Bürger fragen uns Politiker nach dem Morgen und nach dem Übermorgen über den Wahlkampf und seine vordergründigen Parolen hinaus; denn sie spüren - und gerade die Nachdenklichen im Lande erkennen dies - die wachsenden Risiken und Belastungen der verschlechterten Rahmenbedingungen und Daten in ihrem eigenen Lebenskreis. Wir wissen, daß dies für wichtige Minderheiten zu einer schweren existentiellen Sorge geworden ist.

Die nationalen Ursachen für diese Fehlentwicklungen sind natürlich auch den Experten der Regierungsparteien bewußt, wenn auch von diesem Wissen wenig in Werbeanzeigen und Wahlparolen der Koalition aus Bonn spürbar ist. Schon seit 1970 stagnierten die Investitionen in der Hochkonjunktur, um ab 1973 rapide abzusinken. Forschung und Entwicklung, die schöpferischen Kräfte der Innovation verloren an Stellenwert und Förderung. Die Eigenkapitalausstattung unserer Betriebe ging bedrohlich zurück. Unser industrieller Produktionsapparat veraltet in wichtigen Bereichen.

Demgegenüber stieg der Staatsanteil zu Lasten der Betriebe und der Bürger sprunghaft an. SPD und FDP haben kurzfristig vielen Gruppen unseres Landes durch massive Umverteilung Wohltaten erwiesen, und manches davon ist ja durchaus in sich begründet. Aber die Gesamtbilanz und Gesamtrichtung ihrer Politik bedroht zunehmend die ökonomischen und sozialen Existenzgrundlagen auch derjenigen, die zunächst scheinbar oder wirklich begünstigt wurden.

(Beifall)

Zentrale Aufgabe der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist es, diese Fehlentwicklungen zu korrigieren und die schweren Vorbelastungen wieder abzubauen. Wir benötigen nicht einen hektischen Wechsel in der Konjunkturpolitik, sondern langfristig bessere und verlässliche Rahmenbedingungen für die Lebensentscheidungen der Menschen auch in der Wirtschaft. Nur durch eine grundlegende Tendenzwende bei den Investitionen können wir die strukturelle Arbeitslosigkeit überwinden, die Aussichten für die Jugend entscheidend verbessern. Um hier von minus 10% auf plus 8% jährlich zu kommen, genügt eine konjunkturelle Belebung überhaupt nicht.

Deshalb fordern wir unverändert eine steuerliche Entlastung vor allem für Klein- und Mittelbetriebe, beginnend mit der Verbesserung der degressiven Abschreibung und höheren Freibeträgen bei der Vermögenssteuer. Wir wollen damit nicht, wie immer wieder unterstellt wird, Unternehmern einseitige Geschenke machen, sondern sie besser in den Stand setzen, ihre volkswirtschaftliche Funktion auch für die Arbeitsplätze und die Verbraucher wahrzunehmen.

(Beifall)

Deshalb sind steigende Erträge und eine verbesserte Kapitalausstattung der Betriebe notwendig.

Die soziale Ergänzung dieser Politik ist eine neue Periode der aktiveren Vermögensbildung für Arbeitnehmer. Als ersten Schritt werden wir die wirtschafts- und steuerrechtlichen Bedingungen für die tarifliche und betriebsbezogene Vermögensbildung wesentlich verbessern. Das ist nicht nur gesellschaftspolitisch vernünftig, sondern auch wirtschaftspolitisch vernünftig, um den Verteilungskampf zu entschärfen, der bei voraussichtlich steigenden Preisen sonst sehr schnell, vielleicht schon im nächsten Winter, den konjunkturellen Aufschwung gefährden könnte.

Wir haben, meine Freunde, in den Auseinandersetzungen um die Steuererhöhungspläne der Koalition eine grundsätzliche Entscheidung getroffen, die auch nach der Wahl gilt: für eine deutliche Begrenzung des Staatsanteils, der Steuern und Abgaben. Die viel zu hohen strukturellen Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten wollen wir in erster Linie durch eine Doppelstrategie abbauen. Eine wachstumsfördernde Wirtschafts- und Finanzpolitik bringt dem Staat wesentlich höhere Einnahmen, ohne ständig an den Steuerersatz manipulieren zu müssen.

Unter Ludwig Erhard haben wir in zehn Jahren die Einnahmen des Staates verdreifacht und die Steuern gesenkt. Das ist eine wirtschaftlich und sozial vorbildliche Politik!

(Anhaltender Beifall)

Nicht den Mangel durch stärkere Belastung bewirtschaften, sondern ihn durch die Entfesselung der schöpferischen Kräfte überwinden, - das ist heute genauso notwendig, wie es in der Nachkriegszeit einmal erfolgreich gemacht wurde.

(Beifall)

Dazu müssen weitere wesentliche Einsparungen kommen, auch beim Bund, so wie wir es in den Ländern, die wir regieren, seit Jahren tun.

Zur Frage der Vereinfachung der Gesetzgebung und Verwaltung, gezielter Sparscheidungen und der Verlagerung bestimmter staatlicher Tätigkeiten auf den privaten und gemeinnützigen sozialen Sektor. Ein Bundesfinanzminister, der diese Forderungen im Parlament nur mit der unredlichen Verdächtigung beantwortet, wir wollten die Rentner benachteiligen und die äußere Sicherheit ge-

fährden, beweist, daß er für sein Amt ungeeignet ist und mit 45 Jahren in den Ruhestand gehört.

(Beifall)

Meine Freunde, nur durch diese grundsätzliche Entscheidung können wir den Staatsanteil eingrenzen und den Freiheitsraum für die Förderung persönlicher Leistung, die Sicherung der Zukunftsaufgaben erneut erweitern. Auch hier berührt die Wirtschaftspolitik die Interessen aller, insbesondere auch der Arbeitnehmer. Wenn bei einer Lohnsteigerung von brutto 5,4% in den letzten Wochen für sie im Durchschnitt nur noch 2% nominaler Zuwachs übrigbleibt und nach Abzug der Inflationsrate 1976 sogar ein Kaufkraftverlust von etwa 3% eintritt, dann ist das Ergebnis unsozial.

(Beifall)

Auf der anderen Seite aber belastet ein solcher Tarifabschluß die Betriebe aus wachsenden Nebenkosten mit 7% und mehr. Was für den einen im Ergebnis zuwenig ist, nämlich den Arbeitnehmer, ist für den anderen, den Betrieb, zuviel. Das ist die negative Bilanz einer SPD-Politik der permanenten Erweiterung des öffentlichen Korridors, die sie fortsetzen will. Damit wurden Bedingungen geschaffen, in denen der soziale Ausgleich zwischen den Tarifpartnern zunehmend schwerer wird, in dem jetzt politisch verursachte Spannungen für linke Ideologen und Strategen wie Herrn Hensche ein Vehikel der Systemveränderung werden sollen.

Die Wirtschaftspolitik, meine lieben Freunde, muß ihren Beitrag auch zu einer zwischen den Ballungsräumen und den ländlichen Bereichen ausgewogenen Entwicklung leisten. Die schwere Krise der Bundesbahn und jahrelang verschleppte verkehrspolitische Entscheidungen dürfen nicht durch einen Kahlschlag zu einer Verödung der Flächen- und Grenzregionen führen.

(Beifall)

Wo Streckenstilllegungen unvermeidlich sind - und niemand kann ja eine Bestandsgarantie abgeben -, ist zuvor für einen Ausbau anderer Verkehrswege zu sorgen.

Die Landwirtschaft bleibt eine tragende Säule unseres ökonomischen und gesellschaftlichen Lebens, nicht nur für den ländlichen Raum. Die Bedeutung einer Grundausstattung mit hochwertigen Nahrungsmitteln ist durch die Energiekrise wieder deutlicher geworden, ohne daß wir irgendwie an Autarkie denken. Die Leistung der Landwirtschaft für die Erhaltung der Kulturlandschaft und den Umweltschutz wird heute klarer gesehen als vor einem oder zwei Jahrzehnten. Die europäische Agrarpolitik, ausgehend von den Marktordnungen, und die ergänzenden nationalen Maßnahmen müssen unseren Bauern, ihren Familien und Mitarbeitern die Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung ermöglichen.

(Beifall)

Freilich, ohne Fortschritte zur gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik bleibt die Integration eines Teilmarkts gefährdet. In dieser Zeit einer allgemeinen Belebung erfahren wichtige Berei-

che unserer Volkswirtschaft eine kritische Zuspitzung ihrer Lage. Dazu gehören Schiffbau und Schifffahrt in den Küstenländern, deren internationale Wettbewerbsfähigkeit ernsthaft bedroht ist.

Auch dieser Hinweis zeigt - lassen Sie mich das zum Abschluß sagen, meine Freunde -, wie wenig Veranlassung zur Selbstzufriedenheit und zum Selbstlob in der deutschen Wirtschaftspolitik besteht. Die Sozialdemokraten verweigern uns eine klare Antwort für die Lösung der genannten Zukunftsprobleme. Die Freien Demokraten verkünden schöne liberale Prinzipien, um dann in der Koalition in der Regel antiliberalen, sozialdemokratischen Lösungen zuzustimmen,

(Beifall)

wie es zuletzt beim Thema berufliche Bildung sichtbar geworden ist.

Wir benötigen keine liberalen Ornamente auf einem sozialistischen Grundmuster.

(Beifall)

Unser Land braucht statt dessen auch in der Wirtschaftspolitik eine freiheitliche Alternative zum Sozialismus, einen kraftvollen Neubeginn der Sozialen Marktwirtschaft mit Helmut Kohl und der ganzen Union.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Ernst Albrecht, Tagungspräsidium: Lieber Gerhard Stoltenberg, der Parteitag dankt Ihnen von Herzen dafür, daß Sie die freiheitliche Alternative in der Wirtschaftspolitik aufgezeigt haben, daß Sie gezeigt haben, wie man dadurch, daß man die schöpferischen Kräfte in unserem Land wieder frei macht zu wirken, die beste Chance erlangt, gleichzeitig Vollbeschäftigung, Stabilität und Wachstum wiederzugewinnen, jene fundamentalen Ziele der Wirtschaftspolitik, die alle drei zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik von der bestehenden Regierung verspielt worden sind. Wir danken Ihnen, freuen uns aber auch, daß wir einen Wirtschaftspolitiker haben, dessen Name schon allein für Sachverstand und Augenmaß bürgt.

(Beifall)

Ich gebe jetzt Hans Katzer das Wort.

Hans Katzer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Lassen Sie mich zuerst ein Wort des Dankes an Gerhard Stoltenberg sagen. Ich finde, er hat eine hervorragende Einführung gegeben, in der er das Zusammenwirken von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik dargestellt hat. Ich habe mit Gerhard Stoltenberg schon in zwei Kabinetten zusammengearbeitet. Auch in einer künftigen Regierung unter Helmut Kohl werden wir diese Einheit von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zu beweisen haben und damit den Nachweis liefern, daß wir bessere Leistungen als diese Koalition vollbringen, die es nötig hat, abgelöst zu werden.

(Beifall)

Meine Freunde, die politische Lage ist gekennzeichnet erstens durch eine hohe Arbeitslosigkeit, von der diese Regierung nicht spricht, zweitens durch eine bisher nicht gekannte Belastung des von der Union geschaffenen Netzes der sozialen Sicherung und drittens durch schwindendes Vertrauen in die Leistungskraft der Sozialen Marktwirtschaft, die wir gemeinsam mit Ludwig Erhard gegen den erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten aufgebaut haben.

Dies ist die Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Es ist an uns, der Bevölkerung deutlich zu machen, daß die Union entschlossen und in der Lage ist, die soziale Sicherheit als ein unverzichtbares Fundament unserer Freiheit wiederherzustellen und auszubauen.

Nachdem die Sozialdemokraten 1975 im Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen die Bürger mit der Lüge vom Aufschwung schon einmal in die Irre geführt haben, wird uns der Aufschwung jetzt zum zweitenmal als Lösung der Probleme angeboten. Zugleich hören wir jedoch - und dies klingt geradezu zynisch -: Der Aufschwung kommt, die Arbeitslosigkeit bleibt. Hier müssen wir allerdings in allem Ernst und mit Bitterkeit fragen: Was ist das für ein Aufschwung, der davon ausgeht, daß es einen Sockel von rund 700 000 Arbeitslosen noch bis in das Jahr 1979 geben wird?

(Beifall)

Was ist das - so frage ich - für ein Arbeitsminister, der dazu schweigt und sich mit einer so hohen Zahl von Arbeitslosen zufriedengibt? Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Heinz Oskar Vetter, hat dies - zu Recht, wie ich glaube - zurückgewiesen. Für die Union wird die Wirtschaftskrise erst dann überwunden sein, wenn die eine Million Arbeitslose wieder einen Arbeitsplatz gefunden haben. Mit Dauerarbeitslosigkeit werden wir uns nie abfinden. Meine Freunde, dies haben wir in der Vergangenheit bewiesen.

(Beifall)

Für SPD-Mitglieder muß es doch geradezu beschämend sein, daß die diesjährigen Kundgebungen zum 1. Mai - und das unter einem SPD-Kanzler - erstmals unter das Motto "Vollbeschäftigung - soziale Sicherheit" gestellt worden sind. Dies zeigt besser als hochstilisierte Leistungsbilanzen des Kanzlers, wie schlecht die Arbeitnehmerinteressen von der SPD/FDP-Regierung gewahrt worden sind. Dies müssen sich auch die Gewerkschaften sehr wohl merken. Die Wahl in Baden-Württemberg hat mit großer Deutlichkeit gezeigt: Ungefähr jeder zweite gewerkschaftlich organisierte Bürger hat nicht die SPD, sondern die Union, die Christlichen Demokraten gewählt. Davon sollten auch die Gewerkschaften Kenntnis nehmen.

(Beifall)

Meine Freunde, von der verfehlten Politik dieser Regierung sind besonders unsere Jugendlichen hart getroffen. Der Numerus clausus an unseren Universitäten, ein gesteigerter Leistungsdruck an den Schulen, 100 000 Jugendliche ohne Arbeit, eine weit höhere Zahl ohne Ausbildungsplätze - das alles ist, schlicht gesagt, ein Skandal! Es ist ein noch größerer Skandal, was sich auf bildungspolitischem Gebiet in unserem Lande vollzieht. Da redet

man - mit Recht, so sage ich - von unseren Studierenden an den Universitäten und Hochschulen. Aber die 1,3 Millionen Lehrlinge in unserem Lande haben genau dasselbe Recht auf Bildung und Ausbildung, auf Förderung des Staates wie die 300 000 oder 400 000 Studierenden an den Hochschulen und Technischen Hochschulen. Dies möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall)

Ich wiederhole: Dies ist ein Skandal! Hier ist eine ganze Generation in Gefahr, in Staat und Gesellschaft vor verschlossenen Türen zu stehen. Von Chancengleichheit oder -gerechtigkeit, von Vertrauen in die Zukunft kann hier keine Rede sein. Eine unserer wichtigsten Aufgaben wird es deshalb sein, unseren Jugendlichen wieder Selbstvertrauen zu geben.

Dazu ist nicht zuletzt ein Gesetz zur beruflichen Bildung notwendig. Die Auseinandersetzung über die berufliche Bildung darf auf gar keinen Fall zu einem Streit auf Kosten der Jugendlichen werden.

(Zustimmung)

Die CDU/CSU-Fraktion und der Bundesrat haben den Gesetzentwurf der Bundesregierung schließlich doch nicht deshalb abgelehnt, weil sie die Verabschiedung eines Gesetzes über die berufliche Bildung verhindern wollen, sondern deshalb, weil sie der Meinung sind - und dies zu Recht -, daß das von der Bundesregierung vorgelegte Gesetz die Probleme nicht lösen kann, sondern eher verschärfen wird. Wir wollen ein besseres Gesetz zur beruflichen Bildung schaffen.

(Beifall)

Daß der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Lösung der Probleme nicht geeignet ist, weiß die Bundesregierung spätestens, seitdem der Entwurf vor Monaten in einer Anhörung von Sachverständigen vor dem Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft auf einhellige Ablehnung - auch die Gewerkschaften haben den Entwurf abgelehnt - gestoßen ist. Wenn es der Regierung nicht nur um Rechthaberei oder gar um eine Demonstration ihrer angeblichen Stärke geht, so sollte sie, wie ich meine, den Vermittlungsausschuß anrufen und sich im Vermittlungsausschuß mit den Ländern an einen Tisch setzen. Nicht die Konfrontation, sondern allein die Zusammenarbeit aller Verantwortlichen im Rahmen unserer Verfassungsordnung liegt im Interesse der jugendlichen Menschen. Allein diesen haben wir zu dienen, nicht aber irgendeiner Institution oder irgendeinem Vorschlag, den die Regierung hartnäckig entgegen einem besseren Verhältnis vertritt.

(Beifall)

Aller Selbstgerechtigkeit und Anmaßung der in Bonn Regierenden zum Trotz wird der Bevölkerung im übrigen mehr und mehr dies deutlich: Weder sind politische Stabilität und sozialer Friede in unserem Lande eine Errungenschaft der Sozialdemokraten noch ist die Weltrezession an den Schwierigkeiten schuld, mit denen sich unsere Bundesbürger herumschlagen müssen. Wahr ist vielmehr, daß der aller Erfahrung widersprechende Glaube, mit Inflation lasse sich Vollbeschäftigung sichern, der Bundesrepublik Deutsch-

land letztlich die schwerste Arbeitslosigkeit seit 20 Jahren beschert hat.

(Beifall)

Es sind nicht die von dieser Regierung in Angriff genommenen neuen Aufgaben, sondern vielmehr die Beitragsausfälle als Folge rückläufiger Beschäftigung, die die finanziellen Fundamente unseres sozialen Sicherungssystems schwer belasten. Alle Arbeitnehmer - Beschäftigte ebenso wie Arbeitslose - müssen in diesem Jahr fühlbare Einbußen ihres realen Lebensstandards in Kauf nehmen. Die psychologischen und sozialen Auswirkungen des Beschäftigungsverlustes und der drohenden Arbeitslosigkeit auf unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sind dabei noch gar nicht abzusehen.

Für uns gilt deshalb dies: Wer Vollbeschäftigung, Wachstum, soziale Sicherheit und eine glückliche Zukunft für unsere Jugend will, darf keine Inflation zulassen.

(Zustimmung)

Inflation ist in höchstem Maße unsozial. Meine Freunde, wir haben 1972 gesagt - und dies gilt heute nach wie vor -: Stabilität ist nicht alles, aber ohne Stabilität ist alles nichts! Eben dahin hat uns diese Regierung gebracht.

(Beifall)

Wir müssen daher alle Anstrengungen unternehmen, um die Investitionstätigkeit der Wirtschaft zu stärken, damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden. In 20 Jahren hat die Union bewiesen, daß die Soziale Marktwirtschaft der Herausforderung hoher Arbeitslosigkeit wirksam begegnen kann. Wir werden auf dieser Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft die Wirtschaft wieder in Ordnung bringen. Gerhard Stoltenberg hat vorhin gezeigt, wie der Weg dazu geht. Wir werden das gemeinsam mit Helmut Kohl schaffen können.

(Beifall)

An unserem Willen und an unserer Fähigkeit, für Stabilität und Vollbeschäftigung zu sorgen, gibt es überhaupt keinen Zweifel in unserem Land.

Wir sind gleichzeitig entschlossen, alles zu tun, um den Verteilungskampf der Tarifvertragsparteien zu entschärfen und die Unabhängigkeit und Sicherheit des einzelnen weiter auszubauen.

Nach sieben Jahren leerer Versprechungen von SPD und FDP, gegen die sich immer wieder die Ideologen im Koalitionslager, durchgesetzt haben, die von Privateigentum am Produktivvermögen nichts halten, werden wir, so wie es in unserer Wahlplattform geschrieben ist, für breite Schichten der Bevölkerung die Beteiligung am Kapital und am Ertrag der Wirtschaft nachhaltig fördern.

Weil wir die Wirtschaft wieder in Ordnung bringen, garantieren wir soziale Sicherheit. Wir haben dies gesagt - ich wiederhole es nachdrücklich -, wir geben eine soziale Garantie für unsere Menschen in unserem Land. Daran kann niemand in unserem Volke den geringsten Zweifel haben.

(Beifall)

Für die meisten Bürger in unserem Lande ist der Anspruch auf Rente die entscheidende Grundlage ihrer sozialen Sicherheit. Die Renten sind ins Gerede gekommen, weil der Arbeitsminister schweigt. Alle Fachleute, von der Selbstverwaltung mit dem stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Gerd Muhr an der Spitze bis zum Sozialbeirat und der Deutschen Bundesbank, warnen vor Gefahren für die finanzielle Stabilität der Rentenversicherungen.

Wir werden dafür sorgen, daß der Anspruch auf Rente nicht ange-tastet wird, indem wir die Grundlagen sozialer Sicherheit neu festigen. Ohne wirtschaftliches Wachstum - ich stimme darin mit Gerhard Stoltenberg voll überein - und ohne solide Finanzen gibt es auf die Dauer keine soziale Sicherheit in unserem Lande. Wir müssen alles wieder von vorne anfangen.

(Beifall)

Ich füge hinzu: Wer in seinem Arbeitsleben einkommensgerechte Beiträge gezahlt hat, muß später auch eine entsprechende Rente erhalten.

(Beifall)

Wir werden die Gleichstellung von Mann und Frau auch im Bereich der sozialen Sicherheit verwirklichen. Die Partnerrente ist dafür eine hervorragend geeignete Möglichkeit. Wir werden sie an-gehen und wir werden sie anpacken.

(Beifall)

Den ersten Schritt soll eine Änderung des geltenden Rechts bringen, die den Ehepartnern die Teilung der Rente auf Grund gegenseitigen Einvernehmens ermöglicht.

Ob wir an unsere Alten und Behinderten, an die kinderreichen Familien, die Versorgung der Kriegs- und Wehrdienststopfer, an die Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler denken: In Anbetracht all dieser Aufgaben läßt sich der Unterschied zwischen uns und der amtierenden Regierung nicht besser darstellen als an der Haltung des Bundesarbeitsministers. Er meinte vor zwei Wochen im Deutschen Bundestag: Wenn er mich recht kenne, wäre ich stolz, wenn ich einen so großen Sozialetat zu vertreten hätte, wie er ihn vertritt. Da kann ich nur sagen: Welche Verkennung, welcher wirklich fundamentaler Unterschied ist hier gegeben! Ich wäre glücklich, wenn ich einen kleineren Sozialetat hätte und aus diesem Sozialetat nicht Arbeitslosengeld zu bezahlen hätte, sondern wenn die Arbeitslosen Arbeit hätten und Beiträge für unsere soziale Sicherheit zahlen könnten. Dies ist unsere Politik und nichts anderes.

(Lang anhaltender, lebhafter Beifall - Zuruf)

Ja, genau, dies ist der Punkt. Sozialdemokraten können Geld ausgeben: Um die Einnahmen haben sie sich nicht gekümmert. Sie meinen, man könne immer nur ohne weiteres nehmen. Das ist der zentrale Punkt, in dem wir uns voneinander unterscheiden.

Meine Freunde, ich muß mich an die Zeit halten und werde das auch tun. Ich bitte Sie also, sehr vorsichtig mit Beifall zu sein, sonst reizen Sie mich, mehr zu reden, als ich darf.

Ich will nur sagen, meine Freunde: Unsere Alternative in der Wirtschaftspolitik und weiß Gott auch in der Sozialpolitik ist sonnenklar. Eine moderne Sozialpolitik, wie wir sie verstehen und wie wir sie während unserer Regierungszeit in die Tat umgesetzt haben, ist nicht die Feuerwehr zur Löschung sozialer Brände. Eine moderne Sozialpolitik muß produktiv und wachstumsfördernd sein. Ihre Ausgaben sind keine milden Gaben, sondern sind Investitionen für die Zukunft.

(Beifall)

Zweitens. Eine moderne Sozialpolitik folgt dem Prinzip der "gläsernen Taschen". Wir wollen nichts verschweigen. Wir wollen dem Bürger genau sagen, was er ausgibt und was er dafür an Leistungen erwarten kann.

Drittens. Eine moderne Sozialpolitik ist eng verzahnt mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik und wird damit zur übergreifenden Gesellschaftspolitik.

Auf uns wartet kein glänzendes Erbe, wenn wir die Verantwortung am 4. Oktober dieses Jahres übernehmen. Das ist kein leichtes Erbe. Dieses aber ist unser Versprechen: Wirtschaftliches Wachstum schaffen, Arbeitslosigkeit beseitigen, unser System der sozialen Sicherung festigen, Eigentum am Privatvermögen für breite Schichten unseres Volkes ermöglichen. Dies ist unser Ziel. Dies werden wir Stück für Stück solide erreichen mit Augenmaß und mit dem, was wir an Fach- und Sachverstand einbringen.

(Beifall)

Meine Freunde, lassen Sie mich ein letztes Wort sagen. Wir haben gestern und heute ein eindrucksvolles Bild von europäischer Zusammenarbeit bekommen. Der Bundeskanzler, der seinem früheren Namen, den er mal hatte, Ehre macht, meinte jüngst etwas schnodderig: Mit wem eigentlich will denn diese Union Europa bauen? Die Obristen in Athen sind ja nicht mehr da, und der Franco ist auch nicht mehr da! Da kann ich nur folgendes sagen: Wir haben das erlebt und haben es gespürt, dieses menschliche Verbundensein über alles Politische hinweg, als gestern Herr Fanfani sprach und heute Gil-Robles, der spanische Freund, der ein ganzes Leben lang für die Freiheit gestritten hat. Wenn diese Leute hier bei uns stehen, kann ich nur sagen: Dies sind die Freunde, mit denen wir gemeinsam Europa bauen werden.

(Anhaltender, lebhafter Beifall)

Dr. Ernst Albrecht, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir danken Hans Katzer.

Sie haben es gespürt, lieber Hans Katzer, wie dankbar wir waren, den alten, kämpferischen Hans Katzer hier wieder zu sehen, der mit uns in diesen Wahlkampf gehen wird, den wir gewinnen werden.

(Beifall)

Wir grüßen in ihm den Mann, dessen Name, ich glaube, wie kein anderer in der Union für soziales Engagement, aber auch für

sozialpolitischen Erfolg steht. Wir grüßen den Architekten des Systems der sozialen Sicherheit zu großen Teilen in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Sie haben ein großes Wort gesagt. Sie haben gesagt, wir geben die soziale Garantie. Und wenn es einen Mann gibt, der dieses Wort einlösen kann, dann sind Sie es.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich freue mich, daß ich in dieser Minute den Generalsekretär unserer Schwesterpartei, der Christlich Sozialen Union, Herrn Gerold Tandler, hier sehr herzlich willkommen heißen kann.

Daß wir jetzt zu den verteidigungspolitischen Problemen übergehen, ist ein purer Zufall. Ich gebe das Wort Herrn Dr. Wörner.

(Heiterkeit)

Dr. Manfred Wörner: Verehrter, lieber Herr Präsident und Ministerpräsident dieses Landes! Ich hoffe, daß das nicht nur ein Zufall, sondern daß das Absicht bei der Planung war; denn wenn wir unsere Wirtschaft stabilisieren, wenn wir die soziale Sicherheit festigen wollen, so wie das Stoltenberg und Katzer gerade hervorragend dargestellt haben, dann, meine verehrten Parteifreunde, kann uns das nur gelingen, wenn wir es verstehen, Freiheit und Unabhängigkeit unseres Staates zu bewahren und unserem Volk den Frieden zu erhalten. Das ist die Voraussetzung für soziale und wirtschaftliche Stabilisierung.

(Beifall)

Wer spürt es nicht, meine verehrten Parteifreunde, daß diese unsere Freiheit in Gefahr ist? Sie ist politisch bedroht durch Uneinigkeit und Unentschlossenheit im westlichen Bündnis, durch Mangel an politischer Initiative, durch den Verlust der geistigen Dynamik. Sie ist wirtschaftlich bedroht durch schleichende Zerstörung der weltwirtschaftlichen Ordnung und des Weltwährungssystems, und sie ist militärisch bedroht durch das wachsende militärische Ungleichgewicht, das wachsende militärische Übergewicht des Warschauer Pakts.

Die Sowjetunion - um nur eine einzige Zahl zu nennen - produziert in einem Monat mehr Panzer als die Vereinigten Staaten in einem Jahr. Sie stellt viermal soviel Unterseeboote und 70% mehr Kampflugzeuge her als die Amerikaner. Wenn sich dieses unterschiedliche Ausmaß und dieses unterschiedliche Tempo der Aufrüstung in Ost und West fortsetzen, dann wird die UdSSR ihr Ziel in den 80er Jahren erreicht haben, das Ziel, die stärkste Macht der Welt zu werden.

Angesichts dieser harten Fakten, meine verehrten Parteifreunde, sagen wir an die Adresse der UdSSR: Uns nützen nicht papierene Regierungserklärungen mit freundlichem Inhalt, solange die Sowjets nicht bereit sind, die forcierte Aufrüstung gegen uns einzustellen. Wir bedrohen niemand, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Die Sowjetunion betreibt weltweit eine offensive Politik. Angola war ein letztes Signal in dieser Richtung. Mit der Anhäufung militärischer Macht sollen die westlichen Völker eingeschüchtert und ihre Regierungen zur Anpassung und Unterwerfung veranlaßt werden. Wann endlich begreifen die Herren Brandt und Schmidt: Wer so gewaltig aufrüstet, der will nicht Entspannung, sondern der betreibt Spannung, meine verehrten Parteifreunde?

(Beifall)

Wer angesichts dieser brutalen Fakten, wer angesichts dieser ernstesten Lage die Gefahr kommunistischer Machtergreifung verharmlost, wie es der Herr Schmidt tut, wie es der Herr Brandt tut, der handelt schlicht und einfach verantwortungslos.

(Beifall)

Die NATO hätte doch nicht mehr die gleiche Qualität, wenn ein wichtiges Mitgliedsland kommunistisch regiert wäre. Man kann sich mit Kommunisten nicht gegen den Kommunismus zur Wehr setzen.

(Beifall)

Meine verehrten Parteifreunde, wenn wir die Dinge beim Namen nennen, dann nicht, um unsere Bevölkerung zu entmutigen. Wir halten den Sieg des Kommunismus nicht für ein unentrinnbares Schicksal. Wir sind weder Pessimisten noch sind wir Fatalisten. Wir wissen, daß der Westen die Kraft hat, in der Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Unfreiheit zu bestehen, wenn er nur will. Allerdings müssen wir dann die schleichende Abrüstung des Willens, die viel gefährlicher ist als die militärische Abrüstung, stoppen. Wir müssen den Willen zur Verteidigung in Europa und der Bundesrepublik Deutschland mobilisieren. Das ist unsere Hauptaufgabe.

(Beifall)

Wohlklingende Kommuniqués - wie jetzt wieder in Oslo - sind schön und gut, aber sie vermögen Taten nicht zu ersetzen. Abschreckung läßt sich nicht mit ~~Attrappen~~ bewältigen. Europa und die Bundesrepublik Deutschland müssen - das ist eine ebenso nüchterne wie auch wichtige Erkenntnis - ihre Verteidigungsanstrengungen steigern, wenn sie die Freiheit bewahren wollen. Die Sowjets respektieren - wenn ich das mit Solschenizyn sagen darf - nur Festigkeit und verachten und verlachen jene, die ihnen die ganze Zeit über nachgeben.

(Beifall)

Meine Freunde, darum müssen wir der offensiven Strategie des Weltkommunismus eine politisch und geistig ebenso offensive Strategie der Freiheit entgegensetzen.

(Beifall)

Wer auf die Dynamik der anderen Seite nur mit statisch-defensivem Denken reagiert, begibt sich nach dem Gesetz der Geschichte auf die Verliererstraße. Verhandeln kann nur der Starke, der Schwache muß kapitulieren. Wir haben doch auch die ideologische Auseinandersetzung nicht zu scheuen. Wir sind es doch, die für das Bewegendste in der Geschichte, für die Freiheit, eintreten und

kämpfen. Uns braucht doch nicht bange zu sein um die ideologische Auseinandersetzung, um den geistigen Kampf mit der Sowjetunion. Wenn sie uns herausfordert, nehmen wir diese Herausforderung doch an. Dann dürfen wir allerdings nicht die letzten freien Rundfunkanstalten, die freie Information nach Osten ausstrahlen - ich denke an die "Deutsche Welle", ich denke an "Radio Free Europe" -, aus falscher Rücksichtnahme gegenüber der UdSSR gleichschalten und mundtot machen. So besteht man die Auseinandersetzung nicht.

(Beifall)

Freunde, unsere Politik hat zwei Seiten. Einerseits müssen wir durch eine Politik militärischen Gleichgewichts die UdSSR daran hindern, militärische Stärke in politische Vorteile umzumünzen. Andererseits bieten wir ernsthaft Abrüstung, Entspannung und Zusammenarbeit an. Die Sowjetunion muß begreifen lernen, daß sich Entgegenkommen auszahlt, Konfrontation aber für sie erhebliche Nachteile bringt. Mit einer solchen Politik ist es nicht vereinbar, daß der Westen, allen voran die Bundesrepublik Deutschland, mit seinen Krediten die Aufrüstung gegen uns mitfinanziert, und das zur selben Zeit, in der die Sowjetunion gegen uns weltweit zu Felde zieht und uns bedroht, meine Freunde.

(Beifall)

Man fragt sich, wie die sowjetischen Politiker eigentlich zur Umkehr bewegt werden sollen, wenn der Westen in dieser Situation der UdSSR hochwertige Technologie im Werte von 18 Milliarden Dollar jährlich kreditiert. Das ist schlicht und einfach Beihilfe zum Selbstmord, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Uns ist es ernst mit ausgewogener und kontrollierter Abrüstung. Aber auch hier müssen wir doch erkennen: Wir werden die Sowjetunion nur dann dazu bringen, auf diesen sinnlosen Rüstungswettlauf zu verzichten, wenn sie die Hoffnung zu verlieren beginnt, den Westen durch Zeit- und Erfolgsdruck weiter auf den Weg zu einseitiger Abrüstung verführen zu können. Das ist die Voraussetzung dafür, daß die Verhandlungen in Wien, daß die Verhandlungen in Genf, daß die SALT-Gespräche Erfolg haben, den wir so sehr wünschen: Denn wir, meine Freunde, wollen doch den Frieden, nichts als den Frieden.

Wir bedrohen niemanden, und wir werden niemanden angreifen. Die Bundeswehr ist eine Armee, die von vornherein zur Verteidigung - und nur zur Verteidigung - geschaffen wurde. Wir haben unsere Soldaten niemals zum Haß erzogen, wie das im Ostblock laufend geschieht. Ich füge allerdings hinzu: Wer unter dem Vorwand, Feindbilder, die es niemals gegeben hat, abbauen zu müssen, bei uns die sachliche Aufklärung über die kommunistische Bedrohung unterbindet, der untergräbt die Verteidigungsbereitschaft.

(Beifall)

Kernstück unserer Sicherheitspolitik bleibt die Festigung des wahrhaft historischen Bündnisses zwischen Nordamerika und Europa. Europa kann auf den Schutz der USA nicht verzichten, und Amerika braucht Europa, wenn es frei bleiben soll.

Diese Einsicht, meine Freunde, war der Grund, warum die CDU/CSU unter Führung von Adenauer unser Land in die Atlantische Allianz eingegliedert hat. Das bleibt der Grund, warum wir in der Bundestagsfraktion den Verteidigungsminister überall dort unterstützen, wo er NATO-Politik betreibt. Darum geht die polemische Frage nach unserer Alternative an die falsche Adresse. Unser Volk hat nicht vergessen, daß die SPD und auch Herr Leber das Atlantische Bündnis und den Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in das Atlantische Bündnis leidenschaftlich bekämpft haben. Wären wir der der SPD-Politik in die Neutralisierung und in die Isolierung gefolgt, dann hätten wir heute überhaupt keine Gelegenheit mehr, uns über Sicherheit im freien Deutschland Gedanken zu machen.

(Beifall)

Wir werden in den nächsten Jahren alles daransetzen, erstens die Atlantische Allianz aus einer Verteidigungsorganisation weiterzuentwickeln zu einer politischen Schicksalsgemeinschaft der freien Welt, die aus der Erkenntnis Konsequenzen zieht, daß ihre Sicherheit nicht an den geographischen Grenzen der Allianz halt macht. Wir werden zweitens Schritte auf eine europäische Verteidigungsgemeinschaft hin tun, auch wenn dies schwierig sein mag. Erst wenn Europa auch seine militärischen Kräfte zusammenfaßt, wird es ein vollwertiger Partner der USA im atlantischen Bündnis sein. Wir werden drittens die konventionelle Abwehrkraft des Bündnisses stärken. Gerade wenn wir wollen, daß ein Angreifer auf Europa mit dem Einsatz aller Waffen rechnen muß, dürfen wir den USA nicht zumuten, für unsere konventionelle Nachlässigkeit nuklear zu haften. Wir werden viertens - ich möchte sagen, das ist der wichtigste Punkt -atlantische Solidarität praktizieren; denn, meine Freunde, wenn wir wollen, daß die USA ihrer Verantwortung als Weltmacht des Westens bei der Sicherung der Freiheit Genüge tut, dann müssen wir zu ihr stehen, vor allen Dingen in der Stunde der Krise und in der Stunde der Not. Wer die Amerikaner in dieser Stunde im Stich gelassen hat, der hat jetzt keinen Anlaß, auf sie mit dem Finger zu zeigen, wenn sie in Angola nicht so energisch interveniert haben, wie wir uns das gewünscht hätten.

(Beifall)

Wenn wir wollen, daß die Amerikaner für die Freiheit stehen, dann müssen wir an ihrer Seite stehen, auch wenn dies unpopulär ist, meine Freunde.

(Beifall)

Die CDU/CSU hat die Bundeswehr geschaffen, und wir stehen weiterhin zu dieser unserer Bundeswehr. Diese Bundeswehr ist eine gute Armee.

(Beifall)

Sie braucht den Vergleich mit den Streitkräften unserer Verbündeten nicht zu scheuen. Sie ist eine gute Armee nicht erst seit Sozialdemokraten regieren, wie das neuerdings Herr Leber zu sagen pflegt. An seine Adresse gerichtet sage ich nur: Sie wäre es weit früher gewesen, wenn nicht er selbst und die SPD in den Anfangsjahren diese Armee herabgesetzt und eine Mauer des Mißtrauens um sie aufgebaut hätten.

Meine Freunde, es kann keinen Zweifel geben: Diese Armee, unsere Bundeswehr, steht loyal zu unserem Staat, und zwar von Anfang an. Wir alle haben Anlaß, den Soldaten, den ehemaligen und den heutigen Soldaten der Bundeswehr und den zivilen Bediensteten der Bundeswehr unseren Dank für ihren Dienst zu sagen. Sie haben mehr dazu beigetragen, daß Friede blieb in Europa, als viele derer, denen das Wort vom Frieden so leicht von den Lippen geht.

(Beifall)

Wer allerdings behauptet, die Bundeswehr sei noch nie so gut gewesen - auch das ist eine viel zitierte Behauptung von Herrn Leber -, der kennt sie nicht und der täuscht sich über ernst zu nehmende Schwächen, etwa in der Ausbildung, hinweg.

Noch eine Bemerkung, meine Freunde: Wir haben dem Verteidigungs-etat demonstrativ auch in den Jahren der Opposition zugestimmt. Wir haben dies getan, um unseren Verbündeten in der Welt, aber auch unseren Gegnern zu zeigen, daß Verteidigung und Bundeswehr auf eine breite parlamentarische Unterstützung rechnen können. Diese unsere Haltung, die ja nicht selbstverständlich ist und die sich wesentlich von der SPD in der Opposition unterscheidet - ich möchte wetten, wenn sie in der Opposition sein wird, wird sie wieder auf ihren alten Weg zurückkehren -, findet in der Bundeswehr und in der Öffentlichkeit Anerkennung. Daher werden wir uns auch nicht durch die Polemik beirren lassen, die ausgerechnet Herr Leber in jüngster Zeit gegen uns betreibt, offenbar um sich in seiner Partei wieder hoffähig zu machen. Dabei, meine Freunde, müssen Sie wissen: Herr Leber und die SPD und diese Regierung könnten morgen einpacken, wenn die CDU/CSU ihm nicht immer wieder gegen einen Teil seiner eigenen Partei im Verteidigungsausschuß, im Parlament zur Mehrheit verhelfen würde, wie etwa in der letzten Woche bei seinem wichtigsten Beschaffungsvorhaben, bei dem MRCA.

(Beifall)

Nichts charakterisiert doch die wahre Einstellung der Sozialdemokraten zur Verteidigung, zur Bundeswehr besser als die Tatsache, daß der Bundesverteidigungsminister seinen Wahlkreis einem Jungsozialisten abzutreten hat - und das noch auf schriftlichen Rat seines Parteivorsitzenden Brandt!

(Beifall)

Wir können hier sagen - das ist an sich gar kein Anlaß zur Freude; es wäre besser, wenn es anders wäre -: CDU und CSU sind heute die einzigen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, deren Einstellung zur Verteidigung eindeutig und geschlossen ist, bis hin zur Jungen Union, was ich mit besonderem Dank und besonderer Anerkennung hier vermerken möchte.

(Beifall)

Eine Regierung der CDU/CSU wird die Kampfkraft der Bundeswehr steigern. Wir werden die Ausbildung der Soldaten, besonders der jungen Unteroffiziere, verbessern. Wir werden dafür sorgen, daß diese Armee geführt und nicht nur verwaltet wird. Wir werden die Streitkräfte von überflüssigem bürokratischem Ballast befreien und der Auftragstaktik wieder zu ihrem Recht verhelfen.

Wir werden Erziehung und Ausbildung wieder vorrangig am militärischen Auftrag der Bundeswehr orientieren. Meine Freunde, diese Bundeswehr muß kämpfen können, damit sie nicht kämpfen muß. Das ist die beste Garantie dafür, daß wir nicht angegriffen werden.

(Beifall)

Wir werden das Reservistenpotential besser nutzen und die Herstellung der Einsatzbereitschaft beschleunigen. Das vernachlässigte System der Gesamtverteidigung, insbesondere der zivilen und militärischen Zusammenarbeit, werden wir verbessern, und schließlich werden wir dafür sorgen, daß in der Zukunft Leistung und Charakter der Soldaten und nicht ihr Parteibuch über ihren Weg in der Armee entscheiden.

(Beifall)

Aber, meine verehrten Freunde, unsere vornehmste Aufgabe als CDU/CSU sehen wir darin, den Freiheitswillen in unserem Volk wachzuhalten. Dieser Aufgabe müssen sich unsere Schulen und unsere Bildungsanstalten noch in ganz anderem Umfang unterziehen als bisher. Wir dürfen es nicht der Bundeswehr überlassen, sich vor den jungen Wehrpflichtigen selbst zu rechtfertigen.

(Beifall)

Verteidigung darf nicht zur Sache von ein paar bezahlten Spezialisten werden. Verteidigung, wenn sie wirksam bleiben will, muß die Sache des ganzen Volkes sein, muß vom ganzen Volk und seiner Bereitschaft getragen sein. Das ist der Grund, meine verehrten Parteifreunde, warum wir zwar das Anerkennungsverfahren für Wehrdienstverweigerer verbessern, beschleunigen, vereinfachen wollen, warum wir aber entschieden Widerstand leisten gegen die Aussetzung oder die Abschaffung dieses Verfahrens. Denn wenn eine Karte zum Kriegswehrsersatzamt ausreicht, um sich vom Wehrdienst zu befreien und dem Dienst in der Bundeswehr zu entgehen, dann, meine verehrten Parteifreunde, muß das Bewußtsein in der jungen Generation verkümmern, daß der Schutz dieser Demokratie vornehmste staatsbürgerliche Aufgaben eines jeden jungen Mannes ist.

(Beifall)

Wir werden jedenfalls einem solchen Massenverschleiß - um mit Theodor Heuss zu sprechen - nicht unsere Hand reichen. Denn wer schützt eigentlich das Recht der Wehrdienstverweigerer, wenn nicht die Männer, die sich dem Dienst in der Bundeswehr stellen?!

(Beifall)

In den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren muß es sich entscheiden, ob Europa frei bleiben wird. Wir von der CDU/CSU sind entschlossen, alles daranzusetzen, um vor dieser geschichtlichen Herausforderung zu bestehen und die Freiheit gegen ihre Feinde zu verteidigen. Wir haben lange vor anderen gewußt - und wir haben danach gehandelt -, daß dieses unser Vaterland, daß diese unsere freie und soziale Demokratie jede Anstrengung zu ihrer Verteidigung lohnt.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Ernst Albrecht, Tagungspräsidium: Lieber Dr. Wörner, auch Ihnen recht herzlichen Dank für die Worte, die Sie an uns gerichtet haben. Sie haben uns in Erinnerung gerufen, daß die Freiheit nur währt, wenn wir jede Stunde bereit sind, sie persönlich aktiv zu verteidigen. Sie haben es unter den Sprechern der Union mit am schwersten, denn es ist Ihre Aufgabe, den Menschen unangenehme Wahrheiten zu sagen, Wahrheiten, die heute nicht von jedem gehört werden wollen. Um so mehr gebührt Ihnen der Dank der Christlich Demokratischen und der Christlich Sozialen Union.

(Beifall)

Ich darf dann Herrn Dr. Dregger das Wort geben.

Dr. Alfred Dregger :

(mit Beifall begrüßt)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir wollen Wahlprogramme nicht überschätzen, auch das unsrige nicht. Papiere, die länger sind als zwei Seiten, werden in der Regel nicht gelesen. Politik verkörpert sich weniger in Papieren als in Personen. Unsere Politik in diesem Wahlkampf und in einer künftigen Ära der Regierungsverantwortung der CDU in Deutschland verkörpert sich in Helmut Kohl, unserem Kandidaten für Deutschland.

(Beifall)

Aber Wahlprogramme bieten die Möglichkeit - und darin liegt ihr Wert -, die Unterschiede zwischen den anderen und uns deutlich zu machen. Unter diesem Aspekt und unter der Parole des Parteitages möchte ich mich zu zwei Fragen der Innenpolitik äußern, zu den Grenzen der Staatstätigkeit und zum Schutz der Verfassung.

Meine Freunde, seit 1969 hat sich die Zahl der Staatsdiener in unserem Lande von Jahr zu Jahr um 115.000 im Jahresdurchschnitt, also um die Einwohnerzahl einer Großstadt, vermehrt. Was bedeutet das? Mehr Staat bedeutet nicht besserer Staat und auch nicht stärkerer Staat. Mehr Staat bedeutet vor allem mehr Kosten, mehr Steuern, mehr Abgaben und - da die Personal- und laufenden Ausgaben überproportional steigen - nicht mehr, sondern weniger Investitionen und daher nicht mehr, sondern weniger Lebensqualität. Für diese Entwicklung sind nicht die Beamten verantwortlich. Die Beamten vermehren sich nicht selbst, jedenfalls nicht gleich als Beamte.

(Heiterkeit und Beifall)

Vielmehr ist dafür die Politik verantwortlich. Wir von der CDU/CSU lehnen die permanente Ausweitung der Staatstätigkeit ab und werden sie in der nächsten Legislaturperiode beenden.

(Beifall)

Dazu brauchen wir eine Gesetzgebung, die überflüssige Vorschriften abschafft, verbleibende vereinfacht und neue nur mit größter Zurückhaltung einführt.

Auch unter diesem Aspekt ist eine - und das ist ganz aktuell - neue Berufsbildungsbürokratie, eine neue Planungswertausgleichs-

bürokratie und eine neue Investitionslenkungsbürokratie mit Entschiedenheit abzulehnen.

(Beifall)

Zur Begrenzung der Staatstätigkeit ist aber auch eine neue Politik erforderlich, eine Politik, die wieder mehr Vertrauen setzt in die Bürger, in ihren Unternehmungsgeist, in ihr Können und in ihre Selbstverantwortung. Wir wissen, daß es diese Eigenschaften waren, die den Wohlstand in unserem Lande geschaffen haben, und wir müssen verhindern, daß sie erstickt werden unter bürokratischer Gängelung, unter einem Fangnetz immer enger werdender Vorschriften und unter einer immer unerträglicher werdenden Kostenlast.

(Beifall)

Zu dieser neuen Politik gehört es auch, daß wir die freien gemeinnützigen Einrichtungen in unserem Land, die mit geringerem Aufwand Großes leisten, nicht behindern, wie die Sozialisten es tun, sondern fördern.

(Beifall)

Unter diesem Aspekt werden wir auch die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland unterstützen, aber unter dem besonderen Aspekt, mehr Bürgernähe, mehr ehrenamtliche Mitwirkung und mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort zu ermöglichen.

(Beifall)

Zur Eingrenzung der Staatstätigkeit brauchen wir aber auch einen öffentlichen Dienst, der seinen Rang nicht in seiner Zahl, sondern in seiner Leistung sieht und der dann auch den Respekt findet, den er verdient. Wir erinnern uns daran, daß Herr Börner, der Bundesgeschäftsführer der SPD, im vergangenen Jahr von den "Privilegien im öffentlichen Dienst" sprach. Das war unter dem Aspekt der Einkommensentwicklung falsch. Auf unsere Anfrage hin mußte der Bundesinnenminister berichten, daß die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst in zwölf Jahren parallel verlaufen ist zu der allgemeinen Entwicklung der Löhne und Gehälter in unserem Lande, bei den Beamten etwas unterdurchschnittlich und bei den Arbeitern im öffentlichen Dienst etwas überdurchschnittlich.

Statt den öffentlichen Dienst ins Zwielicht zu bringen, wie es die SPD versucht hat in der Absicht, von den eigentlichen Ursachen der Fehlentwicklung abzulenken, die in der Regierungstätigkeit liegen, halte ich es für richtiger, einmal anzuerkennen, daß der öffentliche Dienst der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor weltweit hohes Ansehen genießt, und das mit Recht.

(Beifall)

Pflichttreue, Einsatzbereitschaft und Staatsgesinnung sind nicht erloschen. Es ist die Aufgabe der politischen Führung, sie lebendig zu halten. Dazu ist es notwendig, im öffentlichen Bildungswesen zu verhindern, daß sie von sogenannten progressiven Reformern mit ihren zum Teil recht gefährlichen Rahmenrichtlinien Schritt für Schritt zerstört werden.

(Beifall)

Zum Schutz der Verfassung! Hier stehen wir vor zwei Aufgaben: Wir müssen die Verteidigungsfähigkeit unserer Demokratie auch nach innen voll wiederherstellen, und wir müssen erklären, was wir verteidigen. Meine Freunde, wir verteidigen unseren liberalen und sozialen Rechtsstaat, und das heißt auf deutsch, wir verteidigen Deutschland und die Menschenrechte.

Die Begriffe "Freiheit", "Menschenrechte" und "Deutschland" sind heute voll zur Deckung gebracht. Die Identität dieser drei Begriffe gibt uns die moralische Kraft, uns in der großen Weltauseinandersetzung zu behaupten. Wir haben keinen Anlaß, vor Kommunisten und vor Faschisten in die Knie zu gehen, und wir werden es auch niemals tun.

(Beifall)

Freiheit und Menschenrechte als Qualitätsmerkmale unseres Systems prägen aber auch unsere Sicherheitspolitik. Deshalb lehnen wir Gesinnungsschnüffelei und andere Polizeistaatsmethoden mit Entschiedenheit ab. Meine Freunde, Gesinnungen und Meinungen sind frei und müssen in unserem Land frei bleiben.

(Beifall)

Deshalb lehnen wir es auch ab, Jugendsünden zum Ausschließungsgrund für den öffentlichen Dienst werden zu lassen. Wer heute unsere Verfassung, die Grund- und die Freiheitsrechte der Bürger verteidigt, ist unter diesem Aspekt geeignet, Staatsdiener zu sein, gleichgültig, was er früher einmal gemeint und gesagt hat.

(Beifall)

Aber ich möchte mit gleicher Deutlichkeit sagen: Wer heute diese freiheitliche Demokratie ablehnt, wer diese Ordnung durch eine totalitäre ersetzen will, und wer das durch seine Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Partei nicht nur dokumentiert, sondern sich dort auch noch betätigt, ist ungeeignet, Diener dieser Demokratie zu sein.

(Beifall)

Das ist so eindeutig, so selbstverständlich und vor allem so rechtsstaatlich, daß es daran nichts zu deuteln gibt. Wenn die Koalition es ablehnt, dieses objektive Merkmal zum Maßstab zu machen, dann läßt sie alle Bemühungen, den Staatsdienst von Verfassungsfeinden frei zu halten, entweder zum Papiertiger werden, oder sie beschwört das herauf, was sie zu verhindern behauptet, nämlich Gesinnungsschnüffelei, die wir ablehnen.

Meine Freunde, wir werden - das muß als zweite Unterscheidung deutlich gemacht werden - die politische und gesellschaftliche Gestaltungsfreiheit in diesem Lande erhalten. Verteidigung die Verfassung bedeutet nicht Verteidigung des gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Zustandes. Dieser kann geändert werden, wenn die Mehrheit es will. Wir wissen, daß die Kommunisten diese Änderungsfreiheit beseitigen würden, wenn wir es ihnen ermöglichen, die Macht in Deutschland zu übernehmen. Keine Gestaltungsfreiheit kann es aber gegenüber dem Kernbestand unserer Verfassung geben, wie er in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot der KPD umrissen worden ist, also

zur Volkssouveränität, zur parlamentarischen Verantwortlichkeit der Regierung, zur Unabhängigkeit der Rechtsprechung, zur Partei- und Koalitionsfreiheit. Dieser Kernbestand der Verfassung muß jeder Änderung entzogen bleiben, weil seine Änderung künftige Änderungen ausschließen würde, weil mit seinem Wegfall die Freiheit wegfallen würde.

(Beifall)

Ein Letztes, meine Freunde. Die volle Übereinstimmung der Begriffe "Freiheit", "Menschenrechte" und "Deutschland" verpflichtet uns, jederzeit für die Einheit und die Freiheit ganz Deutschlands einzutreten,

(Beifall)

und zwar nicht nur im nationalen Interesse, sondern auch im Menschheitsinteresse. Deshalb darf die kommunistische Zwangsherrschaft über einen Teil Deutschlands, die sich aus der sowjetischen Fremdherrschaft entwickelt hat, nicht in den Rang der Normalität erhoben werden.

(Beifall)

Wer das tut, hilft den Unterdrückern und verrät die Menschen. Wer das ablehnt, ist kein kalter Krieger, sondern ein Demokrat, der die Menschenrechte verteidigt. Und wir müssen sie verteidigen, nicht nur in Chile und in Afrika, sondern auch und vor allem in Deutschland und Europa, wofür wir Verantwortung tragen.

(Beifall)

Meine Freunde, ob unsere freie Verfassung oder der kommunistische Zwangsstaat das Modell für ganz Deutschland sein wird, ist die große Frage unserer Zeit. Das ist die Alternative zwischen Freiheit und Sozialismus, die niemand leugnen kann, der die Wirklichkeit zur Kenntnis nimmt. Niemand kann bestreiten, daß es das Ziel der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken - sie nennt sich "sozialistisch"; wer will ihr das Recht dazu bestreiten? - und daß es das Ziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist, ihr sozialistisches System auf ganz Deutschland und auf ganz Europa auszudehnen. Niemand kann bestreiten, daß das auch das Ziel der kommunistischen Parteien Westeuropas ist und daß nicht wenige sozialistische Parteien in Westeuropa im Bündnis mit Kommunisten stehen. Schließlich kann niemand bestreiten, daß die ursprüngliche klare Abgrenzung zwischen der SPD und den Kommunisten in den letzten Jahren unscharf geworden ist.

Meine Damen und Herren, da das so ist, ist unsere Alternative "Freiheit statt Sozialismus" keine "Gespensterformel", wie Willy Brandt behauptete. Wenn es Gespenster wären, würde die SPD nicht dagegen ankämpfen.

(Beifall)

Wenn die SPD wütend reagiert, dann doch nur deshalb, weil wir damit ins Schwarze, ja ich möchte sagen, ins Rote getroffen haben.

(Erneuter Beifall)

In Wahrheit macht doch die semantische Verschleierung, die in dem Begriff "demokratischer Sozialismus" liegt, es der SPD immer

schwerer, ihre Linkssozialisten vom Bündnis mit den Kommunisten abzuhalten. Dafür sind auf diesem Parteitag viele Beispiele vorge-
tragen worden, die ich nicht wiederholen möchte. Meine Freunde,
ich habe den Bundeskanzler in der Debatte zum Haushalt im Bun-
destag gefragt, warum er denn nur in einer amerikanischen Zeitung
erklärt habe, daß er nie Sozialist, dafür immer Sozialdemokrat
gewesen sei. Daraus ergebe sich doch offenbar, daß es Unterschiede
zwischen diesen beiden Positionen gebe, und wenn es sie gebe,
sei es wichtiger, daß er das den Deutschen statt den Amerikanern
erkläre; dort sei der Sozialismus keine Gefahr.

(Beifall)

Aber Herr Schmidt ist mir auf diese Frage wie auf viele andere
Fragen die Antwort schuldig geblieben.

Statt sich dieser Herausforderung zu stellen, versteckt sich
die gegenwärtige SPD-Führung hinter der großen demokratischen
Tradition ihrer Partei. Meine Freunde, unsere Vorwürfe richten
sich aber nicht gegen Ebert, gegen Wels und gegen Schumacher,
sondern unsere Vorwürfe richten sich gegen Brandt, gegen Wehner
und gegen Schmidt, die in dieser Existenzfrage immer mehr ver-
sagen.

(Beifall)

Es ist unsere Aufgabe, in der gegenwärtigen Lage Deutschlands
und Europas die Menschen aufzurütteln, ehe es zu spät ist.

Wir stehen dabei nicht allein. Der große russische Patriot
Alexander Solschenyzin hat in seiner Ansprache, die vom briti-
schen Fernsehen ausgestrahlt wurde, folgendes gesagt: "Wir,
die unterdrückten Völker Rußlands, die unterdrückten Völker
Osteuropas, beobachten mit Herzensangst die tragische Schwä-
chung Europas. Wir bieten ihnen die Erfahrungen unserer Leiden.
Wir wünschen, sie machten sich diese Erfahrungen zunutze, da-
mit sie nicht den gewaltigen Preis von Tod und Sklaverei zahlen
müssen, den wir gezahlt haben."

Meine Freunde, in dieser Lage haben wir Demokraten in Deutsch-
land eine besondere Verantwortung. Wir können und wir müssen
unsere Nachbarn vor einer Entwicklung warnen, die es unter um-
gekehrtem Vorzeichen, dem der NSDAP, bereits einmal in unserem
Land gegeben hat. Aber wir handeln menschlich wie politisch
töricht, wenn wir von außen angebliche innenpolitische Fehler
unserer Nachbarn kritisieren. Statt den Feldwebel und Oberleh-
rer Europas zu spielen, wie es der derzeitige Bundeskanzler
in unerträglicher Weise tut, sollten wir nicht in neureicher
Manier mit unseren Muskeln protzen, sondern sollten unsere Kraft
ohne Kraftmeierei in den Dienst Europas stellen.

(Beifall)

Wir können unserem eigenen Vaterland, einem der Kernländer Eu-
ropas, keinen besseren Dienst erweisen.

Und noch eins: Ich möchte wiederholen, was Manfred Wörner ge-
sagt hat: Wir sollten endlich damit aufhören, den Sozialismus

in Osteuropa zu finanzieren, und sollten statt dessen unseren Verbündeten im Westen helfen, meine Freunde.

(Beifall)

Voraussetzung für unseren Dienst an Europa ist es aber, daß unsere Demokratie selbst stark ist, geistig und moralisch, wirtschaftlich und politisch. Daher dürfen wir der kommunistischen Gefahr in unserem Lande keinen Raum geben, weder durch Vernebelung der Absichten noch durch Verwischung der Unterschiede noch, indem wir gestatten, unsere Institutionen zu unterwandern. Meine Freunde, nur wer innerlich gesund ist, kann nach außen stark sein, und wir müssen stark sein, damit die Freiheit bleibt - in Deutschland und in Europa.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Ernst Albrecht, Tagungspräsidium: Lieber Alfred Dregger, der Parteitag dankt auch Ihnen besonders herzlich, daß Sie uns gemahnt haben, daß jene freie rechtsstaatliche Demokratie, auf die wir Deutsche Hunderte von Jahren gewartet haben und die wir jetzt endlich erhalten haben, auch im Inneren verteidigt werden will, und der Parteitag dankt Ihnen auch dafür, daß Sie ganz klar gesagt haben, daß wir der Gesinnungsschnüffelei, in welcher Form auch immer, ganz klar eine Absage erteilt haben. Dieses ist nicht unser Thema, es geht vielmehr ausschließlich darum, daß die erklärten Feinde der Verfassung nicht in den öffentlichen Dienst dieses Staates hineingenommen werden.

Wir danken Ihnen noch einmal sehr herzlich dafür.

(Beifall)

Ich darf dann das Wort an Frau Dr. Wex geben. - Sie haben das Wort, gnädige Frau.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex: Herr Präsident! Liebe Freunde! Seit 1972 hat sich die Zahl der weiblichen Mitglieder in der Partei verdoppelt, nämlich von 55 000 auf 115 000.

(Beifall)

Warum, meine Damen und Herren? Die Frauen erwarten einen neuen Anfang, die Frauen erwarten diesen Anfang von der CDU. Wir mit Helmut Kohl an der Spitze werden sie nicht enttäuschen.

(Beifall)

Der Entscheidungsspielraum der Frauen ist, soweit er von der Politik der Bundesregierung abhängig war, geringer geworden. Noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik war die Zahl der weiblichen Arbeitslosen so hoch wie heute; noch nie waren die Chancen der Mädchen, nach ihrem Schulbesuch eine qualifizierte Ausbildung zu erlangen, so schlecht wie heute; noch nie war der Abbau des Vorurteils, Mädchen brauchten keine so gute Ausbildung wie Jungen, so in Gefahr wie heute; noch nie ist über die Alltagsprob-

leme der Frau so schnodderig hinweg hinwegregiert worden wie seit 1969.

(Beifall)

Das gilt für die Frauen in der Familie, deren Probleme von dieser Bundesregierung gar nicht zur Kenntnis genommen wurden, und das gilt für die Frauen im Beruf, die sich oft genug in die Schlange der Arbeitslosen einreihen müssen.

Diese Politik hat vor den Frauen versagt, sie hat geschlechtsbedingten Klassenkampf angeboten und damit die Partnerschaft verspielt;

(Beifall)

sie hat vorgegeben, die Frauen aus den Zwängen der gesellschaftlichen Rollenverteilung befreien zu wollen, sie jedoch zum Spielball aufgeweichter Wertvorstellungen gemacht. Meine Damen und Herren, viele Frauen sind enttäuscht, verunsichert oder zu emanzipierten Irrläufern geworden.

(Beifall)

Selbstverwirklichung auf Kosten der Familie, Selbstverwirklichung auf Kosten des Kindes: Ein solches Programm verfehlt das, was die Mehrzahl der Frauen in unserem Lande wirklich will, mehr Anerkennung ihrer Leistung, mehr Freiheit für ihre eigenen Entscheidungen ohne Zerschlagung gewachsener Strukturen. Das aber ist gerade Kennzeichen sozialistischer Politik. Zunächst verspricht man mehr Freiheit für den einzelnen, löst ihn heraus aus seinen Bindungen und Verantwortlichkeiten, ändert damit die Strukturen und hat dann die Möglichkeiten, in den frei gewordenen Raum mit Staatszuständigkeiten einzugreifen. Meine Damen und Herren, daß ist nicht die Vorstellung von moderner Politik, wie wir sie vertreten.

(Beifall)

So ist es nur allzu konsequent, daß die "Reform der Gesellschaft" vor allen Dingen bei der Reform der Familie ansetzt. Die Bundesregierung stellt die Familie gleichgewichtig neben Einrichtungen wie Wohngemeinschaften und sieht die Familie lediglich als eine Sozialisationsagentur an, wie der Familienbericht formuliert. Die Familie besteht für uns aus Menschen und nicht nur aus Funktionsträgern der Gesellschaft!

(Beifall)

Auf Grund ihrer Überzeugung, daß alle öffentlich bedeutsamen Anlegenheiten am besten vom Staat wahrgenommen werden, zieht die Bundesregierung die Konsequenz: Erziehung ist für sie eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und die Gesellschaft überträgt diese Aufgabe lediglich auf die Familie oder außerfamiliäre Einrichtungen. Meine Damen und Herren, Erziehung also im Auftrag von Staat und Gesellschaft? Wir lehnen diesen Eingriff des Staates in die Familie ab!

(Beifall)

Wir sind der Überzeugung, daß die für die Freiheit so wichtige Institution Familie am besten durch die Eigenverantwortung der Menschen selbst und nicht durch staatliche Verordnungen funktionsfähig erhalten werden kann.

(Beifall)

Die Bundesregierung will es anders. Sie sieht das Kleinkind ja auch als ein "Objekt elterlicher Fremdbestimmung", wie es im Entwurf zum elterlichen Sorgerecht heißt. Solche Vorstellungen verunsichern die Familien. Sie werden gestört und überlastet und geraten in die Gefahr, ihre Funktionen nicht mehr erfüllen zu können. Auch das ist ein Kennzeichen sozialistischer Strategie: Zuerst verunsichert man die Familie, macht sie durch Rahmenrichtlinien erziehungsschwach, um daraus dann das Recht abzuleiten, dem Staat die Erziehung zu übertragen.

Meine Damen und Herren, jetzt laufen Reformer wie Frau Hamm-Brücher durch die Gegend, die überall beklagen: Die Schule macht unsere Kinder krank. Diese ideologiegeprägten Reformer haben aber zuerst einmal unsere Schule krankgemacht und dann durch Aufhetzung mit den Rahmenrichtlinien auch noch die Familien krankgemacht.

(Beifall)

Vor diesem Hintergrund formulieren die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen und die SPD München:

"Die Beschränkung der Frauen auf den häuslichen Bereich"

- man höre und staune -

"ist eines der wirksamsten Instrumente der Herrschaftssicherung und trägt dazu bei, die Chance einer neuen Gesellschaft zu verschlechtern."

Meine Damen und Herren, die politische Herausforderung, den Nachholbedarf an Gerechtigkeit für die Frauen zu verwirklichen, ist hier zu einem Ableger der Klassenkampftheorie des 19. Jahrhunderts geworden.

(Beifall)

Die CDU setzt diesen Irrwegen ihre Idee der fortschrittlichen Partnerschaft entgegen. Sie beruht auf der gleichberechtigten Stellung von Mann und Frau in Familie, Beruf und Gesellschaft. Sie beruht aber vor allem auf der gleichen Verantwortung für die Familie und die Kinder. Partnerschaft beruht auch auf der freien Entscheidung der Frau, ob sie innerhalb oder außerhalb der Familie berufstätig sein oder beides miteinander verbinden will. Sie beruht auch darauf, daß die Leistungen der Hausfrau und Mutter in der Familie von Staat und Gesellschaft wirtschaftlich und sozial anerkannt werden. Hausfrauentätigkeit und Kindererziehung sind für uns Berufstätigkeit und der außerhäuslichen gleichwertig.

(Beifall)

Wir wollen den künstlich aufgerissenen Graben zwischen den berufstätigen Frauen und den Hausfrauen überbrücken. Wir wollen die Rahmenbedingungen schaffen, bei denen der gleichberechtigte Beitrag der Frauen zur Gestaltung unserer Zukunft ermöglicht wird.

Nach unserem Verständnis erbringt die Frau in der Familie eine große ideelle und materielle Leistung, die diese Gesellschaft dringend benötigt und die unersetzlich ist. Die Leistungen in der Familie sind kein Muster ohne Wert, sondern ein Auftrag an Staat und Gesellschaft, sie wirtschaftlich und sozial anzuerkennen.

(Beifall)

Dazu gehört vordringlich, daß Mann und Frau im Rentenrecht gleich behandelt werden. Wir werden dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts entsprechen und die Vorarbeiten dazu in Angriff nehmen, so, wie wir es mit dem Modell der Partnerrente bereits vorgeschlagen haben. Wir halten es nämlich für unerträglich, daß Witwen auf die Dauer nur 60% der Rente ihres Ehemannes erhalten, und werden daraus unsere Konsequenzen ziehen.

(Beifall)

Wem dazu wie der Bundesregierung nichts anderes einfällt, als eine eigenständige Sicherung für geschiedene Frauen vorzulegen, wie im Versorgungsausgleich des Ehe- und Familienrechts geschehen, der macht deutlich, daß er nicht fähig ist, bereits überfällige Probleme zeitgemäß zu lösen. Wir wollen eine familiengerechte Lösung, die vor allem auch den Frauen eine eigenständige soziale Alterssicherung ermöglicht, die ein Lebenlang an ihrer Ehe und Familie festgehalten haben.

(Beifall)

Partnerschaft ist für uns dann erreichbar, wenn sie in gesicherten Familien gelebt werden kann. Dazu gehört, daß wir eine Politik beenden, die viele Mehrkinderfamilien in unserem Land an den Rand der wirtschaftlichen Existenz gebracht hat. Die SPD/FDP-Koalition hat seit Jahren den Schutz und die Förderung der Familie vernachlässigt. Sie hat tatenlos zugehört, wie unser Land immer kinderfeindlicher wurde. Sie hat es zu einem großen Teil zu verantworten, daß Familien mit Kindern heute weitgehend die gesellschaftliche Anerkennung fehlt. Eine Regierung, die soziale Probleme einer Schwangerschaft mit dem § 218 lösen will, ist nicht geeignet, dafür zu sorgen, daß Kinderfreundlichkeit und eine kindgerechte Umwelt in unserer Gesellschaft wieder selbstverständlich werden.

(Beifall)

Wir werden den verfassungsrechtlich garantierten Schutz von Ehe und Familie wieder neu mit Leben erfüllen. Für uns ist nämlich die Familie eine Chance, sich zu entfalten, kein Gefängnis, aus dem man befreit werden muß.

(Beifall)

Sie ist die erste und wichtigste Gemeinschaft für den Menschen. Wer die Familie benachteiligt, wie das die Bundesregierung jahrelang getan hat, gefährdet die Gemeinschaft.

Wir streben eine Verbesserung der Leistungen für die Familie an. Dazu gehören in erster Linie besondere Hilfen für Familien mit mehreren Kindern und ein gerechterer Familienlastenausgleich. Wir wollen seine Struktur so verändern, daß er stärker als bisher die Eigenleistung der Familie anerkennt. Es ist eine wichtige

ordnungspolitische Aufgabe, daß sich der Vorrang der Erziehung im Elterhaus auch in der Struktur des Familienlastenausgleichs niederschlägt.

Kleinstkinder sind auf die Geborgenheit in der Familie angewiesen. Es ist menschlicher und billiger, Schäden durch Stützung der Erziehungskräfte und Stützung der Bereitschaft der leiblichen Eltern zu verhüten, als immer mehr Heimplätze zu bezahlen und Tagesmüttereinrichtungen zu finanzieren.

(Beifall)

Das ist Zweck und Ziel des Erziehungsgeldes - so wie es in den Familienpolitischen Leitsätzen formuliert ist -, das wir dann in Angriff nehmen werden, wenn wir Kassensturz gemacht haben und wissen, was wir verwirklichen können.

Partnerschaft heißt für uns auch Partnerschaft mit den Kindern. Sie kann nur dann gelebt werden, wenn politisch folgendes anerkannt wird: Jedes Kind hat ein Recht auf seine Familie und nicht auf irgendeine als gleichwertig verordnete Ersatzform.

(Beifall)

Bei der Koalition sieht Hilfe anders aus. Das Patentrezept lautet: Erziehung möglichst außerhalb der Familie anbieten; das mache Kinder und Eltern frei. Aber Schäden, die durch eine mangelnde Hinwendung von Vater oder Mutter entstehen, werden bewußt in Kauf genommen, weil man in erster Linie nicht an der besten Erziehung für das Kind, sondern an der Erziehung der Gesellschaft in seinem Sinne interessiert ist.

(Beifall)

Wer aber die Familie vorrangig zu einer öffentlichen gesellschaftlichen Veranstaltung macht, mißachtet die Familie als eine vorstaatliche Institution, in der der Mensch unmittelbar und am deutlichsten Solidarität und Gerechtigkeit und damit die Grundbedingungen für Freiheit erfährt. Die Zerstörung einer freien Gesellschaft beginnt aber mit der Zerstörung der Familie.

(Zustimmung)

Was die Koalition will, geht ja nicht aus ihren Familienprogrammen, sondern aus den Rahmenrichtlinien in Hessen und Nordrhein-Westfalen hervor. Sie will die Erziehung zum Konflikt. Wir wollen eine Erziehung zur Toleranz. Sonst wird nämlich das Verhältnis zwischen den Generationen empfindlich gestört, und spätere gesellschaftliche Konflikte werden vorprogrammiert. Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, daß ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Generationen besteht, auch im Hinblick auf die Bevölkerungsstruktur.

Es muß dafür gesorgt werden, daß die Belastung der erwerbstätigen Bevölkerungsteile durch die Überalterung in unserem Lande zumutbar bleibt. Aus diesem Grunde muß der Familienpolitik im Rahmen der Gesellschaftspolitik auch wieder jener Rang eingeräumt werden, der ihr vom Grundgesetz zugeordnet ist.

(Zustimmung)

"Freiheit statt Sozialismus" - das ist eine Alternative, die sich zuerst in der Familie stellt. In der Familie entscheidet sich, ob und wie der Freiheitsspielraum des einzelnen gesichert wird. Dort entscheidet sich, ob es gelingt, den Staat in seine dienende Funktion zurückzuverweisen.

(Beifall)

Wir werden die Politik beenden, die sich zum Anwalt der Lauten und Starken in diesem Lande macht. Die CDU legt den Frauen ihr Konzept vor, ein Konzept, das dort hilft, wo Hilfe notwendig ist. Wir werden die Frauen aber nicht bevormunden. Wir werden ihnen helfen, selbst zu entscheiden, wo sie ihren Platz in der Gesellschaft finden wollen, ohne ihnen Leitbilder zu verordnen.

(Zustimmung)

Die Frauen sind die Chance für unsere Gesellschaft. Wir sorgen dafür, daß jede Frau ihre Chance wahrnehmen kann. Helmut Kohl an der Spitze unserer Partei ist der beste Garant dafür - und die Frauen merken das genau.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Ernst Albrecht, Tagungspräsidium: Sehr verehrte Frau Wex, Sie haben einen Bereich der Politik vorgestellt, in dem die Union, wie wir seit Jahrzehnten wissen, einfach unschlagbar ist. Es gibt keine andere Partei in Deutschland, die so viel zur Familie und damit zum wichtigsten Bestandteil unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens zu sagen hätte.

(Beifall)

Sie haben deutlich gemacht, daß dann, wenn die Familie nicht in Ordnung ist, auch der Staat nicht in Ordnung sein kann. Frau Wex, Sie haben weiterhin die konkreten Schlußfolgerungen für die Politik, die wir nach dem 3. Oktober betreiben wollen, daraus gezogen. Der Parteitag dankt Ihnen sehr herzlich dafür.

(Beifall)

Ich gebe nunmehr Herrn Matthias Wissmann das Wort.

Matthias Wissmann (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die Tatsache, daß ich hier als Vertreter der jungen Generation in der CDU spreche, macht deutlich, daß die gesamte junge Generation in der Union gemeinsam mit Ihnen kämpfen wird, damit wir das Ziel erreichen, das wir uns gesetzt haben, nämlich nach dem 3. Oktober eine neue Regierung, einen neuen Bundeskanzler zu stellen.

(Beifall)

Ich meine, daß dieses Ziel nicht zuletzt deswegen erreicht werden muß, weil wir auch die Chance eines Neubeginns für die junge Generation eröffnen müssen, eines Neubeginns in einer Situation, in der die Zukunftshoffnungen junger Menschen wie nie zuvor in Gefahr sind, nicht erfüllt zu werden, in der sich die Enttäuschung über die Nichterfüllung großer Reformversprechungen

gerade in der jungen Generation immer mehr breitmacht. Es ist im Grunde genommen in höchstem Maße unverantwortlich, daß eine Partei, die schon einmal Reformversprechungen - auch zum Thema des Numerus clausus - nicht hat erfüllen können, nun mit neuen Reformversprechungen zum selben Thema Hoffnungen erweckt, die sie gar nicht erfüllen kann, und damit neue Enttäuschungen schafft.

(Beifall)

Wer so zynisch mit der Wahrheit und den Hoffnungen der jungen Generation umgeht, schafft die Gefahr neuer Staatsverdrossenheit, die Gefahr von Resignation und damit auch die Gefahr von linkem oder rechtem Radikalismus. Deswegen ist es unsere Aufgabe, das in der jungen Generation in den letzten Jahren von links zur Mitte geschwungene Pendel durch eine klarere, eine ehrlichere, eine solidere Politik aufzufangen und damit zu verhindern, daß dieses Pendel nach rechts weiterschwingt oder wieder nach links zurückschwingt, wo es sich einmal befunden hat.

(Beifall)

Noch niemals - dies können wir an Hand der Zahlen in aller Nüchternheit feststellen - sah es um die Zukunftschancen junger Menschen so düster aus wie jetzt. Es gibt über 100 000 jugendliche Arbeitslose. Hans Katzer sprach schon davon. In den Jahren 1977 bis 1983 wird außerdem die Zahl der jungen Menschen, die auf den Arbeitsmarkt drängen, die Zahl der altersbedingt freierwerdenden Arbeitsplätze um eine Million übersteigen. Eine unsichere Zukunft bietet sich darüber hinaus für Zehntausende von Jugendlichen, die vor verschlossenen Türen der Hochschulen und Universitäten stehen, für diejenigen, die das Lehrerstudium absolviert haben und denen nun die Gefahr der Arbeitslosigkeit droht. Eine unsichere Zukunft bietet sich auch im Bereich der beruflichen Bildung. Deswegen ist es, wie ich glaube, notwendig, daß wir die Verantwortung hierfür nicht den namen-, zahl- und substanzlosen Ministern der Regierung, die für Bildungs- und Jugendpolitik zuständig sind, sondern dem Bundeskanzler zuweisen, der Bildungs- und Jugendpolitik in den letzten Jahren schrittweise auf die hinteren Ränge der gesamten Politik verdrängt hat.

(Beifall)

Deswegen muß gerade von uns festgestellt werden - die Junge Union wird dies im Wahlkampf mit aller Klarheit tun -, daß die Pragmatiker in der SPD à la Helmut Schmidt auf dem besten Wege sind, die Zukunftschancen der jungen Generation immer mehr zu verspielen, weil sie in der Zeit einer Finanzmisere dabei sind, auch das Denken über neue Wege in der Bildungs- und Jugendpolitik einzustellen.

(Beifall)

Wir müssen deutlich herausstellen, daß die Theoretiker, diejenigen, die die andere Seite in der SPD ausmachen, die Ideologen auf dem besten Wege sind, den Jugendlichen in gleicher Weise zu schaden. Die Jungsozialisten spielen dabei in dem Sinne eine führende Rolle, als sie gar nicht in der Lage sind, auf die

konkreten Fragen der jungen Generation eine klare und konkrete Antwort zu geben, weil sie sich in ein theoretisches Wolkenkuckucksheim der Illusionen geflüchtet haben und die Gefahr besteht, daß aus einem bisher ideologischen Konzept ein immer mehr vulgär-marxistisches Konzept wird, bei welchem der Mangel an Kreativität, Spontaneität und intellektueller Substanz nur durch den Wortschwall von Soziologen- und Politologendeutsch überdeckt wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß gerade in dieser Entwicklung unsere Chance liegt. Diese Chance drückt sich darin aus, daß die Junge Union noch niemals einen solchen Zulauf von jungen Arbeitern wie in den letzten beiden Jahren gehabt hat. Der Zulauf der jungen Arbeiter in die Reihen der Jungen Union ist heute doppelt so groß wie der in die Reihen der Jungsozialisten

(Beifall)

Diese Entwicklung wird darüber hinaus durch die Tatsache gekennzeichnet, daß die Junge Union nach einer im "Spiegel" veröffentlichten Umfrage inzwischen bei allen Bevölkerungsschichten - selbst bei sozialdemokratischen Wählern - beliebter ist als die Jungsozialisten.

Das ist eine Entwicklung, die sich auch darin ausdrückt, daß inzwischen, in zwei Jahren, rund 50 000 neue Mitglieder zur Jungen Union, zur Schüler-Union, zu den jungen Arbeitnehmern und zum RCDS gekommen sind, während gleichzeitig die Jungsozialisten eine Stagnation und teilweise sogar einen Rückgang zu verzeichnen haben.

(Beifall)

Deswegen sollten wir hier - ohne alle Selbstgerechtigkeit und in Erkenntnis unserer Mängel und Fehler - feststellen, daß der linke Boom in der jungen Generation gebrochen ist und daß wir die Chance haben, die Klimaveränderung zur Mitte fortzusetzen, wenn wir bei der Politik bleiben, die Helmut Kohl im Wahlprogramm und in seiner Person am besten charakterisiert und symbolisiert.

(Beifall)

Ich meine, daß wir diese Politik in ganz konkreten Vorstellungen ausdrücken können, die auf die Fragen unserer Menschen Antwort geben. Mit unserer Politik zur beruflichen Bildung wollen wir - Hans Katzer hat es vorhin schon angesprochen - die Betriebe nicht entmutigen, sondern ermutigen, neue Ausbildungsplätze - auch mit dem Anreiz steuerlicher Begünstigung - zur Verfügung zu stellen. Und wir schlagen vor - hier hat jeder von uns, der beispielsweise in der Kommunalpolitik tätig ist, eine besondere Verantwortung - daß die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangeht, wenn es um die Zurverfügungstellung von neuen Ausbildungsplätzen geht. Bund, Länder und Gemeinden, Bundesbahn und Bundespost dürfen sich nicht drücken, wenn es um die Fragen neuer Ausbildungsplätze geht. Sie müssen mit gutem Beispiel vorangehen und der Wirtschaft ein Vorbild geben für eine neue Entwicklung in diesem Bereich.

(Beifall)

Ich meine, daß wir uns darüber hinaus - das kann gerade eine Partei tun, die beim letzten Parteitag von der Neuen Sozialen Frage gesprochen hat - Gedanken über die Tatsache machen müssen, liebe Parteifreunde, daß immer mehr die Leistungsschwächsten, diejenigen, die aus den sozial schwächeren Gruppen und Schichten unserer Gesellschaft kommen, zu den eigentlich Betroffenen der Jugend- und Bildungspolitik der letzten Jahre zählen. 70 % der jugendlichen Arbeitslosen sind Jugendliche ohne Ausbildungsabschluß. Die Zahl der Sonderschüler und die Zahl der Hauptschüler ohne Hauptschulabschluss nimmt bei den jugendlichen Arbeitslosen zu. Deswegen ist es unsere Aufgabe, mit einem konkreten Programm gerade den Leistungsschwächsten zu helfen, damit sie nicht gänzlich unter die Räder kommen in einer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(Beifall)

Deswegen schlägt die Union den Ausbau der berufsvorbereitenden Lehrgänge, die verstärkte Eröffnung eines nachträglichen Hauptschulabschlusses für Leistungsschwächere, die Verstärkung der Zahl der Stütz- und Förderkurse und eine stärkere berufspraktische Profilierung der Hauptschule vor. Aus der Hauptschule darf kein Minigymnasium mit der Folge werden, daß immer weniger in der Lage sind, die Hauptschule zu absolvieren, sondern die Hauptschule muß ihr berufspraktisches Profil stärken, um den jungen Menschen zu helfen.

(Beifall)

Ich meine, liebe Parteifreunde, daß von der Union auch konkrete Antworten zum Thema Numerus clausus, zum Thema Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen gegeben werden können. Wir wollen es nicht so machen, wie es der noch amtierende Bundeskanzler tut, daß wir sagen: Wenn wir morgen an der Regierung sein werden, dann ist der Numerus clausus abgeschafft, sondern wir sagen, daß wir mit unserem Programm schrittweise mildern werden, was sich im Bereich des Numerus clausus abspielt, und daß wir damit ein realistischeres und wahrheitsgetreueres Konzept zur Überwindung der Probleme vorzuweisen haben, die Zehntausende von Jugendlichen zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben, ein Konzept, das die Alternativen zum Hochschulstudium - beispielsweise im Bereich der Berufsakademien - in allen Bundesländern ausbauen will, ein Konzept, das eine stärkere Auslastung der Kapazitäten an den Hochschulen vorsieht, ein Konzept, das die Reform der Studieninhalte zu einem besonders wichtigen Thema der Hochschulpolitik der nächsten Jahre macht, weil nur über eine Reform der Studieninhalte und Studiengänge die Möglichkeit einer sinnvollen Studienzeitverkürzung und damit auch die Möglichkeit eröffnet wird; neue Studenten im Rahmen vorhandener Kapazitäten an die Hochschulen und Universitäten zu bringen.

Ich meine, daß darüber hinaus die Berufsberatung und die Studieninformation weiter ausgebaut werden müssen.

Wir wollen nicht allein grundsätzliche Antworten geben - sie sind auch notwendig - auf die Fragen der jungen Generation, sondern wir machen deutlich, daß wir klare, konkrete Programme haben, um schrittweise die gegenwärtigen und zukünftigen Gefahren für die junge Generation zu bewältigen.

Wir machen auch klar, wenn ich das, liebe Freunde, abschließend sagen darf - und hier liegt eigentlich eine gemeinsame Aufgabe von uns allen - daß es uns nicht nur um konkrete, um praktische, um pragmatische Fragen der Politik geht, sondern daß wir auch bereit sind, aus unseren Grundsätzen heraus eine Neuorientierung in den Prinzipien der Bildungs- und Jugendpolitik durchzusetzen.

Dabei ist es wichtig, daß wir von unserem freiheitlichen Konzept nicht nur in den Grundsätzen reden, sondern es beispielsweise durchsetzen, wenn es darum geht, im Bereich des Jugendhilferechts nicht den Vorstellungen der Bundesregierung zu folgen, die immer mehr die freien Träger der Jugendarbeit zurückdrängen will, sondern diese freien Träger zu ermutigen, um ihnen auch in Zukunft die Chance zu geben, ihre Arbeit sinnvoll zu erfüllen.

(Beifall)

Auch in der Frage der Bildungsinhalte müssen wir - das ist vorhin schon deutlich gemacht worden - unsere Position im Wahlkampf bestimmen. Niemand von uns hat etwas gegen eine Erziehung zur Kritikfähigkeit, gegen eine Erziehung, die den jungen Menschen befähigt, seine Interessen zu erkennen und womöglich durchzusetzen; aber wir alle müssen doch davon reden, daß es in der Bildungspolitik bei der Diskussion um Bildungsinhalte nicht nur darum gehen kann, kritisch zu sein, kritische Menschen zu erziehen - auch das ist notwendig -, sondern daß es auch darum gehen muß, zur Mitmenschlichkeit, zur Mitverantwortung und zur Identifikation mit unserem demokratischen Rechtsstaat zu erziehen.

(Beifall)

Ich glaube, daß wir an diesem Punkt den liberalen Charakter der Unionspolitik deutlich machen können; einen liberalen Charakter, der nicht die Erziehung zum Vorurteil will, der nicht will, daß durch linke oder rechte Indoktrination der Versuch gemacht wird, ein bestimmtes Gesellschafts- und Denkschema über junge Menschen zu stülpen, sondern einen liberalen Charakter der Politik, die zum Urteil, zur eigenen Entscheidung und nicht zum Vorurteil erzieht, wenn es um die Bestimmung der Bildungsinhalte geht.

Ich glaube, daß wir in diesem Punkt in der Diskussion eine ganz große Chance haben, gerade auch dann, wenn es beispielsweise um die Diskussion über den sogenannten Extremistenerlaß geht. Liberal sein in der Diskussion über Verfassungsfeinde, seien sie von links oder von rechts, heißt, die freiheitliche Gestaltung für uns alle zu sichern, indem wir diejenigen und nur diejenigen vom öffentlichen Dienst fernhalten, die von rechts oder von links erwiesenermaßen gegen die Grundsätze unserer Verfassungsordnung ankämpfen und damit unseren eigenen liberalen und freiheitlichen Entfaltungsraum einengen werden, wenn sie die Möglichkeit dazu haben.

Und ich meine - dies vielleicht als letztes Wort -, daß wir als Union eine Chance gerade auch dann haben, wenn wir uns als das darstellen, was wir sind: nämlich als eine große Volkspartei mit einer großen Bandbreite, oft auch in lebendiger und kontroverser Diskussion ausgetragen, aber eine Partei, die es nicht notwendig hat, Konflikte vor Wahlen unter den Teppich zu kehren und wie die Jusos bis zu den Wahlen unter dem Tisch zu lassen,

sondern die auch in Wahlen ihre Bandbreite, ihre Offenheit und damit ihre Lebendigkeit unter Beweis stellen kann, wenn es um die Gestaltung der Zukunft unserer Gesellschaft geht.

(Beifall)

Liebe Freunde, deswegen wird die Junge Union gemeinsam mit Schüler-Union, RCDS und Junger Arbeitnehmerschaft, mit Ihnen gemeinsam im Wahlkampf kämpfen. Wir, vor allem die junge Generation, brauchen eine neue Politik. Wir brauchen aber auch - und insbesondere - einen neuen Bundeskanzler. Gerade als junge Generation wollen wir keine Belehrungen im Stile griesgrämiger Oberlehrer, sondern partnerschaftliche, auf Autorität begründete Führung.

(Beifall)

Ich glaube, daß Helmut Kohl deswegen ab dem 4. Oktober 1976 nicht nur der Kanzler der ganzen Bevölkerung, sondern insbesondere auch der Kanzler der Jugend sein wird. Deswegen werden wir unsere Kampagne im Wahlkampf unter die Überschrift stellen: Jugend für Helmut Kohl - Jugend für die Union.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Ernst Albrecht, Tagungspräsidium: Lieber Matthias Wissmann, "Jugend für Helmut Kohl - Jugend für die Union" - der Parteitag dankt Ihnen für dieses Wort. Er dankt dem Vorsitzenden unserer Jungen Union in Ihrer Person, aber auch all den Tausenden von Mitgliedern der Jungen Union in den deutschen Landen von der Nordsee bis zu den Alpen. Ein Wahlkampf ohne unsere Junge Union wäre kein Wahlkampf.

(Beifall)

Sie haben zu Recht, glaube ich, in den Mittelpunkt Ihrer Ausführungen das Thema gestellt, das schon Gerhard Stoltenberg und Hans Kater berührt hatten, nämlich die bedrückende Jugendarbeitslosigkeit und vor allem auch die Verringerung der Berufschancen der jungen Menschen. Ich glaube, jeder von uns im Saale weiß, daß die Union mit Verabschiedung dieses Wahlprogramms auch die Verpflichtung übernimmt, der Jugendarbeitslosigkeit schleunigst, wenn sie regiert, ein Ende zu setzen und die Chancen der jungen Menschen für ihr Leben, für ihr Berufsleben wieder nachträglich zu erhöhen.

Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Damit ist die Debatte beendet. Ich schließe die Beratung über das Wahlprogramm.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich gehe davon aus, daß Sie einverstanden sind, daß das Präsidium rein redaktionelle Änderungen an dem Text des Wahlprogramms noch vornehmen kann. Das Wahlprogramm ist eine Wahlaussage der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und auch unserer bayerischen Schwesterpartei, der Christlich Sozialen Union.

(Beifall)

Ich bitte Sie, durch Ihre Stimmabgabe eine große Mehrheit für diese Aussage zustande zu bringen.

Wer dem Wahlprogramm seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich kann zu meiner Freude feststellen, daß das Wahlprogramm einstimmig angenommen worden ist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, uns steht heute noch eine besondere Freude bevor. Unter uns ist eine Reihe von Ehrengästen aus den Gründungsjahren der Christlich Demokratischen Union. Unser Parteivorsitzender Helmut Kohl wird sie nun in unser aller Namen begrüßen.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt):
Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir nähern uns dem Ende dieses Parteitages. Nach meiner kurzen Schlußansprache werden wir noch einmal in einer ungewöhnlich bewegenden Weise in Bild und Ton die Geschichte unserer eigenen Partei und die Geschichte unserer Bundesrepublik erleben. Diese Geschichte ist nicht von Zufälligkeiten des Tages und der Politik geformt worden. Sie ist geformt worden von Mut und Zivilcourage, von Klugheit, Weitsicht und Tatkraft, von Männern und Frauen, die unserem Staat, die unserer Bundesrepublik den neuen großen Entwurf freiheitlicher deutscher Demokratie gegeben haben.

Wir haben uns immer zur Gemeinsamkeit bekannt. Wir haben immer gesagt: Dies war nicht unsere Leistung allein; es war die Leistung von Männern und Frauen aus allen demokratischen Lagern, von Männern und Frauen, die aus den Erfahrungen ihres Lebens, aus den prägenden Eindrücken des kaiserlichen Deutschlands, aus den Erfahrungen der Weimarer Republik und ihres Scheiterns, aus dem inneren und äußeren Widerstand, aus innerer und äußerer Emigration in der Zeit der Nazibarbarei, aus den Erfahrungen als Soldat auf den Schlachtfeldern des zweiten Weltkrieges - von der Eiswüste bis Afrika -, aus den Erfahrungen in den Bunkern und zerbombten Städten unseres deutschen Vaterlandes, aus den Erfahrungen als Flüchtlinge und Vertriebene, die nicht bereit waren, den Radikalismus in unser Land hineinzuschleppen, sondern die sich in vielen deutschen Städten und Gemeinden für einen neuen, für einen freiheitlichen, für einen demokratischen Anfang zur Verfügung stellten.

Wenn wir uns auf unsere Geschichte besinnen, dann ist das kein Blick zurück, um christliches Erbe wohlverpackt mit nach Hause zu nehmen, dann ist das ein ganz selbstverständlicher Auftrag für uns, und unsere Pflicht, das Erreichte an die Generation, die nach uns sein wird weiterzugeben, in diesem Sinne begrüße ich mit großer Freude und mit großer Herzlichkeit viele Männer und Frauen, Persönlichkeiten, die unsere Bundesrepublik in besonderer Weise geprägt haben.

Viele von ihnen habe ich schon zu Beginn dieses Parteitages begrüßen dürfen, unsere Ehrenvorsitzenden und viele andere. Ich will stellvertretend für die große Zahl von Frauen und Männern, die gerade an diesem Tag, dem Tag des Aufbruchs der Union zur großen Entscheidung des 3. Oktober zu uns gekommen sind und die damit deutlich machen, daß der Strom der Geschichte kontinuierlich weitergeht - und heute von der jetzt handelnden und verantwortlichen Generation geformt wird - ganz besonders herzlich begrüßen: Frau Dr. Elisabeth Schwarzhaupt,

(Beifall)

Frau Änne Brauksiepe,

(Beifall)

unseren alten Freund Heinrich Krone,

(Beifall)

unseren Freund Eugen Gerstenmaier, der mehr als andere diese Partei geprägt hat.

(Beifall)

Sie alle sind sehr, sehr herzlich willkommen, weil sie lebendiger Teil unserer Partei waren, sind und bleiben werden.

Mit besonderer Herzlichkeit und mit Respekt begrüße ich Sie, Herr Dr. Konrad Adenauer, als Vertreter der Familie Adenauer.

(Beifall)

Ganz besonders herzlich, meine Freunde, begrüße ich die Frauen unserer heimgegangenen Freunde. Ich erwähne für viele, die hier sind: Frau Herta Tillmanns,

(Beifall)

Frau Elisabeth Bach,

(Beifall)

und Frau Magdalene Süsterhenn.

(Beifall)

Zu diesem Parteitag erreichte mich ein mich besonders bewegender Brief. Er kam von Frau Magdalene Lukaschek, der Witwe unseres alten Freundes Hans Lukaschek. Sie schreibt mir - ich finde, diese Zeilen sind uns allen ins Stammbuch geschrieben -:

Herzlichen Dank für Ihre freundliche Einladung zum Parteitag, die mich sehr erfreut hat, weil doch sonst Witwen meist mit ihrem Mann sterben. Leider bin ich doch mit meinen 86 Jahren zu alt, um an diesem Parteitag teilzunehmen. Aber meine allerbesten Wünsche und meine Gebete begleiten ihn.

Meine Freunde, eine politische Partei ist mehr als eine bloße Interessenvertretung. Eine politische Partei ist eine Kampfgemeinschaft. Sie ist eine Gemeinschaft - wer hat das mehr erlebt als die Union in 30 Jahren? -, in der das Auf und Ab auch der Tagespolitik menschlich durchgestanden und getragen werden muß. Für uns als Christliche Demokraten, die wir ganz selbstverständlich sagen, daß das "C" im Namen Christlich Demokratische Union Maßstab ist für unser eigenes Tun, ist die Christlich Demokratische Union unsere politische Heimat, eine Gesinnungsgemeinschaft, eine Gemeinschaft, in der das menschliche Miteinander, in der Freundschaft und Kameradschaft ihren Platz haben. Und das ist die Voraussetzung des politischen Sieges.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Ernst Albrecht, Tagungspräsidium: Ich darf bitten, daß die Organisatoren das Licht wieder anmachen. Wir sind noch längst nicht am Schluß des Parteitages angelangt!

Meine Damen und Herren, ich darf die Zeit benutzen, um in Ihrer aller Namen den Dank des Tagespräsidiums an die Stadt Hannover und an die Bürger der Stadt Hannover auszusprechen, die uns offenen Herzens empfangen haben.

(Beifall)

Ich möchte den zahlreichen Vertretern von Presse, Rundfunk und Fernsehen, die uns auf diesem Parteitag all die Tage hindurch begleitet haben, danken.

(Beifall)

Ich möchte aber auch ein Wort des Dankes an unsere Polizeibeamten sagen, die die ganzen Tage lang über uns gewacht haben.

(Beifall)

Und schließlich darf ich mich bedanken bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, bei unserer Geschäftsstelle, bei den Organisatoren dieses Parteitages, bei den charmanten Hostessen, die uns geholfen haben, kurz, bei all denen, die ihren Beitrag geleistet haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich möchte gleich unserem Parteivorsitzenden das Wort zu seiner Schlußansprache geben. Danach wird die viel und oft angekündigte Multi-Media-Schau über die Geschichte der Union und der Bundesrepublik stattfinden. Ich habe heute morgen schon gesagt, daß diese Schau von den Rängen aus nicht zu sehen ist. Nach der Ansprache unseres Parteivorsitzenden werden wir fünf Minuten unterbrechen. Ich bitte alle im Mittelfeld, auf den Plätzen zu bleiben, und die anderen Delegierten, insbesondere von links und wohl auch von rechts, sich noch im Mittelfeld zu gruppieren.

Nach dieser Ansage, meine Damen und Herren, kommen wir zu dem Höhepunkt des Parteitages, zu der Schlußansprache unseres Vorsitzenden.

(Beifall)

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde! Am Ende dieses Parteitages können wir allen unseren Mitbürgern und unseren Freunden die Zuversicht mit auf den Weg geben: Wir, die Union, sind gerüstet für die große Auseinandersetzung mit unserem politischen Gegner. Wir können sagen: Wir sind gut gerüstet.

(Beifall)

Wir haben hier in Hannover Antworten auf die zentralen politischen Herausforderungen gegeben. Wir haben unseren Willen und unsere Entschlossenheit zur Regierungsverantwortung demonstriert.

(Beifall)

Hier in Hannover, meine Freunde, wurde jedermann deutlich, daß wir in Europa Freunde haben, Freunde, die auf uns bauen und die mit uns gemeinsam ein freies, ein demokratisches, ein soziales Europa aufbauen wollen.

(Beifall)

Wir treten jetzt mit der Gewißheit an, daß wir das Fundament für den Sieg am 3. Oktober gelegt haben. Die hysterische Reaktion auf unsere Aussage "Freiheit statt Sozialismus" zeigt uns, wie recht wir mit dieser klaren Aussage haben.

(Bravo und Beifall)

Unsere politischen Gegner spüren dies. Daran ändert auch der verbale Troß der Linkskoalition nichts, der zwischen Freiheit und Sozialismus weder unterscheiden kann noch unterscheiden will.

(Beifall)

Und ein weiteres hat sich hier deutlich gezeigt: Die Spekulationen unserer politischen Gegner über den inneren Zustand der Union gehen an den Tatsachen vorbei. Jedem in diesem Lande sei gesagt: München ist kein Problem der Union, München, das ist das Problem der Sozialdemokratie!

(Beifall)

Meine Freunde, wir wissen um die Schwere unseres Weges. Wir wissen, daß wir in dieser Auseinandersetzung nicht mit Verbündeten rechnen können, die den Verlust ihrer Pfründe und Privilegien fürchten.

(Beifall)

Sie sind es, die jetzt mit dem Rücken an der Wand alle nur denkbaren Mittel gegen uns einsetzen werden. Sie sind es, die sich jetzt in ihren Machtpositionen einigeln. Wir kämpfen im Wissen um die eigene Stärke. Die anderen stützen sich auf Koalitionen.

Wir kämpfen mit der Gewißheit der Überzeugungskraft unserer Idee.

(Beifall)

Unsere Kraft, das ist die Stärke, die Geschlossenheit, der Mut unserer Partei, aller unserer Freunde in allen Landschaften der Bundesrepublik.

Unsere Kraft, das ist das feste Vertrauen der Bürger in unsere Politik.

(Beifall)

Unsere Kraft, das ist die Hoffnung, die die Bürger in unserem Lande und die viele andere in Europa und in der Welt in uns, in die Union in Deutschland setzen.

(Beifall)

Wir treten an als die Partei der freiheitlichen Alternative zum Sozialismus jeglicher Art, weil für uns die Würde des Menschen

unantastbar bleibt, unantastbar von der Gesellschaft, unantastbar von einem elitären Kollektiv;

weil wir im Konflikt zwischen mehr Freiheit oder mehr Gleichheit der Freiheit den Vorrang geben,

(lebhafter Beifall)

weil wir unser Recht, unser unverwechselbares Recht als freie Bürger in einem freien Land auf persönliche Selbstbestimmung nicht an anonyme Zwangsbeglücker abtreten wollen.

(Beifall)

Die Alternative "Freiheit statt Sozialismus" ist mit keinem Mittel wegzuschminken:

(Beifall)

Die Sozialdemokraten wollen mehr Sozialismus. Wir wollen mehr Freiheit für die Bürger unseres Landes.

(Beifall)

Unsere Bürger und wir alle wollen unser Leben selbst gestalten und nicht Stück für Stück an einen demokratischen Sozialismus preisgeben, der die Bürger mit mehr Steuern bedrückt, mit Verheißungen abspeist, der Demokratie verspricht, aber den Sozialismus verwirklichen will.

(Beifall)

Wir sagen auch klar: Wir wollen nicht das schwedische Modell für Deutschland. Wir wollen unseren unverwechselbar eigenen Weg für diese Bundesrepublik gehen.

(lebhafter Beifall)

Die Freien Demokraten haben diese Politik nicht verhindert. Sie haben sie überhaupt erst ermöglicht.

(Beifall)

Sie waren nicht Bremser einer sozialistischen Politik, sondern sie waren ihr Hilfsagregat.

(Beifall)

Wir werden auch in diesem Wahlkampf die Freien Demokraten überall in der Bundesrepublik darauf befragen, wie es mit ihrer liberalen Gesinnung, ihrem liberalen Anspruch und ihrer tatsächlichen Politik steht.

(Beifall)

Unser Sieg am 3. Oktober wird deshalb ein klares Signal sein für den freiheitlichen Weg unseres Landes in eine gesicherte Zukunft. Auf dieses Signal warten nicht nur unsere Mitbürger in Deutschland. Wir alle haben es gestern hier in eindrücklicher Weise erlebt: Auch unsere Freunde und die meisten Bürger in Europa warten darauf:

(Beifall)

Europa steht vor der Gefahr, Freiheit und Demokratie in Gleichgültigkeit zu verspielen und an kommunistische Volksfronten zu verlieren. Europa, das wir wollen, kann kein Exerzierfeld der Sozialistischen Internationale sein.

(Beifall)

Wir wollen kein sozialistisches Kleineuropa. Brandt und Schmidt haben uns Europa keinen Schritt nähergebracht. Sie haben uns in die Sackgasse der Renationalisierung geführt. Wer Europa ideologisch beherrschen will, zerstört die tragenden Fundamente der europäischen Einigung.

(Beifall)

Wir haben gemeinsam auf diesem Parteitag in Hannover das Zeichen für einen neuen Aufbruch gesetzt. Nie zuvor in der Geschichte der Nachkriegszeit haben die europäischen Parteien der Mitte am gleichen Ort, zur gleichen Zeit so überzeugend und leidenschaftlich ihren gemeinsamen Willen für Europa bekundet.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Dieser gemeinsame Wille ruht auf gemeinsamen Idealen und Werten. Dieser gemeinsame Wille gründet auf dem gemeinsamen politischen Ziel eines geeinten Europa. Dieser gemeinsame Wille ist die Antwort auf die große Herausforderung unserer Zeit, auf die Bedrohungen unserer Freiheit. Groß sind die Gefahren, doch größer die Chancen gemeinsamen Handelns.

Unser Bemühen für Europa dient auch der Freiheit unserer Mitbürger im anderen Teil Deutschlands, in der DDR.

(Lebhafter Beifall)

Sie sollen wissen, daß sie sich auf uns verlassen können. Ihr Anspruch auf Einigkeit und Recht und Freiheit bleibt unser Auftrag.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, große Erwartungen und Hoffnungen richten sich in Europa und in Deutschland an uns. Wir stellen uns dieser Pflicht. Wir nehmen diese Herausforderung und diese Verantwortung an.

Jeder weiß, was wir wollen, und jeder weiß, welche Männer und Frauen für dieses Programm stehen.

Wir sind glücklich, denn unsere Union verfügt über eine große Zahl hervorragender Persönlichkeiten. Sie garantieren unseren gemeinsamen Erfolg. Ich bin stolz und glücklich darüber.

(Beifall)

Meine Freunde, gehen wir hier von Hannover aus gemeinsam an die Arbeit! Auf jeden kommt es an. Wir kämpfen um jede Stimme, wir kämpfen für die Wende der deutschen Politik. Das Ziel ist spürbar nahe! Wir werden siegen!

(Langanhaltender lebhafter Beifall - Die Anwesenden erheben sich. - Sprechchöre: "Helmut! Helmut!")













CDU

**sicher
sozial
und frei**













DIV

CONF





Aus Liebe

Freiheit sta



u Deutschland:
tt Sozialis

DU

nicher
zial

ve

RA





Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht, Tagungspräsident: Meine Damen und Herren, das war die Sprache, die wir von unserem Helmut Kohl erwarteten und die wir an ihm so schätzen.

(Beifall)

Das war die Sprache des Mannes, der unser erster Mann ist, der erste Mann einer Partei, die in diesem Wahlkampf siegen will.

(Erneuter Beifall)

Jeder von uns hier im Saal, lieber Helmut Kohl, weiß, wie schwer es ist, Spitzenkandidat in dieser Situation zu sein, in der so viel für unser Vaterland auf dem Spiel steht. Aber Sie werden gespürt haben, daß nicht nur die Delegierten hier im Saal, sondern daß draußen auch 900 000 Mitglieder der Union bereit sind, mit Ihnen in diesen Wahlkampf zu gehen und in diesem Wahlkampf zu siegen.

(Lebhafter Beifall)

Sie gehen in diesen Wahlkampf mit dem Bewußtsein, daß hinter Ihnen jene deutsche Partei steht, die zur Stunde ganz unbestritten die stärkste politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland ist.

(Beifall)

Diese Partei hat sieben Jahre lang hart gearbeitet. Wer von uns wüßte das nicht? Wir haben die Rathäuser erobert, wir haben die Landtagswahlen gewonnen, wir haben uns neu formiert, und ich glaube, wir haben tiefer und präziser gedacht als SPD und FDP. Diese Partei ist reif zur Übernahme der Regierungsverantwortung,

(Beifall)

und diese Partei weiß, daß sie Besseres für unser Vaterland leisten kann als die beiden anderen konkurrierenden Parteien, deren Erfolgs- oder besser Mißerfolgsbilanz jetzt zutage liegt.

Deshalb, meine ich, gehen wir in diesen Wahlkampf in der ruhigen Zuversicht dessen, der weiß, daß er eine große Aufgabe zu erfüllen hat.

Lieber Helmut Kohl, Sie sind unser erster Mann, und wir sind stolz auf Sie.

(Lebhafter Beifall)

(Folgt Multi-Media-Schau, Geschichte und Programm der Union)

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Liebe Freunde, wir haben gemeinsam einen Blick zurück, einen Blick in unsere Geschichte getan. Wir haben das Erbe und den Auftrag gesehen. Jetzt liegt es an uns, in diesen Tagen und Wochen der kämpferischen Auseinandersetzung den Sieg am 3. Oktober zu erringen, wenn jeder von uns seine Pflicht tut. Darum bitte ich Sie, einen jeden von Ihnen ganz persönlich.

Wir wollen diese Stunde und diesen Parteitag schließen mit einem Gruß an unsere Mitbürger und Freunde überall in der Bundesrepublik.

Wir wollen einen Gruß herzlicher Verbundenheit vom Parteitag der CDU Deutschlands hinüber über Mauer und Stacheldraht in den anderen Teil Deutschlands zu unseren Mitbürgern in der DDR schicken.

(Beifall)

Wir schließen diesen Parteitag mit dem Lied der Deutschen:
Einigkeit und Recht und Freiheit.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne)

(Schluß: 13.17 Uhr)



24. Bundesparteitag 24.-26. 5. 1976, Hannover

A n h a n g

- A Forum I
"Europäischer Bundesstaat - eine
freiheitliche Ordnung für die Bür-
ger Europas"
- B Forum II
"Europäische Sicherheit - Frieden
und Freiheit für die Völker Euro-
pas"
- C Forum III
"Europäische Gesellschaft - wirt-
schaftliche und soziale Sicherheit
für die Menschen in Europa"
- D Podiumsdiskussion (Abendveranstaltung)
"Was erwartet Europa von der Bundes-
republik Deutschland?"
- Gedanken zur Einheit Europas -
- E Das Wahlprogramm der CDU und CSU 1976
- F Beschlußprotokoll

Forum I

Europäischer Bundesstaat - eine freiheitliche Ordnung für die Bürger Europas

Dienstag, 25. Mai 1976

Beginn: 14.45 Uhr

Vors. Franz Amrehn: Meine Damen und Herren! Ich eröffne hiermit das Forum I, das unter dem Thema tagen soll: "Europäischer Bundesstaat - eine freiheitliche Ordnung für die Bürger Europas".

Durch Ratschluß eines hohen Parteivorstandes bin ich zum Leiter dieses Forums bestimmt worden. - Ich stelle fest, daß dagegen kein Widerspruch erhoben wird.

Der Ablauf des Forums ist wie folgt geplant: Wir haben zwei Redner, die etwa je 20 Minuten sprechen werden, nämlich Herrn Dr. Klepsch und Herrn Professor Dr. Kewenig. Nachdem beide Herren ihre Referate gehalten haben werden, ist die Diskussion für jedermann frei. Sie muß aber um 16.20 Uhr beendet sein, weil um 16.30 Uhr - trotz Verkürzung unserer Zeit durch die Mittagspause - bereits das Plenum wieder tagen muß. Daraus ergibt sich, daß die Diskussionsbeiträge so kurz wie möglich gehalten werden müssen.

Damit komme ich zur Sache und darf nun gleich unserem Kollegen Dr. Klepsch das Wort geben. Ich stelle ihn kurz vor, soweit Sie ihn nicht kennen. Er ist Jahrgang 1930, gehört dem Bundestag für den Wahlkreis Koblenz seit 1965 an und dem Europäischen Parlament seit 1973. Im Europäischen Parlament ist er der Sprecher der CDU/CSU-Abgeordneten und Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der CD-Fraktion im Europäischen Parlament. Zugleich ist er Berichtserstatter und Sprecher in der Frage der Direktwahl zum Europäischen Parlament. Er ist gleichzeitig Vertreter der CDU in der Europäischen Organisation der Christlich Demokratischen Parteien, und er ist im Präsidium der Europa-Union. Von 1964 - 1970 war er Präsident der Europäischen Union Junger Christlicher Demokraten. Er ist also zu seinem Thema hinreichend ausgewiesen. Er hat nun das Wort.

Dr. Klepsch: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin mir bewußt, daß die knappe Zeit, die dem Arbeitskreis zur Verfügung steht, es außerordentlich schwierig macht, das komplexe Thema so auszubreiten, wie es erforderlich wäre. Ich habe mich in meinen Darlegungen darauf konzentriert, vom gegenwärtigen Sachstand ausgehend, eine Stellungnahme vorzutragen, wobei ich mich gegenüber meinem Mitreferenten ein wenig abgegrenzt habe. Ich habe ferner schriftlich etwas ausführlicher das dargestellt, was ich jetzt mündlich in der mir zur Verfügung stehenden Zeit vortragen werde.

Meine Damen und Herren, ich möchte das Thema ein ganz klein wenig eingrenzen, weil die Fragen der Außen- und der Sicherheitspolitik in einem eigenen Arbeitskreis behandelt werden, ebenso wie der Fragenkomplex, der im Forum III erörtert wird.

Es ist unzweifelhaft, daß sich die Europäische Gemeinschaft gegenwärtig in einer sehr ersten Belastungsprobe befindet. Der gescheiterte "Gipfel", der sich in den zentralen Fragen, über die dort gesprochen wurde, nicht einmal über das Schlußkommuniqué hat einigen können, hat eine Welle von Enttäuschung, von Skepsis und Vorbe-

halten ausgelöst. Wenn man auch sagen kann, daß die Europäische Gemeinschaft, solange sie besteht, durch eine Kette von Krisensituationen hindurchgegangen ist und trotzdem immer wieder der Schritt nach vorwärts gefunden wurde, so muß man heute doch sehr deutlich sehen, daß man, wenn die Elemente, die die Stagnation, ja eine gewisse Redressierung des politisch-institutionell Erreichten bedingen, die Oberhand gewinnen, mehr als sorgenvoll in die Zukunft blicken muß. Mancher Journalist hat die Ergebnisse der letzten Gipfelkonferenz damit überschrieben, daß er sagte, die Einigungspolitik befinde sich in einer Situation, die man mit "zum Fürchten" kennzeichnen müsse.

Wenn wir die unerledigten Aufgaben des letzten Gipfels ausbreiten, so sind es gleich drei, mit denen wir uns beschäftigen müssen. Das ist die Entscheidung über die direkte Wahl des Europäischen Parlaments, die Entscheidung über den Tindemans-Bericht und die Entscheidung über die Vorlagen der Kommission der Europäischen Gemeinschaft zur Lösung der gegenwärtigen Probleme, vor allem im wirtschaftlichen Bereich.

Aber wir dürfen auch nicht außer acht lassen, daß der grundsätzliche Beschluß zur Aufnahme Griechenlands, das heißt zur Aufnahme von Verhandlungen über die endgültige Aufnahme Griechenlands als zehntes Mitglied der Gemeinschaft, gefaßt worden ist. Das bedingt zwangsläufig, daß man auch darüber nachdenken muß, wie es um einen Beschluß hinsichtlich der späteren Aufnahme Spaniens, der Türkei oder Portugals stehen wird.

So glaube ich, daß man zunächst einmal festhalten muß: Unerläßlich ist die Auseinandersetzung mit der Frage, daß bei neu hinzutretenden Mitgliedern zwangsläufig überlegt werden muß, ob dadurch das Zusammenwachsen der Gemeinschaft belastet wird, ja ob das nicht überhaupt dazu führt, daß jedes dieser Mitglieder seine eigenen Probleme in die Gemeinschaft mit einbringt, daß der Prozeß des Zusammenwachsens zurückgeworfen wird. So ist ja auch seinerzeit bei dem Beitritt der Drei: Großbritanniens, Irlands und Dänemarks entschieden worden, daß man das mit einem institutionellen Fortschritt der gesamten Gemeinschaft verbinden wolle. Aus der bekündeten Willensäußerung ist dann leider nachher in der Folgezeit nichts geworden.

Das hat aber dazu geführt, daß das Europäische Parlament ganz klar ausgedrückt hat, daß der Beitritt weiterer Mitglieder verbunden werden müsse mit der Notwendigkeit, einen qualitativen Schritt vorwärts in der Gemeinschaft zu tun.

Ich möchte auch nicht versäumen, zu sagen, daß es ohnehin eine ganze Reihe von demokratisch strukturierten Ländern Europas gibt, die der Gemeinschaft gegenwärtig nicht beitreten wollen oder können, bei denen dies auch für die Zukunft offensteht. Es ist Tindemans beizupflichten, daß wir dafür sorgen müssen, daß Beziehungen zu ihnen hergestellt werden, die es ermöglichen, daß bei der Erarbeitung der politischen Beschlüsse der Union auch ihren Interessen und Standpunkten Rechnung getragen wird, und daß zugleich um ihr Verständnis und um ihre Unterstützung für unsere Vorhaben geworben werden muß.

Es wäre vielleicht zweckmäßig - ich will das aber überschlagen -, unsere Position in der Frage des Europäischen Bundesstaates vorzutragen. Es gibt für uns keinen Grund, unsere Position in der Frage der Zielsetzung zu revidieren. Es gibt für uns auch keinen

Grund, nicht dafür einzutreten, daß die Bürger der Europäischen Gemeinschaft in der Entwicklung ein höchstmögliches Maß an Garantie für ihre Grundrechte und Grundfreiheiten in einer künftigen europäischen Verfassung gewährleistet erhalten, und daß man das aufbauend auf den in den Verträgen bereits gesicherten und festgelegten Positionen tut.

Meine Damen und Herren, wenn ich das, was ich in meinen schriftlichen Darlegungen ausgeführt haben, nun überschlage, so nicht deshalb, weil ich es als gering erachte, sondern weil ich mich auf einige Punkte konzentrieren möchte, von denen ich meine, daß sie in der politischen Gegenwart von außerordentlicher Bedeutung sind.

Dadurch, daß die Drei zusätzlich in die Gemeinschaft eingetreten sind, ist der Prozeß der Weiterführung und der inneren Entwicklung der Gemeinschaft um viele Jahre zurückgedrängt worden. Zunächst ging es darum, die neuen Mitglieder in Übergangslösungen in die Gemeinschaft hereinzubekommen und sie in ihr zu verfestigen. Nach Abschluß dieser Vorgänge ging es dann darum, den Prozeß der inneren Weiterentwicklung der Gemeinschaft verstärkt voranzutragen. Daran hat die Einrichtung des "Gipfels", also jenes Zusammen treffens der Regierungschefs der Gemeinschaft einen wesentlichen Anteil. Jene Form der intergouvernementalen Zusammenarbeit, die sich im "Gipfel" ausdrückt, hat in den vergangenen Jahren seit 1972 ganz sicher eine tiefgreifende Bedeutung gehabt. Eine Reihe von weittragenden Beschlüssen sind gefaßt worden. Wenn wir auch hinsichtlich der Verwirklichung dieser Beschlüsse meist noch im Anfangsstadium stehen, so darf man doch nicht übersehen, daß sie gefaßt worden sind.

Der "Gipfel" hat sich zwar in wachsendem Maße durch das häufigere Zusammentreffen in eine Alltäglichkeit verwandelt; deshalb sind die weittragenden Beschlüsse beim letzten "Gipfel" auf die Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Jean Monnet reduziert worden.

Man muß sich aber vor Augen halten, daß ein wesentliches Element der Bewegung der europäischen Politik durch die Schaffung und die Aufwertung dieses Gipfels bedingt wurde, und daß das Gegengewicht gegen diese wachsende Bedeutung der intergouvernementalen Zusammenarbeit von Anfang an - dafür möchte ich dem französischen Präsidenten besonders danken - in der Bereitschaft lag, in der Frage der direkten Wahl zum Europäischen Parlament und der Vermehrung der Kompetenzen, die dem Europäischen Parlament eingeräumt werden, Zugeständnisse zu machen, um auf diese Weise eine Art Balance zwischen intergouvernementaler und integrierender Entwicklung zu schaffen. Es ist fast verborgen geblieben, daß das Europäische Parlament manches von dem, was heute unter der Überschrift "Initiativrecht" behandelt wird, schon vorher in Anspruch genommen hat und daß der Rat dies nicht nur hingenommen, sondern über beträchtliche Strecken der Entwicklung hinweg in vollem Umfang toleriert hat.

Entscheidend für die Bewegung in der Öffentlichkeit war aber natürlich die Anerkennung der direkten Wahl zum Europäischen Parlament, die zunächst proklamiert wurde - damals hielten manche dieses Ziel noch für ein Feigenblatt für andere Entwicklungen - und vom Rat dann präzisiert wurde. Im Dezember 1975 ist in Rom sogar der Zeitpunkt für diese Wahl festgelegt worden.

Um so enttäuschter waren viele, daß die im Zusammenhang damit in Gang gekommene Bewegung in der europäischen Einigungspolitik nun

so drastische Dämpfer aufgesetzt erhielt. Ich möchte diese Bewegung hier in drei Punkten näher charakterisieren. Es ging ein bestimmter Druck davon aus, daß die politischen Gruppierungen in Europa sich zu politischen Formationen zusammenschlossen.

Heute morgen hat Herr von Hassel über die Europäische Volkspartei berichtet, zu der sich die christlich-demokratischen Parteien in der Gemeinschaft mit dem Bestreben um weiterreichende Kooperation zusammengeschlossen haben. Ich werde darauf gleich noch zurückkommen. Wir müssen uns aber auch vor Augen führen, daß die Diskussion in der Öffentlichkeit über Kompetenzen, über Zusammenhänge des Willensbildungsprozesses in dieser Gemeinschaft und über die gemeinsamen Interessen, die von der Europäischen Gemeinschaft zu vertreten waren, ebenfalls in Gang kam, eine Diskussion, die sonst eigentlich mehr in Fachkreisen geführt wurde. Die Notwendigkeit, Wahlplattformen für alternierende politische Gruppierungen zu formulieren, hat die Diskussion darüber hinaus noch angeheizt. Politische Kräfte wurden mobilisiert - und sei es auch nur durch die Interessenlage - qualifizierte und geeignete Kandidaten für die Direktwahl zu finden und aufzustellen.

Ich möchte an dieser Stelle mit Nachdruck sagen, daß die eingeleitete Entwicklung einen Dämpfer erhalten hat, der in hohem Maße zu skeptischen Betrachtungen geführt hat. Viele fragen sich: Sollte es wirklich so sein, daß die Regierungschefs das Kind, das sie selber aus der Taufe gehoben haben - die europäische Direktwahl -, nun verleugnen und dieses Projekt jetzt an der Auseinandersetzung über die Zahl der Sitze scheitern lassen? Dies darf sicher nicht geschehen, zumal, wie ich hier mit Nachdruck hervorheben möchte, über alle anderen Fragen im Zusammenhang mit der Direktwahl völlige Einigung erzielt worden ist. So bin ich auch davon überzeugt, daß man sich auf der Gipfelkonferenz im Juli dem Druck breiter Kreise der Öffentlichkeit, der politischen Parteien, der Parlamentarier, der Politiker in den Ländern der Gemeinschaft nicht widersetzen können und für 1978 das Wahlgesetz verabschieden wird.

Meine Damen und Herren, dies wird dann eine neue Entwicklung in der Ausbildung des zweiten Gewichtes, der integrierenden Tendenzen der Gemeinschaft einleiten. Der Punkt, auf den hin ich Sie führen möchte, ist ohnehin der, daß es bis zum heutigen Tage nur zwei Elemente gibt, die in vollem Umfang auf die Interessen der Gemeinschaft abzielen und auf sie zuarbeiten. Ich meine zum einen die Kommission und zum anderen das Europäische Parlament. Wenn das Europäische Parlament von den Bürgern und Völkern Europas direkt gewählt sein wird, wird es in vollem Umfange sein eigenes Schwergewicht erlangen und seine Aufgabe so verstehen, vorrangig die gemeinsamen Interessen - und nur daneben die nationalen Interessen als einen zweiten Faktor - zu sehen.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt mangelt es uns auch an einem zweiten wichtigen Element nicht: an Plänen zur Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft. Wir haben heute morgen den belgischen Premierminister Leo Tindemans gehört. Ich glaube, es ist eine große und gute Entscheidung gewesen, ihn zu bitten, die Führung der Europäischen Volkspartei zu übernehmen. Leo Tindemans hat im Auftrag der Regierungschefs eine sehr sorgfältige Untersuchung angestellt - sie ist in die Geschichte als der sogenannte Tindemans-Bericht eingegangen -, in der dargelegt wird, was in der Entwicklung der nächsten vier Jahre pragmatisch und realistisch erreichbar und bewältigbar ist. Dieser Bericht von Leo Tindemans, einem christlich-demokratischen Politiker, der damit in die Fuß-

stapfen der drei großen Europäer, von denen heute morgen so viel die Rede war, tritt, ist von der CDU und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU voll akzeptiert worden. Wir sind uns klar darüber, daß noch Ergänzungen vorzunehmen sind. Die Linie, die in dem Bericht festgelegt wird, und die Summe der einzelnen Vorschläge stellen aber ein Gesamtkonzept dar, das wir als realistisch und durchführbar ansehen.

Lassen Sie mich deshalb heute an dieser Stelle einmal folgendes sagen. Wir brauchen heute keine Leute, die in großem Umfang neue Pläne vorlegen.

(Beifall)

Uns liegt eine Fülle von Plänen und Untersuchungen zu allen Themen der europäischen Politik vor. Die meisten von ihnen sind von renommierten und profilierten christlich-demokratischen Politikern vorgelegt worden. Ich nenne hier nur den heute morgen schon erwähnten Fraktionsvorsitzenden im Europäischen Parlament, unseren belgischen Freund Bertrand. Ich nenne des weiteren den berühmten Werner-Bericht, der sich sehr sorgfältig mit den Fragen der Wirtschaft- und Währungsunion beschäftigt hat. Viele neue Erkenntnisse in dieser Hinsicht sind heute nicht mehr zu gewinnen. An Plänen mangelt es uns also nicht.

Nunmehr muß die Durchführung der Pläne und Maßnahmen im Mittelpunkt stehen. Wir müssen uns als Christlich Demokratische Union darüber klar sein, daß wir dann, wenn wir in diesem Lande am 3. Oktober die Regierungsverantwortung übernehmen, in dieser Hinsicht eine ganz entscheidende Aufgabe zugewiesen bekommen. Die Bundesrepublik Deutschland wird den ihr aufgrund ihrer Wirtschaftskraft unterläßlich auferlegten Beitrag leisten müssen, der nötig ist, um die weitere Entwicklung der europäischen Einigung zu fördern. Wir haben mit der Gründung der Europäischen Volkspartei nun auch einen institutionellen Rahmen gesetzt.

Wir sind damit in der günstigen Lage, einen Kristallisationspunkt für jene Kräfte zu schaffen, die einen anderen Weg als den in Richtung auf ein Volksfront-Europa gehen wollen. Erlauben Sie mir diese Zwischenbemerkung: Für mich ist es bedrückend zu sehen, welchen Kurswechsel Bundeskanzler Schmidt von Helsingör, dem Treffen der Sozialistischen Internationale im Winter, bis heute vorgenommen hat. In Helsingör hat er sich noch ganz klar gegen Volksfronttendenzen und gegen eine entscheidende Beteiligung der Kommunisten an Regierungen ausgesprochen. Heute hören wir von demselben sozialistischen Politiker, der immerhin für die Gestaltung der Richtlinien der deutschen Politik verantwortlich ist, daß eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten in Frankreich und Italien, zwei der großen Länder der Gemeinschaft, keine Katastrophe darstelle. Wir übersehen auch nicht die bittere innere Auseinandersetzung innerhalb der sozialistischen Parteien in Europa. Dort ringen zwei Kräfte miteinander. Auf der einen Seite steht die Gruppe derjenigen, die zusammen mit den anderen europäischen Demokraten ein demokratisches Europa schaffen wollen. Auf der anderen Seite steht die Gruppe derjenigen, die der kommunistischen Volksfront den Vorzug gibt, aus welchen Motiven auch immer. In der letzten Zeit gab es Diskussionen über Herrn Spinelli, dem von den italienischen Sozialisten benannten und entsandten Kommissar der Europäischen Gemeinschaft. Es ist doch bezeichnend, daß die italienischen Sozialisten ihm den ersten Platz auf ihrer Kandi-

datenliste für die Parlamentswahl, die jetzt stattfindet, angeboten haben. Herr Spinelli hat dieses Angebot ausgeschlagen. Er ist lieber der Spitzenkandidat der Kommunisten geworden.

Diese innere Auseinandersetzung in der Sozialistischen Internationale, in allen sozialistischen Parteien verfolgen wir mit Aufmerksamkeit. Ich komme auf das zurück, was ich eben gesagt habe: Kristallisationspunkt einer Politik, die wir für Europa auf der Grundlage einer pluralen, freiheitlichen und demokratischen Ordnung für notwendig halten, muß die christlich-demokratische Gruppierung sein, muß die Europäische Volkspartei mit den zur Kooperation mit ihr bereiten Kräften werden.

Ich habe gesagt, daß der Bericht von Leo Tindemans die Grundlage für unsere politische Arbeit in den nächsten vier Jahren sein müsse. In meinen, Ihnen schriftlich vorliegenden Darlegungen, habe ich ausgeführt, in welcher Weise wir den Tindemans-Bericht in die politische Praxis umsetzen müssen. Ich habe dies in Form der Formulierung von konkreten Forderungen getan. Diese Forderungen sind als eine Art Aktionsprogramm für uns, die CDU Deutschlands, und eine von uns gestellte künftige deutsche Regierung zu verstehen. Wir sind Helmut Kohl dankbar dafür, daß er auf diesem Bundesparteitag so deutlich herausgestellt hat, welche zentrale Rolle die europäische Politik für eine christlich-demokratische Regierung ab Oktober dieses Jahres spielen wird.

Die Zeit versagt es mir - deshalb muß ich Sie bitten, dies nachzulesen -, die einzelnen Forderungen dieses Aktionsprogramms vorzutragen. Ich glaube, daß Sie aus meinen schriftlichen Darlegungen ersehen können, daß es mir darum geht, eine Antwort auf die Frage von Leo Tindemans zu geben, welches der richtige Weg sei, um zur Europäischen Union, jenem Bundesstaat, den wir im Interesse aller Bürger erstreben, zu gelangen, und welche Mittel wir zu diesem Zweck einsetzen können.

Er hat es beantwortet mit der Notwendigkeit, die Institutionen zu stärken. Ich glaube, daß wir in der Folgezeit die drei Institutionen Europäisches Parlament, Rat - sprich Einbettung der Gipfelkonferenzen in normale Prozedur des Rates und verbesserte Koordinierung der Arbeit des Rates - und auch die Stärkung der Arbeit der Kommission als die Grundlage für diesen Weg ansehen müssen, den Leo Tindemans vor uns ausgebreitet hat. Er hat uns ein Bündel von Maßnahmen vorgeschlagen. Ich persönlich stehe nicht an zu sagen, daß man das Bündel nur als Gesamtheit behandeln kann und als Gesamtheit behandeln muß. Wir Christlichen Demokraten sind es heute, die sagen: Wir halten es nicht für richtig, wenn jetzt die Regierungschefs daran gehen, den Bericht von Leo Tindemans, der in ihrem Auftrag sorgfältig erarbeitet und fristgerecht vorgelegt worden ist, in Hunderte von Unterausschüsse zu verweisen, die seine einzelnen Bestandteile diskutieren und zergliedern sollen. Man kann ihn nur zur Gänze diskutieren und in großen Zügen annehmen oder korrigieren, aber auf keinen Fall können wir uns darauf einlassen, daß es vielleicht ähnlich geht, wie es manche bei der europäischen Direktwahl befürchten, daß wir uns über viele Details unterhalten und am Schluß nur eine Maus gebären.

Unser Ziel als Christlich Demokratische Union ist: Erstens die Durchführung der europäischen Direktwahl wie vorgesehen 1978. Es gibt keinen triftigen Grund, der dies ausschließt.

Zweitens die Herbeiführung dieses Beschlusses noch im Juli dieses Jahres durch die Gipfelkonferenz; denn es muß mit Nachdruck gesagt werden: Zu einem späteren Zeitpunkt wird es nicht mehr möglich sein, die technischen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Drittens die Durchsetzung der Forderungen des Tindemans-Berichtes in den nächsten vier Jahren, beginnend ab heute, als Verpflichtung für jede Bundesregierung, aber als besondere Verpflichtung für eine Regierung der CDU/CSU. - Danke sehr.

(Beifall)

Vorsitzender Franz Amrehn: Vielen Dank, Freund Klepsch, für die Ausführungen, die Sie aus der Erfahrung Ihrer täglichen Arbeit im Europäischen Parlament gemacht haben. Wir danken Ihnen für die Anregungen und auch dafür, daß Sie uns für die Plenarsitzung nachher einige konkrete Vorschläge als Grundlagen für die Plenarversammlung gemacht haben. Vielen Dank.

Nummehr stelle ich Ihnen vor unseren Freund Professor Dr. Kewenig. Er ist Jahrgang 1934, ordentlicher Professor für Staats- und Völkerrecht an der Universität Kiel, deren Rektor er von 1973 bis 1975 gewesen ist. Innerhalb unserer Partei ist er Mitglied der Grundsatzkommission. Auf einem anderen Felde, das auch wichtig ist und von Ihnen gewußt werden sollte, ist er Vorsitzender der Deutschen Wissenschaftskonferenz. Bitte, Herr Professor Dr. Kewenig.

(Beifall)

Prof. Dr. Wilhelm Kewenig: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die beiden Referenten haben sich das Thema, das hier zur Diskussion steht, so aufgeteilt, wie es ihrem unterschiedlichen Status entspricht. Herr Klepsch hat als Politiker über das gesprochen, was heute und morgen notwendig ist und getan werden muß. Ich möchte gern als deutscher Universitätsprofessor und als Mitglied der Grundsatzkommission dieser Partei über das sprechen, was morgen und übermorgen notwendig ist. Deshalb lautet mein Thema: "Zum verfassungsrechtlichen Rahmen eines freiheitlichen Europas - mittel- und langfristige Perspektiven".

Auch der Realpolitiker, also derjenige, der die politischen Probleme von heute lösen und sich nicht in Spekulationen über die Lösungsmöglichkeiten der Probleme von morgen verlieren möchte, kommt ohne eine Reihe mittel- und langfristiger politischer Zielvorstellungen nicht aus. Er ist außerdem verpflichtet, sich von Zeit zu Zeit zu diesen Zielvorstellungen ausdrücklich zu bekennen und sich dabei der Prüfung zu stellen, ob seine tagespolitischen Entscheidungen auch tatsächlich an ihnen orientiert sind. Dies gilt insbesondere in einem demokratischen politischen System; denn in einem solchen System ist politisch nicht nur das von Bedeutung, was tatsächlich geschieht, sondern oft auch, ob und wie es in der Öffentlichkeit, ob und wie es vom Wähler verstanden wird. Wie gefährlich es ist, wenn man angesichts täglicher Schwierigkeiten die langfristige Orientierung zumindest scheinbar aus dem Auge verliert, zeigt die Entwicklung der Europapolitik in den letzten Jahren.

Niemand verkennt die außerordentlichen Widerstände, die sich gegenwärtig jedem auch noch so zaghaften Schritt auf dem Wege zur europäischen Integration entgegenstellen. In ihrer Bedeutung gefährlich übersteigert aber werden diese Widerstände noch durch den in der Öffentlichkeit weit verbreiteten Eindruck, daß viele der politischen Akteure das Ziel der politischen Einigung Europas entweder aus den Augen verloren oder vollständig abgeschrieben haben. Es kommt deshalb für die CDU entscheidend darauf an, sich erneut mit Deutlichkeit und Überzeugungskraft zur europäischen Einigung als einem der wichtigsten Ziele der deutschen Außenpolitik zu bekennen. Und nicht nur das: Dieses Bekenntnis ist auch dahin zu konkretisieren, daß der europäische Bundesstaat am Ende des langen Weges nach Europa stehen muß.

(Beifall)

Über dieses klare Bekenntnis hinaus ist es hier gegenwärtig wenig sinnvoll, das Bild des europäischen Bundesstaates der Zukunft in allen Einzelheiten zu entwerfen; denn trotz der Unverzichtbarkeit langfristiger Zielvorstellungen lohnt es nicht, über die Einzelheiten ihrer Verwirklichung schon heute zu streiten. Heute reicht es aus, diesem Bekenntnis nur einige wenige Präzisierungen hinzuzufügen.

Der europäische Bundesstaat muß eine freiheitliche Demokratie sein. Er muß rechtsstaatlich organisiert sein, damit die Grundrechte gewährleistet werden können und das Individuum gegen staatliche Willkür geschützt ist. Und er muß schließlich Sozialstaat sein, d. h. er muß sich neben der Freiheit auch der tatsächlichen Chancengleichheit verpflichtet fühlen.

Ebenso wichtig wie das Bekenntnis zu einer klaren Zielvorstellung aber ist eine möglichst erfolversprechende Strategie. Nach meinem Eindruck werden heute vor allem zwei Strategien angeboten, wenn es darum geht, den Gipfel Europa zu stürmen. Beide Strategien gleichen sich insofern, als sie die Europäische Union als Etappenziel vor Augen haben. Diesem gemeinsamen Etappenziel fehlen zwar bisher die scharfen Konturen. Einigkeit besteht jedoch allgemein darin, daß die Europäische Union ein Mehr an Gemeinsamkeiten in vielen Bereichen der Politik, ein Mehr an Intensität bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele und ein Mehr an institutioneller Verfestigung und Absicherung des Integrationsprozesses bringen muß.

Beide Strategien unterscheiden sich dagegen deutlich, wenn es um die Frage geht, wie man dieses Etappenziel möglichst schnell und möglichst sicher erreichen kann. Um es auf eine kurze Formel zu bringen: Die eine Strategie empfiehlt viele kleine Schritte, die andere wenige große Sprünge. Die eine möchte die Etappe praktisch unbemerkt erreichen, die andere zielt geradezu auf öffentliche Anteilnahme als Ansporn für die abverlangte Höchstleistung. Die eine Strategie macht die Schritte bewußt so klein, daß auch der eine oder andere Fehltritt oder Mißerfolg in Kauf genommen werden kann. Die andere Strategie versucht gerade dadurch, daß sie die Sprünge so weit ansetzt, eine konzentrierte und einmütige Anstrengung aller Beteiligten zu erzwingen.

Die Strategie der kleinen Schritte ist die eigentliche Basis des Tindemans-Berichtes. Die Strategie der qualitativen Sprünge ist

dagegen die der ungeduldrigen Europäer, denen angesichts der Erfolglosigkeit der Bemühungen in den letzten zehn Jahren und der Ratlosigkeit der gegenwärtigen Situation die Flucht nach vorn zwingend geboten erscheint.

Mein Vorschlag ist der, nicht die eine gegen die andere Strategie auszuspielen, sondern den Versuch zu unternehmen, aus beiden das Wichtigste zu kombinieren, um möglicherweise mit Hilfe einer Art Doppelstrategie die Etappe der Europäischen Union auf dem Wege zum Bundesstaat Europa tatsächlich zu erreichen.

Es ist zunächst unbedingt erforderlich, den Integrationsprozeß, der in den letzten Jahren teilweise zum Stillstand gekommen, teilweise sogar zurückgeschraubt worden ist, durch den erneuten Versuch zu beleben, einige kräftige qualitative Sprünge nach vorn zu tun. Diese Versuche sollten vor allem in zwei Richtungen gehen: Zunächst muß sichergestellt werden, daß die in aller Munde befindlichen Direktwahlen zum Europäischen Parlament auch tatsächlich stattfinden. Sodann hat dieses Parlament eine europäische Verfassung auszuarbeiten. Es erscheint mir zwar gegenwärtig noch ungewiß, ob das Jahr 1978 als Termin für die Wahlen zum ersten direkt gewählten Europäischen Parlament gehalten werden kann. Auch sind vor allem die zahlenmäßige Stärke des Parlaments und die Modalitäten des Wahlverfahrens noch umstritten. Unumstritten ist dagegen in zunehmendem Maße, und zwar sowohl bei den Praktikern als auch bei den Theoretikern der europäischen Integration, daß Parlamentswahlen möglichst bald stattfinden sollten, und zwar unabhängig davon, ob die Frage der Ausweitung der parlamentarischen Zuständigkeiten vorher entschieden wird oder nicht.

Sicher ist die Frage nach den Kompetenzen eines direkt gewählten Europäischen Parlaments eine wichtige Frage. Es sollte auch alles versucht werden, diese Kompetenzen möglichst früh möglichst weit auszudehnen. Wichtiger aber als alle Kompetenzen ist angesichts des gegenwärtigen Zustandes der europäischen Integration die Autorität, die dem Europäischen Parlament aufgrund seiner Direktwahl zuwachsen würde. Diese Autorität muß einsetzen, um den Integrationsprozeß unter Berufung auf den Wählerwillen auf breiter Front voranzutreiben. Die Forderung nach effektiver demokratischer Kontrolle würde im Zweifel sehr bald unüberhörbar und deshalb zu einem echten Politikum.

Die Forderung nach baldiger Direktwahl des Europäischen Parlaments reicht jedoch nicht aus. Es ist notwendig, diesem direkt gewählten Europäischen Parlament möglichst klare politische Aufträge mit auf den Weg zu geben. Der wichtigste dieser politischen Aufträge ist ... der, eine europäische Verfassung auszuarbeiten. Dabei kommt es nicht darauf an, diesen Auftrag in kurzer Zeit zu erledigen. Entscheidend ist vielmehr, daß sich das Europäische Parlament von Anfang an als die verfassungsgebende Versammlung Europas von morgen, des europäischen Bundesstaates, versteht,

(Beifall)

und daß dieses Parlament, auch wenn viel Zeit vergeht, sich seiner Verantwortung für den Erfolg dieses Auftrages bewußt bleibt.

Die Verfassungsdebatte und der entsprechende Auftrag an das direkt gewählte Europäische Parlament erscheinen mir trotz aller erkennbaren und durchaus berechtigten Bedenken aus zwei Gründen un-

erläßlich: Einmal weil sich ohne diese Verfassungsdebatte die institutionelle Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft allmählich in einem Irrgarten unkoordinierter Halbzuständigkeiten verliert und in einem Bürokratismus ersticken wird, dessen Funktion höchstens dem Sachverständigen einsichtig ist, dessen Arbeit aber in der öffentlichen Meinung keinerlei politischen Rückhalt mehr findet.

Statt dessen ist das Gebot der Stunde, endlich das Europa der freien Bürger und nicht das der Bürokraten und Sachverständigen zu schaffen.

(Beifall)

Die freien Bürger Europas aber sind über die Wahlen an der demokratischen Grundlegung Europas beteiligt. Zum anderen bedarf es einer Charta, eines Verfassungsdokumentes, in dem die Rechte des einzelnen aufgezeigt, in dem die Bekenntnisse zur Demokratie, zum Rechtsstaat, zum Sozialstaat und zur Verantwortung der verschiedenen Staaten und Regionen füreinander verankert sind, um dem europäischen Gedanken darüber hinaus die allgemeine Unterstützung zu sichern, die notwendig ist, wenn trotz aller Schwierigkeiten und Widerstände der Integrationsprozeß wieder in Gang kommen soll.

Nur wenn dieser Durchbruch gelingt, wird es Fortschritte in Richtung Europa geben. Unerläßliche Voraussetzungen für diesen Durchbruch sind aber nicht nur die Direktwahl des Europäischen Parlaments und die Verfassungsdebatte, unerläßlich ist auch die Konstituierung und die Konsolidierung europäischer Parteien und anderer gesellschaftlicher Gruppierungen. Dabei kommt es für den Erfolg entscheidend darauf an, daß die europäischen Parteien und Verbände nicht nur Zusammenschlüsse der Funktionäre und der oberen nationalen Leitungsgremien werden, sondern daß in ihnen und mit ihrer Hilfe tatsächlich eine Verbindung zu der in den Mitgliedsstaaten bestehenden oder zu schaffenden Basis hergestellt wird. Ohne eine derartige Verknüpfung und Fundierung wäre eine institutionelle Integration Europas, wenn sie trotzdem zustande käme - und das scheint mir sehr zweifelhaft -, immer nur ein realitätsferner Überbau.

Neben den beiden qualitativen Sprüngen, die ich für unerläßlich halte und auf die sich die CDU programmatisch konzentrieren sollte, wenn es um die institutionelle Entwicklung Europas in mittelfristiger Perspektive geht, sollte eine Reihe von Vorschlägen mit Nachdruck verfolgt werden, die im Tindemans-Bericht neben der Direktwahl gemacht werden und die ich für richtige Bestandteile einer gleichzeitig zu verfolgenden Strategie der kleinen Schritte halte. Hervorheben möchte ich aus dem angesprochenen Katalog vor allem die folgenden sechs Maßnahmen:

1. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die Kompetenzen des Europäischen Parlaments auszuweiten. Der Nachdruck dieser Änderungen sollte auf dem Versuch liegen, die budgetären Befugnisse des Parlaments und seine Kontrollrechte gegenüber der Exekutive zu stärken.
2. Der Europäische Rat der Regierungschefs sollte noch deutlicher als bisher angesichts der Autorität, die seinen Mitgliedern zukommt, als dasjenige europäische Organ verstanden werden, dem vor allem die Entwicklung eines kohärenten politischen Gesamtkon-

zepts für das Vorantreiben der europäischen Integration obliegt und nicht nur die Koordination der Tagespolitik in der EPZ.

3. Es sollten Vorkehrungen getroffen werden, damit die nach den Verträgen dem Rat zukommenden Funktionen nicht dadurch verwässert werden, daß dieser Rat in eine Vielzahl auf enge Sachbereiche spezialisierte Ministerräte zerfällt, die unkoordinierte bzw. sich widersprechende Beschlüsse fassen.

4. Von Artikel 155 EWG-Vertrag sollte mehr als bisher Gebrauch gemacht werden, mit der Konsequenz, daß der Kommission zusätzliche Exekutivbefugnisse übertragen werden und sich damit die Stellung der Kommission als einer der wichtigsten Motoren des Integrationsprozesses festigt.

5. Die Ständigen Vertreter sollten als Europaminister oder Staatssekretäre in den Rang von Regierungsmitgliedern erhoben werden. Damit wäre es schon nach geltendem Europarecht möglich, dem Ausschuß der Ständigen Vertreter bestimmte Angelegenheiten zur selbständigen Entscheidung zu übertragen und so nicht nur den Ausschuß der Ständigen Vertreter seinen Rang entsprechend aufzuwerten, sondern auch die Beratungen des Rates zu entlasten.

6. Die Stellung des Gerichtshofes sollte ebenso wie die Einbeziehung des einzelnen Bürgers in den Prozeß der europäischen Integration dadurch entscheidend gestärkt werden, daß Privatpersonen ein unmittelbarer Zugang zum Gerichtshof für den Fall einer Verletzung ihrer Grundrechte eröffnet wird. Das heißt, die Einführung der europäischen Verfassungsbeschwerde sollte erwogen werden.

Es kommt in den nächsten Jahren aber nicht nur entscheidend darauf an, die Strategie der großen und der kleinen Schritte geschickt zu kombinieren. Ausschlaggebend für den Erfolg ist nach meiner Überzeugung auch die Bereitschaft anzuerkennen, daß bei der Umsetzung dieser Strategie in die Wirklichkeit Abstufungen in der Fähigkeit des Mitmachens bei den Mitgliedsstaaten durchaus zulässig und dem Integrationsprozeß letztlich nicht abträglich sind. Es erschien mir im hohen Maße unrealistisch, wenn man es ablehnen würde, bei der Fortentwicklung der europäischen Integration über die außerordentlichen Unterschiede hinwegzusehen, die schon heute zwischen den Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft bestehen und die durch den bevorstehenden Beitritt weiterer europäischer Staaten nur noch vergrößert werden können. Es wird erheblicher Kraftanstrengungen bedürfen, wenn diejenigen Staaten, die in den nächsten Jahren beitreten werden, in absehbarer Zeit zu rechtlich und tatsächlich vollwertigen Mitgliedern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft werden sollen. Sie darüber hinaus in den eigentlichen politischen Integrationsprozeß voll einspannen zu wollen, dürfte bedeuten, daß dieser weiterhin auf unbestimmte Zeit vertagt werden müßte. Das aber darf nicht das Ergebnis der weiteren Entwicklung sein.

Will man, was ich absolut für notwendig halte, beides, nämlich einerseits die Integration des freien Europa für alle beitragswilligen europäischen Staaten offenhalten, andererseits aber dieses freie Europa zu einer nach innen und außen aktionsfähigen Einheit zusammenschweißen, so erscheint es mir unerlässlich, daß die europäische Integration für absehbare Zeit als ein Prozeß verstanden wird, der sich auf unterschiedlicher Ebene voll-

zieht und erst dann endgültig abgeschlossen ist, wenn alle Staaten, die an ihm teilnehmen, die höchste Ebene der Integration erreicht haben. Entscheidend ist, daß sich alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft verpflichten, den Endzustand der vollständigen politischen und wirtschaftlichen Integration auch für sich tatsächlich erreichen zu wollen, und daß es allen Mitgliedern nicht nur tatsächlich, sondern auch rechtlich freisteht, von der einen Integrationsstufe zur nächsten aufzusteigen. Welche Stufen im einzelnen zu unterscheiden sind und welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um von der einen Stufe auf die andere zu gelangen, sollte verfassungsrechtlich fixiert werden.

Die Bedenken gegen dieses Konzept der abgestuften Integration liegen auf der Hand. Sie scheinen mir jedoch letztlich weniger gewichtig als die negativen Auswirkungen, die unvermeidlich sind, wenn die Rücksichtnahme auf das schwächste Glied das Tempo der europäischen Integration in Zukunft bestimmen würde. Voraussetzung für dieses Konzept ist allerdings, daß jeweils die Mehrheit der Mitgliedsstaaten oder doch zumindest eine bedeutende Anzahl von ihnen die Speerspitze der Integration bilden und sich auch als solche und nicht als ein Direktorium der Musterschüler mit allen daraus ableitenden Vorrechten verstehen.

Entscheidend für die Integrationsfähigkeit und die Integrationswilligkeit der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft ist letztlich die innenpolitische Situation dieser Staaten. Es sollte wieder deutlicher in das Bewußtsein aller gerückt werden, daß der Versuch, innenpolitische Strukturprobleme zu bewältigen, eine wichtige, ja oft unentbehrliche Voraussetzung für den Fortgang der europäischen Integration ist. Man sollte deshalb diejenigen Staaten, die heute oder morgen gezwungen sind, sich vor allem ihren innenpolitischen Problemen zu stellen, jede Unterstützung gewähren, die möglich ist, um ihnen gleichzeitig das Bewußtsein zu vermitteln, daß sie auch an dieser Front für Europa tätig sind. Gleichzeitig aber sollte man nicht unbedingt auf sie warten, sondern versuchen, auch ohne sie auf dem Weg zur Europäischen Union und letztlich zum europäischen Bundesstaat voranzukommen; denn nur mit einer Kombination von Pragmatismus und Prinzipientreue, von Hartnäckigkeit und Flexibilität wird man das Bemühen um eine Einigung Europas in Frieden und Freiheit zu einem erfolgreichen Ende führen.- Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Franz Amrhein: Vielen Dank auch Ihnen, Herr Professor Kewenig. Sie haben aus der Distanz des Verfassungsrechtlers ihre Betrachtungen angestellt und mit dem abgewogenen Urteil des Wissenschaftlers Vorschläge gemacht. Darunter ragt meines Erachtens besonders die Anregung hervor, daß sich das kommende Europäische Parlament selbst als verfassungsgebendes Organ verstehen soll. Das hat auch den Beifall der Versammlung gefunden. Aber hier entsteht die Frage - ich werfe sie nur hin, um eine Grundlage für die Diskussion mit zu geben -, in welchem Verhältnis das Vertragseuropa dann zu einem Verfassungseuropa stehen wird, das aus eigenem Entschluß und eigener Autorität des Parlamentes zustande kommen soll, und wie es sich entwickeln könnte. Aber ich will nicht selber diskutieren, sondern nur eine Anregung aufgegriffen haben.

Als erster Diskussionsredner hat das Wort der Bundestagsabgeordnete und Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Dr. Edgar Jahn, Braunschweig. Ich bitte dann um weitere Wortmeldungen.

Dr. Hans-Edgar Jahn (Braunschweig): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Mitglied des Europäischen Parlaments und Generalberichterstatter zum Thema " Das Europäische

Parlament und die Beziehungen zu den Nationalstaaten und den nationalen Parlamenten" möchte ich hier einige Ausführungen machen; das ist das Mittelpunktthema des Institutionellen, Herr Professor Kewenig. Die Zeit ist aber viel zu kurz, um das Thema hier auszuloten, so wie es hier vorliegt. Wir Europäer haben dieses Manifest in dem neuen Text leider erst heute gesehen, das darf ich hier einmal sagen.

Ich spreche zugleich für einen Teil meiner Kollegen, die täglich im Europäischen Parlament - ich betone täglich im Parlament und in den Ausschüssen - tätig sind, auf allen Sektoren, außenpolitisch, außenhandelspolitisch, wirtschaftspolitisch, verkehrspolitisch, sozialpolitisch, die an der Integration arbeiten, mühselig arbeiten, die ja nicht so arbeiten, daß sie nur nutzlose Zeit verbringen, sondern schließlich in den Jahren über 6.000 Verordnungen erarbeitet haben, die europäisches Recht sind, nach denen wir leben. Wir lassen uns von der These, die wir von unseren Politikern so oft hören und in den Zeitungen lesen, daß Europa bei jedem Nichtfunktionieren einer Gipfekonferenz sofort in der Krise steckt, nicht erschüttern; dann könnten wir nämlich morgen die Arbeit aufgeben und resignieren. Diese Arbeit ist eine Kärnerarbeit, und sie verlangt von uns, daß wir unbelastet von allem, was um uns geschieht, jeden Schritt nach vorn tun, der auf all diesen Sektoren, die ich eben genannt habe, zu gehen ist. In dieser täglichen Konfrontation mit den Auffassungen der Regierungen der neuen Mitgliedstaaten - so müssen wir ja dort miteinander umgehen, wenn wir in den einzelnen Ausschüssen verhandeln - und der 15 Parteien müssen wir versuchen - und das ist eine nicht leichte Arbeit - , bei all diesen Verordnungen, nach denen wir in Europa leben sollen, Kompromisse herbeizudiskutieren, heräuszuarbeiten, zu denen wir alle ja sagen können. Darin liegt die ungeheure Aufgabe, die wir in dem Parlament haben. Ich darf einmal sagen: Wir sind ja nur 16 CDU-Abgeordnete im Europäischen Parlament von insgesamt 200 Abgeordneten. Wir hoffen, nach dieser Wahl 19 zu werden, und dazu müssen Sie uns helfen, denn wir brauchen dort viele Mitstreiter.

Uns wird immer deutlicher in all diesen Diskussionen, daß die Staaten Europas, gleich wer es ist, immer nur Staaten mittlerer Macht oder von geringerer Größe sind, die alle unter dem wachsenden militärischen und politischen Druck der Sowjetunion einzeln ihre Unabhängigkeit auf die Dauer nicht bewahren können, und die auch den rasanten technischen und wirtschaftlichen Wettbewerb des Atomzeitalters nicht einzeln erfolgreich bestehen können. Trotzdem müssen Sie sehen: Wir sind 250 Millionen Menschen in der Neuner-Gemeinschaft. Vor unseren Toren stehen Griechenland, die Türkei, Portugal und Spanien. Wenn diese Entwicklung weitergeht - mein Kollege Klepsch hat die Schwierigkeiten genannt; wir sind uns völlig darüber einig, daß das nicht ein Gang ist von heute auf morgen -, wenn wir das ganze Europa haben wollen, auch das skandinavische, das ganze freie Europa, und auch das ungeteilte freie

Deutschland, dann dürfen wir hier keine Grenzen setzen, die unüberschreitbar sind. Das ist die Schwierigkeit in dieser Arbeit. Wir haben jetzt 50 Nationen assoziiert - das muß mal gesagt werden - neben den neun Mitgliedsstaaten und haben dadurch direkt und indirekt täglich - ich betone täglich - Zugang zur afrikanischen Welt, fast zur ganzen afrikanischen Welt, zu Teilen Lateinamerikas und zu Teilen des pazifischen Raumes.

Wir meinen auch nicht, daß wir jetzt ein Europa sozusagen als eine dritte Kraft sein müßten. Wir, die wir die praktische Politik machen, wissen, daß Europa auch als dritte Kraft, wenn wir nur die Wirtschaft einmal messen, gegenüber den beiden anderen Kolossen keine dritte Kraft im echten Sinne werden kann, sondern daß wir für Europa die Partnerschaft der USA heute, morgen und übermorgen brauchen. Ich darf sagen, in den letzten Wochen und Monaten haben uns die französischen Kollegen der verschiedenen Parteien sehr deutlich zu erkennen gegeben, daß ohne den Schutz der Vereinigten Staaten auf atomarem Sektor auch ihre Sicherheit nicht gewährleistet sein könnte.

Lassen Sie mich ein weiteres sagen: Die Fortführung dieser Einigung - darüber haben wir eben gesprochen - als entscheidende Bedingung für Sicherheit, Frieden, Freiheit und Wohlstand - ich sehe keine andere Alternative als dieses Europa, ich habe auch noch niemanden gesehen, der eine andere sagen könnte - macht sichtbar, daß die Außenpolitik einen deutlichen Vorrang haben muß. Deswegen sind wir Europäer sehr froh, daß auch einmal auf einem Parteitag der Christdemokraten - die Sozialdemokraten feiern auf jedem Parteitag das sozialistische Europa einen Tag lang und stecken einen Tag lang die Wegstrecke ab - darüber diskutiert wird, damit jeder sieht, wo der Weg hingeht.

Wir sagen deutlich, Vorrang in der praktischen Außenpolitik muß aber auch die Europapolitik haben, und diese Europapolitik muß in die europäische Innenpolitik einfließen. Herr Professor Kewenig, nicht one-way-street, sondern two-way-street meinen wir; von der Außen- in die Innen- und von der Innen- in die Außenpolitik müssen wir zurückstrahlen. Und wir meinen, daß wir im vorigen Jahr schon einmal einen Schritt weiter waren, als wir in Helsinki im Vertrauen auf den Korb drei, der heute von den Russen nicht durchgeführt wird, außenpolitisch in Europa mit einer Stimme sprachen. Wir bedauern, daß auf der Seemächte-Konferenz keine Einigung bestand, ebenso bei der Nahost-Krise und bei der Energie-Krise.

Nun einige ganz kurze Bemerkungen zum Europäischen Parlament und zur Europäischen Union. Die Europäische Union, die auf Beschluß der EG-Staaten bis zum Jahre 1980 geschaffen werden soll, wird von uns natürlich begrüßt. Aber wir, die wir in der praktischen Politik stehen, sagen: Laßt uns die mühsamen Schritte tun. Wir werden dabei keinen großen Sprung machen können, Herr Prof. Kewenig, sondern wir werden in der Tat hier sehr sorgfältig vorgehen müssen. Wir rechnen im übrigen in den 80er Jahren, die wir heute die Meinung der verschiedenen politischen Parteien und ihrer Führungsgremien in Europa kennen. Wir sind der Auffassung, daß wir dabei die Grundwerte nicht verschieben dürfen, und deswegen betone ich sie hier, nämlich daß wir kein Europa sozialistischer Prägung haben wollen. Meine Damen und Herren, die andere Seite arbeitet Tag und Nacht daran. Es gibt keine Verordnung, es gibt keine Dis-

kussion in einem Ausschuß, wo nicht die Sozialisten, oft in Zusammenarbeit mit den Kommunisten, sehr offen ihre Politik dahingehend machen, die Gesellschaft schon im voraus darauf einzuschwören, daß Europa ihre Linie und ihre Basis haben wird, und das müssen wir verhindern. Vielleicht interessiert es Sie: Wir haben heute von 200 Abgeordneten 80 Sozialisten und Kommunisten. Hier ist Alarmstufe 1 gegeben; denn wenn wir 101 haben, dann würden sie rigoros, wie sie das jetzt in manchen Ausschüssen tun, wo sie Zufallsmehrheiten haben, ihre Politik durchsetzen.

Zu den Grundwerten gehört nach unserer Meinung auch das Dasein auf der Grundlage der persönlichen Würde - sonst brauchen wir von einer Europäischen Union nicht zu sprechen -, der tatsächlichen Gleichheit und Freiheit, der Verpflichtung auf das Gemeinwohl, auf den sozialen Fortschritt, die Rechtsstaatlichkeit, die freie Selbstbestimmung der Völker, ein die freie Existenz und die Entfaltung gewährleistendes Volksgruppenrecht - wir diskutieren das heute sehr offen in Europa -, die Freizügigkeit der Menschen in Europa und auch das Recht auf die Heimat, und dazu die Menschenrechte. Das sehen wir als die Basis für eine Zusammenarbeit mit politischem Schwerpunkt in Richtung auf eine bundesstaatliche Ordnung an. Darin ist die historisch gewachsene Eigenart und Selbständigkeit der europäischen Nationen zu sichern und zu fördern.

Ich komme zu den letzten Punkten. Ich sagte, ich spreche für alle unsere Freunde. Wenn einer nachher noch spricht, spricht er genauso für mich. Wir sind da sehr großzügig. Wir kennen auch keine irgendwie gearteten Gegensätze unter uns Freunden, die wir in dieser Arbeit stehen, so daß Sie das so zusammenfassend nehmen können. Wir lehnen dieses ideologische Europa ab, wie es die Sozialisten haben wollen, und wir lehnen das Volksfronteuropa ab, das wir fürchten. Wir fürchten es, weil wir die innenpolitischen Spannungsräume der einzelnen Nationen genau kennen. Wir wissen auch, wo zur Zeit die größten Gefahren bestehen; sie sind größer, als sie uns heute morgen hier dargestellt wurden. Wir wollen die Europäische Politische Union unter schrittweiser Aufgabe - ich betone unter schrittweiser Aufgabe, Herr Professor Kewenig - überholter nationaler Souveränitätsrechte, dabei vor allem eine gemeinsame Außen-, Verteidigungs-, Wirtschafts-, Währungs-, Finanz- und Energiepolitik, und glauben, daß man dann wesentliche Voraussetzungen gesetzt hat.

Zum Schluß: Wie soll die Europäische Union aussehen? Wir meinen, die Europäische Union soll sich auf folgendem Wege vollziehen - Herr Professor Kewenig, lieber Dr. Klepsch, ich komme Ihnen damit etwas näher -, wir denken natürlich nicht nur an die Tagelöhner, sondern wir denken natürlich bei allen Akzenten, die wir setzen, auch an das Morgen:

1. Volle Anwendung der bestehenden Gründungsverträge der Gemeinschaften. Hier meine ich besonders den Außenhandelssektor, den Kooperationsvertragssektor, sowohl den nationalen als auch den privaten Kooperationsvertragssektor, um die Verträge nicht unterlaufen zu lassen.

2. Erlaß von Rechtsvorschriften des Ministerrates oder des als Ministerrat tagenden Europäischen Rats der Staats- oder Regie-

rungschefs grundsätzlich durch Mehrheitsbeschluß und nicht durch einen Beschluß, der durch Veto umgestellt werden kann oder überhaupt nicht zustande kommt.

3. Demokratischer Aufbau der europäischen Institutionen.

4. Die zunehmende Beteiligung des Europäischen Parlaments im Gesetzgebungsverfahren bis zur Gleichberechtigung mit dem Ministerrat. Auch hier sind wir einen großen Schritt weitergekommen; denn das Europäische Parlament kontrolliert diesen Etat von 30 Milliarden DM, und wenn der Rat allein damit durchgehen will, muß er zurück ins Parlament, wenn er anders entscheiden will. Dann versuchen wir, zu einem Kompromiß zu kommen. Ich glaube nicht, daß der Rat es wagen würde, heute noch einen anderen Weg zu gehen.

5. Allgemeine Direktwahlen; darüber haben wir gesprochen, das brauche ich nicht zu vertiefen. Dort ist mein Freund Klepsch Tag und Nacht unterwegs. Aber auch hier möchte ich eines sagen: Wir wollen sie 1978. Ich würde sagen, wenn wir 1979 allgemeine Direktwahlen bekommen, können wir sehr glücklich sein. Und wenn wir sie 1980 haben, haben wir etwas ganz Großartiges erreicht. Das möchte ich sagen aufgrund des Gangs der Verhandlungen.

6. Übertragung neuer Befugnisse auf die Gemeinschaft, soweit sie in den geltenden Verträgen nicht unmittelbar vorgesehen sind. Damit kommen wir, wenn wir die Verfassungsstruktur sehen, natürlich zu einer Vertragsänderung, lieber Professor, und was Vertragsänderungen bei uns ausmachen, können Sie sich vorstellen, wenn wir nur an die Labour-Leute denken, solange sie regieren. Mit denen werden wir die größten Schwierigkeiten haben. Mit denen haben wir heute die Schwierigkeiten, die wir früher mit den Franzosen hatten.

Aber hierüber und über die Sicherheitspolitik diskutiert der Arbeitskreis II. Ich meine auch mit Ihnen, Professor Kewenig: Kleine Schritte, ab und zu weitere Sprünge, aber klares Ziel Integration, Schritt für Schritt für die kommende, für die junge Generation, die sich vielleicht in den Parlamenten ohne historische Nationalismen besser versteht als die Generation von heute. - Vielen Dank, daß Sie mir zugehört haben.

(Beifall)

Vors. Franz Amrehn: Vielen Dank, Herr Dr. Jahn. Aus dem, was Sie gesagt haben, möchte ich den Schluß ziehen, daß die Praktiker und die Wissenschaftler stärker in Fühlung miteinander bleiben müssen, um auch einigermaßen im Gleichschritt nach Europa zu kommen und nicht auf ganz verschiedenen Ebenen.

Als nächste Sprecherin hat das Wort Frau Fera von der Internationalen Föderation Christlich-Demokratischer Frauen.

(Beifall)

Frau Charlotte Fera: Herr Präsident! Ich spreche auch gleichzeitig im Namen der Europäischen Frauenunion, jener Organisation, die bereits seit 20 Jahren sowohl die konservativen als auch die christlich-demokratischen Politikerinnen auf der euro-

päischen Ebene zusammengeschlossen hat. Ich möchte die zwei Wege aufgreifen, die Herr Professor Kewenig aufgezeigt hat, um endgültig zu unserem Ziel zu kommen, nämlich den europäischen Bundesstaat. Das sind

- a) die Sprünge, die Sie an den Anfang gesetzt haben, und
- b) die kleinen Schritte.

Da haben Sie dann im Zusammenhang mit der Direktwahl den Europarat genannt und haben gesagt, eventuell könnte man ihn auflösen in europäische Minister, die dann wohl sozusagen eine Art zweite Kammer sein würden, nämlich die nationalen Vertreter auf der europäischen Ebene.

Sie haben aber nicht davon gesprochen, daß wir ja auch, wenn wir schon ein Europäisches Parlament mit verfassungsgebenden Rechten haben, eine Art Exekutive haben müßten. In meinen Augen wäre es doch notwendig, daß wir für jene Kompetenzen, die das Europaparlament auf europäischer Ebene hat, auch eine Art Regierung haben müssen, die die Gesetze durchführt. Meine Frage wäre also: Ist dies nicht in einem Endziel für einen Bundesstaat auf der europäischen Ebene notwendig, meinestwegen auch mit einem Präsidenten, der mehr repräsentativ ist, für ein oder zwei Jahre gewählt?

(Beifall)

Vors. Franz Amrhein: Vielen Dank, Frau Fera. Im Augenblick habe ich keine weiteren Wortmeldungen. Dann würde ich jetzt dem Kollegen Klepsch noch einmal das Wort geben, weil er sich zu einer bestimmten Frage, die eben hier in der Diskussion hochgekommen ist, noch einmal äußern möchte, nämlich zum großen und kleinen Sprung oder Schritt.

Dr. Egon Klepsch: Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten diese Frage nicht zu sehr in die Breite führen. Ich habe mich dafür ausgesprochen - ich glaube damit in Übereinstimmung mit der Vorlage des Parteivorstandes zu sein -, daß wir den Tindemans-Bericht als Grundlage für die Arbeit der nächsten vier Jahre verwenden. Nun mag es dem einen oder anderen auf den ersten Blick so scheinen, als handle es sich nur um eine Summe von kleinen Schritten. Zu denen gehören aber doch auch - das muß man hinzufügen - eine ganze Reihe von gravierenden qualitativen Veränderungen. Wenn man das Ganze als Gesamtkonzept nimmt, dann handelt es sich um einen riesigen Sprung vorwärts, der bis zum Jahre 1980 durchgeführt werden soll. Es wird unser aller Kräfte bedürfen, um dieses Bündel von Maßnahmen durchzusetzen. Sollte es gar möglich sein, all die qualitativen Veränderungen durchzubringen, die Tindemans etwa auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik - einem Fragenkomplex der Verbesserung der Zuständigkeiten der Institutionen in der Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion - vorgesehen hat, dann würden wir den großen Schritt vorwärts bis 1980 geschafft haben, der die verfassungsgebende Versammlung und den europäischen Bundesstaat in greifbare Nähe rücken ließe. Deshalb möchte ich sagen: Sicher sind es viele kleine Schritte, aber auch viele qualitative Veränderungen, die insgesamt den großen Sprung vorwärts darstellen. In diesem Sinne müssen wir die Durchführung des Tindemans-Berichtes und eines Aktionsprogrammes zu diesem Bericht sehen. - Danke sehr.

(Beifall)

Vors. Franz Amrehn: Nunmehr hat das Wort der Bundestagsabgeordnete Dr. Birrenbach.

Dr. Kurt Birrenbach: Mein Damen und Herren! Wenn wir die Szenerie heute in der westlichen Welt übersehen, wird jedem von uns klar, daß Erscheinungen bemerkbar geworden sind, die wir in den 50er und 60er Jahren nicht erlebt haben. Es gibt Symptome des Verfalls, die überaus ernst sind. Das paart sich mit folgender Entwicklung: Es ist heute so - im Gegensatz zu den 50er und 60er Jahren -, daß zahlreiche Probleme, mit denen sich die Europäische Gemeinschaft befaßt, überhaupt nicht mehr aus sich selbst heraus erkannt, verstanden und gelöst werden können. Die sogenannte Interdependenz der Probleme - das heißt, daß alle Politiken in einer Politik angesprochen sind; sie können ein außenpolitisches Problem nicht mehr in vollem Umfang an seiner Bedeutung erkennen, ohne gleichzeitig die wirtschafts-, handels-, energie-, finanzpolitischen Konsequenzen mit zu überdenken - gab es damals in den 50er Jahren nicht. Darum ist die Europäische Gemeinschaft heute, da sie diese ganzen Gebiete praktisch konstitutionell nicht oder noch nicht umfaßt, ein Torso. Außerdem ist die Fähigkeit des Nationalstaates, diese Probleme zu lösen, heute noch geringer, als sie in den 50er Jahren war, was erstaunlich ist angesichts des Fortschritts, den die europäischen Staaten in der Nachkriegszeit gemacht haben.

Das hat nun zu einer Entwicklung geführt, die die Institutionen als Exekutiven erscheinen läßt, bei denen die Fähigkeit zu entscheiden sich nur auf einen Teil eines Gesamtproblems erstreckt und begrenzt. Das macht sie unwirksam. Und nicht nur das: Das hat ihnen auch bis zu einem hohen Grade das Verständnis und die Übereinstimmung mit den Massen, insbesondere der Jugend, genommen. Wenn man in den 50er und 60er Jahren noch sah, wie die Jugend praktisch die Grenzbarrieren niederwarf und Europa für sie ein Begriff war, ist ein Europa, das sich allein auf technokratische Fragen begrenzt und in allen anderen wenn nicht inkompetent, so doch nur teilkompetent ist, für sie nicht mehr ein Spektrum, eine Idee, die wirklich die Geister entzündet.

Zur Politik gehören immer zwei Dinge: Einmal die Ideale und auf der anderen Seite die Realitäten. Realität ist aber heute, daß sich in der Entwicklung der letzten zehn Jahre viele Probleme wesentlich geändert haben. Ich habe auf die Frage der Interdependenz hingewiesen. Ich muß aber auch auf einen anderen Punkt hinweisen. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, daß die Struktur der europäischen Staaten heterogener ist, als man ursprünglich dachte. Das galt auch für die Sechser; das gilt für die Neuner natürlich noch mehr. Wenn man den nächsten Schritt macht, nämlich ohne Übergangszeit Länder wie Griechenland, Spanien, oder Portugal und die Türkei aus vielleicht wohlerwogenen Gründen in die Gemeinschaft einbezieht, dann steht man plötzlich vor dem, was die Franzosen damals in den 50er Jahren le grand large nannten, nämlich daß sich aus allem eine reine Freihandelszone, wenn sie überhaupt frei ist, entwickelt, aber nicht das, was alle wollten, nämlich ein Kerneuropa, das ein Kraftzentrum werden sollte, das als Kraftzentrum praktisch langsam diesen Kontinent konsolidieren und ihm die Chance geben sollte, als Partner der Vereinigten Staaten mit der Drohung aus dem Osten fertigzuwerden,

Wenn wir uns umsehen, sehen wir, daß sich der Kern dieses Europas auflöst, daß Europa, le grand large, sich ausdehnt, 50 Staaten assoziiert hat. Aber wenn man den Effekt sieht, imponieren einem die Zahlen gar nicht. Es kommt weniger auf die Zahlen als auf die Qualität an; eine Erfahrung im Leben.

Nun ist eben ein Punkt aufgeworfen worden von Professor Kewenig, auf den ich hier zu sprechen kommen muß, weil er von äußerstem Ernst ist. Es gibt also Staaten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, die einerseits integrieren wollen und können - es gibt solche, die integrieren wollen, aber nicht voll können, es gibt solche, die integrieren können, aber nicht wollen etc., jede Art von Kombination -; meine Damen und Herren, das ist eine Realität, von der Sie ausgehen müssen. Wenn Institutionen, selbst wenn Sie das Mehrheitsrecht ausüben könnten, Mehrheitsbeschlüsse fassen würden - nehmen wir zum Beispiel den Fall England -, und die englischen Gewerkschaften würden bei einem solchen Beschluß nur mit "no" antworten, dann stünde eine Regierung, die ja nur noch eine Teilkompetenz hat gemessen auch an den Institutionen, vor der Frage, wie soll man den Beschluß durchführen. Man kann ihn gar nicht durchführen! Nehmen Sie den Fall Italien, da ist genau das Gleiche. Wenn Sie morgen Griechenland und Spanien integrieren, dann stehen Sie vor völlig verschiedenen Entwicklungsstadien, die eine gemeinsame, gleichwertige, simultane Politik gar nicht möglich machen. Aber es gibt Gründe, sie in eine europäische Einheit einzubeziehen, weil sie sonst abschwimmen in die Neutralität oder in noch ernstere Situationen. Dieses Problem stellt sich nämlich nicht nur für die Europäische Gemeinschaft, sondern stellt sich morgen oder hat sich schon gestellt vor Jahren auch für die NATO und wird sich noch mehr für die NATO stellen.

Was machen wir dann? Herr Professor Kewenig hat das Problem des sogenannten two-tear-system oder des Fortschritts a deux vitesses oder der Abstufung, wie er es sagte, angesprochen. Meine Damen und Herren, wenn wir auf den letzten Saal in Europa warten wollen, dann wird die europäische Entwicklung so langsam sein, daß das, was wir an Substanz gewonnen haben, sich auf die Dauer verliert

(Beifall)

Und wir sind auf dem besten Wege, die Substanz zu verlieren.

Worin besteht die Substanz? Im wesentlichen in zweiem: Einmal haben wir eine Zollunion, und zum zweiten eine gemeinsame Agrarpolitik. Sie wissen alle, daß die Zollunion in der Krise gefährdet war und immer noch ist insofern, als Staaten - für ein gewisses Stadium läßt das der Vertrag zu - Sonderbestimmungen wünschen, die sie abkoppeln von Teilen des Freihandelszwangs, den die Gemeinschaft an sich eingerichtet hat. In der Agrarwirtschaft sehen Sie, daß ohne eine Währungsunion - jetzt komme ich wieder auf Interdependenz zurück - wir praktisch von einer Krise in die andere fallen, weil wir andauernd wieder die Preise korrigieren müssen, andauernd vor neuen Versuchen des Grenzausgleichs stehen. Das heißt also, ohne eine gemeinsame Währung gibt es in Wirklichkeit keine funktionierende Agrarpolitik. Eine funktionierende Agrarpolitik und eine funktionierende Wirtschaftspolitik sind aber nicht möglich ohne eine eindeutige Koordination aller Wirtschafts- und Fiskalpolitiken. Deswegen scheiterte der Werner-Plan;

das konnte man von vornherein sehen. Nehmen wir auch zum Beispiel die Schlange, die erste Form der Abstufung, von der Professor Ke-wenig gesprochen hat. Wir sehen, daß erstmalig aus der Kerngruppe Europas ein Kernglied ausgebrochen ist, nämlich Frankreich. Wir müssen aber ein Kerneuropa schaffen, um das herum sich auf verschiedenen Stufen die anderen Staaten lagern und entwickeln, wobei gleichzeitig der kommitäre Prozeß unter allen Umständen fortgesetzt werden muß. Es darf nicht zwei Klassen geben, es muß nur mehrere Stufen geben und mehrere Geschwindigkeiten - um den französischen Ausdruck zu gebrauchen - die es allen möglich machen, den selben Weg zu gehen, manchen schneller als anderen, aber auf der Basis und gewissermaßen in Vollzug eines kommitären, von allen beschlossenen und akzeptierten Entwicklungsgangs.

Das setzt gleichzeitig einen sehr hohen Grad von Solidarität voraus; denn wenn man zu einem two-tear-system kommt, muß man sich darüber klar sein, daß die Stärkeren solidarisch für die anderen handeln müssen. Das tun sie jetzt auch, aber nicht genug. Ich finde es aber richtig, daß man bei der Unterstützung der verschiedenen Fonds jeweils Bedingungen setzt. Denn wenn man keine Bedingungen setzt, dann schüttet man praktisch den Reichtum oder die Mitteleinzeln Nationen in ein leeres Faß. Das würde auf die Dauer von der Bevölkerung der Staaten, die noch eine gewisse Disziplin auf sich genommen haben, nicht ertragen werden.

Das heißt also, das Problem der Abstufung ist unvermeidbar. Es ist aber nur akzeptabel, wenn es im Rahmen eines kommitären Verfahrens gestaltet wird.

Jetzt kommt zu dieser Abstufung noch etwas ganz Neues, an das man früher überhaupt nicht gedacht hat. Stellen Sie sich einmal vor, es gäbe in dem einen oder anderen Land eine Volksfrontregierung oder ähnliches. Dann gäbe es zwei Möglichkeiten: Die eine wäre, daß man sagt: Schön, unter der Voraussetzung ist die Grundbedingung der europäischen Einheit, nämlich die demokratische Gemeinsamkeit, nicht mehr gegeben. Was bedeutet das dann? Das bedeutet dann, daß ein solcher Staat - stellen wir uns einmal den Fall Italien vor - abtreiben würde in eine Zwitterstellung, die sicherlich auch nicht im europäischen Interesse läge. Darum stellt sich morgen das Problem der Abstufung möglicherweise auch aus politischen Gründen. Ob die Gemeinschaft das verkraften kann, ist eine sehr schwierige Frage. Darum soll man zu diesem Problem nicht einfach unbesehen ja oder nein sagen. Ich bin der Meinung, daß wir da vor einem Dilemma stehen. Die Lösung dieses Dilemmas ist überaus schwierig. Ich glaube aber, daß mit einer Abstufung und mit gewissen Bedingungen und Ausschlüssen wie zum Beispiel im Fall Portugal - Portugal hat man aus der nuklearen Planungsgruppe ausgeschlossen, hat es ausgeschlossen von klassifiziertem Material etc. - ein Versuch gemacht werden muß, die nun einmal verschiedenartige Entwicklung Europas im Griff zu behalten und zu versuchen, diese Gruppe in einer Form zu absorbieren und praktisch auf eine Konvergenz zu bringen, die nach einem Übergang, nach einer gewissen Zeit doch eine einheitliche Führung möglich macht.

Aber das setzt einen Kern voraus, und wenn zu diesem Kern Frankreich nicht gehört, wenn sich Frankreich nicht zu der Erkenntnis durchdringt, daß das Europa der Staaten nicht aus einer unbedingten, totalen Selbständigkeit bestehen kann, sondern daß

Europa entweder ein Europa ist, das eine Gemeinschaft ist, die nicht für das Prestige einer Nation da ist, sondern vertreten wird durch ein gemeinsames europäisches Organ, das selbst die Spitze bildet, bei aller Pluralität innerhalb der Gesamtentwicklung, meine Damen und Herren, wenn es also nicht gelingt, ein solches Europa in den nächsten Jahren auf die Beine zu stellen, das die Politik mit ins Auge faßt, das heißt die Außenpolitik und auch einen Teil der Sicherheitspolitik, dann wird die zukünftige Frage des Erhalts dessen, was wir errungen haben, überaus schwierig. Das heißt, wir stehen jetzt vor einer Bewährungsprobe auf allen Stufen der europäischen Entwicklung, wie wir sie früher in diesem Umfang nie gekannt haben.

Vors. Franz Amrehn: Herr Dr. Birrenbach, dürfen wir vielleicht an dieser Stelle einen Punkt machen? Wir haben jetzt noch fünf Redner nach Ihnen.

Dr. Kurt Birrenbach: Das war mein vorletzter Satz; das europäische Problem ist unendlich viel schwieriger, als viele es glauben, und als es sich in manchen Manifesten widerspiegelt. Wir müssen uns den Realitäten stellen. Es ist unsere Aufgabe, die Idealvorstellung mit der Realität zu verbinden. Das setzt aber eine intime Kenntnis aller staatlichen Entwicklungen in unseren Nachbarstaaten voraus. Ohne die können Manifeste nicht mehr aufgestellt werden. - Danke schön.

(Beifall)

Vors. Franz Amrehn: Vielen Dank, Herr Dr. Birrenbach. Während Sie gesprochen haben, haben sich noch einige zu Wort gemeldet. Die Zeit drängt jetzt etwas. Wir haben noch etwa 15 Minuten zur Verfügung für vier bis fünf Redner. Herr Professor Kewenig möchte auch noch einmal kurz auf eine Frage eingehen. Ich bitte alle anderen Redner, sich nach Möglichkeit ebenso kurz zu fassen.

Das Wort hat jetzt zunächst unser Freund Stuth aus dem Landesverband Hamburg. Er gehört dem Bundesvorstand des RCDS an. Bitte, Freund Stuth.

Reinhard Stuth: Meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich gar nichts Weltbewegendes sagen, auch nicht das Kaninchen aus dem Hut ziehen oder so etwas. Ich habe mich nur animiert gefühlt, als Herr Amrehn vorhin sagte, es lägen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor, den Blick noch einmal auf einige kleine Schritte zu richten und hier drei weitere Vorschläge zu machen.

Herr Klepsch hat mit Recht gefordert, die Aussagen des Tindemans-Berichtes umzusetzen in ein Aktionsprogramm mit konkreten Vorschlägen mit dem Ziel, die Institutionen zu stärken. Zusätzlich zu den Vorschlägen, die schon Herr Professor Kewenig gemacht hat, möchte ich einmal die Forderung erheben, daß das Europäische Parlament endgültig einen einheitlichen Sitz bekommt und nicht weiterhin durch Europa reist mit verschiedenen Sitzen, mal in Straßburg ist und mal nicht in Straßburg, sondern woanders ist. Der Sitz des Europäischen Parlaments sollte einheitlich festgelegt werden, sinnvollerweise wohl auf Brüssel, die Stadt, die wohl auch später einmal Hauptstadt Europas werden soll, wenn es dazu kommen wird.

Die zweite Forderung: Verstärkung der Rolle des Europäischen Parlaments. Die Kommissare der Europäischen Kommission sollten, so würde ich vorschlagen, durch das Europäische Parlament direkt

gewählt werden. Wer ein Vorschlagsrecht dafür hat, wäre näher zu überlegen. Die endgültige Wahl sollte aber durch das EP stattfinden.

Schließlich eine Forderung, die sicherlich auch etwas umstritten ist, die der Deutschlandtag der Jungen Union letztes Jahr in Mönchen-Gladbach aufgegriffen hat, die sogar im Grundsatzprogramm der Europäischen Union christlich-demokratischer, konservativer und liberaler Studentenverbände steht, nämlich den EG-Bürgern in den jeweils anderen EG-Ländern das kommunale Wahlrecht zu geben, nach einer gewissen Übergangszeit von meinerseits zwei, drei Jahren. Das heißt, daß ein Belgier, der etwa hier in Hannover wohnt, nach drei Jahren Wohnen hier auch die Möglichkeit hat, den Stadtrat mitwählen zu können, daß umgekehrt ein Deutscher, der für längere Zeit in Rom oder in London lebt, auch die Möglichkeit hat, dort nach zwei oder drei Jahren die kommunalen Gremien, die ja keine hoheitlichen Funktionen haben, mitwählen zu können, also letzten Endes die Gremien mitwählen zu können, die vor Ort entscheiden, was dort passiert, die also den Lebensbereich regeln, von dem jeder betroffen ist, egal ob er nun Staatsbürger dieses Staates ist oder ob er lediglich in dieser Gemeinde wohnt. - Vielen Dank.

(Beifall)

Vors. Franz Amrehn: Vielen Dank, Freund Stuth. Als nächster hat das Wort der Freund Kunz vom Landesverband Berlin, den er im Bundestag mit vertritt.

Gerhard Kunz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Tindemans beginnt bekanntlich seinen Bericht, den er an die europäischen Regierungschefs erstattet hat; mit der zutreffenden Bemerkung, daß der Enthusiasmus der 50er Jahre in Europa ziemlich zum Erliegen gekommen ist. Er selbst gibt einen Grund dafür an, nämlich den, daß die Europäische Gemeinschaft in Teilen einen relativ technologischen Anstich bekommen hat. Um aus dieser Schwierigkeit herauszukommen, gewinnt in der Tat die mehrfach angesprochene Frage der entscheidenden Stärkung der Kompetenzen eines Europäischen Parlaments, wie ich meine, größte Bedeutung. Wir alle wissen allerdings, daß es keine Automatik geben wird. Die Ansicht, die zuweilen zu hören war, wonach sich aus der Direktwahl sozusagen in einer Art positiven Zwangs eine wesentliche Kompetenzerweiterung ergeben könnte, ist zwar schön, aber ich glaube, sie ist leider nicht realistisch, so daß wir echte Kompetenzen werden schaffen müssen. Wie können diese Kompetenzen aussehen?

Ich glaube, daß vor der echten Kompetenzsetzung zunächst einmal ein Bewußtsein für die Notwendigkeit, solche Kompetenzen zu schaffen, geschaffen werden muß. Ich würde darunter verstehen, daß nicht nur, wie mein Vorredner schon vorgeschlagen hat, die europäischen Gremien vom Europäischen Parlament zu wählen sein werden, sondern daß wir den Vorschlag aufgreifen, den Tindemans ebenfalls gemacht hat, nämlich einmal im Jahr eine großangelegte Debatte im Europäischen Parlament zu entwickeln, bei der die europäischen Regierungschefs Gelegenheit nehmen, so etwas wie einen Bericht über die Lage in Europa zu erstatten.

Ich glaube, daß ein solcher Bericht - als Institution verfestigt - dazu führte, daß sich das Bewußtsein auf den Stellenwert konzentriert, den das Europäische Parlament haben muß, nämlich einer der Mittelpunkte in Europa zu sein. Wenn es dort weiterhin nur

möglich sein sollte, solche Debatten zu führen, die vielfach nicht auf breites Interesse stoßen, obwohl sie dies verdienten, so kann, wie ich glaube, von einem Anfang, zu echten Kompetenzen zu kommen, überhaupt keine Rede sein. Es wird sehr schwer werden, Kompetenzverlagerungen vom Rat zum Europäischen Parlament hin vorzunehmen. Es wird insbesondere schwer sein, Kompetenzen in den wichtigen Bereichen einer gemeinsamen Außenpolitik und einer gemeinsamen Sicherheitspolitik - ganz zu schweigen von den Ansätzen zu einer gemeinsamen Währungspolitik - zu begründen. In diesen Bereichen muß einiges in Bewegung gesetzt werden. Sonst wird die Direktwahl, so wichtig sie ist, vielleicht ein Beispiel dafür, daß wieder einmal ein Ansatz zu nichts geführt hat. Deshalb verdient die Begründung dieser Kompetenzen in Ansätzen einer gemeinsamen europäischen Außen- und Verteidigungspolitik die höchste Priorität.

(Beifall)

Vors. Franz Amrehn: Danke schön, Freund Kunz! Als nächster Redner hat Herr Dr. Lenz, Vorsitzender des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, das Wort.

Dr. Carl Otto Lenz, Kirschhausen: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte das unterstreichen, was der Kollege Kunz eben gesagt hat. Auch aus den direkten Wahlen werden nicht automatisch neue Kompetenzen fließen; man wird vielmehr um sie kämpfen müssen. Ich sehe einen der großen Vorteile der direkten Wahlen zum Europäischen Parlament darin, daß die Abgeordneten, die dann direkt gewählt worden sind, die Zeit haben, dafür zu kämpfen. Meine Damen und Herren, wenn Sie morgens nach Straßburg fahren und abends zurückkommen, können Sie nicht mehr kämpfen. Dann sind Sie physisch erledigt. Außerdem können Sie den Feind ja gar nicht verfolgen, wenn Sie die Klingel in Bonn zur Abstimmung ruft. Wir wissen ja alle, daß bei wichtigen Abstimmungen dann der berühmte ominöse Satz auf dem gelben Zettel von Herrn Rawe erscheint: Pairing-Vereinbarungen sind aufgehoben. Den Krieg nur zu führen, wenn man Zeit hat, und ihn dann noch zu gewinnen ist, glaube ich, nicht möglich. Wenn man Kompetenzen begründen will, braucht man Parlamentarier, die sich ihrer Aufgabe hauptamtlich und mit Vorrang widmen.

(Beifall)

Eine zweite Bemerkung: Kompetenzen können wir natürlich nur für ein repräsentatives Parlament verlangen. Mit anderen Worten: Einem Parlament, das nach dem gegenwärtigen Schlüssel zusammengesetzt ist, in dem ein Luxemburger gegenüber einem Deutschen das Ziffache an Stimmrecht hat und in dem auf die Benelux-Länder mit der Hälfte der Einwohnerzahl der Bundesrepublik doppelt so viele Abgeordnete, wie die Bundesrepublik entsendet, entfallen, kann man keine direkten Kompetenzen verleihen, denn in einem solchen Parlament gilt nicht mehr "one man - one vote"; manche sind eben "gleicher" als andere. Dies ist ein Punkt, der in der bisherigen Debatte über die europäischen Wahlen ein wenig zu kurz gekommen ist. Der von dem Europäischen Parlament unterbreitete Vorschlag betreffend die Sitzverteilung beinhaltet natürlich eine im Vergleich zu dem gegenwärtigen Zustand bessere Regelung. Man würde nicht die Wahrheit sagen, wenn man dies verschwiege. Dieser Vorschlag ist von dem Prinzip "one man - one vote" aber natürlich noch ziemlich weit entfernt.

(Dr. Hans-Edgar Jahn (Braunschweig): Er läßt sich auch nicht durchsetzen!)

- Lieber Freund, ich sage nur eines: Wir stoßen hier eines Tages an Grenzen. Auf diese Grenzen nicht hinzuweisen, sondern zu glauben, man müsse im Überschwang der europäischen Einigung ungleiche Stimmrechte über das, was unbedingt notwendig ist, hinaus in Kauf nehmen, halte ich für gefährlich. Ich möchte im Zusammenhang mit dieser meiner These einen Mann zitieren, von dem ich glaube, daß er Autorität in europäischen Angelegenheiten hat. Ich meine Walter Hallstein. Walter Hallstein schreibt in seinem letzten Buch folgendes:

"Ein direkt gewähltes Europäisches Parlament ist als Motor der vereinigten Kräfte der berufene Repräsentant der europäischen Völker. Diese Aufgabe zwingt dazu, schrittweise"

- Hallstein ist ja niemals ein Maximalist gewesen -

"zu einem einheitlichen Schlüssel der Repräsentativität zu kommen." Als Beispiel für einen solchen Schlüssel nennt er einen Abgeordneten auf eine dreiviertel Million Einwohner.

Dieses Prinzip könnte durch Festlegung eines Mindestsockels gemildert werden.

Meine Damen und Herren, ich glaube, man wird alle Vereinbarungen daraufhin prüfen müssen, ob sie nicht zu viele vermeidbare Unterschiedlichkeiten mit sich bringen. Die Lösung, die das Europäische Parlament vorgeschlagen hat - sie geht sozusagen in Richtung auf eine Fünf-Klassen-Demokratie; 1. Klasse: bestes Stimmrecht, 2. Klasse: etwas weniger gutes Stimmrecht usw. -, mag für eine beratende Versammlung ganz schön sein. Ich weise aber darauf hin, daß wir mit unserem eigenen Verfassungsgericht in Konflikt kämen, wenn wir einer solchen Versammlung tatsächlich volle parlamentarische Befugnisse einräumten. Ich möchte diesen skeptischen Ton hier in die Debatte einführen.

(Beifall)

Vors. Franz Amrehn: Danke schön, Herr Dr. Lenz!

Als nächster Redner hat Herr van Aerssen, stellvertretender Vorsitzender der Europa-Union, Nordrhein-Westfalen, das Wort.

Dr. Franz-Joachim van Aerssen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wenn hier heute morgen sozusagen das Grundsatzbewußtsein für Europa geweckt worden ist, so wird es jetzt unsere Aufgabe sein, bei der Bevölkerung das Alltagsbewußtsein für dieses Europa zu schaffen, ohne das man keine europäische Politik betreiben kann. Es wird ganz wesentlich darauf ankommen, daß wir in der nächsten Zeit darüber nachdenken, wie wir das Programm für unsere Europäische Volkspartei gestalten. Es kommt nicht darauf an, über Agrarmarktordnungen, über türkische Haselnüsse und Asparagus Plumosus - das bedeutet Schnittgrün - zu diskutieren. Es kommt vielmehr darauf an, darüber zu diskutieren, ob wir in der Agrarpolitik z. B. den genossenschaftlichen Betrieb, den Großbetrieb oder den einzelbäuerlichen Familienbetrieb haben wollen. Das und nichts anderes interessiert den Landwirt. Es interessiert die Bevölkerung weniger - wir können in dieser Hinsicht auch kein spezielles Bewußtsein schaffen - , wenn wir über die Währungsschlange, die verschiedenen Möglichkeiten, die sich dadurch bieten, und die technischen Einflüsse diskutieren.

Die Bevölkerung interessiert dies: Welche Partei tritt mit der Zielvorstellung an, auf mittlere Sicht ein europäisches Geld einzuführen, mit dem man unkompliziert arbeiten kann? Es kommt nicht darauf an, mit der Bevölkerung über die Angleichung von komplizierten Steuersystemen zu diskutieren. Wichtig ist vielmehr, sich dafür einzusetzen, daß die Grenzkontrollen wegfallen. So müssen die Programme in unserer Partei aufgebaut werden. Wenn wir dies nicht schaffen, wird es auch nicht zu dem Durchstich für jenes europäische Bewußtsein bei der Bevölkerung kommen.

Ein zweiter Punkt: Der Einsatz für die Direktwahl muß politisches Nahziel sein. Ich habe die herzliche Bitte, dieses Ziel nun um Himmels willen nicht auch noch mit der Frage zu verbinden, diesem Europäischen Parlament auch einen Verfassungsauftrag zu geben. Wir sollten dieses Parlament also nicht schon von vornherein mit der Frage des Kompetenzzuwachses belasten. Es geht zunächst einmal darum, die europäische Direktwahl durchzusetzen und einzuführen. Die Verfassungsgeschichte lehrt, daß jedes direkt gewählte Parlament sich im Laufe der Zeit auch seine Zuständigkeiten selber schafft, einfach weil es mit der Autorität der Bevölkerung und einem entsprechenden Auftrag ausgestattet ist.

Drittens: Wir müssen uns ganz gezielt der europäischen Währungs- und Wirtschaftsunion annehmen. Wir müssen in dieser Hinsicht den Tindemans-Bericht ernst nehmen und die darin enthaltenen Vorschläge in die Wirklichkeit umsetzen. Wenn es gelingt, zu einer Abstimmung der Währungs- und Wirtschaftspolitik zu kommen, ist der Kern des bundesstaatlichen Elementes vorhanden. Kein Staat kann sich heute der zentralen Aufgabe entziehen, sichere Arbeitsplätze zu schaffen und die inflationäre Entwicklung zu bekämpfen. Dies ist die wesentliche Aufgabe jedes Staates. Wenn es gelingt, hier schrittweise Fortschritte zu machen, ist der Bundesstaat in nuce da.

Viertens: Helmut Schmidt hat das Wort geprägt, Deutschland sei ein Modellstaat. Diese Parole müssen wir in anderer Weise als er verstehen. Deutschland ist ein Modellstaat, weil wir die größte Erfahrung als Bundesstaat haben. Wir können dies herauskehren und unser Modell für Europa fruchtbar machen, indem wir den anderen Ländern, die mit diesbezüglichen Fragen Schwierigkeiten haben - ich denke an England und Frankreich -, sagen, welche Erfahrungen wir gemacht haben und wie man einen Bundesstaat schrittweise gestalten kann.

Ein letzter Punkt: Wir sollten im Zusammenhang mit der Direktwahl und im Vorfeld wichtiger Entscheidungen jetzt nicht über das Prinzip "one man - one vote" diskutieren. Wir sollten hier flexibel sein. Je großzügiger wir jetzt gegenüber den kleinen Staaten - Luxemburg, Niederlande, Belgien - sind, desto leichter werden wir diese befreudeten Länder dafür gewinnen können, in diese europäische Union einzusteigen. Wenn wir in der Frage der Sitzverteilung diesen Ländern gegenüber etwas großzügiger sind, werden diese Länder relativ an Gewicht gewinnen. Dann wird ihr Beitrag zur europäischen Politik auch besser sein ebenso wie ihr Einsatz für die gemeinsame Idee größer sein wird.

(Beifall)

Vorsitzender Franz Amrehn: Danke schön, Herr van Aerssen! Die Diskussion hat gezeigt, daß wir nicht nur in einer Richtung laufen,

sondern über manche Punkte durchaus verschiedener Meinung sind.

Als nächster Redner hat der Justizminister von Rheinland-Pfalz, Herr Theisen, das Wort.

Otto Theisen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Europa steht und fällt, wo ich meine, mit der Festigung, vielleicht auch mit der Erneuerung eines europäischen Bewußtseins, das seine Grundlage in der Position hat, daß wir Europa brauchen, wenn wir unsere Existenz in Freiheit auf Dauer sichern wollen.

(Zustimmung)

Ich habe den Eindruck, daß dieses Bewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland vorhanden ist, aber in dem anderen Teil des Kraftfeldes in der Mitte Europas, in der Französischen Republik nicht vorhanden ist. Hier scheint mir eine der wichtigsten Aufgaben zu liegen, die wir - und zwar in einem vernünftigen Austausch von Ideen und Gedanken mit Frankreich - erfüllen müssen. Helmut Schmidt hat bezüglich der Entwicklung des europäischen Gedankens Schaden verursacht, indem er uns hinsichtlich Frankreichs vielleicht sogar um Jahre zurückgeworfen hat.

Der zweite Punkt, zu dem ich kurz Stellung nehmen will, ist die europäische Rechtsbewegung. Herr Klepsch hat auf die Institutionen hingewiesen. Herr Kewenig hat die Institutionen um den Europäischen Gerichtshof ergänzt. Ich bin der Auffassung, daß dieser Europäische Gerichtshof bereits in seiner heutigen Struktur sehr wichtige Integrationsaufgaben wahrzunehmen hat, nämlich in der Angelegenheit der Vorlagebeschlüsse der einzelnen nationalen Gerichte und der Übernahme der Entscheidungen aus den gemeinsamen Grundlagen europäischer Tradition in die nationalen Rechtsordnungen.

Was ich in diesem Zusammenhang vermissem - dies möchte ich hier kurz ansprechen -, ist, daß es in Europa keine Stelle gibt, wo diese gemeinsamen Grundlagen mit wissenschaftlicher Akribie systematisch erforscht und erfaßt werden. Ich wäre dankbar, wenn wir einmal überlegten, wie dem abgeholfen werden kann.

(Beifall)

Vors. Franz Amrehn: Vielen Dank, Herr Theisen! Ihre Anregung wird aufgegriffen. Ich möchte anmerken, daß es nach Auskunft von Herrn Klepsch bereits eine Stelle gibt: In Florenz - vielleicht auch noch anderswo - wird diese Arbeit, zumindest teilweise, geleistet.

Zum Schluß hat noch einmal Herr Professor Dr. Kewenig das Wort.

Prof. Dr. Wilhelm Kewenig: Herr Vorsitzender, ich möchte zum Schluß nur zwei kurze Anmerkungen machen. Gestatten Sie mir erstens ein kritisches Wort zur EPZ und zur politischen Zusammenarbeit nach außen hin. Herr Jahn, Sie haben sie erwähnt. Ich muß gestehen, daß ich hier sehr viel kritischer bin als Sie. Ich sehe zwei Gefahren: Erstens gibt es eine Tendenz, durch außenpolitische Erfolge davon abzulenken, daß man in der europäischen Innenpolitik keinerlei Fortschritte macht. Zweitens: Wo sind denn eigentlich die Erfolge der EPZ? Sicher, man könnte Helsinki nennen. Wenn ich aber an Israel, die Behandlung Angolas oder die Seerechtskonferenz, an die auch Sie erinnern haben, denke, so kann ich nur fragen: Ist es denn tatsächlich so, daß wir in der poli-

tischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der europäischen Außenpolitik insgesamt weitergekommen sind als auf dem Gebiet der europäischen Innenpolitik? Ich möchte nachdrücklich dafür plädieren, der nichtorganisierten Zusammenarbeit im außenpolitischen Bereich nicht die institutionalisierte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der europäischen Innenpolitik hintanzustellen. Ich glaube, daß die Institutionen zwar keine positive Entwicklung erzwingen können; sie können aber durchaus den Desintegrationsprozeß bremsen helfen, und das ist immerhin auch schon etwas.

Eine zweite Anmerkung, Herr Birrenbach, ich bin mit Ihnen der Auffassung, daß das entscheidende Problem der nächsten Jahre - selbst wenn dies die Praktiker der Europapolitik noch die Ideologen der Europapolitik im Moment so recht wahrhaben wollen - das Problem der abgestuften Integration, der *intégration à deux vitesses* ist. Der Grund dafür ist schlicht und einfach der folgende: Jeder ist dafür, daß es ein starkes und vorwärtsdrängendes Kerneuropa gibt. Jeder ist auch dafür, daß beitrittswillige Staaten, wie Spanien und Portugal oder die Türkei und Griechenland, dann aufgenommen werden, wenn sie sozusagen vor der Tür stehen und anklopfen. Wir können es uns nämlich nicht erlauben, sie vor der Tür stehenzulassen.

Wenn wir aber beides wollen - und wir wollen beides - müssen wir uns darüber klar sein, daß wir einen bestimmten Mechanismus erarbeiten und anwenden müssen, der es erlaubt, daß politisch unterschiedlich entwickelte und auch politisch unterschiedlich leistungsfähige Staaten in der europäischen Zusammenarbeit nebeneinander existieren. Ich glaube, sowohl die Theoretiker als auch die Politiker der europäischen Integration sollten sich dieses Problems mit besonderer Intensität und mit besonderer Aufmerksamkeit annehmen, denn dieses Problem wird das Hauptproblem der nächsten fünf Jahre sein.

(Beifall)

Vors. Franz Amrehn: Ich danke unseren Referenten dafür, daß sie mit ihren Referaten eine Grundlage für die Beratungen in diesem Arbeitskreis gelegt haben. Ich danke weiterhin allen, die sich an der Diskussion beteiligt haben ebenso wie denen, die die Diskussion hier nur als Zuhörer verfolgt haben, wobei ich hoffe, daß sich die Teilnahme für alle gelohnt hat. Hier sind einige Fragen neu aufgeworfen, andere wiederum abgerundet worden.

Mit nochmaligem Dank an alle Teilnehmer schließe ich hiermit das Diskussionsforum I.

(Beifall)

(Schluß: 16.27 Uhr)

Forum II

Europäische Sicherheit - Frieden und Freiheit für die Völker Europas

Dienstag, 25. Mai 1976

Beginn: 14.45 Uhr

Vors. Erik Blumenfeld: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir stehen unter dem beinahe selbstgewählten Streß der Zeit und laufen hinter der Zeit her. Deswegen möchte ich meine einführenden Bemerkungen auf drei Sätze beschränken:

Erstens möchte ich Sie hier willkommen heißen und Ihnen dafür danken, daß Sie trotz der Strapazen der Mittagspause schon so zahlreich hier eingeströmt sind. Zweitens muß ich Ihnen sagen, daß wir bereits um viertel nach vier mit unserer Podiumsdiskussion aufhören müssen, was niemand mehr bedauert als Ihr Vorsitzender und die beiden Referenten, die ich hiermit herzlich begrüße: Herrn Werner Marx und Herrn General ä. D. Bönnecke.

(Beifall)

Die beiden Referenten werden sich bemühen, ihre Referate, die etwas länger, nämlich auf die Zeit, die ursprünglich vorgesehen war, ausgelegt waren, nunmehr zu kürzen. Die Verkürzung soll und wird aber nicht die Substanz beeinträchtigen, wie ich bei der hervorragenden Qualität der beiden Herren Referenten weiß, sondern sie soll Ihnen die Möglichkeit zur Diskussion geben. Für die Diskussion werden wir nicht sehr viel mehr als maximal eine Dreiviertelstunde Zeit haben. Ich hoffe trotzdem, daß dieser Nachmittag einiges Interesse wecken und einiges an nützlichem Gedankenaustausch herbeiführen wird.

Ich möchte jetzt sogleich Herrn Werner Marx bitten, mit seinem Referat zu beginnen und dort ans Podium zu gehen.

Dr. Werner Marx: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema "Europäische Sicherheit" ist in den letzten Tagen durch die "Mitteilungen", die die Sowjetunion uns über TASS geschickt hat, in ein ganz besonderes Licht oder, man kann auch sagen, unter einen ganz besonderen Schatten gefallen. Die Sowjetunion sagt u. a. - diese zwölf Punkte sind ja sehr wortreich -, und man wird sie sehr sorgfältig lesen und abklopfen müssen -, es handle sich auch um eine Frage von "Krieg oder Frieden". Heute kann man dazu einige Kommentare lesen. Ich erinnere mich daran - sicherlich viele unter Ihnen auch -, daß dieses Thema schon einmal, und zwar vor der letzten Bundestagswahl, von Breschnew in einer Rede vorgetragen worden ist. Es ist verwunderlich, daß dies alles mit einem Angebot zur Zusammenarbeit verbunden wird, und es ist auch verwunderlich, daß man diesen Text lesen und ihn vor dem Hintergrund der vielen Versicherungen unserer eigenen Regierung verstehen soll, daß es die Frucht ihrer Politik sei, ein weitaus höheres Maß an Frieden, an Sicherheit, an Stabilität, an Ausgleich, an Entspannung nach West und Ost erreicht zu haben.

Ich denke daran, daß man, als die Ostverträge abgeschlossen wurden und im Obersten Sowjet darüber diskutiert worden ist, dort

die Entschließung des Deutschen Bundestags vom 17. Mai 1972 mit zur Kenntnis gebracht hat und daß damals auch der "Brief zur Deutschen Einheit" übergeben worden ist. Vielleicht erinnern Sie sich daran, daß die CDU/CSU-Bundestagsfraktion damals eine Reihe von Zweifeln hinsichtlich der Ernsthaftigkeit geäußert hat, die die Sowjetunion bei der Lektüre dieser Texte empfindet, weil sie selbst die Ostverträge, ihre Formulierung und das, was man "Geist und Inhalt" nannte, in einer ganz anderen Weise verstanden hat.

Man wird annehmen müssen, daß die Sowjetunion versucht, damit nicht nur in die inneren Angelegenheiten unseres Landes einzugreifen, sondern daß sie wohl auch die NATO-Konferenz in Oslo als einen historisch interessanten Punkt verstanden hat, nach dem es sich lohnen könnte, eine solche Verlautbarung herauszugeben. Sie ist wohl auch der Meinung, daß der Sog, den sie selbst seit geraumer Zeit auf einige Teile Europas, darunter auch auf die Bundesrepublik Deutschland, ausübt, stark genug sei, um bei uns selbst das Gefühl, in einer Europäischen Gemeinschaft zu leben, deren Kern die gemeinsame Verteidigung ist, zu stören und uns in vielfältiger, indirekter Form zu Tributleistungen heranzuziehen.

Ich finde, daß man, wenn über diese Note mit all ihren Hinweisen auf Möglichkeiten mittel- und langfristiger Zusammenarbeit diskutiert wird, keinen Augenblick aus dem Auge verlieren sollte, was die eigentlich interessante Interpretation dieser Note ist, nämlich die Reden, die gleichzeitig auf dem Parteitag der SED in Ost-Berlin gehalten worden sind. Darin ist die Substanz dessen, was man von der sowjetisch geführten Seite über Deutschlandpolitik, über Europa, über europäische Sicherheit sagt, enthalten.

Ich möchte gern, meine Damen und Herren, unter Weglassung vieler anderer Dinge, die vorzutragen eigentlich notwendig wären, daran erinnern, daß wir trotz der Ausführungen, die wir heute von Herrn Tindemans gehört haben oder die wir in seinem Bericht finden, trotz der Ausführungen, die eine, wie ich glaube, sehr tüchtige Aktionsgemeinschaft der CDU bei den Europäischen Gemeinschaften unter der Überschrift "Entwurf einer Stellungnahme zum Bericht von Tindemans" erarbeitet hat, und trotz der vielen Papiere, die in den letzten Wochen und Monaten mit Ausblick auf die künftige Wahl und mit Ausblick auf unsere europapolitische Substanz angefertigt worden sind, nicht vergessen, wie sehr von früh auf - man kann sagen seit 1950 - Grunderkenntnisse der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik in der Christlich Demokratischen Union - ich denke an eine Reihe von wegweisenden Formulierungen und politischen Handlungen - vor allem von Konrad Adenauer gesehen und entwickelt worden sind.

Wenn wir heute nach der Verteidigungsgemeinschaft oder nach dem Teil Verteidigung, dem Teil Sicherheit der gemeinsamen europäischen Anstrengungen fragen, so finden wir, daß entgegen der geradezu virtuosen Sprache, deren sich in der letzten Zeit auch die NATO-Kommuniqués immer mehr befleißigen, wenn man in unser eigenes Volk und in andere europäische Völker hineinhört, dort nicht sehr viel Glaube an bzw. nicht sehr viel Hoffnung auf eine gegenwärtig bereits erreichte starke Verteidigungssubstanz vorhanden sind. Es herrscht die Besorgnis, man könne so nicht weiter handeln und müsse für die gemeinsame Verteidigung auch in der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten weit mehr leisten, als dies in den letzten Jahren der Fall war. Diese Besorgnis und diese Erkenntnis steigen an. Es gibt unter den europäischen Völkern sehr viel Unzufriedenheit über die wachsende Lethargie an den Spitzen der

einzelnen Staaten und in den einzelnen Regierungen.

Ich selbst habe heute mit viel Freude gehört, daß ein Mann wie Tindemans erklärte, die Regierungen sollten mehr auf den drängenden Wunsch und den politischen Willen ihrer Völker hören, als sie es bisher getan hätten, nachdem sie in den letzten Jahren aufgrund einer Fülle von Vorbehalten, von kleinlichen Problemen und Schwierigkeiten in ihren Sitzungen, auch in den Sitzungen des Europäischen Ministerrates, zurückgingen und die Hoffnungen, die auf solche Zusammenkünfte gesetzt waren, immer wieder enttäuscht haben.

Vielleicht darf man hinzufügen, daß das Wiederauftauchen nationaler Eigeninteressen ganz besonderer Art, daß Probleme in der Finanz- und Wirtschaftspolitik zu einer Fülle von ideologischen Verkümmungen geführt haben. Das gilt auch überall dort in Europa, wo Sozialisten Regierungsverantwortung übernommen haben. Wir sehen es an unserer eigenen Regierung. Viele aus meiner eigenen Partei und Fraktion werden, wenn sie die Auseinandersetzung mit Forderungen, Wünschen und Hoffnungen des internationalen Kommunismus führen, in einer Weise angesprochen, die eigentlich die Probleme herunterspielt, verniedlicht, ihnen ihren dynamischen Charakter nimmt. So hat z. B. bei der letzten Debatte im Deutschen Bundestag Verteidigungsminister Leber nach außen einen völlig anderen Eindruck hinsichtlich der Verteidigungsfähigkeit, hinsichtlich der inneren Organisation und Gliederung im Bereich der NATO und im Bereich der Bundeswehr erweckt, als er es in den geheimen Sitzungen des Verteidigungsausschusses und des Auswärtigen Ausschusses vorträgt.

Ich finde, daß Äußerungen, wie sie dort von seiten des deutschen Verteidigungsministers gefallen sind, er wolle nicht "im Kaffeesatz der Warschauer-Pakt-Staaten lesen", im Grunde genommen ganz unangemessen sind, weil bei unserer eigenen Bevölkerung durch viele Hinweise in der NATO und aus einzelnen Verteidigungsministerien in Europa und auch - wenn ich das Institut für strategische Fragen in London mit dazunehme - wegen der vielen Hinweise über wachsende Bedrohung die Besorgnis in der Tat gestiegen ist. Ich meine die Bedrohung, die aus dem Bereich der Warschauer-Pakt-Staaten und von keiner anderen Seite kommt.

Meine Damen und Herren, die sowjetische Politik hat, nicht nur was die europäische Einigung insgesamt, sondern auch was die konkreten politischen, ökonomischen, aber auch die konkreten Schritte auf die Verteidigung hin anlangt, von Anfang an versucht, zu stören, zu blockieren, zu behindern. Sie versuchte, den eigenen Charakter in einer veränderten Form darzustellen, etwa so: "Wir Kommunisten sind ja gar nicht so, wie wir dargestellt wurden. Wir sind in der Lage, auch Teile eines pluralen Systems zu werden."

Die Sowjets haben es im Zusammenhang mit der Offensive des Lächerlns, im Zusammenhang mit der ideologischen Ausformung der friedlichen Koexistenz, im Zusammenhang mit einer sehr konzentrierten Entspannungspropaganda in der Tat vermocht, daß in bestimmten Bereichen Europas das Gefühl und auch das Verständnis, bedroht zu sein, geschwunden ist oder sich sehr vermindert hat. Man hat die NATO oft nur als ein militärisches Verteidigungsinstrument und nie als etwas verstanden, was sehr viel mit Verteidigungspolitik zu tun hat. Es ist ihr auf diese Weise ge-

lungen, vor allen Dingen durch die Ostpolitik der Bundesregierung, die ja in relativ kurzer Zeit zu einem Instrument der sowjetischen Westpolitik umgebaut und dann auch so gehandhabt worden ist, in der westlichen Welt schnell den Eindruck zu erwecken, daß es gar nicht mehr notwendig sei, sich gegen sie und ihre Forderungen, ihre Wünsche, ihre Ziele und Absichten zusammenzuschließen. Viele in Europa haben daraus den Schluß gezogen, daß sie nun wieder von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit in die alten Geleise einer nationalstaatlichen Politik zurückfallen könnten.

Meine Damen und Herren, ich will jetzt die einzelnen Themen nur ansprechen und nicht mehr so viel dazu ausführen, weil die Zeit nicht reicht.

Wir haben im letzten Jahr eine sehr lang dauernde und heftige Debatte über Sinn und Inhalt der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa erlebt. Ich war sehr daran interessiert, heute von Mrs. Thatcher zu hören, wie sie ihrerseits die KSZE und wie die britischen Konservativen das Vernachlässigen dessen, was wir den Inhalt des Korbes 3 nennen, also eine größere Freizügigkeit für Menschen, Ideen und Informationen, einschätzen.

Wir haben zwei große Konferenzen, die sich lange hingeschleppt haben: SALT und die andere Konferenz über -ja, man wagt das Wort "balance" gar nicht auszusprechen - eine, sagen wir einmal, Truppenreduzierung in einem sogenannten Reduktionsraum in Europa. Auch diese Konferenz stagniert seit langem, und zwar trotz der NATO-Vorschläge, die bei der vorletzten NATO-Konferenz gemacht worden sind, Vorschläge, von denen ich noch einmal auch an dieser Stelle sagen will, daß sie für unsere Meinung zu weit gehen; denn das Austauschen amerikanischer atomarer Waffen gegen eine sowjetische Panzerarmee mischt zum ersten mal konventionelle und atomare Elemente in einer, wie wir glauben, nicht zulässigen und nicht leicht begreifbaren, aber, wenn es einmal geschehen ist, weiter wirkenden Weise.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß - wenn wir jetzt von europäischer Sicherheit sprechen - die sogenannte MBFR-Konferenz in Wien, vor allem die Sowjetunion, die Absicht hat, die Bundesrepublik Deutschland zu treffen. Auch diese Konferenz ist wie die KSZE zu einem großen Teil auf die Deutschen und auf deren Verteidigungsbereitschaft und Verteidigungsfähigkeit gerichtet. Man wird hinzufügen müssen, daß die Sowjetunion, wenn eine solche Absprache bei einer derartigen Konferenz erfolgt - z. B. auch über die Reduktion von Bundeswehreinheiten in der Bundesrepublik Deutschland -, die Möglichkeit haben wird, künftig über unsere eigenen Angelegenheiten mitzusprechen. Dies steuert sie mit grosser Zielstrebigkeit an und könnte sie, wenn hier mit der Formulierung nicht sehr sorgfältig umgegangen wird, auch erreichen. Sie könnte erreichen, daß es zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den anderen europäischen Staaten eine neue Trennungslinie gibt, nämlich dadurch, daß eben nur in der Bundesrepublik Deutschland Reduktionen vorgenommen würden, aber nicht in den anderen Teilen. Das wäre eine Entwicklung, die uns im Zusammenhang mit all dem, was wir gestern und heute auf unserem Parteitag besprochen haben, zuwiderlaufen würde.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eine Bemerkung zur Frage der Entspannung machen. Wenn in der letzten Zeit im Bundestag dieses Thema auftaucht, dann gibt es immer Zwischenrufe von Kollegen meiner Fraktion, die fragen, welche Entspannung eigentlich gemeint sei. Von seiten der Bundesregierung wird darauf nie eingegangen. Aber ich möchte es noch einmal sagen, auch im Hinblick auf die Haushaltsdebatte am Donnerstag und die Rede, die Willy Brandt dabei gehalten hat: Für uns war es immer eine klare und echte Definition, daß Entspannung eine Minderung der Spannungsursachen ist. Wir sind immer davon ausgegangen, daß, wenn die eine Seite entspannt, die andere aber nicht, notwendigerweise neue Spannungen entstehen. Wir sind immer der Meinung gewesen, daß eine Entspannungspolitik sozusagen auf beiden Seiten zur gleichen Zeit miteinander abgestimmt und kontrollierbar geführt werden müsse, weil sie sonst diesen Namen nicht verdient.

Wenn ich heute höre, wie sich in Ost- und Mitteleuropa die militärische Situation verändert hat - nicht nur im Abschnitt Europa-Mitte, sondern auch an den beiden Flanken; ich denke, daß Herr General Bennecke nachher darauf eingehen wird -, dann möchte ich gerne festhalten, daß im Zeitalter der Entspannung, sowohl was die Rüstung als auch was die Bewaffnung, als auch was den Zustand und das Training der Soldaten des Warschauer Pakts, vor allem der sowjetischen Soldaten, anlangt, diese Entwicklung erheblich zugenommen hat, und es der Sowjetunion gelungen ist, ihre eigenen Ausgangspositionen wesentlich zu verbessern.

Vielleicht darf ich noch darauf hinweisen, daß militärische Rüstung und das Anhäufen solch gewaltiger Arsenale nicht nur zur Kriegsführung, sondern auch dazu tauglich sein kann und offenbar auch tauglich ist, bei bilateralen und internationalen Verhandlungen Druck auszuüben. Es gilt eben doch der alte Satz, daß am Verhandlungstisch dann die Waffen klirren.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung hat in den letzten Tagen durch den Bundeskanzler eine Fülle von Äußerungen gemacht, die mit einem logischen politischen Verständnis im Grunde nichts zu tun haben. Herr Carstens hat gestern auf die Hinweise geantwortet, die Schmidt gegeben hat, Angola sei kein Thema, das man etwa in Verbindung mit der KSZE oder der Entspannung bringen könne; es sei eben ein weit abliegendes afrikanisches Land. Ich denke, wenn wir von europäischer Sicherheit sprechen, dürfen wir keine Minute die Erfahrung und die Kenntnis darüber aus dem Auge verlieren, wie wichtig es ist, daß z. B. die Seewege offenbleiben und nicht eine immer stärker wachsende sowjetische Flotte in der Lage ist, Europa, einen rohstoffarmen Kontinent, von den Rohstoffen, vor allem von den Mineralölaufzufuhren, abzuschneiden.

Wer nur einen Augenblick hineingesehen hat in die Aufgabenteilung, in die Absichten der letzten großen sowjetischen Manöver Ozean, der wird sehen, daß es den Sowjets vor allen Dingen darum ging, Übungen im Nord- und Südatlantik, Übungen im Stillen Ozean, im Indischen Ozean, in der Nordsee und in der Ostsee zu machen, die ihnen die Möglichkeit geben, in einem Ernstfall Europa von seinen überseeischen Quellen und von seinen wichtigsten, starken Verbündeten, nämlich von den Vereinigten Staaten, abzuschließen.

Ich komme zum Schluß. Meine Damen und Herren, was eine europäische Sicherheitspolitik anbelangt, so muß unserer Überzeugung nach eine künftige CDU/CSU-Regierung erstens darauf hinwirken,

daß wir keine falschen Analysen hier anstellen, wie sie offensichtlich der Ostpolitik der Bundesregierung vorausgegangen sind, daß wir keine trügerischen Illusionen weiterverbreiten lassen, sondern daß wir mit Nüchternheit, und das heißt natürlich auch mit Ehrlichkeit, die politischen und militärpolitischen Sachverhalte auf der anderen Seite und auf unserer Seite darstellen und nicht bereit sind, die offenkundige Wirklichkeit zu verschweigen.

Zweitens muß eine CDU/CSU-geführte Regierung, und zwar auch in unserem eigenen Land, dafür sorgen, daß ein höheres Maß an Aufklärung über die Lage herrscht, wie sie wirklich festzustellen ist, sowie über die Ziele und Methoden der sowjetisch geführten Seite.

Drittens, meine Damen und Herren, um dazu nur einen aktuellen Hinweis zu geben: Wir werden nicht dazu beitragen, auch nicht in der Form, die Bundeskanzler Schmidt in der vorletzten Woche gewählt hat, die Möglichkeit einer kommunistischen Machtbeteiligung in Westeuropa herunterzuspielen, etwa mit der Formel, dies bedeute nicht automatisch eine Katastrophe, sondern wir werden deutlich machen, daß dies offensichtlich eine tiefgreifende Veränderung der Situation mit sich bringen würde.

(Beifall)

Ich muß in diesem Zusammenhang an eine Bemerkung erinnern, die mich - ich sage es ganz offen -, als ich sie heute morgen in den Nachrichten hörte, doch nun wirklich sehr erschreckte und noch sorgenvoller machte als bisher, nämlich an eine Bemerkung aus einer Pressekonferenz, die Henry Kissinger gestern in Stockholm gab, bei der er nach den Meldungen sagte: Wenn sich in europäischen Regierungen Kommunisten durchsetzen, dann allerdings habe es für die Vereinigten Staaten keinen Sinn mehr, sich für Europa zu engagieren.

Dies ist ein Satz, der mehr als nur eine Dimension hat. Dies sollte uns doch sehr alarmieren, auch im Zusammenhang mit unseren befreundeten Parteien, auch im Zusammenhang mit Amintore Fanfani und dem, was er heute sagte, und im Zusammenhang mit der in Italien bevorstehenden Wahl.

Niemand sollte sich darüber täuschen, daß, wenn Kommunisten in einer Regierung saßen, sie sozusagen auf beiden Seiten des politischen Tisches Platz nähmen, auf der einen Seite, gegen die es notwendig war, überhaupt ein Bündnis zu schaffen, und auf der anderen Seite, im Bündnis selbst.

Dies ist ein Gedanke, der in der Tat unerträglich wäre, den aber offenbar einige akzeptierteren, die sich hier auch angewöhnt haben, zu sagen, die Bundeswehr brauche gar kein Feindbild, brauche gar kein Bild von einem Gegner, und die diese Überlegung auch auf die internationale Politik und auf die Beurteilung gewisser Vorgänge in der westlichen Welt anwenden.

Meine vierte Bemerkung ist die, daß es eine zwingende Notwendigkeit ist - ich sage das mit Betonung -, den Willen dafür nicht nur bei Reden zu haben, sondern diesen Willen auch in der politischen Handlung zu aktivieren, daß die Allianz gestärkt wird und daß wir die zum Nachteil des Westens aus den Fugen geratene Balance in Europa wiederherstellen. Hierfür ist der deutsche Beitrag von ganz großer Bedeutung.

Ich will nicht darauf abheben, daß man, wenn man heute die Rede von Schorsch Leber vom 15. Januar im Bundestag mit seinen dithyrambischen Feiergusängen, die er dort auf Herbert Wehner anstimmte, noch einmal nachliest, um ein Haar den Eindruck hat, Herbert Wehner sei eigentlich einer der Gründer und Ziehväter der Bundeswehr und der NATO. Ich will nur kurz auf gegenwärtige Diskussionen hinweisen, Frau Tübler, die diese Sache mit Herrn Carstens im Bundestag vertreten hat, hat sehr plastisch dargestellt, was es bedeutet, wenn z. B. alle Untersuchungen bei Wehrdienstverweigerern entfallen, wie sehr die Zahlen steigen und wie sehr dies geeignet ist, der Bundeswehr den Charakter der Wehrpflichtarmee zu nehmen, und zwar mit all den verheerenden Folgen, die dies haben würde.

Meine Damen und Herren, wenn ich von der Bundeswehr spreche, dann möchte ich zugleich betonen, daß all dies, was wir können, mit der notwendigen Delikatesse, mit dem notwendigen Augenmaß und auch mit der notwendigen Psychologie vorgetragen werden muß.

Zu den finanziellen Aufwendungen haben wir eine ganze Reihe von eigenen Bemerkungen gemacht. Ich denke, General Bennecke wird das Thema Forschung und Entwicklung streifen, das im Haushalt der Bundeswehr ebenso wie im Verteidigungshaushalt vieler anderer europäischer Länder immer kleiner geschrieben wird. Das ist ein Thema, das wir hier auch erörtern sollten.

Darf ich, weil die Zeit so schnell verrinnt, nur noch einige Stichworte nennen. Was wir dringend brauchen und was eine CDU/CSU-Regierung mit großer Priorität behandeln muß, ist ein höheres Maß an Solidarität innerhalb der Verbündeten. Ich darf hier Griechenland und die Türkei nennen, wo wir beide Seiten ja nur dazu ermuntern, den jetzt offenbar gerade angefangenen zarten Faden fortzuspinnen und dafür zu sorgen, daß zwei im Südosten Europas auf Wacht lebende Staaten nicht in Konflikt geraten, sondern miteinander für die gemeinsame europäische Freiheit stehen.

Ich möchte hinzufügen, daß wir großen Wert darauf legen, Spanien bald - bald, sage ich - als ein Mitglied der gemeinsamen Verteidigungsgemeinschaft zu haben.

(Beifall)

Wir werden bei der Verteidigung und bei der Europäischen Gemeinschaft dem, was man eine Entwicklung zur Rechtsstaatlichkeit, zur Demokratie in Spanien nennt, eine bestimmte Hilfe geben dürfen; aber - das füge ich hinzu - nicht in der Form, wie ich das leider letztens in Madrid bei einem großen Kongreß erlebt haben, wo viele aus Europa aufstanden, die sozusagen kostenlos ihren Finger lang machten und die Spanier drängten, was sie jetzt gefälligst alles zu tun hätten, damit sie der Hereinnahme in das eigene ökonomische und militärische Lager gewürdigt würden.

Meine Damen und Herren, wir werden sozialistische Experimente nicht akzeptieren, wie wir sie zuletzt bei den Reden und Redensarten von Herbert Wehner in Warschau erlebten. Ich nenne als Stichwort den Rapacki-Plan. Er hat als schlauer Fuchs den Rapacki-Plan dort natürlich nicht genannt; aber alles, was er gesagt hat, hatte den Rapacki-Plan und seine Neuauflage zum Inhalt. Wir werden auf dieser Ebene nicht arbeiten, sondern werden unsere eigene Aufgabe, unsere eigene Pflicht an einer sehr sensiblen Nahtstelle der Welt erfüllen.

Meine Damen und Herren, niemand sollte vergessen, daß Europa, seine äußere Gestalt und seine innere Gestaltung, auch die Fähigkeit, seine Sicherheit zu bewahren, Gegenstand der Sehnsucht vieler ist, auch - ich wiederhole, was heute Fanfani sagte - Gegenstand der Sehnsucht der unfreien Völker ostwärts der Scheidelinie, die Europa trennt. Dies sollten wir keinen Augenblick vergessen. Dort leben unsere Freunde. Dort leben Verbündete.

(Beifall)

Das wissen Sie alle, ob Sie nun Solschenizyn oder Maximow oder wen immer lesen. Wenn wir Sacharow und seine Leute hören, müssen wir uns darüber klar sein: Alles, was wir hier tun, hat eine Dimension, die auch dort ihre Wirkung hat, die auch dort gesehen und gehört wird.

Was wir also tun können und müssen, ist eine Erneuerung in Freiheit.

Ich schließe mit einem etwas paraphrasierten Satz von Perikles, nachdem heute Herr von Bülow Platon bemühte und nachdem Frau Thatcher Goethe zitierte. Ich möchte nicht streng zitieren, sondern nur etwas paraphrasieren. Ich glaube, wir müssen uns klar darüber sein, daß, wie Perikles sagt, das kostbarste aller Güter die Freiheit ist, daß wir aber unsere Freiheit nicht bewahren und nicht erringen können, wenn es uns dabei an Mut mangelt. Daß wir diesen Mut haben mögen, den Willen zu aktivieren, unsere eigene Partei, unsere eigene Freiheit attraktiv zu machen, dies ist der eigentliche Wunsch, mit dem ich hier schließen möchte. -

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vors. Erik Blumenfeld: Vielen Dank, Werner Marx, für diese engagierte Einführung in unser Thema.

Ich darf jetzt Herrn Bennecke bitten, sein Referat zu halten.

General a.D. Jürgen Bennecke: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte als vorsichtiger Stratege zunächst die Damen gleich im voraus um Nachsicht bitten, wenn bei den militärischen Aspekten natürlich auch einige fachliche Dinge vorgetragen werden, mit denen die Damen vielleicht nicht so vertraut sind. Aber sonst könnte ich, glaube ich, meinen Auftrag nicht recht erfüllen.

Ich will der Kürze wegen gleich mitten in die Sache hineinspringen und feststellen, daß über das militärische Kräfteverhältnis in Europa ganz allgemein gesagt werden kann, daß, was die taktischen Nuklearwaffen anbelangt, der Westen zumindest nicht schwächer ist als der Osten. Bei den konventionellen Kräften besteht ein örtlich wechselndes Kräfteverhältnis, im allgemeinen aber eine teilweise sehr deutliche qualitative Überlegenheit des Warschauer Paktes. Der Osten hat ferner Vorteile in der Standardisierung, in der Zahl der verfügbaren Flugplätze, und er hat den geographischen Vorteil der inneren Linie. Die NATO hat demgegenüber gewisse qualitative Vorteile bei Flugzeugen, bei Panzern, bei Panzerabwehrwaffen, und sie hat Vorteile in den weltweiten Ressourcen.

Bei den Vorbereitungen militärischer Art für eine Verteidigung Europas muß man sich vornehmlich auf zwei Arten von Aggressionen einrichten, wobei ich einmal Aggressionen, die sofort mit dem Einsatz nuklearer Waffen beginnen, beiseite lassen will. Am gefährlichsten, aber auch am wenigsten wahrscheinlich, ist ein nach Raum und Kräften begrenzter überfallartiger Angriff mit konventionellen Streitkräften. Er könnte die NATO-Streitkräfte treffen, bevor diese kampfbereit in ihren Abwehrräumen stehen. Zum Schutz vor einem solchen überfallartigen Angriff werden Maßnahmen organisatorischer, taktischer und operativer Art erwogen, z.B. eine sehr grenznahe Stationierung aller Heeresverbände der NATO, und zwar schon im Frieden, um die Aufmarschzeiten zu verkürzen - das ist eine durchaus einleuchtende Maßnahme; aber für eine Einsparung von vielleicht 15 bis 25 Stunden Marschzeit ist sie bei weitem zu teuer -, des weiteren eine höhere Präsenz der Heeresverbände als Schutz gegen diesen Überraschungsangriff.

Den Befürwortern eines solchen Vorschlages, eines solchen Gedankenganges, schweben Heeresverbände vor, die stets voll kampfbereit sind. Wegfallen sollen die Zeiten für die Einberufung von Reservisten oder von verfügbaren Soldaten, wegfallen sollen die gefährlichen Wochenenden oder die Festtagsperioden mit ihren leeren Kasernen. Aber auch diese Forderung ist schwer zu erfüllen. Heeresverbände schon im Frieden stets voll kampfbereit zu halten, bedeutet Personalstärken von etwa 130 % der Kriegsstärkenachweisung, und zwar nicht nur an Wehrpflichtigen, sondern auch an Soldaten auf Zeit und an Berufssoldaten. Kann man das notwendige Geld dafür nicht aufbringen, muß man bestehende Verbände auflösen und mit dem frei gewordenen Personal andere Verbände auf die 130 % aufstocken.

Nun haben aber die Organisatoren und die Führer insbesondere auch des deutschen Heeres stets danach gestrebt, mit dem verfügbaren Geld und Personal möglichst viele Verbände aufzustellen und zu erhalten. In einer Zeit des schnellen technischen Fortschritts schien es ihnen wichtig, die große Bedeutung genügender zahlenmäßiger Stärke auch für den Verteidiger nicht zu vergessen. Der Angreifer kann - zumal in großen Verhältnissen - seine Kräfte an den entscheidenden Stellen konzentrieren und an den anderen Stellen weitgehend mit Täuschungsmaßnahmen auskommen. Wenn man heutzutage fast in jeder Zeitung lesen kann, wo die NATO im Falle eines Angriffs die Hauptstöße des Feindes erwartet, so müßten die sowjetischen Führer auf die Kriegsschule zurückgeschickt werden, wenn sie genau dort angreifen würden. Das aber bedeutet, daß der Verteidiger den zu schützenden Raum im ganzen einigermaßen abdecken muß. Der Verteidiger kann nicht rücksichtslos seine Kräfte nur an den Stellen konzentrieren, wo er einen Schwerpunkt des feindlichen Angriffes erwartet. Der Verteidiger kann sich irren, und der Angreifer kann seine Pläne ändern.

Es ist schon - jeder Soldat weiß das - ein großer Unterschied, ob man sich auf einer Karte mit Genugtuung ganz dick gemalte Kringel von Divisionen und Brigaden und Bataillonen ansieht und mit Schwung, aber ganz allgemein, von kampfstarken und modern ausgerüsteten Verbänden aller Waffen spricht oder ob man diese Verbände in einen direkten Bezug zu dem zu schützenden Raum bringen muß. Die Streitkräfte der NATO müssen nicht nur gut ausgerüstet und gut ausgebildet, sie müssen auch genügend zahlreich

sein, so zahlreich, daß sie zunächst einmal mit konventionellen Mitteln einen Angriff stoppen und einen einigermaßen stehenden Kampf erzwingen können, und zwar wo immer und wie immer die Sowjets angreifen sollten. Hierbei werden vermutlich in der Zukunft, wenn nicht alles täuscht, die in schneller Entwicklung befindlichen sogenannten Präzisionswaffen dem Verteidiger eine nennenswerte Hilfe leisten.

Gelingt es den konventionellen Streitkräften der NATO nicht, den Schwung des Angreifers wenigstens für begrenzte Zeit abzufangen, besteht die Gefahr, daß auch ein Gutteil der taktischen nuklearen Waffen in den Strudel der Ereignisse mit hineingezogen wird. Auf jeden Fall aber würde die Wirkung der taktischen nuklearen Waffen gegen die feindlichen Angriffskräfte stark beeinträchtigt werden; denn ihre wichtigsten Ziele - ihre Zerstörungs-, Vernichtungskraft soll ja den feindlichen Angriff stoppen - befänden sich wenigstens zeitweise nicht in dem stationären Zustand einer gewissen Konzentration, sondern in aufgelockelter und schneller Bewegung. Diese Feststellung ist übrigens eine der wenigen "Erfahrungen", die man auch im Frieden bei Übungen sammeln kann.

Zu den taktisch-operativen Maßnahmen gegen einen Überraschungsangriff zählt zunächst die Aufgabenzumessung an die Luftwaffe, welche ihre Einsatzfähigkeit innerhalb weniger Stunden herstellen kann. Im Fall eines Überraschungsangriffs ist es ihre vornehmste Aufgabe, den Aufmarsch der Heeresverbände zu decken und ihnen eine zusammenhängende Abwehr zu ermöglichen, und zwar so weit ostwärts wie möglich. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist nicht leicht. Sie setzt gutes Wetter voraus, sie setzt ferner voraus, daß es den sowjetischen Angreifern nicht gelingt, die NATO-Luftverteidigung und die Selbstschutzmaßnahmen der NATO-Luftwaffe zu unterlaufen und ihr gleich zu Beginn große Verluste beizubringen, und sie hat ferner zur Voraussetzung, daß sich die NATO-Luftwaffe gegen die starke, lückenlose Bodenfliegerabwehr der Sowjets und gegen ihre Verteidigungsverbände in der Luft durchsetzen kann.

Als weiteres operatives Mittel gegen die gefürchteten Überraschungsangriffe wird gelegentlich eine bewegliche Abwehr in großer Tiefe vorgeschlagen, um den Feind mit zurückgehaltenen Reserven vernichtend zu treffen, wenn er seine rückwärtigen Verbindungen überdehnt hat. Das mag vom militärischen Standpunkt aus eine verlockende Operation sein; vom politischen Standpunkt aus kommt sie überhaupt nicht in Betracht, und auch militärisch wäre sie wegen der mangelnden Tiefe des NATO-Raumes ausserordentlich schwierig. So haben alle Maßnahmen organisatorischer, taktischer und operativer Art gegen den gefürchteten Überraschungsangriff ihre schwachen Seiten.

Um in Europa und insbesondere in Europas Mitte Überraschungsangriffen, aber auch Angriffen aller anderen Art, wirksam entgegenzutreten, muß man rechtzeitig Wind von diesen Angriffen bekommen. Die beste Voraussetzung für eine rechtzeitige Warnung wäre wohl gegeben, wenn sich die Sowjets vor jeder Art von Angriff veranlaßt sähen, umfangreiche, weiträumige, also auch zeitraubende und schwer zu verbergende Vorsichtsmaßnahmen zu treffen. Vielleicht würden sie in ihrer auf Vorsicht bedachten Art ohnehin jeden Angriff durch erhebliche Mobilmachungs- und Aufmarschmaßnahmen decken; denn sie können ja nicht wissen, was sich auch aus verhältnismäßig kleinen

örtlichen Angriffsaktionen alles entwickeln kann. Selbst kleinere Angriffsaktionen in der DDR und vielleicht auch in der Tschechoslowakei und in Polen geheimzuhalten, wäre für die Sowjets sicherlich nicht leicht. Es ist ein Unterschied, ob die seit langem aufmarschierten und in ihrem eigenen Land stationierten ägyptischen Streitkräfte Israel überfallen oder ob sowjetische Streitkräfte und die ihrer Bundesgenossen auf deutschem, polnischem und tschechischem Boden ihre Kampfbereitschaft herstellen und in ihre Ausgangsstellungen rücken.

Dennoch scheint es mir weit besser, nicht zu sicher zu sein, sondern die Vorsicht der Sowjets noch gehörig anzuheizen oder ihr nachzuhelfen. Wo und wie immer die Sowjets in Europa anzugreifen beabsichtigen, sie müßten wissen, daß die NATO darauf vorbereitet ist, ihrem Angriff nicht nur an Ort und Stelle und nicht nur rein passiv entgegenzutreten, sondern auf ihre Aggressionen an vielen und auch an ganz anderen Stellen mit den mannigfachsten Reaktionen zu antworten, darunter auch mit Reaktionen aktiver Art.

Im übrigen halte ich, wie schon gesagt, einen feindlichen Überraschungsangriff aus heiterem Himmel zwar für sehr gefährlich, aber für gar nicht wahrscheinlich. Ich schließe mich vielmehr der Ansicht derjenigen an, die meinen, daß die Sowjets ihre gewaltige militärische Rüstung in erster Linie dazu benutzen wollen, um ihrer Politik bei günstiger Gelegenheit einen erpresserischen Nachdruck zu verleihen.

(Beifall)

Zu einer solchen Absicht aber paßt kein Überraschungsangriff. Weit eher paßt hierzu ein Angriff, der erst am Ende einer Periode politischer Spannungen steht, während der die Sowjets vergeblich versucht haben, ihr Ziel allein durch den politischen Druck ihrer sich allmählich kampfbereit machenden Streitkräfte zu erreichen. Aus diesem Grunde halte ich auch dafür, daß die Staaten des Nordatlantischen Bündnisses über ein gehöriges Potential an Mobilmachung und an Verstärkung verfügen müssen, das freilich nicht zu Lasten der gegenwärtig aktiven Friedenstruppe gehen darf. Wenn in Zeiten steigender politischer Spannung Mobilmachungs- und Aufmarschmaßnahmen auf der sowjetischen Seite, die einschüchtern sollen, erkennbar werden, darf der Westen nicht mit leeren Händen dastehen und nur darauf angewiesen sein, seine Friedenstruppen kampfbereit zu machen. Er muß vielmehr ausreichende Vorbereitungen getroffen haben, jeden Zug der Sowjets mit einem angemessenen Gegenzug zu beantworten, sprich, in der Lage sein, Verstärkungen und zusätzliche Kräfte zu aktivieren.

Was kann also für die Verteidigung getan werden? Zunächst einmal darf man nicht vergessen, daß Europa nach wie vor vornehmlich durch die abschreckende Kraft des amerikanischen nuklearen Potentials vor einem Angriff und vor politischer Erpressung geschützt wird. Die amerikanischen Kernwaffen werden diese Schutzfunktion mit großer Wahrscheinlichkeit auch weiterhin zuverlässig wahrnehmen, freilich vornehmlich insoweit, als sie einen potentiellen Aggressor vom Gebrauch seiner eigenen nuklearen Waffen abschrecken. Die Wahrscheinlichkeit, daß nukleare Waffen gegen einen mit konventionellen Kräften geführten Angriff eingesetzt werden, scheint mir angesichts der noch immer zunehmenden, aber schon jetzt unvorstellbar großen Zerstörungskraft, die auf beiden

Seiten angehäuft ist, abzunehmen. Zumindest wird man wohl sagen können, daß sich der Einsatz nuklearer Waffen gegen Angriffe mit nur konventionellen Kräften noch in den 60er Jahren leichter vorstellen ließ als jetzt in den 70er Jahren.

Damit aber gewinnen die konventionellen Streitkräfte weiter an Bedeutung. Dabei meine ich nicht, daß ein mit konventionellen Streitkräften geführter Kampf eine brauchbare Alternative zu einem nuklearen Kampf sein könnte. Ich meine vielmehr, daß es für die Verteidigung Europas darauf ankommt, jede Art von Krieg zu verhindern und in den kommenden Jahren die Lücke zu schließen, welche eine konventionelle Aggression in dem starken Zaun unserer nuklearen Abschreckung noch immer finden könnte. Diese Lücke kann nur durch ein Gleichgewicht auch der konventionellen Kräfte in Europa geschlossen werden. Am einfachsten und am billigsten wäre es, wenn dies im Zuge der MBFR-Verhandlungen, die vorhin Herr Dr. Marx erwähnt hat, gelänge. Es würde dann für die konventionellen Streitkräfte das gleiche Prinzip der Parität gelten, auf das sich die beiden großen Mächte hinsichtlich ihrer strategischen nuklearen Waffen bereits geeinigt haben. Aber leider ist keine Chance zu erkennen, daß es zu einer solchen Lösung kommen könnte.

Wenn das konventionelle Gleichgewicht aber nicht durch Reduzierungen erreicht werden kann, muß man an Verstärkungen denken. Dabei scheiden in der jetzigen Lage Verstärkungen der aktiven, schon im Frieden bestehenden Truppe aus Kostengründen, vor allem aber auch aus politischen Gründen, aus. Aber es gibt in der Tiefe des NATO-Gebietes noch ein gerüttelt Maß an Kräften von Heer, Luftwaffe und Marine, in erster Linie natürlich amerikanische Kräfte. Für diese Kräfte müssen alle nur denkbaren Vorbereitungen getroffen werden, um sie in kürzester Zeit dorthin zu bringen, wo ihre Abschreckungskraft und notfalls ihre Kampfkraft gebraucht werden. Es sieht in letzter Zeit zunehmend so aus, als ob sich die Amerikaner ernstlich den Kopf darüber zerbrechen, wie sie ihre starken in den USA stationierten Streitkräfte am schnellsten und am wirksamsten für die Verteidigung Europas nutzbar machen können.

Sie haben durch das Ende der Kampfhandlungen in Vietnam militärischen Ballast abgeworfen, und sie haben nur die Hände frei, sich mit noch größerer Kraft als zuvor ihren Interessen und ihren Verpflichtungen in Europa zuzuwenden und den Völkern zu helfen, von denen die Mehrzahl ihrer Bürger abstammt.

Eine zweite Möglichkeit zur Verstärkung der konventionellen Streitkräfte läge in der stärkeren Ausnutzung der in Europa vorhandenen ausgebildeten personellen Reserven. Die Aufstellung von Reserveverbänden ist nichts Neues; aber sie ist ein noch immer wirksames Mittel zur Landesverteidigung. Ich meine, richtig genutzte personelle Reserven geben eigentlich auch der allgemeinen Wehrpflicht einen guten Teil ihres Sinnes und ihrer Berechtigung. Natürlich haben Reserveverbände einen geringeren Kampfwert und einen geringeren Abschreckungswert als aktive Truppen. Auf der anderen Seite aber hat der feindliche Nachrichtendienst häufig Schwierigkeiten, Reserveverbände in ihrem Wert richtig einzustufen. Sie stehen deswegen auf der anderen Seite in den Stärketabellen des Feindes sehr oft als vollgültige Verbände und tragen schon dadurch zur Abschreckung bei.

Ich komme zu wenigen Schlußbemerkungen. Trotz mancher Einschränkungen bleiben die nuklearen Waffen entscheidend für die Verteidigung Europas. Sie werden gern politische Waffen genannt. Politisch soll dabei wohl bedeuten - so recht definieren tut es niemand -, daß es keiner wagen wird, diese Waffen auch militärisch einzusetzen. Sie sollen nur zu dem politisch-psychologischen Zweck der Drohung gebraucht werden. Darüber, wie man dies am besten tut, wie man agiert und reagiert, wurden in der Vergangenheit mannigfache Theorien und Spielregeln entwickelt. Sie haben bisher zufriedenstellend funktioniert. Wird das aber im Zeichen der amerikanisch-sowjetischen nuklearen Parität und der in immer unvorstellbarere Größenordnungen anwachsenden Zerstörungskraft dieser Waffen immer so bleiben? Wie, wenn eines Tages jemand kommt, der all die ausgeklügelten nuklearen Spielregeln einfach beiseite schiebt, der ihre Abschreckung gegen kriegerische, mit nichtatomaren Mitteln und Kräften unternommene Aktionen nicht akzeptiert? Ich glaube, wer an die Verteidigung Europas denkt, darf bei seinen Erwägungen eine solche Möglichkeit nicht aus den Augen verlieren.

Daher finde ich, daß die Schlußbemerkungen eines Vortrags, der vor drei Jahren vor der versammelten Generalität und Admiralität über die militärische Verteidigung insbesondere Mitteleuropas gehalten wurde, auch heute noch Gültigkeit besitzen. Hier schliesse ich an die Bemerkungen des Herrn Vorsitzenden an; denn der Zeitdruck spielt in diesen Bemerkungen eine ganz besondere Rolle. Diese Bemerkungen lauteten:

"Wir wissen nicht, ob und wie es zu einem Kampf um Europa kommen wird. Aber wir wissen, daß wir als Verteidiger eine gewisse Zeit brauchen, um uns auf diesen Kampf vorzubereiten, Zeit, um unsere Heeresverbände voll kampfbereit zu machen, mit ihnen aufzumarschieren und unsere Abwehrräume vorzubereiten. Wir brauchen Zeit für den Abtransport all der Verstärkungen, die für uns vorgesehen sind und die die Chancen für eine erfolgreiche Verteidigung sehr verbessern. Wir brauchen Zeit, um die Franzosen dazu zu bewegen, sich mit ihren Kräften an unserem Kampf zu beteiligen. Und deswegen muß der erste und wichtigste.

Schritt für eine erfolgreiche Verteidigung Europas von der politischen Führung getan werden. In der Verantwortung der militärischen Führer aber liegt es, darauf immer und immer wieder hinzuweisen. In Zeiten eines drohenden Krieges muß die politische Führung rechtzeitig die Entscheidung für die notwendigen militärischen Vorbereitungen treffen. Dies wird - und das ist besonders wichtig - wahrscheinlich bereits notwendig sein, bevor es über jeden Zweifel klar ist, daß der Feind wirklich angreifen will. Nur auf diese Weise können wir vermeiden, daß wir als die Verteidiger mit unseren Maßnahmen stets hinter denen des Angreifers herhinken, und nur so läßt sich der Nachteil ausgleichen, den der stets in der Nachhand befindliche Verteidiger nun einmal von Natur aus dem Angreifer gegenüber hat. Wir müssen unsere Streitkräfte kampfbereit machen, aufmarschieren lassen und Verstärkungen heranziehen, bevor der erste Schuß gefallen ist. Wenn wir das erreichen, wird dieser Schuß nie fallen, und unser Hauptauftrag, die Abschreckung, wird erfüllt werden."

So weit diese Schlußbemerkungen. Man kann es auch anders ausdrücken.

Der bei den westlichen Demokratien unangefochtene Primat der Politik auch und gerade in Zeiten erhöhter politischer Spannung und im Kriege, bringt mit der obersten militärischen Kommandogewalt auch die oberste militärische Verantwortung. Im Rahmen dieser Verantwortung gilt es für die politischen Führer des westlichen Bündnisses, dafür zu sorgen, daß ein Waffengang für die Sicherheit Europas nicht bereits verloren ist, bevor er begonnen hat.

Gegenüber der friedlichen Koexistenz mit ihrem gefährlichen Täuschungseffekt ist eine solche Vorsorge besonders wichtig. Gegenwärtig und in der vorausschaubaren Zukunft wird es vornehmlich darauf ankommen, Europa unter dem Dach einer zuverlässigen nuklearen Abschreckung auch mit konventionellen Streitkräften und Mitteln erfolgreich verteidigen zu können.

(Beifall)

Vors. Erik Blumenfeld: Herzlichen Dank auch Ihnen, lieber Herr Bennecke, für Ihre von großer und präziser Sachkenntnis getragenen Ausführungen. Sie haben diese Sachkenntnis in hohen und höchsten Kommandostellen Deutschlands und in Europa und im Rahmen der Nordatlantischen Allianz erworben.

Es ist nicht meine Aufgabe, von hier aus irgendeinen Kommentar zu geben, sondern die jetzt verbliebene, leider viel zu kurze Zeit für die Diskussion zu organisieren.

Ich bitte um Verständnis, wenn ich hier ex cathedra einige Regeln aufstelle, die ich Sie zu befolgen bitte; denn wir stehen unter Zeitdruck. Im Gang dieses Saales sind zwei Mikrofone. Wer sich zu Wort melden will - eine Wortmeldung liegt schon vor -, möge sich jetzt schon in die Nähe dieser Mikrofone begeben, damit durch die Logistik keine Zeit verloren wird. Gleichzeitig bitte ich, bei der Wortmeldung den Namen anzugeben. Weiter bitte ich um Verständnis dafür, daß ich Sie bitte, der Tugend der internationalen Parlamente zu huldigen, also Ihre Ausführungen auf drei bis maximal fünf Minuten zu begrenzen. Ich möchte nämlich den beiden Referenten, soweit erforderlich, am Schluß Gelegenheit geben, noch etwas zu der Diskussion zu sagen.

Ich rufe jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Alois Mertes als ersten Diskussionsredner auf. Wir diskutieren beide Referate gleichzeitig.

Dr. Alois Mertes: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu zwei Punkten kurz Stellung nehmen, die im Zusammenhang mit unserem Parteitag von Bedeutung sind.

Einer der Gründe für das Nichtweitergehen der europäischen Einigung - das wird immer wieder festgestellt, ist auch von Leo Tindemans festgestellt worden - ist das Fehlen des genügend politischen Willens. Leo Tindemans hat über die Frage der Motivation, des politischen Willens gesprochen.

Ich möchte die These aufstellen, daß der politische Wille auch deshalb zurückgegangen ist, weil im Rahmen der Entspannungspolitik das Bewußtsein von der Natur und der Intensität der sowjetischen Bedrohung zurückgegangen ist. Die europäische Einigung war nie nur ein rein defensiver Reflex; sie hat positive Aspekte. Aber sie stand doch auch unter dem Eindruck, daß angesichts der starken politischen und militärischen Offensivkraft der Sowjetunion und angesichts möglicher Ungewisheiten in Amerika im Laufe

späterer Jahrzehnte eine eigenständige europäische Verteidigung und ein eigenständiger politischer Wille da sein müßten. Ich glaube, man muß diesen Zusammenhang zwischen Entspannungspolitik und dem Rückgang des europäischen Einigungswillens sehen. Die Entspannungspolitik ist so zu definieren, wie es Werner Marx gesagt hat. Aber sie darf nicht dazu führen, daß wir uns über die Realitäten, über den politischen Willen der Sowjetunion Illusionen machen.

Auch meine zweite Bemerkung soll ganz kurz sein. Sie bezieht sich auf den Zusammenhang zwischen der Deutschlandfrage und der europäischen Einigung. Es ist das Verdienst der CDU/CSU gewesen, sowohl den Willen zur Zusammengehörigkeit unseres Volkes als auch den Willen zum politischen Zusammenschluß Europas gleichermaßen aufrechterhalten zu haben. Es ist wohl kein Zufall, daß das Bewußtsein von der Zusammengehörigkeit weithin etwas zurückgegangen ist oder der Wiedervereinigungswille parallel mit der Minderung des Einigungswillens Europas zurückgegangen ist.

Dies scheint mir nun von großer Bedeutung zu sein. Wir müssen Mrs. Thatcher ganz besonders dankbar dafür sein, daß sie heute morgen im Sinne der Ausführungen von Werner Marx den Gedanken der politischen Offensive auch im Ost-West-Konflikt in der ideologischen Auseinandersetzung hervorgehoben hat.

Ich will damit folgendes sagen und dann abschließen. Wir haben heute in unserer Bevölkerung weitgehend den Eindruck, daß sich die Sowjetunion und der gesamte sowjetische Machtbereich im psychologischen Bewußtsein weiter Kreise des Westens in dem Sinne durchgesetzt haben, daß man wohl bestimmte Prozesse in Asien und Afrika nicht aufhalten kann, in denen dem Westen sozusagen der Wind ins Gesicht weht.

Demgegenüber gibt es auf der Welt eine Region, wo der politische Wille der Bevölkerung gegen den totalitären Sozialismus gerichtet ist. Wir sollten selbstverständlich an unserer Politik des strikten Gewaltverzichts festhalten. Aber ich glaube, wir müssen in dieser Situation auch daran erinnern, daß es nicht nur das Gleichgewicht militärischer Macht geben darf, sondern auch das Gleichgewicht des politischen Willens geben muß.

Wenn die Sowjetunion glaubt, daß es historische Prozesse gibt, die sie fördern muß und die gegen das westliche Interesse gehen, so müßten nach meiner Auffassung auch wir - wir haben als Deutsche, als geteiltes Land da eine besondere Verantwortung - unsererseits sagen: Es gibt auch historische Prozesse, die gegen den totalitären Sozialismus laufen und für die Freiheit sind.

(Beifall)

Vors. Erik Blumenfeld: Danke schön. Das Wort hat Herr Friedensburg.

Dr. Ferdinand Friedensburg: Ich habe ein paar Fragen an Herrn General Bennecke.

Sie haben von der - allerdings sehr geringen - Möglichkeit des Überraschungsangriffs gesprochen. Ich frage, ob dazu eine Definition möglich wäre. Ein Angriff aus dem Stand erscheint mir bei den modernen Möglichkeiten nicht denkbar. Denn gewisse Vorbereitungen wie Verproviantierung, Heranführung von Munition, von Treibstoffen usw. lassen eine gewisse Vorwarnzeit von mindestens 34, wahrscheinlich 36 Stunden zu. Frage: Inwieweit

reicht eine solche Vorwarnzeit aus, es auch bei uns zu Vorbereitungen kommen zu lassen? Da ist der ägyptische Vergleich für uns vielleicht etwas bedrückend; denn nach sicheren Erkenntnissen ist es ja wohl so, daß der israelische Geheimdienst die Vorbereitungen gemeldet, aber die Regierung dann nicht entsprechende Schlüsse gezogen hatte. Das könnte auch bei uns vorkommen.

Als eine Möglichkeit, die Sie, Herr Bennecke, nicht genannt haben, für den Ausbruch von, sagen wir Feindseligkeiten begrenzter Art, sehe ich irgendwelche Unruhen entlang der Zonengrenze an. Bei solchen Unruhen wird von der anderen Seite vielleicht irgend etwas herübergesandt, und es werden Faustpfänder genommen, die die NATO-Maschine eben noch nicht in Gang setzen. Diese Möglichkeit, der der Bundesgrenzschutz nach meiner Überzeugung nicht allein begegnen kann, ist aber eine sehr gefährliche Sache. Herr Marx, ich glaube, das betrifft auch Ihr Gebiet. Hier sollte man sich einmal sehr eingehend die Frage stellen: Was tun wir eigentlich? Ich unterstelle einmal, daß Helmstedt und vielleicht 30 Quadratkilometer dort herum von irgendwelchen Irregulären aus der sogenannten DDR - entschuldigen Sie, ich kann es nicht anders sagen - besetzt worden sind. Dann fragt es sich, ob die Amerikaner bereit sind, die gesamte NATO-Maschine mit allem, was das bedeutet, in Gang zu setzen, um die 30 Quadratkilometer zurückzubekommen, oder ob Sie uns sagen: Nun seid doch mal ruhig! Was geschieht, weiß ich nicht.

Meine dritte Frage: Ich glaube mit Ihnen, daß all die Möglichkeiten, die wir eben besprochen haben, sehr gering sind. Die wirklich-großen Gefahren waren und sind vielleicht Angola und der Nahe Osten. Auf Auseinandersetzungen dort haben wir politisch überhaupt keinen Einfluß. Wenn es dort aber explosionsartig losgeht, dann hat das doch auch Ausstrahlungen auf uns. Ich erinnere an die beiden letzten Vorkommnisse, durch die bei uns gewisse militärische Vorkehrungen getroffen worden sind. Könnte darüber etwas gesagt werden? Ich wäre dafür sehr dankbar.

Vors. Erik Blumenfeld: Jetzt spricht Frau Starlinger.

Frau Ursula Starlinger: Ich möchte zwei Anmerkungen zu dem machen, was gesagt wurde.

Es ist erwähnt worden, daß mit einem Angriff auf Europa in der derzeitigen Situation und auch auf längere Zeit gar nicht zu rechnen ist - auch ich persönlich bin der Auffassung -, daß es sich vielmehr primär um politischen Druck handelt, der mit dem militärischen Gewicht der sowjetischen Truppen des Warschauer Pakts ausgeübt werden soll.

Unser Problem in Europa ist, daß die Bevölkerung - Herr Mertes sprach von der Motivation - in Deutschland, wenigsten in der Bundesrepublik, zwar aus Überzeugung keine kommunistischen oder ähnlichen Neigungen hat, daß aber insgesamt gesehen der Abwehrwille in Europa in beiden Bereichen stark zurückgegangen ist. Das gilt z. B. für den skandinavischen Bereich. Über die italienische Situation brauche ich nichts zu sagen. Inwieweit echter Abwehrwille im französischen Bereich vorhanden ist, kann ich nicht übersehen. Auf jeden Fall zeigt das hohe Maß an Kriegsdienstverweigerern in unserem Land, insbesondere der intellektuellen Jugend - vor allem bei den Gymnasiasten -, daß hier erstens nicht die Erkenntnis vorhanden ist, was eigentlich das Vorhanden-

sein der Bundeswehr bedeutet, und zweitens auch die Bereitschaft weiterhin nicht vorhanden ist, weil die Erkenntnis fehlt.

Ich persönlich bin der Auffassung, daß auch wir als CDU/CSU uns, wenn Sie so wollen, durchaus einen Vorwurf zu machen haben, nämlich insofern, als wir durch Jahre hindurch den Primat der Außenpolitik bzw. unser außenpolitisches Engagement nicht genügend herausgestellt haben. Wir haben es versäumt, die Bevölkerung über unsere Haltung in außenpolitischen Fragen aufzuklären. Wir haben unsere außenpolitischen Entscheidungen nicht verständlich machen können.

(Zustimmung)

Die Bevölkerung konnte uns in diesen Dingen nicht folgen, weil wir in der Vergangenheit in diesen Dingen viel zuwenig präsent gewesen sind.

Ich meine, daß wir gerade mit einer Verstärkung unseres europäischen Engagements ein stärkeres außenpolitisches Sich-Artikulieren einhergehen lassen müssen, um dieses Gebiet immer wieder anzusprechen, sei es in Veranstaltungen oder in Publikationen auf allen Ebenen. Denn wir müssen doch, um dem Osten überhaupt etwas entgegenzusetzen, zunächst eine allgemeine Haltung der Bevölkerung erzeugen. Der bloße Einsatz von Material nützt nichts, wenn nicht Menschen dahinterstehen, die bereit sind, sich gegen das System und alles, was damit zusammenhängt, zu wehren und es abzulehnen.

Auf weite Sicht besteht bei uns die Gefahr, daß, wenn die Erscheinungen, die uns in Europa augenblicklich solche Sorgen machen, weitergehen, bei der Kenntnis der Übermacht des Ostens - sei dies auch nur fiktiv und nur so empfunden - irgendwann und an irgendeiner Stelle bei uns eine Resignation und das Gefühl einsetzen: Dagegen können wir ja gar nichts tun. Ich meine, daß hier das europäische Engagement der CDU/CSU in unserem Land und gerade auch dieser Parteitag, auf dem auch das Engagement der Freunde aus den anderen Ländern so zum Ausdruck gekommen ist, ein neues Zeichen setzen können. Praktisch kann es einen neuen Aufbruch geben, der uns dazu bewegt und auch die Bevölkerung so ergreift, daß wir allmählich wieder einen neuen Weg in unsere Vorstellung des Abwehrwillens, der Standhaftigkeit und des Wissens darum finden, worum es uns in Europa wirklich geht.

(Beifall)

Vors. Erik Blumenfeld: Danke schön. - Zu Wort hat sich jetzt Frau Kuppe aus Baden-Württemberg gemeldet.

Frau Margarethe Kuppe: Man hat heute schon einmal Plato zitiert. Ich darf es vielleicht noch einmal tun. Ich finde, die ersten Ideologen überhaupt waren die Sophisten. Im Grunde genommen ist eine Ideologie ein geistiges Gebilde, das dazu bestimmt ist, Macht zu erringen, Macht zu bewahren und Macht zu erweitern. Die Wissenschaft unterscheidet sich hiervon grundsätzlich dadurch, daß sie Tatsachen, ihre Ursachen und ihre Folgen feststellt.

Es ist eigentlich ein intellektueller Skandal des 20. Jahrhunderts, daß der europäische Geist und die europäische Geistig-

keit so versagt haben. Im Grund genommen kommen wir in bezug auf die Jahre um 1945 jetzt eigentlich mindestens 30 Jahre zu spät auf die Definition und die Entschleierung der ideologischen Sprache.

Ich bedaure sehr, daß wir damit nicht viel früher begonnen haben. Damit scheint es mir auch zusammenzuhängen, daß die Entschleierungen des Begriffes "Sozialismus" so weit wirkt, daß wir noch gar nicht klar und entschieden genug erkannt haben, welcher Todfeind Europas uns hier gegenübersteht. Damit scheint es mir auch zusammenzuhängen, daß, was mir im Grunde genommen unverständlich ist, die europäische Politikergeneration und überhaupt die westliche Politikergeneration auf Begriffe wie "Entspannung" hereinfließen konnte. Ich habe diesem Frieden nie getraut, und ich halte mich nicht für einen Sonderfall.

Eigentlich müssen in all diesen Gremien, die die Politik machen, die Männer für die Frauen geradestehen, die hierzu keinen Zugang haben, und auch für die Kinder, die da noch nicht mitreden können.

Wie ist es eigentlich möglich, daß man heute feststellen kann, wie es Luns neulich auf der NATO-Konferenz getan hat, daß die Sowjetunion so viele U-Boote wie alle anderen Staaten zusammen hat? Die sind doch nicht vor drei Wochen vom Himmel gefallen. Das sind Entwicklungen, die man kommen sehen mußte. Da hätte man mit sehr viel mehr Klarheit, Entschiedenheit und Mut diese Dinge entschleiern müssen.

Solschenizyn hat völlig recht, wenn er in einer seiner amerikanischen Reden ausführt, er sei kein Atomexperte, aber er glaube nicht, daß die Anstrengung der Sowjetunion, mit ihren Waffen das Drei-, Vier-, das Fünffache der europäischen NATO zu erreichen, keinen Sinn habe. Es hat einen psychologischen und damit eben einen ganz gefährlichen politischen Sinn. Diese Anstrengung soll das bezwecken, was in etwa auch meine Vorrednerin ausgeführt hat. Sie soll jeden Widerstandswillen lähmen und als aussichtslos erscheinen lassen.

Ich bin der Meinung, daß, wenn hier eine Partei eine Aufgabe hat, in diesen Monaten vor der Bundestagswahl die CDU aufgerufen ist. Hier besteht die Gelegenheit, ganz klar zu argumentieren. Hier braucht man sich keinen Verschleierungen mehr hinzugeben, auch nicht der Meinung, daß gerade das eintritt, was uns vielleicht am angenehmsten ist, daß nämlich kein Überraschungsangriff käme. Vielleicht könnte man doch voraussetzen, daß etwa Herr Honnecker und die Seinen etwas ähnliches zu tun bereit wären wie Herr Fidel Castro auf Geheiß der Sowjetunion.

Ich finde es sehr gut, daß wir heute zu größerer Klarheit kommen. Ich finde auch diesen Nachmittag mit der Diskussion dieser ernstesten Probleme sehr gut. Helfen kann nur eines: Klarer Wein und reine Wahrheit und keine feige Verschleierung der Gefährlichkeit unserer allgemeinen Situation.

(Beifall)

Vors. Erik Blumenfeld: Das Wort hat Herr Fuchshuber.

Erich Fuchshuber: Die Fähigkeit der Verteidigung wird eigentlich von der Möglichkeit des Wollens beeinflusst. Der Wille ist wiederum

von der Motivation abhängig, und die Motivation ist in der Armee selbst zu suchen.

Ich hatte heute morgen ein Gespräch mit mehreren Offizieren der Bundeswehr, von der Luftwaffe und der Marine. Ich darf Ihnen den Tenor dieses Gesprächs wiedergeben.

Folgendes ist kennzeichnend. Teile des Offizierskorps befinden sich derzeit in einer Situation, die man als frustriert bezeichnen muß.

(Vereinzelter Beifall)

Es wurden Beispiele angeführt. Die militärische Lage wird durch den militärischen Führer gekennzeichnet und dem politischen Führer übertragen. Allerdings wurde geäußert, daß der militärische Führer über den Zustand der Truppe und dieser Armee offensichtlich nicht so informiert ist, wie es sein sollte.

Ein Beispiel aus einem Luftabwehrraketenverband. Wenn bei den sogenannten NATO-Überprüfungen unangekündigt die Einsatzbereitschaft einer Truppe überprüft werden soll und die Termine hierfür bereits ein Jahr bekannt sind und ein Gesamtverband ein Jahr lang nur auf diesen Termin hinarbeitet, um nachher als Verband in der Klassifizierung entsprechend belobt zu werden, dann gibt das zu denken. Hierbei fallen sämtliche Nebenaufgaben und auch wichtige Aufgaben unter den Tisch. Wenn die NATO-Überprüfung einer einzelnen Einheit oder eines einzelnen Verbandes nur so verstanden wird, dann kommt es dazu, daß aus sämtlichen Nachbarverbänden einsatzwichtiges Gerät, einsatzwichtiges Material, Elektronikteile und einsatzwichtiges Personal sowie Offiziere, die in bestimmten Tätigkeiten eingesetzt werden, ausgeliehen werden, um somit der Führung das Bild einer augenscheinlich gut funktionierenden Armee zu geben, wie sie tatsächlich überhaupt nicht besteht. - Bei dieser Äußerung kann ich die Frustration im Offizierskorps verstehen.

Zum zweiten. Immer mehr greift ein Denken platz, das dem Offizier, der nicht einer bestimmten Partei angehört, die Möglichkeiten des Ausstiegs offensichtlich versperrt. Die Situation an der Führungsakademie der Bundeswehr, die Vorgänge um den Kommandeur der Führungsakademie, General Wagemann, die Situation eines Generals Raulfs, in Offizierskreisen offensichtlich besprochen, geben heute zu der Befürchtung Anlaß, daß es für einen politisch Engagierten fast nicht mehr so wie früher möglich ist, eine militärische Karriere anzustreben, weil die ersten Angeln bereits in der Führungsakademie der Fortbildungsstufe C bzw. beim Generalstabslehrgang ausgelegt werden.

Drittens. Offensichtlich macht sich in der mittleren Schicht des Offizierskorps ein Opportunismus dahin breit, daß man seine eigene Meinung verschweigt, sich nach Möglichkeit der militärischen, politischen Denkweise anpaßt, um die eigene Karriere nicht zu gefährden. Das Karrieredenken an sich hat sowieso schon Platz gefunden. Das Job-Denken ist sowieso verbreitet. Vielleicht ist es so, daß wirkliche militärische Führer langsam Mangelware werden.

Ich möchte Sie, meine Herren, bitten, diese innere Situation der Bundeswehr doch genauso kritisch zu beleuchten, wie die große politische und militärische Lage.

(Beifall)

Vors. Erik Blumenfeld: Ich gebe das Wort Herrn Scheuer aus Baden-Württemberg.

Dr. Gerhard Scheuer: Meine Damen und Herren! Solange wir uns mit der Verteidigung ausreichend Mühe geben, so lange brauchen wir nicht damit zu rechnen, daß eine Krise mit einem Angriff beginnt. Herr General Bennecke hat das gesagt, und ich glaube, in dieser Einschätzung sind wir uns einig.

Das bedeutet, daß wir dann eben damit zu rechnen haben, wie es auch ausgesprochen wurde, daß die Waffen zu einer Erpressung benutzt werden. Es kann auch der von Frau Starlinger eben angesprochene Fall eintreten, daß die Krise mit einem begrenzten Konflikt beginnt, den man dann steigern kann.

In beiden Fällen ist aber zunächst einmal der Politiker in seiner Entschlußfähigkeit und seiner Standhaftigkeit gefordert. An dieser Stelle scheint mir eine der großen Schwierigkeiten zu stecken, die nicht zu sehr in der Entschlußfähigkeit des einzelnen Politikers liegt, der verantwortlich ist. Ich rede von der Zeit nach dem 3. Oktober; im Augenblick ist es noch etwas anders. Auch die Entscheidungsfreiheit des Politikers ist angesprochen. Ich habe nämlich den Eindruck, daß der Osten in zunehmendem Maße über die öffentliche Meinung einen ganz konkreten Druck auf die politische Führung auszuüben versucht. Dagegen kann man das tun, was eine meiner Vorrednerinnen gesagt hat: eine allgemeine Aufklärung. Dazu brauche ich nichts zu sagen; dazu ist schon etwas gesagt worden.

Ich möchte etwas zweites hinzufügen. Wir müssen damit rechnen, daß in einer ganz konkreten Situation ganz konkrete Verdächtigungen gegenüber unserer politischen Führung, der NATO und der Bundeswehr ausgestreut, Journalisten ins Ohr gesetzt, Politikern in den Mund gelegt und in die Öffentlichkeit gestreut werden. Wenn jemand einem Druck standhalten soll, der von Osten kommt, dann darf er nicht zur selben Zeit auch noch einem Druck ausgesetzt sein, den auf seinem Rücken auch noch der größere Teil der öffentlichen Meinung auf ihn ausübt.

Diese Dinge sind in der Zwischenzeit nicht mehr auf einige wenige Leute beschränkt, sondern das hat internationale Ausmaße angenommen. Vieles deutet darauf hin, daß das einheitlich aus der Sowjetunion gesteuert wird. So, wie diese Brüder, die da gestern vor unserer Kongreßtür gestanden und ihre Papiere verteilt haben; aber dieselbe Gruppe ruft auch Journalisten, ruft Abgeordnete, ruft Politiker aller möglichen Richtungen an, um ihnen einzureden, welche Gefahren irgendwo sind, um ihnen klarzumachen, sie müßten für dieses und müßten gegen jenes Stellung nehmen. Das ist im Augenblick, wie mir scheint, noch in der Vorbereitung. Das kann aber wesentlich größere Ausmaße annehmen. Wie stark man eine politische Meinung in einem Land untergraben und den ganzen Widerstand brechen kann, erleben wir an dem Kampf, den Herr Fanfani in diesen Wochen in Italien zu führen hat. Was wir brauchen - ich möchte es in einem kurzen Wort zusammenfassen -, das wäre ein europäisches Krisenmanagement in der Diktion und in der Behandlung der öffentlichen Meinung.

Vors. Erik Blumenfeld: Danke sehr. Wer wünscht als nächster das Wort?

Dr. Heinz Gehle: Ich habe eine Frage an den Strategen und an den Politiker. Im August werden es 22 Jahre her sein, daß das französische

sische Parlament die Beratungen über den EVG-Vertrag auf unbestimmte Zeit vertagt hat. Sind Sie der Meinung, daß es in irgendeiner Form noch einmal eine Möglichkeit gibt, eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu schaffen? Man könnte jetzt Großbritannien sofort mit einladen - es ist ja Teil der Europäischen Gemeinschaft -, und natürlich auch Spanien.

Ich halte das für sehr wichtig, daß man diese Möglichkeit wieder prüft. Nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, die ja im Artikel 38 die Möglichkeit vorsah, die Europäische Gemeinschaft zu schaffen - es ist ja auch schon die Satzung ausgearbeitet worden unter Führung von Dr. von Brentano -, gab es eine Erklärung der großen französischen Europäer, in der es u. a. hieß: Der Krenl strahlt, denn ein geteiltes Europa ist ein schwaches Europa.

Ich glaube, wir müssen, wenn wir Europa schaffen wollen, noch einmal überlegen, wie sich Europa bis zu einem gewissen Grade allein verteidigen kann. Die USA werden die ersten sein, die dafür dankbar sind, wenn diese Möglichkeit geschaffen wird.

Vors. Erik Blumenfeld: Die letzte Wortmeldung, bitte.

Erich Weidlich: Wenn wir uns hier über die Sicherheit und über die Freiheit Europas unterhalten, müssen wir doch an erster Stelle die Erkenntnis haben, wie sich das aufteilt, einmal in die Bemühungen auf militärischer Basis, zum anderen in die Bemühungen auf politischer Basis. Auf politischer Basis sollten wir die Sünden der Vergangenheit, die wir selbst begangen haben, einmal ganz deutlich erkennen, insbesondere, wenn wir unter der Losung unseres heutigen Parteitages antreten, daß wir Freiheit wieder als echten Wert gegen die Unfreiheit, gegen den Sozialismus setzen. Wir sollten ganz deutlich erkennen, daß auch wir in unserer Partei gewissen Perioden wellenartiger Bewußtseinsschwankungen unterworfen waren. Nur von Zeit zu Zeit, wenn sich unsere Unfreiheit einmal artikuliert - wie das am 17. Juni oder in Ungarn oder in der CSSR der Fall war -, dann schrecken auch unsere politischen Freunde aus der allgemeinen Lethargie der Bewußtseinstrübung auf, um wenige Tage später wieder zur Tagesordnung der Einschläferung überzugehen. Das scheint mir eines der wesentlichsten Übel zu sein. Ich kenne diese Tage auch in meiner Partei, wo viele Leute - ich sehe da gerade einen sitzen, Herrn Marx - eben "hoffnungslose Antikommunisten" oder aber "Ideologen von vorgestern" waren. Leute, die heute nicht mehr opportun sind. Solche Leute, die eben immer wieder auf die Gefahrenerelemente hinwiesen und eine Fortschreibung der Entwicklung der Unterdrückung in anderen Teil der Welt vornahmen, waren nicht immer ungeteilt bei uns beliebt. Ich glaube, wenn wir uns hier auf einem solchen Parteitag mit diesen Themen beschäftigen, sollten wir vor allen Dingen den Grundsatz in uns selber festigen, daß wir, unabhängig davon, wie die jeweilige öffentliche Lage durch die public relations ist, an der Bewußtseinsfront intensiv weiterarbeiten, daß jeder einzelne weiß, welche Werte er zur Verteidigung Europas überhaupt einzubringen hat. Hier, meine ich, waren wir etwas zu faul. Hier muß auch die Christlich Demokratische Union in der Tat aus der Gesamtverantwortung für unser Volk, aber auch für die Völker, die zu Europa zählen, die heute aber nicht die Freiheit haben, derartige Dinge vornehmen zu können, an der Bewußtseinsfront mehr Aktivität entwickeln. Das wäre meine Bitte. Ich meine, dies wäre eine echte

Aufgabe für die politische Tätigkeit über unser nächstes großes Ziel, über den 3. Oktober hinaus.

Vors. Erik Blumenfeld: Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Diskussion.

Ich möchte allen Diskutanten für die Disziplin danken, mit der sie ihre Wortmeldung innerhalb der vorgegebenen Zeit vorgebracht haben. Sie haben damit ein Beispiel insbesondere für die Parlamentarier gesetzt, denen ich das für die Zukunft als nachahmenswert empfehle.

Ich bitte jetzt zunächst Herrn Bennecke um seine Antwort, ebenfalls in fünf Minuten.

General a. D. Bennecke: Da es sich um verschiedene Bemerkungen handelt, möchte ich nach der Reihenfolge vorgehen.

Was Herr Dr. Mertes gesagt hat, fällt sicherlich in Ihr Ressort, Herr Marx; vielleicht wollen Sie dazu etwas sagen.

Auf die Frage von Herrn Friedeburg, ob eine Vorwarnzeit von 34 bis 36 Stunden ausreicht zu genügenden militärischen Vorbereitungen, lautet die berühmte Antwort: Es kommt darauf an. Entscheidend ist eigentlich nicht so sehr, wie viel Vorbereitungszeit auch für einen verhältnismäßig begrenzten Angriff auf der anderen Seite gebraucht wird. Das überschreitet sicherlich bei weitem 34 bis 36 Stunden von den ersten Anfängen an. Ich vermute, daß man darüber sogar früher einige Nachrichten bekommt. Aber nun kommt das Kritische - und das habe ich in meinen Schlußbemerkungen darzulegen versucht -: Nimmt die politische Führung diese Dinge so ernst, daß sie die notwendigen Gegenmaßnahmen ergreift?

(Beifall)

Rein theoretisch würden die 34 bis 36 Stunden ausreichen, um den größten Teil der NATO-Streitkräfte kampfbereit in Grenzesnähe zu haben.

Nun zur Frage der Definition von begrenzten Feindseligkeiten.

Das ist natürlich außerordentlich schwierig. Es ist aber auch die Frage, ob uns das überhaupt weiterhilft. Nach dem Buchstaben des Gesetzes, nämlich nach den Anweisungen im Falle eines feindlichen Angriffs und nach der sogenannten Strategie der flexible response ist jedem Angriff - und wenn es sich nur um eine Gruppe handelt, die über die Grenze tritt - zu begegnen. Wenn die Gruppe schon wieder verschwunden ist, bis die Bundeswehr kommt, weil sie vor dem Bundesgrenzschutz ausgerissen ist, entfällt natürlich die Frage. Ich entsinne mich einer Situation - ich war kommandierender General - , wo einige Panzer auf der anderen Seite der Elbe auftraten - in gefährlicher Situation. Entscheidend ist aber nicht so sehr, wie viele da sind, sondern ob dahinter der Wille Moskaus steht. Wenn Moskau den Willen hat, etwas zu unternehmen, dann ist es vorher genau bestimmt, wie viele und wie weit. Wenn es sich um 30 Quadratkilometer handelt, ist das der Kriegsfall. Darüber ist kein Zweifel.

Ausstrahlung militärischer Kampfhandlungen auf andere Stellen oder von politischen Spannungen im Nahen Osten: Das gefährlichste Beispiel ist für uns sicherlich Jugoslawien. Das ist aber zur gleichen Zeit ein Beispiel dafür, wie wichtig es ist, daß das westliche Bündnis darangeht, sich auszuweiten: den Raum, sachlich, bei welchen Gelegenheiten es nicht nur berät und sich informiert, sondern gemeinsame Beschlüsse faßt, auszuweiten auch territorial und auszuweiten notfalls auch militärisch. Das ist die einzige Möglichkeit, um solchen Dingen zu begegnen und natürlich die berühmten Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen, von denen ich am Ende meines Vortrages gesprochen habe.

Die beiden Damen, die über Abwehrwillen, über Traurigkeit der Entspannung usw. geredet haben, sprachen natürlich einem Soldaten aus der Seele. Ich wünschte, die Soldaten hätten überall eine so starke Unterstützung. Daß eine allgemeine Aufklärung des Volkes über die tatsächliche politische und militärische Lage und über die Bedrohung nur eine Unterstützung sein kann für die militärische Verteidigung Europas, scheint mir offensichtlich. Eines darf aber bei aller Aufklärung und bei aller Schilderung der Gefahr nicht eintreten, es darf nicht der Eindruck entstehen, daß für eine Verteidigung Europas und Deutschlands die Lage hoffnungslos sei. Das ist sie in der Tat nicht. Wenn man alles das, was am militärischen Mittel im Osten und im Westen ist, zusammenzählt, dann schneidet das westliche Bündnis nicht schlecht ab. Es schneidet nur deswegen schlecht ab, weil die Kräfte so disloziert sind, daß sie nicht dort sein können, wo der Angreifer, der ja immer die Vorhand hat, plötzlich auftreten kann, und es schneidet deswegen schlecht ab, weil oben an der Spitze des Bündnisses, das ja ein Bündnis freier, souveräner Staaten ist, die Entscheidungsfähigkeit so schwierig ist, weil alles auf Einstimmigkeit abgestellt ist.

Die Frage der frustrierten Bundeswehr ist natürlich außerordentlich schwer zu beantworten, wenn man nicht die Einzelheiten weiß. Wenn es so ist, wie Sie es geschildert haben, müßten die betreffenden Offiziere nach meiner Auffassung eigentlich eine schriftliche Meldung darüber machen.

Ebenso ist die Frage nach der Lage an der Führungsakademie und nach dem parteipolitischen Einfluß im Offizierskorps, von mir schwer zu beantworten. Nach unserer derzeitigen staatlichen Konstruktion würde mir am meisten einleuchten, wenn der Wehrbeauftragte, der ja ein Instrument des Parlaments ist, von dem Parlament den Auftrag bekäme, diesen Dingen nachzugehen und ein vom Verteidigungsministerium unabhängiges Gutachten vorzulegen.

Der letzte Sprecher hat die EVG angesprochen. Ich glaube nicht, daß die EVG - ich bin seinerzeit bei den Vorbereitungsarbeiten selber mit in Paris gewesen - in der damals geplanten Form überhaupt rekonstruierbar ist. Die Staaten würden sich auch nicht darauf einlassen. Damals sollte das gesamte Geld in einen gemeinsamen Topf getan werden, und aus diesem gemeinsamen Topf sollten die gemeinsamen Streitkräfte aufgestellt werden. Das würde militärisch auch eine Situation längerer Schwäche bedeuten; denn eine solche Umorganisation und Umstrukturierung hat natürlich sehr tiefgreifende Wirkungen. Ich meine deswegen, daß sich die Einigung Deutschlands nicht an dem Modell der alten EVG ausrichten sollte, so wichtig mir diese Einigung erscheint.

(Beifall)

Vors. Erik Blumenfeld: Vielen Dank. Ich bitte jetzt Herrn Werner Marx.

Dr. Werner Marx: Herr Vorsitzender! Niemand wird erstaunt sein, wenn ich sage, daß ich mit dem, was Herr Mertes vorgetragen hat, einig bin. Es ist in der Tat ein Hinweis auf eine sehr wichtige Sache, daß nämlich der Glaube an eine immer weiter um sich greifende tatsächliche Entspannung das Gefühl für die trotzdem vorhandene, sich in manchen Bereichen steigernde Bedrohung gemindert hat.

Ich darf, da eben gerade von militärischen Fragen die Rede war, sagen, ich erinnere mich an eine Reihe von Diskussionen mit jungen Soldaten und Offizieren in den Jahren 1971 und 1972. Damals war der sogenannte deutsch-sowjetische Vertrag der Öffentlichkeit fälschlicherweise als ein Gewaltverzichtsvertrag verkauft worden. Da haben mir bei einer abendlichen Diskussion junge Offiziere gesagt: Hören Sie bitte, wenn wir jetzt die Bilder sehen, daß Herr Brandt und Herr Breschnew einen Gewaltverzichtsvertrag miteinander abschließen, daß die Sowjetunion also vor aller Welt feierlich sagt, sie werde nicht zur Durchsetzung politischer Ziele Gewalt androhen - siehe die letzte TASS-Meldung! - oder Gewalt anwenden, dann ist doch im Grunde genommen unser Dasein - einer sagte sogar: unser Job - unsinnig; denn wir geben Geld aus, wir organisieren eine Armee, eine Allianz gegen einen Gegner, der doch, wie hier niedergelegt worden ist, gar nicht angreift und der - dieser Gedanke wurde dann mit hineingenommen - auch künftig am Verhandlungstisch gar nicht mehr mit militärischer Vehemenz auf seine Rechte pocht; es ist ja jetzt durch den Vertrag vieles geklärt.

So also kann eine solche Art von sehr tief wirkender psychologischer Propaganda bei denen mißverstanden werden, deren Aufgabe es ist, Verteidigung sozusagen unmittelbar zu handhaben.

Die Frage, die Herr Friedeburg vorgetragen hat, würde ich genauso beantworten, wie es Herr Bennecke gemacht hat. Wenn die Politiker begreifen, daß ein Angriff organisiert wird, dann werden sie daraus ihre Folgerungen ziehen. Ich will jetzt gar nicht sehr tief greifen, sondern - nachdem das israelische Beispiel gebracht worden ist - in aller Bescheidenheit nur an die Tatsache erinnern, daß nicht nur der Bundesnachrichtendienst, sondern auch andere Dienste den Aufmarsch und die Einschnürung der Tschechoslowakei gemeldet hatten. Aber wir haben am Tage, nachdem die Truppen bereits in Prag waren, im Fernsehen gesehen und in Meldungen gehört, auf welche vortreffliche Weise Flugzeuge der Bundeswehr eingesetzt wurden, um wichtige deutsche Politiker von ihren Ferienorten nach Bonn zurückzuholen.

Eine weitere Bemerkung: Wenn Sie wissen, in 48 Stunden wird aus einem Aufmarsch oder vielleicht aus einem Manöver heraus ein Angriff erfolgen, was geschieht dann? Dann antwortet Ihnen eine ganze Reihe von verantwortlichen Politikern mit der Gegenfrage: Sind Sie sich darüber klar, daß, wenn wir dann wirklich mobil machen, dies den Charakter der Eskalation hat und daß wir dadurch dann die Sache erst hochschaukeln? Das sind allemal die phantastischen Ausreden, die man sich zurechtlegt, um der entscheidenden Pflicht in einem schwierigen Augenblick ausweichen zu können.

Frau Starlinger, Sie haben auf etwas hingewiesen, von dem ich eigentlich nur dankbar sagen kann, daß es völlig richtig ist. Sie selbst haben darauf hingewiesen - und es gab dazu ja auch noch andere Bemerkungen - : in unserer eigenen Partei sind wir ja - ich will jetzt gar kein Jahr nennen - in gewissen Perioden unserer jüngeren Entwicklung mitunter von einer Reihe wichtiger politischer Einsichten und auch von der Bereitschaft, in der Außen- und Verteidigungspolitik das Unsere zu leisten, ein Stück weit abgegangen. Mitunter ist in der Tat mancher, der ohne Rücksicht auf Beliebtheit oder Unbeliebtheit versucht hat, die Wahrheit zu sagen, in eine etwas merkwürdige Situation gekommen. Man kann es sich natürlich auch viel leichter machen. Man kann da ein bißchen meckern und dort ein bißchen meckern, aber mit dem Strom mitschwimmen. Es hat allerdings einige gegeben, die eben nicht bereit waren, mizuschwimmen, sondern die auch die kantigen und unangenehmen Dinge aufzeigten. Ich habe gestern und heute manchen Satz gehört, der mich mit einer gewissen Befriedigung erfüllt hat, und ich habe dasselbe von einer Reihe von Kollegen gehört, die offenbar den gleichen Eindruck hatten, weil wir vor geraumer Zeit ähnliche Sätze gesagt und ähnliche Feststellungen getroffen haben; aber damals ist der Beifall ausgeblieben. Es freut uns, daß er heute da ist. Auch eine politische Partei kann lernen.

(Beifall)

Auch eine politische Partei soll das eine oder andere, was sie früher nicht so sah oder aus allen möglichen Gründen nicht so akzentuieren wollte, jetzt wieder sehen. Ich denke da auch an den schönen Hinweis auf die sowjetischen U-Boote, die ja in den letzten drei Wochen nicht vom Himmel gefallen sind.

Ich sehe gerade den Kollegen Wörner und eine Reihe von anderen Kollegen. Wie oft haben wir in den letzten Jahren Zahlen vorgelesen und gesagt, was sich da entwickelt. Und wie oft haben wir gesehen, daß der eine oder andere - es war nicht immer der politische Gegner - dann so laut herausfordernd gegähnt hat, daß wir unsere Darstellungen zurückhaltender formulierten.

Meine Damen und Herren, die Frage nach der Standhaftigkeit und Entscheidungsfreiheit eines Politikers habe ich damit eigentlich schon beantwortet. Sie wissen ja, daß die Gefahr besteht, wie es hier so lebhaft und eindrucksvoll ausgemalt worden ist, daß in Zeiten besonderer Schwierigkeiten Leute angeprangert und diffamiert werden, daß über sie alle möglichen privaten Geschichten erzählt werden, die man dann in Prozessen, die zwei oder drei Jahre dauern, auf den Nullpunkt bringt. Aber wenn dann jemand rehabilitiert wird, dann gibt es in der Zeitung anderthalb Zeilen. Vorher sind es jedoch Schlagzeilen, die einem Mann nicht nur die Ehre abschneiden, sondern ihm auch seine politische Wirksamkeit unmöglich machen.

(Beifall)

Ich würde die Frage EVG genauso beantworten, wie sie beantwortet wurde. Ich glaube nicht, daß das damalige Modell heute noch in wurde. Ich glaube nicht, daß das damalige Modell heute noch in irgendeiner Weise übersetzbar und einführbar wäre, entnehme aber dieser Frage und einer Reihe ganz anderer Diskussionen der letzten Wochen, daß doch viele den Wunsch haben, daß die europäische Komponente im Bereich der NATO die Notwendigkeit ihrer eigenen Stär-

kung erkennt und ihre Kräfte mobilisiert. Ich stimme dem Satz vollkommen zu, daß die Amerikaner sehr froh wären, wenn sich die Europäer so verhielten.

Ich hoffe, daß uns auch diese Diskussion ein Stück miteinander weitergebracht hat. Ich bedanke mich.

(Beifall)

Vorsitzender Erik Blumenfeld: Auch Ihnen, Werner Marx, sehr herzlichen Dank für die Schlußbemerkung.

Mir bleibt jetzt die Aufgabe, zunächst einmal den beiden Referenten für das zu danken, was sie uns an Substanz und an Wissen, an Analysen und Schlußfolgerungen in ihren kurzen Referaten in dieser zeitlich sehr begrenzten Form vorgetragen haben, sowie allen Diskutanten zu danken für die starke und intensive Diskussion, die doch einige gewichtige Hinweise gegeben hat, die ich nachher in meinem Bericht dem Plenum zu vermitteln versuchen werde. Es ist jetzt meine Aufgabe, innerhalb der nächsten Minuten dies alles zusammenzustellen und es dem Plenum mitzuteilen.

Wir haben natürlich nicht alle Punkte, die für die Sicherheit Europas notwendig sind, behandeln können. Das haben mir die beiden Herren Referenten von vornherein gesagt. Beispielsweise haben wir uns überhaupt nicht unterhalten können über die notwendige Standardisierung der Waffen in Europa, die wirklich erforderlich ist, wenn wir die Sicherheit in Europa auch auf diesem Gebiet verwirklichen wollen.

Ich möchte Ihnen aus einem Entschließungsantrag, den ich mit einigen Kollegen des Europäischen Parlaments eingebracht habe und der Ihnen jetzt nach der Mittagspause wohl vorliegen wird, einen Satz verlesen, der Ihnen zeigen soll, daß auch wir uns Gedanken darüber gemacht haben, wie wir in dieser für uns so wichtigen Frage konkret weiterkommen können. In einem Absatz dieser kurzen und aktuellen Probleme Europas ansprechenden Entschließungsantrags heißt es:

"Um die Aktionsfähigkeit Europas in der Welt zu sichern und seine Freiheit zu erhalten, ist die Form der außenpolitischen Zusammenarbeit in eine rechtliche Verpflichtung zu gemeinsamer Außenpolitik unter Einbeziehung der Sicherheitspolitik umzuwandeln, wobei mit der jeweiligen Beschlußfassung der Ministerrat als Organ der Europäischen Gemeinschaft zu betrauen ist."

Meine Damen und Herren, das bedeutet, wenn das von den Regierungen vollzogen werden sollte, in einem essentiellen Punkte die Aufgabe der bisher so eifersüchtig gewährten Souveränität zugunsten einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Außenpolitik. Wenn wir das morgen, wie ich hoffe, verabschieden, dann haben wir damit einen ganz wesentlichen Punkt in die Erörterung über die Zukunft Europas mit eingebracht.

Ich möchte mich noch einmal für Ihre Aufmerksamkeit und für die Diskussion sehr herzlich bedanken und Sie bitten, jetzt ins Plenum hinüberzugehen, wo der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Sir Christopher Soames, nunmehr sein Referat halten wird.

Die Sitzung ist beendet.

(Schluß der Sitzung: 16.28 Uhr)

Dienstag, 25. Mai 1976

Beginn: 14.35 Uhr

Europäische Gesellschaft - Wirtschaftliche und soziale Sicherheit für die Menschen in Europa

Vors., Walther Leisler Kiep: Meine Damen und Herren, nachdem es bei dieser Veranstaltung weniger auf Quantität als auf Qualität ankommt und weil die Zeit durch die Verlängerung des Vormittagsprogramms gekürzt ist, möchte ich vorschlagen, daß wir jetzt beginnen und daß sich später kommende Teilnehmer sozusagen in die laufende Diskussion einschalten.

Ich danke Ihnen, daß Sie gekommen sind, und begrüße insbesondere die beiden "introducers", Herrn von Bismarck und Herrn Norbert Blüm. Ich schlage Ihnen vor, daß wir die Diskussion, die sich an die einführenden Referate anschließt, nicht nach bestimmten Bereichen einengen und auch nicht etwa gemäß den beiden Hauptgesichtspunkten unserer Thematik - wirtschaftliche Sicherheit einerseits, soziale Sicherheit andererseits - aufteilen, sondern angesichts der kurzen Zeit, die zur Verfügung steht, sofort die gesamte Thematik zur Diskussion stellt. Sie wissen, daß wir unsere Diskussion um 16.30 Uhr abschließen müssen, und daß Sie mir insoweit vertrauen müssen, als ich nachher im Plenum des Parteitages in einer sehr kurzen Einlassung von fünf bis zehn Minuten die wesentlichen Punkte aus den Einführungsreferaten und den Diskussionsbeiträgen wiederzugeben habe.

Nach diesen einleitenden technischen Bemerkungen erlauben Sie mir bitte, kurz etwas zur Einführung in die Sache unseres Gesprächs zu sagen.

Wer sich die Mühe gemacht hat, den Bericht von Ministerpräsident Tindemans zu lesen, der in den letzten Wochen die Europapolitiker sehr stark beschäftigt hat, der wird sich an die Aussage Tindemans erinnern, es komme darauf an, den Zerfallsprozeß Europas aufzuhalten. Und wer sich die Mühe macht, bei Tindemans nachzulesen, wo er die Hauptverantwortlichen für die Stagnation Europas oder für jenen Zerfallsprozeß sieht, der wird feststellen, daß er im Gegensatz zu den Aussagen unserer Bundesregierung und auch einzelner Minister die Schuld hierfür weniger bei den Bürokraten oder Eurokraten in Brüssel, bei den Mitgliedern der Kommission, beim Europäischen Parlament oder sonst wo vermutet, sondern im Grunde genommen in der Unfähigkeit der nationalen Regierungen, die Hürden zu überspringen, die uns auch heute noch, wenige Minuten vor zwölf, von einem gemeinsam handelnden Europa trennen. Es wird einfach nicht realisiert, daß die Souveränität nur zurückgewonnen werden kann, wenn man sich zu später Stunde entschließt, sie gemeinsam auszuüben.

In diesem Zusammenhang spielt ohne jeden Zweifel die Wirtschafts- und die Sozialpolitik oder der Wirtschafts- und Sozialzustand Europas eine entscheidende Rolle, und wir müssen uns darüber klar sein, daß neben allen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West im politischen und im Sicherheitsbereich, neben den Problemen zwischen Nord und Süd, zwischen der industriellen und der Dritten und Vierten Welt, die Frage der erfolgreichen Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen in Europa eine entscheidende Aufgabe ist, von deren Lösung vieles, was unsere Zukunft heute in Frage stellt, abhängen wird.

Hier haben wir uns einer Diskussion zu stellen, die nicht an dem gewaltigen Gefälle vorbeigehen darf, das heute hinsichtlich der sozialen Sicherheit und der wirtschaftlichen Prosperität in Europa bzw. zwischen den Mitgliedsstaaten der EG besteht. Wir als Deutsche müssen zur Kenntnis nehmen, daß der Schatz von Gold und Devisenvorräten bei der Deutschen Bundesbank - um einmal ein Beispiel zu nehmen - bei aller Bedeutung, die er haben mag, auf der anderen Seite die Defizite und Verluste unserer Partnerstaaten widerspiegelt. Der Besitz ist also für sich allein kein Wert, der unsere Zukunft sichert. Unsere relative wirtschaftliche Stärke verpflichtet uns zu verantwortlichem Handeln in der Überwindung dieser Gegensätze.

In diesem Sinne kommt der Diskussion, die wir jetzt beginnen wollen, hohe Bedeutung zu, mehr Bedeutung, als ihr bei vielen vordergründigen Diskussionen über den Zustand Europas heute im allgemeinen beigemessen wird.

Ich darf jetzt gemäß unserer Absprache Herrn Dr. Philipp von Bismarck zu seiner Einführung das Wort erteilen. Nach ihm wird Herr Dr. Norbert Blüm sprechen.

Dr. Philipp von Bismarck: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das, was wir heute morgen in den sehr eindrucksvollen Reden gehört haben und was den Hintergrund dieser Diskussion bildet, gibt uns eine ganz bestimmte Kompaßzahl vor. Der Extrakt der heutigen Vormittagssitzung heißt nach meinem Verständnis: Europa muß sich entscheiden zwischen Einheit und Freiheit auf der einen Seite und Zersplitterung und Unfreiheit auf der anderen Seite. Wir können das Selbstbewußtsein Europas, seine Eigenart und die seiner Glieder nur bewahren, wenn wir eine unauflösbare Gemeinschaft schaffen. Die Verträge von Rom sind das Fundament. Das darauf gegründete Einigungswerk hat große Veränderungen in Europa hervorgebracht und uns eine sehr gute Chance verschafft. Aber es drängt nun auch zur Vollendung. Dies ist nicht mit weniger zu bewältigen als mit einer rechtsstaatlichen, demokratischen, sozialen Verfassung, die alle Nationen, die zur Gemeinschaft gehören, und ihre Bürger bindet.

Nur eine gemeinschaftliche Regierung, die sich auf ein unmittelbar gewähltes Parlament stützt, kann Europas innere Verhältnisse gerecht lösen und seine äußere Sicherheit und den Frieden bewahren. Wer weniger will, wird alles verlieren.

Auf Grund dieser Schau, wie sie mir aus dem, was ich heute morgen im Zusammenhang mit den Berichten, auf die schon Herr Kiep hingewiesen hat, klar zu sein scheint, möchte ich jetzt zu dem wirtschaftspolitischen Problem, besser Problembündel thesenartig

einleitende Bemerkungen machen. Was auf dem Fundament der Römischen Verträge geschaffen worden ist, ist eine nicht ganz, aber fast vollendete Zollunion, die ihren Nutzen für alle erwiesen hat. Die Wirtschafts- und Währungsunion ist zwar beschlossen, oft beschworen worden, kommt aber nicht vom Fleck. Woran liegt das? Als Hauptgrund, so scheint mir, muß erkannt und hier auf diesem Kongreß ausgesprochen werden, daß die Schaffung einer funktionierenden Wirtschafts- und Währungsunion ohne den endgültigen und irreversiblen Entschluß zur politischen Union nicht möglich ist. Nur wenn dieser Entschluß in naher Zukunft gefaßt wird - das haben wir heute morgen erneut gehört -, können schrittweise bleibende Fortschritte auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion erreicht und - dies möchte ich mit großem Ernst hinzufügen - der drohende Zerfall der Gemeinschaft aufgehalten werden. Die nicht vollendete Wirtschafts- und Währungsunion - das werden wir nachher sehen - führt einfach zu der Gefahr, die die ungeklärte Weltwährungslage für jeden Staat und jede Staatengruppe hervorbringt, nämlich der Gefahr der Zerstörung der Strukturen des Vertrauens und des Zusammenhalts. Wenn ich das in einem Bilde sagen darf: Der europäische Leib ist geschaffen, jetzt braucht er einen Kopf, wanner seine Seele nicht verlieren will. Daß ein Leib ohne Kopf tot ist, daran sind wir gewöhnt, aber daß ein Leib ohne Kopf kein Leben bewahren kann und gar keine Seele, fällt uns schwer einzusehen.

Ich möchte drei Grundthesen zur Debatte stellen: Die erste These lautet: Die politische Union braucht die Wirtschafts- und Währungsunion. Ich drehe das jetzt um. Von einer politischen Union wird ja unter anderem erwartet, daß sie wirtschaftliche Sicherheit, d.h. vor allem Vollbeschäftigung, Wachstum, soziale Leistungskraft und Gerechtigkeit - die beiden Worte muß man sorgfältig zusammen nennen; das eine ist ohne das andere nicht möglich oder nichts wert -, ausgeglichene Lebensverhältnisse in den Gliedstaaten, wie es die Römischen Verträge vorsehen, Freizügigkeit und die gesamtwirtschaftliche Anpassungsfähigkeit zum Ausgleich der weltwirtschaftlichen Einflüsse sichert. Dies ist nur möglich, wenn die Mindestvoraussetzungen für freiheitliche und wirksame wirtschaftspolitische Steuerung im Sinne des Setzens von Rahmenbedingungen gegeben sind. Die Mindestbedingungen dafür sind nun einmal ein Staatshaushalt von genügendem Gewicht, Steuerhoheit über einen erheblichen Teil des Steueraufkommens, eine einheitliche Währung und ein Zentralbanksystem mit ausreichenden Befugnissen. Ohne Verfügungsgewalt über einen wesentlichen Teil der wirtschaftlichen Kraft der Glieder kann eine politische Union weder Innen- noch Außenpolitik erfolgreich betreiben.

These 2: Die Wirtschafts- und Währungsunion ist ohne die politische Union nicht erreichbar. Vollbeschäftigung setzt als erstes die Unterbindung der Inflation voraus. Das haben wir in den letzten vier Jahren am eigenen Leibe erlebt, wie die Umkehrung lautet: Inflation ist die Mutter der Arbeitslosigkeit. Inflation läßt sich aber nur bekämpfen durch Steuerung der Geldmenge, anti-zyklische Finanzpolitik, konjunkturgerechte Steuerpolitik, langfristige Strukturpolitik und die Sicherung der Unabhängigkeit der Währung von außenwirtschaftlichen Einflüssen.

Erfolgreiche Entscheidungen, die die notwendigen Maßnahmen rechtzeitig eintreten lassen, verlangen eine starke politische Autorität und häufig schnelles Handeln. Verbündete Regierungen, die

ihren eigenen Parlamenten Rechenschaft schuldig sind, sind, wie wir wohl wissen, außerstande, solche Entscheidungen rechtzeitig - häufig notwendig: gegen massive Interessen im eigenen Lande - durchzusetzen. Ein Gleichschritt der Gliedstaaten, von dem in den letzten Jahren so oft die Rede ist, bei der Bekämpfung von Inflation, Arbeitslosigkeit und Währungsverfall ist ein Traumgebilde, von dem wir uns so schnell wie möglich lösen müssen.

Ohne politische Union ist auch ein wirksames Zentralbanksystem nicht erreichbar. Kein Gliedstaat wird das Recht der Geldmengensteuerung, um es einmal sehr vorsichtig und sehr nobel auszudrücken, an eine europäische Zentralbank geben, wenn er dort nicht selbst entscheidend vertreten ist. Konsultationen - sehr nützlich und erfolgreich - Empfehlungen und Beistandsversprechen können auf dem Weg der Wirtschafts- und Währungsunion gute Dienste leisten, sie aber nicht schaffen.

Nur eine politische Union kann ein einheitliches Steuersystem schaffen. Abhängigkeit von Mehrheit, von Wahlen und besonderen Umständen in den Gliedern der Gemeinschaft machen den Regierungen beim besten Willen die Herstellung eines einheitlichen Steuersystems und seine Anwendung unmöglich. Eine einheitliche Währung läßt sich durch das System der Schlange nicht schaffen. Dieses System setzt eben eine fast parallel laufende Wirtschaftsentwicklung voraus, die ohne einheitliche Rahmenbedingungen nicht sichergestellt werden kann. Die Schlange ist ein nützliches Tier, wie die meisten Bürger leider nicht wissen - die Schlange, die im Gras lebt -, aber sie kann die Währungseinheit nicht schaffen. Schließlich kann nur eine einem direkt gewählten Parlament verantwortliche europäische Regierung die Voraussetzung schaffen und die Bedingungen einhalten, die allen Bürgern Europas wirtschaftliche Sicherheit gewährleisten.

Ich möchte ein paar Zitate aus den Berichten von Herrn Tindemans und seiner Rede dazu bringen. Herr Tindemans hat heute gesagt: "Die Währungspolitik droht, Europa wieder zu zerstören." So ist es. Wenn die Währungsüberschüsse oder -defizite sich in der Zahlungsbilanz so weit voneinander entfernen, wie das in der Vergangenheit geschehen ist, hilft schließlich auch kein Beistand mehr. Es kommt dann zu dem, was jetzt im Gange ist, daß die Kapitalströme, die wir freizumachen hofften, wieder in den Zustand der Hemmungen der 60er Jahre zurückversetzt worden sind.

Herr Tindemans hat heute morgen in seiner Rede von einer "politischen Pilgerfahrt" gesprochen, die er durch die Länder der Europäischen Gemeinschaft angetreten hat. Man merkt seinem Bericht an, zu welchem weitgehender diplomatischer Demut ihn diese Pilgerfahrt offenbar nachher verleitet hat. Dennoch kann jeder, der in den Texten wirklich liest, seine tiefe Sorge erkennen.

Er sagt z.B., daß die Konjunkturpolitik deswegen nicht vorankomme - Konjunkturpolitik als Voraussetzung für gleiche Schritte -, weil die Richtlinien, die der Rat für die Inflationsbekämpfung nach einem Beschluß hätte erlassen sollen, einfach nicht erlassen worden sind. Er sagte dann - deprimierend für alle - bei der letzten Zusammenkunft des sogenannten Europäischen Rates, also der Spitze: In Luxemburg fehlte sogar der politische Wille, Europa voranzubringen.

An einer anderen Stelle sagte er - als Forderung, und das unterstreicht die These zwei -, daß eine Wirtschafts- und Währungsunion ohne endgültige Entschlüsse nicht vorankommt.

Er sagt: Freiwillige Verpflichtung ja, aber vorbehaltlose Erfüllung ist die Bedingung. Das ist der Preis, sagt er, für die Union, den wir zahlen müssen. Sonst, so formuliert er, sind wir in einem Europa ohne Überzeugung und ohne Zukunft.

Er zitiert bei seiner Beurteilung der Lage den Bericht von Marjolin, ein sehr sorgfältiger, ausführlicher Bericht über den Zustand der Union. Zwei Hauptursachen nennt der Bericht neben den von außen kommenden Schwierigkeiten für das Nichtvorankommen der Wirtschafts- und Währungsunion: Erstens erneut den fehlenden politischen Willen und zweitens ein ungenügendes Verständnis von Wesen einer Wirtschafts- und Währungsunion und von den Voraussetzungen für deren Zustandekommen und ihren Fortbestand. Und er sagt in demselben Bericht, notwendig wäre die politische Übereinstimmung über Tragweite und Konsequenzen unserer Verpflichtungen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wenn auf diesem Kongreß der Union, in Anwesenheit der bedeutendsten Vertreter der nicht sozialistischen Parteien Europas - mit der einen Ausnahme des Präsidenten von Frankreich -, nicht völlig klar wird, daß wir uns um die Wahrheit nicht herumdrücken, daß die politische Union als endgültiges Ziel feststehen muß, nachdem die wirtschaftliche Union zustande gebracht sein wird, dann haben wir einen wesentlichen Auftrag dieses Kongresses nicht erfüllt. Denn Tindemans sagt sehr richtig: "Die Sachverständigen haben bereits Jahre darüber diskutiert, aber noch immer keine Lösung gefunden. Die Fortschritte, die mit dem neuen und dem folgenden zu erläuternden Lösungsansatz" - den er dann bringt; darüber wird gleich zu reden sein - "erzielt werden können und müssen, gehen jedoch nicht so weit, wie dies für den die Europäische Union kennzeichnenden qualitativen Wandel nötig ist."

Genau das ist von ihm an anderer Stelle gesagt und auch heute deutlich gemacht worden. Er drückt es in der Form aus: Wir brauchen ein einziges Entscheidungszentrum. Er schlägt vor, die politische Verpflichtung in eine rechtliche, d.h. unauflösliche Bindung umzuwandeln. Das ist der Kernsatz, so scheint mir, des Berichtes. Ich glaube, ich kann für mich in Anspruch nehmen, daß das die klare Begründung meiner zweiten These ist.

Die dritte These betrifft die Freiheit. Sie lautet: Wirtschaftliche Sicherheit braucht Freiheit.

Niemand konnte das besser ausdrücken als Margaret Thatcher in ihrer Rede heute morgen. Wir meinen, daß die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik die dynamischen Kräfte unserer Bürger freigesetzt und die Schaffung sozialer Sicherheit in einem Höchstmaß möglich gemacht hat. Sie hat zugleich die personalen Freiheiten der Bürger gesichert und entfaltet. Vollbeschäftigung, Vermögensbildung in privater Hand und das System der dynamischen Renten kennzeichnen die von der CDU/CSU durch entschlossene Anwendung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft erreichten Erfolge.

Auch für Europa, so ist unsere Überzeugung, kann die Soziale Marktwirtschaft als Idee ähnliches leisten. Nur durch Anwendung des verbundenen Prinzips von Freiheit und Verantwortung, von

Leistung und sozialer Verpflichtung kann für die europäischen Bürger Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit geschaffen werden.

Nach unserer Überzeugung ist es eine der Hauptaufgaben der Christlich Demokratischen Parteien Europas, das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft in der Gemeinschaft bekannt und anerkannt zu machen, um es zum Grundprinzip der europäischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik werden zu lassen. Allerdings nicht in der Form der Belehrung, des Exports von Modellen, sondern als Dienst, als Beitrag aus unserer Erfahrung. Nur so kann Europa nach unserer Überzeugung die Kraft gewinnen, gleiche Entwicklungschancen für alle Glieder, gleiche Freiheiten und Sicherheiten für alle Bürger herzustellen.

(Beifall)

Vors. Walther Leisler Kiep: Vielen Dank, Herr von Bismarck.

Ich darf jetzt Herrn Dr. Norbert Blüm bitten, das Wort zu nehmen.

Dr. Norbert Blüm: Meine Damen und Herren! Die Ouvertüre zu meinen Bemerkungen läßt sich in drei Behauptungen zusammenfassen.

Erstens: Europa wurde schon oft totgesagt und lebt noch immer; das ist eine Beruhigung.

Zweitens: Es gibt keine Sicherheit, daß den einmal vorliegenden Todesanzügen auch die Tatsachen entsprechen; das ist eine Beruhigung.

Drittens: Krise ist nicht nur Gefahr, sondern auch Chance, nämlich Chance zur Wende, die wir vollbringen. Mit dem Ernst der Herausforderung verbindet sich also der Spaß, daß wir etwas schaffen können, daß wir eine Wende herbeiführen können.

In dieser realistischen Politik müssen die Bürger ihre Wünsche, Sehnsüchte, Hoffnungen wiedererkennen, aber auch ihre alltäglichen Erfahrungen. Deshalb muß Europa wirtschafts- und sozialpolitisch erfahrbar gemacht werden; denn noch immer prägt Wirtschaft, prägen die sozialen Verhältnisse sehr entscheidend das Leben. Ohne ein soziales Europa gibt es kein freies Europa. Freiheit, wie wir sie meinen, ist die Freiheit aller. Eine Freiheit, die auf Privilegien beruht, ist eine Beschränkung der Freiheit derjenigen, die diese Privilegien nicht besitzen. Freiheit wird also nicht nur durch nivellierende Eintönigkeit, sondern auch durch die Ungleichheit der Chancen gestört.

Gleiche Chancen für alle heißt nicht dieselben Chancen für alle, sondern nur vergleichbare Chancen für jeden im freien Europa. Deshalb - ich finde, das sollten wir nicht vergessen, meine Damen und Herren - wird das freie Europa nicht allein durch die kommunistische Expansion von außen und durch die sozialistische Einebnung im Innern bedroht, sondern das freie Europa wird auch durch soziale Ungerechtigkeit bedroht.

(Beifall)

Um es weniger akademisch zu sagen: Ich halte jene Handvoll spanischer Familien, die das Banksystem in Spanien kontrollieren und sich einer gesellschaftlichen Entwicklung in den Weg stellen, für eine ebenso große Gefährdung der Freiheit wie jene britischen

Gewerkschaften, die sich wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten entgegenstellen.

(Beifall)

Unsere Anstrengungen für diese europäische Einheit müssen deshalb eine Wirtschafts- und Sozialpolitik in europäischem Ausmaß hervorbringen. Was wir als handfestes Mitbringsel einbringen, sind die Erfahrungen: bundesrepublikanische Erfahrungen, heimatische Erfahrungen, auch Erfahrungen mit unseren eigenen Fehlern, gerade auch der Fehler der letzten Jahre.

Erste Erfahrung: Wirtschaftliche Stabilität ist die Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit. Es gibt keine gute Sozialpolitik ohne gute Wirtschaftspolitik. Wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren, wie unsere Urgroßväter früher sagten. In unsere Sprache übersetzt heißt das: Wo nichts produziert wird, kann nichts verteilt werden. Ich sage nicht, daß eine perfekte Wirtschaftspolitik schon eine gute Sozialpolitik wäre; denn erstens ist nicht alles, was in der Sozialpolitik geschieht, Verteilung, und zweitens ist eine florierende Wirtschaft trotz sozialer Ungerechtigkeit denkbar, wenn auch nicht auf Dauer. Wir wollen ja ein dauerhaftes Europa.

Das freie Europa muß wirtschaftlich gesund sein, denn es gibt gar nicht so viel sozialpolitisch helfende Hände, wie wirtschaftspolitisch Wunden geschlagen werden können. Dennoch möchte ich mich gegen eine europäische Sozialpolitik wenden, in der die Sozialpolitiker sozusagen die Meßdiener der Wirtschaftspolitik sind.

Ein Großteil der sozialpolitischen Initiativen der letzten Jahre auf dem europäischen Feld galt leider nur dem Ausgleich wirtschaftspolitischer Unebenheiten. Damit kein Mißverständnis aufkommt: Ich bin gegen Wettbewerbsverzerrungen. Sie müssen abgebaut werden; das ist notwendig. Aber eine Sozialpolitik, die nur durch Ausgleich von Wettbewerbsnachteilen mobilisiert wird, ist eine abhängige Variable der Wirtschaftsintegration. Eine solche Sozialpolitik entwickelt keine Kraft und keine Faszination für eine gerechte Sozialordnung.

Diese gerechte Sozialordnung wird in Europa durch den Skandal hoher Arbeitslosigkeit bedroht. 5 1/2 Millionen Arbeitslose in der Europäischen Gemeinschaft, davon 1,5 Millionen jugendliche Arbeitslose, das ist sozusagen die aktuelle europäische Soziallage, auf der wir Integration betreiben.

Arbeit für alle ist deshalb die vitale Forderung der Freiheit für alle. Doch Arbeit wird ein knappes Gut, offenbar so knapp wie Kapital früher und heute. Soziale Sicherheit ist wichtig, gerechte Verteilung des Eigentums ist wichtig, Mitbestimmung und Mitwirkung sind wichtig. Aber ohne Arbeit für alle ist dies alles nichts.

Es darf nicht sein, daß Arbeit sozusagen die Abteilung Zubehör und Ersatzteile der Konjunkturpolitik wird. Auf dem Arbeitsmarkt dürfen die Menschen nicht nach regionaler oder sektoraler Wirtschaftsstärke und Konjunkturstand hin und her geschoben werden.

Wenn das Recht der Wanderarbeiter verbessert wurde, ist das ein Fortschritt für Europa. Wir wollen ihn nicht kleinschreiben;

schon gar nicht, daß er anderthalb Jahre führer als beabsichtigt in Kraft tritt. Dennoch ist dies immer noch angepaßte Sozialpolitik. Sie wird erst dann zur Sozialordnungspolitik, wenn die Arbeit überall dort zu finden ist, wo die Menschen zu Hause sind. Gerade wir hier in Deutschland haben ja in unserer jüngsten Geschichte unter der Beschädigung des Rechtes auf Heimat, unter der Verletzung des Heimatrechts leiden müssen. Deshalb müssen wir uns am die Spitze der Anstrengungen stellen, damit sich das Recht auf Heimat mit dem Recht auf Arbeit verbindet, daß also die Menschen dort Arbeit finden, wo sie zu Hause sind. Die Maschinen müssen dorthin, wo die Menschen wohnen; die Menschen sollen nicht den Maschinen nachlaufen.

(Beifall)

Wir sind nicht gegen die Mobilität der Arbeitnehmer. Sie ist eine Bedingung einer dynamischen Wirtschaft. Nur huldigen wir nicht der Utopie einer permanenten Völkerwanderung. Gastarbeiter sind keine Konjunkturschwalben; im Konjunkturoch bei uns, im Konjunkturwinter zu Hause. Das ist nicht die Mobilität, die wir meinen. Arbeit für alle, aber nicht erst in der Ferne!

Die Arbeitnehmer, die wir beschönigend "Gast"-Arbeiter nennen, sollen hier bei uns so leben können, wie wir es für uns selbst wünschen. Arbeitnehmer sind nicht nur Arbeitskraft - wer das behauptet, würde marxistische Urteile bestätigen -; Arbeitnehmer sind auch Bürger und Familienväter. Die Kinder der Gastarbeiter können nicht vor der Tür unseres Sozialsystems stehen. Für jedes zehnte Kind hier in der Bundesrepublik ist Deutsch bereits eine Fremdsprache. Das macht das ganze Ausmaß der Anstrengungen deutlich, deren es bedarf, um ein ernstzunehmendes Integrationsangebot für diejenigen zu schaffen, die bei uns arbeiten. Das Recht auf Arbeit kann die jetzigen Gastarbeiterströme nur als Umweg akzeptieren. Immerhin haben wir ja 600 000 Gastarbeiter nach Hause geschickt, haben also sozusagen unsere Arbeitslosigkeit exportiert. Arbeit für alle muß sich an der Richtschnur orientieren, daß Arbeit auch in der jeweiligen Heimat der Arbeitnehmer eine Chance hat.

Dieses Programm fordert eine neue Solidarität, vor allem auch von den Arbeitnehmern. Die geforderte Solidarität basiert - wollen wir nicht großspurig sein und uns nicht auf ein hohes Roß begeben - keineswegs auf einer Art sentimentaler Barmherzigkeit, sondern entspringt der Einsicht, daß wir im freien Europa nur dann sozial befriedigt leben, wenn a l l e sozial befriedigt leben. Es gibt keine Insel der Seligen, auch keine Insel der seligen Bundesrepublikaner.

Deshalb verfängt auch der Schmidt'sche Trost nicht, es gehe uns besser als denen im Ausland, wir hätten weniger Arbeitslose. Erstens stimmt das so glattt und einfach nicht, und zweitens, wenn es nicht überall in Europa wenige Arbeitslose gibt, wird es sehr schnell bei uns mehr Arbeitslose geben.

(Beifall)

Es ist eben ein schwacher Trost zu wissen, daß der Brand im Nachbarhaus schon im Keller angelangt ist, wenn es im eigenen Haus erst im Dachstuhl brennt. Wenn wir nicht gemeinsam etwas im

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit unternehmen, wird es in Europa zum Flächenbrand kommen.

Das Programm nationaler Überheblichkeit ist das Programm kurz-sichtiger Spießbürger, auch wenn es von dem Herrn Bundeskanzler verkündet wird. Vielleicht ist er treffend charakterisiert als ein Spießbürger, der sich als Macher verkleidet hat.

(Beifall)

Wenn auf sozialdemokratisch dekorierten Litfaßsäulen zu lesen ist, wie gut es uns geht und daß wir "vielleicht ein Modell für andere" sind, dann fehlt eigentlich nur noch Kaiser Wilhelm und "am deutschen Wesen soll die Welt genesen".

(Heiterkeit)

Unsere europäischen Nachbarn, so fürchte ich, wollen keinen Modellexport, sondern Solidarität mit uns. Europa gibt es nicht als Modellmuseum, sondern nur als solidarische Wirklichkeit; oder es gibt es überhaupt nicht.

(Beifall)

Arbeitsmarktpolitik auch in europäischen Dimensionen hat nicht zum Ziel, Arbeitslosigkeit zu finanzieren, sondern Vollbeschäftigung zu ermöglichen. Es kommt uns auch billiger, ganz abgesehen davon, daß es auch humaner ist, für Arbeitsplätze zu sorgen, als Arbeitslose zu unterstützen.

Eine Strategie der Vollbeschäftigung muß in Europa wie überall auf verschiedene Zeitebenen angelegt sein. Es genügt nicht, nur langfristige Lösungen anzubieten. Langfristig ist ein Teil der jetzt Arbeitslosen Rentner. Kurzfristig muß geholfen werden. Andererseits ist eine Kurzzeitpolitik, die nicht weiß, wolang es geht, in Gefahr, sich im Kreise zu drehen. Deshalb brauchen wir ein System der Beschäftigungshilfen, Anreize für Neueinstellungen im europäischen Rahmen. Ansätze sind bereits vorhanden. Ihre Nutzung wird zum Teil durch einen Mangel an Beratung und Aufklärung behindert. Denn der sizilianische Landarbeiter hat nichts von europäischen Hilfen, wenn er sie nicht kennt. Das System der Information und Beratung muß deshalb intensiviert und europäisch koordiniert werden.

Mittelfristig wird eine gezielte Strukturpolitik die Chancen für Vollbeschäftigung erhöhen müssen. Strukturpolitische Hilfen haben im Bereich von Kohle und Stahl ihre Bewährungsprobe bestanden. Ohne eine auch europäische Unterstützung wäre uns der Strukturwandel im Bergbau und in der Montanindustrie nicht geglückt. Aber es kommen neue Probleme des Strukturwandels, auch der industriellen Veränderung, auf uns zu, beispielsweise im Bereich der Textil- und Bekleidungsindustrie. Das regionale Gefälle ist in letzter Zeit nicht schwächer geworden. Man spricht von einer Relation 4 : 1 im Verhältnis Nord-Süd. Ich fürchte, daß der von uns allen gewünschte wirtschaftliche Konsolidierungsprozeß den Sog in die Wachstumsregionen wieder verstärken wird. Strukturpolitik wird gegensteuern müssen, denn sonst werden am Ende der Krise die fortgeschrittenen Regionen weiter enteilt sein, die großen Unternehmen größer und die starken stärker geworden sein.

Das erleben wir ja auch im bundesrepublikanischen "Modell": Der Mittelstand ist durch die Krise am meisten bedroht.

Die Instrumente sind vorhanden. Der europäische Sozialfonds ist sozusagen der Topf, aus dem diese Politik unterstützt werden muß.

Dennoch, das Desaster auf dem europäischen Arbeitsmarkt ist nicht allein konjunkturell-politischer Natur. Deshalb warne ich auch vor der Hoffnung, ein konjunkturpolitisches Hoch sei bereits ein arbeitsmarktpolitischer Aufschwung. Das ist eine Formel, die weder hier noch anderswo stimmt. Hinter den konjunkturellen Problemen verstecken sich meines Erachtens die Probleme eines tiefgreifenden Wandels der industriellen Zivilisation.

Eine Politik, die Arbeit für alle schafft, wird in Rechnung stellen müssen, daß die knapper werdende Arbeit auch Konsequenzen für die Arbeitszeit hat. Wir wollen keine Klassengesellschaft, auch keine neue Klasse privilegierter Arbeitnehmer, die Arbeit besitzen; das sind dann die Arbeitsbesitzer, und die anderen bilden die Klasse derjenigen, die keine Arbeit haben. Zwischen diesen beiden Arbeitnehmergruppen würden sich Verteilungskämpfe abspielen.

Eine Politik behutsamer Arbeitsverteilung muß marktwirtschaftlich, vornehmlich von den Tarifpartnern, betrieben werden. Den europäischen Institutionen fällt dabei die Aufgabe zu, sozusagen den Konsens der Sozialpartner durch rechtsetzende Übereinkünfte abzusichern und auch auf jene zu übertragen, die von den Tarifverträgen nicht erreicht werden. In diesem Zusammenhang gehört die Empfehlung der Kommission, bis 1978 die Vierzig-Stunden-Woche und den Vier-Wochen-Jahresurlaub überall in Europa einzuführen. Bei dieser Strategie dürfen die Sozialpartner eben nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Denn wir wollen ja kein Europa, in dem die staatlichen Institutionen alles an sich ziehen. Wir brauchen eine Tarifpolitik, die einen Teil der allgemeinen Verantwortung übernimmt. Wir brauchen eine Tarifpolitik, in der Einkommenspolitik und Arbeitszeitpolitik aufeinander abgestimmt sind. Denn was durch Arbeitszeitverkürzung aufgezehrt ist, kann nicht noch einmal für Einkommenserhöhungen ausgegeben werden.

Unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Chancengleichheit kann eine solche Politik der Arbeitszeitverkürzung nur europäische Ausmaße haben. Deshalb brauchen wir auch eine europäische Tarifpolitik. Die europäischen Gewerkschaften sind jedoch leider vorerst mehr noch eine Kongreßchimäre als eine Aktionseinheit. Es muß aber gehandelt werden. Die Unternehmer haben sich als anpassungsfähiger erwiesen; das muß neidlos anerkannt werden. Kapital ist längst und Gott sei Dank international. Es ist jedoch nicht gut für eine freiheitliche Sozialordnung, wenn es nicht auch eine ebenso handfeste konkrete internationale Gewerkschaftsbewegung gibt.

In der europäischen Gewerkschaftsbewegung geht es - entgegen anderslautenden Meldungen - jedenfalls aus meiner Sicht weniger um die Frage christliche Gewerkschaften oder nicht christliche Gewerkschaften, sondern da geht es knallhart um die Alternative: freiheitliche Gewerkschaften oder kommunistische Gewerkschaften.

(Beifall)

Freie Gewerkschaften müssen unabhängig von Staat und Parteien sein, wenn sie ihren Auftrag erfüllen sollen. Die großen sozialen Fragen der Zukunft erfordern ein Bündnis aller Betroffenen, damit aus den Betroffenen Beteiligte werden. Nur indem sie Beteiligte sind, können wir einen Integrationsprozeß in Aussicht stellen, der von der Zustimmung der Völker getragen ist.

Die Konflikte nehmen zu. Das Tempo der Wohlstandssteigerung nimmt ab. In einer solchen Zeit helfen keine klassenkämpferischen Kraftakte, sondern hilft nur die ständige Anstrengung zur Übereinstimmung, und zwar zu einer Übereinstimmung, bei der niemand vor der Tür steht und niemand übers Ohr gehauen wird. Wir brauchen eine europäisch-konzertierte Aktion für Stabilität und sozialen Fortschritt. Deshalb sollten wir es begrüßen, wenn im nächsten Monat auf europäischer Ebene eine Konferenz der Regierungen und der Sozialpartner stattfindet.

Der Kuchen, den wir als Sozialprodukt verzehren, ist nur einmal da. Eine Einkommenspolitik, die sozial ist, wird kein Einheitsbrei sein können. Aber sie wird den Abstand zwischen arm und reich in Europa nicht vergrößern, sondern wird ihn verkleinern müssen.

Die Inflation hat das reale Einkommensgefälle verstärkt. Bekanntlich beißt die Inflation ja die Letzten, die Ärmsten am ärgsten. Eine Einkommenspolitik, die einerseits Inflation vermeidet und andererseits dennoch dem Anspruch der sozialen Gerechtigkeit standhält, die für Vollbeschäftigung sorgt, wird das Einkommen nicht nur auf den konsumfähigen Teil des wirtschaftlichen Ergebnisses erstrecken, sondern auch den investiven Teil in Anspruch nehmen. Die Idee des Miteigentums erweist sich als ein gesellschaftspolitisches Konzept, das nicht im Gegensatz zu den wirtschaftspolitischen Forderungen steht; denn es ist sowohl wirtschaftspolitisch erwünscht wie auch gesellschaftspolitisch notwendig, daß in Europa von mehr Eigentümern mehr Eigentum investiert wird.

(Beifall)

Die Integration wird nur möglich sein, wenn es mehr Entscheidungssicherheit gibt. Eine unberechenbare, willkürliche Zukunft ist nicht der Boden, auf dem sich Zusammenarbeit etablieren kann und auf dem sich Zusammenwachsen vollzieht. Deshalb gefährdet die Inflation die europäische Einheit, weil sie ein Stück Irrationalität in die europäische Politik einbringt. Ich brauche in dem Zusammenhang nur auf das zu verweisen, was Herr von Bismarck zur Währungs- und Wirtschaftsunion gesagt hat. Man hatte ja nicht gedacht, daß der europäische Agrarmarkt eine Insel bleiben sollte, sondern er war als Anfang gedacht. Die Handelsunion war keinesfalls als die Erfüllung unserer Wünsche gedacht. Wir müssen weiterbauen und dürfen nicht bei dem Erreichten stehenbleiben, weil dies Rückschritt bedeuten würde.

(Beifall)

Die Integration des sozialen Sicherungssystems wird sich in Europa nicht als fugenlose Harmonie der nationalen Sozialpolitiken durchführen lassen. Aber die Ziele können und müssen untereinander abgestimmt werden. Die Geschichte hat einen bunten Teppich sozialer Sicherheit in Europa gewebt, und mancherorts ist daraus ein Flickenteppich geworden. Die Sozialpolitik -vielleicht macht das ihre Lebensnähe aus - hat sich nirgendwo und niemals durch ein

besonderes Ausmaß von Systematik ausgezeichnet. Um so schwieriger ist es jetzt, aus den höchst unterschiedlichen Sozialsystemen die Bausteine eines europäischen Sozialsystems zu gewinnen. Ich warne deshalb vor einem übertriebenen Perfektionsimus wie vor nationaler sozialpolitischer Schrebergärtnerei. Dazwischen werden wir unseren Weg suchen müssen.

Was wir jetzt brauchen, ist zunächst mehr Durchsicht. Die Vielzahl europäischer Sozialinitiativen muß kanalisiert werden. Das jetzt vorliegende europäische Sozialbudget ist erster Schritt. Bekanntlich ist das Bewußtsein sozialer Sicherheit nicht nur von der Höhe der Sozialleistungen, sondern auch davon abhängig, daß man weiß, wie das Sozialsystem aussieht und wie es funktioniert.

Es muß damit begonnen werden, in den Urwald der Ausschüsse, Institutionen, Sonderräte usw. ein paar Schneisen zu schlagen. Ständiger Ausschuß für Beschäftigung, Wirtschafts- und Sozialausschuß und ähnliche Einrichtungen sollten ihre Arbeit in einen Zusammenhang bringen. Wir können uns den Luxus von Doppelbeschäftigungen nicht leisten. Wir brauchen eine Gliederung der Zuständigkeiten, keinen institutionellen Irrgarten. Das ist der erste und wichtigste Beitrag zur Vereinheitlichung unserer Bemühungen.

Wir werden in Europa die nationalen Sozialsysteme auch deshalb nicht einfach zusammenlegen können, weil sie von höchst unterschiedlichen kulturellen und gesellschaftlichen Vorgegebenheiten ausgehen, die wir nicht einfach niederwalzen wollen und können. In einigen Ländern ist die soziale Sicherheit mehr staatliche Aufgabe, in anderen ist sie die Aufgabe von Solidareinrichtungen. In Frankreich hat die Familienpolitik auch finanzielle Priorität, während sie bei uns mehr bei der Alterssicherung liegt.

Wir werden gar nicht die Mittel haben, das jeweils höchste Niveau zum Harmonisierungsmaßstab zu machen. Abbau ist auch nicht zumutbar. Also bleibt, daß wir den Ausbau aufeinander abstimmen. Vielleicht wäre ein erster Schritt, daß man eine Konsultationspflicht für den Fall, daß die nationale Politik fortentwickelt werden soll, vorsieht, so daß man sich beim Ausbau der Sozialgesetzgebung wechselseitig abstimmt.

Das Subsidiaritätsprinzip könnte eine weitere Hilfe sein, uns zu entlasten und uns zu bewahren vor übertriebenem Integrationsperfektionismus, der mit Sicherheit steckenbleiben würde. Aber das Subsidiaritätsprinzip darf auch in Europa nicht verstanden werden als ein Zuständigkeitsminimalismus für die europäischen Institutionen. Was die Nationstaaten nicht leisten können, muß eben Europa zuwachsen; auch das wird vom Subsidiaritätsprinzip gefordert.

Europa braucht mehr Autorität. Beschlußgremien, die nur Empfehlungen produzieren, welche auf den guten Willen ihrer Empfänger angewiesen sind, degenerieren zusehends zu Produktionsstätten von bedrucktem Papier: Beschlüsse ohne Folgen.

Im Bereich der Sozialpolitik brauchen wir mehr europäische Zuständigkeit bei der Festsetzung von Mindestnormen der Sozialpolitik und auch von Mindestnormen der Lohnbemessung.

Tindemans fordert mit Recht auch mehr Ausführungskompetenzen für die Gremien, die verbindliche Beschlüsse fassen sollen. Denn der Verantwortungswirrwarr schafft ja auch die Schlupflöcher, durch die die Verbindlichkeiten wieder entweichen.

Der Bundeskanzler macht sich zu Unrecht lustig über die Brüsseler Bürokratie. Wer ihre Autorität so hemdsärmelig untergräbt, darf sich über die politische Impotenz der Brüsseler Kommission nicht wundern.

(Beifall)

Dieser Vorwurf erweist sich als ein Bumerang.

Die Gemeinschaft darf auch nicht selbstverliebt mit sich selbst beschäftigt bleiben. Einheit kann und muß auch durch gemeinsame Aufgaben nach außen gestärkt werden. Deshalb fordert die Christlich Demokratische Union zu Recht die Europäisierung der Entwicklungspolitik. Dies wird nicht nur unsere Kraft zur Hilfe stärken und uns von nationalem Prestigedenken befreien, das im Kampf gegen die Armut wirklich keinen Platz hat, sondern wird auch unsere Gemeinschaft kräftigen.

Mit den neuen Aufgaben entstehen neue Konflikte. Die Integration wird sich nicht geräuschlos vollziehen. Nur, meine Damen und Herren, dessen bin ich sicher: Die technokratischen Macher, die technokratischen Eliten werden bestenfalls einen Beitrag zur Versachlichung der Auseinandersetzungen leisten können. Sie werden uns nicht die Ziele vorgeben können. Von ihnen wird nicht die motivierende, die mobilisierende Kraft für die Einheit Europas ausgehen. Ihre Geschäftigkeit täuscht Bewegung vor und ist tatsächlich nur ein Treten auf der Stelle. Europa wird nicht in Spitzengesprächen von Spitzenpolitikern auf Spitzenbegegnungen geschaffen, sondern nur durch die Zustimmung aller. Darum geht es auch bei der wirtschaftlichen und sozialen Einheit: dieses Europa im Alltag erfahrbar zu machen. Es geht jetzt, nach Hannover, nicht um einen Detailkatalog einer europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern um den Anstoß für eine neue Anstrengung. Das freie Europa muß für jeden seiner Bürger erlebbar sein. Das freie Europa kann nur dann ein freies Europa sein, wenn es ein Europa der sozialen Gerechtigkeit gibt.

(Lebhafter Beifall)

Gesprächsleiter Walther Leisler Kiep: Vielen Dank, Herr Dr. Blüm! - Meine Damen und Herren, ich darf ohne weitere Vorrede die Diskussion eröffnen. Ich möchte Sie nur daran erinnern, daß das Plenum des Parteitages um 16.30 Uhr wieder eröffnet wird und daß wir die Diskussion rechtzeitig vorher abbrechen müssen.

Als erster hat Herr Dr. Burkhard Ritz das Wort.

Dr. Burkhard Ritz: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es mag ein Wagnis sein, nach den großen Perspektiven des heutigen Vormittags und der beiden soeben gehörten Referate über ein Stück europäischer Wirklichkeit zu sprechen, das wie kein anderes im Widerstreit politischer Meinungen und Urteile steht. Ich meine die europäische Agrarpolitik. Ich glaube, wir würden der Aufgabe des heutigen Tages nicht gerecht, wenn wir nicht auch über jene Perspektiven sprechen würden, die uns vielleicht nicht immer in unser großes Konzept hineinzupassen scheinen.

Ich sagte, die europäische Agrarpolitik steht im Meinungsstreit. Dabei ist nicht zu verkennen, daß zumindest in der breiten Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland die Urteile überwiegend negativ sind. Der Bundeskanzler hat mehrfach im Jahre 1975, aber

auch noch im April 1976 seine Meinung über dieses Stück europäische Politik in dem Satz zusammengefaßt: Dies ist die unsinnigste, verschwenderischste Politik, die sich Europa leistet. Und Herr Apel meint, ständig die Rolle des europäischen Zahlmeisters spielen zu sollen. Meine Damen und Herren, dies ist nicht nur sachlich falsch - das wäre schon schlimm genug -, sondern das ist auch europapolitisch im höchsten Maße bedenklich. Denn diese ständig nur negative Kritik von höchster Regierungsseite führt natürlich zu einem Stück europäischer Verdrossenheit auf einem Feld, wo wir nicht weniger sondern mehr Europa brauchen. Dies scheint mir eine der gefährlichen Entwicklungen auch und gerade der letzten Monate zu sein.

Ich bin daher der Meinung, daß die Union auch den Auftrag hat, den Bürgern nicht nur das Spezifische der Agrarpolitik, sondern darüber hinaus einige Sachzusammenhänge klarer zu machen, als dies bisher gelungen ist. Es muß klar werden, daß die europäische Agrarpolitik nach wie vor eine unverzichtbare Klammer ist. Wenn sich die Außenminister von neun Staaten nun schon über Monate hinweg nicht einmal darauf verständigen können, an welchem Wochentag gegebenenfalls die Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden sollen, ist es doch immerhin bemerkenswert, daß es bei sehr schwierigen Sachproblemen immer noch eine Einigung zwischen den neun Ländern der Gemeinschaft gibt, nämlich auf dem Felde der Agrarpolitik. Ich fürchte, wenn diese Möglichkeit des Sichzusammenraufens wegfiel, dann würde - so fürchte ich - mehr kaputt gehen als nur ein Stück Agrarpolitik. Dann würden wir zu einem Renationalisierungsprozeß auch in anderen Bereichen der Politik kommen, der geradezu verhängnisvoll wäre.

Ein Zweites muß gesagt werden: Diese Agrarpolitik ist, eben weil sie in ihrem Integrationsstand unverändert geblieben ist, während es in anderen Bereichen nicht nur zum Stillstand, sondern zu Rückschritten gekommen ist - etwa in der Wirtschafts- und Währungspolitik -, inzwischen mit Leistungen befrachtet worden, die erst in zweiter Linie mit der Agrarpolitik zusammenhängen. Ich will einige Beispiele nennen: Das Lomé-Abkommen, das die Gemeinschaft mit den AKP-Ländern geschlossen hat, ist sicher wichtig und unverzichtbar. Aber es sind natürlich entwicklungspolitische Leistungen, die wir dort mit der Öffnung der Märkte für ganz bestimmte Produkte erbringen. Ich halte dies für richtig; nur meine ich, daß man dann auch die Folgerungen, insbesondere finanzieller Art, die sich daraus ergeben, vor den Bürgern dieses Landes richtig definieren muß.

Ein anderes Beispiel: Ich halte auch die Zugeständnisse, die an Großbritannien im Rahmen seines endgültigen Beitritts zur Gemeinschaft vor dem Referendum gemacht worden sind, für politisch richtig. Nur muß sich jedermann auch bewußt sein, daß diese Zugeständnisse Kosten verursachen.

Ich halte es des weiteren für richtig, daß man unter sozialen Aspekten Italien und auch Frankreich bestimmte Sonderprämien und Sonderleistungen zuerkennt. Nur muß man dazu dann auch sagen, daß dies die Folge einer bisher unzulänglichen Regionalpolitik ist, die die Aufgabe hat, Erwerbsalternativen in strukturschwachen Räumen zu schaffen.

Ich will damit nur deutlich machen: Wir als Union haben die Aufgabe, dieses Stück integrierter Politik offensiv zu verteidigen. Wir dürfen uns nicht denen anschließen, die dies madig machen;

denn damit würden wir mit Sicherheit zu einem gesamteuropäischen Rückschritt beitragen.

(Beifall)

Was tut im Augenblick besonders not? Meine Antwort ist: Erstens brauchen wir eine bessere, eine umfassendere und ehrlichere Information aller Bürger, als sie die Bundesregierung diesen Bürgern zur Zeit zu geben in der Lage oder bereit ist. Zweitens müssen wir wieder die politischen Ziele beschreiben, um die es geht. Dies haben ja Herr von Bismarck und Norbert Blüm getan. Es hat z. B. keinen Sinn, sich mit dem unverzichtbaren, aber natürlich komplizierten Instrument des Grenzausgleichs herumzuschlagen, wenn man nicht weiß, ob die Wirtschafts- und Währungsunion unverzichtbares Ziel der gemeinschaftlichen Politik bleibt. Ich weiß z. B. nicht, ob die britische Regierung, ob die dänische Regierung tatsächlich noch am Ziel der politischen Union und der Wirtschafts- und Währungsunion festhält.

Ich stelle nur fest, daß in dem Regierungsprogramm der SPD, von dem wir annehmen, daß es Oppositionsprogramm wird, weder etwas von politischer Union noch von Währungs- und Wirtschaftsunion enthalten ist. Dies ist aber unverzichtbar, wenn die jetzt vorhandenen Instrumente der Agrarpolitik überhaupt noch funktionieren sollen.

Schließlich ein Drittes: Ich glaube, wir können auch lange vor Vollendung der Währungs- und Wirtschaftsunion größere Fortschritte in wichtigen anderen Bereichen der Politik machen, die die Agrarstruktur, die Agrarpolitik unmittelbar tangieren, und das ist z.B. die Regionalpolitik. Hier kann ich nur dem zustimmen, was Norbert Blüm eben sagte: Es muß uns gelingen, auch jene notwendigen Erwerbsalternativen durch Aktivierung der Regionalpolitik zu schaffen. Denn sie sind notwendig, wenn dieses Europa nicht ein großer Verschiebehof für Menschen aus wirtschaftsschwachen Regionen bleiben soll.

Insofern meine ich, wir haben allen Grund, ohne allzu viel Detailsdiskussionen gerade auch dieses Stück europäischer Politik zu definieren, als ein Stück Politik, das wir geschaffen haben, das wir von 1958 bis 1964 mitformuliert haben, das auch unverzichtbar ist, das aber nur langfristig Erfolg haben kann, wenn es gelingt, in anderen Bereichen der Politik Fortschritte zu erzielen.

Von daher glaube ich, meine Damen und Herren, dies ist auch ein Teil, der für dieses Thema der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entwicklung in Europa unverzichtbar ist. Agrarpolitik ist schon lange nicht mehr eine gruppenspezifische Politik für eine Minderheit, sondern ist im Grunde schon lange ein Stück notwendiger unverzichtbarer Integrationspolitik.

(Beifall)

Kurt Haertzel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist für christlich-demokratische Politiker selbstverständlich, daß sie immer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialpolitik in einem Zusammenhang gesehen haben. Nur meine ich, in Europa ist die Sozialpolitik in diesen Fragen zu kurz gekommen. Wir reden zwar von Wirtschafts- und Währungsunion, aber nicht von einer Sozialunion. Ich bin der Meinung, diese Sozialunion muß in der Zukunft stärker herausgestellt werden, wenn wir wollen, daß die Arbeitnehmer dieses Europa auch erleben, wie es Norbert Blüm geagt hat. Dies ist bisher leider nicht der Fall gewesen.

Auf der Gipfelkonferenz der Regierungschefs 1972 hat man eine Erklärung herausgegeben, daß die Sozialpolitik den gleichen Stellenwert haben sollte wie die politische Union, wie die Wirtschafts- und Währungsunion. Leider ist das alles nur eine Deklamation geblieben. In der Praxis hat sich in dieser Frage nichts geändert.

Meine Freunde, entscheidend für eine Sozialunion ist, daß wir die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Europa angleichen. Wie wollen wir eine Wirtschafts- und Währungsunion, wie wollen wir den Menschen Europa verständlich machen, solange das Gefälle von Hamburg bis Sizilien 5 : 1 ist, wenn in Irland und Schottland eben Notstandsgebiete sind und wir nicht bereit sind, dort einzuspringen?

Meine Damen und Herren, ich möchte auch mit allem Nachdruck sagen: Wir werden Europa nicht bauen, wenn wir nicht bereit sind, Opfer zu bringen, auch wir. Das Wort "Zahlmeister" ist schon gefallen. Wenn wir aber gleiche Lebens- und Arbeitsbedingungen schaffen wollen, dann bedeutet dieses Opfer, vor allen Dingen auch für uns. Wenn wir in Sizilien, wenn wir in Irland, wo immer im Raum der Gemeinschaft schwache Punkte sind, eine Änderung herbeiführen wollen, muß das mit einem verstärkten finanziellen Engagement der Länder der Gemeinschaft gehen, und zwar von denen, die dazu finanziell in der Lage sind.

Ich meine, wir brauchen hier auch ein Programm, das wir den Arbeitnehmern in Europa anbieten können. Ich bin der Meinung, daß hier gar nichts im Raum steht. Die Christlich Demokratische Union und christliche Politiker haben sich in vielfältiger Weise für die Wirtschafts- und Währungsunion eingesetzt. Auch wir hätten hier eine gute Chance, uns stärker zu profilieren. Es muß dann darum gehen, daß wir uns auch in einzelnen Punkten klar werden müssen, was wir wollen. Ich erlebe im Europäischen Parlament, daß es dort viel mühsamer zugeht, als wir in großen Deklamationen oft erklären. Die Einigung Europas ist ein mühsames Geschäft. Was ich unterstreichen möchte, ist die Notwendigkeit, in diesen Prozeß die großen gesellschaftlichen Gruppen viel stärker einzubinden, die Arbeitgeber, die Gewerkschaften. Ich glaube, hier ist doch zu wenig getan worden. Selbst wenn wir die Probleme der europäischen Gewerkschaften sehen: Der Europäische Gewerkschaftsbund muß stärker in die Diskussion um die politische Einigung einbezogen werden. Es wird keine europäischen Tariverträge geben, wenn die Zustimmung dieser beiden Gruppen nicht erreicht wird. Wir kennen die internen Probleme, das darf uns aber nicht abhalten, ständig darauf zu drängen, daß hier mehr getan wird.

Meine Damen und Herren, ich erinnere an die Mitbestimmung. Dies ist ein wichtiges Problem für Europa. Darüber wird in vielen Ländern diskutiert. Wir haben im Augenblick im Europäischen Parlament die Diskussion über ein gemeinsames europäisches Gesellschaftsrecht, das eine wichtige Voraussetzung für eine europäische Wirtschaftsunion ist. Die Mitbestimmung ist, wie ich meine, von uns aus zu befruchten, weil wir sie immer unter der Idee der Partnerschaft gesehen haben. Von daher können wir Europa Impulse geben und einiges dazu beitragen, ohne jetzt Modelle übertragen zu wollen. Wir müssen unsere guten Erfahrungen einbringen, denn es gibt in vielen Ländern der Gemeinschaft starke Gruppen, die nicht Partnerschaft, sondern Klassenkampf predigen. Auch das sollte man einmal deutlich sagen.

Es geht darum, daß wir im Arbeitsrecht und in anderen Bereichen wo es möglich ist, harmonisieren, daß wir beispielsweise Prüfungszertifikate, Ausbildungsgänge harmonisieren, um im einzelnen Voraussetzungen zu schaffen, die die Freizügigkeit der Arbeitnehmer bewirken.

Meine Damen und Herren, ich könnte eine ganze Reihe anderer Punkte anfügen. Ich will das jetzt nicht tun. - Wir dürfen nicht nur den Zustand dieses Patienten Europa beklagen, sondern müssen darangehen, auch mit kleinen Schritten eine Änderung herbeizuführen, und konkret sagen, wie wir es tun wollen. Ich sage noch einmal, Christliche Demokraten haben die europäische Union beflügelt, und sie haben sie eigentlich im Bewußtsein der Öffentlichkeit hochgehalten. Es ist bezeichnend, daß alle großen Berichte, die vom Europäischen Parlament oder vom Rat erstellt worden sind, von Christlichen Demokraten herausgegeben wurden. Wenn wir in diesem Bereich Großes geleistet haben, muß es uns auch möglich sein, seitens der Christlich Demokratischen Union einen Beitrag zu leisten, daß diese Sozialpolitik für die Arbeitnehmer in Europa erlebbar wird. Ich glaube, dann gilt das Wort, das Herr Präsident von Hassel heute morgen sagte, daß es für christliche Parteien in Europa keine Mehrheiten ohne Arbeitnehmer gibt. Wir haben als Christliche Demokraten die Chance, den Arbeitnehmern Europas eine neue Hoffnung zu vermitteln.

(Beifall)

Dr. Franz Michel: Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Die Glaubwürdigkeit unserer Europaaussage muß meines Erachtens noch ein Problem ansprechen, das bisher nicht zur Sprache kam, nämlich das Problem des Einmarsches von Systemveränderern jedweder Schattierung, seien es Kommunisten aus Italien, seien es mehr oder weniger radikale Sozialisten aus anderen Regionen, in europäische Institutionen. Herr von Bismarck hat eben das Gegensatzpaar gebildet, entweder Einigkeit und Freiheit oder Uneinigkeit, Zerfall und Sozialismus. Wir müssen uns auch gegen den Versuch gewappnet fühlen, eine Einigkeit auf der Basis des Sozialismus herbeizuführen. Das würde aus dieser Gegensatzpaarung herauspringen. Was ist damit gemeint? Wenn wir, wie richtig gesagt wurde, irreversibel europäische Institutionen schaffen, ein Parlament, eine europäische Zentralbank, eine irgendwie geartete europäische Regierung durch direkte Wahlen, müssen wir wissen, was geschieht, wenn auf diesem Wege auch systemverändernde Personen und Kräfte Eingang in unsere Institutionen finden. Wir müssen uns überlegen, wo die Grenze ist, wie weit unsere Geschäftsgrundlage reicht, wie weit wir da mitgehen können. Wir müssen uns überlegen, was auch Norbert Blüm angesprochen hat, was geschieht, wenn wir eine europäische gemeinschaftliche Gewerkschaftsbewegung bekommen und hier Gedanken Platz greifen, wie es teilweise leider in anderen Ländern der Fall ist. Es ist gar nicht das Ziel, in Arbeitskämpfen einen Kompromiß zu finden, sondern es ist gerade das Ziel, das System durch das Offenhalten von Konflikten kaputtzumachen. Wie würde es weitergehen, wenn beispielsweise eine italienische Regierung forderte, einen kommunistischen Zentralbankpräsidenten in die europäischen Institutionen zu schicken? Hier sind doch Grenzen aufzuzeigen, wo einfach die Geschäftsgrundlage eines freien Europa ihr Ende findet. Hier müssen Aussagen gemacht werden, wo unsere Solidarität gilt und wo sie nicht gilt. Das kann nur die Aussage sein, die wir auch in unserem Innern haben, nämlich keine Freiheit für diejenigen in unseren Institutionen, die unsere Freiheit zerstören wollen.

Ich glaube, das muß ergänzend in unser Europäisches Manifest hinein.

Dr. Hermann Burgard: Meine Damen und Herren! Hier ist vorhin die Frage gestellt worden bzw. das Wort von Herrn Tindemans zitiert worden, daß die Währungspolitik Europa zu zerstören drohe. Wenn man aber Herrn Schmidt fragt, wer denn nun für die Zustände in der Währungspolitik in Europa verantwortlich ist, dann antwortet Herr Schmidt stereotyp, was er auch antwortet, wenn man ihn danach fragt, wer für die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik verantwortlich ist. Er sagt in diesem Falle immer: Ja, das sind die Wirren auf Weltebene; das Durcheinander von draußen hat dies zu uns hereingebracht. Wir müssen uns aber einmal fragen, weshalb wir denn überhaupt auf Weltebene zu diesen Zuständen gekommen sind. Ich möchte vorweg behaupten, daß daran die SPD und die beiden Kanzler Brandt und Schmidt eine große Mitverantwortung tragen. Ich möchte versuchen, das hier kurz zu erläutern.

Bereits 1968 war klar geworden, daß man mit Koordinieren, Konsultationen und ähnlichen schönen Dingen aus Europa nichts weiter machen kann. Es war klar geworden, daß ein weiterer Schritt nach vorn nur noch erfolgen kann, wenn wir den Weg zu gemeinsamen Institutionen gehen, wie sie in dem Europäischen Manifest der CDU jetzt angesprochen werden. Zweckmäßigerweise hat die Bundesregierung dann auch einen Stufenplan vorgelegt. Als es aber zur Gretchenfrage kam, ob wir die Schaffung derartiger Institutionen von Anfang an vorsehen, hat die Bundesregierung einen Schritt nach hinten getan und hat dies für eine spätere Phase oder für die Endphase offen gelassen. Ich möchte hinzufügen, dies geschah unter politischem Druck Frankreichs anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen im Januar 1972 in Paris.

Das andere: Die Bundesregierung hat nie echt die währungspolitische Einigung Europas gesucht. Es war den Fachleuten seit 1965, spätestens seit 1968 klar, daß auf internationaler Ebene in Form der überschüssigen Dollarbestände ein Damoklesschwert drohte. Die Bundesregierung hat unter diesen Umständen mehrmals im Alleingang die Flucht nach vorn angetreten, ohne zu versuchen, eine europäische währungspolitische Einigung herbeizuführen und auf dieser Basis gleichgewichtig mit den Amerikanern zu verhandeln.

Ich könnte in dieser Art und Weise für das Nichtstun der EG eine Reihe von Beispielen bringen, glaube aber, unsere Zeit würde dazu nicht reichen.

Ich möchte daher zusammenfassend folgende Frage stellen: Herr Schmidt hat, als er seine Regierungserklärung abgab, betont, er werde sich auf die Innenpolitik konzentrieren und werde in der Außenpolitik nur ad hoc pragmatisch an Probleme herangehen. Meine Damen und Herren, ist dieser Pragmatismus nicht vielleicht doch nur Nebel? Verbirgt sich dahinter nicht eine tiefergehende Konzeption in dem Sinne: Die SPD will keine europäische Institution und will keinen Fortschritt in Europa, solange sie nicht sicher ist, daß dieses Europa ein sozialistisches Europa wird?

(Beifall)

Elmar Pieroth: Meine Damen und Herren! Ich möchte gerne noch einen praktischen Aspekt in die Debatte einführen, von dem ich meine, daß es darum auch geht, wenn wir über wirtschaftliche und soziale Sicherheit für die Menschen in Europa sprechen. Diese Bundesrepu-

blik war fast zwei Jahrzehnte bekannt als Land des Wirtschaftswunders, des wirtschaftlichen Wachstums. Dafür stehen wir nicht mehr in erster Linie, aber für soziale Stabilität werden wir in der Welt noch weiterhin geachtet. Ich brauche hier nicht zu sagen: Wer die wirtschaftliche Demontage einleitet, dem bleibt die soziale Demontage nicht erspart. Wir können vom 4. Oktober an noch nachhaltiger zum Ausdruck bringen, warum wir wegen unserer sozialen Stabilität in der Welt geachtet werden: Nämlich dadurch, daß wir 20 Jahre lang die Einheit von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gewahrt haben. Das ist das deutsche Modell: Die Soziale Marktwirtschaft. Auch wenn wir mit dem Erreichten nie ganz zufrieden sein dürfen, für Länder und Staaten, die noch vor der Tür Europas stehen, die zwischen Kapitalismus und Sozialismus einen dritten Weg suchen, für die sind wir zumindest auf diesem dritten Weg. Da haben wir einen Teil schon hinter uns. Deshalb sind wir gefordert, unsere Soziale Marktwirtschaft offensiv zu vertreten, d.h. sie auch draußen im europäischen Ausland darzustellen als sozioökonomisches System. Wir sollten nicht alle Einzelregelungen darstellen, sie nicht als Exportmodell ansehen, denn das wäre Besserwisserei, die man nicht abnimmt. Wir können aber die konstitutiven Elemente einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung deutlicher als bisher darlegen. Dabei geht es, wie Philipp von Bismarck vornehmlich zum Ausdruck gebracht hat, um Wettbewerb und Privateigentum. Das ist dann die soziale Ergänzung der Marktergebnisse, personal und regional, worauf vor allen Dingen Norbert Blüm hingewiesen hat.

Ich will sagen, wir haben die Soziale Marktwirtschaft darzustellen. Es wäre ein Treppenwitz der Weltgeschichte, wenn der linke Flügel der SPD - und wir werden das nicht zulassen - in Europa Sozialismus predigt und wenn der rechte Flügel im Ausland, weil er es ja im Inland nicht mehr darf, dann Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft darstellt. Das paßt nicht zusammen, und da sind wir gefordert.

Gleich noch ein zweiter Grund, weshalb die Union international gefordert ist, gewissermaßen Spitze des Wegweisers in eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu sein. Wir haben heute die europäische Prominenz aus dem nicht sozialistischen Lager bei uns. Das macht uns eigentlich erst so richtig klar: Die Union ist die größte nichtsozialistische Partei auf der ganzen Welt, wenn wir die amerikanischen Parteien, die nicht Parteien in unserem Sinne sind, aus dem Vergleich herauslassen dürfen. Nun hat die Union auch in den Ländern, die noch vor der Tür Europas stehen, sicherlich viel getan. Wir sind aber in diesen Ländern, die dabei sind, sich neu zu orientieren, noch mehr gefordert. Wir sind programmatisch, technisch, organisatorisch gefordert, wir sind gefordert, indem wir unsere Parteifreunde dort, unsere Gewerkschaftsfreunde dort zu beraten haben, wenn es z.B. um Agitation geht, wie man das macht. Das dürfen wir nicht allein kommunistischen Kadertrupps überlassen. Da ist in Portugal einiges gut gegangen. Professor Freitas do Amaral hat zu uns gesprochen. Ich frage mich schon lange, warum der Führer der anderen großen Partei der Mitte, der FPD, Sá Carneiro, partout meint, sein Partner müsse die Sozialdemokratie sein, wo seine Wählergruppierungen doch ideologisch eigentlich bei uns zu Hause sind.

Aber da ist noch Spanien. Nicht daß wir für das parlamentarische System in Spanien, nicht daß wir für die freiheitlichen Parteien

dort, nicht daß wir für das Wahlrecht von uns aus initiativ werden dürften, das ist so sehr Sache Spaniens wie die Entscheidung für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Wenn aber die Spanier ihre Grundentscheidung in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik getroffen haben, dann haben wir unsere Erfahrung ganz praktisch darzustellen, unsere Erfahrung in freien Unternehmerverbänden, was die ja nicht kennen, unsere Erfahrungen mit einer freien Einheitsgewerkschaft, unsere Erfahrungen mit der dynamischen Rente, mit dem Betriebsverfassungsgesetz, mit Mitbestimmung und Mitbeteiligung, in der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, Partnerschaft im Unternehmen. Wir können manches zum Teil aus 20jähriger Erfahrung berichten, müssen uns nur davor hüten, Möglichkeiten von morgen in einem solchen Land als Ansprüche von heute darzustellen. Ich persönlich bin davon überzeugt, daß wir dort alle viel öfter hin müssen, weil man Praxis nicht theoretisch vermitteln kann, und daß die Menschen aus solchen Ländern, insbesondere aus Spanien, häufiger zu uns eingeladen werden müssen. Entscheidend ist: Die Kontakte an der Spitze sind wichtig, aber auch eine breite Bewegung ist unabdingbar, wenn wir von dem, was wir Wertvolles in Erfahrung haben, weitergeben sollen. Eine breite Bewegung, Verbände, Unternehmer, Gewerkschaften, Parteien, Vereine, jeder von uns muß sich fragen, was er eigentlich jetzt in Spanien und Portugal als eigenen Beitrag leisten kann. Die CDU wird am 3. Oktober sicherlich auch daran gemessen werden, wie wir unseren europäischen Verpflichtungen auf diesem Kampffeld der Ideologien nachgekommen sind. Dem proletarischen Internationalismus, der nur von sowjetischen Panzern und Raketen verteidigt werden kann, dem Traum von der sozialistischen Internationale haben wir die Realität, die Praxis, die Solidarität eines freiheitlichen partnerschaftlichen Europas auch durch viele Gespräche von Mann zu Mann entgegenzustellen. Wenn es stimmt, daß rote Fahnen über Lissabon und Madrid das Ende eines freien Europas bedeuten würden, haben wir in diesen Ländern noch viel zu tun.

(Beifall)

Elmar Brok: Liebe Parteifreunde! Ich glaube, in einem Diskussionsbeitrag ist es heute zum Ausdruck gekommen, aber man hört es verstärkt in der Debatte draußen im Lande, daß man auf Grund der Entwicklung in manchen europäischen Partnerländern sagt, man könne dieses Europa nicht bauen, weil dann über Europa der Sozialismus in die Bundesrepublik komme. Daran werden manche Argumente angeknüpft, daß es nicht sinnvoll sei, ihr voranzugehen. Bei manchen läßt die europapolitische Dynamik aus diesen Gründen nach. Ich meine, wir sollten nicht ängstlich und defensiv auf den Sozialismus starren, sondern offensiv unsere Möglichkeiten suchen, in einem freien Europa und durch ein freies Europa diesem Sozialismus zu begegnen. Das ist doch die Alternative, vor der wir stehen.

(Beifall)

Wir können sicher in diesem Zusammenhang nun noch über Europa, über den Radikalerlaß und solche Dinge reden. Aber das sind doch nicht die Themen, mit denen man letztlich den Sozialismus bekämpfen kann. Man kann ihn nur dadurch bekämpfen, daß man die Bevölkerung durch eine gerechte Sozialpolitik überzeugt, daß dieses freie Europa ihr Europa ist und daß Radikale hier keine Chance haben. Auf die Dauer kann man dem Radikalismus nur offensiv begegnen.

nén, nicht aber durch rein rechtliche Maßnahmen. Das scheint mit die langfristige Perspektive zu sein.

Ich meine, wir sollten aus diesem Grunde - Norbert Blüm hat das sehr klar zum Ausdruck gebracht - diese Sozialpolitik als eine Möglichkeit, als die einzige Möglichkeit sehen, dieses freie Europa tatsächlich zu errichten. Wenn ich dabei sehe, daß unsere Bundesregierung in der Vergangenheit darum gefeilscht hat, wieviel in den Topf des Regionalfonds hinein soll, und wie knauerig sie dann gewesen ist, obwohl hier möglicherweise die Chance bestünde, durch eine vernünftige Strukturpolitik mehr Gerechtigkeit in Europa herbeizuführen, dann fällt besonders schwer ins Gewicht, daß sie eher bereit ist, Kredite in andere Teile Europas hineinzugeben, die ich nicht als frei bezeichne. Hier liegt ein klarer Ansatz, um Alternativen zu dieser Regierung aufzubauen.

(Beifall)

Wir sollten Europapolitik auch einmal so sehen, daß wir das, was mit dem Grundrechtskatalog und mit der Sozialstaatsklausel in unserer Verfassung steht, mit zu Themen unserer Europapolitik machen. Im Bereich der geistigen Auseinandersetzung mit dem Radikalismus bei uns in der Bundesrepublik, in Europa, aber auch mit dem Kommunismus im Osten haben wir doch auf die Dauer nur dann eine Chance, wenn wir Europa als ein Modell sozialer, freier und demokratischer Ordnung errichten, das eine Attraktivität für die Menschen aus Ost und West ausstrahlt. Darin liegt für uns die Möglichkeit, daß wir die roten Fahnen von Rom wegbekommen, und daß wir den Menschen im Osten eine Hoffnung geben, aus der heraus sie möglicherweise die Kraft schöpfen, sich in ihrem Lande langfristig für eine freiheitliche Entwicklung einzusetzen.

Wir reden viel von Entspannungspolitik, und wir reden von friedlicher Koexistenz. Der Osten sagt: Friedliche Koexistenz ist die Fortsetzung des ideologischen Kampfes mit Ausnahme des großen Krieges. Wenn dies so ist, bedeutet dies, daß wir im Bereich der ideologischen Auseinandersetzungen keine Konvergenz haben, sondern Konkurrenz. Diese Konkurrenz muß natürlich von uns offensiv und nicht nur mit Worten bestritten werden. Hier bei uns in Europa und nur in Europa können wir es machen, weil wir allein zu schwach sind, dieses Konkurrenzmodell in der Praxis zu verwirklichen. Dafür brauchen wir eine europäische Sozialpolitik, die ich für mindestens so wichtig in der Diskussion erachte wie die Unterhaltung über Institutionen in der Europapolitik.

(Beifall)

Vors. Walther Leisler Kiep: Ich habe jetzt noch eine Wortmeldung und möchte dann Herrn von Bismarck und Herrn Blüm bitten, zu einigen der hier angeschnittenen Fragen kurze Schlußausführungen zu machen. Ich hoffe, Sie sind damit einverstanden, und darf jetzt Herrn Faust bitten.

Herbert Faust: Meine Damen und Herren! Wir beten miteinander das europäische Credo, wir richten an unsere eigene Adresse sehr brauchbare Appelle, und wir werden wohl in Kürze auch ein Europäisches Manifest haben. Es war auch davon die Rede, daß dies von uns allen Opfer verlangen werde. Herr Haertzschel hat gesagt: gerade von uns. Das ist alles in Ordnung, und alles, was wir hier diskutieren, ist sehr brauchbar und nützlich für eine europäische Politik der CDU in der Bundesrepublik. Ich möchte

aber auf folgenden Punkt hinaus: Sollten wir nicht die Appelle auch an unsere Schwesterparteien in Europa richten? Denn ich glaube, wir sind auf dem besten Wege, in der Europapolitik Musterknaben abzugeben, ohne von den anderen etwas zu verlangen. Sofern sie an der jeweiligen Regierung beteiligt sind, deutet in den europäischen Ländern nicht unbedingt darauf hin, daß der ganz große europäische Wille vorhanden ist. Ich denke nur an die Dumpingpolitik in der Textil- und Bekleidungsbranche. Wir dürfen also die Diskussion nicht nur unter dem Aspekt "Freiheit oder Sozialismus" führen, Wir sollten uns auch der Mühe unterziehen, bei den Schwesterparteien einmal nachzufragen, (was dort eigentlich an praktischer europäischer Politik vollzogen wird, nicht schulmeisterlich - das überlassen wir dem Herrn Schmidt -, aber es muß deutlich gemacht werden. Ich meine, wir lösen das Problem heute nicht in dieser Intensität, aber es muß im Auge behalten werden.

(Beifall)

Vors. Walther Leisler Kiep: Vielen Dank! Damit sind wir am Ende unserer kurzen Diskussion. Ich darf jetzt Herrn Dr. von Bismarck das Wort zu einer Schlußbemerkung geben. Nach ihm hat Herr Dr. Blüm das Wort.

Dr. Philipp von Bismarck: Meine Damen und Herren, was Norbert Blüm am Anfang gesagt hat, hat mir besonders gut gefallen. Wir sollten nicht nur in Mißvergnügen machen. Wir sollten uns nicht durch Mißvergnügen selber den Mut wegreden, den wir brauchen, um die vielen Widerstände, die es noch zu überwinden gilt, nicht durch unsere eigene Enttäuschung unüberwindlich werden zu lassen.

Dann möchte ich zunächst Herrn Dr. Ritz danken. Was Herr Ritz gesagt hat, ist ja ein Thema unserer Zeit. Ständig wird über das Dilemma Landwirtschaft geredet. In Wirklichkeit stammt das keineswegs von der Landwirtschaft, sondern von der Untätigkeit der Regierungen und der nicht vollendeten Wirtschafts- und Währungsunion. Das ist das Dilemma. Die Landwirtschaft hat nur das Vergnügen, dieses Dilemma ständig materiell und psychologisch zu ertragen. Es ist fast ein Wunder, daß sie das so willig und still erträgt und dagegen nicht viel, viel mehr rebelliert. Daher bin ich dankbar für diese Ausführungen von Herrn Dr. Ritz; denn das ist einer der signifikantesten Schäden, die das Nichtstun bereits hervorgebracht hat. Wir werden sehr viel schlimmere Schäden bekommen, wenn wir jetzt nicht tätig werden.

Ich möchte einen zweiten Punkt erwähnen der hier eine Rolle gespielt hat. Es besteht überhaupt kein Zweifel, daß der nette Schwatz von Blüm, die Sozialpolitiker seien nicht die Meßdiener

(Dr. Norbert Blüm: Ministranten!)

- Ministranten; ich kann mich auch noch vornehmer ausdrücken - der Wirtschaftspolitik, natürlich wahr ist. Dazu möchte ich Ihnen aus dem europäischen Manifest der europäischen Parteien, auf das Herr von Hassel hingewiesen hat - 21. Februar 1976, Paris -, nur zwei Sätze vorlesen, damit Sie sehen, daß das in diesem Manifest auch zum Ausdruck gebracht worden ist. Zunächst mehr philosophisch: "Der Mensch muß sich in persönlicher Verantwortung und durch eigene Leistung entfalten können. Er hat Anspruch auf Solidarität und ist verpflichtet, sie dem Mitmenschen entgegenzubringen."

Und zu dem Thema Wirtschafts- und Sozialpolitik heißt es konkreter: "Für uns, die Christlichen Demokraten Europas, bilden Wirtschafts- und Sozialpolitik eine Einheit." Meine Damen und Herren, Sie können das Thema auch umdrehen. Sie können mit den Thesen von Norbert Blüm beginnen und dann sagen: Wenn das alles nicht bald geschieht, ist eine vernünftige Wirtschaftspolitik unmöglich.

Lassen Sie mich das an einem einfachen Beispiel klarmachen. Wir haben heute in Deutschland aus mehreren Gründen eine strukturelle Arbeitslosigkeit. Einer der Gründe ist, daß unsere Produktivität nicht so schnell gewachsen ist, wie der Wert unserer Währung gegenüber den anderen Währungen gestiegen ist, daß unsere Exportprobleme sehr ernst geworden sind. Mit anderen Worten: Wenn wir im Gespräch der Sozialpartner diese Zusammenhänge nicht sehen und wegen mangelnder Einrichtungen, wegen mangelnder Organisation der Gespräche nicht berücksichtigen können, laufen wir Gefahr, daß wir eine praktische Sozialpolitik, die ja vor allem auch in Umverteilung innerhalb Europas bestehen muß, deswegen nicht betreiben können, weil unsere Überschüsse nicht ausreichen, die Nöte zu lindern oder die Verschiedenheiten wirklich abzubauen.

Wir müssen also den Zusammenhang zwischen den sozialen Organisationen - zunächst gesellschaftspolitischer Qualität, dann aber auch hinsichtlich des Unterschiedes der wirtschaftlichen Steuerungsfähigkeit - im Auge behalten. Wer hier also davon spricht, daß diese beiden Dinge nicht getrennt voneinander gelöst werden dürfen, hat in jeder Hinsicht recht. Es ist ganz und gar unmöglich, eine vernünftige, d. h. auf die Verbesserung des Wohlstandes und der sozialen Sicherheit ausgerichtete Wirtschaftspolitik zu betreiben, ohne gleichzeitig eine diesem Ziele dienende Sozialpolitik zu machen. Beide sind unmittelbar aufeinander angewiesen.

Ein weiterer Punkt, den ich erwähnen möchte, ist in zwei Beiträgen angesprochen worden. Herr Pieroth hat das angesprochen, ebenfalls Herr Brok, und in dem ersten Beitrag über die Unterwanderung ist es ebenfalls angeklungen. Ich darf Sie daran erinnern, daß die Frage, was wir eigentlich geistig gegen den Sozialismus unternehmen, offenbar auch Magaret Thatcher beschäftigte. Sie hat mit Recht gesagt, daß wir den Angriff der Freiheit organisieren müßten. Das hat sie so gemeint, wie sie es gesagt hat: intellektuell, geistig, ja vielleicht sogar auch geistlich. Wenn wir nämlich den jungen Menschen zur Lösung der Fragen um die Gerechtigkeit keine besseren Überzeugungen anbieten können - wie wollen wir eigentlich den Nachwuchs von Systemveränderern zum Erliegen bringen? Die meisten dieser jungen Männer und Frauen sind ja nicht einfach deswegen Systemveränderer, weil ihnen das Systemverändern so viel Spaß macht, sondern weil sie am Anfang auf ihre Fragen eine falsche Antwort bekommen haben.

(Beifall)

Ich bin der Meinung, daß wir das Thema Freiheit oder Sozialismus nicht bestehen werden, wenn es uns nicht mehr als bisher gelingt, den intellektuellen Angriff auf den Sozialismus erfolgreich zu führen. Da haben wir alle, meine verehrten Mitbürger, die wir hier sitzen, wahrscheinlich noch eine ganze Menge Möglichkeiten, uns zu optimieren.

Letztens ist dies auch für die Frage der Wirtschaftspolitik ein konkreter Punkt; nicht nur in dem Sinne, daß bereits überall in den Schaltstellen diejenigen sitzen, "die den langen Marsch durch die Institutionen" angetreten sind, viel mehr als wir ahnen, und in anderen Ländern natürlich noch sehr viel mehr, als wir uns das in Deutschland vorstellen können. Sie können keine Wirtschaftspolitik machen, wenn alle Stäbe mit Sozialisten besetzt sind. Sie müssen also auch dort für Nachwuchs sorgen, für Frauen und Männer, die begriffen haben, daß die Soziale Marktwirtschaft die einzige Antwort auf die Frage nach Freiheit, Gerechtigkeit und soziale Sicherheit ist.

Auch da gilt, daß das alles ein großer Zusammenhang ist. Wir könnten jetzt ein Gespräch über Bildungspolitik anfangen. Dann würden wir genau dasselbe hören. Europapolitik kann nicht mit dem Ziel verfolgt werden, daß jeder dann kommt, wenn er mag, sondern wir müssen alle Beteiligten dazu auffordern, sich in Marsch zu setzen. Dabei hat jeder dem anderen das Seine zu geben. In diesem Sinne sollten wir die Sache mit den Meßdienern als eine symbolische Bemerkung betrachten. Das gilt für alle Bereiche.

Ich möchte noch einmal wiederholen: Gehen wir bitte zu unseren Gesprächspartnern in Europa mit der Überzeugung, daß wir nur das ganze Europa schaffen können, daß jede halbe Idee Europa zerstören wird.

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm: Meine Schlußbemerkungen sind kurz. Ich eigne mich auch nicht zu der hauptsächlichen Meßdienerbeschäftigung, mit Weihrauch den Schluß zu machen.

(Beifall und Heiterkeit)

Ich schließe mich dem an, was Herr von Bismarck gesagt hat: Mit Pessimismus ist kein Europa zu machen, und mit dem Rückwärtsgang der Verteidigung ist ebenfalls kein Europa zu schaffen. Von uns wird weniger erwartet zu sagen, gegen was wir sind; von uns wird erwartet zu sagen, für was wir sind. Darauf müssen unsere Anstrengungen gerichtet sein.

(Beifall)

Ich bin deshalb optimistisch, weil in dieser unserer Gesellschaft in der Tat noch immer viel bewegt werden kann. So verkalkt, so erstarbt ist unsere Gesellschaft nicht. Das wird sich zeigen, wenn es uns gelingt, die Massen hinter uns zu bringen. Und ich warne uns alle vor der sublimen Arroganz bei der Verwendung des Wortes Masse: als seien das die anderen. Das ist die Summe individueller Freiheiten, zu der wir alle, Sie und ich, gehören. Deshalb, glaube ich, wird Europa nur möglich sein, wenn sich die Massen mit ihm identifizieren. Ein elitäres Europa wird es nicht geben.

(Beifall)

Ich stimme auch dem zu, daß das nicht nur eine Frage für das stille Herzenskammerlein der CDU ist, sondern die Frage der Christdemokraten in Europa. Ich habe die neue Partei, die zu gründen

wir uns anschicken, nie als den kollektiven Stammtisch von irgendwelchen Staatsmännern verstanden, sondern als eine Partei, die ein europäisches Programm formuliert. Da werden wir uns womöglich auch zusammenraufen müssen. Aber mit Kamingesprächen wird diese Partei nicht geschaffen, sondern nur, indem sie sich Plattformen zur öffentlichen gemeinsamen Darstellung schafft.

Ein Drittes: Ich bin nicht für so viele militärische Ausdrücke, aber wenn schon, denn schon. Die Schlacht in Europa kann nicht geführt werden, indem die einen die Fahnen der gesellschaftlichen Entwicklung haben - die sind für Wandel -, während wir für Stillstand sind. Wir als Verteidiger des Bestehenden - mit dieser Fahne werden wir untergehen, bevor wir überhaupt aufgestanden sind, hätte ich beinahe gesagt. Im übrigen ist das nicht die Fahne, mit der die Christdemokraten in der Bundesrepublik angetreten sind und mit der sie ihre Erfolge errungen haben.

(Beifall)

Die freiheitliche Alternative muß im Bündnis mit der Gerechtigkeit stehen, und zwar nicht mit einer verbalen - die fällt auch mir leicht -, sondern mit einer Gerechtigkeit, die mit dem biblischen Satz zu charakterisieren ist: An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen. Nur an dem praktischen Fortschritt in Europa werden die Bürger messen können, wie ernst es uns mit der Einheit dieses Erdteils ist.

(Beifall)

Vors. Walther Leisler Kiep: Wenn ich mir die kurze Bemerkung erlauben darf, so hat Norbert Blüm mit seinem Schlußwort eigentlich die Ankündigung, die er zu Beginn seines Schlußwortes gemacht hat, voll und ganz widerlegt.

(Heiterkeit)

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, daß Sie an unserer Diskussion teilgenommen haben. Ich bedanke mich als Versammlungsleiter ganz besonders für Ihr Verständnis für unsere Zeitnot, für die Kürze, auf die Sie sich haben einlassen müssen. Ich danke Herrn Dr. von Bismarck und Herrn Dr. Blüm für ihre Einleitungen und ihre Schlußworte.

Ich schließe die Sitzung des Arbeitskreises und bitte Sie, sich wieder in das Plenum des Parteitags zu begeben.

(Schluß: 16.17 Uhr)

Dienstag, 25. Mai 1976

Podiumsdiskussion

Was erwartet Europa von der Bundesrepublik Deutschland?

- Gedanken zur Einheit Europas -

Beginn: 20.00 Uhr

Gesprächsleiter Dr. Richard von Weizsäcker: Meine Damen und Herren, wir sind hier heute abend zusammen unter dem Thema "Was erwartet Europa von der Bundesrepublik Deutschland?". Von seiten der CDU ist eine Einladung an ausländische Gäste ergangen, die im Zusammenhang mit der Fragestellung sachverständig und interessiert sind. Ich möchte namens der CDU diesen unseren Gästen von Herzen danken, daß sie bereit gewesen sind, in aller Offenheit und Unbefangenheit und losgelöst von dem konkreten politischen Ziel, das wir als CDU hier auf dem Parteitag natürlich verfolgen, mit uns über das Thema zu sprechen und nachzudenken, das uns ja auch über Partei- und Landesgrenzen hinweg beschäftigt und nachhaltig prägen wird.

Darf ich Ihnen zu Beginn die Teilnehmer dieses Gespräches kurz vorstellen: von mir aus gesehen auf der rechten Seite Herr Professor Topitsch, Professor der Philosophie an der Universität Graz;

(Beifall)

nach ihm Herrn Professor Joseph Rován, Professor für deutsche Geschichte in Paris;

(Beifall)

zu meiner Linken Sir Con O'Neil, Diplomat im Auswärtigen Dienst Großbritanniens und zuletzt tätig als Generalsekretär derjenigen Seite, die sich bei dem Referendum über den Eintritt Großbritanniens in die Europäische Gemeinschaft auf der siegenden Seite befunden hat;

(Beifall)

und Herrn Dr. Schulmeister, Chefredakteur der Zeitung "Die Presse" in Wien, ein alter kritischer konstruktiver Begleiter und Freund unserer hiesigen Szenerie.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es handelt sich um ein Thema, bei dem wir, die deutschen Teilnehmer, im wesentlichen die Zuhörenden sind. Wir sind in einem gewissen Sinne die Gefragten. Wir wollen von unseren ausländischen Gästen deren Gedanken entgegennehmen, Gedanken, die nicht notwendigerweise einer Klärung, einer abschließenden Beantwortung heute abend bedürfen, sondern die uns über den konkreten Anlaß dieses Parteitages und über den Alltag hinaus im Sinne unserer europäischen Zukunft zu begleiten haben.

Darf ich Ihnen den Abend wie folgt präsentieren: Zunächst werde ich eine kurze Einleitung zu unserem Thema geben, eine Einleitung, die zweierlei miteinander verbinden soll, nämlich den Stand der öffentlichen Diskussion zu unserem Europathema, wie auch Überlegungen, die uns auf diesem Parteitag begegnet sind, insbesondere an dem in jeder Hinsicht eindrucksvollen heutigen Tag. Damit soll dann übergeleitet werden zu der Fragestellung, die es uns erlaubt, hat, unsere ausländischen Gäste zu bitten,

ihrerseits nun den Hauptpart heute abend zu spielen. Lassen Sie mich also darauf kurz eingehen:

Wir haben in der Entwicklung Europas in den fünfziger Jahren erlebt, daß sich Europa daranmachte, die großen Aufgaben der Freiheit zu erkennen und in Agriff zu nehmen, den Aufbau auf dem geistig-materiellen Trümmerfeld, welches der zweite Weltkrieg in den verschiedensten Richtungen hinterlassen hatte; es machte sich daran, die großen Gefahren der Freiheit zu erkennen und sich vor ihnen gemeinsam zu schützen: Gefahren der Diktatur, die hinter Europa lagen, Gefahren aber auch künftiger Expansionen und Invasionen von neuen Diktaturen. Es gab die großen Gestalten, die diesen Weg vorangingen: Churchill, Adenauer, Schuman, de Gasperi und manche andere in Österreich und in anderen Ländern, die uns allen in Erinnerung sind.

Es folgten die sechziger Jahre. Man wird, wenn man die sechziger Jahre mit einer Person in Verbindung bringt, im Hinblick auf Europa in erster Linie den Namen de Gaulle zu nennen haben. Er war es, der mit Recht insbesondere im Verhältnis zu unseren atlantischen Bündnispartnern auf die Notwendigkeit einer eigenständigen Rolle, eines Widerlagers innerhalb dieses Bündnisses durch die Europäer hinwies, eine Aufgabe, die manchen Europäern nicht rechtzeitig und nicht in ihren eigentlichen Konturen klar geworden war; ein Mann, der in seiner Größe und Kraft - ich glaube, Herr Rován, Sie haben es einmal so geschildert - ein Wanderer zwischen zwei Welten war. Er hat dann die Entscheidung zugunsten einer nationalen oder übernationalen Lösung doch nicht mit derjenigen Entschlossenheit zu Ende geführt, die die sechziger Jahre vielleicht auf einen anderen Weg hätten bringen können als den, den wir nun alle frisch in Erinnerung haben.

Etwa in der Mitte oder in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre folgte, politisch gesprochen, eine Offensive der politischen Linken in Europa. Im Zuge dieser Offensive begann man sich von Europa abzusetzen mit dem Argument, hier handle es sich um ein kapitalistisches, um ein reaktionäres Europa. Es war dies eine Bewegung mit dem Ziel der Vergesellschaftung von sowohl dem Staat wie dem Bürger, die sich als Kampffeld für diese Zielsetzung die nationale Gesellschaft aussuchte. Mit anderen Worten, wir hatten es in Verbindung mit dieser Offensive der politischen Linken mit einer Renationalisierung politischer Bewegkräfte in Europa zu tun.

Auf dem Felde der Außenpolitik boten die ausgehenden sechziger und die beginnenden siebziger Jahre häufig mehr eine Rivalität, einen Wettbewerb um den ersten oder wichtigeren Zugang z.B. zur Ostpolitik oder zu anderen weltpolitischen Fragen als eine wirkliche Integration hinsichtlich der Aufgaben, welche sich aus der Einbindung Europas in die übrige Welt ergaben. Man denke an markante Äußerungen aus dem Lager der politischen Linken in Richtung auf Europa. Die prägnanteste, schärfste Zuspitzung dieses Gedankens findet sich wohl in einem Ausspruch des holländischen Sozialisten Mansholt, eines Mannes, der immerhin nicht nur Sozialist in seinem Land, sondern Präsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gewesen ist; er hat gesagt: "Lieber kein Europa, wenn es nicht sozialistisch ist".

Auch bei uns gibt es Merkmale einer solchen Renationalisierung in der politischen Auseinandersetzung. Denken Sie etwa daran,

daß, wenn von seiten der Bundesregierung oder des Bundeskanzlers zu irgendwelchen Mißständen in europäischen Partnerländern Stellung genommen wird, ein gewisser Unterton mit anklingt, etwa in dem Sinne: Wir wollen uns von diesen Krankheiten in anderen Ländern nicht anstecken lassen. Mit anderen Worten, hier wird mehr oder weniger unterschwellig wieder an eine nationale Eigenständigkeit appelliert, wobei ein ganz anderer Grundton anklingt als der, der den ersten Schritten in Richtung auf Europa zugrunde lag.

Ich meine aber, daß es unabhängig von den Tendenzen, die in bestimmten politischen Lagern zum Ausdruck kommen, auch dieser Parteitag ist, der uns in einer politischen Kampfgemeinschaft, aber auch der ganzen Öffentlichkeit in unserem Lande etwas anderes zeigt, nämlich dies: Die objektive Lage unserer in Europa nebeneinander lebenden Völker ist längst ganz woanders hingelaufen als dorthin, wo es uns noch möglich gewesen wäre, unsere Politik zu renationalisieren. Europa ist zwar in vielem nicht handlungsfähig: in seinen Institutionen, in seinen außenpolitischen Herausforderungen und in anderem mehr. Dennoch umfaßt uns in dieser Gemeinschaft Europas ein gemeinsames Schicksal, sei es ein gutes oder ein böses.

Wir werden auch von außen so behandelt. Die Sowjetunion will uns in ihrer Politik gegenüber dem Westen zwar voneinander isolieren, aber betrachtet uns natürlich als ein einheitliches Gegenüber mit einheitlichen Fragestellungen, denen es mit einer gemeinsamen Strategie zu begegnen gilt. Denken Sie an die Konferenz in Nairobi (UNCTAD). Auch dort erscheinen wir Industriegesellschaften des Westens als ein Lager mit einer Fragestellung, mit einer Verantwortung.

Denken Sie nicht zuletzt an Amerika. Ich habe vor ein paar Tagen einen sehr verantwortlichen amerikanischen Politiker gesprochen, und er sagte mir: Ihr seid alle so aufgeregt; in eurem Wahlkampf gibt es lebhaftes Auseinandersetzen darüber, ob die Fragestellung "Freiheit statt Sozialismus" eigentlich angemessen sei; wir Amerikaner und ich - also mein Gesprächspartner - identifizieren uns gar nicht mit einer bestimmten Partei in eurem Wahlkampf, aber es ist doch ganz klar, daß von Amerika aus gesehen dies die Fragestellung ist, die sich Europa gegenüber artikuliert.

(Beifall)

Wir haben von unserer Partei aus schon manche Wahlkämpfe geführt, in denen wir das Thema Europa stark betont haben. Wir haben auch Wahlkämpfe in Nachbarländern innerhalb Europas mit Aufmerksamkeit und Spannung verfolgt. Aber noch nie war wie jetzt ein Punkt erreicht, wo der normale Bürger anfängt zu merken, daß bei der Wahl in Italien tatsächlich auch über das eigene Schicksal entschieden wird, daß es von Bedeutung für seine eigenen Grundwerte ist, wie die Wahl in Schweden ausgehen wird. Wir wissen auch ganz genau, daß die bevorstehende Wahl in unserem Nachbarland Frankreich für uns von keinem geringeren Gewicht ist als die, die uns in unserem eigenen Lande bevorsteht.

Umgekehrt gilt das gleiche, und dieser Parteitag soll ja auch einen Beitrag in diesem Sinne für das politische öffentliche

Bewußtsein in unserem Lande sein: Auf die Wahlentscheidung am 3. Oktober und auf die Auseinandersetzung, die wir hier mit dem politischen Gegner führen - in erster Linie um unsere eigenen Begriffe und Ziele-, blickt Europa im selben Bewußtsein. Die Signalwirkung, die von dieser Wahlentscheidung für andere Länder ausgehen wird, stellt die Bedeutung früherer Bundestagswahlen weit in den Schatten.

In diesem Sinne ist Europa nicht ein schmückendes Beiwerk zu unserem politischen Programm, sondern ist Europa das zentrale Kapitel der Auseinandersetzungen, die wir hier für unseren eigenen Wahlkampf und für unsere europäischen Nachbarn zu führen haben.

(Beifall)

Und jetzt, meine Damen und Herren, wende ich mich an meine Gesprächspartner hier am Tisch. Natürlich bitte ich sie nicht, das, was ich einleitend gesagt habe, als Aufforderung an sie zu verstehen, sich all dem alsbald zustimmend anzuschließen, sondern sie sind hier eingeladen in der Erwartung unsererseits, daß sie uns die Sorgen, die Wünsche und die Erwartungen aus derjenigen Perspektive übermitteln, die die ihre ist, nicht aus der, die die unsere ist.

Ich wollte Sie mit dieser Einleitung nur mit der Lage vertraut machen, die wir hier auf dem Parteitag erreicht haben, und auch umgekehrt Sie, unser freundliches Auditorium, mit der Lage, vor der unsere Gäste hier stehen.

Ich schließe meine Einleitung damit ab und darf Sie, meine Gesprächspartner, nun bitten, sich ganz von Ihrem Standpunkt aus zu der Fragestellung zu äußern, die unserem Abend als Überschrift gegeben ist.

Herr Topitsch, wie wäre es, darf ich Sie vielleicht bitten zu beginnen.

Prof. Dr. Ernst Topitsch: Der Herr Vorsitzende hat mit Recht betont, daß die Auseinandersetzungen in Europa in diesem Jahr eine überlokale und überregionale Bedeutung haben und daß in der Bundesrepublik Entscheidungen fallen werden, die weit über deren Grenzen hinaus von Bedeutung sind. Denn die Fronten verlaufen ja auch nicht regional oder national, sondern hier handelt es sich um den Zusammenstoß großer ideologischer Konzeptionen, deren eine, der Marxismus, auf eine oder sogar zwei Supermächte gestützt ist. Man muß sich darüber klar sein, daß der Slogan "Freiheit statt Sozialismus" eben doch etwas mehr ist als bloß ein Slogan.

Ich bin vielleicht etwas plötzlich aus der Stille meiner Studierstube herausgerufen worden. Aber es war an der Zeit. Ich darf Ihnen hier ganz kurz und ganz unprofessoral sagen, daß zehn Jahre neuer Marxismusforschung gezeigt haben, daß der Marxismus durch und durch eine Herrschaftsideologie ist, und zwar von Anbeginn an. Leider hat man diese Tatsache bis jetzt im allgemeinen politischen Bewußtsein noch kaum in ihrer gebührenden Tragweite empfunden.

(Beifall)

Es beginnt bereits mit dem jungen Marx.

Ich darf anschließend gleich ein weiteres aktuelles Thema von diesem Gesichtspunkt aus anschneiden, der von deutschen, schweizerischen, englischen und auch österreichischen Fachleuten erarbeitet wurde, im übrigen von Männern, die zum Teil links von der Mitte stehen, von Sozialdemokraten; denn auch für die Sozialdemokratie stellt sich ja die Frage: soziale Demokratie oder totalitärer Marxismus?

Nun darf ich - ich möchte nicht zuviel Zeit für mich in Anspruch nehmen - gleich einen Hinweis geben. Es gibt liberale Kräfte auch in der Bundesrepublik, die auf den sogenannten Eurokommunismus blicken und glauben, daß das scheinbare Freiheitsversprechen des Marxismus, das schon so oft gescheitert ist, nun verwirklicht werden soll. Ich halte das für eine äußerst gefährliche Illusion,

(Beifall)

gefährlich besonders deshalb, weil sie irreversibel ist.

(Erneuter Beifall)

Denn ist die Falle einmal zugeschnappt, dann bekommen wir sie nicht mehr so bald auf.

(Beifall)

Ich darf zum Abschluß gewissermaßen ein kleines persönliches Erlebnis anschließen. Ein Buch aus meiner Feder wurde bei einem angesehenen liberalen, alten, soliden italienischen Verlag in italienischer Übersetzung herausgebracht. Es bekam ein Vorwort eines italienischen Autors. Nichtsahnend habe ich es mir vorher nicht vorlegen lassen und war baß erstaunt, als dort eine regelrechte Entgiftung meiner Ausführungen vom marxistischen Standpunkt aus ohne mein Wissen vorangeschickt wurde. Das sind Methoden, die bisher nur in der Sowjetunion üblich waren.

(Beifall)

Ich habe das zunächst für einen isolierten skandalösen Vorfall gehalten. Aber es verdichten sich die Anzeichen dafür, daß es in Italien bereits vor einer offiziellen Machtergreifung eine Art marxistischer Zensur gibt. Das ist ein Hinweis, ein Indiz dafür, mit wie großer Vorsicht, mit wie großem Mißtrauen man alle jene schönen demokratischen Erklärungen aufnehmen muß.

Ich darf damit meinen ersten Teil abschließen.

(Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Richard von Weizsäcker: Vielen Dank, Herr Topitsch, für diesen Beitrag, von dem man nur hoffen kann, daß er nicht nur in diesem Saal, sondern auch von manchen, die vielleicht aus eigenem Antrieb nicht ohne weiteres hierher kommen, gut gehört wird.

Sir Con O'Neill, darf ich Sie bitten fortzufahren.

Sir Con O'Neill: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich sollte vielleicht nach Ihrer Einleitung sagen, daß ich einmal Diplomat war. Ich bin es nicht mehr. Ich bin

längst Diplomat außer Diensten. Sonst hätte ich vielleicht nicht das Vergnügen, an diesem Tisch sitzen zu können.

(Heiterkeit)

Es ist für mich wirklich eine große Freude zu sehen, daß heute auf dem Parteitag einer großen Partei in einem großen Land Europas alles so sehr im Zeichen Europas steht. Das hatte ich nicht erwartet, und das freut mich sehr. Ich kann natürlich keinen Anspruch darauf erheben, Europäer erster Prägung zu sein. Das sind nur sehr wenige in England gewesen.

(Heiterkeit)

Aber durch Zufall bin ich mindestens 13 Jahre lang beruflich fast ausschließlich bei der Europäischen Gemeinschaft tätig gewesen. Deswegen ist es, wie gesagt, wirklich eine große Freude für mich, daß Europa heute hier als so wichtig und so ernst behandelt wird. Das ist nicht überall in Europa der Fall, sicher nicht in meinem Land, aber in anderen Ländern auch nicht.

Jetzt, Herr Vorsitzender, möchte ich versuchen, die Frage in unserer Debatte: Was will Europa von der Bundesrepublik?, so nüchtern und so konkret wie möglich zu beantworten. Ich muß zu Beginn - ganz ernst gesagt - zugeben, daß ich als Engländer nicht sehr viel gegen die Haltung der Bundesrepublik habe, daß ich nicht sehr viele Klagen über die Haltung der Bundesrepublik in den 18 1/2 Jahren seit dem Inkrafttreten der römischen Verträge habe.

Ich sage natürlich nicht, die Bundesrepublik sei ein Modell gewesen.

(Heiterkeit)

Ich kann aber nicht sagen, sie hätte über diese lange Zeit ein allzu schlechtes Beispiel gegeben. Erlauben Sie mir bitte als früherer Diplomat an eine mittlerweile sehr weit zurückliegende Zeit zurückzudenken, die Zeit der Gründung der Bundesrepublik, in der ich zufällig in Deutschland als Diplomat tätig war, nämlich die ersten dreieinhalb Jahre der Bundesrepublik von Herbst 1949 bis Anfang 1953, und an eine noch frühere Zeit, als ich anderthalb Jahre in Frankfurt in der Bizonalverwaltung war. Damals war Europa wirklich die große Hoffnung der Bevölkerung dieses Landes und mit Recht. Ich erinnere mich sehr gut, wie bezeichnend, wie wichtig, wie hoffnungsbringend es war, als die Bundesrepublik in den Europarat kam. Ich erinnere mich sehr gut der Tage - es war in diesem Monat genau 26 Jahre her - , als der Schuman-Plan von der französischen Regierung vorgelegt wurde. Ich erinnere mich, mit welcher Begeisterung - und das war völlig richtig - die Bundesregierung damals diese Möglichkeit wahrnahm. Es läßt sich also nicht wegdiskutieren, daß das Volk in der Bundesrepublik in jenen Tagen einen großen Teil seiner Zukunftshoffnungen eng mit Europa gepaart sah. Ich glaube, die Bundesrepublik ist dieser Hoffnung treu geblieben, und ich hoffe sehr, daß nicht Folgen aus einem Handeln, entsprechend dieser Hoffnung, als zu enttäuschend oder überhaupt angesehen werden.

Was will man also, was will ich als Engländer, wenn Sie so wollen, in Sachen der Europäischen Gemeinschaft von der Bundesrepublik? Ich glaube, zuerst möchte ich um Geduld bitten. Man darf nicht vergessen, wie phantastisch weit die Europäische Gemeinschaft in diesen jetzt 25 Jahren, in diesem Vierteljahrhundert seit der Gründung der Gemeinschaft für Kohle und Stahl gekommen ist. Man hat im Augenblick immer den Eindruck als ob nichts geschieht, aber die ganze Zeit ist etwas geschehen, und man darf nicht vergessen, wie weit man in dieser Zeit gekommen ist.

Man darf auch nicht erwarten, daß morgen schon ganz neue phantastische Sprünge in eine neue eng verbundene stärker politische Art der Gemeinschaft und damit in eine bessere Zukunft getan werden. Dies wird sicher kommen, aber nicht übermorgen. Ich denke bei der Gemeinschaft immer an eine Schildkröte; sie ist kein Hase, aber sie bewegt sich doch.

(Heiterkeit)

Man darf nicht unterschätzen, daß auch heute noch wichtige Schritte, vom politischen Standpunkt aus vielleicht keine sehr bedeutenden Schritte, aber doch immerhin noch wichtige Schritte gemacht werden. Deswegen bitte ich um ein bißchen Geduld. Man kann nicht alles schon für morgen und übermorgen erhoffen und erwarten. Das wird kommen, solange alle Mitglieder der Gemeinschaft bereit sind, auszuharren und zusammenzuarbeiten. Hier sollte aber auch von den stärkeren Mitgliedern der Gemeinschaft ein Beispiel gegeben und Geduld geübt werden.

Als zweites möchte ich folgendes sagen: Die Bundesrepublik soll in der Linie dessen, was ich eben gesagt habe, mögliche Ziele für den Fortschritt in der Gemeinschaft wählen, dann aber auf diesen Zielen bestehen und sicherstellen, daß sie erreicht werden. Ich habe ein Beispiel im Auge, ein sehr wichtiges Beispiel: Bitte, die Bundesrepublik darf nicht zulassen, darf einfach nicht zulassen, daß keine direkten Wahlen für das Europäische Parlament zustande kommen!

(Beifall)

Es besteht, wie ich hoffe, nur eine geringe Gefahr, aber wir haben schon Enttäuschungen hinter uns, und man kann noch nicht sicher sein, ob das geschieht. Geschehen soll und muß es, und auch ziemlich bald. Ich hoffe sehr, daß die Bundesrepublik, wie ich gesagt habe, darauf bestehen wird.

Warum? Warum sind diese direkten Wahlen so wichtig? Ich möchte sagen, erstens weil sie zum ersten mal ein großes Stück Freiheit in die europäische Entwicklung bringen, was direkt die Menschen als Wähler angeht. Das ist sehr wichtig. Die Tatsache, daß das Parlament direkt gewählt wird, wird nicht von heute auf morgen alles ändern. Neue Befugnisse und Rechte für das Parlament werden daraus nicht automatisch folgen, aber die gesamte Atmosphäre wird sehr tiefgehend und auf eine sehr wichtige Weise von dieser Entscheidung und dieser neuen Prozedur geprägt werden. Bitte, bestehen Sie also darauf. Das ist eine Sache, die ich gern von der Bundesrepublik hätte.

Herr Vorsitzender, ich möchte vielleicht später auf einen dritten Wunsch zurückkommen, der ein sehr wichtiges Tätigkeitsfeld be-

trifft: Welche Verantwortung trägt eigentlich die Bundesrepublik als wirtschaftlich stärkstes Land in der Gemeinschaft? Es wird sicher Zeit bleiben, später darauf zurückzukommen. Ich meine, Herr Vorsitzender, als Einleitung habe ich zunächst einmal genug gesagt.

(Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Richard von Weizsäcker: Vielen Dank, Sir Con. Sie haben das so schön als einen Zufall bezeichnet, daß Sie 13 Jahre lang für Europa gearbeitet haben. Ich glaube, es war ein Zufall, der tief in Ihren eigenen Überzeugungen und in Ihrer Verantwortung wurzelte. Ihnen als einem Exponenten der britischen Europagesinnung an dieser Stelle zu danken, ist mir ein ausdrückliches Bedürfnis.

(Beifall)

Sie haben nun auch gleich von den uns bekannten und für Europa sehr notwendigen britischen Eigenschaften Gebrauch gemacht, der Nüchternheit, dem Zeitmaß, der Zähigkeit und der Bereitschaft, eigene Forderungen in der zweiten Runde auch noch anzumelden.

(Heiterkeit)

Sie haben im übrigen gesagt, das Verhalten der Bundesrepublik in den letzten 18 Jahren sei eigentlich nicht schlecht gewesen. Ich erinnere mich an eine ganze Kette von Anfang von seitens Großbritanniens an die deutsche Politik in diesen 18 Jahren, ob sie eigentlich immer genügend getan habe, um in deutsch-französischen Verhältnissen diejenigen Fortschritte herbeizuführen, von denen Großbritannien zu Recht oder zu Unrecht annahm, daß die deutsche Politik sie in stärkerem Maße herbeiführen könne. Ich weiß nicht, Herr Rovon, ob Sie darauf oder auf andere Fragen eingehen wollen, jedenfalls wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie jetzt Ihrerseits zu uns sprechen würden.

Prof. Joseph Rovon: Herr Vorsitzender! Die Beantwortung dieser Teilfrage möchte ich auch auf eine zweite Runde verschieben und zunächst einmal Ihnen, den Veranstaltern dafür danken, daß Sie es Parteifreunde sind, sondern die Ihnen etwas zu sagen zu haben schienen und denen Sie die Ehre geben, hier zu sein. Ich kann auf diese Ehre nur mit einem Wort antworten: Hätten mich Ihre augenblicklichen Parteigegner eingeladen, würde ich Ihnen dasselbe sagen, was ich Ihnen jetzt sagen werde.

(Heiterkeit und Beifall)

Die Frage, die uns am Anfang gestellt ist, lautet: Was erwartet Europa von der Bundesrepublik? Sie können nicht erwarten, daß ich hierbei Europa nicht ein bißchen als das französische Europa behandle. Ich beantworte die Frage also aus meiner Kirchturnsicht. Ich werde sie zunächst mit einem Gewaltwort beantworten.

Was erwartet Europa von der Bundesrepublik? Es erwartet von Ihnen, meine Damen und Herren, daß Sie tugendhaft sind.

(Heiterkeit)

Ja, lachen Sie nicht zu früh darüber;

(Erneute Heiterkeit)

ich meine es sehr ernst. Die Tugenden, um die es sich handelt, sind sowohl innenpolitischer als auch außenpolitischer Natur, und zwar aus einer Reihe von Gründen, die evident sind: die nationalsozialistische Vergangenheit, der materielle Wohlstand, die besondere Art, in der sich in Ihren demokratischen Gemeinwesen in den letzten Jahren und Jahrzehnten Bürgertugenden entwickelt und erhalten haben, die anderswo nicht mehr von selbst vorhanden sind.

All dies gibt Ihren Freunden, ich möchte sagen, das Recht, mit besonderen Ansprüchen an Sie heranzutreten. Meiner Ansicht nach gibt es Ihnen auch die Pflicht, diesen Ansprüchen gerecht zu werden. Gewiß sind wir alle vor Gott und vor den Menschen gleich. Aber wir sind es alle in unserer geschichtlichen und konkreten materiellen Wirklichkeit. Das bedeutet, daß in diesem Europa Ihr Beitrag ohne Zweifel der sein muß, daß Sie sich in dem ausgehenden 20. Jahrhundert besonders tugendhaft aufführen müssen.

Nun können Sie mir sagen: Niemand ist berechtigt, von einem anderen Tugenden zu verlangen, die er nicht selbst praktiziert. Solche Retourkutschen können wir uns zuschicken. Was ich gerade hier behaupten möchte, ist, daß aus der konkreten historischen Lage heraus auch heute noch, 30 Jahre nach Kriegsende, die übrigen Europäer von Ihnen besondere Tugenden erwarten.

Welche Tugenden? Zunächst einmal sind Sie infolge des doppelten geschichtlichen Verhängnisses, das über Sie herabgekommen ist, einerseits des Nationalsozialismus und andererseits der nationalen Trennung und der Errichtung des kommunistischen Staates im anderen Deutschland, besonders dazu aufgerufen, die Werte, die unserer demokratischen Existenz zugrunde liegen, wirklich als Werte anzuerkennen und sie, soweit es bei der menschlichen Schwäche möglich ist, in Ihrem Alltag zu verwirklichen.

Jeder von uns in Frankreich, in England, in Belgien, in Österreich, in Deutschland ist aufgerufen, Demokrat zu sein. Aber Sie sind ohne Zweifel auch heute noch verpflichtet, dies mit einem besonderen Ernst und nach allen Richtungen hin zu sein. Es ist ohne Zweifel eine geschichtliche Wirklichkeit und die Frucht des doppelten Verhängnisses - kein Verhängnis ist auf die Dauer nur Verhängnis, sondern kann durch die Kraft der Menschen und ihrer Tugenden auch zu etwas Positivem gestaltet werden -, daß Sie in unserem Jahrhundert in diese Verpflichtung gestellt sind.

Das bedeutet innenpolitisch nach meiner Ansicht nun keineswegs, daß Sie sich mit erhobenem Zeigefinger in der Welt als Modelldemokratie empfehlen sollen.

(Beifall)

Aber gerade aus Ihrer Vergangenheit und Ihrer Gegenwart her müssen Sie die Werte der Freiheit und der Toleranz mit besonderem Respekt behandeln. Ich sage das ganz bewußt im Hinblick auf die augenblickliche Debatte über Berufsverbot usw.. In Frankreich gehöre ich zu den nicht zahlreichen Intellektuellen, die in die-

ser Frage die deutsche Position verständlich machen wollen und infolgedessen gegen eine systematische Verleumdung ankämpfen. Aber umgekehrt muß ich Sie wiederum darauf aufmerksam machen, daß Sie in diesen Dingen in einer ganz besonderen Weise, mehr als irgendein anderes Land beobachtet werden. Das können Sie nicht einfach wegwischen. Das ist die Folge dessen, was ich eben ansprach. Weil es so bedeutend und unmittelbar verständlich ist, daß hier den Anfängen der Bedrohung der Demokratie gesteuert ist, müssen Sie gleichzeitig immer im Bewußtsein haben, daß diese Steuerung auch ihre Grenzen hat und daß Sie die Achtung der demokratischen Tugenden und Werte eben in einer besonders schwierigen Lage vorexerzieren müssen.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstand in Frankreich das Wort, das die Feinde der Freiheit sagten: Ich verlange von dir die Freiheit im Namen deiner Prinzipien; und ich werde sie dir dann verweigern im Namen der meinen. Dieses alte Wort bleibt wahr. Aber es hilft uns nicht darüber hinweg, daß wir den Feinden der Freiheit ein gewisses Maß an Freiheit und Toleranz schulden. Zu erkennen, wo die Grenze liegt, ist für jeden von uns eine sehr schwierige Aufgabe und für das Gemeinwesen ebenfalls.

(Beifall)

Aber gerade weil man sich bemühen muß, im Ausland Ihre Lage verständlich zu machen, sind Sie verpflichtet, sie Ihrerseits ernst zu nehmen.

Das folgende zitiere ich nur als Beispiel. Man könnte die Verpflichtung zu demokratischen Tugenden nicht mit etwas Negativem oder Positivem aufrechnen. Sagen wir es positiv: Es ist klar, daß die demokratischen Tugenden und Werte niemals von einer einzigen Partei getragen werden können. Wir teilen sie mit anderen, wenn auch mit verschiedenen Akzenten. Das hat man ja gerade in den Jahren und Jahrzehnten der Bedrohung gesehen. Die Widerstandskämpfer oder die Kämpfer gegen die Ausdehnung des Kommunismus nach 1945 kamen aus verschiedenen Parteien. Das Bewußtsein, daß man gleichzeitig seine eigenen Akzente klar zu setzen und trotzdem die Gemeinsamkeit mit denen aufrechtzuerhalten hat, die Mitträger dieser Werte und Tugenden sind, dürfen wir nie aus den Augen verlieren.

Sie haben die große Chance, meine Damen und Herren, in einem Parteiensystem zu leben, wo die Anerkennung der Mehrheit auf beiden Seiten zu einem Mindestmaß von demokratischem Konsensus gehört. Ich glaube, die Europäer, besonders aus den Ländern, die nicht die Chance haben, ein solches Parteiensystem zu besitzen, wenden sich an Sie in der Hoffnung, daß Sie es auf beiden Seiten bewahren werden, daß Sie nicht in die Lage von Frankreich und Italien kommen werden, wo das Gewicht derer, die rechts und links außerhalb des demokratischen Konsensus stehen, so groß wird, daß damit die Frage der Aufrechterhaltung des demokratischen Systems überhaupt gestellt wird. Auch hier sind Sie wiederum bis zu einem gewissen Grade, ohne daß es Ihnen, ich möchte sagen, eine Berechtigung gibt, sich zum Stolz an die Brust zu schlagen, heute in Europa in den Zwang der Beispielhaftigkeit gestellt, und zwar innen- und außenpolitisch.

Zu alledem ließe sich noch vieles sagen. Vielleicht darf ich es ganz kurz doch noch auf die deutsch-französischen Beziehungen

anwenden und sagen: Die Notwendigkeit, vor der wir stehen, ist, daß wir einerseits bereits in einer Lage sind, in der es keine nationale Innenpolitik mehr gibt. Alles, was in Wahlreden in Deutschland oder Italien oder Frankreich gesagt wird, hat Einfluß auf die politischen Kämpfe im Nachbarland. Wir sind, obgleich wir noch keinen gemeinsamen Staat haben, bereits in dem seltsamen Zustand, wo eine europäische Innenpolitik im Begriff ist zu beginnen, während gleichzeitig unsere Beziehungen noch Außenpolitik sind.

Das erfordert eine besondere Aufmerksamkeit für die Folgen dessen, was wir aus unseren eigenen Kämpfen in das andere Land hineinragen. Wenn der eine auf die Pauke schlägt, dann meint er vielleicht, daß das nur seinen Wahlkampfnachbarn treffe und nach sechs Monaten vergessen sei, so daß man im Parlament wieder zusammensitzt. In der anderen Nation kann das aber große Folgen hinterlassen.

Ziehen wir die europäische Wirklichkeit nicht zu sehr in unsere Wahlkämpfe hinein! Haben wir Verständnis dafür, daß dies keineswegs das Privilegium des einen oder anderen ist! Die negativen Auswirkungen von Reden, wie sie Herr Schmidt oder Herr Chirac in den letzten Wochen gehalten haben, scheinen mir deshalb so bedenklich zu sein, weil sich die beiden Herren bei ihrem nächsten Treffen wahrscheinlich auf die Schulter klopfen und sich sagen, dies hätten sie sich doch gut gegeben,

(Beifall)

während das bei den Massen wieder allerälteste Ressentiments aufwärmen kann.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, vergessen Sie nicht, daß das Mißverständnis über die Wirklichkeit des Anderen in Europa auch zu tragischen Mißverständnissen wie dem geführt hat, das im Jahre 1954 den so großen Bundeskanzler Konrad Adenauer daran gehindert hat zu begreifen, daß es für uns alle besser gewesen wäre, auf die Mindestangebote von Mendès-France einzugehen. Mit anderen Worten: Die Problematik liegt eben nicht in den einzelnen Parteien, sondern geht jedesmal quer hindurch.

Dies führt mich zu einer letzten Frage: Wieweit nehmen Sie das Engagement für Europa ernst? Sir Con O'Neill hat daran erinnert, wie hundertprozentig wichtig für uns alle die Direktwahl des Europäischen Parlaments ist. Gewiß, aber Sie wissen, daß von dem Tag an, an dem diese Direktwahl stattfindet und dieses Parlament etwas zu sagen hat, ein Teil Ihres Schicksals von einem Parlament abhängen wird, in dem es zwischen 10 und 15 % kommunistische Abgeordnete geben wird, die es in Ihrem Bundestag nicht gibt. Sie können nicht erwarten - das gleiche gilt für Ihre Gegner im innenpolitischen Wahlkampf -, daß dieses Europa sich nur aus Parteifreunden zusammensetzt. Sind Sie bereit - ich stelle dieselbe Frage an Ihre sozialdemokratischen Gegner -, in Kauf zu nehmen, daß Ihre eigene Sozial- und Wirtschaftsordnung eines Tages durch eine sozialdemokratische Mehrheit im Europäischen Parlament majorisiert wird? Sind die Sozialdemokraten bereit, in Kauf zu nehmen, daß ihre Hoffnungen oder Forderungen durch eine nicht

sozialdemokratische Mehrheit im Europäischen Parlament gedämpft, gebremst oder verändert werden?

Es ist verhältnismäßig leicht, über Europa zu sprechen, wenn man im Unverbindlichen bleibt. Die Wirklichkeit ist aber so, wie ich es eben aufgezeigt habe. Dies sollten wir ernst nehmen. Von dem Tag an, an dem eine Einigung zustande kommt, befinden sich auch die Entscheidungszentren auf einer anderen Ebene. Europa heißt - dies hat ja die französische Politik immer wieder so sehr von Europa abgeschreckt -, daß die Entscheidungen dann immer weniger im eigenen Hause getroffen werden. Nach der Gründung des Deutschen Reiches wurden die Entscheidungen nicht mehr in München, Stuttgart oder Braunschweig gefällt, sondern in Berlin. An dem Tage, an dem wir wirklich ein Europa haben, werden immer weniger Entscheidungen in Bonn und in Paris gefällt. Sind wir darauf eingestellt.

(Lebhafter Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Richard von Weizsäcker: Vielen Dank, Herr Rován! Mit Ihrer letzten Frage sind Sie auch auf etwas eingegangen, was uns hier manchmal auf diesem Parteitag begegnet. Ich selber habe in dem einen oder anderen Kommentar oder Interview mit Vertretern der Medien erlebt, daß sie uns sagen: Euer Parteitag steht unter dem Leitwort "Aus Liebe zu Deutschland". Euer zweiter und vielleicht gewichtigster Tag ist ein Europatag. Ist das nicht ein Widerspruch? Seid ihr bereit, die Konsequenzen auf euch zu nehmen, die mit einer Verlagerung nach Europa verbunden sind? - Ich glaube, gerade dieser zweite Tag und die ganze Europaproblematik zeigen uns doch mit äußerster Deutlichkeit, daß es - natürlich - die Liebe zu Deutschland ist, die uns zu diesem Europatag nötigt.

(Beifall)

Die Sorge vor einer Verlagerung der Entscheidungen in Parlamente, die es zur Zeit - mit Entscheidungsbefugnis ausgestattet - noch nicht gibt, ist doch nichts anderes als die Sorge darum, daß dann, wenn wir den Parlamenten die Entscheidungsbefugnis nicht geben, die Entscheidungen überhaupt nicht zustande kommen, die wir aus Liebe zu unserem Lande wirklich brauchen.

(Beifall)

Dies ist, wie jeder weiß, abstrakt natürlich leichter gesagt, als konkret durchgeführt. Dennoch ist es ein Vorgang, der in unserer Bevölkerung, wie ich meine, zur Zeit eine sprunghafte Vorwärtsentwicklung nimmt, so daß diese Forderungen eben keine Pronunciamentos bleiben, sondern wirklich in die politische Realität umgesetzt werden.

Herr Schulmeister, Sie sind auf der einen Seite Bürger eines Landes, das in einem formellen Sinn an der Europäischen Gemeinschaft nicht teilhaben kann, das seine staatsvertraglichen Verpflichtungen freiwillig übernommen hat und einhalten wird. Auf der anderen Seite sind Sie mit unserer geistigen politischen Auseinandersetzung vertraut wie kaum ein anderer verantwortlich denkender politischer Mensch unserer Tage. Sie werden gewiß aus dem, was Sie selber denken und fühlen, als auch auf Grund dessen,

was bisher gesagt worden ist, zu uns sprechen wollen. Vielleicht möchten Sie sich auch mit dem einen oder anderen, was hier am Tisch schon gesagt worden ist, kritisch auseinandersetzen. Sie haben das Wort.

Dr. Otto Schulmeister: Verehrtes Auditorium! Ich werde mich bemühen, das zu tun. Der Groll ist gewachsen.

(Heiterkeit)

Über dieses Europa wird an verschiedenen Orten zu verschiedenen Zeiten - die Älteren unter uns wissen es - immer wieder geredet. Zugleich müssen wir feststellen, daß wir uns auf eine Krise zubewegen, manche meinen, fast auf einen Katarakt, in dem vom Strom der Zeit alles hinweggerissen werden könnte. Wir können nicht von Europa oder von der Bundesrepublik und ihrer Rolle in Europa reden, ohne zugleich zu fragen, wie die Welt aussieht, in der dieses Europa und diese Bundesrepublik sich behaupten müssen. Das heißt, im Hintergrund dieser Frage, die wir uns selbst zu stellen haben, stehen das chinesische Problem ebenso wie die Probleme der Überbevölkerung in Asien und in Afrika, die Fragen, was mit dem weißen Mann im Süden des schwarzen Erdteils geschieht, das Nahost-Problem, die Auseinandersetzung zwischen den Entwicklungsländern der Dritten und der Vierten Welt, der nicht einmal über Öl verfügenden Habenichtse und den Industrieländern. Das alles muß man als Hintergrund heranziehen, wenn man nicht in einen bloßen Europaverbalismus verfallen oder auf eine Rezeptur aus der Hausapotheke zurückgreifen will.

Die Aufgabe ist für eine Partei wie die Christlich Demokratische Union hier in diesem Land und in dieser Stunde natürlich eine politisch begrenzte. Wir müssen uns aber als gute Europäer - und dies nicht nur in dem fast höhnischen Sinne Friedrich Nietzsches - darüber klar sein, daß damit heute mehr gemeint sein muß als nur die gewiß wichtige Durchsetzung von europäischen Urwahlen. Wir müssen uns gleichzeitig bewußt machen, daß in unserem noch verbliebenen freien Europa die Gefahr eines Bruches gegeben ist. Wer von Ihnen in letzter Zeit durch die Mittelmeerländer - durch Italien oder Spanien - gereist ist, weiß, was im Mediterrane um vor sich geht. Dort wird man nicht in so begeisterten Tönen über jene bürgerliche Demokratie sprechen, die in Ihrem Land, in meinem Land und in Mitteleuropa als die teuerste Errungenschaft nach 1945 gefeiert wurde. Je mehr der Kommunismus auf dem Vormarsch ist, desto mehr wird sie in diesem Sinne gefeiert. In den Mittelmeerländern sagt man im Gegenteil: Das ist ein verrottetes System, das unfähig ist, sich selbst zu reparieren. Wir haben es satt und möchten jetzt einen anderen Weg suchen. Leider sind diese Kräfte auch in jenen Gesellschaftskreisen beheimatet, aus denen jene Überläufer kamen, mit denen wir in anderen Jahren so schreckliche Erfahrungen gemacht haben.

(Beifall)

Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß wir es in der Bundesrepublik - jedes Elternhaus hat damit seine Erfahrungen - mit einem Generationskonflikt zu tun haben, der bereits in eine neue Phase hinübergeht, in der die Erfahrungen der Älteren, soweit sie

nicht in politisch zentralen Positionen sind, nicht mehr viel gelten. Das, was diejenigen, die im Krieg waren oder die, die brennenden Städte Deutschlands und Österreichs gesehen haben, wissen, ist nicht mehr einzubringen. Das ist nicht im Sinne eines Vorwurfs an die junge Generation gesagt. Wir waren als junge Menschen genauso - in verschiedener Hinsicht nicht belehrbar. Nur durch Leiden - da ist das Tragische - erkennt der Mensch. Diese Erfahrung kann nur selbst gemacht werden. Das bedeutet aber, daß wir politisch in eine Zone kommen, in der man für Wunderrezepte, für eine politische Alchemie anfällig wird, jedenfalls in jenen kleinen Kreisen, die an sich zahlenmäßig nichts bedeuten, die zu beobachten aber für den sehr wohl wichtig ist, der weiß, wie geistige Ereignisse entstehen,

(Beifall)

die zu beobachten aber für den sehr wohl wichtig ist, der weiß, wie geistige Ereignisse entstehen.

(Beifall)

Da kann man nun fragen - und ich erlaube mir diese Frage als ein Österreicher, der wenigsten noch einen Titel hat, indem er sich auf den alten Hoffmannsthal beruft, das heutige Österreich sei das ältere Deutschland, verglichen mit dem Wilhelminischen Reich - ,

(Beifall)

ob sich auch die Wähler ihrer Partei, ob sich das bürgerliche Element, wie man es ernst genannt hat, das bürgerlich -bäuerliche Element, auch das akademische Element der Bundesrepublik, in gebührender Weise mit dem auseinandergesetzt haben, was als geistige Konterbande seit 10 oder 15 Jahren hier in der Bundesrepublik und anderswo vertreten wird?

(Beifall und Heiterkeit)

Haben wir es uns nicht einfach geleistet, in der Selbstsicherheit oder vielleicht auch aus Erschöpfung nach dem Wiederaufbau oder auch einfach auf Grund der Bequemlichkeit der menschlichen Natur zu sagen: Die reden mir lange gut, da sollen halt die Professoren an den Hochschulen mit diesen so revolutionär gesinnten jungen Leuten ausmachen, das geht mich nichts an?! - Das stimmt nicht, weil wir ja doch heute zur Kenntnis nehmen müssen, daß es in der Bundesrepublik und in irgendeiner Weise auch in

Mitteleuropa drei eindeutig als Krise zu bezeichnende Phänomene gibt: erstens eine Krise der Demokratie, die der bürgerlichen, repräsentativen Demokratie. Darüber wird unendlich viel geschrieben. Es ist nicht der Zweck dieser Veranstaltung, in ein Seminar darüber einzutreten. Aber wir müssen als Faktum zur Kenntnis nehmen - im Süden des noch freien Europa ist das schon im Gange -, daß die Effizienz, die Fähigkeit dieser Art von Demokratie, mit den heutigen technischen und wirtschaftlichen Prozessen fertig zu werden, angezweifelt wird, daß man nach einer neuen Legitimität sucht, umgekehrt wieder: daß für viele von uns Freiheit ein Konsumartikel geworden ist, den man sich nicht einmal mehr im Warenhaus kauft.

(Beifall)

Das ist nicht die Realität jener Lebensarten, wie sie etwa ein Bürger der DDR oder noch weiter östlich als Freiheit empfindet und versteht. Wir sind in diesem Punkt satt geworden. Von daher ist die geistige Verdüsterung, die auch auf den innenpolitischen Horizont eingetreten ist, zum Teil zu erklären.

Das Zweite ist hier die Krise der Nation. Es ist eine Krise der Intendität. Sie wissen, überall bis nach Israel hinaus fragt man sich: "Was bin ich?" Müßten nicht die Deutschen, könnten die Deutschen nicht sagen: Sind wir etwa die Juden Europas? Aus was bestehen wir alles? Aus zwei Staaten, drei Staaten, vier Staaten? Gibt es die deutsche Nation noch? Ist das ein Vermächtnis, das sich mit Goethe, Schiller und Hegel und einigen anderen identifizieren läßt, aber im Grunde bereits archiviert wird? Oder ist das eine neu zu leistende Aufgabe, und zwar als eine europäische Aufgabe verstanden, und wie kann ich sie gewinnen?

Das Dritte: Sehen wir nicht, wie wir uns mitten in einer Krise der Grundwerte befinden, auf die sich doch etwa auch das Grundgesetz, wenn ich recht orientiert bin, bei Ihnen bezieht und eigentlich auch die anderen demokratischen Verfassungen beziehen? Man hat da vom Pluralismus geredet und die Bandbreite sehr weit gezogen, so weit, daß man gesagt hat: Mein Gott, ein paar Terrorakte sind ja nichts, es ist halt überschäumendes Temperament, und daran sind ja letzten Endes auch die Speckbäuche der Bourgeoisie schuld, also lassen wir das halt, es gibt ja auch im Straßenverkehr täglich genug Opfer.

Wir haben diese Dinge vielleicht doch nicht ernst genug genommen innerhalb einer sehr perfekten und von der Umwelt bestaunten, jetzt aber auch schon manchmal wieder gefürchteten Bundesrepublik, die hier und da manchmal auch wieder im Bild des "häßlichen Deutschen" zu erscheinen beginnt, nicht zuletzt deswegen, weil sie heute der Stabilitätsfaktor Westeuropas ist. Das hat man nicht gerne, wenn man doch erst vor 30 Jahren einen Krieg gewonnen hat.

Diese Krisentypen - man könnte sie sicherlich noch mit vielen anderen Beispielen bereichern - sind doch etwas, was den Bewußtseinsstand, auch den politischen Bewußtseinsstand unmittelbar beeinflußt. Die Handlung, der Wahlkampf, das Regierungsprogramm, das alles sind Dinge, die es zu tun haben mit der Realität, der sozialen, der wirtschaftlichen, der geistigen, der kulturellen Realität. Aber wir können hier nicht von Europa und der Rolle der Bundesrepublik sprechen, ohne uns über dieses Rechenschaft

zu geben. Es hieße sich in die Tasche lügen, zu sagen, hier ist ein großartiger Kongreß, der läuft wunderbar, die Wahlmaschine hört man bereits im Hintergrund donnern, die Plakate werden gedruckt, und nun stürzt man sich auf die Gassen, um die Seelen der Wähler zu fangen, während wir gleichzeitig am 20. Juni in Italien eine Wahl haben, von der wir gar nicht wissen, wie ihr Resultat z. B. etwa die Politik der Römischen Kurie beeinflussen wird. Dabei fällt uns doch ein, was unter Konrad Adenauer etwa noch die Katholische Kirche und die Evangelische Kirche für unbefragte Selbstverständlichkeiten waren. Dasselbe gilt z. B. für die Soziale Marktwirtschaft. Wer kann das heute intellektuell ohne ein leises Erröten aussprechen?

(Heiterkeit)

Denn wir sind ja doch so viel weitergekommen. Wohin, wissen wir noch nicht, aber irgendwo sind wir weiter.

(Heiterkeit und Beifall)

Wenn man sich diesen Fragen stellt, kommt man doch eigentlich zu folgendem Schluß, und ich würde ihn mir für meine Person erlauben. Ich würde mir wünschen, daß die Bundesrepublik nicht nur dazu beiträgt, daß die europäische Bewegung, soweit es Gott will, einen Schritt weitergeht, daß ihr Europäisches Parlament durch Urwahl, wenn auch nicht gerade bevollmächtigt, zustande kommt. Sicher, man soll sich bescheiden und pragmatisch sein. Aber ich würde mir vor allem wünschen, daß durch diesen Wahlkampf und überhaupt durch die Einwirkung der Bundesrepublik nicht nur mehr Tugend in Westeuropa verbreitet wird, was sehr nützlich wäre, denn ich habe den Eindruck, die Oberschichten sind nicht ganz so funktionsfähig und intakt, wie es der Augenblick erfordern würde,

(Heiterkeit und Beifall)

sondern auch dazu beigetragen wird, den Sozialismus, der heute eine wichtige Grundkraft in diesem verbliebenen freiheitlichen Europa ist, zum Wahrheitsbeweis zu zwingen. In all den Fragen, die heute durch einen langsamen Erosionsprozeß scheinbar gelöst, in Wirklichkeit zum Verschwinden gebracht werden, muß man den Sozialismus auf das befragen, was er an echten Werten in der Zeit seines Aufbruchs hatte, und wovon heute noch jeder alte Sozialist und Gewerkschaftsfunktionär etwas weiß, und auf das befragen, was er sich indessen an nihilistischen und hedonistischen Elementen angeeignet hat, um auf diese Weise seine Massenbasis zu behaupten, das heißt, jedem jedes zu versprechen, ein Programm allgemeiner Libertinage zu verbreiten, um so mit dem Mittel dieses Narkotikums in Wirklichkeit eine Funktionärsgesellschaft und vielleicht noch mehr zu errichten.

(Beifall)

Wenn uns die Bundesrepublik also zeigen würde, daß man durchaus eine vernünftige Wirtschaftspolitik betreiben kann, daß man eine stabile Währung haben kann, daß man einigermaßen ohne Streiks auskommen kann - alles das ist sehr wichtig und erzieherisch und wirkt auch anderswo dämpfend, wenn es nicht als Schulmeisteri verkauft wird, -

(Heiterkeit und Beifall)

dann schiene mir persönlich das Entscheidende, daß von Deutschland her, das geistig von Feuerbach bis Nietzsche eine Heimstätte des europäischen Nihilismus gewesen ist - und wir haben alle zusammen an den Folgen schwer getragen - auch wieder ein geistiger, aber nun positiver Prozeß eintritt, der alle die Kräfte miteinander - vielleicht auch über die Parteien hinaus und über das bisherige Parteiensystem hinaus - verbindet, die gemeinsame Überzeugungen hinsichtlich des Menschen, hinsichtlich des Wertes und der Würde des Lebens usw. haben.

Ohne diese moralische Sanierung ist das ganze Europa ein Papperlapapp.

(Beifall)

Jedenfalls - ich komme aus einem Land, das jetzt immerhin seine 1.000 Jahre feiert; das Datum stimmt nicht ganz, aber bei den Österreichern darf man nicht alles genau nehmen -

(Heiterkeit)

erinnern wir uns genug - wir alle teilen diese Erinnerung - : Wir haben so viel eines gemeinsamen Weges, daß es gelacht wäre, wenn wir diese Herausforderung nicht annehmen können. Meine Angst ist, daß wir diese Herausforderung übersehen oder mit einer billigen Lösung beiseite schieben wollen, von Wahlkampf zu Wahlkampf, von Majoritätsbildung zu Majoritätsbildung. Es bleibt uns aber nicht mehr viel Zeit.

(Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Richard von Weizsäcker: Herr Schulmeister, vielen Dank für diesen Beweis einer Verbindung von Temperament und Ernsthaftigkeit, die wir an Ihnen kennen und die wir in Europa brauchen.

Sie haben im wesentlichen von drei Krisen gesprochen: Krise der Demokratie, Krise der Nation und Krise der Grundwerte. Sie hängen ja miteinander zusammen, und wir haben heute abend nicht Zeit, über sie alle zu sprechen, Ich meine, wir sollten den Versuch machen, uns an der grundsatzpolitischen Fragestellung weiter entlang zu bewegen, aber sie doch auch zu konkretisieren dort, wo es für die politische Auseinandersetzung und das eigene Weltbild notwendig ist.

Wir haben ja noch eine Frage zu gewärtigen, die Sir Con uns angekündigt hat. Auch die Mitteilung von der notwendigen Tugendhaftigkeit, die Herr Rovon an unsere Adresse gerichtet hat, ist ja nicht etwa weniger ernst, wie mir scheint, in ihren konkreten Konsequenzen als das, was Sie, Herr Schulmeister, uns in der allgemeineren Form vorgetragen haben. Ich schlage daher vor, daß wir vielleicht an Hand der Krisenphänomene, die Herr Schulmeister genannt hat, insbesondere an Hand der letzten: Krise der Grundwerte, Krise derjenigen Werte, die doch am Anfang der Gründung Europas gestanden haben, Werte, die, wenn sie uns unter den Fingern zerfließen können, uns auch nicht die Hoffnung und den Anspruch darauf lassen können, auf eine europäische und damit auf eine eigene ernsthaft politische Zukunft zu zählen -, fragen, wie es mit diesen

Grundwerten einerseits und den konkreten Forderungen an uns gegenseitig andererseits steht.

Aber ich möchte nun nicht das Wort erteilen, sondern Sie bitten, sich zu Wort zu melden, wenn Sie sich randvoll mit Widerspruch oder Mitteilungsbedürfnis fühlen.

Sir Con O'Neill: Ich muß leider wieder meine ganze Nüchternheit an den Abend legen. Schließlich muß einer - um wieder auf die konkrete Frage, die wir debattieren, zurückzukommen -, so habe ich das Gefühl, ganz kraß die Antwort geben, die sich viele Leute erhoffen, wenn sie die Frage hören, sowohl im Ausland als auch in Deutschland. Was will Europa von der Bundesrepublik?

Antwort: Geld.

(Heiterkeit und Beifall)

In einem Sinn ist das eine sehr billige Antwort, in einem anderen Sinn könnten einige meiner Zuhörer der Meinung sein, sie sei nicht sehr billig.

Und wieder denke ich zurück an die vergangene Zeit, die ich schon erwähnt habe, an die Zeit vor 25 Jahren, des Kölner Karnevals von 1950 und des Schlagers: "Wer soll das bezahlen, wer hat soviel Geld?" Es ist wahr, die Bundesrepublik zahlt sehr viel für die Gemeinschaft. Sie zahlt mehr als jeder andere Mitgliedstaat. Dieses Jahr zahlt die Bundesrepublik, glaube ich, 27 1/2 % des gesamten Haushaltes, Großbritannien: 16 1/4 %. Der Nettobeitrag der Bundesrepublik ist natürlich noch viel höher.

Ich glaube, das größte - wirtschaftliche - Problem innerhalb der Gemeinschaft, das das gute Funktionieren der Gemeinschaft täglich, monatlich und jährlich behindert, ist die Unterschiedlichkeit der wirtschaftlichen Leistungen der verschiedenen Mitgliedsländer. Bei dem, was ich sage, vergesse ich nicht das Prinzip, auf das, glaube ich, Professor Rovon aufmerksam gemacht hat: Niemand ist berechtigt, von anderen Tugenden zu verlangen, die er nicht selbst praktiziert. Ich bin weit davon entfernt zu behaupten, daß Großbritannien bereit ist, diese Tugend, auch wenn es in der Lage wäre, zu praktizieren, sofern sie eine ist. Aber das ist ein großes Problem der praktischen Arbeit der Gemeinschaft. Ich glaube, es liegt im Interesse der ganzen Gemeinschaft, daß die Leistungen der ersten und der letzten unter den Mitgliedsländern nicht zu weit auseinanderklaffen. Heute klaffen sie leider furchtbar weit auseinander.

Wenn es im Interesse der ganzen Gemeinschaft ist, diese Kluft irgendwie zu verkleinern, so kann man sagen, ist es im Interesse jedes Mitgliedslandes, selber etwas dazu beizutragen. Wie aber ist das zu machen? Das ist gar nicht leicht. Alle möglichen Fragen der Innenpolitik, der Geschichte, der sozialen Entwicklung aller Mitgliedsländer tauchen sofort auf und Lösungen sind immer weit entfernt.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten. Es hilft nicht sehr viel, wenn die ersten zu den letzten sagen: O bitte, bittä, seien

Sie wirtschaftlich doch endlich ein wenig erfolgreicher. Genau-
sogut könnten die letzten zu den ersten sagen: Bitte, bitte,
seien Sie wirtschaftlich endlich ein bißchen weniger erfolg-
reich. So wird man es nicht schaffen, die Kluft zu verkleinern.

Ich glaube, es ist auch nicht dadurch zu schaffen, daß man die
Gemeinschaftsländer in zwei Klassen teilt. Die Idee ist ver-
schiedenlich aufgetaucht. Ich glaube und hoffe, sie ist jetzt
nicht mehr so beliebt, wie das eine kurze Zeit der Fall war.
Aber man muß doch auch sagen, daß es Alternativen gibt. Man
muß einfach zugeben: Es ist nicht notwendig, daß diese Kluft
überbrückt wird und daß alle Länder gleich erfolgreich, gleich
reich werden.

Stabilität genügt. Es ist nicht notwendig, daß jedes Land der
Gemeinschaft wirtschaftlich genauso erfolgreich ist wie ein
anderes Land. Das wird nie der Fall sein, kann nicht der Fall
sein. Die Kluft zwischen den ersten und den letzten ist viel
zu weit, als daß sie je überbrückt werden kann. Stabilität
ist genug. Was den Fortschritt der Gemeinschaft wirklich so
furchtbar hemmt, sind die mangelnde Stabilität und die Tat-
sache, daß diese Kluft - wenigstens heutzutage - nicht klein-
er wird, sondern mit jedem Jahr wahrscheinlich größer.
Deswegen glaube ich, sollte ein sehr wichtiges Ziel der ge-
samten Gemeinschaft sein, bei Bestehen dieser Kluft wenigstens
Stabilität zurückzugewinnen.

Ich komme auf die Tugenden zu sprechen, die wir in England
selber nicht in der Lage sind zu praktizieren: Da, glaube ich,
hat die Bundesrepublik als das wirtschaftlich erfolgreichste
Mitgliedsland der Gemeinschaft eine große Verantwortung. Sie
hat diese Verantwortung bisher nicht schlecht getragen.

Aber die Verantwortung ist nicht da, und sie wird nicht kleiner.
Nur ein paar kleine Nebenbemerkungen! Die USA waren vor 28, 29
Jahren das weitaus reichste Land der Welt. Sie hatten eine große
Verantwortung. Sie haben diese Verantwortung anerkannt und haben
sehr viel getan, um zu helfen. Ich glaube nicht, daß die USA
sich dabei sehr geschadet haben.

Ich glaube, es ist etwas zu einfach, zu sagen, wie es oft in der
Vergangenheit gesagt worden ist - manchmal auch von der Bundes-
republik -, daß jeder natürlich gern bereit sei, dies und jenes
zu tun, was kostbar sei und was auch Geld verlange, wenn sich nur
die Gemeinschaft sofort bereit erkläre, wichtige politische
Schritte zu unternehmen und eine politische Europäische Union
möglichst bald herzustellen. Ich habe schon in meinen einleitenden
Bemerkungen gesagt: Ich glaube nicht, daß das sehr schnell
kommen wird. Ich hoffe und glaube, daß die politische Union
kommen wird. Aber sie kann nicht von heute auf morgen kommen. Ich
habe das Gefühl, daß die Bindung der Bereitschaft, bei der Über-
brückung dieser Kluft tätig zu sein, mit dem Verlangen, politi-
sche Fortschritte zu erzielen, manchmal eine billige Bindung ge-
wesen ist. Vielleicht kann man soweit gehen, zu behaupten, daß
es in vielen Fällen nicht mehr gewesen ist als eine höfliche Art,
nein zu sagen.

Die Verantwortung der Bundesrepublik, von der ich gesprochen ha-
be, besteht nicht nur gegenüber den anderen Mitgliedstaaten. Die

Bundesrepublik hat auch eine große Verantwortung der ganzen Dritten Welt gegenüber, den Entwicklungsländern gegenüber. Dieser Verantwortung hat sie - und auch die Gemeinschaft - bisher ziemlich gut Rechnung getragen. Ich hoffe, daß das weiter der Fall sein wird.

Ich habe diese Bemerkungen gemacht, die für einen Engländer ein bißchen schwer sind. Ich weiß ganz genau, daß wir jetzt in der Gemeinschaft kein so schönes Beispiel für wirtschaftlichen Erfolg geben. Es ist ein bißchen schwer, das zu sagen. Weil aber diese Frage der Debatte ganz präzise zugrunde lag, mußte ich mindestens soviel sagen.

(Beifall)

Dr. von Weizsäcker, Gesprächsleiter: Vielen Dank, Sir Con. Ich glaube in der Tat, daß wir die Spannung zwischen der Forderung nach Überwindung einer Krise der Grundwerte und der Forderung nach Geld nicht nur aushalten, sondern daß wir auch ihren Zusammenhang erkennen können und müssen. Ich will jetzt einmal von der Frage absehen, die einem im Gespräch mit Ihren Landsleuten und Politikern begegnet, welche sagen: Diejenigen Fortschritte, die wir in Großbritannien machen wollen und müssen, sind keineswegs davon abhängig, daß wir mehr Geld von der Gemeinschaft bekommen; es könnte sogar sein, daß mehr Geld aus den Kassen der Gemeinschaft uns noch etwas daran hindert, diejenigen Veränderungen herbeizuführen, von denen wir, die Briten selber, wissen, daß sie herbeigeführt werden müssen. Ich will offenlassen, wer da recht hat. Ich will nur sagen, daß einem das im Gespräch ja begegnet.

Ich will vielmehr auf die andere Seite hinweisen. Bei uns ist es doch so, daß die Verantwortung für Europa oder, wie Sie sagen, für die Dritte Welt mit der Kraft der Regierung zusammenhängt, bei ihren Regierungsentscheidungen auch entsprechende Prioritäten durchzusetzen. Wie aber will eine Regierung mit diesen Problemen fertig werden, wenn sie vorher im Bereich unserer Grundwerte, im Bereich des tatsächlichen Bewußtseins dessen, was die Freiheit bedeutet, einen Weg geht, der sie ihrer eigenen Bevölkerung gegenüber - wie es Herr Biedenkopf gestern nannte - vor ein immer größeres Gebirge von Besitzständen stellt, einen Weg, auf dem sie der Bevölkerung einerseits alles verspricht, andererseits die materiellen wie die geistigen Mittel zur Selbstverantwortung und Mitverantwortung eher nimmt?

(Beifall)

Wie will eine Regierung auf diesem Wege dann in der Lage sein, der eigenen Bevölkerung gegenüber internationale und europäische Verpflichtungen wirklich verständlich zu machen und dennoch im demokratischen Prozeß der Mehrheitssuche erfolgreich zu sein? Hier hängen, wie ich glaube, die tatsächliche Entwicklung des Bewußtseins von den Grundwerten und die ganz realen Forderungen, von denen Sie völlig mit Recht sprechen, unmittelbar zusammen. Aber nun Herr Rovani!

Prof. Joseph Rovani: Herr Vorsitzender, um zu illustrieren und konkret zu sagen, was ich vorhin mit außenpolitischer Tugendhaftigkeit meinte, möchte ich sagen, daß es im deutsch-französischen Verhältnis darauf ankommen wird, daß wir auf beiden Seiten damit aufhören, das Prinzip zu praktizieren, das heißt: "Es geschieht meiner Mutter ganz recht, daß mir die Hände erfrieren;

warum kauft sie mir keine Handschuhe!" Mit anderen Worten: wenn der andere sich nicht so aufführt, wie wir es gern haben möchten, dann begibt man sich in eine Trotzstellung. Dieses Prinzip hat - und einige hier im Saal wissen, wie sehr - viele Jahre hindurch immer wieder die Beziehungen gestört, und nicht nur seit 1969.

Das heißt mit anderen Worten: wir müssen auf beiden Seiten damit beginnen, den anderen so zu nehmen, wie er als Anfang zu einem Zusammenwachsen nun einmal ist. Und damit komme ich auch auf das Problem der Identität der Nation zurück.

Die europäischen Nationen sind in einem Übergangsstadium. Wir können nicht mehr sagen, daß die Nation als solche heute so gegeben ist, wie sie im 19. Jahrhundert war. Sagen wir vielleicht sogar: Gott sei Dank ist das nicht mehr richtig. Es gibt aber noch keine europäische Nation, es gibt noch kein gemeineuropäisches Nationalbewußtsein, wenn es je ein solches geben sollte. Also sind wir in einem Zustand, in dem die Nation als solche weiterwirkt. Und Sie wissen genau, daß sie bei Ihnen weiter wirkt, wenn sie auch aus verschiedensten Gründen manchmal verdrängt ist. Ich wäre der letzte, der nicht in Frankreich immer wieder behaupten würde: wir müssen als Europäer, als Genossen der Deutschen in Europa, das Problem der Wiedervereinigung, das Reservat, daß es die natürliche Bestimmung der deutschen Nation ist, einmal wieder in irgendeiner Form e i n e zu sein, auf uns nehmen und mittragen; das ist eine gemeineuropäische Verantwortung.

(Beifall)

Das hat auch kein verantwortlicher Deutscher dieser Bundesrepublik verneint. Aber es gibt viele Franzosen und vielleicht auch andere Europäer, die das von sich wagschieben.

Aber umgekehrt müssen Sie natürlich auch den Stand der französischen oder englischen Nation so akzeptieren, wie er nun heute ist, mit seinen Widersprüchlichkeiten, an denen Sie sich reiben und stoßen, mit den Schrullenhaftigkeiten, wie es von Deutschland aus manchmal erscheinen mag, des gaullistischen Nationalismus, der eben das Produkt einer anderen Geschichte ist als der Ihren; zum Teil ist er heute auch bereits dabei, überholt zu werden. Er trägt aber auch etwas Positives von der französischen Wirklichkeit von heute in sich. Adenauer hat das verstanden. Aber seine Nachfolger haben das nicht immer verstanden. Da ist in den entscheidenden Jahren zwischen uns vieles nicht gutgegangen.

Nehmen wir ein konkretes Beispiel: das Verhältnis zu Amerika. Was ist für Europa wichtiger als das? Es ist klar, daß das aus Bonn aus den verschiedensten Gründen anders gelesen wird als in Paris, unter anderem auch wegen der Existenz einer nationalen Atomwaffe, die es in der Bundesrepublik nicht geben kann und die Sie auch nicht wollen. Das heißt nicht, daß einer der beiden recht hat und der andere unrecht hat. Es ist vielmehr unsere Aufgabe, die Eigenständigkeit Europas im Atlantischen Bündnis in einer Weise zu definieren, daß das für beide Teile tragbar ist und daß sich Bonn und Paris nicht dauernd an dieser Frage reiben, wobei beide wissen, daß sie zur Verhinderung des Kriegesfalles auf Amerika angewiesen sind. Das Ganze ist nur eine Frage des "Wie", wobei man sich von beiden Seiten, wenn man eben nicht das Prinzip "Es geschieht meiner Mutter ganz recht" anwendet, vernünftigerweise entgegenkommen kann. Daß man das kann, hat man an

gewissen Momenten bewiesen. Ich erinnere nur an die so schwierigen Verhandlungen über die Stationierung der französischen Militärkräfte in der Bundesrepublik nach dem Ausscheiden Frankreichs aus der Organisation der NATO. Das ist immerhin möglich gewesen.

Das zeigt, wie man es machen kann. Aber es ist nicht möglich gewesen, ohne daß auf beiden Seiten Menschen am Werke waren, die diesen Konflikt nicht vertiefen, sondern ihn aufheben wollten. Statt daß man immer negativ darauf hinweist, ist es die politische Verpflichtung, im eigenen Lande klar zu machen, warum die Deutschen z.B. stärker an einer direkten Bindung hängen müssen, warum es für Frankreich möglich ist, mehr von indirekten Bindungen zu sprechen, und daß eine gemeineuropäische Außenpolitik wahrscheinlich auf einem gewissen Mittelweg zwischen diesen beiden relativen Extremen vorwärts gehen müßte.

Sir Con hat von etwas gesprochen, was ich die materielle Mitverantwortung nennen möchte. Es ist doch ganz klar, daß man in Europa heute nicht mehr Politik machen kann, ohne auf die innerpolitische Lage des Gesprächspartners einzugehen. Wenn Sie hier davon ausgehen, daß der deutsche Steuerzahler zuviel zahlt und den schlecht funktionierenden und in vieler Hinsicht idiotischen europäischen Agrarmarkt kaputtmacht, dann werden die paar Bauern in Frankreich, die heute noch nicht für die Opposition stimmen, das nächste Mal bestimmt für die Opposition stimmen. Hier ist also auch eine gewisse politische Mitverantwortung dabei, d.h. die Notwendigkeit, sich um die innerpolitische Lage des Gesprächspartners zu kümmern und ihm die Sache nicht zu schwer zu machen.

Das ist letzten Endes ja auch etwas ganz Normales. Die Arbeiter, Handwerker und Kaufleute in Hannover z.B. sehen heute ja gar keine Schande darin, daß sie bis zu einem gewissen Grade die Leute im Bayerischen Wald miternähren. In Frankreich weiß jeder vernünftige Mann, daß ein Drittel des Landes die anderen zwei Drittel miternährt. Wenn man in Lothringen, Nordfrankreich und Paris plötzlich aufhörte, Südfrankreich und Südostfrankreich zu unterstützen, dann würden dort die öffentlichen Verkehrsmittel, die Hospitäler und die Schulen nicht funktionieren. Die wirtschaftliche Aktivität ist eben in jedem unserer Nationalstaaten genauso wie unter den europäischen Staaten ungleich verteilt. Der Ausgleich dieser Unterschiede geht nicht von einem Tag zum anderen. Auch heute noch gibt es in der Bundesrepublik, dem wirtschaftlich reichsten Land Europas, Gegenden, die weniger reich sind als die anderen.

Hier liegt also eine im Grunde vernünftige Verpflichtung. Wenn wir Europa ernst nehmen, ist es keine Schande, daß man das Funktionieren der Wirtschaft bei den Ärmeren soweit aufrecht erhält, daß sie nicht - entschuldigen Sie den vulgären Ausdruck - futsch gehen.

Dazu gehört, daß wir in unserem Verhältnis - jeder an seinem Ort - davon überzeugt sind, daß es darauf ankommt, dem anderen soviel wie möglich entgegenzukommen und sein Tun positiv zu interpretieren. Wir müssen einfallreich genug sein - jeder an seinem Ort -, Mittel und Wege zu finden, um die Schwierigkeiten aufzuheben, nicht um sie zu vergrößern. Das bedeutet, daß wir um uns herum - und das ist eine erzieherisch-politische Aufgabe - die Einsicht in die Lage des anderen vergrößern müssen. Das ist nicht

berauschend; ich bin davon überzeugt, das ist kein Vorschlag für einen Parteitag, das kann man nicht beklatschen.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber es gilt eben, nach großen Ereignissen sich am nächsten Tag in der Ernüchterung bewußt zu sein: Die Aufgabe im Europäischen liegt darin, im kleinsten Alltäglichen darüber zu wachen, daß alles auch da, wo es negativ ausgelegt werden kann, positiv ausgelegt wird. Wir müssen in der kleinsten Arbeit ebenso wie in der Ministerialverantwortung die Ablehnung jenes Prinzips "es geschieht meiner Mutter ganz recht..." praktizieren.

(Beifall)

Gesprächsleiter, Dr. Richard von Weizsäcker: Vielen Dank, Herr Rovan! - Wir sind dabei, uns einerseits immer wieder vom selben Fundament aus, andererseits aber in immer neuen Verzweigungen unsere Existenz zu entwickeln, und das genau ist ja auch die europäische Realität.

Die Realität des heutigen Abends ist, daß wir jetzt noch knappe zwanzig Minuten Zeit für unsere Diskussion haben, weil uns hier am Podium dringend nahegelegt worden ist, nicht einfach nur unserer Diskussionslust zu frönen, sondern Ihnen allen die Möglichkeit zu geben, nach dem gestrigen anstrengenden Abend heute rechtzeitig in Ihre Quartiere zu kommen. Dementsprechend möchte ich an meine Kollegen hier am Tisch die Bitte richten, sich mit mir der Tatsache bewußt zu sein, daß wir uns leider allmählich auf das Ende zu bewegen müssen. Es ist ja nicht wesentlich, daß wir alle Fragen beantworten, die gestellt werden; wesentlich ist, daß jeder die Fragen, die ihm auf dem Herzen liegen, klar und deutlich ausspricht. Wenn wir danach verfahren, werden wir die Diskussion vielleicht in den nächsten fünfzehn bis zwanzig Minuten abschließen können.

Herr Topitsch, bitte.

Professor Dr. Ernst Topitsch: Es erscheint mir wichtig, doch noch ein Problem ausdrücklich ins Auge zu fassen, das hier immer wieder im Hintergrund steht, ganz gleichgültig, ob es um Grundwerte oder ob es nur um Geld geht. Ich meine ein Problem, das auch anläßlich eines scheinbar peripheren Falles sichtbar wurde:

Ihnen allen ist ja der sogenannte Fall Ingmar Bergmann bekannt. Er ist durch die Zeitungen gegangen - mit allen Protesten des schwedischen Umverteilungsstaates, mitsamt dem Fall der schwedischen Kinderbuchautorin Astrid Lindgren und dem Märchen von der Hexe Pomperipossa im Steuerstaat Numismanien. Nun, auf diesem Niveau ist die Diskussion geblieben, aber das Ganze scheint mir doch für weit tiefere Zusammenhänge symptomatisch zu sein. Kratzt man ein wenig an dem Fall Bergmann, so kommt dahinter etwas ganz anderes zum Vorschein, nämlich der Zusammenstoß zwischen der geistig schöpferischen Persönlichkeit und dem sozialdemokratischen Gleichheitsstaat. Das ist ein Gesichtspunkt, der in der Presse - einschließlich der der CDU nahestehenden Presse - leider vollkommen unter den Tisch gefallen ist. Diese Deutung ist keineswegs eine willkürliche Unterstellung. Wir haben herrliche Äußerungen schwedischer Unterrichtsgewaltiger zu diesem Thema: Die

Schule soll dem Menschen nicht Kenntnisse beibringen, sie soll ihn nicht zu Leistungen befähigen, sondern sie soll ihn zur Gleichheit erziehen. - Und dem schwedischen Staatssekretär Jens Volkmarsson verdanken wir die geradezu kostbar selbstentlarvende Äußerung:

Wir wollen in der Schule die gleichmäßig gemähte Wiese, aber keine Blumen, die daraus hervorragen.

(Heiterkeit)

Nun scheint mir auch Ingmar Bergmann dem Rasenmäher zum Opfer gefallen zu sein. Bitte, man kann sagen, das ist mehr oder minder ein Luxus; Europa kann fortbestehen, auch wenn es keine Ingmar-Bergmann-Filme gibt. Aber dahinter steht eine weit grundsätzlichere Frage, die Frage nämlich, ob der Mensch etwas Anderes oder ob er gar etwas Bedeutenderes sein darf als das, was ihm komplexbeladene Banausen zu sein erlauben.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall)

Hier an dem vielleicht peripheren Fall Bergmann scheint sich mir ein Vorgang zu entlarven, der bedeutsam und zugleich verhängnisvoll ist, nämlich ein Prozeß der Zerstörung der Eliten und die Offenbarung einer militanten Gleichheitsideologie als kultureller und politischer Selbstenthauptung.

(Beifall)

Wie gesagt, das bezieht sich nicht nur auf die Kunst, das bezieht sich nicht nur auf den - man darf ruhig sagen - individualistischen Luxus, eine persönliche Lebensführung haben zu wollen. Eliten sind ja nicht ein Spiel für ein paar Leute, die nichts Besseres zu tun haben, sondern Eliten haben in jeder Gesellschaft eine lebenswichtige Funktion.

(Beifall)

Wenn diese Gruppen nicht da sind, zerstört werden oder versagen - auch das kommt vor; solche Vorwürfe sind, Herr Schulmeister hat davon gesprochen, etwa gegen Eliten in den mediterranen Ländern mit Recht erhoben worden -, könnten sich Folgen ergeben, die quer durch das ganze Dasein des Volkes, von den Grundwerten bis zum Geld, gehen. Ich kann Ihnen hier natürlich keine Anweisungen geben, wie man diese Schwierigkeiten beseitigt. Ich kann aber an Sie appellieren, nachdem "Elite" lange Zeit hindurch ein Schimpfwort gewesen ist, daß wir den Mut haben, zur Elite und zur Leistung wieder ja zu sagen.

(Beifall)

Prof. Joseph Rován: Vielleicht kommt es doch einmal zu einer Diskussion zwischen uns, Herr Kollege Topitsch. Ich meine, wir dürfen es uns gegenseitig nicht zu leicht machen. Gewiß, die Extreme, die Sie herausgestellt haben, sind verdammungswürdig. Aber, bitte, ich würde es für ebenso verdammungswürdig, vielleicht sogar für noch gefährlicher, halten - Sie haben das am Schluß auch gesagt -, wenn wir als Gegenstück zu einer Gesellschaft der Steuereinnahmer, die Sie angeprangert haben, eine

Gesellschaft der Steuerhinterzieher hätten, die es natürlich in der Bundesrepublik nicht gibt,

(Heiterkeit)

die aber in den vorhin erwähnten armen lateinischen Ländern leider Gottes gerade in den Kreisen, denen ich mich sonst politisch in vieler Hinsicht näher fühlte und deren Stimmen zur Abwehr von neuen Gefahren notwendig sind, sehr zahlreich sind. Die Unglaubwürdigkeit der schwedischen Extreme, die Sie aufgezeigt haben, muß ebenso abgewiesen werden wie die Unglaubwürdigkeit einer Gesellschaft, in der die Eliten eben ihre Elitefunktion, d. h. ihre Verpflichtungen, nicht wahrnehmen. Dazu gehört nicht nur die Moral, sondern dazu gehört auch das Gesetz. Das heißt mit anderen Worten: Wir sind in Europa verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Zahl der Steuereinnahmer nicht in den Himmel wächst. Aber das beste, was wir tun können, damit die Zahl der Steuereinnahmer nicht in den Himmel wächst, ist, daß wir für ein gerechtes und wirklich ausgeführtes Steuersystem sorgen und daß sich dieses nicht zuungunsten der Ärmeren auswirkt.

(Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Richard von Weizsäcker: Herr Rován, das finde ich sehr gut. Es ist nur ein neuer Appell zu einer Europäisierung der Probleme. Denn es ist doch so: Die Sache mit den Steuerhinterziehungen wird in Schweden überzogen, pervertiert, obwohl sie in anderen Teilen Europas eher unterzogen und unterbewertet wird. Aber wenn sich eben in Schweden schließlich die Vorstellung durchsetzt, daß es ein Gebot der Gleichheit sei, die Zellen in den Gefängnissen von allen Einbruchsdieben zu befreien und sie nur für diejenigen Verbrechen zu öffnen, die gegen die Gemeinschaft begangen werden - das sind nämlich diejenigen, die den Steuerhinterziehern entgangen sind, weil sie nicht 90, sondern nur 88 % abgeführt haben -, dann steht dahinter doch eine Gerechtigkeitsvorstellung, von der ich nicht glaube, daß sie wirklich ein Fundament für das freie Europa abgeben kann.

(Beifall)

Prof. Joseph Rován: Gewiß, Herr Vorsitzender! Aber die Gefahr, daß ein großer Teil Europas die freiheitliche Ordnung direkt verliert, liegt ja nun nicht in Schweden, sondern in denjenigen Ländern, in denen die Eliten jahrzehntlang fast systematisch Steuerhinterziehung betrieben haben.

Gesprächsleiter Dr. Richard von Weizsäcker: Ja, auch das will ich Ihnen gern zugeben.

(Prof. Joseph Rován: Teile der Elite nur!)

Auf der anderen Seite ist es doch nun so, daß die politische Auseinandersetzung in Europa, die Politisierung aller in Europa auftauchenden Fragen, in verschiedenen Lagern dazu führt, daß sich z. B. unsere politischen Gegner in ihren programmatischen Äußerungen ausdrücklich auf Vorbilder in denjenigen Ländern beziehen, in denen dieses ihr Programm schon jahrzehntlang die Möglichkeit gehabt hat, Regierungsprogramm zu sein. Deswegen

ist es für uns ein ganz reales Problem, was denn in Jahrzehnten daraus wird, wenn sich solche Vorstellungen durchsetzen.

(Beifall)

Ich glaube, das ist eigentlich kein Streit zwischen uns in der Konfrontation zweier einander widersprechender Standpunkte, sondern wir sprechen auf verschiedenen Ebenen, und in jeder Ebene hat jeder sein relatives Recht.

Prof. Joseph Rován: Was ich mir für Sie wünsche, ist, daß Sie nicht in den oben erwähnten mediterranen Ländern aus verschiedenen Gründen als exklusive Verbündete derjenigen erscheinen, die nicht in der Lage gewesen sind, eine ihre eigene Nation überzeugende Ordnung herzustellen.

Gesprächsleiter Dr. Richard von Weizsäcker: Natürlich! Aber wir müssen eben einmal eine gewisse Integration oder einen Austausch von Gesetzgebung aus dem einen Teil und von Praxis aus dem anderen Teil Europas vornehmen.

Dr. Otto Schulmeister: Ich finde eigentlich, auch Schweden zeigt einen Weg, die Freiheit zu verlieren, und das muß man auch beim Namen nennen.

(Beifall)

Wir werden ja bei den Wahlen im September sehen, ob die Schweden nicht vielleicht in diesem Sinne reagieren werden. Ich verstehe, es gibt verschiedene Dinge; Politiker und Parteien müssen sich überlegen, wie sie eine Wahl gewinnen können. Das ist notwendig. Sie stehen vor einer solchen entscheidenden Wahl, die alle Ihre Nachbarn mit großer Anteilnahme und Spannung erwarten, weil die Folgewirkungen auf sie und die Entwicklung in diesen Ländern nicht ausbleiben werden.

Aber, ich meine, man sollte darüber nicht verkennen, daß wir eine Wahl überhaupt noch nicht angesprochen haben, nämlich die amerikanische, in der nicht nur ein Präsident gewählt wird, sondern bei der wir uns fragen müssen, ob das System der checks and balances nicht in eine Krise geraten ist, ebenso wie der Glaube an den American way of life, an dem wir alle zu tragen haben, wenn dem so sein sollte. Hoffen wir, daß diese Wahlen gleichzeitig auch ein Zeichen der inneren Sanierung Amerikas nach Vietnam und Watergate sind.

Jedenfalls muß man sich klarmachen: Die Bundesrepublik ist nicht isoliert, niemand von uns ist isoliert. Die Bundesrepublik ist heute zweifellos eine Stütze der noch verbliebenen Stabilität im Nachkriegseuropa, jenem Nachkriegseuropa, das da und dort schon in eine politische Ruinenlandschaft übergeht. Darüber sollte man sich hier auch nichts vormachen. Ich sage das nicht, um einen Pessimismus zu pflegen, sondern ich empfehle Ihnen im Gegenteil, auf die eigene Kraft zu vertrauen und mit dieser Kraft auch die anderen Freunde in Europa durch Ihr Beispiel anzustecken.

Ich glaube, daß wir in eine Zeit eintreten, in der wir wieder etwas lernen müssen, was bürgerlichen Elementen, wie man sie

einst genannt hat - nennen wir sie Mittelstand -, besonders schwerfällt, nämlich zu kämpfen,

(Beifall)

und zwar rechtzeitig geistig in der Auseinandersetzung mit dem innenpolitischen Gegner zu kämpfen, damit man sich nie mehr auf der Straße treffen muß. Es ist daher sehr wichtig, daß man über die unmittelbaren Probleme, die ja ein ganzer Katalog sind, mit dem Sie sich auf Ihrem Parteitag befaßt haben und mit dem wir Journalisten uns täglich befassen, diesen entscheidenden Vorgang nicht aus dem Auge verliert. Wir müssen die Menschen wieder aufrütteln und ihnen klarmachen, in welcher Stunde sie leben.

(Beifall)

Die Älteren unter uns mögen sich erinnern, es könnten wieder Leute kommen und sagen: Ihr habt uns nicht rechtzeitig aufmerksam gemacht, ihr habt geschwiegen!

(Beifall)

Vieles an der gegenwärtigen Entwicklung wirkt einschläfernd. Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, daß es sogar politische Journalisten geben soll, und zwar nicht nur in der Bundesrepublik, die bei ihrem Beruf einschlafen, weil es eben das Übliche ist: Wer trickst wen aus? Bei wieviel Prozent wird man sich treffen? Kriegt der den Posten? Was bekommt der dafür? Das wird als sittlicher Gehalt der Demokratie dargestellt. Das ist natürlich ein tiefes Mißverständnis. Der sittliche Gehalt der Demokratie wurde uns allen schlagartig bewußt, nachdem wir aus den Trümmern des Dritten Reiches herausgekrochen waren.

(Beifall)

Wir haben ihn in den Tagen von Berlin gekannt, und wir haben ihn gekannt, als Kommunismus noch Kommunismus hieß, und nicht Fortschritt.

(Erneuter Beifall)

Ich glaube, daß man mit einer solchen geistigen, intellektuellen Verfassung auch denen, mit denen man sich eines Sinnes über Grundwerte weiß, hilft, zu sich selbst zu kommen und sich jener Elemente zu entledigen, die im Grunde dort nichts zu suchen haben. Das bedeutet für die Politik, daß ich weiß, wo ich stehe. Die Fülle der Worte, die bei allen solchen Gelegenheiten in den Leitartikeln, die die Journalisten produzieren, da ist, genügt heute nicht mehr. Sie sind, wie wir ja an Beispielen in der näheren Umgebung schon sehen, so wie das Zeitungspapier, das der Wind vor sich hertreibt. Was gelebt wird, wo lebendige Überzeugung ist, wo das Herz eines Menschen ist - und die jungen Menschen haben einen sehr guten Blick dafür; wir haben ihn auch einmal gehabt -, danach wird er beurteilt, nicht danach, was er dort von der Tribüne oder bei einer Forumsdiskussion oder in einem Leitartikel bekundet. Wenn Politik heißt zu wissen, wofür man steht, was die letzten Grundwerte sind, dann wird man darauf kommen, daß diese letzten Werte - und damit bin ich bei dem, daß Demokratie auch ein sittliches Erlebnis sein kann, - eben nicht nur im Interessenaustausch

besteht, sondern in letzten Überzeugungen, in der Überzeugung vom Sinn des Ganzen. Ich glaube, daß das eine der bittersten Enttäuschungen des Herrn Solschnyzin gewesen ist, weshalb er überall als Wanderprediger herumzieht und allmählich in einer mehr oder minder satten Gesellschaft verlacht wird, wenn er sagt, er sei erschüttert von der Dekadenz des Westens.

(Beifall)

Man sollte das ernst nehmen und nicht als einen Scherz behandeln und sagen: Das ist der russische Messianismus, wir kennen doch den Nationalcharakter usw. Irgend etwas dürfte in unserem geistigen und moralischen Haushalt nicht mehr ganz in Ordnung sein. Aber wir besitzen ja die Kraft, diesen Haushalt zu sanieren, wenn wir wollen.

(Beifall)

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, meine Damen und Herren, aber manchmal hat man den Eindruck, als wenn wir einer merkwürdigen Entmündigung erlügen, als wenn wir unsere Gliedmaßen nicht mehr bewegen könnten, als wenn wir nicht vorausdenken könnten und sagen könnten: Lieber Freund von der anderen Partei, wenn Du nur ein Menschenfreund bist, merkst Du denn nicht, wo das hingehet? Siehst Du denn nicht, was sich in der Umgebung abspielt? Versteht denn niemand mehr die Chiffren, die uns die Zeitung ununterbrochen zuschickt und die jeder, der im politischen Geschäft herumreist, kennt? Ich kann es in meiner eigenen Umgebung sehen, ich sehe es in kleinen Konflikten, Problemen, in den Kommunen, auf der Ebene der Länder und des Bundes. Warum verwandle ich das nur noch mehr in Tagesroutine, nur noch mehr zu einer Frage der Machtaufteilung und nicht in die Frage, daß es um ein Lebensganzes geht, um die Restituierung des Sinnes auch des politischen Lebens?

(Beifall)

Ich selbst komme aus einem Land, das sich im Augenblick räkelte, als wenn es wirklich eine Insel der Seligen wäre. Wir haben einen Meister in der Erzeugung dieses Zustandes, und wir fühlen uns dabei wohl, natürlich geschützt von einer Bundesrepublik, deren Stabilität wir bewundern, deren Beitrag zur NATO wir bewundern; denn wir selbst streiten uns darüber, was wichtiger ist, eine Luftraumüberwachung oder bessere Toiletten in den Kasernen. Das ist etwa die Ebene, die sich auf einer solchen Insel der Seligen einstellt. Es braucht dann niemand einzumarschieren. Der Gegner hat bereits alles, es bedarf keiner Bewegung mehr, er will es ja gar nicht.

Wenn wir hier aus einem solchen Zustand erwachen würden, wenn die Bundesrepublik uns hierin ein Beispiel gäbe, uns auch unserer eigenen Kräfte zu bedienen, dann, so meine ich, hätte sie den größten Dienst getan, den sie Europa heute leisten kann, uns nämlich aus dem Schlaf zu wecken und uns die Gewißheit zu geben, wo wir sind. Geld ist wichtig, wie ein Vorredner sagte, und viele Europäer möchten an den Ergebnissen der bundesdeutschen Wirtschaft partizipieren. Noch wichtiger ist es aber, daß wir wieder Überzeugungen vermitteln können, so daß die Menschen in diesem Europa wissen, wofür sie stehen, und daß nicht nur der neue Volkswagen oder der neue Mercedes der Lebensinhalt ist, sondern daß es noch

etwas mehr gibt, weswegen ich meine 50 oder 60 Jahre hinter mich bringe. Wenn wir das haben, scheint mit der archimedische Punkt zur Sanierung all der Probleme, die wir in der Tagespolitik vor uns haben, gefunden.

(Lebhafter Beifall)

Prof. Joseph Rovon: Meine Damen und Herren, ich muß doch sagen, daß ich bei allem Mitfühlen und Mitvollziehen dessen, was hier gesagt worden ist, doch meinerseits auch wieder in meine Kerbe hauen will: All dies stimmt und ist eine ethische Überzeugung, aber die Politik in Europa, in unserem Teil Europas, dem einzigen, der in diesem Zusammenhang erwähnenswert ist, eine demokratische Politik muß nach jeder Wahl so gestaltet werden, daß sie nicht - ich rede entsprechend französischen Verhältnissen - von 49% der Bevölkerung als eine Niederlage angesehen wird, die sie in einen Zustand der permanenten Revolte bringt. Jede demokratische Partei weiß, daß sie recht hat. Das Problem ist aber, wie wir innerhalb dieses Rahmens der Demokratie dann nach der Wahl, wenn die einen gesiegt haben und die anderen nicht mehr an der Regierung sind oder wieder an der Regierung sind, so weiter zusammenleben können, daß diese demokratische Wirklichkeit nicht in Frage gestellt ist. Man hat oft gesagt, in Frankreich sei die Politik nur die Fortsetzung des Bürgerkrieges mit anderen Mitteln. Das ist die Gefahr, die uns in dem Maße droht, in dem in Frankreich heute beide Teile darauf aus sind zu sagen, bei der nächsten Wahl wird ein projet de société entschieden. Das sagt nicht nur die Linke, das sagt leider Gottes heute in Frankreich auch die andere Seite, wobei sie sich meiner Ansicht nach auf das marxistische Terrain begibt. Denn in einer demokratischen Wahl wird kein Gesellschaftsprojekt behandelt, sondern die Regierung auf einige Jahre einigen Leuten anvertraut, um Teile eines bescheidenen Programms zu verwirklichen. Trotz alledem ist das die Wirklichkeit der Demokratie.

Ich sage es noch einmal, es besteht die höchste Wahrscheinlichkeit, daß einer Ihrer Freunde, wenn er in den nächsten Jahren die Regierung stellt, mit Leuten in anderen Ländern zusammen Europa zu bilden hat, Leuten, die der anderen Seite, die sich hier mit Ihnen konfrontiert, angehören. Das Problem ist: Ist der Wechsel in der Demokratie eine Katastrophe oder etwas Normales? Ich möchte mir wünschen, daß die enorme Intensität und Überzeugung von Herrn Schulmeister und meine kleine sich auf einer sehr viel bescheideneren Ebene vollziehende Überlegung eine gewisse Bedeutung für uns haben können. Es ist dieselbe Rede, die wir in allen demokratischen Ländern zu halten haben. Einerseits müssen wir von der Überzeugung getragen sein, daß wir recht haben, andererseits müssen wir am Tage nach der Wahl bereit sein zu wissen, daß in einer Demokratie 51 % nie total recht haben. Dann ist man eben in einem totalen Staat.

(Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Richard von Weizsäcker: Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein paar Bemerkungen zum Abschluß unserer Diskussion machen, ein Abschluß, der uns durch die Zeitumstände und die Kräfteverhältnisse auf einem solchen Parteitag vorgeschrieben ist, nicht ein Abschluß, den wir unseren Gedanken gegenüber jetzt als gefunden konstatieren könnten.

Lassen Sie mich zunächst sagen: Erwartungen Europas an die Bundesrepublik Deutschland, das kam ja hier in einigen Voten zum Ausdruck - sind nicht nur Erwartungen von unseren Partnerländern in der Europäischen Gemeinschaft oder von befreundeten Ländern wie der Republik Österreich, sondern sind auch Erwartungen von europäischen Menschen, die jenseits des Eisernen Vorhangs leben.

(Beifall)

Diese Menschen sind ihrer Kultur, ihrer Geschichte, ihrer Sprache, ihrer Denkweise nach Europäer. Sie haben einen Anspruch darauf, daß wir sie, wenn wir ein Gespräch über Europa führen, ausdrücklich einbeziehen.

(Beifall)

Das ist damit nicht nur zu ihrem, sondern, wie mir scheint, auch zu unserem eigenen Vorteil. Denn unsere eigenen Maßstäbe zurückzurücken fällt uns mitunter leichter, wenn wir uns die Lebenswirklichkeit dieses Teils der Europäer klar vor Augen führen.

Ich möchte auch Ihnen, Herr Rovon, ausdrücklich dafür danken, daß Sie in diesem Zusammenhang der gemeinsamen europäischen Verantwortung zur Überwindung der Probleme der Teilung unseres Landes Ausdruck gegeben haben.

(Beifall)

Wir wissen, daß die Überwindung dieser Teilung nicht ein deutsches, sondern ein europäisches Problem ist, ein Problem, das wir aber natürlich nur dann mit einiger Aussicht - nicht in der nationalen Ebene, sondern in der historischen Perspektive - werden lösen oder jedenfalls in die nächsthöhere Ebene heben können, wenn wir das Fundament Europas, den Gedanken der Freiheit in ihren wechselnden Herausforderungen der Zeit, auch wirklich festhalten. Denn das ist das Stück Europa, das die Europäer jenseits des Eisernen Vorhangs innerlich wirklich zu Europa zählen.

Zu einem zweiten Gedanken, der sehr viel mehr im Diesseits des Wahlkampfes liegt. Sie haben von den Beiträgen des deutschen Bundeskanzlers und auch des französischen Ministerpräsidenten gesprochen. Wir haben hier nicht über Frankreich, sondern über uns zu sprechen. Da möchte ich sagen: Es ist eine zwar naheliegende, aber im Sinne der europäischen Verantwortung und Entwicklung doch wohl nicht hilfreiche Tendenz, wenn sich von seiten eines Regierungschefs die Gepflogenheit einstellt, europäische Steine einzusammeln, um sie auf den innenpolitischen Gegner abzufeuern.

Bundeskanzler Schmidt wollte nach meiner Meinung gar nichts Böses über Frankreich sagen. Er wollte etwas Böses über seine hiesige Opposition sagen.

(Beifall)

Das ist ja an sich sein gutes Recht. Nur hat er im Rahmen dieses seines guten Rechtes eben einen Griff in einen auch innenpolitisch wirksamen europäischen Gesamtzusammenhang getan, der nun plötzlich seine Wirkungen in Frankreich und Italien zeitigt. Hieran lernen wir auch in unseren Wahlkämpfen, inwiefern unsere Aus-

einandersetzung mit dem innenpolitischen Gegner eine europäische Dimension hat, die wir nur zum Schaden Europas, unseres Landes und übrigens auch unserer eigenen Partei verletzen könnten, wenn wir an sie nicht dächten.

Dann ist die Frage aufgeworfen worden - das war der für mein Gefühl doch sehr wichtige Abschluß dieser Diskussion -, wie wir es auf der einen Seite mit den Grundüberzeugungen und den Grundwerten halten, die einer Disposition entzogen sind - so habe ich Herrn Schulmeister verstanden-, und andererseits mit dem Bekenntnis zu einer demokratischen Spielregel, welche lautet: So sehr wir mit der Überzeugung von der eigenen Sache in eine demokratische Schlacht ziehen, so sehr müssen wir uns wie unsere politischen Gegner dem Irrtum unterworfen sehen, so sehr müssen wir bereit sein, eine Entscheidung zu akzeptieren, nicht weil die Mehrheit über die Wahrheit verfügt, sondern weil wir Spielregeln brauchen, um als Menschen, die wir nun einmal sind, menschenwürdig miteinander leben zu können. Das ist ein Spannungsverhältnis zwischen diesen beiden Argumenten, die hier zum Ausdruck gekommen sind. Diesem Spannungsverhältnis können wir nicht entgehen.

Sie haben gefragt, wie wir es mit einem Europäischen Parlament oder anderen europäischen Regierungen, die vielleicht eine andere politischen Tendenz haben, hielten, wenn wir in der Verantwortung seien. Man kann die Frage auch anders stellen. Vielleicht sagt einer von uns, Mansholt habe schlimmerweise ausgesprochen: Lieber kein Europa, wenn es nicht sozialistisch ist! - Ja, ist denn nicht unsere These im Grunde dieselbe, sondern eben nur von unserem Programm her gesehen?

Ich möchte dazu sagen: Wir haben jedenfalls in unserem Land ein anderes Verständnis vom Wahrheitsgehalt eines politischen Programms als unser politisches Gegenüber. Das Grundverständnis über den Wahrheitsgehalt von Programmen ist ein wesentliches Element unseres Streits mit den Sozialdemokraten.

(Beifall)

Ich meine noch etwas anderes: Die Politisierung der Auseinandersetzung über Fortschritte in Europa, über Fortschritte in Bezug auf die europäischen Bürokratien, Parlamente und was es sonst alles geben mag. Fortschritte auf diesem Weg sind billiger und leichter als über den politisierten Weg überhaupt nicht zu haben. Deswegen bin ich nicht nur der Meinung, daß uns die objektive Lage beweist, wie stark die Bedeutung der Wahlentscheidung in anderen Ländern für uns gewachsen ist und umgekehrt, sondern darüber hinaus der Meinung, daß diese Politisierung unserer innerstaatlichen Wahlkämpfe in die europäische Szenerie hinein ein notwendiger, mühsamer, aber unvermeidlicher und letztlich erfolgversprechender Beitrag zur Lösung unserer europäischen Probleme ist. Wir werden uns selbstverständlich in einer europäischen Ebene nicht minder als in einer nationalen Ebene der demokratischen Spielregeln zu bedienen wissen und sie von uns nicht weniger als von unseren politischen Gegnern fordern.

Aber wir kommen um keinen Preis darum herum, die Auseinandersetzung über unsere Grundwerte und unsere politischen Zielsetzungen nun auch im europäischen Maßstab zu führen. In diesem Sinne ist die politische Bedeutung unseres bevorstehenden Wahl-

kampfes zu sehen, und in diesem Zusammenhang ist die Bedeutung der Gründung einer Europäischen Volkspartei zu sehen.

Deswegen meine ich, daß wir uns hier in einer qualitativ veränderten Lage gegenüber einer Zeit von vor wenigen Jahren sehen, nämlich in einer Lage, in der endlich an derjenigen Stelle angesetzt wird, an der allein Fortschritte für Europa zu erwarten sind. Das ist die Stelle des Bewußtseins des Bürgers, wo er weiß, daß seine Sache auf dem Spiel steht.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen allen für Ihre Geduld und Ihre Aufmerksamkeit danken. Vor allem möchte ich Sie alle einladen, unseren vier Gästen aus dem Ausland dafür zu danken, daß sie sich hier mit vollem Engagement in eine Diskussion hineinbegeben haben, die sie natürlich nicht in irgendeiner Hinsicht zu unseren Gunsten festlegt, die aber ihr Verantwortungsgefühl jenseits der Parteigrenzen für die Zukunft Europas und damit für die Zukunft unserer Kinder und Enkel beweist. Seien Sie herzlich bedankt! Wir wünschen uns und Ihnen, daß wir dieses Gespräch bei guter Gelegenheit fortsetzen können.

(Lebhafter Beifall)

(Schluß der Abendveranstaltung: 22.20 Uhr)

DAS WAHLPROGRAMM

DER CDU UND CSU

1 9 7 6

Bei dieser Wahl geht es um das Schicksal Deutschlands und Europas. Jeder Bürger muß sich dieser grundsätzlichen Entscheidung bewußt sein.

Unter der Führung der Union haben wir alle ein blühendes Gemeinwesen aufgebaut. Wir sind zur stärksten Wirtschaftsmacht Europas geworden. Wir haben die am besten ausgebaute Sozialorganisation der Welt entwickelt. Wir stehen im Welthandel an zweiter Stelle.

Wir alle waren stolz darauf. Freiheit, Sicherheit, Wohlstand für alle, Vollbeschäftigung, Preisstabilität, Wachstum und solide Finanzen waren selbstverständlich.

Heute stehen wir vor der Wahl: unser gemeinsames Werk neu zu begründen und weiterzuführen oder noch mehr als bisher das Erreichte durch sozialistische Experimente und bürokratische Gängelung zu gefährden.

Auf der Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität garantiert die Union den freiheitlichen und sozialen Weg in eine sichere Zukunft. Die Union ist die freiheitliche Alternative in Deutschland. Die Union kämpft für die Selbstverwirklichung des Menschen, für die gerechte, solidarische Gesellschaft, für den beständigen Fortschritt in eine sichere Zukunft.

Durch die Politik der SPD/FDP ist unser Land in eine Sackgasse geraten. Die SPD hat den Anbruch eines goldenen Zeitalters versprochen. In gutem Glauben haben ihr viele Wähler Vertrauen geschenkt. Die Koalition hat unerfüllbare Hoffnungen geweckt und unsere Mitbürger enttäuscht. Ihre Reformpolitik ist gescheitert. Die FDP kann ihre Mitschuld nicht leugnen; sie hat die SPD-Politik nicht verhindert, sondern erst ermöglicht.

Die Freiheit der Menschen wird immer mehr durch bürokratische Bevormundung eingeengt. Wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Sicherheit werden leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Die Hoffnungen junger Menschen auf Ausbildung, Arbeit und Beruf werden enttäuscht. Nicht die Wirtschaftsordnung hat versagt, sondern die Politik von SPD und FDP. Sie haben gemeinsam die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft erschüttert. Hektische Geschäftigkeit ohne Ausblick auf die Zukunft und ziellose Reformerei ohne Wirklichkeitssinn werden unser Land immer weiter in die Krise treiben. Daß Mißtrauen gegen diese unsolide Politik wächst von Tag zu Tag.

Es ist Zeit für die Wende in der deutschen Politik! Die Union weist den Weg in eine sichere, soziale und freie Zukunft. Laßt uns einen neuen Anfang machen! Laßt uns zurückkehren zu einer an der Erfahrung und Wirklichkeit ausgerichteten Politik für die Zukunft!

Erfahrung und Festigkeit, Tatkraft und Besonnenheit der Union sichern den Aufbruch in eine neue und solide Politik mit erreichbaren und klaren Zielen. Das erfordert von uns allen Kraft und Entschlossenheit, Augenmaß und Mut, aber auch Leistung und Anstrengung. Wir versprechen nicht allen alles. Aber wir halten, was wir versprechen. Und wir sagen, daß das Versprochene nur durch Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft, nur nach Sicherung eines dauerhaften Wachstums, eines hohen Beschäftigungsstandes

und geordneter öffentlicher Finanzen erfüllt werden kann.

Die Bürger unseres Landes sind fleißig und leistungswillig, hilfsbereit und ideenreich. Sie begründen unsere Hoffnung auf eine gute Zukunft. Unser Land hat eine bessere Politik verdient: Es verlangt endlich politische Führung.

Die Union wird deshalb uneingeschränkt und nachdrücklich eintreten für ein freies und gleichberechtigtes Deutschland in einem freien, politisch geeinten und sozial gerechten Europa; gegen ein sozialistisch geprägtes Deutschland in einem von Volksfronten bedrohten Europa; für einen demokratischen Staat und eine freie und offene, gerechte und solidarische Gesellschaft, für die innere und äußere Sicherheit des Staates und die persönliche und soziale Sicherheit der Bürger; gegen eine von Funktionären und Bürokraten gesteuerte Gesellschaft; gegen die Verharmlosung von Verfassungsfeinden, von politischem Radikalismus, Terror und Gewalt; für eine Schul- und Bildungspolitik, die der jungen Generation ihre Zukunftschancen sichert; gegen gefährliche Experimente und sozialistische Schulung auf Kosten unserer Kinder, ihrer Eltern und unser aller Zukunft; für einen dauerhaften Aufschwung und soziale Sicherheit durch konsequente Politik der Sozialen Marktwirtschaft; gegen sozialistische Experimente in der Wirtschaft, die Inflation und Arbeitslosigkeit gebracht haben.

WIR WOLLEN FRIEDEN, FREIHEIT UND SICHERHEIT FÜR DEUTSCHLAND EUROPA UND DIE WELT

Entschlossener Friedenswille ist die Grundlage unserer Außenpolitik. Wir wollen die Zusammenarbeit mit allen Völkern. Wir werden unsere Interessen entschieden vertreten. Wir werden uns auf neue Aufgaben einstellen, ohne unsere Ziele und Grundsätze preiszugeben. Wir werden keinem militärischen Druck weichen und alle ideologischen Angriffe entschlossen abwehren. Wir fordern niemanden heraus, aber wir werden jeder Herausforderung begegnen. Wir wollen Ausgleich und die Verständigung auch mit den Völkern Osteuropas. Das Fundament unserer Außenpolitik bleibt das Bündnis mit dem Westen.

Wir wollen das Selbstbestimmungsrecht des Deutschen Volkes, die Freiheit seiner Bürger und die Sicherheit unseres Landes durch eine Politik verwirklichen, die auf ein freies und geeintes Europa gerichtet ist: Wir wollen ein politisch freies, sozial gerechtes und wirtschaftlich blühendes Europa. Nur ein vereintes Europa kann Herr seines politischen Schicksals bleiben. Im weltpolitischen Gleichgewicht erfüllt Europa seine friedenssichernde Aufgabe.

Europa ist für uns mehr als eine geographische Größe. Europa ist Inbegriff einer freiheitlichen und humanen Lebensform.

WIR WOLLEN DIE FREIE, GERECHTE UND SOLIDARISCHE GEMEINSCHAFT

Jeder soll sich frei entfalten, wie es seinen Fähigkeiten entspricht. Wir wollen das Glück der Menschen, nicht die Zwangsbeglückung durch den Staat. Nur im geordneten sozialen Gemeinwesen kann sich der einzelne frei entfalten. Ein Staat, der allen alles andient, dient in Wirklichkeit niemanden. Wir wollen keinen Staat der Funktionäre und Bürokraten, sondern eine leben-

dige Republik freier Bürger. Staat und Gemeinschaft dürfen nicht zulassen, daß die Stimmen der Schwachen und Hilfesuchenden vom Chor der mächtigen Gruppen übertönt werden.

Die Soziale Marktwirtschaft hat wichtige soziale Fragen beispielhaft gelöst. Die unsoziale Politik der letzten Jahre hat zusätzlich andere soziale Probleme aufgeworfen und verschärft. Neue Soziale Fragen, ausgelöst durch die Inflationspolitik der SPD/FDP-Koalition, drängen auf Antwort. Dazu gehören die strukturelle Arbeitslosigkeit sowie die Verluste, die durch inflatorische Umverteilung entstanden sind.

Die neue Politik der Union wird den Alten und Behinderten, den Familien mit mehreren Kindern und den innerhalb und außerhalb der Familie berufstätigen Frauen endlich die Hilfe geben, die sie für ein erfülltes Leben brauchen.

WIR WOLLEN EINE SICHERE ZUKUNFT FÜR DIE MENSCHEN IN UNSEREM LAND

Die Schul- und Bildungspolitik der SPD/FDP ist gescheitert. Die Koalition hat Schulen und Hochschulen als ideologisches Experimentierfeld mißbraucht - auf Kosten der Eltern, der Schüler und unserer gemeinsamen Zukunft.

Wir werden den Jugendlichen die bittere Erfahrung ersparen, daß sie an der Schwelle zum Berufsleben auf eine Gesellschaft der vergebenen Plätze und der vertanen Chancen stoßen. Diese in ihren Hoffnungen enttäuschte Generation darf nicht in Anpassung und Mutlosigkeit verfallen. Wir brauchen junge Menschen, die wach, kritisch und solidarisch zur Gemeinschaft stehen und ihr frischen Ansporn geben.

Die Traditionen unserer deutschen Geschichte sind lebendiges Unterpfand für eine kraftvolle Erneuerung. Ein Volk, das seine Geschichte vergißt, hat auch keine Zukunft. Wir müssen unsere gemeinsamen Werte zu neuem Leben erwecken, und dazu gehören Bekenntnis zur Geschichte und Liebe zum Vaterland. Groß sind die Gefahren und Herausforderungen unserer Zeit, größer jedoch die Chancen entschlossenen und gemeinsamen Handelns.

WIR WOLLEN DIE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE SICHERHEIT ALLER DURCH EINEN DAUERHAFTEN AUFSCHWUNG UNSERER WIRTSCHAFT

Mit der Sozialen Marktwirtschaft hat die Union Kapitalismus und Sozialismus überwunden. Gemeinsam haben wir ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit in unserem Lande errungen. Durch unsere Rentenpolitik, den Lastenausgleich und unsere Eigentumspolitik haben wir das soziale Netz eng geknüpft. Wir alle haben die Erfahrung gemacht: Wirtschaftliche Sicherheit schafft soziale Sicherheit; soziale Sicherheit schafft persönliche Freiheit. Mit einem dauerhaften Wiederaufschwung legen wir dafür die wirtschaftliche Grundlage.

Nur die Union gewährleistet durch ihre konsequente Politik der Sozialen Marktwirtschaft die Erhaltung der sozialen Sicherheit. Demokratischer Rechtsstaat, parlamentarische Demokratie und Soziale Marktwirtschaft bilden ein unauflösliches Ganzes. Soziale Marktwirtschaft bedeutet:

Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes,
Freiheit der Entscheidung über den persönlichen Verbrauch,
Freiheit des privaten Eigentums an Produktionsmitteln,
Freiheit der unternehmerischen Investitionsentscheidung.

Die Union gibt auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft eine Sozialgarantie. Wir haben in zwanzig Regierungsjahren die soziale Sicherheit in unserem Lande begründet. Wir werden das Erreichte bewahren und ausbauen.

In der freien, gerechten und solidarischen Gemeinschaft, wie wir sie wollen, erfüllt materieller Wohlstand keinen Selbstzweck. Der Sozialen Marktwirtschaft ist es in bisher einzigartiger Weise gelungen, soziale Sicherheit, persönliche Freiheit und wirtschaftliche Dynamik miteinander zu verbinden. Die Soziale Marktwirtschaft ist Antriebskraft des Fortschritts, Mittel zur Selbstentfaltung und Anreiz zur Überwindung der geistigen Krise. Unsere Mitbürger warten darauf, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse zu ihrem und dem Gemeinwohl einzusetzen.

Unsere sozial verpflichtete Wirtschaftspolitik bietet ihnen neue Chancen. Mit der Union haben die Deutschen den Wiederaufbau geschafft, Mit der Union wird auch der Wiederaufschwung gelingen.

Wir werden dem Volk wieder die Wahrheit sagen: Wir werden ihm die Opfer und Anstrengungen nennen, die notwendig sind, das verlorene Gleichgewicht zurückzugewinnen und neue Ziele verwirklichen zu können.

Gemeinsam wagen wir den Aufbruch in eine sichere, soziale und freie Zukunft!

Die Union steht für die Freiheit, die wir lieben, die Sicherheit, die wir brauchen, die Zukunft, die wir wollen!

**WIR WOLLEN FRIEDEN, FREIHEIT UND SICHERHEIT FÜR DEUTSCHLAND,
EUROPA UND DIE WELT**

Wir kämpfen für ein freies und geeintes Europa, in dem die deutsche Nation ihre Einheit wiedererlangen kann. Die Einigung Europas ist eine wichtige Voraussetzung für unsere Sicherheit und unsere eigene nationale Handlungsfähigkeit.

1. Deutschland ist geteilt. Millionen von Deutschen wird noch immer die Freiheit verweigert. Dieser Zustand bedrückt uns täglich aufs neue.

Wir wollen Freiheit und Einheit für das ganze deutsche Volk. Die Bundesrepublik Deutschland mit West-Berlin ist als freier Teil Deutschlands Treuhänder der Selbstbestimmung, einer freiheitlichen Verfassung sowie der menschlichen und politischen Grundrechte für alle Deutschen. Deshalb muß die deutsche Frage rechtlich und politisch offen gehalten werden. Unsere Deutschland- und Europapolitik hat die gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages vom Mai 1972 und die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts aus den Jahren 1973 und 1975 zur Grundlage. Um die Einheit der Nation zu erhalten, unterstützen und fördern wir die Begegnung der Menschen in Deutschland und die Bewahrung aller geistigen, kulturellen und historischen Gemeinsamkeiten.

Wir werden Vereinbarungen anstreben, die uns diesen Zielen näherbringen. Wir werden aber auch konsequent für den Abbau von Mauer, Schießbefehl und Gewalt an der innerdeutschen Grenze eintreten sowie auf die Verwirklichung eines freien Austauschs von Menschen, Informationen und Meinungen drängen, wie es in der Schlußakte der Konferenz von Helsinki vereinbart wurde.

Ziel unserer Deutschlandspolitik und unserer Europapolitik ist die Freiheit aller Europäer. Sie umfaßt die freie Selbstbestimmung auch des deutschen Volkes über seine Einheit. Die Verwirklichung dieses Rechts ist bei uns, wie überall in der Welt, wesentliche Voraussetzung für die Sicherung des Friedens.

Wir wollen mit friedlichen Mitteln die Teilung unseres Vaterlandes überwinden. Dabei verkennen wir nicht die realen Machtverhältnisse. Aber zur Macht der Tatsachen zählen nicht nur die Politik der Regierungen und die Stärke der Waffen, sondern auch der Wille des deutschen Volkes zur Einheit der Nation, die Idee der Freiheit und die Kraft des Rechtes.

Berlin ist und bleibt Prüfstein dieses Willens. Im Zusammenwirken mit den drei alliierten Schutzmächten ist es die Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland, die Lebensfähigkeit des freien Berlin zu gewährleisten und zu stärken. Die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte für Deutschland und Berlin als Ganzes dauern fort.

2. Unser Ziel ist ein geeintes Europa freier Menschen. Nur ein vereintes Europa kann Herr seines politischen Schicksals bleiben.

Nur ein vereintes Europa kann in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den USA den Weltfrieden und die Freiheit sichern.

Wir wollen einen europäischen Bundesstaat mit demokratischer Verfassung, ein Europa mit einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, ein wirtschaftlich leistungsfähiges und sozial gerechtes Europa, ein Europa im sicheren Schutz des Atlantischen Bündnisses. Zur Sicherung der Freiheit Europas setzen wir uns ein für die europaweite Zusammenarbeit aller freiheitlichen politischen Kräfte gegen die Herausforderung von Kommunisten und Sozialisten.

Um die demokratische Ordnung in den freien Staaten Europas zu bewahren, zu stärken und zu sichern, sind wir zu großen Anstrengungen bereit. Wir sind willens, einen Teil unserer Wirtschaftskraft für dieses Ziel einzusetzen. Weitere wirtschaftliche Leistungen der Bundesrepublik, die zur politischen Handlungsfähigkeit Europas beitragen, haben Vorrang vor Leistungen gegenüber anderen Teilen der Welt, einschließlich der Länder des Ostblocks. Wir wehren uns gegen eine Politik, die durch großzügige Kreditgewährung die kommunistische Planwirtschaft stützt und die Aufrüstung der Warschauer-Pakt-Staaten gegen das freie Europa beschleunigt.

Wir wollen die Europäische Gemeinschaft festigen und ausbauen.
Wir halten es deshalb für geboten,

eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln;
die Wirtschafts- und Währungsunion zu vollenden;
die Handlungsfähigkeit der europäischen Institutionen zu verbessern;
das Europäische Parlament im Jahre 1978 direkt zu wählen und ihm echte parlamentarische Rechte zu übertragen.

Mit unseren Partnern für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit

Wir wollen durch unsere Außen- und Sicherheitspolitik eine freiheitliche, wirtschaftliche gesunde und sozial gerechte Gesellschaft auf Dauer gewährleisten.

1. Unser Wille zum Frieden in Freiheit und zur Verständigung mit allen Völkern ist Grundlage unserer Außenpolitik. Wir stehen auf der Seite aller Völker, die sich zu Freiheit und Selbstbestimmung bekennen. Wir sind bereit zur Zusammenarbeit mit allen Staaten, um den Frieden zu sichern und Not und Armut in der Welt zu überwinden.

Die Bundesrepublik Deutschland muß als stärkste Wirtschaftskraft der Europäischen Gemeinschaft und als ein führendes Land im Welthandel besonderes Gewicht auf ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen legen. Wir werden diese Beziehungen im Zeichen internationaler Verantwortung wahrnehmen und ausbauen.

Herausragende Bedeutung hat die Zusammenarbeit mit unseren atlantischen Partnern. Sie darf sich nicht in der Verteidigung unserer Freiheit erschöpfen. Zusammen mit unseren Partnern werden wir den Herausforderungen begegnen, die aus dem raschen Wandel und den ständig wachsenden Abhängigkeiten in der Welt herrühren. Neben den verteidigungspolitischen Anstrengungen muß vor allem die außen- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit verstärkt werden.

2. Aufgabe der Außenpolitik ist es, die eigenen Interessen wirkungsvoll zu vertreten. Das ist nur möglich, wenn wir auch die Anliegen anderer Völker beachten. Wir dienen daher unseren nationalen Interessen am besten, wenn wir internationale Mitverantwortung wahrnehmen.

Mit unserer Entwicklungspolitik verfolgen wir ein doppeltes Ziel. Wir wollen zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Entwicklungsländer beitragen und dadurch deren Chance verbessern, ihre Probleme in Zukunft selbst meistern zu können. Zugleich wollen wir jedoch durch die Partnerschaft mit den Entwicklungsländern auch zur Sicherung unserer eigenen Existenz beitragen. Wir werden bei der Neugestaltung der Weltwirtschaftsordnung mitwirken. Dabei wollen wir durchsetzen, daß die Grundsätze des freien Welthandels bestehen bleiben und weiter ausgebaut werden.

Im Rahmen der Entwicklungshilfe haben solche Länder Vorrang, die uns oder der Europäischen Gemeinschaft politisch oder wirtschaftlich besonders verbunden sind. Bei weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländern soll an die Stelle der Hilfe weitgehend die wirtschaftliche Zusammenarbeit in jeder geeigneten Form treten.

3. Wir wollen Verständigung mit allen Völkern, auch mit den Völkern Osteuropas und der Sowjetunion.

Bei Vereinbarungen mit den mittel- und osteuropäischen Staaten müssen Leistung und Gegenleistung in ein angemessenes Verhältnis gebracht werden.

Unsere Ost- und Deutschlandpolitik darf deshalb nicht länger eine Einbahnstraße für politische und finanzielle Leistungen der Bundesrepublik Deutschland bleiben. Sie muß von einer nüchternen Einschätzung der weltpolitischen Ziele kommunistischer Politik und der wirklichen Absichten der Ostblock-Staaten ausgehen. Sie muß den Menschen in diesen Ländern dienen, vor allem den Deutschen denen die elementaren Freiheitsrechte noch immer vorenthalten werden.

Eine Ost- und Deutschlandpolitik, die bestehende Gegensätze verschleierte, eigene Überzeugungen verleugnet und Wandel durch Annäherung anstrebt, dient nicht dem Frieden. Unsere Politik beruht auf der Kraft unseres freiheitlichen Gemeinwesens und der Entschlossenheit, die Bundesrepublik Deutschland vor jeder Einmischung und jedem Angriff zu schützen.

Für die Sicherheit unseres Vaterlandes

Unser Ziel heißt: den Frieden erhalten, die Freiheit unseres Volkes sichern und die demokratische Ordnung unseres sozialen Rechtsstaates schützen. Grundpfeiler unserer Sicherheit sind die eigene Verteidigungsbereitschaft und eine stabile Bündnispolitik.

1. Frieden und Freiheit müssen wir gegen jede militärische und ideologische Bedrohung sichern. Die Bundesrepublik Deutschland und das freie Europa können ihre Sicherheit und Unabhängigkeit nur im Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika verteidigen. Deshalb muß das Atlantische Bündnis weiter gefestigt und ausgebaut werden. Die freien Staaten Europas müssen militärisch enger zusammenarbeiten.

Wir verurteilen Gewalt oder Bedrohung mit Gewalt als Mittel der Politik.

Wir sind nach wie vor zu einer kontrollierten Abrüstung und zu kontrollierbaren Rüstungsbegrenzungen auf Gegenseitigkeit bereit. Der zunehmenden militärischen Bedrohung durch die Staaten des Warschauer Paktes müssen wir durch die Stärkung unserer Verteidigungskraft begegnen. Wir werden deshalb die Verteidigungsausgaben den sicherheitspolitischen Erfordernissen anpassen.

2. Die Verteidigung unseres Vaterlandes ist Sache des ganzen Volkes. Wir bauen auf die Bereitschaft der Bürger, jede Bedrohung abzuwehren und unsere freiheitliche, soziale und demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung zu verteidigen. Die Bundesrepublik Deutschland gewährleistet ihre Sicherheit durch Mitgliedschaft und Mitarbeit im Atlantischen Bündnis.

Die Bundeswehr hat den grundgesetzlichen Auftrag, die Bundesrepublik Deutschland militärisch zu schützen. Sie hat den Frieden durch glaubwürdige militärische Abschreckung zu sichern und unser Land im Kriegsfall zu verteidigen. Voraussetzung für die Erfül-

lung dieses Auftrages ist die allgemeine Wehrpflicht. Dabei werden wir mehr Wehrgerechtigkeit verwirklichen. Die Gemeinschaft muß die besonderen Lasten ausgleichen, die der in der Bundeswehr Dienende auf sich nimmt.

WIR WOLLEN DIE FREIE, GERECHTE UND SOLIDARISCHE GEMEINSCHAFT

Für einen freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat

Um unser demokratisches Gemeinwesen zu sichern und auszubauen, brauchen wir einen freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat, der seine Aufgaben kraftvoll erfüllt.

1. Der Staat muß sich auf die Aufgaben beschränken, die der einzelne oder die gesellschaftlichen Einrichtungen nicht allein erfüllen können. Die Selbstbeschränkung des Staates stärkt seine Handlungsfähigkeit und erweitert die Freiheit der Menschen. Manche Aufgaben, die heute die öffentliche Verwaltung ausführt, können nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen besser und billiger erfüllt werden. Die Arbeit der freien Träger ist nachhaltig zu unterstützen.
2. Die öffentliche Verwaltung muß sich fortwährend ihren veränderten Aufgaben und den Bedürfnissen der Bürger anpassen. Nur so kann sie auf Dauer leistungsfähig bleiben. Verwaltungs- und Planungsentscheidungen müssen möglichst bürgernah getroffen werden. Die Belange des Bürgers dürfen nicht angeblichen Zwängen bürokratischer Organisation geopfert werden. Die Bürgernähe des Staates ist eine wesentliche Voraussetzung für ein lebendiges und kraftvolles demokratisches Gemeinwesen.
3. Öffentliche Verwaltung erfahren die Bürger vor allem im kommunalen Bereich. Deshalb müssen wir im Interesse der Bürger den Handlungsspielraum und die Gestaltungsfreiheit der kommunalen Selbstverwaltung erhalten, d. h. auch die Gemeinden finanziell ausreichend ausstatten.
4. Wir werden das öffentliche Dienstrecht auf der Grundlage eines modernen Beamtenrechts fortentwickeln und vereinfachen. Sachkunde und Leistungsbereitschaft des öffentlichen Dienstes sind die Tragpfeiler einer wirksamen öffentlichen Verwaltung. Persönliche Eignung und Leistung, nicht das Parteibuch, müssen daher entscheidender Maßstab für Einstellung und berufliches Fortkommen im öffentlichen Dienst sein.
5. Der demokratische Staat muß sich auf seine Bediensteten verlassen können. Dazu bedarf es ihrer Bereitschaft zur Pflichterfüllung, der Achtung der Gesetze und der Treue zur Verfassung.

Der freiheitliche Staat muß sich gegen seine Feinde verteidigen, um die Freiheit seiner Bürger zu schützen. Feinde unserer freiheitlichen und demokratischen Grundordnung können nicht dem Staat dienen, den sie bekämpfen, und dürfen daher nicht zum öffentlichen Dienst zugelassen werden.

Der Staat im Dienste des Bürgers

Der Staat muß das Wohl der Gemeinschaft wahren und die Freiheit seiner Bürger verteidigen.

1. Recht sichert Freiheit. Wir werden dafür sorgen, daß unser Rechtsstaat wieder fähig wird, die Freiheit seiner Bürger zu schützen und ihre Sicherheit zu gewährleisten. Die Gemeinschaft muß vor Rechtsbrechern wirkungsvoll geschützt werden. Unser Rechtsstaat soll die Grundlagen für mehr soziale Gerechtigkeit und die Voraussetzungen für die gewaltlose Austragung von Konflikten schaffen.
2. Wir werden die Bürger unseres Landes mit allen rechtsstaatlichen Mitteln vor politischer Nötigung, vor Gewalt und Terror schützen. Das politische Klima der letzten Jahre, in dem Extremismus und Terrorismus gedeihen konnten, muß von Grund auf geändert werden. Für eine wirksamere Bekämpfung des Terrorismus werden wir die internationale Zusammenarbeit verstärken und die Strafverfolgung verbessern. Dazu gehört die Errichtung eines Europäischen Kriminalamtes für die Staaten der Europäischen Gemeinschaft.
3. Wir treten der steigenden Kriminalität entschlossen entgegen. Unsere Maßnahmen richten sich insbesondere gegen Gewaltverbrechen, kriminelles Bandenwesen, Straftaten an Kindern sowie alten und hilflosen Menschen, gegen Rauschgiftkriminalität und Wirtschaftskriminalität. Die Polizei, die ein schweres Amt zu erfüllen hat, muß auf die solidarische Unterstützung der politisch Verantwortlichen und aller Bürger bauen können.
4. Der Bürger in unserem demokratischen Gemeinwesen hat Anspruch auf verständliche und überschaubare Gesetze sowie auf den umfassenden Schutz seiner Rechte bei zumutbarem Aufwand an Zeit und Geld. Wir werden deshalb die Gesetzesflut eindämmen, die Gerichtsverfahren beschleunigen, die Rechtsberatung verbessern und die Unabhängigkeit der Rechtsprechung gewährleisten. Rechtsvorschriften müssen nicht nur inhaltlich überzeugend, sondern auch sprachlich verständlich sein. Wir werden unverzüglich durch eine Sachverständigenkommission des Bundes und der Länder Vorschläge für eine Vereinfachung der Gesetze machen.

Der Gemeinschaft verpflichtet

In einer freien und solidarischen Gemeinschaft tragen die großen gesellschaftlichen Gruppen und die Medien besondere Verantwortung.

1. Die großen gesellschaftlichen Gruppen und Verbände sind unerlässlich, verfassungsrechtlich gesicherte Bestandteile unserer freien und offenen Gesellschaft. Sie müssen sich dem gesellschaftlichen Ganzen einordnen, weil sie dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Die berechtigten Interessen des einzelnen müssen auch im Rahmen des Verbandes berücksichtigt werden.
2. Vielfalt und Offenheit von Presse, Funk und Fernsehen sind Grundpfeiler unserer freiheitlichen Demokratie. Die Unabhängigkeit und Ausgewogenheit der öffentlich-rechtlichen Medien muß gewahrt sein. Sie dürfen nicht zum Spielball politischer Parteien werden.

Wir achten den vorstaatlichen und staatsunabhängigen Auftrag der christlichen Kirchen und der anderen Religionsgemeinschaften. Wir werden ihre Unabhängigkeit schützen und ihre auch für Staat und Gesellschaft bedeutsame Arbeit erleichtern.

Der freie Bürger in einer solidarischen Gemeinschaft

Für die Union ist Politik Dienst am Menschen. Er soll sich entsprechend seinen natürlichen Möglichkeiten und Anlagen entfalten und seine persönlichen Lebensziele verwirklichen können.

1. Die gleichberechtigte Stellung der Frau erfüllt sich in Partnerschaft und gleicher Verantwortung in Familie, Beruf und Gesellschaft. Der Anspruch der Frau auf Chancengerechtigkeit in Ausbildung und Beruf sowie im öffentlichen Leben muß weiter verwirklicht werden. Das schließt bessere Aufstiegsmöglichkeiten und die gerechte Bewertung bei der Entlohnung ein. Staat und Gesellschaft müssen die Leistungen der Hausfrau und Mutter in der Familie wirtschaftlich und sozial anerkennen. Die Stellung der Hausfrau und Mutter ist derjenigen der erwerbstätigen Frau gleichwertig. Die Tätigkeit der Frau in der Familie ist beruflicher Tätigkeit außerhalb der Familie gleichzusetzen.

2. Unsere älteren Mitbürger haben ein Recht darauf, ihr Leben unabhängig und nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Ihre eigenständige Lebensführung und Entscheidungsfreiheit müssen soweit wie möglich gesichert werden. Wir brauchen deshalb geeignete Wohnungen für ältere Menschen. Es ist unsere Pflicht, den älteren Bürgern, soweit erforderlich, beizustehen, ohne sie gleich von ihren angestammten Lebensbereichen zu entfremden.

Die wirtschaftliche Sicherung älterer Menschen allein reicht jedoch häufig nicht aus. Viele von Ihnen leiden unter einer erschreckenden Einsamkeit. Den älteren Menschen muß der Zugang zur Gemeinschaft aller erhalten bleiben.

3. Die behinderten Menschen brauchen in besonderer Weise die Solidarität der Gemeinschaft. Wir werden ihnen helfen, ihren Platz in der Gemeinschaft und im Erwerbsleben zu finden. Dies ist ein Gebot der Menschlichkeit. Praktische Maßnahmen sind Gewährung von Hilfe zur Selbsthilfe, ausreichende medizinische Versorgung, Schaffung angemessener Berufsmöglichkeiten und Berufsbildungshilfen. Den Familien darf die Belastung durch Behinderte nicht länger allein aufgebürdet werden.

4. Flüchtlinge, Vertriebene, Aussiedler und Kriegsoffer brauchen auch heute in vielen Fällen mehr als bloße wirtschaftliche Unterstützung. Sie haben in weit stärkerem Maße als die meisten von uns die Folgen des Krieges zu spüren bekommen. Es ist deshalb unsere solidarische Pflicht, ihnen die Eingewöhnung in eine neue Umgebung zu erleichtern. Das gilt vor allem für die jetzt zu uns kommenden Deutschen aus den Ostgebieten. Wir wollen sie als willkommene Mitbürger in unserem Lande aufnehmen.

Für eine menschengerechte Umwelt

Menschliche Lebensgestaltung setzt eine gesunde und menschengerechte Umwelt voraus. Sie zu schaffen ist Ziel unserer Umweltpolitik.

1. Durch eine gezielte Raumordnung werden wir gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land schaffen. Die übermäßige Zentralisierung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen, vor allem im ländlichen Raum, werden wir verhindern.

2. Die Bürger sollen sich in unseren Städten wieder wohlfühlen. Sie sollen in ihnen zugleich wohnen, arbeiten und ihre Freizeit genießen können.

Ein wichtiger Beitrag dazu ist die Sanierung historischer Stadtkerne sowie die Erhaltung und Modernisierung von Altbauten. Um diese Aufgabe zu erfüllen, werden wir private Initiativen und die Tätigkeit freier Träger fördern.

Das Angebot von Wohnungen sowie Kultur- und Sportstätten muß dem Bedarf der Bürger entsprechen. Der Städte- und Wohnungsbau soll dem Bedürfnis der Menschen nach Schönheit, Überschaubarkeit und Zusammenleben mehr als bisher entgegenkommen. Im sozialen Wohnungsbau werden wir dafür sorgen, daß für sozial Bedürftige wieder finanziell erschwingliche Wohnungen zur Verfügung gestellt werden.

3. Verkehr ermöglicht die Begegnung von Menschen und den Austausch von Gütern. Deshalb brauchen wir ein leistungsfähiges Verkehrsnetz in allen Teilen unseres Landes. Im städtischen Bereich müssen individuelle und öffentliche Verkehrsmöglichkeiten sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Der ländliche Raum darf durch Streckenstilllegungen nicht vom Verkehrsfluß abgeschnitten werden.
4. Alle Bürger haben Anspruch auf eine gesunde Umwelt. Wir werden dafür sorgen, daß die Umwelt vor weiterer Zerstörung bewahrt bleibt und vorhandene Schäden so weit wie möglich behoben werden. Wer Umweltschäden verursacht, muß grundsätzlich die Kosten ihrer Beseitigung tragen. Umweltauflagen sollen die Arbeitsplätze nicht gefährden oder die Wirtschaft unzumutbar belasten.

Die Umwelt können wir nur dann wirksam schützen, wenn alle europäischen Staaten solidarisch zusammenarbeiten. Deshalb werden wir die internationale Zusammenarbeit verbessern.

WIR WOLLEN EINE SICHERE ZUKUNFT FÜR DIE MENSCHEN IN UNSEREM LAND

Grundlagen unserer Zukunft

Wir gründen unsere Zukunft auf ein solides Fundament: zufriedene Familien, unbeschwerte Kinder und eine zuversichtliche Jugend.

1. Ehe und Familie sind die erste und wichtigste Gemeinschaft des Menschen. Wer die Familie benachteiligt, gefährdet die Gemeinschaft. Die Familie muß gesellschaftlich mehr anerkannt werden. Vor allem für die gesunde Entwicklung des Kindes ist die Familie unersetzlich. Gerade das Kleinkind benötigt die Geborgenheit des Elternhauses.

Zugleich streben wir an, die Leistungen für die Familie zu verbessern. Der gerechte Familienlastenausgleich ist sittliches Gebot. Wir wollen seine Struktur so verändern, daß er stärker als bisher die Eigenleistung der Familie anerkennt. Um ihn durchzuführen zu können, müssen wir die wirtschaftliche Stabilität wiederherstellen und die Staatsfinanzen sanieren.

Für Familien mit mehreren Kindern wollen wir besondere Hilfen bereitstellen. Kinderfreundlichkeit und eine kindgerechte Umwelt müssen in unserer Gesellschaft wieder selbstverständlich werden.

2. Die Jugend hat das Recht, unsere Gesellschaft verantwortlich mitzugestalten. Wir brauchen ihre Hilfe, wenn wir größere soziale Gerechtigkeit und mehr Menschlichkeit in unserem Lande verwirklichen wollen. Wir werden die außerschulische Jugendbildung und die Arbeit der Jugendverbände zielstrebig fördern.

Erbe und Auftrag

Gegenwart und Zukunft sind ohne unser kulturelles und geschichtliches Erbe nicht zu meistern. Wir bewahren, was sich bewährt hat, und verändern, was verbessert werden kann.

1. Bildung vermittelt unser kulturelles und geschichtliches Erbe. Sie soll den Menschen befähigen, seinen beruflichen und gesellschaftlichen Aufgaben in der Familie und der Gemeinschaft gerecht zu werden, damit er seine Erfüllung und sein Lebensglück findet. Bildung soll insbesondere unsere Jugend darauf vorbereiten, als mündige Bürger in der demokratischen Gesellschaft frei und verantwortlich zu handeln sowie zur Lösung humaner und sozialer Probleme beizutragen. Bildung muß die Bereitschaft zu Menschlichkeit, Toleranz und Leistungsbereitschaft wecken. Chancengerechtigkeit in der Bildungspolitik bedeutet, nicht jedem den gleichen, sondern jedem seinen Weg zu eröffnen.
2. Wir setzen uns ein für die Erhaltung von Inhalt und Form der deutschen Sprache. Wir wenden uns gegen die Verfälschung ihrer Begriffe und Inhalte im Dienste revolutionärer Ideologien. Wir richten unser Augenmerk hier vor allem auf unsere Schulbücher und den Deutschunterricht an unseren Schulen.
3. Die Kenntnis der Geschichte läßt uns Chancen und Grenzen menschlichen Handelns in der Gegenwart begreifen und schützt vor den Gefahren totalitärer Heilslehren. Verständnis für unsere Geschichte stärkt Verantwortungsbereitschaft und Toleranz. Für uns hat deshalb der Geschichtsunterricht in den Schulen besondere Bedeutung. Wir bekennen uns zu unserer Geschichte. Wir wollen neben den großen Leistungen im Leben unseres Volkes auch die dunklen Kapitel nicht aussparen. Wir werden die Schulbücher wieder von der einseitigen Beeinflussung durch sozialistische und marxistische Lehrinhalte befreien. Die junge Generation soll sich selbst ein Urteil bilden können, um endlich wieder ein ungebrochenes Verhältnis zu Deutschland zu bekommen. Dazu gehört auch die Kenntnis der Geschichte des deutschen Ostens.
4. Die Entfaltung künstlerischer und musischer Neigungen sowie das Verständnis für die Zeugnisse der Vergangenheit bereichern das Leben der Menschen. Wir wollen deshalb die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die schöpferischen Kräfte des einzelnen, sein Reichtum an Ideen und sein Sinn für Schönheit erschlossen werden. Kultur und Kunst haben hier eine große Aufgabe. Zur Förderung dieses kulturellen Lebens werden wir die Arbeitsbedingungen sowie die wirtschaftliche und soziale Lage der literarisch und künstlerisch Schaffenden wirksam verbessern.
5. Bewegung, Spiel und Sport tragen zur Entwicklung und Gesundheit des Menschen bei. Sie fördern das Erlebnis der Gemeinschaft. Wir werden den Sport als Breitensport im Sinne der

Freizeitbeschäftigung und der Gesundheitsvorsorge, den Schulsport und den Leistungssport gleichermaßen fördern. Besondere Unterstützung verdient die vielfältige Arbeit der Sportvereine.

Für jeden eine gerechte Chance

Jeder Mensch muß die Chance haben, im Leben den Platz einzunehmen, der seinen Begabungen und Fähigkeiten entspricht.

1. Wir wollen die humane Schule. Das Kind soll nach seiner Begabung und Leistungsfähigkeit gefördert und nicht überfordert werden. Die Kinder müssen die Anforderungen der Schule wieder ohne ständige elterliche Hilfe erfüllen können. Schule darf nicht nur Wissen vermitteln. Die Entfaltung praktischer Anlagen und Fähigkeiten des Kindes, seiner künstlerischen und musischen Begabungen sowie seiner sportlichen Neigungen muß ebenso zu ihrem Recht kommen. Diese Ziele lassen sich nur in einem vielfältig differenzierten Bildungs- und Ausbildungssystem verwirklichen. Die Schule soll wieder vom gegenseitigen Vertrauen zwischen Eltern, Lehrern und Schülern getragen werden. Wir lehnen eine Erziehung ab, die nur Konflikte und keine Gemeinsamkeiten schafft. Wir wenden uns gegen die Anwendung marxistischer Rahmenrichtlinien, die durch Ideologisierung die Freiheitlichkeit unseres Bildungswesens gefährden.

Die übermäßige Konzentration der bildungspolitischen Anstrengungen auf die Gymnasien und die einseitige Heraushebung der akademischen Ausbildung haben zu schweren Engpässen im Bildungswesen und zu Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen geführt.

Eine Schule, die echte Lebenschancen bieten soll, kann auf Leistung nicht verzichten. Die Leistungsanforderungen müssen jedoch die unterschiedlichen Fähigkeiten und Interessen der Schüler berücksichtigen. Ein leistungsorientiertes Bildungswesen muß den Schwächeren mehr fördern, den Starken mehr fordern. Der Einsatz des Stärkeren ermöglicht die Hilfe für den Schwächeren. So wird Leistung auch zum Ausdruck der Solidarität.

2. Allgemeine und berufliche Bildung sind gleichwertig. Um diesem Grundsatz gerecht zu werden, wollen wir die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe stärken und die Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Berufsschule verbessern. Bei den meisten jungen Menschen entscheidet die berufliche Bildung über ihre Zukunftschancen. Wir werden deshalb für ein ausreichendes Angebot an qualifizierten Ausbildungsplätzen sorgen und die dazu erforderlichen finanziellen Anreize schaffen. Wegen der großen Zahl von Schulabgängern in den nächsten Jahren ist die Aufgabe besonders vordringlich.
3. Wir werden die Freiheit von Forschung und Lehre sichern, die Leistungsfähigkeit der Hochschulen gewährleisten und durch eine Reform der Studiengänge für kürzere Studienzeiten sorgen. Zugleich werden wir dazu beitragen, daß sich die Hochschulen stärker an den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit orientieren und besser als bisher ausgelastet werden. Auf diese Weise werden wir die bestehenden Zugangsbeschränkungen mildern. Wir wollen den Hochschulzugang gerechter regeln.

Die Qualität unserer Hochschulen hat entscheidenden Einfluß auf den Ausbildungsstand der nächsten Generation sowie die wissenschaftliche, technische und wirtschaftliche Zukunft unseres Volkes. Die Bundesrepublik Deutschland - rohstoffarm, aber industriell hochentwickelt - ist mehr als andere Länder auf eine gute Ausbildung und auf eine leistungsfähige Forschung angewiesen. Die rasche Zunahme der Studentenzahlen und das damit verbundene übermäßige Wachstum der Universitäten haben die Einheit von Forschung und Lehre in Gefahr gebracht. Wir werden dieser Entwicklung entgegentreten und diejenigen, die in Forschung und Lehre mehr leisten als die große Mehrheit, ermutigen und fördern. Das gleiche gilt für Studenten, die während ihres Studiums besondere Leistungen erbringen.

4. Bei der Erwachsenenbildung müssen die beruflichen und allgemeinen Fortbildungsmöglichkeiten im Vordergrund stehen. Nur so kann der einzelne seine Fähigkeiten den ständig veränderten Anforderungen im beruflichen Leben anpassen.

Für jeden eine sichere Zukunft

Um ihre Zukunft zu sichern, brauchen junge Menschen Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

1. Wichtigste Aufgabe ist, die bedrückende Jugendarbeitslosigkeit zu beseitigen. Durch unsere Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik werden wir dafür sorgen, daß für Berufsanfänger wieder genügend Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. Wirtschaft und Staat müssen gemeinsam dazu beitragen, daß junge Menschen an der Schwelle zum Berufsleben nicht länger vor verschlossenen Türen stehen, gleichgültig, ob sie Berufsanfänger nach der Ausbildung sind, Abiturienten, Lehrlinge, Hauptschüler mit oder ohne Schulabschluß oder Sonderschüler.

Wir werden uns bemühen, die Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluß zu vermindern und die Berufschancen der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluß durch gezielte Förderung zu verbessern.

Der wachsenden Gefahr der Arbeitslosigkeit von Akademikern werden wir durch die gründliche Beratung von Schülern und Studenten über ihre beruflichen Möglichkeiten begegnen. Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, daß Abiturienten vermehrt Ausbildungsgänge auch außerhalb der Hochschule, z.B. in Berufsakademien, einschlagen können.

2. Berufliche Bildung und Beschäftigungsmöglichkeiten müssen besser als bisher aufeinander abgestimmt werden. Für das berufliche Weiterkommen müssen Bildungsabschlüsse und praktische Bewährung im Beruf gleiche Bedeutung haben.

Investitionen für die Zukunft

Bildung und Forschung sind Investitionen für unsere Zukunft.

1. Wir werden durch eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik dafür sorgen, daß für die Bildung ausreichende Mittel zur Verfügung stehen. Da die Zukunft unseres ganzen Volkes betroffen ist, ist es unvertretbar, bei der Bildung stärker zu sparen als in anderen Bereichen. Die Mittel im Bereich der Bildung müssen jedoch kostenbewußter und wirkungsvoller

eingesetzt werden. Dies gilt besonders für die Hochschulen. Die Ausbildungs- und Arbeitsförderung darf in ihrer grundlegenden Bedeutung nicht angetastet werden.

2. Forschung und technische Entwicklung entscheiden über unsere Zukunft; sie sind wesentliche Voraussetzungen für den Bestand unserer Wirtschaftskraft. Wir werden sie so fördern, daß wir auch in Zukunft unsere weltweite Wettbewerbsfähigkeit erhalten und unseren Wohlstand sichern können. Wir wollen deshalb die staatliche Forschung ausbauen und die Forschung in der gewerblichen Wirtschaft unterstützen. In besonderem Maße werden wir die Grundlagenforschung in selbständigen Forschungseinrichtungen fördern. Was wir heute für Forschung und technische Entwicklung aufwenden, sichert morgen unseren Wohlstand.
3. Die langfristige Sicherung einer ausreichenden und kostengünstigen Versorgung mit Energie ist für die Zukunft unseres Landes von größter Bedeutung. Dabei können wir uns nicht ausschließlich auf ausländische Energiequellen verlassen. Unser Ziel ist deshalb die Minderung unserer Abhängigkeit vom Ausland durch sparsamen Energieverbrauch, die stärkere Nutzung des heimischen Energieträgers Kohle sowie die Entwicklung und der Einsatz neuer Energiequellen.

WIR WOLLEN DIE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE SICHERHEIT ALLER DURCH EINEN DAUERHAFTEN AUFSCHWUNG UNSERER WIRTSCHAFT

Durch Soziale Marktwirtschaft zu einem dauerhaften Aufschwung

Dauerhafter wirtschaftlicher Aufschwung ist die Voraussetzung für die Wiedergewinnung unserer wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit. Wirtschaftliche und soziale Sicherheit sind für die freie Entfaltung und Selbstverwirklichung des Menschen unverzichtbar.

Unser Ziel ist die Wiedererlangung von Vollbeschäftigung, Preisstabilität, soliden Staatsfinanzen und wirtschaftlichem Wachstum.

1. Wichtigste Voraussetzung für die Verwirklichung unseres Zieles ist die Wiederherstellung des Vertrauens der Bürger in eine konsequente Politik der Sozialen Marktwirtschaft. Mit der Sozialen Marktwirtschaft haben wir entscheidende Fortschritte erzielt. Hoher materieller Wohlstand wurde zusammen mit umfassender sozialer Sicherheit verwirklicht. In dieser Wirtschaftsordnung werden die Ergebnisse wirtschaftlicher Tätigkeit breiter genutzt und leistungsgerechter verteilt als in jedem anderen System. Die Soziale Marktwirtschaft fordert und anerkennt die persönliche Freiheit als Triebfeder wirtschaftlicher Leistung und sozialer Verantwortung. Sie fördert Selbstverantwortung und festigt das Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft.
2. Wir werden durch die konsequente Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes und durch eine entschiedene Wettbewerbspolitik wieder für mehr Stabilität der Preise sorgen. Wir werden mit den Steuergeldern wieder haushalten und auf größte Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit achten.

Zur Sicherung der Arbeitsplätze und der Zukunft unseres Landes werden wir die Ertragskraft der Unternehmen stärken und

damit die Investitionskraft und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen fördern.

- Wir werden die Arbeitslosigkeit beseitigen und Maßnahmen ergreifen, durch die die vorhandenen Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden.

Dazu sind erforderlich:

- die Förderung von Investitionen durch steuerliche Hilfen, stabilitätsgerechte Lohnabschlüsse und vermögensbildende Maßnahmen für den einzelnen. Wir wissen: Die Investitionen von heute sind die Arbeitsplätze von morgen und damit die entscheidende Voraussetzung für einen hohen Beschäftigungsstand und eine langfristig gesicherte Vollbeschäftigung;
 - die Sicherung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch stabile Preise, damit die von uns hergestellten Güter auch weiterhin im Ausland verkauft werden können.
- Wir werden die öffentlichen Mittel gezielt und sparsam einsetzen. Die Ausgaben des Staates müssen der Leistungskraft unserer Wirtschaft angepaßt werden. Der Anteil des Staates an den von allen Bürgern erwirtschafteten Gütern und Dienstleistungen darf nicht weiter erhöht werden. Wir werden uns um die Rückführung der Staatsquote auf ein erträgliches Maß bemühen. Wir lehnen eine Sozialisierung der Arbeitseinkommen nachdrücklich ab.
 - Wir werden ungerechtfertigte Subventionen abbauen und auch im Bereich staatlicher Tätigkeit Grundsätze der Marktwirtschaft verwirklichen. Wir werden dafür sorgen, daß Bundesbahn und Bundespost wirtschaftlicher geführt werden. Zugleich werden wir durch regionalpolitische Maßnahmen die strukturell schwachen und verkehrsfernen Gebiete fördern.

Wirtschaftliche Sicherheit für alle

Wir wollen, daß alle Bürger am Wiederaufschwung unserer Wirtschaft teilhaben.

- Durch die dauerhafte Sicherung des Wiederaufschwungs nehmen wir den Bürgern ihre Sorge vor Kurzarbeit und Arbeitsplatzverlust. Arbeit ist nicht nur Einkommensquelle, sie gehört zur Selbstverwirklichung des Menschen. Dies gilt besonders für den behinderten Menschen. Lohn- und Gehaltserhöhungen dürfen nicht länger durch Geldentwertung sowie steigende Steuer- und Abgabenbelastungen aufgezehrt werden. Die Leistung des einzelnen soll sich wieder lohnen. Die Leistungsbereitschaft unserer Bürger und die gerechte Entlohnung sind eine solide Grundlage für die Wiedergesundung unserer Wirtschaft. Wir werden dazu beitragen, daß die Mitwirkung und Mitverantwortung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz gestärkt und die Arbeitsplätze weiter humanisiert werden.
- Wir wollen den mündigen Verbraucher. Wir treten dafür ein, daß die Verbraucher ihre Interessen im Rahmen unserer freiheitlichen Sozialen Marktwirtschaft künftig noch besser wahrnehmen können. Wir werden deshalb die Übersichtlichkeit des Marktes verbessern, die Informationen für den Verbraucher ausbauen und den Wettbewerb der Anbieter fördern. Die Werbung leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Durch gezielte Maßnahmen werden wir die Verbraucher vor unlauteren

Geschäftspraktiken schützen. Wir unterstützen die Arbeit der Verbraucherverbände.

3. Die Sparer dürfen durch die Geldentwertung nicht länger enteignet werden. Jeder Sparer hat in den letzten Jahren einen Großteil seines ersparten Geldes verloren. Die Ersparnisse des Bürgers müssen ihren Wert behalten. Vermögen kann nur breit gestreut werden, wenn der Wert des Geldes erhalten bleibt. Nur so kann der einzelne seinen wirtschaftlichen Wohlstand mehren und für seine Zukunft vorsorgen. Wir erreichen dieses Ziel durch Preisstabilität und Wirtschaftswachstum. Um die Unabhängigkeit und Sicherheit des einzelnen weiter auszubauen, werden wir für breite Schichten der Bevölkerung die Bildung privaten Eigentums nachhaltig fördern. Wir wollen Eigentum für jeden. Jeder Arbeitnehmer muß am Wachstum und Ertrag der Wirtschaft teilhaben. Wir wollen jedoch keine anonymen Vermögensmassen, über die nicht von Eigentümern, sondern von Funktionären verfügt wird. Wir werden die rechtlichen Voraussetzungen für eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Gewinn und am Produktivvermögen der Unternehmen schaffen, so daß sie durch Tarifvertrag oder tarifliche Vereinbarung geordnet werden kann. Wir setzen uns für die weitere Privatisierung von Bundesunternehmen ein. Den Erwerb von Eigenheimen und von Wohnungseigentum werden wir fördern.

Für den Mittelstand wollen wir Beteiligungsgesellschaften fördern. Wir werden die vielfältigen steuerrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Hindernisse beim Erwerb und Besitz von Beteiligungswerten durch Arbeitnehmer beseitigen.

4. Wir werden die mittelständischen Unternehmen in Handwerk, Gewerbe und Handel fördern, damit möglichst viele Bürger selbständig und in einem überschaubaren Arbeits- und Lebensbereich tätig sein können. Die mittelständische Wirtschaft bietet die größte Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und gewährleistet die bürgernahe Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen. Ziel unserer Politik ist deshalb, die Leistungsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen zu stärken, ihre Chancengleichheit am Markt zu sichern, die Beschaffung von Beteiligungskapital zu erleichtern, steuerliche Benachteiligungen abzubauen und eine ausgewogenen marktgerechte Struktur von Klein-, Mittel- und Großunternehmen zu gewährleisten.
5. Die wirtschaftliche Grundlage von land-, forst- und ernährungswirtschaftlichen Betrieben muß gesichert sein. Wir sind der Überzeugung, daß unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eine leistungs- und wettbewerbsfähige Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft braucht. Die bäuerlich strukturierte Landwirtschaft mit Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben ist eine entscheidende Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit ländlicher Räume. Wir werden den wichtigen Aufgaben, die die Land- und Forstwirtschaft bei der Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln, bei der Sicherung einer ausreichenden Eigenversorgung sowie bei der Besiedlung, Erhaltung und Pflege der Landschaft und dem Schutz der Umwelt erfüllt, größere Anerkennung verschaffen. Die Sicherung der Vielzahl und Vielfalt land- und forstwirtschaftlicher Betriebe mit den Mitteln der Markt- und Preispolitik im Rahmen der europäischen Agrarpolitik und

einer modernen Strukturpolitik, die jede Gängelung ausschließt, ist uns Gewähr für eine breite Streuung von Eigentum.

Menschen, die in der Land- und Forstwirtschaft keine ausreichende wirtschaftliche Sicherheit mehr finden, werden wir den Zugang zu anderen Berufen durch Schaffung weiterer Arbeitsplätze auf dem Lande erleichtern.

Für größere soziale Sicherheit

Die Union schafft durch die dauerhafte Sicherung des wirtschaftlichen Aufschwungs die Voraussetzung für die soziale Sicherheit des einzelnen in der solidarischen Gemeinschaft. Die Union hat in ihrer Regierungszeit das soziale Netz in unserem Land eng geknüpft. Mit der sozialen Sicherheit schuf sie die Grundlage für persönliche Freiheit. Die Union garantiert soziale Sicherheit.

1. Der Anspruch auf Rente ist für die meisten Bürger die entscheidende Grundlage ihrer sozialen Sicherheit. Wir werden dafür sorgen, daß dieser Anspruch nicht angetastet wird. Wer in seinem Arbeitsleben einkommensgerechte Beiträge eingezahlt hat, muß später auch eine entsprechende Rente erhalten. Wir werden die Vorarbeiten für eine Neuregelung des Rentenrechts entsprechend dem verfassungsgerichtlichen Auftrag der Gleichbehandlung der Geschlechter im Rentenrecht unverzüglich aufnehmen. Die Partnerrente ist dafür eine denkbare Möglichkeit. Der erste Schritt könnte eine Änderung des geltenden Rechts sein, der die Teilung der Rente aufgrund gegenseitigen Einverständnisses ermöglicht.
2. Die gerechte Versorgung von Kriegs- und Wehrdienststopfern bleibt für uns eine vordringliche Aufgabe. Sie müssen auch künftig an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben. Die Leistungen für Kriegs- und Wehrdienststopfer müssen fortgeführt werden. Das gleiche gilt für die Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler. Sie alle haben Anspruch auf unsere solidarische Hilfe, damit das Werk der Eingliederung seinen harmonischen Abschluß finden kann.
3. Soziale Dienste ermöglichen die Betreuung und Pflege kranker, behinderter und alter Menschen in der ihnen vertrauten Umgebung. Wir werden diese beispielhafte Form mitmenschlicher Hilfe fördern und weiter ausbauen. Soziale Dienste erweitern die Möglichkeit der Selbsthilfe.
4. Wir wollen, daß alle Bürger in Stadt und Land die bestmögliche medizinische Versorgung erhalten. Die Vorsorge des einzelnen für seine Gesundheit und die freie Arzt- und Krankenhauswahl sind tragende Grundsätze unseres Gesundheitswesens. Die freie Arztwahl ist Voraussetzung für ein ungestörtes Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient.

Wir werden alle geeigneten und zumutbaren Maßnahmen treffen mit dem Ziel, die Kosten für unser Gesundheitswesen und damit die Beitragshöhe für die Versicherten innerhalb wirtschaftlich vernünftiger und finanziell vertretbarer Grenzen zu halten.

Mit dieser Politik werden wir Frieden und Fortschritt, Freiheit und Sicherheit, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit verwirklichen. Die SPD/FDP hat abgewirtschaftet. Sie hat uns alle durch ihre verfehlte Politik in Gefahr gebracht. Am 3. Oktober 1976 können die Bürger die Wende herbeiführen. Gemeinsam wollen wir in eine bessere Zukunft aufbrechen: sicher, sozial und frei.

B e s c h l u ß p r o t o k o l l

Tagesordnung

1. Eröffnung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission
- 4a. Wahl der Mandatsprüfungskommission
5. Wahl der Stimmzählkommission
6. Grußworte
7. Bericht des Parteivorsitzenden
Dr. Helmut Kohl
8. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Professor Dr. Karl Carstens
9. Bericht des Generalsekretärs
Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf
10. Bericht der Mandatsprüfungskommission
11. Wahl des Bundesparteigerichts
12. "Europäisches Manifest der CDU"
Antrag des Bundesvorstandes
13. Vorstellung und Verabschiedung des Wahlprogramms
14. Sonstige Anträge
15. Schlußrede des Parteivorsitzenden
Dr. Helmut Kohl

Zu TOP 2: Folgendes Tagungspräsidium wurde in offener Abstimmung ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Minister Wilfried Hasselmann MdL
Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht MdL
Ursula Benedix MdB
Siegfried Dübel
Jürgen Echternach MdBü
Bundestagsvizepräsident Kai-Uwe von Hassel MdB
Hannshein Hauser MdB
Dr. Gerd Langguth
Peter Lorenz MdB
Gottfried Milde MdL
Hermann Josef Russe MdB
Minister Werner Scherer MdL
Roswitha Verhülsdonk MdB
Dr. Horst Waffenschmidt MdB

Zu TOP 3: Die vorstehende Tagesordnung wurde in offener Abstimmung ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand eingesetzte Antragskommission wurde in offener Abstimmung ohne Enthaltungen einstimmig wie folgt bestätigt:

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf
Dr. Norbert Blüm MdB
Eberhard Diepgen MdB
Dr. Egon Klepsch MdB

Dr. Burkhard Ritz MdB
Dr. Christian Schwarz-Schilling MdL
Friedrich Vogel MdB
Ministerin Rita Waschbüsch MdL
Minister Dr. Jürgen Westphal MdL

Zu TOP 4a: In die Mandatsprüfungskommission wurden in offener Abstimmung ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Eberhard Wicke (als Vorsitzender)
Horst Mayer
Günter Meyer

Zu TOP 5: In die Stimmzählkommission wurden in offener Abstimmung bei 1 Enthaltung einstimmig gewählt:

Andreas Nathan (als Vorsitzender)
Günter Abel
Horst Brandes
Heinz Budde
Gerd Dietrich
Martin Döscher
Gerhard Drossel
Heinz Fischer
Ferdinand Fleischer
Günter Giesecke
Heiner Homann
Heinz Kreuzkamp
Gerhard Lais
Gerhard Mietsch
Werner Otte
Alfred Pahlen
Karl-Heinz Platz
Gerhard Quast
Gerold Rummler
Horst Sülterfuß
Werner Schichan
Klaus-Dieter Schlademann
Herbert Schnackenberg
Peter Stichternath

Zu TOP 7: Der Bundesparteitag nahm den politischen Bericht des Parteivorsitzenden zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 8: Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 9: Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Generalsekretärs zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 10: Die Mandatsprüfungskommission erstattete am 24.5.1976 folgenden Bericht:

"Die Landesverbände können nach dem Statut der CDU zu diesem Bundesparteitag 789 voll stimmberechtigte Delegierte entsenden. Die Exil-CDU kann 30 Delegierte mit eingeschränktem Stimmrecht entsenden.

Von den - einschließlich der beiden Ehrenvorsitzenden - 791 voll stimmberechtigten Delegierten haben bis 17 Uhr 694 den Empfang der Stimmunterlagen im Tagungsbüro quittiert. Die 30 Delegierten der Exil-CDU

mit eingeschränktem Stimmrecht waren bereits heute mittag vollzählig erschienen.

Der Parteitag ist beschlußfähig.

Die Mandatsprüfungskommission wird fortlaufend über die Entwicklung der Präsenz der Delegierten berichten."

Zu TOP 11: Das Bundesparteigericht wurde in offener Abstimmung ohne Enthaltungen einstimmig für die Zeit vom 7.11.76 bis 6.11.1980 wie folgt gewählt:

Ordentliche Mitglieder:

1. Vorsitzender: Staatssekretär a.D.
Dr. Heinrich Barth (Bonn)
2. Rechtsanwältin und Notarin
Dr. Ilse Becker-Döring MdL (Braunschweig)
3. Staatssekretär a.D. Karl Gumbel (Stegen ü. Freib.)
4. Rechtsanwalt Friedrich Wilhelm Siebeke (Düsseld.)
5. Landrat a.D. Heinz Wolf (Limburg)

Stellvertretende Mitglieder:

1. Oberlandesgerichtspräsident
Dr. Eberhard Kuthning (Schleswig)
2. Kreisoberverwaltungsdirektor Dr. Walter Kiwit
(Siegburg)
3. Rechtsanwalt und Notar Rudolf Luster Mda (Berlin)
4. Oberstaatsanwalt Helmut Rehborn (Dortmund)
5. Präsident des Landessozialgerichts Rheinland-Pfalz
Emil Scherer (Mainz)

Zu TOP 12: Der Bundesparteitag hat das "Europäische Manifest der Christlich Demokratischen Union Deutschlands" in offener Abstimmung ohne Enthaltungen einstimmig angenommen. (Vollständiger Text Seiten 159-163)

Zu TOP 13: Der Bundesparteitag hat das "Wahlprogramm der CDU und CSU 1976" in offener Abstimmung einstimmig ohne Enthaltungen und ohne Gegenstimmen angenommen. (Text des Wahlprogramms ist als Anhang E dem Protokoll des 24. Bundesparteitages beigefügt.)

Zu TOP 14: Der Bundesparteitag hat den Antrag 14.01 des Landesverbandes Oldenburg (s. Anlage) in offener Abstimmung ohne Enthaltungen einstimmig an den Bundesvorstand überwiesen.

Der Bundesparteitag hat den Antrag 14.02 der Delegierten Lorenz, Amrehn, Lummer und weiterer 40 Delegierter in offener Abstimmung ohne Enthaltungen und ohne Gegenstimmen einstimmig angenommen (Text des Beschlusses s. Anlage).

Der Bundesparteitag hat den Antrag 14.03 der Delegierten Blumenfeld, Klepsch, Echternach und weiterer Delegierter (s. Anlage) in offener Abstimmung ohne Enthaltungen einstimmig an den Bundesvorstand überwiesen.

Antrag-Nr. 14.01

Antragsteller: Landesverband Oldenburg

Der Bundesparteitag 1976 möge beschließen, daß die Vielfalt der von der CDU auf Bundesebene herausgegebenen Informationsschrif-

ten eingeschränkt wird und stattdessen jedes Mitglied wöchentlich mit einem aktuellen Nachrichtendienst bedient wird.

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung an den Bundesvorstand

Initiativantrag Nr. 14.o2

Antragsteller: die Delegierten Lorenz, Amrehn, Lummer, Diepgen, Gradl, Schmitz und weitere 37 Delegierte

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Der deutsche Anspruch auf Selbstbestimmung und nationale Einheit ist untrennbar verbunden mit der gesicherten Existenz des freien Berlin. Die alte deutsche Hauptstadt ist und bleibt Symbol dieses Anspruchs.

Vor aller Welt ist das gespaltene Berlin der Beweis dafür, daß die deutsche Frage ungelöst ist. Daran kann auch die Behauptung des kommunistischen Regimes in Ost-Berlin nichts ändern, daß in der deutschen Frage nichts mehr offen sei.

Das freie Berlin hat die nationale Aufgabe, Klammer beider Teile Deutschlands zu sein und unsere nationale Tradition zu wahren.

Das Viermächteabkommen bestätigt ausdrücklich die Aufrechterhaltung und Entwicklung der Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik Deutschland. Trotzdem werden diese Bindungen immer wieder vom Osten angegriffen.

Der Ostblock versucht trotz aller Entspannungsbeteuerungen und trotz der Erklärung von Helsinki nach wie vor, das freie Berlin unter Einmischung in seine inneren Angelegenheiten zu behindern und zu schwächen.

Die Ostblockstaaten wollen Berlin von internationalen Kongressen, Ausstellungen und Wettkämpfen ausschalten. Sie wollen die Anwesenheit von Bundesbehörden in Berlin einschränken und die Stadt nicht in Verträge mit der Bundesrepublik Deutschland einbeziehen. Dadurch soll Berlin isoliert werden.

Die CDU wird sich einer solchen Entwicklung mit aller Kraft widersetzen. Eine von ihr gestellte Bundesregierung wird Berlin wieder deutlich zum Mittelpunkt der Politik für Deutschland machen, die Lebensfähigkeit West-Berlins stärken und die Freiheit und Sicherheit seiner Bürger gemeinsam mit den drei westlichen Schutzmächten gewährleisten.

Berlin bleibt der Prüfstand für die Aufrichtigkeit des sowjetischen Entspannungswillens.

Es gibt keine Entspannung über Berlin hinweg. Die Sowjets müssen endlich die Bindungen zwischen Berlin und dem Bund anerkennen.

Alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland, die Wirtschaft, die Gewerkschaften und die Verbände sind aufgefordert, ihre Gesamtverantwortung für die Nation durch ihr Engagement für Berlin zu zeigen.

Berlin muß bleiben:

Zentrum geistiger Begegnung und Auseinandersetzung,
Forschungsstätte bedeutender Wissenschaftler,

Deutschlands bedeutendste Industriestadt,
bevorzugter Arbeitsplatz junger Deutscher,
Treffpunkt der deutschen Jugend,
Symbol des nationalen Willens zur Einheit in freier Selbstbestimmung.

Initiativantrag-Nr. 14.03

Antragsteller: Die Delegierten Blumenfeld, Klepsch, Echternach
und weitere Delegierte

Der Bundesparteitag möge beschließen:

In akuter Sorge über die Tatsache;

daß die Europäische Gemeinschaft seit ihrer Gründung einen erschreckenden Tiefstand erreicht hat und wir trotz ernsthafter Koordinierungsbemühungen in Europa und ungeachtet der gewaltigen Aufgaben, die nur gemeinsam zu lösen sind, heute politisch uneiniger sind als zuvor;

sowie angesichts der Notwendigkeit, daß die Europäische Gemeinschaft politisch und wirtschaftlich und ebenso in ihrer institutionellen Entwicklung entscheidende Fortschritte machen muß, um aus der Krise herauszukommen und sich nicht in eine Art Freihandelszone zurückzuentwickeln, und daher jede Erweiterung der EG nur nach einer weiteren Stärkung der gemeinschaftlichen Ordnung erfolgen kann;

beschließt der Bundesparteitag:

1. Die Direktwahl zum Europäischen Parlament hat wie vorgesehen im Jahre 1978 zu erfolgen. Bereits bei der Direktwahl müssen die nationalen Regierungen mehr Befugnisse an das Europäische Parlament abtreten und zwar insbesondere die folgenden:
 - a) Das Parlament bestätigt den durch den Europäischen Rat zu ernennenden Präsidenten der Kommission (Investiturrecht).
 - b) Dem Ministerrat der EG können aufgrund eigener Initiativen des Parlaments Beschlußvorlagen zugeleitet werden.
 - c) Das Parlament nimmt das Kontrollrecht über den Haushalt voll wahr und erläßt die Rechtsakte der EG, die dem nationalen Recht vorzugehen habe, unter Mitwirkung der anderen Organe.
 - d) Dem Parlament ist ein Vetorecht mit qualifizierter Mehrheit gegen Entscheidungen des Ministerrates einzuräumen.
2. Um die Aktionsfähigkeit Europas in der Welt zu sichern und seine Freiheit zu erhalten, ist die Form der außenpolitischen Zusammenarbeit in eine rechtliche Verpflichtung zu gemeinsamer Außenpolitik unter Einbeziehung der Sicherheitspolitik umzuwandeln, wobei mit der jeweiligen Beschlußfassung der Ministerrat als Organ der EG zu betrauen ist.
3. Der Europäische Rat, d.h. die regelmäßigen Konferenzen der Regierungschefs, hat sich, fest in den Gemeinschaftsrahmen eingefügt, auf die Grundsatzfragen der EG zu beschränken und dadurch dem europäischen Einigungswerk neue politische Impulse zu geben. Das Entscheidungsverfahren im Ministerrat muß beschleunigt werden. Dies beinhaltet u.a. die in den Römischen Verträgen vorgesehene Anwendung des Mehrheitsprinzips und die Koordinierung der Fachministerräte durch den Rat der Außenminister.

4. Um unmittelbare Vorteile der europäischen Einigung für die Bürger sichtbar zu machen, sind folgende konkrete Maßnahmen zu ergreifen:
- a) Die Grenzkontrollen sind durch die Beseitigung der Verwaltungs- und Steuergrenzen auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Der europäische Paß für jeden Bürger ist zum 1.1. 1978 einzuführen.
 - b) Eine europäische Währung, die parallel zu den nationalen Währungen steht und überall als voll gültiges Zahlungsmittel zu gelten hat, muß beschleunigt geschaffen werden.
 - c) Ein europäisches Jugendwerk ist zur stärkeren Verankerung der europäischen Idee einzurichten. Um die Verständigung unter der Bevölkerung der EG zu verbessern, ist Mehrsprachigkeit im Sinne des schweizerischen Vorbilds anzustreben.

